Vossische Zeitung
24./XII. 1915

Aus der Sozialdemokratie.

Eine internationale Sozialistenkonferenz im Haag. Wie uns aus Amsterdam gedrahtet wird, meldet der „Telegraaf": Im Gebäude, wo während der Kriegsdauer das internationale sozialistische Büro sein Heim im Haag aufgeschlagen hat, fand am Mittwoch eine Besprechung zwischen einer Anzahl bekannter Sozialdemokraten aus den kriegführenden Ländern statt. Unter der Leitung holländischer Mitglieder des sozialistischen Büros wurde die gegenwärtige Lage besprochen. Der „Telegraaf" behauptet, daß bekannte Sozialisten aller kriegführenden Länder mit Ausnahme Italiens sich beteiligten. Wir haben schon in einem Teil unsrer heutigen Morgenausgabe gemeldet, daß nach der „Köln. Ztg." die englische Regierung dem Arbeiterführer Macdonald und seinen Freunden, die sich mit Bernstein, Haase und anderen deutschen Sozialisten in Holland treffen wollten, die Pässe verweigert hat.

•

Was erreichen die 19 um Geyer? Die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme" schreibt:

> „Das englische Unterhaus hat soeben einstimmig eine Verstärkung des Heeres von drei auf vier Millionen Mann beschlossen, die französische Kammer, ebenfalls einstimmig, neuen Kriegskrediten zugestimmt. In Deutschland aber haben 20 Sozialdemokraten gegen die Kriegskredite gestimmt und weitere 20 sich der Stimme enthalten. Kann es irgend jemand wundernehmen, daß die rückschrittliche Presse, der ja schon seit Kriegsbeginn Einfluß und Ansehen der sozialdemokratischen Partei sehr unbequem waren, sich mit Wonne auf diese Abstimmung stürzt und die Regierung scharf macht, daraus die weitgehendsten Konsequenzen zu ziehen?"

Dasselbe sozialdemokratische Blatt gibt über die Haltung der sozialdemokratischen Presse zu den Vorgängen im Reichstag folgende Uebersicht: Den Disziplinbruch loben „Vorwärts", „Leipziger Volkszeitung", „Bremer Bürgerzeitung", Bergische Arbeiterstimme", Essener „Arbeiter-Zeitung", Düsseldorfer „Volkszeitung", Hallisches „Volksblatt" und zwei kleinere Parteiblätter. Eine Zwischenstellung nehmen ein: „Fränkische Tagespost", Erfurter „Tribüne" und Elberfelder „Freie Presse". Die übrigen etwa zwei Drittel der Parteipresse und die gesamte Gewerkschaftspresse mißbilligen das Vorgehen der Minderheit formell und sachlich.

Gehört Liebknecht zur Minderheit? Die „Fränkische Tagespost" schreibt: „Liebknecht gehörte auch zu den Unterzeichnern (der Minderheitserklärung — Red.), die übrigen haben aber seinen Namen gestrich'en, da er diesmal auch wieder selbständig gehandelt hat und ohne der Fraktion Mitteilung zu machen, eine Reihe kleiner Anfragen eingebracht hat."

Die „Chemnitzer Volkszeitung" sagt dazu: „Offenbar muß die Minderheit danach Liebknecht wieder in Gnaden aufgenommen haben; denn Geyer hat doch auch in Liebknechts Namen gesprochen. Ein anderes Verfahren wäre ja auch ein Unrecht, da die Minderheit nur nachgemacht hat, was ihr Liebknecht vorgemacht hatte."

Vossische Zeitung
24./XII. 1915

Aus der Sozialdemokratie.

Die englischen gegen die deutschen Sozialdemokraten. Der Ausschuß der nationalen sozialistischen Verteidigungskommission in England hat folgende Tagesordnung angenommen:

> In Beantwortung der heuchlerischen Friedenspropaganda, die die preußische Militärmacht nunmehr als opportun erachtet, da sie virtuell ganz Belgien, Polen, Serbien und einen beträchtlichen Teil von Frankreich und Rußland besetzt hält, sendet das Komitee der nationalen sozialistischen Verteidigung seine brüderlichen Grüße an die arbeitenden Kameraden der verbündeten Nationen und erklärt von neuem im Namen der erdrückenden Mehrheit der britischen Arbeiter, dem Abkommen der Alliierten sich anschließen zu wollen und niemals die Waffen niederzulegen, bevor nicht die von deutschen Truppen besetzten Gebiete zurückgegeben und bevor nicht die preußische Militärmacht endgültig niedergeworfen ist."

Die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht" bemerkt dazu: „Das also ist die Antwort der englischen Sozialisten auf die Friedensaktion der deutschen Sozialdemokratie im Reichstag. Da die Antwort der französischen Sozialdemokraten im gleichen Sinne lautet — auch die französischen Sozialisten sehen in der Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nur einen Beweis dafür, daß die deutsche Regierung Furcht habe, den Krieg weiterzuführen, und daß sie darum noch zu „rechter Zeit" den Frieden zu erlangen wünsche —, ist leider nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß die Sozialisten Englands und Frankreichs auch nur den Versuch machen werden, im Sinne des Friedens auf ihre Regierungen einzuwirken. So bedauerlich dies ist, die deutsche Sozialdemokratie wird mit dieser Tatsache rechnen und ihr Verhalten danach einrichten müssen."

*

Ueber einen Mißbrauch des Parteivorstandsbüros hat die „Leipz. Volksztg." Klage geführt, weil der Aufruf „Es geht um die Einheit der Partei" mit der Einleitung: „Aus dem Büro des Parteivorstandes schreibt man uns" an die sozialdemokratische Presse versandt und als Kundgebung des Parteivorstandes aufgefaßt worden war, ohne daß alle Mitglieder des Parteivorstandes, wie Haase, Wengels, Zietz, davon Kenntnis hatten. Das Büro des sozialdemokratischen Parteivorstandes antwortet heute auf diesen Vorwurf: „Seit Jahren sind eine Reihe von Bekanntmachungen und Notizen mit den einleitenden Worten: „Aus dem Büro des Parteivorstandes schreibt man uns" versandt worden, deren Inhalt nicht in einer Sitzung des Parteivorstandes durch Beschluß festgelegt worden war."

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 24./XII. 1915

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 24. Dezember. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

22. Dezember. In den Judikarien wurde in einer kombinierten Aktion am 20. d. das Fort Por der Gruppe Lardaro von unsrer Artillerie und unsern Flugzeugen wirksam unter Feuer genommen. Am 21. d. wurde das Bombardement erfolgreich fortgesetzt. Zwei feindliche Aeroplane der Fliegerbesatzung der Gruppe, welche während der Aktion aufgestiegen waren, wurden von den unsrigen angegriffen und vertrieben.

Im Terragnolotal (Etsch) versuchten kleinere feindliche Infanterieabteilungen, sich unsern Stellungen zu nähern, wurden aber durch Gegenangriffe zurückgeschlagen und ließen einige Gefangene in unsern Händen.

Im Val Sugana richtete unsre Artillerie ihr Feuer gegen die Eisenbahnstation von Levico, wo Truppenbewegungen gemeldet waren.

Auf der Hochfläche von Asiago wurde am 21. d. ein feindlicher Aeroplan durch unsre Artillerie beschossen und durch Beschädigung des Motors zur Landung gezwungen. Der Flieger wurde gefangengenommen.

An der übrigen Front gab die feindliche Artillerie mehrere Ausfeuerlagen gegen das Becken von Karfreit ab; feindliche Flugzeuge unternahmen einen Angriff auf unsre Stellungen bei Podgora und gegenüber von Peyma. Schaden wurde nicht angerichtet.

Frankreich.

23. Dezember, 3 Uhr nachmittags. Die Nacht verlief auf der ganzen Front verhältnismäßig ruhig. Südlich Arras in der Gegend Beaurain setzte unsre Artillerie ihr Zerstörungsfeuer gegen die feindlichen Schanzwerke fort. In der Champagne Granatenfeuer östlich des Gehöftes Navarin im Abschnitt der Kote 193. In den Vogesen am Harmannsweilerkopf ist die Lage an unserm linken Flügel, wo feindliche Gegenangriffe stattfanden, unverändert; unser rechter Flügel drang gestern andauernd vor.

23. Dezember, 11 Uhr Nachts. Im Artois zeigte sich unsre Artillerie in der Gegend von Givenchy an den Zugängen der Straße nach Lille tätig. Auf dem Norduser der Aisne beschossen wir wirksam einen Automobilzug zwischen Condé und Nanteuil. Im Woevre südöstlich des Apremontwaldes Minenkampf, der für uns vorteilhaft verlief. In den Vogesen kehrten unsre auf dem linken Flügel stehenden Abteilungen von den Abhängen nördlich vom Gipfel des Hartmannsweilerkopfes infolge feindlicher Gegenangriffe in ihre Ausgangsstellungen zurück. Im Zentrum und auf dem rechten Flügel, nämlich auf den Kämmen südöstlich des Gipfels und mehr südlich bis gegenüber Wattweiler, blieb das auf der Front von zwei Kilometer eroberte Gelände vollständig in unsrer Hand. Im Laufe des Nachmittags unterbrach Schneetreiben die Operationen. Der Feind beschoß heftig die Abhänge nördlich vom Hartmannsweilerkopf und den Gipfel des Berges.

Belgischer Bericht.

Der 23. Dezember war durch besonders heftiges gegenseitiges Geschützfeuer auf der ganzen Front der belgischen Armee gekennzeichnet, auf der sich der Feind ganz umsonst einer beträchtlichen Munitionsverschwendung überließ. Unsre Artillerie richtete mit Erfolg ein zerstörendes Feuer gegen die deutschen Schützengräben an den Yserufern.

Fremdenblatt
24./XII. 1915

Kriegskalender.

20. Dezember: Die Truppen der Armee v. Köveß erstürmen die starken montenegrinischen Stellungen am Tava-Knie südwestlich Bjelopolje und bei Geduša nordöstlich Berane. — Im Chiese-Abschnitte und im Gebiete des Col di Lana heftiger Artilleriekampf. — Auch in Frankreich lebhafte Artillerietätigkeit. — In Oesterreich wird das zweite Landsturmaufgebot einberufen. — Die Kammerwahlen in Griechenland ergeben eine Mehrheit für die Regierung.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Frankreich.

22. Dezember, 3 Uhr nachmittags. Von der Nacht ist kein wichtiges Ereignis zu melden. In den Vogesen gestattete uns der von unseren Truppen gestern ausgeführte Angriff, unsere Stellungen auf den östlichen Hängen des Hartmannsweilerkopfes erheblich auszubreiten. Die Zahl der von uns zu Gefangenen gemachten Deutschen beträgt bisher 1200, darunter 21 Offiziere. Die Gefangenen gehören sechs verschiedenen Regimentern an.

11 Uhr abends. Auf den Vogesen faßte der Feind im Laufe einer Reihe von örtlichen Kämpfen wieder Fuß in einem Teil der Schützengräben auf dem Hartmannsweilerkopf, die wir gestern wegnahmen und mit Vortruppen besetzt hielten. Die Zahl der hier gemachten deutschen Gefangenen übersteigt 1300.

England.

Es herrschte **lebhafte Artillerietätigkeit** besonders in der Umgebung von Fricourt, des Kanals von La Bassé und Ypern. Unsere Artillerie beantwortete das Feuer kräftig.

Rußland.

21. Dezember. Westfront: Unsere Flieger warfen mit Erfolg Bomben auf die rückwärtigen Verbindungen des Feindes in der Gegend **Goduziszki-Komai** östlich Swenzjany (27 Km.), unter den Trains entstand Verwirrung. In Galizien versuchte der Feind auf der Front von Nowo-Aleksiniec, Buczac und östlich Zaleszczyki mit kleinen Abteilungen anzugreifen, wurde aber überall durch Feuer abgehalten.

Fremdenblatt
24./XII. 1915

Asquith über die Wehrfrage.

Heftige Angriffe gegen das englische Kabinett.

London, 22. Dezember.

Im Unterhause erklärte Parlaments-Untersekretär des Kriegsamtes, Tennant, in Beantwortung einer Frage, das Londoner Verteidigungskorps gegen Luftangriffe sei noch nicht dem Kriegsamte unterstellt.

Abg. Dillon (Nationalist) fragte, ob der Regierung bekannt sei, daß gewisse sehr reiche Engländer ihr Eigentum in England verkauften und nach New-York übersiedelten, um der Besteuerung zu entgehen, und ob diese Leute Pässe erhielten.

Der Minister des Innern Sir John Simon erklärte, davon nichts zu wissen; die Erteilung von Pässen sei sehr erschwert. (Zwischenruf des Abg. Markham: Außer für Parlamentsmitglieder.)

Premierminister Asquith sagte auf eine Anfrage, Sir John Hamilton sei nicht aus dem Orient zurückgekehrt, um ein neues Kommando zu übernehmen. Wenn er ein anderes Amt erhielte, würde es bekanntgemacht werden.

Asquith begründete dann die Forderung nach einer Vermehrung des Heeres um eine Million Mann und sagte, die Armee auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen betrage einschließlich der Engländer über See mehr als 1,250.000 Mann. Die **Verluste seien sehr groß.** Die **Rekrutierung diene in erster Linie zur Auffüllung.** Das Hauptziel müßte stets sein, die Effektivstärke möglichst der Sollstärke entsprechend zu erhalten. Das sei namentlich bei den Territorialtruppen schwer. Man brauche viel mehr Leute, um die neuen Formationen aufzufüllen und die gesamten Streitkräfte zu verstärken. Der Premierminister lehnte es ab anzugeben, wie viele Divisionen oder Mannschaften nötig seien und sagte: **Wir brauchen alle Männer militärischen Alters,** die nicht aus wirtschaftlichen Gründen unentbehrlich sind. Wir brauchen nach den Abzügen, die für die Herstellung der Munition notwendig sind, **eine Höchstzahl, gleichviel ob Freiwilligensystem oder Dienstzwang besteht.**

Der Rückzug von der Suvla-Bai und der Anzac-Zone bedeutet nicht ähnliche Operationen bei Kap Helles, wo wir den Eingang der Meerengen beherrschen. Dieser Schritt geschah gemäß den Urteilen militärischer und seemännischer Ratgeber. Nachdem Monro und Kitchener alle Stellungen geprüft hatten, billigte die Regierung den Rückzug mit starkem Widerstreben.

Redmond sagte, es sei skandalös, daß noch kein ausführlicher Bericht Hamiltons über die Expedition an der Suvla-Bai vorliege.

Asquith bemerkte, die Regierung habe den Bericht erst in den letzten Tagen erhalten.

Abg. Redmond fuhr fort: Hamilton ist zurückgerufen worden, um über den fürchterlichen Fehlschlag des Unternehmens zu berichten. Ich muß die Regierung tadeln, weil sie es nicht durchsetzte, den Bericht zu erhalten.

Redner erklärte sich durch Asquiths Rede enttäuscht, da sie nichts über die Beibehaltung oder Aufgabe des Freiwilligensystems sage. Die Entscheidung müsse bald fallen. Die Einführung der Wehrpflicht würde aber unheilvoll sein, die Nation spalten und im Parlament und im Lande heftig bekämpft werden. Die nationalistische Partei sei unter den augenblicklichen Umständen entschieden gegen jede Form der Dienstpflicht.

Stanton (Arbeiterpartei) erklärte sich gleichfalls durch Asquiths Rede unbefriedigt, da sie offenbar etwas verheimliche. Der Bericht Lord Derbys müsse ungünstiger sein, als er sein dürfte, sonst wäre er dem Unterhause bereits mitgeteilt worden.

Abg. Holt (liberal) fragte, ob die Regierung versuchte mehr als die bisher bewilligten drei Millionen auszuheben.

Asquith sagte, das Gesetz sei in keiner Weise verletzt worden.

Abg. Holt erwiderte, viele glaubten, das Gesetz sei verletzt worden. Asquith habe dem Hause keine wirkliche Information zur Begründung der Heeresverstärkung gegeben. Es sei ein alter Trick, dem Hause das Vertrauen auszusprechen, daß es selbst imstande sei, zu beurteilen, ob die vorgeschlagene Heeresverstärkung der Industrie, dem Transportwesen und der Schiffahrt genug Arbeitskräfte lasse. Redner, der in Liverpool Reeder ist, sagte, er bekomme in den Häfen Londons und Liverpools nur die Hälfte der benötigten Arbeiter, andere Reeder seien in der gleichen Lage. **Es werde täglich schlimmer.** (Zwischenrufe: Hört! Hört!) Auch der Eisenbahn fehlten die Arbeiter; die Transportfrage sei aber wesentlich für die Zahlungsfähigkeit der Nation. **Die Hauptaufgabe Englands sei, die Verbündeten finanziell und mit Munition zu unterstützen. Den Verbündeten müsse es überlassen bleiben, die Soldaten aufzubringen.** (Zwischenrufe: Hört! Hört!) Redner sprach sich schließlich gegen die Heeresvermehrung aus, welche den festen Aufbau der Nation und die Fähigkeit, den Krieg zu gewinnen, gefährde.

Abg. Carson trat der Rede des Abg. Holt entgegen und sagte, die Regierung behandle die Industriefrage eher zu schonend. Er habe an der Forderung der Regierung nur auszusetzen, daß sie zu spät komme und nicht groß genug sei. Die Auffüllung der Gefechtseinheiten sei sehr schwer. Beispielsweise seien 36 Bataillone Territorialtruppen im nahen Osten auf 11.000 Mann, also **um zwei Drittel zusammengeschmolzen.** Man brauche nicht Soldat zu sein, um die Lage beurteilen zu können. Der einzige Weg, den Krieg zu gewinnen, sei, die deutsche Front zu durchbrechen und die Deutschen über den Rhein zurückzutreiben. Das Gallipoli-Unternehmen sei eine große Enttäuschung; die Ursachen müßten später untersucht werden. Die Regierung habe den ungeheuren Fehler begangen, daß sie seit dem Monat August keinen Entschluß fassen konnte, obwohl die Verluste durch Krankheit zeitweise 1000 Mann täglich betrugen.

Abg. Thomas (Arbeiterpartei) sprach gegen die Wehrpflicht; er meint, im Notfalle müsse Lord Derbys Werbearbeit wiederholt werden.

Abg. Dillon (Nationalist) forderte eine genauere Darlegung der Gründe für die Vermehrung des Heeres. Er sei der Ansicht, daß das Land sie tragen könne. Die Zeit komme, wo die gesamte Politik der Diplomatie, die zu diesem Kriege geführt und England in die jetzige Lage gebracht habe, würde erörtert werden. Irland werde jedenfalls die Dienstpflicht nicht dulden.

Abg. Parker (Arbeiterpartei) sagte, er werde der Dienstpflicht scharf widersprechen.

Abg. Griffith (liberal) erklärte, es sei zu spät, die Dienstpflicht zu bekämpfen. Sie bestehe in gewissem Sinne seit dem Beginn der Arbeit Lord Derbys.

Handelsminister Runciman legte die Methode der Regierung für die Beurlaubung der unentbehrlichen Arbeiter aus dem Heere dar.

Die Debatte dauerte beim Redaktionsschluß der Blätter fort.

* *

Fremdenblatt
24./XII. 1915

Die Haltung Rumäniens.

Die Adreßdebatte im Senate.

S. K. **Bukarest**, 23. Dezember. Der Senat setzt die Adreßdebatte fort. Senator Xenopol (Anhänger Take Jonescus) ist der Meinung, daß Rumänien nur eine Politik haben kann, die auf die Einigung aller Rumänen abzielt. Die für Bessarabien arbeitende Strömung kommt nicht aus der öffentlichen Meinung, sondern ist fremdem Geld zu verdanken.

Zwischenruf des Senators Isvoranu: Schlecht genug, daß wir uns um Bessarabien nicht gekümmert haben.

Großer Tumult.

Als der nächste Redner, Senator Palteneanu, das Wort ergreift, ruft Toma Jonescu: Ich möchte wissen, welchen Preis der Redner für den Wechsel seiner politischen Ansichten erhalten hat.

Es entsteht ein großer Tumult, in dessen Verlauf Senator Palteneanu Toma Jonescu einen Unverschämten nennt und ihn daran erinnert, daß Gregor Cantacuzino im Senat ihn beschuldigte, daß er sich für ärztliche Dienste bezahlen ließ, die er verpflichtet war, umsonst zu leisten. (Beifall.) Senator Palteneanu fragt weiter, ob sein Bruder ihn beauftragt hat, eine solch unverschämte Frage zu stellen.

Toma Jonescu verläßt mit seinem Bruder Take Jonescu, der während des Zwischenfalls gleichfalls anwesend war, seinen Sitz.

Senator Palteneanu erklärt schließlich, daß er für die Adresse stimmen werde. Die Anhänger der nationalen Aktion müssen wissen, daß **heute nur eine einzige Aktion möglich ist, und sollen die öffentliche Meinung hierauf vorbereiten. Warum sollen wir nur nach Westen und Norden marschieren können, wo es noch leichter sei, Bessarabien zu erhalten.** Man müsse die Dinge logisch beurteilen und den Umständen Rechnung tragen. **Der Augenblick Rumäniens ist nicht verloren. Die Regierung wird sprechen, wenn er gekommen sein wird.**

Vossische Zeitung
25./XII. 1915

Aus der Sozialdemokratie.

Bekenntnis eines sozialdemokratischen Landsturmmannes. Dem sozialdemokratischen „Volksfreund" in Karlsruhe sendet „ein Parteigenosse und Landsturmmann" H. C. ein Bekenntnis zur Parole „Durchhalten", das allgemeine Beachtung verdient. Der sozialdemokratische Landsturmmann mahnt: „Unsere staatliche und nationale Selbständigkeit bis zu einem siegreichen Ende des Krieges furchtlos zu verteidigen und die Gegner nicht eher locker zu lassen als bis sie auf die Knie gezwungen sind, das ist das Gebot der Selbsterhaltung! .. Wir sagen mit Fug und Recht: in der Niederringung aller unserer Feinde — wenn sie nicht zum ehrenvollen Frieden bereit sind — steht das ganze deutsche Volk, ohne Unterschied der Partei, einig und geschlossen wie ein Mann da! .. Wir sind so innig mit unserem Volke verwachsen, daß wir gar nicht anders handeln können. .. In unserem Regierungssystem mögen mancherlei Einrichtungen nicht so sein, wie wir sie als Sozialisten und Demokraten fordern. Das ist unsere Sache, unsere Angelegenheit, die die übrigen Völker nichts, aber auch rein gar nichts angeht. In unserem Hauswesen sehen wir nach dem Rechten! Als Volk, als geschlossenes Ganze, haben wir unseren Gegnern, haben wir der Welt gezeigt, daß Deutschland nicht zu besiegen ist. .. Den gemeinsamen Willen, zusammenzuhalten, alles Trennende zu meiden und nur an das Vaterland zu denken, das allein ist jetzt notwendig. Das sind wir unserem Volke in allen seinen Gliedern, in allen Teilen schuldig und unsere nationale Eigenart, die wir nicht untergehen sehen möchten, heischt es gebieterisch von uns. Es ist das Gebot der Stunde, des Tages, der schrecklichen Zeit! Die Nationen sind gleichsam der heilige Schrein, in dem die köstlichsten Güter der Menschheit aufbewahrt werden und kein Volk darf sich vermessen, an das Heiligtum der Rasse und Sprache zu rütteln oder Einrichtungen des anderen Volkes zu bedrohen! Tief im Herzen klingt uns ja der Mutterlaut und Liebe und Bewunderung dürfen wir gegenüber unserem Volke an den Tag legen. Niemand kann und wird es uns wehren und das Vermächtnis großer, erhabener deutscher Geister, denen das Glück der ganzen Welt, aller Menschen am Herzen lag, ist in uns, im Kriege, nicht erkaltet."

Fremdenblatt
25./XII. 1915

Erklärungen Bratianus.

K. **Bukarest**, 24. Dezember. Der Senat beendete heute die Beratung der Adresse in Beantwortung der Thronrede. Die Adresse wurde mit 72 gegen 16 Stimmen angenommen.

Gredischteanu (Kontraredner) warf der Regierung vor, daß die Thronrede zu lakonisch gewesen sei und den bedeutenden Ereignissen, welche Rumänien heute durchmache, nicht entspreche. Redner hielt der Regierung vor, daß sie durch ihr Schweigen seit 14 Monaten dem Parlamente gegenüber nicht die nötige Achtung bezeigt habe. Er anerkannte die Richtigkeit der in der Thronrede enthaltenen Aufforderung zur Einigkeit, meinte aber, daß man sich mit einer Regierung nicht einigen könne, die die Politik des Zögerns und Zuwartens befolge.

Ministerpräsident Bratianu, der hierauf das Wort ergriff, erklärte, daß man von ihm angesichts der bekannten Haltung der Regierung gewiß keine lange Rede erwarten werde. Die Angriffe gegen die Regierung seien leidenschaftlich, daher ungerecht und beschränken sich im Grunde auf die Beschuldigung, daß der Ministerpräsident seine persönliche Autorität geltend machen wolle und, wie ein geistreicher Vorredner gesagt habe, sich einbilde, in der heutigen Lage alles zu sein. Können Sie sich, fragte Redner, vorstellen, daß im Jahre 1915 ein Wahnsinniger an der Spitze der Regierung sei? Es wäre verrückt, wenn sich dies jemand einbilden würde. (Beifall.) Wenn ich öfter von mir spreche, so spreche ich immer auch im Namen der Regierung. In der Verantwortung, die wir dem Lande gegenüber tragen, stellen wir die vollständige Einheit des Handelns vor, die dem Chef erlaubt, im Namen aller zu sprechen, indem er weiß, daß er den Willen aller zum Ausdruck bringt. (Beifall.) In dieser Hinsicht sind wir mit der Mehrheit des Parlaments einig. Wir sind der Ausdruck dieser Mehrheit. (Zwischenruf Filipescus.)

Der Ministerpräsident fährt fort, er habe vor Beginn der Tagung die Gelegenheit wahrgenommen, sich von der vollständigen Uebereinstimmung zwischen der Regierung und der Mehrheit zu überzeugen. Schon die Zusammensetzung der Adreßkommission habe in dem Ministerpräsidenten das Gefühl wachgerufen, daß die Mehrheit die Regierung klar und aufrichtig unterstützen werde. Daraus habe er die Ueberzeugung geschöpft, daß er ein aufrichtiger Vertreter dieser Mehrheit sei, als der er die für die heutige Zeit notwendige Kraft habe. Diese Feststellungen bedürften gewiß einer Bestätigung, wie sie durch das Votum des Hauses erfolgen werde.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen sagt Ministerpräsident Bratianu: Wir befinden uns sicherlich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Es wäre eine unerlaubte Täuschung, wenn sich jemand einbilden würde, daß heute ein europäischer Staat nicht zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht die Folgen der Ereignisse verspüre. Die Regierung hat ihr Möglichstes getan, um dem Uebel zu begegnen, und wird in diesem Bestreben fortfahren. Man kann aber der Regierung nicht zum Vorwurf machen, daß die Ausfuhr fehlte, solange die Dardanellen und die Donau geschlossen waren, denn ohne den Wasserweg kann die Ausfuhr des Landes nicht arbeiten. Auf die Frage, warum wir zuerst Ausfuhrverbote erlassen und später wieder einige davon aufgehoben haben, antworte ich, daß wir das kleinere Uebel gewählt haben, denn wir wußten nicht, ob wir im Land genügend Vorräte für den eigenen Bedarf haben. Als wir den notwendigen Ueberblick gewonnen hatten, hoben wir Ausfuhrverbote auf, weil andere Staaten gewiß für uns sehr notwendige Waren nur im Entschädigungswege zur Ausfuhr bringen.

Der Ministerpräsident betont sodann, er hätte gewünscht, daß die internationale Politik nicht besprochen werde. Die diesbezügliche Erörterung zwischen Regierung und Opposition vollziehe sich natürlich unter ungünstigen Bedingungen für die Regierung. Der Redner verweist auf das Jahr 1913, wo die liberale Opposition die gleiche Verpflichtung hatte, die der heutigen Opposition zukommt.

Mit Rücksicht auf die Schilderung der Lage Rumäniens von Seiten der Opposition sieht sich der Ministerpräsident veranlaßt, folgendes zu erklären: Das Ansehen Rumäniens ist nicht gesunken. Wir bilden nicht Teile eines nicht geachteten Königreiches, im Gegenteil, die Achtung und das Ansehen Rumäniens beim Auslande ist gewachsen. Sind jene, die die Lage anders darstellen, aufrichtig und gerecht? Wir werden dies feststellen können, wenn unsere Zunge gelöst sein wird. Es ist ein großer Schmerz, das anzuhören, was wir hören mußten, und nicht antworten zu können. Ich habe nicht das Recht, zu antworten. Ich leide in diesem Augenblick, in dem ich dies feststelle. Diese Qualen müssen aber auch Ihre Sorgen sein und deshalb war es kein übertriebener Wunsch, neben der Unterstützung seitens der Mehrheit die Zurückhaltung auf Seiten der Opposition zu verlangen. Jedenfalls aber ist es nicht das Recht der Opposition, die entschlossene Haltung der Mehrheit und ihr Vertrauen in schlechtem Sinne aufzufassen, denn diese gelte nicht einer Person, sondern unserer Mission, wie in der Kirche, wo die Achtung des Gottesdienstes nicht einem Menschen, sondern dem Glauben aller gilt, die ihn umgeben, sowie der Hoffnung aller. (Langanhaltender Beifall.)

Fremdenblatt
25./XII. 1915

Das wirtschaftliche Kriegsziel Englands.

Deutschland nach dem Kriege kommerziell nicht wieder in die Höhe kommen zu lassen.

K. London, 23. Dezember. (Reuter-Meldung.) Das Unterhaus hat sich bis zum 4. Jänner vertagt.

Handelsminister Runciman machte wichtige Mitteilungen über die Handelsprobleme nach dem Kriege, mit denen sich das Handelsamt gegenwärtig beschäftige. Der Minister führte aus, Deutschland sei kommerziell geschlagen und es sei Pflicht des britischen Volkes, zu verhüten, daß es nach dem Kriege wieder in die Höhe komme. Es werde eine Untersuchung darüber angestellt, wieweit die Deutschen sich des britischen Finanzsystems bedienten, wieweit deutsche Schiffe britische Häfen benützten und wieviel Grundbesitz in den Händen von Ausländern sei.

Fremdenblatt
25./XII. 1915

Kriegskalender.

21. Dezember: In den Verfolgungskämpfen gegen die Montenegriner wird neuerlich eine feindliche Stellung nördlich von Berane erstürmt. —. Die Artilleriekämpfe an der Tiroler Südfront dauern fort; am Monte San Michele werden zwei italienische Kompagnien aufgerieben. — In Frankreich an vielen Stellen heftiger Artilleriekampf; westlich von Hulluch nimmt eine deutsche Abteilung eine englische Sappe. — Neuerliche Note Amerikas an Oesterreich-Ungarn betreffend die „Ancona"-Affäre. — General Rußki als Oberbefehlshaber der russischen Nordarmee enthoben. — Schebeko beim König von Rumänien. — Mitteilung des schwedischen Gesandten an Staatssekretär Lansing wegen Behinderung des neutralen Postverkehres durch England.

22. Dezember: Bei Ipek werden neuerlich 69 von den Serben vergrabene Geschütze erbeutet. — Die Tätigkeit der italienischen Artillerie an der Tiroler Südfront hält an; bei Dolje am Tolmeiner Brückenkopf wird eine italienische Kompagnie abgewiesen. — Starke französische Kräfte nehmen die Kuppen des Hartmannsweilerkopfes und ein kleines Grabenstück am Hilsenfirst; ein Teil der verlorenen Stellung ist von den Deutschen bereits wieder zurückerobert; bei Metzeral bricht ein französischer Angriff zusammen. — Abkommen der deutschen, österreichischen und ungarischen Getreidezentralen mit der rumänischen Verkaufskommission über den Ankauf von 50.000 Waggons Lebensmittel. — Im englischen Unterhause wird die Vorlage über die Heeresvermehrung um eine Million Mann angenommen.

23. Dezember: Ein italienischer Angriff auf die Podgora wird zurückgeschlagen; in den Judikarien heftige Geschützkämpfe. — Die 82. deutsche Landwehrbrigade erobert die Kuppe des Hartmannsweilerkopfes zurück; der Feind erleidet schwere Verluste und büßt 28 Offiziere und 1530 Mann an Gefangenen ein. — Der japanische Dampfer „Yasaka Maru" (12.500 Tonnen) im Mittelmeere versenkt. — Südlich Sunderland wird ein großes Transportschiff durch eine Mine zerstört. — Skuludis äußert sich in einem Interview über das Verhältnis Griechenlands zu den beiden Mächtegruppen.

Hamburger Fremdenblatt

25./XII. 1915.

Die Kriegsleistungen der österreichisch-ungarischen Truppen

□ **Berlin**, 24. Dezember. (Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Auf die Frage des Berliner Korrespondenten einer Wiener Zeitung, ob die Kriegsleistungen der österreichisch-ungarischen Truppen den Erwartungen entsprochen hätten, die Generaloberst von Moltke bei Kriegsbeginn hegte, antwortete der Generaloberst, wie das „Berl. Tagebl." erfährt, mit den folgenden Zeilen:

„Sehr geehrter Herr!

Ihre Frage nach der Bewertung der kriegerischen Leistungen der k. und k. österreichisch-ungarischen Truppen läßt sich sehr leicht durch den Hinweis auf die heldenmütigen Taten derselben beantworten, die aller Welt vor Augen liegen. Die blutigen Kämpfe an der Karpathenfront gegen große feindliche Ueberlegenheit und unter den schwierigsten klimatischen Verhältnissen, die ruhmreiche Mitarbeit an der Vertreibung der Russen aus Polen und Galizien, der bewundernswerte Kampf der österreichisch-ungarischen Truppen in Kärnten, Tirol und am Isonzo, die nun schon über ein halbes Jahr dem Ansturm der gesamten italienischen Heeresmacht, ohne zu wanken, standhalten, sowie die Siege in Serbien, das alles sind Taten, die den Ruhm der österreichisch-ungarischen Waffen so eindringlich verkünden, daß es wirklich keiner Worte bedarf, um ihn zu preisen. Eine Truppe, die sich so heldenmütig geschlagen hat, ist der höchsten Anerkennung und Bewunderung wert.

In ausgezeichneter Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Ihr sehr ergebener

von Moltke, Generaloberst."

Interessenvertretung der österreichisch-ungarischen Monarchie in Warschau.

Auf Grund von im September 1915 abgehaltenen Konferenzen der k. u. k. und der kaiserlich deutschen Delegierten, sowie auf Grund des am 14. Dezember 1915 zwischen dem k. u. k. Botschafter Prinzen Gottfried zu Hohenlohe-Schillingsfürst und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches v. Jagow erzielten Einvernehmens wurde über die Frage der Interessenvertretung der österreichisch-ungarischen Monarchie in Warschau und über die Abgrenzung des österreichisch-ungarischen und des deutschen Verwaltungsgebietes rechts von der Weichsel eine Vereinbarung getroffen, die sofort in Kraft trat, aber für die künftige Auseinandersetzung auf Grund des Friedensvertrages kein Präjudiz bildet.

Der erste meritorische Teil der Stipulation enthält 8 Artikel mit dem folgenden wesentlichen Inhalte.

Artikel I bestimmt: Das k. u. k. Armee-Oberkommando entsendet einen höheren Offizier als seinen Vertreter nach Warschau. Er wird dem Stabe des Generalgouverneurs zugeteilt.

Er vermittelt den erforderlichen Meinungsaustausch zwischen dem kaiserlich deutschen Generalgouvernement in Warschau und dem k. u. k. Armee-Oberkommando oder dem k. u. k. Generalgouvernement des Okkupationsgebietes in den die Verwaltung des k. u. k. Okkupationsgebietes betreffenden und den rein militärischen Angelegenheiten.

Mit dieser Funktion wurde der Oberst im Generalstabskorps Josef Ritter v. Paic betraut.

Eine entsprechende deutsche Vertretung tritt zum k. u. k. Generalgouvernement des Okkupationsgebietes.

Mit der Rücksprache in etwa vorkommenden, die Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie berührenden Fragen, insoweit nicht ihre Bedeutung die Erörterung oder Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Regierungen erfordert, wird ein Delegierter des k. u. k. Ministeriums des Aeußern betraut, der seinen Sitz in Warschau nimmt und zugleich mit der Vertretung der Interessen österreichischer oder ungarischer Staatsangehöriger sowie der Angehörigen Bosniens und der Herzegowina im Generalgouvernement Warschau beauftragt wird.

Als dieser Delegierte fungiert der vormalige k. u. k. Generalkonsul in Warschau Dr. Leopold Freiherr von Andrian.

Artikel II: Im Gebiete der Stadt Warschau werden die für Angehörige des deutschen Okkupationsgebietes von Russisch-Polen hinsichtlich der Zureise, des Aufenthaltes, der Niederlassung und des Betriebes von Handel und Gewerbe geltenden Grundsätze gleichmäßig auf die Angehörigen des österreichisch-ungarischen Okkupationsgebietes von Russisch-Polen zur Anwendung gelangen.

Artikel III: Im Gebiete der Stadt Warschau sowie auf allen Stationen der österreichisch-ungarisches Verwaltungsgebiet berührenden, von deutscher Seite betriebenen Bahnen werden die deutschen amtlichen Kassen und die Bahnwirtschaften angewiesen werden, Zahlungen in Kronenwährung zu dem von dem preußischen Kriegsministerium jeweils bekanntgemachten Kurse anzunehmen. Diese Bestimmung bezieht sich nur auf den tatsächlich zu zahlenden Betrag.

Außerdem wird eine noch zu bestimmende deutsche Kasse in Warschau angewiesen werden, Angehörigen der österreichisch-ungarischen Armee und Staatsverwaltung zur Bestreitung des vorliegenden persönlichen Bedarfes Kronen in Mark umzuwechseln.

Artikel IV betrifft die Zulassung österreichisch-ungarischer Zeitungen in Warschau und die Regelung der Zensur.

Artikel V behandelt die tunlichste Förderung der als wünschenswert anerkannten unmittelbaren und möglichst raschen Postverbindung zwischen Warschau und dem österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiete sowie der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Die österreichisch-ungarischen amtlichen Telegramme finden die gleiche Behandlung wie die deutschen amtlichen Telegramme.

Artikel VI bezieht sich auf die Schaffung günstiger direkter Schnellzugsverbindungen zwischen Warschau und den größeren Städten der Monarchie sowie den Zentren des k. u. k. Okkupationsgebietes für den direkten Personen- und Postverkehr (besonders direkte Wagen Wien—Warschau).

Artikel VII: Sobald die Verhältnisse die Abhaltung von Hochschulkursen in polnischer Sprache an der Universität oder dem Polytechnikum in Warschau zulassen, wird sich der deutsche Generalgouverneur mit der k. u. k. Regierung wegen Zuziehung polnischer Gelehrter aus der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiete zur Veranstaltung von Vorlesungen wissenschaftlichen Charakters unter Ausschluß der Politik in Verbindung setzen.

Artikel VIII: Zwecks Wahrung der beiderseitigen Interessen werden sich die beiden Generalgouvernements legislative und administrative Maßnahmen gegenüber bestehenden wirtschaftlichen Organisationen und Körperschaften, deren geschäftliche Tätigkeit sich auch auf das Okkupationsgebiet des anderen Teiles erstreckt, vor Erlassung mitteilen.

Der zweite Teil der Vereinbarung setzt die

Abgrenzung der beiderseitigen Verwaltungsgebiete

wie folgt fest:

Die Südgrenze des alten Gouvernements Sieblce bildet die Grenze der beiderseitigen Verwaltungsgebiete zwischen Weichsel und Bug.

Die betriebliche Abgrenzung der Eisenbahnen zwischen Weichsel und Bug ist bereits durch unmittelbare Vereinbarungen zwischen dem Chef des Feldtransportwesens und dem deutschen Chef des Feldeisenbahnwesens erfolgt.

Diese Vereinbarungen bleiben bestehen.

Die Verwaltung des Weichselstromes von Iwangorod—Pilitza-Mündung wird in strom-, sanitäts- und sicherheitspolizeilicher Hinsicht der deutschen Heeresverwaltung zugestanden, ohne das Recht der Schiffahrt für die österreichisch-ungarische Heeresverwaltung auszuschließen.

Fremdenblatt
25./XII. 1915

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Italien.

23. Dezember. Artilleriduell an der ganzen Front. Die feindliche Artillerie beschoß auch einige Ortschaften und richtete daselbst Schaden an. Unsere Artillerie nahm die Eisenbahnstation von Levico, die Kasernen und militärischen Objekte von Tolmein unter Feuer.

Rußland.

23. Dezember. In Galizien östlich von Podhajce (40 Kilometer westlich Trembowla) versuchten kleine Abteilungen des Feindes in häufigen Ausfällen, sich unseren Gräben zu nähern, wurden jedoch jedesmal durch unser Feuer in ihre Gräben zurückgeworfen.

Im Schwarzen Meere wechselten unsere Torpedoboote mit den Batterien von Varna Schüsse. Unsere Unterseeboote zerstörten ein großes mit Oel beladenes Segelschiff.

England.

Frühmorgens machte der Feind einen fruchtlosen Bombenangriff auf einen unserer Posten nächst dem Walde von Ploegsteert. Der Tag war heller und das Artilleriefeuer infolgedessen lebhafter, besonders von unserer Seite.

Frankfurter Zeitung
25./XII.1915

Die zweite amerikanische Note an Oesterreich-Ungarn.

Washington, 24. Dezbr. (W. T. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die zweite Note der Vereinigten Staaten an Oesterreich-Ungarn wegen des „Ancona"-Vorfalles lautet:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Note Ew. Exzellenz über die Versenkung der „Ancona", die am 15. d. Mts. in Wien überreicht und nach Washington telegraphiert wurde, erhalten. Am 15. Dezember überreichte Baron Zwiedinek v. Suedenhorst, der Geschäftsträger der K. u. K. Regierung in Washington, dem Staatsdepartement einen Bericht des österreichisch-ungarischen Flottenkommandos über die Versenkung der „Ancona", in dem zugegeben wurde, daß das Schiff torpediert wurde, nachdem die Maschinen gestoppt hatten und solange sich noch Passagiere an Bord befanden. Das allein ist nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten genügend, um den Kommandanten des U-Bootes für die absichtliche Verletzung des anerkannten Völkerrechtes und der gänzlichen Außerachtlassung der Grundsätze der Humanität, welche jeder Kriegführende im Weltkriege beachten muß, verantwortlich zu machen.

Angesichts dieser anerkannten Grundsätze erachtet sich die Regierung der Vereinigten Staaten für berechtigt, die Ansicht auszusprechen, daß in der Frage der Versenkung der „Ancona" weder das Gewicht noch die Art der ergänzenden Zeugenaussagen, durch welche der Bericht des Flottenkommandos bestätigt wird, noch die Zahl der Amerikaner, die getötet oder verwundet wurden, die zu behandelnden Hauptpunkte bilden.

Die Schuld des Kommandanten steht in diesem Falle fest. Es ist eine unleugbare Tatsache, daß Bürger der Vereinigten Staaten durch sein ungesetzliches Auftreten getötet, verwundet oder in Gefahr gebracht wurden. Die Bestimmungen des Völkerrechts und die Grundsätze der Humanität, die so durch den Kommandanten des U-Bootes verletzt wurden, sind seit so langer Zeit und so allgemein anerkannt und vom Standpunkte des Rechts und der Gerechtigkeit so klar, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich nicht veranlaßt fühlt, sie zu besprechen und nicht begreift, daß die Kaiserliche und Königliche Regierung sie in Zweifel zieht oder bestreitet.

Die Regierung der Vereinigten Staaten sieht sich deshalb genötigt, die Kaiserliche und Königliche Regierung für die Tat ihres Kommandanten verantwortlich zu machen und die entschieden, aber ehrerbietig gestellten Forderungen ihrer Note vom 6. Dezember zu wiederholen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hofft von Herzen, daß die obige Erklärung ihrer Haltung die Kaiserliche und Königliche Regierung von der Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen überzeugen, und daß diese in demselben Geiste von Offenherzigkeit und mit demselben Wunsche nach Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zustimmen wird, wie sie jetzt zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn bestehen, Beziehungen, welche die Vereinigten Staaten veranlaßten, die Forderungen zu stellen.

*

An dem Fehler übertriebener Höflichkeit leidet Herrn Wilsons Antwort auf die von der österreichisch-ungarischen Regierung ihm nach seiner ersten Beschwerdenote gegebene Erwiderung gewiß nicht. Der amerikanische Präsident hatte verlangt, daß die Wiener Regierung die Vernichtung der „Ancona" als ungerechtfertigten und ungesetzlichen Akt bezeichne, den Offizier, „der das Verbrechen beging" bestrafe und für die Tötung und Verwundung amerikanischer Bürger eine Geldentschädigung leiste. Dem stellte Baron Burian entgegen, daß die bisher bekannt gewordenen Nachrichten vom Untergange des Schiffes keineswegs eine so scharfe Sprache rechtfertigten. Er ersuchte die amerikanische Regierung zunächst einmal genauere Angaben über die von amerikanischen Bürgern erlittenen Schädigungen zu machen und die internationalen Rechtssätze näher zu formulieren, die man in Washington verletzt glaube; zu einem Gedankenaustausch hierüber erklärte man sich in Wien unter Ablehnung der von Herrn Wilson erhobenen kategorischen Forderungen durchaus bereit. Wie die neue amerikanische Note beweist, weigert man sich aber in Washington, die von Burian vorgebrachten Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Dabei beruft sich die amerikanische Regierung auf einen ihr am 15. November übermittelten Bericht der österreichisch-ungarischen Marineleitung über die Vernichtung der „Ancona". In diesem Schriftstück ist ihrer Meinung nach anerkannt worden, daß das Schiff torpediert wurde, nachdem die Maschinen bereits angehalten worden waren und während sich die Passagiere noch an Bord befanden. Man hält dies in Amerika an sich schon für einen Beweis, daß der Kommandant des Unterseebootes die Grundsätze des Völkerrechts und der Menschlichkeit verletzt habe, und will sich auf eine weitere Diskussion des Tatbestandes durchaus nicht einlassen. Die Schwierigkeit, in die das neue Wilsonsche Schriftstück nach Form und Inhalt das Wiener Auswärtige Amt versetzt, ist keine geringe, da schon ohnehin durch die zur Abberufung des Botschafters Dumba aus Washington führenden Konflikte der diplomatische Verkehr zwischen beiden Staaten erschwert worden ist. Gewiß ist es der aufrichtige Wunsch der österreichisch-ungarischen Regierung, einen Bruch mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden und wenn der bundesgenössische Rat von Berlin eingeholt werden sollte, so wird man zweifellos auch dort mit Recht zu einem Verfahren raten, das einen Ausweg aus der verfahrenen Situation finden läßt. Andererseits ist es gewiß nicht leicht, gegenüber einem so autoritären und immer mehr diktatorische Formen annehmenden Staatsoberhaupte wie Präsident Wilson ist, ein Kompromiß vorzuschlagen, das der Würde der habsburgischen Monarchie entspricht. Behält man freilich in Washington weiterhin den bisherigen Ton bei, so würden selbst sachliche Konzessionen schließlich den erhofften Ausgleich zu nichte machen.

*

London, 24. Dezbr. (W. T. B. Nichtamtlich.) Wie das Reutersche Bureau meldet, erklären New Yorker Blätter, daß die Regierung Oesterreich-Ungarn gegenüber das letzte Wort gesprochen habe und daß die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen nunmehr von der Bewilligung der amerikanischen Forderungen und der Desavouierung über die Vernichtung der „Ancona" abhänge. (Selbstverständlich wird Reuter nur die ihm genehmen Stimmen gewisser New Yorker Blätter ausgesucht haben. Im übrigen verweisen wir auf unser New Yorker Privattelegramm im Abendblatt vom Freitag. D. Red.)

Heftige Angriffe auf die englische Regierung.

London, 23. Dezember. (Unterhaus. — Bericht des Reuterschen Bureaus.) In der Debatte über die Vertagung des Hauses forderte Abg. Dalziel (liberal) eine tatkräftige Politik gegenüber den Neutralen.

Abg. Guthweite (liberal) tadelte die britische Diplomatie in bezug auf ihr Verhalten gegenüber den Balkanländern und sagte, es sei klar, daß Griechenland bereit war, die Operationen an den Dardanellen militärisch zu unterstützen, daß aber Rußland die Teilnahme Griechenlands abgelehnt habe. Differenzen zwischen den Alliierten verhinderten den Anschluß Griechenlands an die Ententemächte.

Die Uneinigkeit der Alliierten.

Abg. Cooper (Unionist) führte aus, daß das Verhalten des Auswärtigen Amtes großen Argwohn errege. Es werde der Flotte unmöglich gemacht, jenen großen Schlag zu führen, dessen die Nation sie fähig halte. Die britische Diplomatie habe im nahen Osten verderblich gewirkt.

Abg. King (liberal) sagte, eine einige Politik der Alliierten sei sehr notwendig. Die britische Nation, das britische Reich und das Parlament seien einig. Könne aber jemand sagen, daß das Kabinett einig sei und seit Monaten einig war?

Unterstaatssekretär Lord Robert Cecil erwiderte hierauf, der Beweis für die Einigkeit des Kabinetts sei, daß keine Kabinettsmitglieder zurückgetreten seien. Er bedauere die unglückliche Bemerkung Kings, daß die Alliierten uneinig seien. Differenzen kämen vor, aber es habe nie eine Differenz gegeben, die die Fortsetzung des Bündnisses bedroht hätte. Ueber die Balkanpolitik zu sprechen, wolle er Grey überlassen.

Die Blockade Deutschlands.

Redner fuhr fort: Unsere Blockade ist eine Blockade Deutschlands, nicht der neutralen Länder. Wir können nur die überseeische Zufuhr nach Deutschland verhindern. Es ist aber äußerst schwierig nachzuweisen, welche Güter Deutschland erreichen. Die Regierung tut alles, was sie rechtmäßigerweise tun konnte, um die für Deutschland bestimmten Ladungen anzuhalten.

Die hysterischen Neurastheniker.

Lord Cecil polemisierte sodann gegen die Ausführungen des Abg. Cooper, wobei er sagte, gewisse hysterische Neurasteniker könnten den Druck des Krieges nicht aushalten. Sie bezeichneten die Minister als Verräter, wenn die Dinge nicht gut gingen. Das schädige die Moral der Nation. Er weise die Angriffe auf Sir Edward Grey zurück.

Die Organisatoren der Niederlage.

Abg. Lynch (Nationalist) sagte, die Minister seien bisher nicht Organisatoren des Sieges, sondern der Niederlage gewesen. Der Fall Serbiens habe den Ruf des Auswärtigen Amtes auf Jahre hinaus verdorben. Man brauche nur die neutralen Länder zu kennen, mit denen die Greysche Diplomatie zu tun hat, um seine Fehlschläge zu ermessen.

Der Antrag auf Vertagung des Hauses wurde angenommen.

Vossische Zeitung
27./XII. 1915

Aus der Sozialdemokratie.

Ausschluß der 20 aus der Fraktion? Wie der sozialdemokratischen „Volksstimme" in Mannheim aus Berlin berichtet wird, hatte der Vorsitzende der Generalkommission, der Gewerkschafter, Legien, in der Reichstagsfraktion beantragt, die Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft mit den 20 Separatisten zu beschließen. Der Antrag wurde aber gegen 18 Stimmen abgelehnt und dann die bereits von uns zitierte Rüge beschlossen. Wie seitens des Fraktionsvorstandes erklärt wurde, soll dem zu Beginn der zweiten Januarwoche zusammentretenden Parteiausschuß die Frage der Trennung unterbreitet und sein Urteil darüber gehört werden. — Der Karlsruher „Volksfreund" sagt: „Es handelt sich also bei denjenigen, welche in aller Form sich von der Mehrheit absplitterten, um die prinzipiellen Gegner der Kriegskredite und der Politik des 4. August, die mit 6 Ausnahmen bereits von allem Anfang an gegen die Kreditbewilligung waren. Diese Tatsache festzustellen ist von großer Wichtigkeit für die Folgen, die sich aus der Sonderaktion ergeben."

•

Parteivorstand und „Vorwärts" wider einander. Der „Vorwärts" hat bekanntlich der Mehrheit des Parteivorstandes Mißbrauch des Parteivorstandsbüros durch Versendung der Mahnung: „Es geht um die Einheit der Partei", vorgeworfen. In einer Erklärung — unterzeichnet „Der Parteivorstand" — wird jetzt dem „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei" vorgehalten, daß dessen „ganze Redaktionsführung ein Hohn auf jede anständige Kampfesweise ist." In seiner langen Erwiderung sagt der „Vorwärts" — nur so viel sei hier zur Kennzeichnung des Verkehrstons zwischen dem Vorstand und dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei hervorgehoben — daß sich ei dem Parteivorstand, der „in der Sache selbst die Dinge in der wunderlichsten Weise auf den Kopf stellt", auch sonst die Begriffe verwirren."

Hamburger Fremdenblatt
27./XII. 1915.

I
23

Wilsons manierliche Antwort.

W. Berlin, 26. Dezember.

Bei der Besprechung der Antwort, die der österreichisch-ungarische Ministerpräsident Burian auf Wilsons „Ancona"-Note in ebenso höflicher als bestimmter Form erteilte, haben wir gesagt, daß eine Erledigung des „Ancona"-Falles lediglich auf Grund dieses ersten amerikanischen Schriftsatzes eine glatte Unmöglichkeit sei. Wir haben die Wilsonsche Note verglichen mit dem Gebaren eines Mannes, der unter Außerachtlassung aller Regeln des gesitteten Verkehrs zur Tür hineingepoltert kommt. Diese unmanierliche Art mußte zunächst ihre geziemende Korrektur erfahren, bevor in eine sachliche Regelung der Angelegenheit eingetreten werden konnte. Oesterreich-Ungarn hat darin einen unbestreitbaren Erfolg erzielt. Die neue Note der amerikanischen Regierung bewegt sich in wesentlich manierlicheren Wendungen. Aber nicht nur das. Sie gibt auch sachlich eine ganze Reihe unhaltbarer Begründungen auf und stellt die Sache auf eine klare, auch der Würde Oesterreich-Ungarns angemessene Grundlage.

Vergleichen wir die beiden amerikanischen Noten, so fehlen in der zweiten zunächst alle jene dilettantisch anmutenden Wendungen, wie „anscheinend", „offenbar" und ähnliche, im diplomatischen Verkehr ungebräuchliche Unbestimmtheiten. Wilson beruft sich nicht mehr auf das Heer apokrypher Zeugen, die er schon in seiner ersten Note nicht näher zu charakterisieren vorzog. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß ihm die Zweideutigkeiten dieser, unter dem Druck der italienischen Hetze zustande gekommenen Protokolle selber nicht verborgen waren. Wir erfahren aus seiner zweiten Note vielmehr, daß die österreichisch-ungarische Regierung ihm gleichzeitig mit ihrer Antwort die amtliche Darstellung ihres eigenen Flottenkommandos notifiziert hat, und Wilson sieht sich genötigt, nunmehr lediglich auf Grund dieses amtlichen österreichischen Berichts zu verfahren, der ihm bei der Abfassung seiner ersten Note offiziell überhaupt noch nicht vorlag. Somit ist also im Grunde die gesamte Basis seiner ersten Note von ihm preisgegeben worden, und es wird nur noch verhandelt werden auf Grund amtlicher österreichisch-ungarischer Feststellungen. Damit ist aber von vornherein ein wesentliches Moment gegenseitigen Mißtrauens beseitigt.

Wichtiger noch erscheint uns, daß Wilson in der zweiten Note auf jene, für die Souveränität Oesterreich-Ungarns beleidigenden Hinweise auf die Abmachungen Amerikas mit einem anderen Staate verzichtet. Er hat die unzweideutige Zurechtweisung der österreichisch-ungarischen Regierung über diese Ungehörigkeit einstecken müssen. Ist doch selbst von englandfreundlichen Amerikanern diese Seite seiner ersten Note sofort als eine unbestreitbare Schwäche erkannt worden. In Verbindung damit bemerken wir in der zweiten Note überhaupt einen gemäßigteren Ton, und wenn sie auch die „ehrerbietigst" gestellten Forderungen der ersten Note wiederholt, so geschieht es doch nun auf einer Basis, auf die die österreichisch-ungarische Regierung um so unbedenklicher treten kann, als sie zunächst einmal die eigene österreichische Darstellung des Falles als unanstastbar und korrekt anerkennt. Die vornehme und den Nagel auf den Kopf treffende Art der Burianschen Antwort hat den Präsidenten der Vereinigten Staaten, kurz gesagt, auch hierin zur Eindämmung seiner wenig disziplinierten Manier genötigt, oder, mit anderen Worten, eine alte diplomatische Kultur hat sich überlegen erwiesen über jenen „großzügigen" und daher oft reichlich oberflächlichen Dilettantismus, wie er in der „Neuen Welt" der unverzagten Aus-dem-Aermel-Schüttler Mode ist und Bewunderung genießt.

Wilson spricht also nunmehr seinen Wunsch nach Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zur Donaumonarchie aus, unter Betonung seines Grundsatzes, daß die Versenkung eines Passagierdampfers, auf dem sich noch Personen befinden, dem Völkerrecht widerspräche. Es liegt uns fern, die ganze Fülle der Argumente noch einmal hervorzuholen, die auf der Neuartigkeit der Verwendung von Unterseebooten im Seekriege beruhen. Wir haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß das alte Völkerrecht den modernen Waffen des Seekrieges nicht mehr gerecht zu werden vermag. Und während dieses ungeheuren Weltkrieges ein neues Völkerrecht zu schaffen, wer möchte einen solchen Gedanken fassen angesichts der Welt von Haß und Brutalität, die England nun einmal zum Gesetz des Krieges erhoben hat.

Was uns in diesem Kriege Richtschnur sein muß, sind allein die großen politischen Fragen der Gesamtlage, und nur von ihnen aus werden wir uns leiten lassen können auch bei der Erledigung einzelner Konfliktsfälle. Ohne Präjudiz und unter Ausschaltung völkerrechtlicher Verpflichtung selbstverständlich. Denn mag z. B. die amerikanische Regierung für ihre Ansprüche das alte Völkerrecht noch für hinreichend halten, uns, und in Wirklichkeit der ganzen Welt, ist es durch England derartig zertrümmert worden, daß wir, so lange dieser Krieg dauert, nur praktische Notwendigkeiten des Tages sehen, aber keine Möglichkeit, die uns selbst am Herzen liegenden gemeinsamen Grundsätze der Kulturmenschheit in eine Gesetzesform zu gießen, die stärker wäre als die nackten Realitäten des „Haß- und Hunger-Krieges", den England gegen uns proklamiert hat. Oder glaubt man etwa, wir hätten leichten Herzens die Vergeltung auf uns genommen, die der verbrecherische Aushungerungsversuch gegen unsere Frauen und Kinder uns aufzwang. Wilson will von der innerlichen unabweislichen Verbindung dieser Fragen nichts wissen. Sein „amerikanischer" Standpunkt verbietet ihm das. Aber glaubt er wirklich, wir sehen leichten Herzens unschuldige Menschen hineingezogen in den Strudel der Vernichtung, den Englands Mörderpolitik heraufbeschworen? Herr Wilson, der in den einseitigen amerikanischen Munitionslieferungen keine Beeinträchtigung seiner Neutralität erblickt, ja, dessen Land von der Verlängerung des Krieges sich Vorteil verspricht, befindet sich immer noch in einer tiefen Täuschung über unsere wahren, aufrichtigen Gedanken zu all diesen Dingen. Er wird uns deshalb auch nicht zu seinem Standpunkt hinüberzuziehen vermögen. Aber er wird ebensowenig verhindern können, daß wir lediglich

Hamburger Fremdenblatt

II.
24

27./XII. 1915.

Wilson's merkwürdige Antwort.

punkten abbringen lassen, die uns die politische Gesamtlage in der Erreichung eines wahrhaft menschlichen Zieles nahelegt.

Wilson hat in seiner zweiten Ancona-Note die Würde des österreichisch-ungarischen Staates respektiert. Der Weg ist jetzt gegeben, sich über diesen Einzelfall zu verständigen, und es wird gleichgültig sein, ob solche Verständigung aus dem gleichen, oder vielleicht aus sehr verschiedenen Gesichtspunkten heraus erfolgt. Ja, wenn wir jetzt, nach Beseitigung der anfänglichen Unmanierlichkeiten, vor der Möglichkeit stehen, daß auch Oesterreich-Ungarn zu einer Verständigung mit den Vereinigten Staaten gelangen kann, so drängt sich uns mit elementarer Gewalt der Gedanke auf, ob es nicht wirklich endlich an der Zeit ist, den Weg freizumachen für die nicht minder schwerwiegenden Verhandlungen über Beschwerden, die der „gerechte" amerikanische Präsident gegen England nun schon seit 17 Monaten vorgebracht hat, ohne daß wir bisher das geringste praktische Ergebnis zu sehen bekommen hätten. Daß England den Mittelmächten, wenn auch vergeblich, den Hungerkrieg erklärt hat, beschwert sein Gewissen ja nicht und hindert ihn nicht, demselben England durch finanzielle und Waffenlieferungshilfe diese völkerrechtswidrige Kriegführung durchführen zu helfen. Aber wie steht es mit dem von England ebenso vergewaltigten anerkannten Völkerrechten der Neutralen? Wir unterscheiden immer streng zwischen der amerikanischen Regierung und dem amerikanischen Volk. Wie steht es also mit den großen Massen amerikanischer Bürger, die sowohl die Waffenlieferungen an die Alliierten als die rechtswidrige Beschneidung ihrer Ausfuhrrechte trotz Wilson verdammen? Was sagt Wilson dazu, daß im englischen Oberhaus der offene Piratenkrieg gefordert wird, und daß man das Völkerrecht dort als einen „Fetzen Papier" bezeichnet, an den sich England nicht zu kehren braucht. Sind das Dinge, die den sich zum Hort des Völkerrechts aufwerfenden Präsidenten der Vereinigten Staaten nichts angehen?

Oder, haben wir vielleicht schon gehört, daß die Schändung der amerikanischen Flagge, die als Deckmantel zur Ausübung des scheußlichsten Verbrechens diente, das dieser Krieg gezeitigt hat, ihm Veranlassung gab, „prompte" Garantien gegen eine Wiederholung und Bestrafung der Schuldigen zu verlangen? Wo bleibt sein Menschlichkeitsgefühl beim „Baralonge"-Fall, bei dem das Sternenbanner die Kulisse abgeben mußte, aus der heraus plötzlich wehrlose deutsche Seeleute abgeschossen wurden, wie Hasen auf der Treibjagd? Wilson hat in seiner zweiten „Ancona"-Note von der Humanität gesprochen, „die jeder Kriegführende im Seekriege beachten muß". Wohlauf Herr Wilson, hier ist das Feld ihrer kommenden Betätigung!

Wie gesagt, uns drängt sich der Gedanke auf, daß man der Regierung der Vereinigten Staaten helfen muß, damit ihrem inneren Bedürfnis diese wie andere Fragen englischer Neutralitätsknechtung, die sie seit 17 Monaten offenbar schwer bedrücken müssen, endlich ins Reine zu bringen. Die Erledigung eines einzelnen Falles, wie des der „Ancona", sollte dem, meinen wir, kaum im Wege stehen. Wenn sich daher die Regierung der Vereinigten Staaten in ihrer Vertretung der Neutralen wie der Menschlichkeit und Völkerrechte als berufene Vormacht fühlt, so denken wir, daß die „Ancona"-Angelegenheit ihr den letzten Stein aus dem Wege räumen könnte, der sie bisher an der wirklich paritätischen Durchführung dieser so heilig empfundenen Pflicht gehindert zu haben scheint.

———***———

Neues Wiener Tagblatt
27./XII. 1915

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 24. Dezember. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

24. Dezember. Auf den Höhen westlich von Görz versuchte der Feind in den ersten Morgenstunden des 23. d., unsre Stellungen im Frontabschnitt von Grafenberg anzugreifen. Durch das Eingreifen unsrer Artillerie und unverzüglich herangezogener Verstärkungen wurde der Angriff abgewiesen. Auf dem Karstplateau suchten auf dem rechten Flügel unsrer Stellungen feindliche Abteilungen nach lebhaftem Gewehrfeuer, Bombenwurf und Gebrauch von Leuchtraketten sich unsern Schützengräben östlich von Selz zu nähern. Unter unserm treffsicheren Feuer gingen sie in Unordnung zurück.

25. Dezember. An der Front im Trentino und in Karnien lebhafte Artillerietätigkeit. Die feindliche Artillerie nahm die Beschießung der Ortschaften wieder auf und richtete dort einigen Schaden an. Gegen die Ortschaft Loppio im Camerastale ließ der Feind von den sie überragenden Höhen im Norden auch schwere Felstrümmer herabrollen, ohne daß es ihm jedoch gelungen wäre, Schaden anzurichten. Unsre Artillerie bekämpfte die feindliche und zerstreute an mehreren Punkten feindliche marschierende Truppen und Tragtierkolonnen. An der Isonzofront kein erwähnenswertes Ereignis.

Rußland.

24. Dezember. Im Abschnitt Riga wurde deutsche Artillerie östlich von Pulkarn (6 Kilometer südöstlich Kekkau) und bei Uexküll erfolgreich beschossen. Ebenso zwang unsre Artillerie einen feindlichen Flieger, der in der Richtung auf Riga flog, zur Umkehr. Südlich von Friedrichstadt warfen die Deutschen einige große Minen über den Fluß auf unsre Stellungen. Im Abschnitt Dünaburg nahm der Kampf mit Minenwerfern und Handgranaten zu. An verschiedenen Stellen beschoß unsre Artillerie erfolgreich deutsche Befestigungsarbeiten.

Frankreich.

24. Dezember, 3 Uhr nachmittags. Dem letzten Heeresberichte ist nichts hinzuzufügen.

11 Uhr nachts. Die Artilleriekämpfe waren besonders lebhaft in Belgien. Deutsche Infanterie, die ihre Laufgräben in Gegend von Lombartzyde wieder instand setzte, wurde durch unser Feuer zerstreut. Zwischen Somme und Oise haben unsre Batterien deutsche Schanzarbeiten westlich Lassigny vernichtet und in Gegend Roland ernstlich beschädigt. Am Südufer der Aisne bei Hügel 108 südöstlich Bery-au-Bac brachten wir gleichzeitig zwei Minen zur Explosion, die die deutschen Arbeiten verschüttete. Nach einer heftigen Beschießung hat der Feind am Hartmannsweilerkopf in den Vogesen einen Angriff auf der ganzen Front unsrer eroberten Stellungen zwischen der Kuppe des Hartmannsweilerkopfes und Wattweiler unternommen. Er wurde vollständig zurückgeschlagen.

Belgischer Bericht.

Das schlechte Wetter hat während der letzten Nacht jede Tätigkeit auf unsrer Front verhindert. Der heutige Tag war verhältnismäßig ruhig.

Orientarmee.

Die Lage auf unsrer Front hat sich während der letzten beiden Tage nicht verändert. Die Befestigungsarbeiten in der Umgebung von Saloniki schreiten lebhaft vorwärts. Der Feind unternahm keinen Versuch, die griechische Grenze zu überschreiten.

* * *

25. Dezember, 3 Uhr nachmittags. Von der vergangenen Nacht nichts Wesentliches zu berichten.

11 Uhr nachts. In Belgien war die Tätigkeit der Artillerie im Laufe des Tages auf beiden Seiten in der Gegend von Lombartzyde andauernd sehr lebhaft. Im Artois beschossen unsre Batterien die deutschen Werke südlich von Angres und in der Gegend von Arras erfolgreich. In der Champagne zerstreuten wir einen feindlichen Transport auf dem Wege von Tahure nach Somme-Py. In den Vogesen ziemlich lebhafter Artilleriekampf. Der Feind beschoß erfolglos unsre Stellung an der Hirzsteinfront und auf dem Nordhang des Hartmannsweilerkopfes.

Belgischer Bericht.

Die letzte Nacht und der heutige Vormittag ruhig. Nachmittags zeigte der Feind vor dem mittleren Frontteil einige Tätigkeit. Seine Batterien wurden von unsrer Artillerie bald zum Schweigen gebracht, die hierauf gegen die deutschen Arbeiten bei Vicogne und gegen ein wichtiges Werk des Feindes nördlich von Dixmude ein zerstörendes Feuer richtete.

Frankfurter Zeitung

27./XII. 1915

Die Zustände in Salonik.

Das geschlagene Heer. — Nationalismus in Neugriechenland. — Die serbischen Flüchtlinge. — Französische und belgische Interessen in Salonik.

s Salonik, 10. Dezbr. Heute wurden ungefähr 4000 Verwundete von der Wardarfront nach Salonik gebracht. Ueber die Gesamtzahl der Verwundeten, die bisher abtransportiert wurden, hat man leider keine genauen Angaben, weil man die Transporte sehr oft zur Nachtzeit erledigte. Bisher sind von Salonik an die 20 Spitalschiffe mit Verwundeten und Schwerkranken abgefahren, nun verwendet man aber infolge des Andranges auch Passagierdampfer zu diesem Zwecke, und überdies werden die vielen in Salonik errichteten Baracken damit angefüllt und immer noch neue Baracken errichtet. Die Schrecken des Krieges werden stets greifbarer, und die Niederlage der Verbündeten auf serbischem Gebiete ist nun auch für die größten Ententefreunde in diesm Lande kein Geheimmis mehr.

Von der Entente bezahlte Blätter erheben großes Geschrei über die „unerhörte Haltung" Griechenlands, wenn es den Buulgaren gestattet, den mit griechischem Blute getränkten makedonischen Boden betreten zu dürfen, und wenden sich an alle echten Hellennen, damit sie sich erheben. Es hat sich in Neugriechenland eine „Nationalpartei" gebildet, welche sich „Ethnikos" betitelt und welche es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Israeliten und Mohamedaner aus der griechischen Kammer zu verdrängen, beziehungsweise es diesen Elementen unmöglich zu machen, Sitze zu erringen. Wenn man auch jetzt schon weiß, daß das den fanatischen Herren der Nationalpartei nicht gelingen wird, so ist es doch interessant zu sehen, mit welchen Mitteln für die Erreichung dieses Zieles gekämpft wird. Salonik füllt sich immer mehr, sowohl mit Truppen als auch mit Flüchtlingen, und mit gewissem Bangen blickt man der Entwirrung dieses Knotens entgegen, muß man doch bedenken, daß auch die griechischen Reservisten des Zuschauens müde werden und entweder handeln oder heimgeschickt werden möchten.

12. Dezember.

In Salonik hat man reichlich Gelegenheit, Eindrücke des Rückzuges der Balkanarmee der Entente aufzunehmen, abgesehen von den traurigen Bildern, welche die geschlagenen Ueberbleibsel der serbischen Truppen bieten, die z. B. die Stadt anfüllen helfen. Die Serben sind ohne Waffen, teilweise sehr schlecht gekleidet. Die Soldaten, wovon vielen tiefes Elend an den Gesichtszügen abzulesen ist, gehen plan- und ziellos durch die Straßen, hie und da werden sie von mitleidigen serbischen Zivilpersonen beschenkt. Das serbische Konsulat ist von früh bis spät abends belagert, viele Serben finden dort auch nachts Unterkunft. Im Hotel Olympos Palace werden täglich auf Kosten des amerikanischen Roten Kreuzes eine Anzahl serbischer Waisen gespeist, sie sollen allesamt nach Frankreich geschickt werden.

In Salonik verlautet, daß die Verbündeten nur der Gewalt weichen werden. Somit wird die Bevölkerung sehr beunruhigt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß beim ersten Schuß, den man in der Stadt hören wird, Panik ausbricht. Salonik birgt große französische und belgische Interessen; es bestehen dort große Unternehmungen, die mit französischem GeGlde finanziert wurden. Elektrische Straßenbahn, die Wasserleitung, die Gasgesellschaft; die Hafengesellschaft repräsidentieren ungeheure Summen französischen und belgischen Kapitals. Banken und Großkaufleute sind französische Schuldner, die Eisenbahn Salonik-Dedeagatsch ist mit französischem Geld gebaut. Wird es den Franzosen passen, daß all' diese Unternehmungen in den Ruin hineingezogen werden?

Die Zeit Abendbl.
28./XII. 1915

Die Botschaft König Georgs.

Der Weihnachtsgruß an die Armee.

Genf, 28. Dezember. (Priv.-Tel.)

Die bereits kurz gemeldete Botschaft König Georgs an die Armee hat, nach der Agence Havas, folgenden Wortlaut:

„Wiederum ein Weihnachtsfest, das die Kräfte des Reiches noch immer vom Kriege beansprucht findet. Ich möchte in meinem eigenen und im Namen der Königin anläßlich dieses Festes die herzlichsten Grüße und unsere besten Segenswünsche an alle diejenigen richten, die zu Land und zur See die Ehre des englischen Namens aufrechterhalten. In die Offiziere und Mannschaften der Marine, von denen des Reiches Sicherheit abhängt, setze ich, wie alle meine Untertanen, mein Vertrauen, das absolut ist. Ich hege alle Zuversicht mit unbedingtem Glauben an die Offiziere und Soldaten meiner Armee, einerlei, ob in Frankreich, im Orient oder auf anderen Kriegsschauplätzen, da ich weiß, daß ihre Hingebung, ihre Tapferkeit und ihre Aufopferung sie unter Gottes Führung zum Siege und zu einem ehrenvollen Frieden führen werden. Manche unserer Kameraden liegen leider im Krankenhaus, und gleich der Königin, möchte ich auch diesen mutigen Leuten unsere tiefe Dankbarkeit und unsere lebhafte Sorge aussprechen. Offiziere der Marine und der Armee! Wiederum schließt ein Jahr wie es begonnen, in Mühe, Blut und Leiden, und dennoch freue ich mich, da ich weiß, daß das Ziel, um das ihr kämpft, immer deutlicher in Sicht kommt."

Die Zeit Abendbl
28./XII. 1915

Die Weihnachtsklage des Papstes.

Die Menschenschlächterei des Weltkrieges.

* Wien, 28. Dezember.

Die im gestrigen Abendblatt in einem kurzen Auszug wiedergegebene Weihnachtsansprache des Papstes lautet nach der ausführlichen Inhaltsangabe der Agenzia Stefani im wesentlichen wie folgt:

Der Papst hob in seiner Antwortrede auf die Adresse des Dekans des Kollegiums der Kardinäle zunächst hervor, daß auch in diesem Jahre eine trübe Wolke die glückselige Weihnachtsfeier verhülle. In der Tat, sagte der Papst, wenn wir unsere Blicke nach benachbarten und fernen Gegenden wenden, sind wir von dem Anblick dieser Menschenschlächterei erschüttert. Und wenn wir im vergangenen Jahre unter ähnlichen Umständen die Ausdehnung der Wirkungen des furchtbaren Streites bedauerten, so müssen wir heute die maßlose Hartnäckigkeit beklagen, die durch mörderische Vorkommnisse noch verschlimmert wird, die aus der Erde ein Hospital und ein Beinhaus gemacht und den anscheinenden Fortschritt der Zivilisation in eine Rückkehr zum Antiklerikalismus umgewandelt haben.

Der Papst fügte hinzu, daß er mit wohlwollendem und väterlichem Geiste die Wünsche des heiligen Kollegiums für eine weniger unheilvolle Zukunft für den Papst, die Kirche und die Gesellschaft entgegennehme. Er empfange sie um so freudiger, als er den Wert der Gebete erkenne, die das heilige Kollegium während des Wütens des Sturmes an jenen richte, der allein den Sturm beschwören könne.

„Wie oft," fuhr der Papst fort, „haben wir uns während unseres Pontifikats mit unserem Herzen zum Gebet als dem einzigen Heil geflüchtet. Als wir im Augenblick der größten Erschütterung der Weltgeschichte zur Regierung der Kirche berufen wurden, gaben wir uns der Hoffnung hin, daß unser guter väterlicher Wille nicht ohne Frucht für unsere unglücklichen Kinder bleiben werde. Leider aber war dies vergeblich. Während sechzehn Monaten fest in der Verfolgung unseres barmherzigen Zieles ausharrend, sahen wir, daß unsere Tätigkeit zum größten Teil unfruchtbar blieb, und obgleich unsere Stimme sich vornahm, nicht zu schweigen, bis sie einen Widerhall in weniger harten Herzen gefunden, sahen wir, wie sie allzu häufig ins Leere fiel, vox clamantis in deserto. Jeder Wille, jede Absicht, jedes Ideal zerbrach im Gegenteil an widrigen Umständen, und auch in dieser Hinsicht muß man erkennen, daß wir wenig oder nichts vermocht haben. Gleichwohl ist unsere Zuversicht nicht erschüttert. Wir hegen im Herzen als Apostel der Völker eine große Hoffnung. Gegen alles menschliche Hoffen stellen wir unsere Zuversicht nur auf Gott."

Der Papst kam dann auf das Weihnachtsfest zu sprechen und sagte, daß er eine Quelle froher Erwartung in der Wiederkehr dieses Tages finde, wo selbst die barbarische heidnische Welt friedfertig ward und der in seiner Wesenheit friedliche König in seiner mildesten Gestalt zu den Menschen hinabstieg.

Der Papst spricht hierauf von Maria, der Mutter des Friedensfürsten, der Mittlerin zwischen den widerspenstigen Menschen und dem allbarmherzigen Gott, derjenigen, die immer zum Heile der seufzenden Menschheit in der Stunde der Gefahr vermittelt und sich heute unseren Bitten anschließen wird. Darum habe der Papst eingewilligt, daß in die lauretanische Litanei die Anrufung der Friedenskönigin eingefügt werde. Der Papst spricht seine Zuversicht aus, daß Maria in der Weihnacht den Stimmen der unschuldigen Kinder lächeln werde, welche er und der Episkopat bei dieser schönen Feier zum Tische des heiligen Abendmahles gerufen. Wenn der Mensch sein Herz hart macht und der Haß wütet, wenn Feuer und Schwert rasen und die Welt von Waffen und Wehklagen widerhallt, wenn die Entwürfe der Menschen sich als trügerisch erweisen, dann zeigen uns der Glaube und die Geschichte als einziges Heil die flehende Allmacht, die Mittlerin aller Gnaden, Maria. Dann sagen wir mit gerechter Zuversicht: Regina Pacis, ora pro nobis.

Der Papst schloß, indem er seinen Wünschen Ausdruck gab und den Segen erteilte.

Berner Bund
28./XII. 1916

Erklärungen des Finanzsekretärs des englischen Schatzamtes

Sp. London, 27. d. (Reuter) Der Korrespondent der „Tribune von New York" interviewte den Finanzsekretär des Schatzamtes, Montagu, über die letzte Rede des Staatssekretärs Helfferich im Reichstag, in welcher er die Finanzen in England und in Deutschland miteinander verglichen hat. Montagu erklärte:

„Es ist tröstlich, die letzte Rede Helfferichs mit denjenigen zu vergleichen, die er früher gehalten hat. Die Aenderung, die man in den Exposés von Helfferich feststellen kann, erklärt sich aus folgendem: Deutschland lebte, um Krieg zu führen, aus seinen angesammelten Munitionsreserven. Wir hingegen mußten uns um den Preis großer Anstrengungen ähnliche Reserven anlegen, die jetzt beginnen, ihre Früchte zu tragen. Das Ergebnis unserer Anstrengungen hat sich bisher nur in der militärischen Lage gezeigt. Wir zogen in den Krieg fast ohne Waffen und ohne Arsenale. Deutschland hoffte, einen entscheidenden Schlag zu führen, bevor unsere Vorbereitungen ihre Früchte tragen konnten. Dieses Unternehmen mißglückte."

Indem er den Vergleich, den Helfferich zwischen der Lage des englischen und des deutschen Wechselkurses anstellte, einer Prüfung unterzog, bewies Montagu, daß durch die Anwendung der ordentlichen wirtschaftlichen Mittel rasch ein Heilmittel gegen das Sinken des englischen Wechselkurses in New York, der in den letzten Tagen des Monats August um 6 bis 7 Prozent fiel, gefunden wurde. „Es gelang uns, dies zu tun in einem Moment, wo wir in Amerika große Summen für uns und unsere Verbündeten ausgaben. Wir haben es getan, ohne wirklich auf den Reichtum des Landes zu greifen, dank den amerikanischen Werten, die wir besaßen. Die Regierung beginnt diesen Reichtum erst jetzt für eine spätere Verwendung zu mobilisieren. Seit dem Monat August stieg das Pfund Sterling im Gegensatz zum raschen und andauernden Sinken der Mark. Am 1. Oktober betrug die Entwertung der Mark im Verhältnis zum amerikanischen Geld 12 Prozent. Die Mark steht gegenwärtig 19 bis 20 Prozent unter pari. Auf dem Schatzamte machen wir eine synoptische Tabelle, die die verschiedenen Wechselkurse seit Kriegsbeginn zeigt. Wir sind fortwährend gezwungen, unsere Tabelle nach unten zu verlängern, damit der Markkurs nicht unterhalb unseres Blattes verschwindet. Die Entwertung der Mark dauert fort, obgleich die Deutschen ihr Geld nicht in Amerika und in andern überseeischen Ländern ausgeben können. Die einzige Erklärung dieser Tatsache ist der Mißbrauch in der Anwendung des Papiergeldes. Die Mark verlor jede Beziehung zu den Goldreserven. Wenn schon jetzt dies die Situation im gegenwärtigen Moment ist, wie wird sie erst bei Friedensschluß sein, wenn die deutschen Kaufleute, um ihre leeren Magazine zu füllen, versuchen werden, entwertetes Papier gegen überseeische Waren auszutauschen. Wird dann die Mark noch zehn Cents wert sein?

Helfferich behauptet zu glauben, daß die Tatsache, daß England und Frankreich in Amerika Anleihen aufgenommen haben, ein Zeichen der Schwäche seien. Gibt es wohl irgend jemanden, der sich einbilden kann, daß Helfferich dies nicht auch selbst gemacht hätte, wenn er es hätte können?

Ueber die Erklärungen Helfferichs über den Emissionskurs und die durch die deutschen Kriegsanleihen erzielten Summen sagte Montagu: Er könne sich diese Tatsache zum Teil dadurch erklären, daß es in Deutschland auf dem Markte keine Freiheit hinsichtlich der Kriegsanleihen gebe, da die Börsen vollständig unter der Kontrolle der Regierung ständen. Außerdem, wenn man das Land mit Papiergeld überschwemme, sei es leicht, eine Reserve an entwerteten Mark zu schaffen, die für Placierungen verfügbar sein würden. Die Wirkung dieses Vorganges wird durch den Kurs der deutschen Kriegsschuld vollständig illustriert.

Helfferich rühmt sich, daß die deutsche Staatsschuld seit Kriegsbeginn nur um sieben Punkte gesunken sei. Das ist richtig für Berlin, aber nicht für New York, wo der Kurs um 28 Punkte fiel. Die deutsche Methode, den Zeichnern der Kriegsanleihe Vorschüsse zu gewähren, ist sehr gefährlich. Sie begünstigt Mißbräuche. Helfferich behauptet, daß es in Deutschland keine Mißbräuche gebe. Auf jeden Fall sind in Oesterreich Mißbräuche eingetreten. Der finanzielle Ruin Oesterreichs ist bereits vollendet." Montagu gibt gerne zu, daß Helfferich mit Erfolg die Finanzquellen Deutschlands mobilisiert habe, aber gerade dieser Erfolg ist es, der mißlich ist, und der später Helfferich selbst in Verlegenheit bringen wird. „Deutschland sitzt in der Tat bereits auf dem Trockenen, während in England, wo man sich behutsamer ans Werk gemacht hat, die gleichen privaten Ressourcen noch existieren, solange sie nicht für die Bedürfnisse des Staates herangezogen worden sind. Man kann deshalb der Zukunft mit vollem Vertrauen entgegensehen."

Berner Bund
28/XII. 1916

Zum Regierungswechsel in Persien

Wl. E. In den bisherigen politischen Verhältnissen in Persien, wo die Intrigen stets eine besonders große Rolle spielen, konnte einer Ministerkrisis kaum irgendwelche größere Bedeutung zugemessen werden. Die jetzige Ministerkrisis allerdings hat einen ganz andern Charakter, weil sie im engsten Zusammenhang mit der auswärtigen Politik Persiens steht. Persien ist zur Arena des deutsch-türkischen und russisch-englischen Diplomatenkampfes geworden. Dieser Kampf hat in der letzten Zeit äußerst scharfe Formen angenommen. Er ist ja bereits in militärische Aktionen übergegangen, wie dieses deutlich genug aus den letzten amtlichen Meldungen der Russen aus Persien sich ergibt.

Die im gestrigen Morgenblatt von der Agentur Havas gemeldete Ernennung des Prinzen Ferman-Ferma zum neuen Ministerpräsidenten der jetzigen persischen Regierung kann nicht als eine eigentliche Ueberraschung angesehen werden. Daß sie schon den diplomatischen Sieg der Entente bedeutet, darf auf Grund der bisherigen russischen Pressemeldungen immerhin bezweifelt werden. Noch am 13. Dez. haben wir die Berufung des Prinzen Ferman-Ferma zum Minister des Innern berichtet und am 16. Dezember noch beigefügt, daß die persische demokratische Partei den neuen Minister des Innern für „vogelfrei" erklärt habe. Ferman-Ferma ist heute äußerst unpopulär in Persien, weil er als Freund Rußlands gilt. Schon während der Präsidentschaft des Prinzen Ein-Ud-Daule, der im August dieses Jahres nach fünfmaliger Demission schließlich zurücktrat, war Ferman-Ferma Minister des Innern. Damals wurde er vom Parlament (Medschilis) gestürzt und an Stelle des Prinzen Ein-Ud-Daule wurde zum Ministerpräsidenten der frühere persische Gesandte in London, Mustaufi-Ul-Mamalek, berufen. Hiemit wollte man damals ein Kompromiß zwischen zwei Tendenzen zustande bringen. Jedoch schon bei seiner Ernennung wurde Mustaufi-Ul-Mamalek als schwacher Staatsmann bezeichnet, der kaum imstande sein werde, den Rest der persischen Unabhängigkeit zu bewahren. Dieses dürfte wohl Mustaufi-Ul-Mamalek, der durchaus kein schlechter Diplomat ist, jetzt selbst eingesehen haben; hat doch das Sprachrohr des russischen Ministeriums des Aeußern, das „Rußkoje Sslowo" in einem „Sonderbares Zögern" betitelten Leitartikel schon die unverzügliche Beseitigung der fiktiven Unabhängigkeit Persiens verlangt, nebst Einsetzung eines russischen Militärgouverneurs in Persien.

Die Berufung des äußerst unbeliebten Prinzen Ferman-Ferma zum Ministerpräsidenten kann nur aus zwei Möglichkeiten erfolgt sein:

Entweder: die persische Regierung hat dieses bloß aus diplomatischen Rücksichten getan, um der Form nach in freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland noch zu bleiben...

oder: die persische Regierung wurde gezwungen, den Russenfreund Ferman-Ferma an ihre Spitze zu stellen. Diese „Berufung" wurde ja ohne das Parlament vorgenommen, was nach der persischen Verfassung nicht zulässig ist.

Vossische Zeitung
28/XII. 1915

Aus der Sozialdemokratie.

„Umfallvirtuose" Kautsky. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Blos hat vor einiger Zeit erklärt, Kautsky, der heute ein entschiedener Gegner der Bewilligung des Kriegskredits ist, habe am 4. August 1914 in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geraten, die Kriegsanleihe zu bewilligen, aber vom Reichskanzler dafür Zugeständnisse zu verlangen. Ironisch fügte Blos hinzu: „Also Kanonen gegen Volksrechte!", weil dieses Schlagwort von der Kautskyschen Richtung so oft angewendet wurde, wenn von irgend einer Verständigung mit der Regierung die Rede war. Kautsky hat darauf in der „Schwäbischen Tagwacht" geantwortet:

> „In Wirklichkeit habe ich einen derartigen Vorschlag nie gemacht. Zunächst war ich für Stimmenthaltung, und nur, weil diese abgelehnt war, schlug ich vor, ehe man sich für Bewilligung entscheide, vom Reichskanzler Aufklärungen und Zusicherungen wegen der Kriegsziele zu fordern und die Bewilligung der Kredite davon abhängig zu machen, ob die Antwort des Reichskanzlers uns genügen dürfe. Von Volksrechten habe ich dabei in keiner Weise gesprochen."

Abg. Blos hat in diesem angeblichen Protest nicht mit Unrecht sachliche Bestätigung seiner Behauptung erblickt. Ueberdies hat er jetzt von seinem Fraktionskollegen Landsberg einen Brief erhalten, worin es heißt:

> Es ist nicht richtig, daß er in der Fraktionssitzung zunächst für Stimmenthaltung war und, als diese abgelehnt wurde, vorgeschlagen hat, man solle, bevor man sich für die Bewilligung entscheide, vom Reichskanzler Aufklärung über die Kriegsziele fordern. Es ist in der Sitzung der Fraktion von keiner Seite Stimmenthaltung beantragt worden. Die das Wort nehmenden Redner sprachen ausnahmslos entweder für Bewilligung oder für Ablehnung der Kredite. Es ist daher auch nicht über Stimmenthaltung abgestimmt und diese abgelehnt worden, vielmehr hat nur eine Abstimmung darüber stattgefunden, ob die Kredite zu bewilligen oder zu verweigern seien. Jeder Genosse, der das Wort erbat, mußte am Vorstandstisch angeben, ob er für oder gegen Bewilligung sprechen wolle, da nach Fraktionsbeschluß immer abwechselnd ein Anhänger und ein Gegner der Bewilligung das Wort erhalten sollte. Kautsky hat sich als Jaredner in die Liste eintragen lassen. Da er eine größere Zahl von Vormännern hatte und fürchtete, nicht mehr zu Worte zu kommen, bat er den vor ihm eingetragenen Genossen Frank, mit ihm zu tauschen. Dabei sagte er Frank, daß er für Bewilligung sprechen wolle. Frank trat ihm darauf seinen Platz in der Rednerliste ab. Zum Wort gekommen, führte Kautsky aus: Alle Zweifel seien für die gegenwärtige Situation dadurch beseitigt, daß feindliche Soldaten die Grenze überschritten hätten und sich auf deutschem Boden aufhalten. Er stimme mit allen Führern der Internationale, namentlich mit seinem Freunde Jules Guesde, darin überein, daß in einem solchen Falle die Sozialdemokratie zur Bewilligung von Kriegskrediten verpflichtet sei, da sie zur Vertreibung des Feindes erforderlich seien. (Beiläufig bemerkt: Kautsky müßte dann eigentlich auch heute die Bewilligung gutheißen.) Indessen solle man die Gunst der Lage, die die Regierung zwinge, einen Konflikt mit der Sozialdemokratie zu vermeiden, ausnützen und sowohl die Zusage verlangen, daß Annexionen nicht gemacht werden würden, wie auch Konzessionen in der Richtung der Demokratisierung der Verfassung fordern.

Blos veröffentlicht diesen Brief unter der Ueberschrift „Umfallvirtuose und Berichtigungskünstler", wobei er zum Schluß sagt: „Inmitten einer Krisis, wie sie die Welt noch nicht gesehen, wandelt sich also alles, nur die „Ueberzeugung" Kautskys steht wie ein Fels im Meer. Ei, zum Teufel, da muß denn doch irgendeine Schraube los sein!"

Vossische Zeitung
28./XII. 1915

Die 20 „Streikbrecher" im Reichstag.

Eine Brandmarkung durch Wolfgang Heine.

Abg. Wolfgang Heine spricht in den „Sozialistischen Monatsheften" den 19 um Geyer, deren Sondererklärung doch nur den Sinn haben könne, die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vor dem Ausland und vor den Parteigenossen im Inland als „Kriegsschürer" und „Annexionisten" hinzustellen, den Mut zur Verantwortung ab. Nach seiner Meinung ist für die Minderheit der Haase-Geyer-Liebknecht die „psychologische Wurzel der Abneigung gegen die Politik des 4. August 1914 die Angst vor der Uebernahme von Verantwortung, die Gewohnheit hergebrachter, bequemer Denkformen und die Scheu vor wirklichem Handeln, kurz: die mehr oder weniger bewußte Sehnsucht nach dem alten Stall".

Heine erinnert daran, „daß die selben Männer, die jetzt leidenschaftlich für sich das Recht einer die Politik der Fraktion durchkreuzenden Sonderaktion in Anspruch nehmen, bisher sogar in rein theoretischen Fragen und gegenüber wissenschaftlichen Tatsachenproblemen den Anspruch auf persönliche Ueberzeugungsfreiheit nicht anerkennen wollten". Als Heine nach der Wahl von 1903 in den „Sozialistischen Monatsheften" zwar „Einheit im Handeln", aber „Freiheit im Denken" für die Partei forderte, wurde er „wegen dieses ungebührlichen Freiheitsverlangens heftig genug angegriffen". „Unvergessen — sagt er — soll auch der Ausschluß Hildebrands aus der Partei bleiben, der auf das Betreiben Dittmanns und unter dem Segen K. Kautskys erfolgte, und zwar wegen rein wissenschaftlicher Meinungen, von denen man nur wünschen kann, daß der Krieg sie nicht in dem Maß bestätigen möge wie es den Anschein hat. Kautsky und seine Nachtreter sind demnach wohl die letzten, die als Verteidiger der Ueberzeugungsfreiheit auftreten dürften."

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, wie bekannt geworden ist, am 2. Februar 1915, an dem alten Grundsatz festzuhalten, daß zwar kein Abgeordneter gezwungen werden solle, gegen seine Ueberzeugung abzustimmen, daß er vielmehr in solchen Fällen das Recht habe, sich vor der Abstimmung zu entfernen, daß dies aber nicht in demonstrativer Form geschehen dürfe. Dieser Beschluß wurde damals mit 92 gegen 4 Stimmen angenommen. Unter den 92 Zustimmenden befand sich die Mehrheit der Genossen, die jetzt eine viel schärfere Form der Demonstration gegen die Fraktionsmehrheit für ihr Recht halten. Unter den 4 Ablehnenden war auch Heine; er sagt: „Nicht weil ich den Wert einheitlicher Aktionen verkennte, sondern weil ich es für falsch halte, solche Fragen ein für allemal grundsätzlich zu regeln, die nur aus den sachlichen Umständen des Einzelfalles entschieden werden können." In einer Lage aber, in der „eine Handlung unmittelbare Folgen für das Wohl des deutschen Volkes, namentlich auch für die Arbeiter und ihre Vertretung, die sozialdemokratische Partei, herbeiführen muß", hält Heine die Einheit des Handelns für notwendig. Er vergleicht deshalb die 19 um Geyer mit Streikbrechern, indem er schreibt: „Alles, was dazu beiträgt, das deutsche Volk, die deutschen Arbeiter vor dem grauenhaften Schicksal einer Niederlage im Krieg zu schützen, das ist ein Kampf im unmittelbaren Interesse der deutschen Arbeiter, und wer sich davon ausschließt, der handelt zum Schaden des Volkes, mögen seine Gedanken dabei noch so ideal aussehen. Die Sozialdemokratie, die den Kampf für die deutschen Arbeiter führt, kann solchen Männern nicht anders gegenüberstehen als die Gewerkschaften den Streikbrechern. Nichts schädigt die Friedensmöglichkeit so sehr, als was bei den Feinden den Gedanken erweckt, Deutschland wäre innerlich zerrissen und deshalb nicht mehr fähig, langen Widerstand zu leisten, oder was die umgekehrte Vorstellung hervorruft, Deutschland wolle einen brutalen Unterdrückungs- und Eroberungskrieg führen. Beide Auffassungen würden aber im feindlichen Ausland erweckt werden, wenn die Reichstagsfraktion die weiteren Mittel zur Landesverteidigung verweigert hätte. Darum ist es gut, daß sie wenigstens ausdrücklich jede Verantwortung für das Treiben der Minderheit abgelehnt und dadurch zum Ausdruck gebracht hat, daß deren Stellungnahme gegen die Interessen Deutschlands und der deutschen Arbeiter verstößt und mit der Pflicht eines sozialdemokratischen Volksvertreters unvereinbar ist."

*

Die „unvermeidliche sehnlichst herbeigewünschte Spaltung". Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rühle, der zu der radikalen Minderheit gehört, erklärt in der „Pirnaer Volkszeitung", daß für ihn und viele andere die Spaltung der sozialdemokratischen Partei außer Zweifel stehe. Sie sei nach dem Sonderauftreten der Fraktionsminderheit im Reichstag unvermeidlich geworden. Er wisse, daß in der Partei viele Tausende mit ihm die Spaltung der Fraktion sehnlichst herbeiwünschten. Sie begrüßten das jetzt eingetretene Ereignis als einen verheißungsvollen Aufschwung der Kraft der sozialdemokratischen Partei aus tiefer und unwürdiger Ohnmacht. Ja, sie machten die unausbleibliche Spaltung auch der Partei zur Vorbedingung für ihre fernere Betätigung als Kämpfer in den Reihen der Sozialdemokratie.

*

Der Kampf in der Minderheit. Die Minderheit der Minderheit, d. h. die „Lichtstrahlen"-Freunde Borchardt, Radek und Co., will sich die von der Mehrheit der Minderheit — Adolf Hoffmann und Ledebour — vor kurzem erteilte Rüge nicht gefallen lassen. Julian Borchardt, der Herausgeber und Redakteur der „Lichtstrahlen", versendet an die sozialdemokratischen Zeitungen eine Zuschrift, in der die Abg. Adolf Hoffmann und Ledebour der Indiskretion beschuldigt werden. Die Zuschrift Borchardts lautet:

> Die Abgeordneten Adolf Hoffmann und Georg Ledebour behaupten im „Vorwärts", in den „Lichtstrahlen" sei angekündigt worden, die Internationalen Sozialisten Deutschlands hätten ihre Vertretung in Bern dem polnischen Genossen Radek übertragen. In den „Lichtstrahlen" hat davon nichts gestanden. Auch in einem von der Zimmerwalder Linken veröffentlichten Flugblatt steht es nicht. Ich bin deshalb leider genötigt, festzustellen, daß die Abgeordneten Adolf Hoffmann und Georg Ledebour aus einem vertraulichen Schreiben, das nicht an sie gerichtet war, eine Mitteilung veröffentlicht haben, von der sie sich wohl sagen konnten, daß sie für gewisse Nasen und Ohren nicht bestimmt war. Dagegen ist richtig, daß diejenige Opposition, die von den Abgeordneten Adolf Hoffmann und Georg Ledebour vertreten wird, mit den Internationalen Sozialisten Deutschlands nichts zu tun hat. In dem erwähnten Schreiben steht sogar ausdrücklich, die Internationalen Sozialisten Deutschlands sehen sich veranlaßt, zwischen sich und jener Opposition eine scharfe Trennungslinie zu ziehen.

Die „Leipziger Volkszeitung", die die Richtung Hoffmann-Ledebour vertritt, sagt zu dem Schlußsatz der Zuschrift: „Um so besser!"

Fremdenblatt
28/XII. 1915

Zusicherungen der Mittelmächte an Griechenland.

Unverminderte Rückgabe der zu besetzenden Gebiete.

Formeller griechischer Protest gegen Grenzüberschreitungen durch Bulgarien.

K. London, 26. Dezember. „Daily Chronicle" meldet aus Athen vom 22. d. M.:

Die griechische Regierung verfaßte neuerdings einen Protest gegen die Ueberschreitung der Grenze durch die Bulgaren.

Sie tat es, um dadurch ihre Unparteilichkeit zu beweisen.

Andererseits erhielt die griechische Regierung von den Mittelmächten entsprechende Versicherungen, daß das besetzte Gebiet nach Einstellung der Feindseligkeiten unvermindert zurückgegeben werden wird.

S. K. Athen, 26. Dezember. Die Mißstimmung der griechisch-mazedonischen Bevölkerung gegen die Entente verschärft sich zusehends, da die Truppen des Generals Sarrail unaufhörlich Requisitionen vornehmen und ganze Dörfer zur Evakuierung auffordern, wogegen sich die Bevölkerung hartnäckig sträubt. Die Entente sucht dieser Stimmung entgegenzuwirken, indem sie jetzt leugnet, daß sie sich jemals der Verwaltung von Saloniki habe bemächtigen wollen und verbreitet, daß die Bulgaren, wenn sie auf griechisches Gebiet einrücken sollten, es nicht mehr verlassen würden.

Dem stehen kategorische Erklärungen und Zusicherungen entgegen, die nicht nur Oesterreich-Ungarn und Deutschland, sondern auch Bulgarien selbst in Athen abgegeben haben und sich für den Fall eines Einmarsches bulgarischer Truppen über die griechische Grenze beziehen.

28/XII. 1915

Welche Friedensbedingungen Lloyd George von Deutschland erwartet.

Ohne 80.000 ungelernte Munitionsarbeiter der Sieg unmöglich.

K. London, 26. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In seiner in der Arbeiterversammlung in Glasgow gehaltenen Rede sagte Lloyd-George unter anderem noch: In der Kommission, die sich mit der Einstellung ungelernter Arbeiter neben gelernten beschäftigte, seien auch sieben Vertreter der Gewerkschaften gewesen. (Zwischenruf: Wir trauen den Gewerkschaftsführern nicht mehr!)

Als Redner auf die Notwendigkeit, 80.000 gelernte Arbeiter für die staatlichen Munitionsfabriken zu gewinnen, hinwies, wurde er durch einen Zwischenruf unterbrochen: Die kriegt ihr nicht!

Lloyd George erklärte schließlich: Wenn sich die Leute weigern, das Regierungsprogramm zu unterstützen, bleibt nur übrig, entweder den Soldaten zu erzählen, daß es unmöglich ist, Kanonen zu liefern, die sie in den Stand setzen sollen, im Jahre 1916 den Sieg zu erringen, oder aber dem Kaiser gerade heraus zu sagen, daß wir den Kampf nicht fortsetzen können.

Der Kaiser kann uns dann vielleicht
mit der Annexion Belgiens,
der Bezahlung einer Kriegsentschädigung und
der Abtretung von ein oder zwei Kolonien laufen lassen; er wird aber sicher auch verlangen,
daß die britische Seeherrschaft aufhört.

Dann wäre Großbritannien dem preußischen Despotismus ebenso ausgeliefert wie Belgien.

Berlin, 27. Dezember. (Tel. des „Fremden-Blatt".) Der „Lokalanzeiger" meldet aus Rotterdam: Zu der Rede Lloyd Georges in Glasgow vor ungefähr 3000 organisierten Arbeitern wird noch gemeldet: Als Lloyd George sagte, es tue not, 80.000 geschulte Arbeiter für die Arbeiten in den Munitionsfabriken zu bekommen und mit dem Rufe unterbrochen wurde: „Sie werden sie nicht bekommen!" entgegnete Lloyd George: „Ich stehe hier vor 3000 Gewerkschaftlern. Würde der Mann, der mich unterbrach, es wagen, sich in Flandern 3000 britischen Soldaten in den Laufgräben so gegenüber zu stellen?" Nachdem Lloyd George die französischen Arbeiter wegen ihrer Anstrengungen belobt hatte, äußerte er seine Zufriedenheit über die Arbeiten, welche in jüngster Zeit von Frauen verrichtet worden seien.

Nach der Rede hatte Lloyd George eine Konferenz mit den Gewerkschaftsführern, welche hinsichtlich der Frage des Zusammenarbeitens der geschulten und ungeschulten Arbeiter zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben sollen.

28./XII. 1915

* [**Gründung einer Deutsch-israelitisch-osmanischen Union.**] Auf Einladung eines Berliner Kreises, dem unter anderen Kommerzienrat H. Bamberg, Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. H. Cohen, Justizrat Dr. Horwitz, Prof. Dr. James Israel, Prof. Dr. Kalischer, Kommerzienrat A. Loewenberg, Generalkonsul Kommerzienrat Mandelbaum, Bankier Alois A. F. Marcus, Dr. Alfred Nossig, Dr. Walter Rathenau, Generaldirektor Segall, Kommerzienrat Gerson Simon u. a. angehörten, fand in Berlin eine Konferenz namhafter jüdischer Persönlichkeiten aus allen Teilen Deutschlands statt. Der Zweck der Tagung war die Ausgestaltung näherer Beziehungen zwischen den Juden Deutschlands und den Osmanen. Die Versammlung, an der sich etwa 300 jüdische Industrielle, Großkaufleute, Universitätsprofessoren, Rechtsanwälte und Rabbiner beteiligten, beschloß auf Grund der von Geheimen Justizrat Timendorfer eingebrachten Resolution einstimmig, die eben gegründete Deutsch-israelitisch-osmanische Union in jeder Hinsicht zu fördern. Die neue Vereinigung wird mit der vor einiger Zeit durch den türkischen Deputierten Emanuel Carasso und Dr. Nossig in Konstantinopel geschaffenen Osmanisch-israelitischen Union in Verbindung bleiben. Der Zweck der Union ist, unter den Juden Deutschlands sowie in Deutschland überhaupt das Verständnis für das Osmanentum zu verbreiten, humanitäre Bestrebungen zugunsten der Türkei zu fördern, die Seßhaftmachung jüdischer Auswanderer, die in der Türkei eine neue Heimat suchen, unter Ausschluß aller politischen Bestrebungen zu unterstützen, durch geeignete Unternehmungen zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Türkei beizutragen und türkische Sprachkurse sowie sonstige Veranstaltungen unter Beteiligung der Osmanen in Deutschland in die Wege zu leiten.

Neues Wiener Tagblatt
28. I. 1915

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 27. Dezember. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

26. Dezember. Artilleriekämpfe an verschiedenen Punkten der Front, speziell in den Judikarien zwischen den feindlichen Werken der Gruppe von Lardaro und unsern Batterien. An der übrigen Front ist die Lage unverändert.

Rußland.

25. Dezember. An der Westfront nordöstlich von Buczacz wurde ein feindlicher Versuch, unsre vorgeschobenen Stellungen zu nehmen, abgewiesen. Bei Rarancze, 7 Kilometer östlich von Czernowitz, nahmen unsre Patrouillen ein feindliches Werk und machten 21 Gefangene. Kräftige Wiedereroberungsversuche des Gegners blieben erfolglos.

26. Dezember. Südöstlich von Czartorysk warfen wir eine deutsche Postierung zurück und griffen die Reserven, die zu Hilfe eilten, erfolgreich von der Flanke an. Bei Prgaczewka (5 Kilometer nordöstlich von Murawica an der Ikwa) fingen wir einen Teil der feindlichen Patrouillen ab. Nördlich von Buczacz drang eine Abteilung überraschend in das Dorf Petlikowce Str. ein, wo sich eine österreichisch-ungarische Postierung befand. Im Nahkampf wurde ein Teil der Oesterreicher niedergemacht, die andern flohen.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl
28./XII. 1915

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 28. Dezember. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

27. Dezember, 3 Uhr nachmittags. Vom Laufe der Nacht ist nichts zu melden, außer in Lothringen, wo unsre Artillerie die feindlichen Arbeiten in der Gegend von Bioncourt und Gremecey südwestlich Chateau Saline beschoß.

27. Dezember, 11 Uhr nachts. In Belgien ergab das Feuer, welches auf die feindlichen Stellungen zwischen der großen Düne und dem Meer gerichtet wurde, gute Ergebnisse. An mehreren Stellen wurden die Brustwehren zerstört; ein Blockhaus in der ersten feindlichen Linie flog in die Luft. Im Artois brachten wir gestern abend nordwestlich der Kote 140 eine Mine zur Explosion und hinderten den Feind daran, den Sprengtrichter zu besetzen. Zwischen Somme und Oise zerstreute unsre Artillerie feindliche Abteilungen. Nordöstlich von Chaulny zwischen der Somme und Reims beschädigten unsre Batterien ein deutsches Werk nördlich Moussy. In der Champagne bei der Cote 195 richtete der Feind nach einer Beschießung einen Angriff gegen unsre Linien, der leicht zurückgewiesen wurde. In den Vogesen nördlich Linge glückte es unsrer Artillerie, kasemattierte Batterien und Maschinengewehrunterstände zu zerstören. Ebenso beschossen wir erfolgreich feindliche Schützengräben auf dem Schratzmännele.

Belgischer Bericht.

Heftiger Artilleriekampf auf der ganzen belgischen Front. Wir feuerten erfolgreich auf verschiedene deutsche Batterien in der Umgebung von Schoor und Woumen. Die feindliche Infanterie, die sich in einem Schützengraben bei Woumen und Maison Passeur sammelte, wurde durch unser Feuer zerstreut.

Orientarmee.

Die Lage auf unsrer Front ist unverändert.

Kriegskalender.

24. Dezember: Angriffsversuche der Russen an der bessarabischen Front werden zurückgewiesen. — Die Stellung auf dem Hartmannsweilerkopf ist restlos zurückgewonnen. — Ueberreichung der zweiten amerikanischen Note in der „Ancona"-Angelegenheit. — In seiner Dumarede wendet sich Sasonow gegen die Friedensgerüchte; die Duma nimmt eine Resolution an, in der erklärt wird, daß Rußland den Frieden nicht wolle, solange Deutschlands Kraft nicht gebrochen sei. — Der gesamte Güterverkehr innerhalb Finnlands ist wegen Truppenverschiebungen eingestellt. — Der Führer der Friedensexpedition Ford ist nach Amerika abgereist.

25. Dezember: Erfolgreicher Ueberfall auf die Russen östlich von Rarancze; zwei Maschinengewehre erbeutet. — Das feindliche Geschützfeuer gegen einzelne Stellungen des Brückenkopfes von Tolmein dauert an. — Westlich von La Bassee werden die feindlichen, gegen die deutschen Stellungen vorgetriebenen Minenanlagen durch eine erfolgreiche Sprengung zerstört. — General Castelnau reist von Saloniki nach Athen ab. — Sollum von den Engländern geräumt. — Tagesbefehl König Georgs von England an die Truppen. — Rede Lloyd Georges in Glasgow wegen Heranziehung ungelernter Arbeiter zur Munitionsfabrikation; stürmische Szenen im Stadtrat von Glasgow in der Wehrpflichtfrage. — Hervé kündigt für den 1. Jänner 1916 die Namensänderung der „Guerre Sociale" an, um den Bruch zwischen dem französischen und dem deutschen Sozialismus nach außen hervortreten zu lassen. — Aufstand in Sumatra.

Berner Bund
29./XII. 1916

Deutschlands Friedensbedingungen?

Die „Neue Zürcher Zeitung" veröffentlicht in ihrem heutigen Morgenblatte unter dem Titel „Friedensgedanken" längere Ausführungen, die Aufschluß darüber geben sollen, „wie man sich in unterrichteten deutschen Kreisen die Friedensziele des Reiches vorstellt". Es ist uns nicht bekannt, woher die Informationen des Zürcher Blattes stammen. Wir geben aber zur Orientierung doch die Punkte wieder, die nach der Meinung des Verfassers jener Ausführungen von deutscher Seite als Grundzüge jetzt einzuleitender Friedensunterhandlungen angesehen würden:

1. Belgien soll seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit erhalten bleiben, sofern es durch Verträge, vielleicht auch durch Faustpfänder, eine Wiederholung der Ereignisse vom Jahre 1914 unmöglich macht. Ein völliges Aufsaugen Belgiens würde sogar von der deutschen Großindustrie aufs heftigste bekämpft werden, weil ein Fallenlassen der Zollschranken zu unleidlichen Situationen führen müßte, solange die Arbeiterverhältnisse Belgiens infolge des Mangels eines ausreichenden Fabrikgesetzes so weit hinter jenen Deutschlands zurückstehen. Selbst für eine Zollunion verlangt man ein Uebergangsstadium von mindestens fünf Jahren. Belgien hätte aber an Deutschland eine jährliche Kriegskontribution zu bezahlen in der Höhe des frühern Militärbudgets, wogegen Deutschland bis zur endgültigen Auszahlung die Polizeigewalt ausüben würde.

2. Die okkupierten französischen Departemente würden ohne weiteres an Frankreich zurückgegeben werden. Kleine Grenzregulierungen wären vielleicht im beidseitigen Interesse erwünscht. Auch auf eine Kriegsentschädigung von seiten Frankreichs würde Deutschland verzichten, sofern Frankreich seine Forderung an Rußland im Betrage von etwa achtzehn Milliarden Franken an Deutschland abtritt. Selbstverständliche Voraussetzung dieses Abkommens mit Frankreich wäre die Rückgabe aller deutschen Kolonien durch England und die Räumung von Calais.

3. Russisch-Polen soll unter einem deutschen Fürsten als König von Polen vollkommen unabhängig und selbständig werden. Dagegen hätte es an Deutschland eine Kriegskontribution auf gleicher Grundlage wie Belgien zu entrichten. Dem historischen Drang nach dem Meere, der Rußlands Politik seit Jahrhunderten beherrscht, soll in der Weise entsprochen werden, daß dem Zarenreich ein Ausgang nach dem Persischen Golf zugestanden wird.

4. Italien müßte auf die okkupierten türkischen Inseln verzichten, wogegen der Status quo ante aufrecht erhalten bliebe.

5. Bulgarien müßte selbstverständlich Mazedonien zugesprochen werden, ebenso wie ein von Nisch bis Semendria reichender Korridor zur Donau. Das übrige Altserbien soll selbständig bleiben, oder aber mit Montenegro zu einem Königreiche vereint werden.

6. Albanien müßte die ihm früher zugestandene Selbständigkeit unter einem selbstgewählten Fürsten tatsächlich erhalten.

7. Die Ansprüche Rumäniens und Griechenlands scheinen in diesem Augenblick noch nicht ganz festzustehen.

*

Die Gewähr für die Richtigkeit dieser Ausführungen müssen wir natürlich der „Neuen Zürcher Zeitung" überlassen.

Berner Bund 29./XII. 1916

Der Guerillakrieg in Weißrußland

Wl. E. In der letzten Zeit begegnet man in der russischen Presse Meldungen über Guerillakämpfe, die nach der Meinung der „Nowoje Wremja" noch einen viel größeren Umfang als bisher annehmen werden. Dieses Petersburger Blatt erinnert dabei an die Vorgänge des Jahres 1812, wo solche Guerillakämpfe große Erfolge verzeichnen konnten. Bei der jetzigen Vervollkommnung der Kriegstechnik sind wohl solche Kämpfe bedeutend schwieriger geworden, sie können aber noch immer gut ortsgemäß durchgeführt werden. Und dieses gilt besonders für das so oft genannte Sumpfgebiet Weißrußlands, welches auf der Karte und im Lehrbuch den unrichtigen Namen „Rokitnosümpfe" trägt, richtig aber „Poleßje" (Waldland) heißt und eine Landschaft von über 80,000 Quadratkilometer umfaßt. In dieser merkwürdigsten Landschaft auf Gottes weitem Erdboden, die bis zum Krieg so wenig bekannt war und die eine echte «terra incognita» darstellt, sind manche Ansiedlungen erst gelegentlich der amtlichen Erhebungen in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts von den russischen Beamten „entdeckt" worden. Und auch heute noch sollen dem „Rußkoje Sslowo" zufolge in Poleßje Ansiedlungen bestehen, die vom jetzigen Krieg gar nicht berührt sind; ihre Einwohner, die sogenannten Poleschuki, wissen nicht, wessen Untertanen sie jetzt eigentlich sind — Rußlands, Deutschlands oder Oesterreichs. Sehr viele von diesen Ansiedlungen in Poleßje sind nur im Winter erreichbar, wenn die Sümpfe zufrieren, andere jedoch wieder nur zur Hochwasserzeit auf Kähnen, weil die Sümpfe in der Nähe von heißen Quelltöpfen sogar im strengsten Winter nicht zufrieren. Es gibt in Poleßje noch weltentrückte Waldgebiete, wo wir den Urwald in seiner gewaltigen Größe und Schönheit sehen. „Durch diesen polessischen Wald geht ein ununterbrochenes Rauschen wie schmerzvolles Seufzen, wie ein sehnsuchtsvolles Lied ohne Worte, eine dunkle Erinnerung an die Vergangenheit." So schildert der wohlbekannte russische Schriftsteller Korolenko das Rauschen des Waldes in seiner polessischen Novelle „Der Wald rauscht".

Im jetzigen Krieg ist aber auch dieser polessische Urwald zum Kriegsschauplatz geworden. Poleßjes über 30,000 Quadratkilometer große Sümpfe, die zahlreichen, jedoch wenig gangbaren Wälder und die bei Hochwasser das Umgelände weithin unter Wasser setzenden Flüsse, Flüßchen und Bäche mit ihren unzähligen Seitenarmen, Seen und Tümpeln geben diesem Gebiet nicht nur eine starke Verteidigungsfähigkeit, sondern machen es auch zu einem geeigneten Schauplatz für Guerillakämpfe, die selbstverständlich nur unter einheimischen und mit diesem Sumpf- und Waldgelände ganz vertrauten Führern möglich sind. Die Wegbarkeit in Poleßje ist ja überhaupt eine Seltenheit. Bei den häufigen Ueberschwemmungen sind die Verkehrsbedingungen äußerst schlechte. Die Truppen sind gezwungen, in kleineren Abteilungen vorwärtszudringen. Und so ist hier ganz von selbst ein „Kleinkrieg" entstanden. Der bekannte russische Kriegsberichterstatter G. Petrow sagt im „Rußkoje Sslowo", auch die Deutschen hätten diesen „Kleinkrieg" gut organisiert, sonst wäre es ihnen nicht möglich, so unwegbares Gelände so schnell zu passieren. Besonders gut sollen die kühnen Kavallerieraids vorbereitet gewesen sein. Einzelne deutsche Reiter haben es verstanden, sich mehr als hundert Werst weit im Feindeslande einzuschleichen. Und jetzt sollen dem „Rußkoje Sslowo" zufolge auch die Russen diese Kriegsführungsart anwenden. Wir haben, so betont der Kriegsberichterstatter A. Sumskoi desselben Moskauer Blattes, auch in dieser Beziehung von den Deutschen gelernt. Der letzte russische Ueberfall auf Newel (südwestlich von Pinsk), wo die Russen sogar einen deutschen Divisionsgeneral gefangen nehmen konnten, habe sie besonders zu solchen Kavallerieraids und Guerillakämpfen ermuntert.

Neues Wiener Tagblatt
29./XII. 1915

Der Kampf gegen den deutschen Militarismus.

Berlin, 28. Dezember. Die Morgenblätter entnehmen dem freisinnig-demokratischen „Berner Intelligenzblatt" Ausführungen des Oberst-Divisionärs Gertsch in einem „Militarismus" betitelten Artikel, in dem Oberst Gertsch schreibt, daß die Entente allmählich aufgehört habe zu behaupten, Deutschland sei der Brandstifter des Krieges. Das Ziel der Entente sei die Zertrümmerung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, aber warum Deutschland den Krieg hätte beginnen sollen, sei unerfindlich. Angesichts des Strebens Englands nach Einkreisung Deutschlands und des deutschfeindlichen russisch-französischen Bündnisses habe Deutschland den Krieg vorausgesehen und die Abwehr vorbereitet. Jede starke Regierung mußte ähnlich handeln, denn beispielsweise die Erdrosselung Persiens beweise, welche Eingriffe während des Friedensstandes eine schwache Regierung riskierte.

Oberst Gertsch führt weiter aus: Deutschland, angeblich erzbereit, wurde durch den Ausbruch des Krieges in dem Ausbau der Wehrverfassung, welcher noch fünf Jahre brauchte, gestört. Auch danach würde es den Krieg nicht gesucht haben entsprechend der Denkweise des Kaisers, welcher die Annahme der Herausforderung Ende Juli 1914 reichlich lange verzögerte. Dem überlieferten nationalen Standpunkte Englands erschien die Zertrümmerung Deutschlands als patriotische Pflicht, weil die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands die englische Seeherrschaft zu gefährden begann. Gerade angesichts dieser Wahrheit wirkte die Fiktion des Schutzes der belgischen Neutralität unangenehm und kleinlich und wurde sogar von namhaften englischen Publizisten öffentlich bekämpft. Aber auch sie gestanden den eigentlichen Grund des Krieges nicht ein, sondern stellten mit den französischen und russischen Vorkämpfern der russischen Zivilisation als angebliches Kriegsziel die Bekämpfung des sogenannten deutschen Militarismus auf.

Mit diesem Schlagwort, welches auf Sachunkenntnis und oberflächliche Denkweise berechnet ist, trafen sie den Kern der Sache, allerdings ohne es zu wissen, denn sicherlich wollten sie nicht aussprechen, daß mit der Zerstörung des deutschen Militarismus auch Deutschlands wirtschaftliche Kraft gebrochen und Englands wirtschaftliche Zukunft gesichert würde. Deutschland ist ohne die ihm eigentümliche Form seines Militarismus undenkbar. Dieser ist die alleinige Ursache der unvergleichlichen kriegerischen Größe und wirtschaftlichen Kraft Deutschlands, nämlich diese kluge, unermüdliche Sorge für das Heerwesen sowie die Einwirkung der militärischen Erziehung auf die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung der Heeresglieder und ihrer Nachkommenschaft, somit der ganzen Bevölkerung.

Die Wehrhaftigkeit eines Kulturvolkes bildet eine unerschöpfliche Quelle der wirtschaftlichen, sittlichen und geistigen Kraft sowie der politischen Bedeutung. Dadurch werden die militärischen Kosten tausendfach wieder eingebracht. Nur durch ein richtig geleitetes, ohne Nebenziele auf den Krieg gerichtetes Heerwesen werden die Völker zu Gedeihen und Größe geführt. Diese altgeschichtliche Wahrheit wurde neuerdings bewiesen durch die Erkenntnis, daß das moderne Heldentum des Weltkrieges nur denjenigen nützt, welche durch die methodische Schule des deutschen Militarismus zu wirklichen Kriegern erzogen wurden, aber wenig nützt, wo Improvisation anstatt Kriegererziehung eintrat.

Die Abneigung der meisten europäischen Völker gegen das Militärwesen ist ein Zeichen von Erschlaffung, wahrscheinlich von Altersschwäche. Auf diese spekulieren Europas mächtige Gegner im Osten und Westen. Amerika hilft durch neutrale Waffen und Munition, Deutsche zu töten, entzieht dafür englisches und französisches Gold und muntert jede Kriegspartei auf, indem es der andern Partei gelegentlich drohende Worte zuruft. Japan griff Deutschland, seinen Lehrmeister, welchem es alles verdankt, an und nützte dadurch den jetzigen Alliierten. Es bezweckt lediglich eine Schwächung Europas durch die Schwächung Deutschlands. Ein unkriegerisches Europa wird wirtschaftlich verdorren und militärisch zertreten werden. Europa in voller Kriegsrüstung wird zu neuer Blüte und Kraft emporsteigen und seine weltgebietende Stellung behaupten. Europa muß wieder jung werden und den Krämergeist hinauspeitschen, der den Weltkrieg entzündete.

29./XII. 1915

Die bulgarische Thronrede.

Sofia, 27. Dezember. Um ½12 Uhr vormittags eröffnete König Ferdinand die Sobranje mit der Verlesung folgender Thronrede:

„Meine Herren Deputierten!

Ich und meine Regierung haben während eines Zeitraumes von mehr als einem Jahre nach Beginn des europäischen Krieges unerhörte Anstrengungen gemacht, um zu einem Einvernehmen mit dem uns benachbarten Serbien zu gelangen, damit uns auf friedlichem Wege die Gebiete zurückerstattet werden, die es uns verräterischerweise geraubt hat. Diese Bemühungen scheiterten an dem unerschütterlichen Eigensinn Serbiens, das sich weigerte, uns Mazedonien zurückzuerstatten. Nach Erschöpfung aller friedlichen Mittel zur Erwirkung dieses Zieles und um den Leiden unsrer geknechteten Brüder ein Ende zu setzen, war ich gezwungen, unsrer Armee den Auftrag zu erteilen, in Serbien einzudringen, um unsern Brüdern die Freiheit zu geben und die Einheit unsrer Nation herzustellen.

Ich konstatiere mit Stolz, daß unsre Truppen sich mit unvergleichlichem Elan und außerordentlicher Tapferkeit auf den Feind warfen, und indem sie Seite an Seite mit den tapferen und ruhmbedeckten Verbündeten, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, kämpften, haben sie in weniger als zwei Monaten den perfiden Feind vollständig geschlagen und ihn aus seinem Lande gejagt.

Sie haben aber noch Ruhmvolleres vollbracht: Die Truppen, die von zwei Großmächten, England und Frankreich, zur Schande der Zivilisation und ihrer eigenen Vergangenheit entsendet worden waren, die serbische Tyrannei über die gemarterte bulgarische Nation zu unterstützen und zu festigen, sind aus Mazedonien vertrieben worden. Gegenwärtig steht kein feindlicher Soldat mehr auf dem uns sowie den Märtyrern der Vergangenheit und der ruhmreichen Gegenwart so teuren Boden. Ruhm und Ehre der siegreichen bulgarischen Armee, die durch ihre Tapferkeit und Standhaftigkeit und ihren Elan unserm Vaterlande und unsern Waffen neuen Ruhm verschafft und die ewige Dankbarkeit ihrer befreiten Brüder erworben hat, mit denen sie so glücklich war, die Freude und den Enthusiasmus bei den unvergeßlichen rührenden Szenen zu teilen, die sich in den Dörfern und Städten abspielten, wohin sie die Freiheit brachte und wo sie die Ketten der Sklaverei zerbrach. Ich beuge mich vor dem Andenken der auf den Schlachtfeldern gestorbenen Helden, die mit ihrem Blute die nationale Einheit besiegelt haben.

Meine Herren Deputierten! Meine Regierung wird Ihnen bloß ein Budgetprovisorium für die erste Hälfte des Jahres 1916 unterbreiten sowie Kreditforderungen, die notwendig sind für die Erfordernisse des Krieges, die Erhaltung der Familien der armen Soldaten, die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Verwaltung in den erlösten und von unsrer Armee besetzten Gebieten sowie für die Organisation der an beiden Ufern der Maritza gelegenen Territorien, die gemäß dem getroffenen Uebereinkommen das verbündete ottomanische Reich an Bulgarien als Unterpfand der dauernden Freundschaft und der glücklichen Zusammenarbeit entsprechend den höheren gemeinsamen Interessen der zwei Staaten abgetreten hat. Meine Regierung wird Ihrer Genehmigung alle Vorlagen unterbreiten, die sie im Bewußtsein der Wichtigkeit des gegenwärtigen Augenblickes ausgearbeitet hat, angesichts der Notwendigkeiten, die die Bedürfnisse der Armee, der Verteidigung des Vaterlandes und der guten Fortführung des Krieges auferlegten.

Meine Herren Deputierten! Ueberzeugt davon, daß Sie, durchdrungen von der Größe des gegenwärtigen Augenblickes, den wir erleben, und von dem Vertrauen wahrer Patrioten, im Verlauf Ihrer Tätigkeit die Einmütigkeit und Solidarität zeigen werden, deren das Vaterland mehr als je bedarf, rufe ich den göttlichen Segen auf Ihre Arbeiten herab und erkläre die zweite allgemeine Session der 17. Nationalversammlung für eröffnet. Es lebe die bulgarische Nation! Es lebe die tapfere bulgarische Armee!"

* * *

Neue Freie Presse
29./XII. 1915

Eine Hilferuf der mohammedanischen türkisch-tatarischen Völker Rußlands.

Wien, 28. Dezember.

Das in Wien weilende Komitee für den Schutz der Rechte der mohammedanischen türkisch-tatarischen Völker Rußlands hat maßgebenden Persönlichkeiten eine Denkschrift überreicht, in deren Schlußausführungen es heißt:

Rußland hat seine mohammedanisch-türkische Bevölkerung ihrer elementarsten und heiligsten Rechte beraubt. Man wollte alle Kultur- und Lebensfähigkeiten dieser unglücklichen Völker ausrotten. Wir Türken aus Kasan, Krim und Turkestan, die dieses Memorandum unterfertigten und die Vertreter des leitenden Komitees sind, das zur Förderung der nationalen Bestrebungen dieser an Rasse, Sprache und Religion gleichartigen Völker geschaffen wurde, tragen unsere Bitte vor die ganze zivilisierte Welt.

Wir hoffen, daß die Bannerträger der westlichen Zivilisation, Oesterreich-Ungarn und Deutschland, in naher Zukunft Asien auf kulturellem Wege umgestalten werden. Die Aufrichtung der osteuropäischen und zentralasiatischen Khanate würde dieses Bestreben in hohem Maße erleichtern.

Daher bitten wir im Namen des Fortschrittes der Menschheit die Oesterreicher, Ungarn und Deutschen um Hilfe. Mit erhobenen Armen bitten wir die Verbündeten und Freunde des islamitischen Kalifen und großen türkischen Sultans, den Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn, den deutschen Kaiser und den König der Bulgaren sowie ihre heldenhaften Völker:

Befreiet von den russischen Fesseln

die euch allen freundschaftlich gesinnten, einigen, mit euch verbrüderten Nationen, die im Osten des zivilisierten Europa, in den großen Gebieten des alten Asien leben!

Die Forderungen des Komitees sind folgende: Befreiung der Khanate von Bokhara und Khiva von der russischen Oberherrschaft sowie die Wiederherstellung ihrer vollkommenen Unabhängigkeit, Angliederung von Turkestan an die Khanate von Bokhara und Khiva, die Freiheit und Unabhängigkeit der Turkmenen, die Sicherung der politischen und administrativen Unabhängigkeit der Kirgisen, Aufrichtung des Khanats der Krim unter dem Schutze des osmanisch-türkischen Sultanats, Wiederaufrichtung des alten Kasaner Khanats an der Wolga, Erklärung der Wolga und des Kaspisees als neutrales Gebiet.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl
29./XII. 1915

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 29. Dezember. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Rußland.

27. Dezember. In der Küstengegend bei Schmarden (12 Kilometer östlich von Tuckum) wurde durch eine Abteilung Freischärler ein Angriff angesetzt. Gegen 4 Uhr morgens näherte sich ein Teil unbemerkt zu Pferde dem deutschen Posten, welcher sich in Hütten hinter einem Drahthindernis befand, durchschnitt an mehreren Stellen den Stacheldraht, stürzte sich auf die Hütten und warf Handgranaten in die Fenster. Die Deutschen, welche zu entkommen versuchten, wurden mit dem Bajonett getötet. Alle Posten wurden nach kurzem Bajonettkampf niedergemacht und sechs Soldaten gefangengenommen. Einem kleinen Teil gelang es, nach verschiedenen Richtungen zu fliehen. Trotz heftigen Feuers von Süden gelang den Freischärlern der Rückzug. Unsre Verluste sind unbedeutend. In der Gegend des Bahnhofes Czartorysk beim Kirchhof des Dorfes Podczerswicze Nowe vernichteten wir gleichfalls einen deutschen Posten und machten 16 Gefangene.

Fremdenblatt
29./XII. 1915

Beurlaubungen in Griechenland.

K. Athen, 26. Dezember. (Verspätet eingetroffen.) Ein Erlaß des Kriegsministers verfügt die Beurlaubung von 10 bis 15 Prozent der Mobilisierten.

Fremdenblatt
29./XII.1915

Die Kämpfe in Aegypten.

K. London, 27. Dezember. Das Kriegsamt teilt bezüglich des türkischen Heeresberichtes vom 27. Dezember mit, daß vom 14. bis 24. Dezember kein Gefecht zwischen britischen Truppen und Arabern an der Westfront Aegyptens stattfand.

Am 25. Dezember wurde die arabische Hauptmacht ungefähr 8 Meilen von Mersa und Matruh angetroffen, angegriffen und auseinandergetrieben. Die britischen Truppen hatten geringe Verluste.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Italien.

27. Dezember. In den Judikarien eröffnete unsere Artillerie das Feuer auf die Stellungen in der Nähe von Cologna, wo feindliche Batterien gemeldet waren, und rief daselbst durch wohlgezieltes Feuer große Explosionen und einen Brand hervor. Die Tätigkeit unserer kleinen Abteilungen im Camera- und Maggio-Tale (Brenta) brachte uns günstige Gefechte mit dem Feinde, dem auch einige Gefangene abgenommen wurden. Am Karstplateau wurde ein feindlicher Angriffsversuch in der Nacht auf den 26. d. M. gegen die Stellungen am Monte dei sei Busi durch das Feuer unserer Truppen sofort zum Stehen gebracht.

England.

Amtlicher Bericht vom 27. Dezember. Heute früh ließ der Feind gegenüber unserer Linie südöstlich der Hohenzollern-Schanze eine Mine springen. Wir verschanzten uns nächst dem Trichterrande. Unsere Artillerie beschoß erfolgreich die Schützengräben des Feindes südlich der Bahn Lille—Argentieres. Der Feind antwortete kräftig, richtete aber nur wenig Schaden an. Sonst die übliche Artillerietätigkeit.

Fremdenblatt
29./XII. 1915

Der montenegrinische Kriegsbericht.

K. **Rom**, 27. Dezember. Das montenegrinische Generalkonsulat teilt folgendes amtliche Telegramm aus Cettinje vom 21. Dezember mit:

Wegen Anwesenheit des Feindes ließen wir die gesamte Bevölkerung mit ihren Herden und Lebensmitteln vom rechten Tara-Ufer in das Innere des Landes zurückziehen. Zwei feindliche Bataillone mit vier Kanonen und zwei Maschinengewehren griffen in der Richtung Berane eine unserer Abteilungen kraftvoll beim Dorfe Jabuma am Lim an, wurden aber mit großen Verlusten ihrerseits zurückgeworfen. Wir machten etwa 100 Gefangene.

Auf den übrigen Fronten nichts von Wichtigkeit.

K. **Cettinje**, 27. Dezember. Amtlicher Bericht vom 25. Dezember: Unsere Sandschaktruppen setzten ihre Offensive fort. Es gelang ihnen, mehrere Dörfer zu besetzen, die sich in den Händen des Feindes befanden. Die Oesterreicher erlitten schwere Verluste. An den anderen Fronten Artilleriekämpfe.

Fremdenblatt
29./XII. 1915

Kriegskalender.

26. Dezember: Im Sumpfgebiete der Poleſie wurden ſtarke feindliche Aufklärungsabteilungen zurückgewieſen, ebenſo Annäherungsverſuche der Italiener gegen den Südteil der Hochfläche von Doberdo. — Erfolgreiche deutſche Patrouillenunternehmungen in der Gegend von Dünaburg; ſtärkere ruſſiſche Erkundungsabteilungen wurden nordweſtlich von Czartorysk bei Berestiany abgewieſen. — König Peter iſt aus Valona in Italien, Pasic aus Skutari in Cettinje eingetroffen. — Anfrage Griechenlands bei der italieniſchen Regierung wegen der italieniſchen Unternehmungen in Valona. — Proteſt Griechenlands wegen Grenzüberſchreitungen durch die Bulgaren. — Zuſicherungen der Mittelmächte an Griechenland betreffend unverminderte Rückgabe der zu beſetzenden Gebiete. — Gunaris Erklärungen über die griechiſche Neutralität an einen Vertreter des „Daily Chronicle"; geteilte Anſchauungen im griechiſchen Kabinett. — Rede Lloyd Georges vor Munitionsarbeitern über die angeblichen bedrohlichen Friedensbedingungen Deutſchlands. — Auf dem franzöſiſchen Sozialiſtenkongreß referierte Compère-Morel über die Friedensfrage, Bourderon reklamierte das Recht, mit den deutſchen Sozialdemokraten Zuſammenkünfte abzuhalten. — Kabinettswechſel in Perſien.

Vossische Zeitung
29./XII. 1915

Aus der Sozialdemokratie.

„Das Wiedererwachen der Internationale." Der Führer der belgischen Sozialdemokratie, Minister Vandervelde, veröffentlicht in der Londoner „Clarion" vom 17. Dezember einen Artikel unter der Ueberschrift „Das Wiedererwachen der Internationale", der, wie die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme" sagt, „es erklärlich macht, daß auch diesmal wieder der Versuch, eine Besprechung von sozialdemokratischen Parteiführern im Haag herbeizuführen, scheiterte." In dem Artikel Vandervelds heißt es nämlich: „Wenn der Friede zwischen den kriegführenden Nationen noch fern zu sein scheint, so darf und sollte man sich die Frage vorlegen, ob man nicht von einem anderen, höchst wünschenswerten Frieden sprechen könnte: dem Frieden zwischen Sozialisten, zwischen wahren Sozialisten, die auf der anderen Seite der Barrikade stehen und gemeinschaftliche Ideen und Grundsätze mit uns haben. Ich denke zum Beispiel an Genossen wie Haase, Bernstein, Kautzky und Liebknecht... An dem Tage, an dem es sich entscheidet, daß wenn auch nicht die ganze deutsche Sozialdemokratie, so doch eine große Anzahl deutscher Sozialisten mit uns übereinstimmt, daß Belgiens Unabhängigkeit wiederhergestellt, daß das französische Gebiet befreit, daß der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen das Selbstverfügungsrecht gewährt werden soll, wäre der Friede, der doch nicht von uns abhängig ist, zwar nicht herbeigeführt, aber die schlafende Internationale wäre imstande, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen."

*

Die „Haager Friedenskonferenz". Aus dem Büro des sozialdemokratischen Parteivorstandes wird geschrieben: „In der Presse werden allerlei Mitteilungen gemacht über eine im Haag abgehaltene sozialistische Friedenskonferenz. Richtig ist an diesen Mitteilungen nur, daß die Genossen Ebert und Scheidemann als Vertreter des Parteivorstandes am 22. Dezember im Haag mit den holländischen Mitgliedern des Exekutivkomitees des Internationalen Sozialistischen Büros eine informatorische Aussprache gehabt haben."

*

Westfalen gegen die Minderheit. Der sozialdemokratische Bezirksvorstand für das östliche Westfalen hat eine Kundgebung veröffentlicht, worin es heißt: „Die Opponenten haben dem deutschen Proletariat dadurch keine gute Weihnachtsgabe beschert und durch ihr Verhalten dem Friedenswillen den denkbar schlechtesten Dienst geleistet." — Die neun Wahlkreise des Bezirks „östliches Westfalen" sind sämtlich durch nicht-sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstag vertreten.

Vossische Zeitung
29./XII. 1915

Aus der Sozialdemokratie.

Brandenburg für die Mehrheit. Die sozialdemokratische Bezirksausschuß der Provinz Brandenburg erläßt eine ernste Warnung gegen die Disziplinbrecher. Er sagt:

> Der Bezirksausschuß kann jedoch trotz sorgfältigster Prüfung in der nun abgegebenen Erklärung keinerlei Gründe oder Auffassungen entdecken, die in den bisherigen Reden und Erklärungen der Fraktionsmehrheit nicht auch schon enthalten wären, mit Ausnahme der Schlußfolgerung, die Kredite abzulehnen. Diese aber steht im schroffen Widerspruch mit dem Satze der Erklärung, daß sie „Eroberungspläne, die von Regierungen und Parteien anderer Länder aufgestellt werden, mit aller Kraft bekämpfen" werde. Daß solche Pläne aufgestellt sind, ist aller Welt bekannt. Daß durch unsere Ablehnung der Kriegskredite die „Bekämpfung" der feindlichen Eroberungspläne aber wirklich „mit aller Macht" erfolgt, wird die Minderheit im Ernst selbst nicht behaupten wollen. Und im feindlichen Ausland wird man mit dieser Art der „Bekämpfung" um so zufriedener sein, als dort die Sozialisten die Mittel zur Durchführung jener Eroberungspläne bewilligen. Am schärfsten verurteilt der Ausschuß aber das Aufgeben der Disziplin, die Ablehnung der Unterordnung der Minorität unter die Beschlüsse der Majorität. Die freiwillige Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit bildet die Grundlage der Organisationen, sie ist das Lebenselement der Demokratie. Ohne sie ist das Leben der Partei und der Gewerkschaften unmöglich.

Aus der Provinz Brandenburg haben abgesehen von zwei Vertretern Berliner Wahlkreise, Büchner und Ledebour, die drei Abgg. Liebknecht, Stadthagen und Zubeil gegen den 10-Milliarden-Kredit gestimmt.

Bleibt Haase Parteivorsitzender? Nach der „Schwäb. Tagw." hat Abg. Haase noch am 18. Dezember in der Fraktionssitzung erklärt, daß er die Sonderaktion nicht mitmache, aber am 20. Dezember bekanntgegeben, daß er sich dem Vorgehen der Minderheit anschließen werde. Das sozialdemokratische Blatt in Stuttgart schreibt nun: „Diese Masse der Parteigenossen im Reiche wird sich nun auch mit der Frage zu beschäftigen haben, ob ein Mann noch Vorsitzender der Partei bleiben kann, der die Axt an die Parteieinheit gelegt hat."

Vossische Zeitung
30./XII. 1915

Aus der Sozialdemokratie.

„Organisierte Desorganisation." Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Konrad Haenisch bespricht im „Hamb. Echo" die gegenwärtige Lage der sozialdemokratischen Partei. Er macht dem Parteivorstand zum Vorwurf, daß er „den Treibereien der Opposition gegenüber seit langem eine kaum noch entschuldbare Langmütigkeit an den Tag gelegt hat", spricht von dem „Vorwärts" als dem „Zentralunglück der Partei" und wendet auf Haase, der „in offener Parlamentssitzung die Fahne der Empörung gegen die Partei entrollt hat", und auf Kautsky, den das Geschick davor bewahren möge, einmal den „großen Parteizerstörern" zugezählt zu werden, unter Anerkennung ihrer Verdienste um die Partei das Wort Liebknechts, des Vaters, an: „Hoch steht mir Marx, doch höher steht mir die Partei". Auf Grund der Vorkommnisse der letzten Monate faßt Haenisch sein Urteil über die Lage der sozialdemokratischen Partei in die Worte zusammen:

> Organisierte Desorganisation! Eine organisierte Minderheit in offener Rebellion gegen die Partei! Die Minderheit der Fraktion in Aufruhr gegen die Mehrheit! Erklärungen und Gegenerklärungen auf offener Parlamentstribüne! Der Vorsitzende der Partei als Fahnenträger dieser Rebellion! Lähmung des Parteivorstandes durch inneren Zwist! Das offizielle Tagesorgan der Partei und ihre wissenschaftliche Wochenschrift als Organe der Minderheit in rücksichtslosem Kampfe gegen die Mehrheit und ihre Beschlüsse! Die Parteileitung ohne jedes offizielle Organ zur Vertretung ihrer Politik! Das ist das traurige Bild vollendeter Zerrüttung, das unsere Partei dem Auge heute bietet!

*

Sekte oder Partei. Der „Volksfreund" in Karlsruhe, der unter der Leitung des Landtagsabgeordneten Kolb auf dem äußersten rechten Flügel der sozialdemokratischen Partei steht, fordert vom nächsten sozialdemokratischen Parteitag die Lösung des Problems „Sekte oder Partei". Er sagt dazu wörtlich: „Es wäre — darin stimmen wir dem „Vorwärts" durchaus bei — ein Beweis ungeheurer Kurzsichtigkeit, wenn die Mehrheit der Fraktion das Prinzipielle der Angelegenheit nicht erkennen, d. h. leugnen wollte, daß die Politik des 4. August mit den Parteitagsbeschlüssen von Nürnberg, Dresden und Magdeburg und deren theoretischer Grundlage im Widerspruch steht. Die Mehrheit muß, wenn sie die Politik des 4. August fortsetzen will, auf dem nächsten Parteitag die Aufhebung derjenigen Parteitagsbeschlüsse fordern, welche die parlamentarischen Vertretungen der Sozialdemokratie zu einer prinzipiellen Verneinung des Staates und der Staatspolitik zwingen. Der Versuch, die Bewilligung der Kriegskredite mit der Nürnberger Resolution in Einklang zu bringen, ist ein sophistisches Manöver, welches zur Not ausreicht, Leute zu überzeugen, welche die theoretischen Ursachen der Parteikonflikte nicht kennen, niemals aber kann auf der Grundlage einer solchen Sophisterei eine großzügige konsequente reformistische Politik aufgebaut werden. Würden die Beschlüsse von Dresden und Nürnberg bestehen bleiben, so würden wir künftig prinzipiell ebenso die Budgets ablehnen müssen, wie vor dem 4. August und wir hätten in jedem einzelnen Falle, wo dieses „Prinzip" übertreten wird, dieselben heftigen Konflikte wie bisher. Wir müßten in Konsequenz dieses „Prinzips" auch wieder alle Militär- und Marineforderungen prinzipiell ablehnen, prinzipiell dem kapitalistischen Klassenstaat die Mittel zur Fortsetzung seiner Existenz verweigern. Streng genommen darf man vom Standpunkt dieses „Prinzips" aus nicht einmal Steuern bewilligen. Kurzum, wir kämen wieder in die politische Sackgasse hinein, aus welcher uns der Krieg hinausgeworfen hat. Deshalb muß über die Politik des 4. August und ihre Konsequenzen Klarheit geschaffen werden."

Vossische Zeitung 30./XII. 1915

Aus der Sozialdemokratie.

Wolfgang Heine gegen Haase. In einem Artikel „Der Sonderbund" wendet sich Reichstagsabg. Heine scharf gegen die 19 um Geyer, insbesondere gegen den Parteivorsitzenden Haase. Abg. Heine schreibt: „Auch Wurm hat die Sondererklärung unterzeichnet, er, der bisher für die Kriegskredite gestimmt und die Notwendigkeit ihrer Bewilligung beredt und mit Wärme vertreten hatte. In derselben Lage ist übrigens auch noch ein erheblicher Teil der übrigen Unterzeichner, Bernstein, Dittmann, Dr. Oskar Cohn und Zubeil. Gewiß haben sie das Recht, ihre Meinung zu ändern. Wer aber in seiner eigenen Meinung so geschwankt hat, dessen neu gewonnene Ueberzeugung kann nicht die Bedeutung beanspruchen, daß er um ihretwillen die Spaltung der Partei mit allen Schäden, die sie zur Folge haben muß, herbeiführen dürfte. Aber das stärkste Stück ist, daß der bisherige Vorsitzende der Partei, Haase, nachdem er noch zwei Tage vorher bestritten hatte, an einer solchen Sonderaktion teilnehmen zu wollen, die Erklärung der Sonderbündler mit unterschrieben hat. Wenn es jedem andern nachgesehen werden kann, ihm nicht! Aber kann das Vorgehen Haases eigentlich noch überraschen? Am 4. August 1914 verlas Haase die schöne Erklärung der Fraktion, die den Mut und Willen zur Landesverteidigung bekannte, ohne der Menschlichkeit, der Friedensliebe und dem internationalen Zusammenhange der Kulturvölker etwas zu vergeben. Freilich, Haase hatte sich gesträubt, diese Erklärung zu verlesen, da er ja ein Gegner der Kreditbewilligung wäre, aber sein Sträuben hatte etwas von dem einer Jungfer gegen die Umarmung; er beteiligte sich sogar an der Beratung über die Fassung der Erklärung. Die Mehrheit der Fraktion glaubte leider, Haase durch diesen Auftrag eine Ehre zu erweisen und damit die Richtung auszusprechen, die sie auch einem abweichenden Standpunkt zollte; auch glaubte sie, die damals noch jedem selbstverständliche Einheitlichkeit der Parteiaktion zum Ausdruck bringen zu können, wenn sie den Vorsitzenden um Verlesung der Erklärung ersuchte. Dasselbe hat sich noch im Dezember 1914 wiederholt. Ich persönlich habe in beiden Fällen davor gewarnt. Haase aber hat jedesmal den Auftrag angenommen, was er nicht hätte tun dürfen, wenn er den Inhalt der Erklärung als Verstoß gegen Ehre und Gewissen empfunden hätte. Haase gab dadurch zu erkennen, daß er die Abstimmung und die Verlesung ihrer Motivierung nicht anders betrachtete, wie andere taktische Parteihandlungen, bei denen sich auch der Abweichende in die Mehrheit fügt. War dies diesmal im entscheidensten Moment möglich, so kann jetzt sicherlich für ihn die Frage nicht von solcher Gewissensbedeutung sein, daß er, der berufenste Hüter der Parteieinheit, sie deshalb sprengen durfte. Aber wir haben ja gesehen, wie Haase es mit Ehre und Gewissen für vereinbar gehalten hat, 16 Monate lang seine Stellung als Vorsitzender der Partei und der Fraktion zu mißbrauchen, um erst im Stillen, dann auch öffentlich die Haltung der Partei zu durchkreuzen, die er am ersten Tage des Krieges als ihr Wortführer öffentlich verkündet hatte. Die unerhörte Langmut der Parteigenossen hat ihm dies leider ermöglicht. Nicht alles, was über sein Verfahren zu sagen wäre, kann heut öffentlich gesagt werden; nicht aus Rücksicht auf ihn, die er nicht verdient, sondern im Interesse der Verteidigung Deutschlands. Seine Sondererklärung vom 21. Dezember setzt nur das öffentliche Siegel unter eine schon seit Jahr und Tag betriebene Tätigkeit."

Eine Stimme aus dem Felde gegen die Minderheit. Ein Sozialdemokrat — Alwin Sänger —, der in zwölf langen Monaten als freiwilliger Krankenträger und Krankenpfleger erfahren hat, „was Krieg, was dieser Krieg ist", schreibt in der „Chemnitzer Volksstimme": „Wir brauchen keine aufklärenden Reden über die Leiden dieser Zeit. Wußten es die Zwanzig auch, als sie gegen die notwendigen Kredite stimmten? Ich glaube nicht! Sie könnten sonst nicht so gehandelt haben, hätten sonst nicht wieder auf der internationalen Schalmei blasen können, während in dieser ernsten Stunde das „Unser" das nächste ist. Wenn etwas alles, Tod, Sterben, Schmerzen, Qualen linderte, dann war es das, was wir den Söhnen des Volkes, verwundet in der Verteidigung des Heimatlandes, geben konnten, daß wir trachteten, alles für die Linderung zu tun, was Wissenschaft und Erfahrung bereithalten, daß das Sanitätswesen in höchster Vollendung vom Reiche unterhalten wird. Dazu dienen auch Kriegskredite. Dank denen, die den Mut der Verantwortung für die Bewilligung all dieses Notwendigen fanden! — Und was uns mit bitterster Nachdenklichkeit erfüllen mußte, da wir lasen: 20 haben gegen die Kredite gestimmt, das ist dies: Wenn wieder die Verwundeten kommen, wenn wir wieder die zahlreichen organisierten Kameraden und Genossen gesprochen und ihnen Speise und Trank und Linderung auf ihrem Schmerzenslager gereicht haben, dann müssen wir ihnen sagen: was wir euch geben können, wird von dem Geld bezahlt, das 20 von den euren nicht bewilligt haben. Das ist der natürliche Gedankengang, denn für theoretische Erörterungen aus Utopia, für diffizile Orakelgespräche, ob man überhaupt zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg unterscheiden könne und für andere Reden der Weisheit eines theoretischen Kriegs-Schriftgelehrtentums fehlt denen hier draußen gottlob das Verständnis. Dachtet ihr 20 an diese Verantwortung eurer Verantwortungslosigkeit? Euch erleichterte wohl das Gewissen der Gedanke, daß man jedem Verwundeten vor einem Becher Kaffee oder einer Morphiumspritze eine Seite aus Marx' „Kapital" oder den Berichten der Internationale vorlesen könnte, damit euer Verhalten begreiflich erscheine. Oder glaubt ihr, daß nach eurer „Erklärung" der Verantwortungslosigkeit in die Rohre der französischen und englischen Geschütze die Fahne der Internationale gesteckt würde?"

30./XII.1915

Die angeblichen Friedensbedingungen Deutschlands.

Die „Neue Zürcher Zeitung" veröffentlicht einen Artikel „Friedensgedanken", der sich mit den in unterrichteten deutschen Kreisen bestehenden Friedenszielen befaßt. Der Artikel lautet in seinem wichtigsten Teil:

Man denkt sich in deutschen Kreisen die Grundzüge der jetzt einzuleitenden Friedensverhandlungen wie folgt:

1. Belgien soll seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit erhalten bleiben, sofern es durch Verträge, vielleicht auch durch Faustpfänder, eine Wiederholung der Ereignisse des Jahres 1914 unmöglich macht. Ein völliges Aufsaugen Belgiens würde sogar von der deutschen Großindustrie aufs heftigste bekämpft werden, weil ein Fallenlassen der Zollschranken zu unleidlichen Situationen führen müßte, solange die Arbeiterverhältnisse Belgiens infolge des Mangels eines ausreichenden Fabriksgesetzes so weit hinter denen Deutschlands zurückstehen. Selbst für eine Zollunion verlangt man ein Uebergangsstadium von mindestens fünf Jahren. Belgien hätte aber an Deutschland eine jährliche Kriegskontribution zu bezahlen in Höhe des früheren Militärbudgets, wogegen Deutschland bis zur endgültigen Auszahlung die Polizeigewalt ausüben wird.

2. Die okkupierten französischen Departements würden ohne weiteres an Frankreich zurückgegeben. Auch auf eine Kriegsentschädigung seitens Frankreichs würde Deutschland verzichten, sofern Frankreich seine Forderungen an Rußland im Betrage von etwa achtzehn Milliarden Franks an Deutschland abtritt. Selbstverständliche Voraussetzung dieses Abkommens mit Frankreich wäre die Rückgabe aller deutschen Kolonien durch England und die Räumung von Calais.

3. Russisch-Polen soll unter einem deutschen Fürsten als König von Polen vollkommen unabhängig und selbständig werden; dagegen hätte es an Deutschland eine Kriegskontribution auf gleicher Grundlage wie Belgien zu entrichten. Dem historischen Drang nach dem Meere, der Rußlands Politik seit Jahrhunderten beherrscht, soll in der Weise entsprochen werden, daß dem Zarenreiche ein Ausgang nach dem Persischen Golfe zugestanden wird.

4. Italien müßte auf die okkupierten türkischen Inseln verzichten, wogegen sein status quo ante aufrechterhalten bliebe.

5. Bulgarien müßte selbstverständlich Mazedonien zugesprochen werden, ebenso ein von Nisch bis Semendria reichender Korridor bis zur Donau. Das frühere Altserbien soll selbständig bleiben, oder aber mit Montenegro zu einem Königreiche vereinigt werden.

6. Albanien müßte seine früher zugestandene Selbständigkeit unter einem selbstgewählten Fürsten tatsächlich erhalten.

7. Die Ansprüche Rumäniens und Griechenlands scheinen in diesem Augenblick noch nicht ganz festzustehen.

Wir glauben, daß es die Pflicht der neutralen Presse ist, die Diskussion über diese Grundbedingungen des künftigen Friedens zu eröffnen, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß jene eine sehr empfindliche Verschärfung erfahren würden, wenn weitere größere kriegerische Ereignisse zugunsten der Zentralmächte entscheiden würden. Man darf sich darüber keiner Täuschung hingeben, daß Deutschland trotz seiner aufrichtigen, tiefempfundenen Friedenssehnsucht mit neu entfachtem Grimm zum Schwerte greifen wird, wenn die dargebotene Hand in tragischer Verkennung der wirklichen Situation zurückgestoßen würde.

Anmerkung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus: In der Schweiz will man in diesem Artikel einen von deutscher Seite ausgestreckten Friedensfühler sehen. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß diese Auffassung selbstverständlich unbegründet ist.

Fremdenblatt
30./XII. 1915

Neuerlicher Protest Griechenlands gegen die Befestigung von Saloniki.

S. K. Athen, 28. Dezember. Die griechische Regierung hat gegen die von den Ententetruppen um Saloniki errichteten Befestigungen zum zweitenmal Protest erhoben.

Erklärungen der bulgarischen Parteien.

Bewilligung der Kriegskredite.

K. Sofia, 28. Dezember. (Meldung der Agence Telegraphique Bulgare.)

Die heutige Sitzung des Sobranje war der Votierung eines Kriegskredites von 500 Millionen Frank und eines zweiten Kredites von 30 Millionen gewidmet, der dazu bestimmt ist, den Unterhalt der Familien armer Soldaten zu sichern.

Ministerpräsident Radoslawow wohnte wegen Unpäßlichkeit der Sitzung nicht bei.

Mit Rücksicht auf den Ernst des Augenblicks verzichteten alle parlamentarischen Fraktionen auf eine regelrechte Debatte und beschränkten sich auf prinzipielle Erklärungen.

Die doktrinären Sozialisten gaben erneut ihrem pazifistischen Glaubensbekenntnis sowie ihrer unerschütterlichen Gegnerschaft gegen jeden Krieg Ausdruck und erklärten, sie würden gegen die von der Regierung angesprochenen Kredite stimmen.

Die Reformsozialisten gaben die Erklärung ab, sie hätten, obwohl sie den Krieg als eine vollendete Tatsache hinnehmen und die Kredite in ihrer Unerläßlichkeit berechtigt erscheinen, ihre Entscheidung dahin getroffen, weder für noch gegen die Vorlage zu stimmen, sondern sich der Abstimmung zu enthalten. Ueberdies möchten sie empfehlen, schon jetzt an den Frieden zu denken und daran, jeden Gedanken an Eroberungen außerhalb der Grenzen der nationalen Einigung auszuschließen.

Die Radikalen wiesen auf die Notwendigkeit der Solidarität hin, die die Parteistreitigkeiten in den Hintergrund treten lasse, da die Parteien nur mehr an die Armee zu denken hätten, und erklärten, sie würden für die Kredite stimmen.

Die Nationalliberalen und die Demokraten gaben von Begeisterung getragene Erklärungen ab, worin sie auch den Wunsch aussprachen, aus dem Munde des Ministerpräsidenten einige Aufklärungen über die politische Lage zu hören, ohne indes die Annahme der Kredite davon abhängig zu machen; sie würden für diese Kredite um so mehr stimmen, als sie fordern, daß der Friede in allen Belangen den von den Bulgaren gebrachten Opfern entspreche.

Die Agrarier, die Volkspartei und die Fortschrittler gaben gleichfalls die Erklärung ab, die Kredite anzunehmen.

Ein Mitglied der Mehrheitsparteien ergriff am Schlusse der Debatte das Wort und zollte dem Heroismus und der bewunderungswürdigen Kraft der Armee Lob und Anerkennung.

Der Finanzminister dankte im Namen der Regierung den Abgeordneten für ihre Einigkeit und Geschlossenheit, wovon sie in einer Frage, die den Bestand des Landes berühre, Zeugnis ablegten. Dieses feste Vertrauen der Abgeordneten werde der Regierung gestatten, das begonnene Werk zu einem guten Ende zu führen.

Die ganze Sitzung verlief in ernster Sammlung, worin sich der unerschütterliche Entschluß des Landes widerspiegelte, vor keiner Schwierigkeit zurückzuschrecken, um das Ziel, das sich das Land gesetzt, zu erreichen, nämlich die Verwirklichung der bulgarischen Einigung.

Die Session des Sobranje wurde vom 28. Dezember bis zum 28. Jänner verlängert, während das Haus in normalen Zeiten seine ordentlichen Sessionen vom 28. Oktober bis zum 28. Dezember und vom 28. Jänner bis zum 28. März abhält.

Tägliche Rundschau

30./XII. 1915

Friedensgedanken.

Die gestern vom „Wolffschen Telegraphenbüro" der deutschen Presse zur Veröffentlichung übergebenen „Friedensgedanken" der uns Deutschen während des Weltkrieges wenig günstig gesinnten „Neuen Zürcher Zeitung" haben überall großes Aufsehen erregt. Eine Besprechung dieser „Gedanken" ist der deutschen Presse durch die bestehenden Zensurvorschriften über die Friedensziele unmöglich gemacht und ebenso eine Zurückweisung der in ihnen vorgetragenen falschen Behauptungen. Um so auffälliger und unverständlicher ist die diensteifrige, fast vollinhaltliche Verbreitung dieser „Gedanken" durch den halbamtlichen Draht an dieselbe deutsche Presse, der die Mitteilung und Erörterung eigener „Friedensgedanken" ebenso untersagt ist wie die Hinzufügung von Bemerkungen zu den fremden Friedensplänen. Die Antwort kann nur der Reichstag geben, der ja ohnedies bei seinem Wiederzusammentritt zwei Beratungstage der Budgetkommission den Zensurverhältnissen widmen will. Der Standpunkt der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags zu den „Friedensgedanken" ist durch die bekannte Erklärung festgelegt, die Herr Spahn am 8. Dezember im Namen und Auftrag sämtlicher bürgerlichen Parteien abgab. Wir lassen sie zur Erinnerung hier nochmals folgen:

„Die Beendigung dieses uns aufgedrungenen Krieges wünschen auch wir. Wir blicken dabei voll Bewunderung und Dankbarkeit auf den ununterbrochenen Siegeszug aller unserer Truppen, die in Gemeinschaft mit unseren tapferen österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Verbündeten von Erfolg zu Erfolg schreiten, ihre ruhmreichen Fahnen weit in Feindesland hineingetragen und soeben das serbische Heer zertrümmert haben. Wir vertrauen auf die unbeugsame, allen Angriffen unserer Feinde gewachsene und überlegene Stellung unserer Heere in Ost und West, die uns mit unseren Verbündeten den vollen Erfolg des Krieges verbürgen. (Lebhafter Beifall.) Wir blicken auf die nicht zu erschütternde wirtschaftliche und finanzielle Kraft unseres Volkes und Landes, die uns Ernährung und Rüstung ausreichend sichert. Mögen unsere Feinde sich erneut zum Ausharren im Kriege verschwören, wir warten in voller Einigkeit mit ruhiger Entschlossenheit, und lassen Sie mich einfügen, im Gottvertrauen die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfang und mit allen Mitteln einschließlich der dazu erforderlichen Gebietserwerbungen gewahrt werden müssen."

Das „Wolffsche Telegraphenbüro" war ermächtigt zu erklären, daß die Annahme, der in so ungewöhnlicher Weise verbreitete Artikel sei ein von deutscher Seite ausgestreckter Friedensfühler, „selbstverständlich unbegründet" sei. Das „Berliner Tageblatt" ist in der Lage, zu erklären, daß diese Behauptung „durchaus zutreffend" sei. Ueber den Ursprung und den Verfasser des Artikels sei hier nichts bekannt. Auch die „Voss. Ztg." und die „Magdeb. Ztg." — die übrige Presse konnte keine Meinungsäußerung abgeben — weisen darauf hin, daß mehrere Punkte die Berechtigung des amtlichen Dementis erkennen lassen, weil in den Friedensgedanken von England nur ganz nebenher geredet werde und weil die Regelung des Konfliktes mit Italien Sache Oesterreich-Ungarns sei, für die Deutschland, das mit Italien immer noch nicht im Kriegszustande sei, keine Vorschläge machen könne. Anderseits gebe es, wie die Dinge liegen, in bezug auf Polen nicht nur eine deutsche Kriegsbedingung. „Wir haben den Krieg gemeinsam mit Oesterreich-Ungarn in guter Waffenbrüderschaft durchgeführt, und wir werden am allerwenigsten in bezug auf Polen unsere Bedingungen anders als gemeinsam mit den treuen Waffengefährten stellen. Ein Aehnliches gilt für unser Verhältnis zu Bulgarien und zur Türkei."

Die „Neue Zürcher Zeitung" hat übrigens den Artikel mit folgenden, vom „Wolffschen Büro" nicht mitgeteilten Ausführungen begleitet:

„Es ist gar keine Frage, daß die wirtschaftliche Erschöpfung endlich kommen muß, aber man möge sich doch ja nicht einbilden, daß sie gerade in jenem Lande zuerst auftreten müsse, wo der größte Teil der Kriegsmilliarden im Lande selbst verbleibt. Kommt der furchtbare Moment einmal, so wird er nicht nur Deutschland, sondern alle kriegführenden Staaten, ja ganz Europa umfassen, und England wird das Schicksal erleben, das sich Simson im Tempel der Philister bereitete. Nicht England wird der stille Zuschauer bei dieser furchtbaren Katastrophe sein, sondern Amerika, das durch die verbrecherische Eifersucht der europäischen Staaten je länger je mehr zum Herrn Europas wird. Wenn Mr. Grey seine Erklärung vor dem Kriege, daß England durch sein Eingreifen in den Krieg nicht viel mehr leiden werde, als durch ein neutrales Beiseitetreten, mit den kürzlich gefallenen Bemerkungen des Finanzministers, wonach jeder Engländer sich gefaßt machen müsse, die Hälfte seines Einkommens dem Staate zu überlassen, und mit den offiziellen Verlustlisten vergleichen würde, so müßte er sich doch sagen, daß er sich einer unverantwortlichen Leichtfertigkeit schuldig machte, und wenn man heute das Volk trotz aller bisherigen Mißerfolge auf den endlichen Sieg vertröstet, so begeht man, wie wir fürchten, ein zweites neues Verbrechen. Alle Völker Europas, ohne jeden Unterschied, wünschen den Frieden herbei, und nur jene Staatsmänner, die sich fürchten, begangene Irrtümer einzugestehen, wollen den Krieg weiterführen, wie der desperate Kartenspieler, der alle Verluste durch immer neue und immer größere Einsätze wettzumachen hofft. Wer es aber mit der Menschheit ehrlich meint, darf nicht müde werden, nach Frieden zu rufen."

Frankfurter Zeitung
30./XII. 1915

Deutsch-österreichisch-ungarisches Abkommen über Polen.

Auf Grund von im September 1915 abgehaltenen Konferenzen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Delegierten, sowie auf Grund des am 14. Dezember 1915 zwischen dem Botschafter Prinzen Gottfried zu Hohenlohe-Schillingsfürst und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches v. Jagow erzielten Einvernehmens wurde, wie nach dem „Berl. Tagbl." die Wiener Blätter melden, über die Frage der Interessenvertretung der österreichisch-ungarischen Monarchie in Warschau und über die Abgrenzung des österreichisch-ungarischen und des deutschen Verwaltungsgebietes rechts von der Weichsel eine Vereinbarung getroffen, die sofort in Kraft trat, aber für die künftige Auseinandersetzung auf Grund des Friedensvertrages kein Präjudiz bildet.

Der erste Teil der Vereinbarung enthält acht Artikel mit dem folgenden teilweise bereits bekanntem wesentlichen Inhalt:

Artikel 1 bestimmt: Das k. u. k. Oberkommando entsendet einen höheren Offizier als seinen Vertreter nach Warschau. Er wird dem Stabe des Generalgouverneurs zugeteilt. Er vermittelt den erforderlichen Meinungsaustausch zwischen dem kaiserlich deutschen Generalgouvernement in Warschau und dem k. u. k. Armeeoberkommando oder dem k. u. k. Generalgouvernement des Okkupationsgebietes in den die Verwaltung des k. u. k. Okkupationsgebietes betreffenden und den rein militärisch Angelegenheiten. Mit dieser Funktion wurde der Oberst im Generalstabskorps Josef Ritter v. Paic betraut.

Eine entsprechende deutsche Vertretung tritt zum k. u. k. Generalgouvernement des Okkupationsgebietes.

Mit der Rücksprache in etwa vorkommenden, die Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie berührenden Fragen, insoweit nicht ihre Bedeutung die Erörterung oder Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Regierungen erfordert, wird ein Delegierter des k. u. k. Ministeriums des Aeußern betraut, der seinen Sitz in Warschau nimmt und zugleich mit der Vertretung der Interessen österreichischer und ungarischer Staatsangehöriger, sowie der Angehöigen Bosniens und der Herzogowina im Generalgouvernement Warschau beauftragt wird. Als dieser Delegierte fungiert der vormalige k. u. k. Generalkonsul in Warschau Dr. Leopold Freiherr v. Andrian.

Artikel II: Im Gebiete der Stadt Warschau werden die für Angehörige des deutschen Okkupationsgebietes von Russisch-Polen hinsichtlich der Zureise, des Aufenthaltes, der Niederlassung und des Betriebes von Handel und Gewerbe geltenden Grundsätze gleichmäßig auf die Angehörigen des österreichisch-ungarischen Okkupationsgebietes von Russisch-Polen zur Anwendung gelangen.

Artikel III: Im Gebiet der Stadt Warschau sowie auf allen Stationen der österreichisch-ungarisches Verwaltungsgebiet berührenden, von deutscher Seite betriebenen Bahnen werden alle deutschen amtlichen Kassen und die Bahnwirtschaften angewiesen werden, Zahlungen in Kronenwährung zu dem vom preußischen Kriegsministerium jeweils bekanntgemachten Kurse anzunehmen. Diese Bestimmung bezieht sich nur auf den tatsächlich zu zahlenden Betrag. Außerdem wird eine noch zu bestimmende deutsche Kasse in Warschau angewiesen werden, Angehörigen der österreichisch-ungarischen Armee und Staatsverwaltung zur Bestreitung des vorliegenden persönlichen Bedarfes Kronen in Mark umzuwechseln.

Artikel IV betrifft die Zulassung österreichischer und ungarischer Zeitungen in Warschau und die Regelung der Zensur.

Artikel V behandelt die tunlichste Förderung der als wünschenswert anerkannten unmittelbaren und möglichst raschen Postverbindungen zwischen Warschau und dem österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiete sowie der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die österreichisch-ungarischen amtlichen Telegramme finden die gleiche Behandlung wie die deutschen amtlichen Telegramme.

Artikel VI bezieht sich auf die Schaffung günstiger direkter Schnellzugsverbindungen zwischen Warschau und den größeren Städten der Monarchie, sowie den Zentren des k. u. k. Okkupationsgebietes für den direkten Personen- und Postverkehr (besonders direkte Wagen Wien—Warschau).

Artikel VII: Sobald die Verhältnisse die Abhaltung von Hochschulkursen in polnischer Sprache an der Universität oder dem Polytechnikum in Warschau zulassen, wird sich der deutsche Generalgouverneur mit der k. u. k. Regierung wegen Zuziehung polnischer Gelehrter aus der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiete zur Veranstaltung von Vorlesungen wissenschaftlichen Charakters unter Ausschluß der Politik in Verbindung setzen.

Artikel VIII: Zur Wahrung der beiderseitigen Interessen werden sich die beiden Generalgouvernements legislative und administrative Maßnahmen gegenüber bestehenden wirtschaftlichen Organisationen und Körperschaften, deren geschäftliche Tätigkeit sich auch auf das Okkupationsgebiet des anderen Teiles erstreckt, vor Erlassung mitteilen.

Der zweite Teil der Vereinbarung setzt die Abgrenzung der beiderseitigen Verwaltungsgebiete wie folgt fest:

Die Südgrenze des alten Gouvernements Siedlce bildet die Grenze der beiderseitigen Verwaltungsgebiete zwischen Weichsel und Bug.

Die betriebliche Abgrenzung der Eisenbahnen zwischen Weichsel und Bug ist bereits durch unmittelbare Vereinbarungen zwischen dem Chef des Feldtransportwesens und dem deutschen Chef des Feldeisenbahnwesens erfolgt. Diese Vereinbarungen bleiben bestehen.

Die Verwaltung des Weichselstromes von Iwangorod—Pilicamündung wird in strom-, sanitäts- und sicherheitspolizeilicher Hinsicht der deutschen Heeresverwaltung zugestanden, ohne das Recht der Schiffahrt für die österreichisch-ungarische Heeresverwaltung auszuschließen.

Frankfurter Zeitung
30./XII.1915

Persien.

Ohnmacht Teherans. — Drei Nebenregierungen.

(Privattelegramm der Frankfurter Zeitung)

zKonstantinopel, 29. Dezbr. (Zens. Frkft.) Die Ernennung Ferman-Fermas zum persischen Kabinettschef hat die hiesigen gut unterrichteten persischen Kreise weder sonderlich überrascht, noch beunruhigt. Der hervorragendste Zug der gegenwärtigen Lage in Persien ist der, daß in Wirklichkeit eine Zentral-Regierung vollkommen fehlt. Teheran, der Spielball zwischen zwei ausgeprägten Strömungen, bleibt für Entscheidungen immer ohnmächtig. Außer der schattenhaften Regierung in Teheran gibt es jetzt in Persien drei Regierungen, die einen verzweifelten Kampf gegen England und Rußland führen. Eine dieser Regierungen hat sich südlich von Teheran in Kum konstituiert; sie ist aus einer großen Reihe der besten Vertreter des persischen Volkes zusammengesetzt. Sämtliche Stände und die ganze südliche Gendarmerie, die einzige wirklich organisierte Kraft in Persien gehorscht der Volksvertretung in Kum. Eine zweite einflußreiche Regierung hat ihren Sitz in Kermanschah; auch dieser Regierung schloß sich die in ihrem Bereich befindliche Gendarmerie rückhaltlos an und endlich befindet sich eine dritte Regierung mit dem Führer eines bekannten Stammes, Emir Hischmat, an der Spitze, nur zwanzig Kilometer von Teheran entfernt. Die Regierung von Kermanschah hat den einzigen dort anwesenden Sohn Ferman-Fermas als Geißel gefangen gesetzt.

Fremdenblatt
30./XII. 1915

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Rußland.

28. Dezember. An der Westfront in der Gegend von Riga versuchten die Deutschen südlich des Babit-Sees unseren Gräben sich zu nähern, wurden aber durch unser Feuer zurückgewiesen. Inzwischen hatten sich deutsche Teile bei den Deckungen an den Drahthindernissen versteckt. Diese wurden von unseren gegen sie gesandten Abteilungen verjagt. Auf der übrigen Front bis zum Pripjet das gewöhnliche Gewehr- und Artilleriefeuer. Südlich des Pripjet und

---

in Galizien dauern die Kämpfe überall an und nehmen stellenweise einen sehr heftigen Charakter an.

Schwarzes Meer. Unsere Torpedoboote vernichteten an der bulgarischen Küste zwei Segler und beschossen Küstenposten. Die Angriffe eines feindlichen Unterseebootes gegen das Torpedoboot „Gromkij" wurden durch Artilleriefeuer abgewiesen.

Montenegro.

25. Dezember. Auf der ganzen Sandschakfront für den Feind erfolglose Kämpfe. Den ganzen Tag andauernde feindliche Angriffe gegen unsere Stellungen wurden abgewiesen. Der Feind vermochte nach lebhaftem Kampfe Rascova Gora zu besetzen, aber unsere Truppen nahmen im Gegenangriff unsere Stellungen zurück, machten verschiedene Gefangene und erbeuteten viel Kriegsmaterial.

Frankreich.

28. Dezember 1915, 3 Uhr nachmittags. In den Vogesen lebhafte Artillerietätigkeit. Auf der ganzen Front des Hartmannsweilerkopfes auf den östlichen Hängen in der Richtung Rehfelsen brachten wir durch Sperrfeuer einen Versuch des Feindes, aus den Gräben vorzustoßen, zum Stehen. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

11 Uhr abends. In den Vogesen heftiger Geschützkampf zwischen Laplaine und Bonhomme. Am Hartmannsweilerkopf bemächtigten wir uns einiger Schützengräben zwischen den Spitzen des Rehfelsen und des Hirzstein, die der Feind noch besetzt hielt; etwa 100 Gefangene, darunter ein Offizier, blieben in unseren Händen.

England.

Von der britischen Front in Frankreich wird amtlich gemeldet: Gestern abends ließen wir bei Fricourt eine Mine springen, wodurch bei den Deutschen großer Schaden angerichtet wurde. Heute war die deutsche Kanonade viel stärker als gewöhnlich, besonders südlich vom La Bassée-Kanal, bei Armentières und bei Ypern. Unsere Artillerie beantwortete das Feuer kräftig. Man konnte wahrnehmen, daß gute Resultate erzielt wurden.

Tägliche Rundschau 30./XI. 1915

In Nowibazar.

(Drahtmeldung unseres Kriegsberichterstatters.)

Nowibazar, 26. November.

Nach Einnahme von Nowibazar, Mitroviza und Pristina schoben sich die deutschen und verbündeten österreichisch-ungarischen Streitkräfte gegen die Grenze von Montenegro vor, die von einzelnen Abteilungen überschritten ist. Die deutschen Truppen haben nach Durchquerung des südöstlich der Morawa gelegenen serbischen Berglandes damit schon hinter der Stadt Raska jenes alttürkische Gebiet des Sandschaks erreicht, das 1912 an Serbien fiel. Mit der Besetzung der Stadt Nowibazar, der Hauptstadt des Sandschakgebietes, traten sie unter die Pforte des Orients. Mit vielen Schwierigkeiten ging der Vormarsch durch zu großen Höhen ansteigendes Gebirgsland vor sich. Das schnelle Gelingen der Kämpfe ist wohl nicht zum geringsten der Verwendung von Sondertruppen zu danken, denen der Gebirgskrieg jetzt schon zur Gewohnheit geworden ist. Während starke Haupttruppen auf Landstraßen vormarschierten, schoben sich Gebirgsformationen auf fast ungangbaren Wegen und Sumpfpfaden durch Bergwildnis. Abschnittweise mußten große Gebirgsmassive umgangen, zum Teil sogar mit direktem Angriff gegen eingegrabene Feinde genommen werden. Gebirgsbatterien und Maschinengewehrabteilungen, die ihr Gefechtsmaterial auf Tragtieren mit sich führten, unterstützten das Vorgehen der Infanterie. Die Einnahme der Stadt Nowibazar erfolgte kampflos, da sich die Serben ebenso wie bei Raska, ins Gebirge zurückgezogen hatten. Zu Nachtgefechten kam es jedoch noch in der Nacht nach dem Einrücken, die jedoch ohne Bedeutung waren. Der Stadt bemächtigte sich nach dem Einmarsch große Aufregung. Die türkische und albanische Bevölkerung, die mit ihrem echt orientalischen Leben der von vielen Minarets überragten Ortschaft die Art des Morgenlandes gibt, stellte sich sehr freundschaftlich zu unseren Soldaten. Beim Einzug des kommandierenden Generals fanden sich die Spitzen der Bürgerschaft zu einer feierlichen Begrüßung ein. Der wieder eingesetzte türkische Bürgermeister, der während der Serbenherrschaft seines Amtes enthoben war, bekam neue Gewalt verliehen. Er küßte den General nach dem Landesbrauch auf beide Wangen. Die Bürgerschaft sandte Ehrenpreise nach dem Quartier des Generalkommandos, das in der ehemaligen serbischen Präfektur bezogen wurde. Zwischen der Bevölkerung von Nowibazar und den eingerückten deutschen und österreichisch-ungarischen Soldaten bildete sich schnell ein vertrauliches Verhältnis aus. Alle Kaufläden und Kaffeehäuser waren geöffnet. Die Truppen belagern die Basarstraßen und machen Einkäufe. Es ist ein merkwürdiges Bild, die feldgrauen Mannschaften zwischen türkischen Händlern und den albanischen, serbischen und türkischen Elementen des Sandschaks zu sehen. Alle mohammedanischen Häuser sind gesperrt worden, um die Landessitten zu achten. Sie werden nicht mit Einquartierungen belegt, auch darf im ganzen Gebiet nicht requiriert werden. Auf dem Bürgermeisteramt sprach ich in Gegenwart des Kadis und der angesehensten Moslims mit dem Bürgermeister. Alle waren des Lobes voll über unsere eingerückte Armee. Der Kadi sagte mit einem besonderen, schönen, leider unübersetzbaren Wortspiel: die deutsche Macht, die deutsche Kraft, das deutsche Schwert, davon hört man auf der ganzen Erde. Orientalisch blumenreich war die Sprache, die geführt wurde. Und dann erfuhr ich von Zuständen während des Durchzuges des zurückflutenden serbischen Heeres, daß man entgegen dem Landesbrauch und den Glaubenssätzen die türkischen Häuser heimsuchte, Frauen entschleierte und Halsbänder und Geld raubte. Bittere Klage wurde gegen die Serben geführt, die die türkischen Bewohner des Sandschaks durch besonders auferlegte Abgaben beschwerten und zu Frohnarbeiten im Straßenbau herangezogen. Bis in die letzten Tage des serbischen Rückzuges sollen nach Worten des Kadis die von den Serben gegen die mohammedanische Bevölkerung verübten feindlichen Handlungen angedauert haben, so daß die Einwohnerschaft bei dem Einzuge der Verbündeten wie von schwerem Druck befreit aufatmete. Sie hat denn auch die Verpflegungsforderungen, die für die Armee erhoben werden mußten, nach ihrem Können sofort zu erfüllen sich bemüht.

Wilhelm Konrad Gomoll, Kriegsberichterstatter.

Reichspost
31./XII. 1915

Der rumänisch-bulgarische Durchzugsverkehr.

Sofia, 29. Dezember.

Die Agence Télégraphique Bulgare veröffentlicht gegenüber rumänischen Blättern eine Erklärung, daß Bulgarien niemals den Durchzug rumänischer Waren verweigert habe, vielmehr habe Rumänien das geschlossene Uebereinkommen zur Zeit der bulgarischen Mobilisierung von der rumänischen Eisenbahnverwaltung unter dem Vorwande gekündigt, daß die bulgarischen Eisenbahnen, durch Truppentransporte in Anspruch genommen, außerstande seien, die ihnen auf Grund dieser Uebereinkunft obliegenden Verpflichtungen in regelmäßiger Weise zu erfüllen. Die bulgarische Regierung konnte nur die ihr davon gemachte Mitteilung zur Kenntnis nehmen. Vor 14 Tagen wurden neue Verhandlungen zum Zwecke der Wiederherstellung des Durchgangsverkehres eingeleitet. Ein Delegierter der bulgarischen Eisenbahnen wurde mit dem Auftrage nach Bukarest gesandt, zu erklären, daß die bulgarische Regierung jetzt wie immer bereit sei, dem rumänischen Durchgangsverkehr alle möglichen Erleichterungen auf Grund der Gegenseitigkeit zu gewähren. Da indessen diese Waren in Saloniki ausgeschifft werden, wo gegenwärtig die französisch-englischen Militärbehörden ihre Gewalt neben jener der hellenischen Behörden ausüben, taucht eine Vorfrage auf, nämlich ob sich die Franzosen und Engländer der Ladung und dem Abgange von für Rumänien bestimmten Wagen nicht widersetzen würden. Jedenfalls wird die bulgarische Regierung in der Gewißheit, vollständiger Gegenseitigkeit auf Seite Rumäniens zu begegnen, in Angelegenheit des Durchgangsverkehres allen guten Willen zeigen, den unsere nachbarlichen Beziehungen uns auferlegen.

Fremdenblatt
31./XII. 1915

Ein Beschluß der französischen Sozialisten.

Paris, 29. Dezember. Der Nationalkongreß der französischen sozialistischen Partei schloß mit der Annahme eines Beschlußantrages, worin festgestellt wird, daß die sozialistische Partei mit ganz Frankreich unter dem brutalen Stoß des Angriffes zum Werke der nationalen Verteidigung mit Ausschluß jeder Eroberungs- oder Annexionsabsicht in den Krieg eintrat. Die Partei werde solange im Kriege verharren, bis das Gebiet des Landes befreit und die Bedingungen eines dauerhaften Friedens sichergestellt sein werden.

Unter den Bedingungen eines dauerhaften Friedens verstehe die Partei, daß die kleinen Märtyrernationen, Belgien und Serbien, welche aus ihren Trümmern wiedererstehen müßten, in ihrer wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit wieder hergestellt würden. Die unterdrückten Völkerschaften Europas müßten das freie Verfügungsrecht über sich selbst wieder erhalten und das Band zwischen Frankreich und Elsaß-Lothringen müßte wieder hergestellt werden. Frankreich werde sich dabei vorausschauend und gerecht zu erweisen verstehen, indem es Elsaß-Lothringen auffordere, selbst von neuem feierlich seinen Willen, der französischen Gemeinschaft anzugehören, kundzutun. Die Kundgebung fordert die Regierungen der Alliierten auf, alle Eroberungspolitik zurückzuweisen und sich genau an den Nationalitätsgrundsatz der sozialistischen Partei als die sicherste Gewähr für einen dauernden Frieden zu halten. Indem die Alliierten Schiedsgerichtsverträge für alle künftigen Streitigkeiten schüfen, würden sie den Weg für die einzige Gewähr eines dauerhaften Friedens erschließen.

Die Welt wird entweder die Praxis des Ultimatums beibehalten und der Krieg wird Europa in eine neue Katastrophe stürzen, in der die menschliche Zivilisation zugrunde gehen wird, oder aber die Nationen werden zu der Praxis des internationalen Schiedsgerichtes greifen durch Beschränkung der Rüstungen, Abschaffung der geheimen Diplomatie und Organisation wirtschaftlicher und militärischer Bestrafung der Nationen, welche eine Vergewaltigung begingen. Dann wird die Welt einer normalen Entwicklung in Frieden und Fortschritt entgegensehen. Die sozialistische Partei lehnt die politische und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands ab, hält aber die Vernichtung des preußischen Militarismus für notwendig, der für die Sicherheit der Welt und für Deutschland selbst gefährlich ist.

Die Wiederaufnahme der Beziehungen mit den deutschen Sozialisten wird erst dann ins Auge gefaßt werden können, wenn diese den Grundsätzen der Internationale wieder Kraft und Leben gegeben haben werden.

Der Kongreß beauftragte die sozialistischen Abgeordneten, durch die Bewilligung der Kredite weiter die Mittel zu sichern, den Sieg zu erreichen, und an der nationalen Verteidigung teilzunehmen. Er stimmt im Hinblick darauf, daß kein Sonderfriede geschlossen werden solle, dem von Asquith im Unterhause gesprochenen Worte zu. Der Kongreß erinnert schließlich alle militanten Sozialisten daran, daß die Einigkeit der Partei mehr denn je eine gebieterische Notwendigkeit sei.

Dem „Matin“ zufolge nahm der Sozialistenkongreß den Beschlußantrag mit der erdrückenden Mehrheit von 2736 gegen 76 Stimmen bei 502 Stimmenthaltungen an.

Fremdenblatt
31./XII. 1915

Errichtung einer flämischen Universität in Gent.

Berlin, 30. Dezember.

Das Wolffsche Bureau meldet aus Brüssel: Der Generalgouverneur ordnete die Einstellung von Etatsmitteln pro 1916 an, um die Umwandlung der Universität Gent in eine flämische Universität in die Wege zu leiten. Fachkundige sollen die für die Neugestaltung des Unterrichts notwendigen organisatorischen Maßnahmen vorbereiten. Damit geht einer der wesentlichen Wünsche der flämischen Bewegung seiner Erfüllung entgegen.

Das in der vorstehenden Meldung angekündigte Vorhaben der deutschen Verwaltung in Belgien wird von allen Anhängern der flämischen Bewegung mit Jubel und Begeisterung aufgenommen werden. War und ist doch die Errichtung einer flämischen Universität eines der Hauptziele der Flämen, die ihrer Mundart nach niederdeutsch, also dem Deutschen verwandter sind, als die französisch sprechenden offiziellen Kreise Belgiens, denen freilich die nationale Popularität fehlte und die seit Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts dem eigentlichen Volke, in dem nun auch ein Großteil der niederländischen Intelligenz aller Berufe und Stände wurzelt, unausgesetzt Konzessionen machen mußten. Die Prozeßordnung der Gerichtshöfe in Belgien schreibt bereits die niederländische Sprache vor, wenn den Vorgeladenen die französische Sprache nicht geläufig ist, und die Offiziere sind gehalten, sich beide Sprachen anzueignen. Nach dem de Vriendt-Coremanschen Entwurf vom Jahre 1897 müssen alle Gesetze Belgiens in beiden Sprachen abgefaßt sein. Ein flämisches Konservatorium, flämische Theater wurden in zunehmender Zahl errichtet usw. An den belgischen Akademien wurden Lehrstühle für niederländisch-flämische Sprache und Literatur eingerichtet und im Jahre 1886 wurde eine flämische Akademie der Wissenschaften zur Pflege aller flämischen Interessen gegründet.

Der heißeste Wunsch der nationalen Niederländer, eine eigene flämische Universität zu besitzen, blieb aber bislang unerfüllt, und die deutsche Verwaltung konnte nichts unternehmen, was mitten im Kriege größerer Volkstümlichkeit und Sympathie sicher sein konnte, als die Umwandlung einer der größten belgischen Universitäten in eine flämische in die Wege leiten. Wie berechtigt das Verlangen nach der flämischen Universität in Belgien war, beweist in klarster Weise auch die Statistik. Nach den statistischen Daten vom Jahre 1900 gehörten von der belgischen Bevölkerung nicht weniger als 42,2 Prozent der flämischen und nur 38,5 Prozent der französischen Nationalität an. Welchen Gang immer die Weltgeschichte nehmen wird, die Genter flämische Universität wird eine dauernde Erinnerung an die kulturelle Tätigkeit der deutschen Verwaltung im Weltkriege bilden.

Fremdenblatt
31./XII. 1915

Kriegskalender.

26. Dezember: Im Sumpfgebiete der Polesie werden starke russische Aufklärungsabteilungen zurückgeworfen. — In den Vogesen nördlich von Sennheim, in der Champagne und in der Gegend nördlich von Albert etwas lebhaftere Gefechtstätigkeit. — Der Zar reist an die Front. — König Peter kommt in Italien an. — Meldungen über eine Anfrage Griechenlands in Rom bezüglich Umfang und Ziel der italienischen Aktion in Albanien. — General Castelnau bei König Konstantin.

27. Dezember: An der Tiroler Südfront lebhaftere Tätigkeit der italienischen Artillerie; ein Gefecht auf den östlichen Begleithöhen des Etschtales südlich Rovereto kostet dem Feinde 200 Tote und Verwundete. — Ein französischer Vorstoß am Hirzstein bricht im deutschen Feuer zusammen. — Ueber ganz Aegypten wird der Kriegszustand verhängt. — Das französische Paketboot „Ville de la Ciotat" (6378 Tonnen) im östlichen Mittelmeer torpediert. — Eröffnung des Sobranje.

28. Dezember: An der bessarabischen Front und am Dnjestr werden wiederholte, durch heftiges Artilleriefeuer vorbereitete Angriffe starker russischer Kräfte abgewiesen; die Verluste des Feindes sind groß. — Die Montenegriner ziehen sich von Godijewo nach Bijoca zurück. — An der Tiroler Süd- und Südostfront dauern die Geschützkämpfe fort. — In Frankreich lebhafte Artillerie-, Handgranaten- und Minenkämpfe. — Die britischen Dampfer „Yeddo", „Cottingham" und „Hadley" sowie der belgische Dampfer „Ministre Beernaert" versenkt. — Die indischen Truppen werden aus Frankreich abgezogen. — Neue Einberufungen in Italien. — Englischer Ministerrat über die Wehrfrage.

29. Dezember: An der bessarabischen Grenze brechen wiederholte russische Angriffe unter großen Verlusten vor unseren Hindernissen zusammen; in Wolhynien Geschützkampf. — An der Tiroler Front hält die lebhafte Tätigkeit der Italiener an; ein feindlicher Angriff auf den Monte Carbonile sowie nächtliche Unternehmungen des Feindes im Gebiete des Col di Lana scheitern. — Die Franzosen greifen zweimal den Hartmannsweilerkopf an; um einzelne Grabenstücke wird noch gekämpft, sonst sind sie überall zurückgeschlagen. — Bei Kut-ül-Amara greifen die Türken heftig an. — Bei San Giovanni di Medua wird ein montenegrisches Segelschiff versenkt. — Im Kabinettsrat kündigt Asquith eine Vorlage über die Einführung der Dienstpflicht an. — Der Präsident des indischen Nationalkongresses Sir Satyenda verlangt für Indien die Selbstregierung. — Oberst House, der Sondergesandte Wilsons, reist nach Europa ab. — Mackensen in Sofia.

Neues Wiener Tagblatt 31./XII. 1915

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 30. Dezember. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

29. Dezember. In den Judikarien setzte unsre Artillerie die Beschießung des Forts Por fort, richtete ihr Feuer auch gegen das gleichnamige Dorf, wo Bewegungen von Truppen und Tragtierkolonnen gemeldet waren, und zerstörte dieselben. Die Tätigkeit unsrer kleinen Abteilungen brachte uns im Abschnitt der Mündung des Leno (Vallarsa) in die Etsch einige Erfolge. Im Val Sugana gab die feindliche Artillerie auf Borgo, Castelnuovo und Strigo einige Schüsse ab, ohne Schaden anzurichten. Auf den Höhen nordwestlich von Görz und am Karstplateau versuchte der Feind vergebens, unsre mit großem Eifer fortgeführten Befestigungsarbeiten durch Bombenangriffe zu stören.

Der amtliche englische Bericht.

London, 29. Dezember. Der amtliche Bericht des Generals Douglas Haig besagt: Der Feind unternahm am 28. Dezember einen erfolglosen Angriff auf eines unsrer Fliegerlager. Von vier Flugzeugen erreichten nur zwei unbeschädigt ihr Ziel, richteten aber keinen Schaden an. Eines unsrer Flugzeuge wurde heruntergeschossen. Wir unternahmen während der Nacht einen gelungenen Vorstoß bei Armentières, drangen in die feindlichen Laufgräben ein und bewarfen sie mit Bomben, wobei der Feind zahlreiche Verluste erlitt. Unsre Verluste waren sehr gering. Nach ungefähr 10 Minuten zog sich unsre Abteilung zurück. Unsre Artillerie beschoß heute wieder mit Erfolg an vielen Stellen die Laufgräben und Quartiere des Feindes zwischen Mamet und Monchy. Der Feind ließ bei Givenchy zwei kleine Minen springen, wobei weder Truppen noch Laufgräben Schaden erlitten. Heute war es in der Gegend südlich des La Bassée-Kanals ruhig. Bei Ypern beiderseits heftiges Bombardement.

Montenegrinische Berichte.

Cetinje, 29. Dezember. Amtlicher Bericht vom 27. Dezember.

Der Feind richtete erfolglos ein heftiges Artilleriefeuer gegen unsre Stellungen am Tarafluß. Er griff uns bei Ljubowa (auf der Karte nicht auffindbar) energisch an, wurde jedoch mit großen Verlusten zurückgeschlagen. In der Richtung auf Berane erweiterten wir unsern letzten Erfolg, indem wir zwei neue Dörfer bis zu Korita besetzten. Wir machten 40 Gefangene.

An der Lovcenfront ließen die Oesterreicher ihre Forts und mehrere Einheiten ihrer Flotte ein Geschützfeuer gegen Rasklova Gora (auf der Karte nicht auffindbar) eröffnen, wo wir uns behaupteten. In 15 Stunden gab der Feind ungefähr 2000 Schüsse aus schweren Geschützen ab und führte gleichzeitig lebhafte Infanterieangriffe aus, die alle abgeschlagen wurden. Trotz der Heftigkeit des österreichischen Artilleriefeuers hatten wir nur zwei Tote und zwei Verwundete, was die Mittelmäßigkeit des Schießens beweist.

Cetinje, 29. Dezember. Amtlicher Bericht. Der Erfolg, den wir am 25. d. bei Pepenac davontrugen, war größer, als gemeldet wurde. Tatsächlich wurden 500 Leichen auf dem rechten Flügel der Abteilung gefunden, die dort gegen uns operierte. Aber die österreichischen Verluste beliefen sich in diesem Gefechte auf mehr als 2000 Tote und Verwundete. König Nikolaus übermittelte aus diesem Anlaß dem die Brigade kommandierenden General Vasojevic seine Glückwünsche.

Ein österreichischer Aeroplan warf am 27. d. mehrere Bomben auf Podgorica. Zwei österreichische Gefangene fanden hiebei den Tod.

Berner Bund
31./XII. 1915

Die Lage in Rumänien

Das „Berliner Tageblatt" erhält aus Sofia einen Bericht über die Lage in Rumänien, die bei den Mittelmächten neuerdings starkes Mißtrauen zu erwecken scheint. Es heißt darin u. a.: Ohne eine unmittelbare Verschärfung erfahren zu haben, nehme die Lage in Rumänien die Aufmerksamkeit der politischen und diplomatischen Kreise seit einigen Tagen in erhöhtem Maß in Anspruch. Die fortgesetzte Agitation des Vierverbands in Bukarest habe eine Lage geschaffen, die die Mittelmächte und deren Verbündete nicht ohne Bedenken für die Zukunft lassen können. Nachdem nur unter großen Schwierigkeiten das Abkommen mit Rumänien über die Ausfuhr von 50,000 Waggons Getreide und Futtermitteln nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland zustande gekommen war, haben es die Ententemächte verstanden, der Durchführung des Abkommens die verschiedensten Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Acht Zehntel des rumänischen Heeres stehen unter den Waffen. Der größte Teil dieser Truppen ist an der bulgarisch-rumänischen und an der ungarisch-rumänischen Grenze konzentriert, während die Truppen an der beßarabischen Grenze eine besondere Verstärkung nicht erfahren haben, ebenso wie ein Teil der schweren Küstenartillerie noch immer an der Grenze gegen Bulgarien und Ungarn steht. Der Vierverband mache kein Hehl daraus, daß er in dem Augenblick, wo die vielbesprochene allgemeine Offensive auf allen Fronten beginnen soll, Rumänien ebenso wie Griechenland zum Anschluß an diese Aktion zu zwingen hoffe.

Berner Bund 31./XII. 1915

Lloyd George über die Aussichten im Kriege

Sp. Der „Secolo" in Mailand veröffentlicht den Bericht über eine Unterredung seines Direktors, Mario Borsa, mit dem englischen Minister Lloyd George.

Auf die Anfrage Borsas, ob Lloyd George mit den Fortschritten der Arbeit in den Munitionsfabriken zufrieden sei, antwortete der Minister: Gewiß. Wir haben langsam begonnen, aber nun bin ich befriedigt über die gegenwärtigen Ergebnisse. Wir verfügen über 2500 Fabriken, in denen anderthalb Millionen Männer und eine Viertels Million Frauen arbeiten. Wir haben das alte Material den Verhältnissen angepaßt und haben ein neues, den modernen Bedürfnissen entsprechendes geschaffen. Wir können nicht nur für die Bedürfnisse unseres eigenen Heeres aufkommen, sondern auch noch unsere Verbündeten, besonders Rußland, versorgen. Wenn man es nicht selbst gesehen hat, kann man sich unmöglich eine Vorstellung bilden von der gewaltigen Arbeit, die zurzeit in Großbritannien geleistet wird. Unsere Armee von Freiwilligen übersteigt nun drei Millionen Mann. Die in Ausbildung begriffenen Mannschaften, sowie die auf dem Wege zur Front befindlichen sind die Blüte der Nation, alle im Alter von 19 bis 30 Jahren. Bei den feindlichen Heeren sind die gleichen Altersklassen fast aufgebraucht. Ich habe volles Vertrauen in die Zukunft.

Borsa fragte hierauf: Auf welche Gründe stützt sich Ihr Vertrauen? In erster Linie, erwiderte der Minister, auf die Tatsache, daß sich die Verbündeten nunmehr miteinander beraten. Wir haben in der Vergangenheit schwere Fehler begangen. Jeder ging stets unabhängig vom andern vor. Großbritannien führte seinen Krieg, Frankreich, Rußland und Italien den ihren.

Erst kürzlich haben wir die Torheit eines solchen Systems erkannt und haben unser Vorgehen dementsprechend geändert. Zurzeit haben wir durch diese Beratungen einen ständigen Austausch der Meinungen zwischen den Verbündeten geschaffen. Alle wichtigen Entschlüsse werden nach gemeinsamem Uebereinkommen gefaßt. Sie wissen ja, was Einigkeit bedeutet. Wir werden die Stärkeren sein, nicht nur, weil wir einig sind, sondern auch, weil wir mehr Soldaten und mehr Munition haben. In zweiter Linie gründet sich mein Vertrauen auf folgende Tatsache. Im Frühjahr werden wir eine gewaltige Menge Munition besitzen. Zum ersten Male werden wir mehr haben als der Feind. Unsre Ueberlegenheit an Mannschaften und Material wird unbestreitbar sein. Ich glaube, daß der Krieg für uns erst jetzt beginnt. Der Krieg hatte uns alle unvorbereitet überrascht. Franzosen, Russen und Italiener mußten ihre Heere organisieren. Wir mußten unser Heer erst neu schaffen. Im Frühjahr werden wir vier Millionen Mann besitzen, die gut ausgerüstet sind.

Aber die Offiziere, warf Borsa ein? — Auch Offiziere werden wir haben, antwortete der Minister. Die jungen Leute, die von den öffentlichen Schulen und von den Universitäten kommen, werden dieses Handwerk schnell erlernen. Es sind allerdings keine Berufsoffiziere, aber Berufsoffiziere bleiben auf keiner Seite mehr viel übrig. Deutschland hat so viel Offiziere verloren, daß auch es damit nicht mehr wohlversehen sein kann, wie übrigens auch noch mit andern Dingen. Seine finanzielle und wirtschaftliche Lage spitzt sich von Tag zu Tag mehr zu. Das ist die dritte Tatsache, auf die sich mein Vertrauen gründet. Die Meutereien in Berlin und andern deutschen Städten haben einige Bedeutung. Deutschland kann noch einführen, aber nicht mehr so viel, um mit Erfolg noch lange Zeit vorwärtszukommen. Die Armee wird zuletzt die Not verspüren, aber auch sie wird sie zu spüren bekommen.

Glauben Sie nicht, fragte Borsa weiter, daß auch die Gefahr besteht, daß der Krieg mit einem militärischen „Deadlock" endet? Das wäre kein Ende, erwiderte der Minister. Der Sieg muß wirklich und endgiltig sein ... Unser Krieg, fuhr der Minister fort, ist ein Krieg der Demokratie. Wenn er dies nicht wäre, würde ich ihn nicht führen. Ich war Gegner des letzten Krieges, den England geführt hat. Aber im gegenwärtigen Kriege steht die Zukunft der Demokratie in England, Frankreich, Rußland, Italien, in der ganzen Welt auf dem Spiele. Das ist der Endkampf zwischen der militärischen Autokratie und der politischen Freiheit ... Der Feind hat das Maximum seiner Kraftanstrengung überschritten. Er geht zurück, während wir und unsere Verbündeten von Tag zu Tag unsere Kräfte vermehren. Die Zentralmächte haben die Gelegenheit zum Siege verloren und wissen dies auch. Großbritannien ist einig für den Krieg. Wenn allgemeine Wahlen stattgefunden hätten, wäre kein einziger kriegsfeindlicher Abgeordneter gewählt worden. Hinsichtlich der Dienstpflicht sehe ich keine Schwierigkeiten. Nicht weniger als sechs Millionen haben sich zur Einschreibung angeboten. Einige dieser Leute sind ungeeignet zum Dienste. Viele werden zur Munitionserzeugung verwendet, sowie zum Betriebe der Eisenbahnen und der Bergwerke. Nur noch 380,000 werden unter die Wehrpflicht fallen. Durch die täglich stattfindenden Einschreibungen vermindert sich jedoch diese Zahl noch.

Täuschen Sie sich nicht, schloß der Minister: Großbritannien ist entschlossen, den Krieg bis zum Ende durchzuhalten. Wir können Fehler begehen, aber zurückweichen werden wir niemals. Es war britische Hartnäckigkeit, die Napoleon nach zwanzig Jahren Krieg gestürzt hat; unsere Verbündeten sind einer nach dem andern müde geworden. England allein hat den Kampf fortgesetzt. Aber diesmal sind unsere Verbündeten ebenso fest entschlossen wie wir es sind.

Vossische Zeitung
31./XII. 1915

Neues zur Vorgeschichte des deutschösterreichischen Bündnisses. Der Wert des deutsch-österreichischen Bündnisses hat sich uns mit Flammenschrift in die Seele geprägt und in diesem Weltringen die stärkste Probe ausgehalten. Deshalb ist jede neue Kunde zur Entstehungsgeschichte dieses Bündnisses für uns von Wert, und mit tiefer Dankbarkeit gedenken wir derer, die es zustande gebracht haben. In einem Aufsatz der in Stuttgart erscheinenden „Deutschen Revue" beleuchtet Prof. Dr. Rudolf v. Scala die hohen Verdienste eines Mitarbeiters Bismarcks, des Gesandten Otto v. Bülow, von dem Graf Stolberg in einem Briefe an Bismark bekennt, ohne seine Einwirkung auf den Kaiser wäre das Bündnis nie zustande gekommen. Prof. v. Scala ist als Schwiegersohn Bülows in der Lage, neue Aufschlüsse über die wichtigen Verhandlungen, die dem Abschluß des Bündnisses vorhergingen, beizubringen. Kaiser Wilhelm war durch die Zusammenkunft mit dem Zaren in Alexandrowo am 3. September 1879 von der russischen Friedensliebe so fest überzeugt worden, daß er sich zu keinem gegen Rußland gerichteten Bündnis entschließen wollte. Otto v. Bülow, der das vollste Vertrauen des Kaisers genoß und als Vertreter des Auswärtigen Amtes auf den Reisen des Kaisers die Verbindung zwischen ihm und dem Amt herzustellen hatte, stand vor der ungeheuer schwierigen Aufgabe, den Herrscher trotzdem im Auftrage Bismarcks von der Notwendigkeit des Bündnisses zu überzeugen. Er mußte harte Kämpfe mit seinem kaiserlichen Herrn durchfechten und erreichte schließlich, daß der Kaiser in einem Briefe an Bismarck vom 10. September die Ermächtigung zu Unterredungen über künftige Maßnahmen gegenüber einer in der Zukunft möglichen Bedrohung durch Rußland gab. Bülow kam dann auf den rettenden Gedanken, daß bei dem Bündnis Rußland nicht genannt, sondern nur generell eine oder mehrere Mächte als Friedensstörer bezeichnet würden; er erklärte dem Kaiser, nicht das amtliche Rußland, sondern die antideutsche panslawistische Revolutionspartei sei als gefährlicher Gegner für die Zukunft zu bezeichnen, und wie richtig die Einschätzung dieser treibenden Kräfte war, hat der Ausbruch des Weltkrieges bewiesen. Zugleich machte Bülow den dem Kaiser außerordentlich sympathischen Vorschlag, daß die Verabredung mit Oesterreich dem Zaren selbst mitgeteilt werden sollte. Nachdem der Monarch so durch die Ratschläge Bülows für die Angelegenheit günstiger gestimmt war, griffen andere bedeutende Persönlichkeiten helfend ein. Moltke trat mit schärfsten Gründen für das Bündnis ein; außer dem Grafen Stolberg als Vertreter Bismarcks erschienen noch der Kronprinz und Fürst Hohenlohe beim Kaiser. Als letzten Trumpf legte Bismarck die Erklärung seiner Abdankung in die Hände Bülows für den Fall einer Ablehnung des österreichisch-ungarischen Antrages. „Seit dem Tage, an dem wir nach Baden abgereist sind," urteilt Bülow am 3. Oktober in seinem Tagebuch, „hat die Lage sich verändert, und habe ich seither kritische Stunden voller Sorge hinter mir ... Uebrigens sind die Aussichten einer guten Lösung seit gestern günstiger. Beide, Kaiser und Kanzler, wollen im Grunde dasselbe: den Frieden für die Zukunft sichern und dabei gute Beziehungen zu Rußland unterhalten. Aber es herrscht eine große Meinungsverschiedenheit über die zu diesem Ziel führenden Wege." So wurde schließlich am 16. Oktober, 10 Uhr vormittags, der Bundesvertrag durch Kaiser Wilhelm sanktioniert. Mit berechtigtem Stolz kann Bülow am 17. in sein Tagebuch schreiben: „Der Friede zwischen Seiner Majestät und dem Fürsten Bismarck ist wiederhergestellt — durch meine Bemühungen. Wenigstens habe ich einen guten Feldzug hinter wir und weiß, daß man mit mir zufrieden ist."

Vossische Zeitung
31./XII. 1915

Aus der Sozialdemokratie.

Der Tag von Damaskus. Der Führer der badischen Sozialdemokarie, Wilhelm Kolb, warnt im „Volksfreund“ in Karlsruhe vor Selbsttäuschung. Er schreibt: „Es ist doch einfach ausgeschlossen, daß die Politik der Sozialdemokratie nach dem Kriege wieder an dem Faden fortgesponnen werden kann, der am 4. August 1914 abgerissen wurde. Das aber will die Minderheit der Zwanzig. Die Mehrheit kann unmöglich mit den Beschlüssen des Dresdener und Nürnberger Parteitages belastet Politik machen. Es kann gar keine Rede mehr davon sein, daß unsere parlamentarischen Vertretungen künftig „in der Regel“ das Budget ablehnen und ebensowenig können wir in der Militärfrage an dem „Prinzip“ festhalten, „diesem System keinen Mann und keinen Groschen“. Auch in der Frage der Kolonial- und Weltpolitik müssen wir uns anders orientieren. Zu was also das Versteckenspiel in all diesen Fragen? Welchen Zweck soll es haben, die Massen darüber im unklaren zu lassen? Die machen die „prinzipielle“ Politik der Minderheit doch nicht mehr mit. Es hat deshalb gar keinen Sinn, immer wieder die Dinge so darzustellen, als ob es sich bei der Bewilligung der Kriegskredite lediglich um eine durch außergewöhnliche Umstände bedingte außergewöhnliche Maßregel gehandelt hätte, die keinerlei Konsequenzen für die künftige Politik der Sozialdemokratie nach sich ziehe. Das ist ein ebenso verwerfliches als für die Mehrheit gefährliches Täuschungsmanöver. Der 4. August 1914 war der Tag, an welchem die Sozialdemokratie ihr politisches Damaskus gefunden hat. Wäre der Krieg nicht ausgebrochen, dann hätte der Gegensatz zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis in der Partei weitergewuchert und wir wären aus dem Dilemma des Widerspruchs noch auf Jahre hinaus nicht herausgekommen. So aber hat der Krieg das Kartengebäude der Katastrophentheorie umgeblasen und uns die Augen über die lebendige Wirklichkeit geöffnet. Wir stehen endlich auf festem Boden mit unserer Politik und fuchteln nicht mehr mit der Stange im Nebel herum. Nur eine kleine Minderheit schwört noch auf das Dogma des revolutionären Kladderadatsches. Das hat für die Gesamtpartei keine irgendwie ins Gewicht fallende Bedeutung, wenn die Mehrheit weiß, was sie will und entschlossen ist, den am 4. August 1914 betretenen Weg nicht mehr zu verlassen. Wir können diese Minderheit ertragen — vorausgesetzt, daß sie die politischen Aktionen der Mehrheit nicht zu durchkreuzen versucht. Tut sie das, dann allerdings ist die Spaltung unvermeidlich.“

Frankfurter Zeitung
1./I. 1916

Mißerfolge der russischen Offensive in Bessarabien.

L. v. B. Wien, 31. Dezbr. (Priv.-Tel., zens. Frkft.) Nach einer längeren Kampfpause, die der russischen Niederlage am Styr gefolgt war und sich von Wolhynien bis in die Bukowina ausdehnte, während welcher Zeit nur unbedeutende Plänkeleien die herrschende Ruhe unterbrachen, begannen die Russen am 27. Dezember neuerdings zum Angriff überzugehen. Wohl kam diese Offensive nicht überraschend; denn verschiedene Anzeichen, wie die Sperrung des Telegraphen-Verkehrs nach den neutralen Staaten, sowie große Militärtransporte in Bessarabien ließen darauf schließen, es sei etwas im Werke. Tatsächlich begann an der bessarabischen Front, nordöstlich von Zaleszyki am 27. Dezember vormittags ein heftiges Feuer schwerer Artillerie gegen unsere dortigen Stellungen, das von Mittag an bereits den Charakter des Trommelfeuers annahm. Am Nachmittag folgten seitens der russischen Infanterie Angriffe mit starken Massen, die in einer Tiefe bis zu fünfzehn Reihen vor sich gingen. Sowohl in Bessarabien, als auch am Dnjestr brachen diese Massenangriffe unter den schwersten Verlusten schon in unserem Artilleriefeuer zusammen. Tags darauf wiederholten die Russen mit zähem Ungestüm diese Angriffe in derselben Weise und ernteten erneut einen schweren Mißerfolg. Am Mittwoch breitete sich die Angriffsfront immer weiter gegen Norden aus. Auch gegen unsere Stellungen, welche die Höhen östlich der unteren und mittleren Strypa krönen, gingen die Russen in ungestümen Massenangriffen vor, ohne einen anderen Erfolg zu erzielen als an den früheren Tagen. Schwere blutige Verluste und eine große Zahl an Gefangenen, die in unseren Händen blieben, waren das einzige Ergebnis dieser Vorstöße, welche die Russen auch an der Ikwa, an der Putilowka, am Styr und am Korminbach unternahmen. Wenn auch die letzteren Angriffe aller Wahrscheinlichkeit nach Demonstrationen waren, so trugen doch die heftigen Anstürme gegen unsere Stellungen an der bessarabischen Grenze einen ernsten Charakter, denen unsere stark ausgebauten, tapfer verteidigten Stellungen Halt geboten. Vermutlich waren es Gründe politischer Natur, die diese noch nicht abgeschlossene Offensive veranlaßten, bei der wahrscheinlich auch jene Truppenmassen Verwendung fanden, welche die Russen in den ersten Dezemberwochen im Süden Bessarabiens versammelt hatten.

Fremdenblatt
1./1. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Italien.

30. Dezember 1915. Im Val Lagarina schlugen wir beständig wiederholte feindliche Infanteriegruppenangriffe gegen unsere Abteilungen in der Nähe des Castello Dante (südlich Rovereto) zurück. Der Gegner ließ einige Gefangene in unseren Händen. In der Gegend des Col di Lana scheiterte ein feindlicher Angriffsversuch von Settsaß und Cherz aus an unserem Artillerie- und Infanteriefeuer.

Montenegro.

28. Dezember. Auf der ganzen Front der Sandschakarmee herrschte lebhaftes beiderseitiges Geschützfeuer. Der Feind fährt mit Angriffen auf der Front am Lovcen in der Gegend Raskova Gora (auf der Karte nicht auffindbar) fort. Nach dreitägigen harten Kämpfen und tausenden von Kanonenschüssen aus den Forts und den Kriegsschiffen von Cattaro zogen sich die Oesterreicher, verfolgt von unseren Truppen, zurück.

Fremdenblatt
1./I. 1916

Kriegskalender.

30. Dezember: Heftige russische Angriffe gegen unsere bessarabische Front und gegen unsere Stellungen östlich der unteren und mittleren Strypa brechen unter schwersten Verlusten zusammen; an der Ikwa und an der Putilowka stellenweise Geschützkämpfe; am Korminbach und am Styr werden mehrere russische Vorstöße abgewiesen. — An der Tiroler Front werden italienische Angriffsversuche bei Torbole und gegen den Monte Carbinole vereitelt. — Nordwestlich von Lille scheitert ein englischer Ueberfallsversuch; am Hartmannsweilerkopf erobern die Deutschen die noch von den Franzosen besetzt gehaltenen Grabenstücke. — Eine k. u. k. Flottille von fünf Zerstörern und Kreuzer „Helgoland" vernichten das französische U-Boot „Monge" sowie einen Dampfer und einen Segler im Hafen von Durazzo; dabei gehen unsere Zerstörer „Lika" und „Triglav" durch Seeminen verloren. — Die Franzosen besetzen die griechische Insel Castelorizo. — Neuerliche Beschießung Varnas. — Antwort Oesterreich-Ungarns auf die zweite „Ancona"-Note Amerikas.

Die rumänische Adreßdebatte.

Bukarest, 30. Dezember.

In der heutigen Sitzung der Kammer setzte Deputierter Stere seine gestern begonnene Rede zur Adresse fort. Der Redner führte aus, daß man ihm nicht vorwerfen könne, er habe für die rumänischen Interessen kein Verständnis. Er habe für alle Rumänen die gleichen Gefühle, gleichviel, wo sie wohnen. In Bessarabien gebe es keinen Fleck Erde, der nicht von rumänischem Blut getränkt sei.

Abg. Vrabiescu ruft: Es ist ein Verbrechen, heute von Bessarabien zu sprechen. (Lärm.)

Abg. Stere fortfahrend: Man darf nicht auf die Gräber unserer Ahnen verzichten, die sich in Bessarabien befinden. Jene, die eine Politik ohne Bessarabien wollen, begehen einen großen Fehler. Sie ist gefährlich, weil sie uns nicht Siebenbürgen verschafft, Rumänien hingegen eine traurige Zukunft bringt. Der große rumänische Staatsmann Kogalniceanu wollte die drei bessarabischen Bezirke nicht gegen das bulgarische Festungsviereck eintauschen, er wollte nicht seine Zustimmung zu einem Verzicht auf rumänischen Boden geben. (Beifall.) Damals wurde die nationale Richtung des rumänischen Volkes festgelegt. Alle Politiker haben seither diese Politik befolgt. Wir haben heute nicht die Vorbereitung und notwendige Erziehung für die Eroberung Siebenbürgens. Die Politiker des Landes sind hiefür verantwortlich. Redner hebt sodann hervor, daß er immer diese Ideen befolgt habe. Er habe dies mit Energie getan, hiebei sich selbst und seine Gegner geachtet und auf heftige Angriffe verzichtet. Was immer das Parlament beschließe, erkläre er, daß er zwei Söhne in der Armee habe, die mit ihm dorthin gehen werden, wohin ihre Pflicht sie ruft. (Beifall.) Redner schließt, indem er die Zuhörer auffordert, unparteiischer zu sein und nachzudenken.

Abg. Ghica Conaneschti verweist darauf, daß zu Beginn des Krieges alle in Rumänien einig waren. Erst seit der Agitation Take Jonescus und Filipescus, die sich gegen jene wendet, die an den Sieg der Entente zu zweifeln anfingen, ist die Meinung geteilt. Redner tritt für die Verwirklichung des ganzen nationalen Ideals ein, denn man dürfe nicht vergessen, daß auch Bessarabien rumänischer Boden sei. Wir werden jenen nehmen, den wir können. Redner untersucht die militärische Lage und findet, daß sie den Mittelmächten günstig ist, an deren Sieg er nicht zweifelt.

Rede Take Jonescus.

Abg. Take Jonescu wendet sich gegen die vielfache Behauptung, daß er eine nationale Regierung haben wolle und stellt fest, daß er im Gegenteil es abgelehnt habe, nach dem Tode des Königs Carol in ein nationales Kabinett einzutreten. Er tat dies, weil sein Eintritt als Herausforderung hätte angesehen werden können. Ueber die Ursachen des Krieges setzt Redner folgende Theorie auseinander: Nicht ökonomische Gründe waren es, die den Krieg schließlich unvermeidlich machten. Auch Frankreich kämpft nicht, um die beiden verlorenen Provinzen zu erhalten, und England nicht für die Seeherrschaft. Der Kampf findet zwischen Mächten statt, welche die Reaktion fördern und jenen, welche die nationale Souveränität schützen. Zu diesen gehört der Vierverband, zu jenen die Mittelmächte. Auf die rumänische Politik übergehend, untersucht Redner die Frage, ob Rumänien wird neutral bleiben können und beantwortet sie mit Nein. Man spricht auch von einer anderen Politik, einer Hyänen-Politik; diese zu machen, wäre nicht nur Rumäniens unwürdig, sondern auch sehr gefährlich. Es bleibt nur eine Politik des nationalen Instinkts und die Politik Carps und Steres. Jene verlange, daß das nationale Leben sich frei entfalten könne. Es hat sich auf der tausendjährigen Rivalität zwischen den Ungarn und Rumänien aufgebaut. Hierüber war in der rumänischen Volksseele niemals ein Zweifel. Man sagt, die Mission des rumänischen Staates sei, Rußland zu verhindern, daß es an das Meer gelange. Rußland ist weder so stark, noch so schwach wie man meint. Rußland ist gewiß eine Gefahr für uns, wie jeder große Nachbar eine Gefahr für den kleinen ist. Rußland hat uns angliedern wollen, aber auch Oesterreich will dies (?) und hat ein Recht hiezu. Vom Panslawismus spreche man seit dem Eintritt Bulgariens in den Krieg nicht. Man sagt uns, daß Rußland Galatz und das Eiserne Tor haben will. Es ist dies nicht richtig. Was Rußland in Zukunft machen wird, wisse Redner nicht. Es wird sich gegen Rußland gewiß ebenso eine Koalition bilden, wenn es etwas Aehnliches unternehmen will, wie heute Deutschland, wie sich gegen dieses eine Koalition gebildet hat. Eine Verbindung Rumäniens mit Deutschland wäre gerechtfertigt, wenn der Vierverband besiegt werden würde. Wenn wir aber Bessarabien im Krieg nehmen, brauchen wir, um es zu verteidigen, die Ukraine. Den ersten Preis, den wir für die Aufhaltung der Russen auf dem Weg zum Meere zahlen werden, wird der Untergang der Rumänen in Ungarn sein. Kommen wir heute den Russen nicht zu Hilfe, wird die ungarische Souveränität sich über uns ergießen. Es ist sicher, daß kein rumänischer Politiker Rumänien dorthin wird führen wollen, wohin Carp und Stere zeigen.

In der heutigen Sitzung der Kammer setzte Abgeordneter Take Jonescu seine Rede zur Adresse fort. Redner untersucht die Lage vor Beginn des Krieges. Nach der Haltung des deutschen Kaisers, sagt Redner, hätte man glauben können, daß der Krieg nicht ausbrechen würde. Auch König Karol war der Meinung, daß der Friede noch vier bis fünf Jahre gewahrt werden wird. Für Rumänien bestand damals die Sorge, daß es seinem Vertrage hätte treu bleiben müssen, wenn jene, die zum Krieg herausforderten, die Sache hätten so darstellen können, daß sie herausgefordert wurden; denn Rumänien hätte sich nicht die Auffassung der großen Staaten zu eigen machen können, da es ein kleiner Staat ist, der auf seine Ehre hält. Der Vertrag Rumäniens starb politisch mit dem Kronrat, rechtlich mit dem Eingreifen Italiens. Noch am Vorabend des Kronrates war Redner der Meinung, daß Rumänien niemals an der Seite Oesterreich-Ungarns gehen konne. Redner untersucht, wie der Vertrag zustande kam und faßt die Lage für Rumänien nach der Erklärung der Unabhängigkeit dahin zusammen, daß es gezwungen den Vertrag schloß; denn Oesterreich-Ungarn, welches das Protektorat über die Donaumündungen erworben hatte, machte alle möglichen Schikanen, um den Vertrag zu erhalten. Dieser wurde geschlossen, um mit Oesterreich-Ungarn in Frieden leben zu könnnen. Es war ein Bündnis der Furcht. Es war nicht ohne Vorteile für uns. Wir erhielten Geld, wenn es auch nicht zu verwundern war, daß wir als Verbündete Geld erhielten. Wir hatten Frieden. Unsere Brüder in Ungarn wurden weniger unterdrückt. Wir konnten aber niemals auf Siebenbürgen verzichten, wenn auch im Jahre 1893 Stolojan in einer Interpellation von der Möglichkeit sprach, daß Rumänien ein vielsprachiger Staat werden könnte, womit er meinte, daß es sich nach Bulgarien ausdehnen könnte. Im Jahre 1913 mißfiel unsere Aktion einigen Großmächten, anderen aber gefiel sie. Diesen müssen wir uns heute anschließen, wo Serbien nicht mehr besteht, Bulgarien ein Diener Oesterreichs ist und wir die Karpathen entsprechend alter Ueberlieferung geschlossen halten. Allerdings fand uns der Krieg materiell, wenn auch nicht moralisch ungerüstet. Wir lebten 31 Jahre in einem Zustande der Trägheit. Heute aber keinen Glauben in die Kraft des Landes zu haben, wäre ein Verbrechen.

Redner zählt die Momente von Lemberg bis zu dem Eintritt Bulgariens in den Krieg auf, wo die Regierung den Krieg hätte erklären müssen, wenn es auch Opfer gekostet hätte. Wir hatten gegenüber Serbien Verpflichtungen. Wir hätten die Deutschen verhindert, nach dem Süden vorzudringen und hätten die Zertrümmerung Serbiens verhindert. Damals hätten wir das machen können, wozu nicht 10 Millionen Soldaten des Vierverbandes ausgereicht hätten. Redner schließt mit dem Appell an alle, der großen Probleme eingedenk zu sein, die heute gelöst werden und die alles übersteigen, was seit tausend Jahren da war. Unsere Generation, die so wenig auf Heldenmut vorbereitet ist, muß alles tun, um dieses Werk zu verwirklichen, sie muß an den Fortschritt denken, der dem Lande blüht, das sich vergrößert. (Beifall bei der Minderheit.)

* * *

Tägliche Rundschau
1/I. 1916

Neues zur Entstehungsgeschichte des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Das große Werk des deutsch-österreichischen Bündnisses hat Bismarck seinerzeit nicht ohne die größten Schwierigkeiten und nur gegen stärkste Widerstände durchzuführen vermocht. Bei den Vorbereitungen des Planes erreichte die Spannung zwischen Kaiser und Kanzler zuweilen einen so hohen Grad, daß Bismarck ernstlich an seinen Rücktritt vom Amte dachte. Wenn diese Krisen überwunden wurden und Bismarcks großer politischer Zukunftsgedanke zur Wirklichkeit wurde, so gebührt der Dank hierfür nicht zuletzt einem stillen, doch höchst verdienten Mitarbeiter des Kanzlers: Otto von Bülow, der das Dezernat für persönliche Angelegenheiten bei Kaiser Wilhelm I. verwaltete. Zum ersten Male wird über den Anteil dieses Mannes an den weltgeschichtlichen Vorgängen des Jahres 1879 in einem Aufsatze von Prof. Dr. Rudolf v. Scala Auskunft gegeben, der im Januarhefte der bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erscheinenden „Deutschen Revue" veröffentlicht wird.

Zwischen dem späteren Kaiser Wilhelm I., damaligen Prinzen von Preußen, und Otto v. Bülow, der gerade bei den Franzern in Berlin sein Freiwilligenjahr abdiente, knüpften sich die ersten Fäden des Vertrauens und Wohlwollens in der Sturmnacht des 18. März 1848, als Bülow im Straßenkampfe am Bein schwer verwundet und nach dem königlichen Schlosse gebracht wurde. Als Otto v. Bülow dann im Jahre 1872 als Nachfolger v. Keudells das Dezernat für persönliche Angelegenheiten beim Kaiser übernahm, hatte er sich im Ministerium des Auswärtigen durch seine in langjähriger Tätigkeit bekundete Gewandtheit, seinen Takt und seine Liebenswürdigkeit hohe Schätzung erworben, und es kam ihm in dem neuen, schwierigen Amte zustatten, daß er zugleich das vollste Vertrauen des Kaisers und das Bismarcks genoß. Am 3. September 1879 fand jene Zusammenkunft des alten Kaisers mit Kaiser Alexander von Rußland in Alexandrowo statt, durch die Kaiser Wilhelm tief beeinflußt wurde. Der Zar wollte, wie Otto v. Bülow an Bismarck berichtete, alle Schwierigkeiten aus dem Wege räumen, er ging sogar so weit, daß er erklärte: „Ich muß gestehen, eine Dummheit begangen zu haben", und die Friedensbeteuerungen Alexanders machten auf die offene und gerade Edelmannsnatur Wilhelms den tiefsten Eindruck. Diese Stimmung des Kaisers war der Eckstein, an dem Bismarcks genialer Bündnisplan scheitern zu sollen schien. Bülow hat die ganze Schwierigkeit der Lage völlig erkannt: So sehr er entschlossen war, immer wieder alle Gründe für den Bündnisplan vorzuführen, so wenig hoffte er auf eine Sinnesänderung des Kaisers, da dieser, wie er sich ausdrückte, „Perfidie gegen Rußland" nicht begehen wollte und nicht wünschte, daß Deutschland sich durch Bündnisse die Hände binde. In der Einsicht, wie furchtbar Großes auf dem Spiele stand, klagte Bülow, Gott wisse, wie er gerungen habe, allein seine Kräfte reichten nicht aus, um die in Alexandrowo empfangenen Eindrücke zu erschüttern. Die Qual dieser Königsberger und Stettiner Tage, in denen schließlich der Kaiser, angesichts der ständigen Erneuerung der Bündnisvorschläge die Geduld verlor, leuchtet aus Bülows Berichten deutlich hervor; daß er Bismarck herbeiwünschte, war natürlich, aber vergeblich: Bismarck fühlte sich zu erschöpft und wünschte sehr, daß jüngere Kräfte ihn ablösten. So mußte Bülow die schwere Arbeit fortsetzen. Im kritischen Augenblicke kam ihm ein rettender Gedanke, der ganz aus der Kenntnis des Kaisers geschöpft war: es war der Vorschlag, die Mitteilung der Verabredung mit Oesterreich dem Zaren selbst zukommen zu lassen. Damit war des Kaisers eigenster Gedanke getroffen und Bismarck stimmte zu. Dennoch war die Schlacht noch lange nicht gewonnen. In seinem Schreiben vom 15. und 16. September aus Gastein ließ Bismarck erst noch seine allerschwersten Gründe wirken; alsdann sprach sich Moltke zuerst Bülow gegenüber, später, am 26. September, in einem Vortrage vor dem Kaiser in ähnlicher Weise wie Bismarck scharf für das Bündnis aus. Eine Tagebuchskizze Bülows für seine Frau zeigt, wie alle Kräfte vereint ihrem großen Ziele entgegenstrebten; die Hilfe des Kronprinzen hatte Bülow schon am 11. September herbeigerufen. Wenn in einem früheren Stadium der Verhandlungen in Erwägung gezogen worden war, wie die Nennung Rußlands in dem Vertrage unterbleiben könne, so war die Unmöglichkeit dieses Vorschlages inzwischen in Wien vollkommen deutlich geworden, Bismarck teilte die Wiener Auffassung und legte in die Hände Bülows die Erklärung seiner Abdankung für den Fall der Ablehnung des österreichisch-ungarischen Antrages.

Wiederum äußerte sich Kaiser Wilhelm über die etwaige Nennung Rußlands im Vertrage sehr scharf: dann könne ihn Alexander wegen Illoyalität zum Duell fordern. Der springende Punkt blieb schließlich die allenfallsige Mitteilung an den Zaren; und als Andrassy diesem Vorschlage zustimmte, konnte Bülow am 3. Oktober günstiger über die Zukunft urteilen: „Seit dem Tage, nachdem wir nach Baden abgereist sind, hat die Lage sich verändert, und habe ich seither kritische Stunden voller Sorge hinter mir, in letzter Zeit geteilt mit dem Grafen Stolberg . . . Graf Stolberg wird diese Nacht wieder abreisen, und so wird die ganze Verantwortung von jetzt wieder auf meinen Schultern ruhen. Uebrigens sind die Aussichten einer guten Lösung seit gestern günstiger. Beide, Kaiser und Kanzler, wollen im Grunde dasselbe: den Frieden für die Zukunft sichern und dabei gute Beziehungen zu Rußland unterhalten. Aber es herrscht eine große Meinungsverschiedenheit über die zu diesem Ziele führenden Wege. Das Gute an der ganzen Sache ist, daß ich durch sie dem Kronprinzen sehr viel näher getreten bin." Noch immer dauerte es beinahe zwei Wochen, ehe, am 16. Oktober, 10 Uhr vormittags, die Vollziehung des Bündnisvertrages durch Kaiser Wilhelm erfolgte. Voller Jubel trug Bülow damals in sein Tagebuch ein: „Der Friede zwischen Seiner Majestät und dem Fürsten Bismarck ist wieder hergestellt — durch meine Bemühungen. Wenigstens habe ich einen guten Feldzug hinter mir und weiß, daß man mit mir zufrieden ist."

Dies letztere konnte Otto v. Bülow allerdings im vollsten Sinne des Wortes sagen. Sein Vertrauensverhältnis zum alten Kaiser hat nur dessen Tod lösen können. Bülow hat später noch Preußen beim päpstlichen Stuhle vertreten und ist 1898 in den Ruhestand übergegangen. Als er am 22. November 1901 zu Rom verstarb, fand er auf dem protestantischen Friedhof bei der Cestius-Pyramide seine letzte Ruhestatt.

Berner Bund
1./I. 1916

Friedensrakete

Man schreibt uns von deutscher Seite: Den „Friedensgedanken", die neulich in einem Zürcher Blatte auftauchten, war nur ein kurzes Dasein beschieden; sie sind wie eine Rakete aufgestiegen und verpufft. Auch die Weihnachtsstimmung, die zu sanften Träumen einladet, dürfte niemanden darüber täuschen, daß das Pulver noch einige Weile anders sprechen wird, als nur zur Augenweide der Völker. Der „Bund" hat diese Prognose nicht verhehlt, obgleich er doch gewiß seinem Leserkreise eine frohere Botschaft gern verkündete, wenn diese sich nur mit der Wahrheit vertrüge. „Nicht den Frieden, sondern das Schwert", sagte der Heiland selbst, indem er bedeutete, daß Friede der Seele nicht standhält ohne Kampf, wo Kampf zur Pflicht wird. Alle am Weltkrieg beteiligten Regierungen erachten es jetzt noch als ihre Pflicht, durchzuhalten und die Fortsetzung des Krieges zu verantworten vor dem Weltgericht der Weltgeschichte, dessen Urteil derst in Zukunft fallen wird.

Was Deutschland betrifft, hat der Reichskanzler die Bereitschaft zu einem den deutschen Lebensfragen entsprechenden Frieden grundsätzlich erklärt, Bedingungen aber im einzelnen zu nennen vermieden, weil hierzu die Zeit erst reift, wenn von gegnerischer Seite die Möglichkeit einer Beilegung des Streites ins Auge gefaßt wird. Das war seine Pflicht und ist in Deutschland allgemein als solche anerkannt worden. Kein Grund der Vernunft spricht für die Annahme, daß „unterrichtete deutsche Kreise" das Bedürfnis empfinden, eine Liste der „Friedensziele", die Herr v. Bethmann-Hollweg im Reichstage etwa vergessen hätte, publizistisch nachzuholen, oder daß gerade die Reichsregierung selbst den nicht mehr ungewöhnlichen Weg der öffentlichen Ausschreibung beschreiten wolle, um einen Friedensfühler auszustrecken.

Es mag einer vermuten, daß da ein beau geste vorliege, mit welchem Deutschland, bevor es in den bittern Endkampf eintritt, noch einmal die Hand zur Versöhnung biete. Wer aber die Deutschen kennt, der weiß, daß sie keine Vorliebe für Gebärden hegen, die, so schön sie aussehen mögen, zweckwidrig wirken. In Deutschland ist man überzeugt, daß ein Entgegenkommen jetzt auf Feindesseite für ein Zeichen der Schwäche gehalten und nur zur Neubelebung der Kampfeslust dienen würde, überzeugt in allen sachlich denkenden Kreisen, überzeugt besonders in den breiten Schichten des Volkes, deren politisches Urteil in dem Maße geprüft ist, wie die Kräfte der Nationen sich zur Erfüllung der nationalen Pflichten gestrafft haben. Nur herrenlose Schwärmer denken anders. Dergleichen Leutchen gibt es allerdings in Deutschland wie anderwärts, und nur von solchen, die sich dem Wahne hingeben, daß die Stimme ihrer Gesinnungsgenossen in Feindesland etwas auszurichten vermöge, kann die Friedensrakete — wenn sie wirklich wohlgemeint war — gewickelt und abgebrannt worden sein. Was von ihr nachbleibt, ist weiter nichts als die leidige Gewißheit, daß für Geistesfeuerwerke dieser Art die Zeiten sich nicht eignen.

*

„Der Unterstaatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt, Herr Zimmermann, sagte unserem Vertreter mit Bezug auf den Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung" über angeblich deutsche Friedensvorschläge, daß der Artikel, wie bereits in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" betont sei, lediglich private Gedankengänge enthalte. Ueber seine Herkunft sei nichts bekannt, jedenfalls rühre der Artikel weder vom Auswärtigen Amt noch von einer dem Auswärtigen Amte nahestehenden Persönlichkeit her. Uebrigens erhelle bereits aus der ganzen Fassung der Veröffentlichung, daß der Artikel lediglich Privatarbeit einer unverantwortlichen Stelle sei. Dem widerspreche auch nicht die Veröffentlichung eines Auszuges des Artikels durch Wolffs Telegraphenbureau. Im Gegenteil wurde hierdurch noch sensationellere Aufmachung verhindert und der Regierung Gelegenheit zu einem sofortigen Dementi gegeben."

Tägliche Rundschau
1./I. 1916

Zum „Ancona"-Notenwechsel.

Köln, 31. Dezember. Die „Köln. Ztg." erfährt von ihrem Berliner Vertreter:

Als die Regierung der Vereinigten Staaten der Oesterreich-Ungarns den Wunsch und die Bereitschaft zu einer eingehenden Auseinandersetzung über die „Ancona"-Angelegenheit zu erkennen gab, konnte man überzeugt sein, daß diese Erörterung von der Wiener Regierung in freundschaftlichem Geist und mit strengster Objektivität und Gerechtigkeit vorgenommen würde. Die Durchsicht der österreichisch-ungarischen Note bestätigt diese Annahme. Eine korrektere Vereinigung eines schwebenden rechtlichen Streitfalles läßt sich nicht denken. Mit peinlicher Genauigkeit wird der Standpunkt objektiver leidenschaftsloser Betrachtung in dieser Angelegenheit bewahrt. Es ist klar, daß die deutsche und die österreichisch-ungarische Flotte, denen die historische Aufgabe obliegt, die neue Waffe in den Kriegsgebrauch einzuführen, hierbei gelegentlich in ganz außerordentlich schwierige Lagen geraten müssen, aus denen sich leicht Anhaltspunkte für die politische Ausschlachtung von der Gegenseite oder von unfreundlicher Seite aus ergeben.

Man kann nach der bisherigen Haltung der amerikanischen Regierung annehmen, daß sie sich diesen Schwierigkeiten nicht verschließt, obwohl unsere Feinde ihr möglichstes tun, dies in der Agitation gegen uns auszunützen. Anderseits wird die Regierung in Washington auch aus dieser neuesten in der Frage des U-Boot-Krieges ergangenen Note und aus dem Geiste, von dem sie getragen ist, erkennen, wie sehr auch die österreichisch-ungarische Regierung bestrebt ist, in allen den Schwierigkeiten dieses Krieges weder das Völkerrecht noch die Menschlichkeit leiden zu lassen, was besonders im Hinblick auf die brutale Vergewaltigung der Neutralen durch die Engländer hervorgehoben werden muß.

Mit kurzer Erwägung des sachlichen Inhalts der österreichischen Note, sagt das Telegramm, könnte man eine Anerkennung dafür aussprechen, daß die Washingtoner Regierung der Weiterführung der Erörterungen in freundschaftlichem Geiste sich geneigt zeigte. So verdient die Art der Vereinigung wohl in allen politischen Kreisen der Vereinigten Staaten, wo man diese Angelegenheit lediglich als eine zu schlichtende völkerrechtliche Streitfrage angesehen hat, hohe Anerkennung. Soweit man in den Vereinigten Staaten unparteiisch und gerecht denkt, wird man der österreichisch-ungarischen Regierung diese Anerkennung nicht versagen. Das bedeutet gleichzeitig, daß man die Angelegenheit, wie die Note es hofft, nunmehr als erledigt ansieht und sich den Versuchen einer politischen feindseligen Ausschlachtung widersetzt.

Neues Wiener Tagblatt
2./I. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 1. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

31. Dezember. Auf der ganzen Front beschränkte sich die Tätigkeit im wesentlichen auf beiderseitiges Geschützfeuer gegen die Befestigungsarbeiten. In einigen Abschnitten, wie im Val Daone, warf der Feind, ohne bei uns Schaden anzurichten, gegen die von uns frisch eroberten Stellungen auf dem linken Chiese-Ufer Geschosse mit erstickenden und Tränenreiz verursachenden Gasen.

Rußland.

29. Dezember. Auf dem linken Ufer der Aa hatte eine Abteilung Letten einen Zusammenstoß mit einer feindlichen Abteilung. Die Letten stürzten sich auf die Deutschen; es kam zum Nahkampf. Die Deutschen flohen und ließen Tote und Verwundete auf dem Platze zurück. Auf der übrigen Front bis zum Pripjet stellenweise Artillerie- und Gewehrfeuer. Auf der Front südlich des Pripjet und in Galizien dauert der Kampf an.

30. Dezember. Ein Versuch des Feindes, sich auf der Chaussee Bausk mit einem Panzerautomobil unsern Befestigungen zu nähern, ist durch unser Feuer leicht abgewiesen worden. Auf der ganzen Rigaer Front Artilleriekampf, der besonders heftig beim Brückenkopf von Uexküll war. Von mehreren Stellen wird erfolgreicher Angriff unsrer Artillerie gemeldet. Auf der übrigen Front bis zum Pripjet das gewöhnliche Gewehr- und Artilleriefeuer. Südlich des Pripjet dauert der Kampf an.

Frankreich.

31. Dezember, 3 Uhr nachmittags. In der Champagne versuchte der Feind während der Nacht, uns mit Handgranaten einen kleinen Horchposten bei der Höhe 193 wegzunehmen. Der Versuch scheiterte gänzlich. Auf der übrigen Front verhältnismäßige Ruhe.

11 Uhr nachts. Unsre Batterien beschossen mit Erfolg die feindlichen Schützengräben der ersten und zweiten Linie sowie die Eisenbahn bei Boesinghe in der Gegend von Roye. Ein Treffer unsrer Artillerie beschädigte ernstlich einen Materialschuppen bei Vermillieres. Nördlich der Aisne zerstörten wir ein deutsches Werk westlich Soupir in Haut-de-Meuse. Wirksames Geschützfeuer auf die Zufluchtsorte und ein Blockhaus des Feindes im Bois-des-Chevaliers. In den Vogesen richtete der Feind nach lebhafter Vorbereitung einen Infanterieangriff gegen unsre Stellungen in der Gegend des Hirzstein; der Angriff wurde vollkommen abgewiesen.

Belgischer Bericht.

Das Gelände in der Nachbarschaft von Dixmuiden war einer gegenseitigen andauernden Beschießung unterworfen. Die Wirkung der belgischen Artillerie war groß, besonders mit ihren Schüssen in die Mitte einer Gruppe feindlicher Arbeiter, die mit der Wiederherstellung der im Ueberschwemmungsgebiet errichteten Werke beschäftigt waren.

Neues Wiener Tagblatt
2./I. 1916

Der montenegrinische Bericht.

Paris, 31. Dezember. An der Sandschakfront vernichteten wir eine feindliche Abteilung und machten 15 Gefangene.

Auf unsrer südlichen Front schlugen wir einen feindlichen Angriff gegen Botcside (auf der Karte nicht auffindbar) zurück. Die Oesterreicher nahmen Raskowo Gora (auf der Karte nicht auffindbar) zurück und befestigen es.

An der Lovcenfront schlugen wir den Feind zurück, fügten ihm empfindliche Verluste zu und machten Gefangene.

Fremdenblatt
2./I. 1916

Protest Griechenlands gegen die Besetzung Castellorizzos.

Eine scharfe Note an Frankreich.

Eine Räuberbande im Dienste eines französischen Konsuls.

S. K. Athen, 31. Dezember. Die griechische Regierung hat an alle Mächte, sowohl an die kriegführenden als an die neutralen, einen energischen Protest gegen die Besetzung der Insel Castellorizzo durch die Truppen der Entente gerichtet.

K. Athen, 30. Dezember. (Verspätet eingelangt.) In einer an die französische Regierung gerichteten Protestnote führt das griechische Kabinett aus, daß eine im Dienste des französischen Vizekonsuls in Rhodos stehende Räuberbande auf der seit drei Jahren in griechischer Verwaltung befindlichen Insel Castellorizzo Unruhen hervorgerufen habe und daß zu deren Unterdrückung Griechenland den Kreuzer „Helle" mit den erforderlichen Truppen entsandt habe. Das im Aegäischen Meere kreuzende französische Geschwader habe jedoch das griechische Kriegsschiff unter Hinweis auf die Minengefahr zurückzuhalten gesucht und desgleichen habe der französische Militärattaché der königlichen Regierung am 27. Dezember mitgeteilt, daß die Schiffahrt an der kleinasiatischen Küste gegenwärtig außerordentlich gefährlich sei.

Trotzdem habe der Kreuzer Befehl erhalten, nach Castellorizzo zu fahren, und er sei tatsächlich dahin gelangt, ohne auf irgend eine Mine zu stoßen.

Bei seinem Eintreffen am 28. Dezember mittags habe er aber im Hafen zwei französische Kriegsschiffe vorgefunden und vom kommandierenden Vizeadmiral des dritten französischen Geschwaders die Mitteilung erhalten, daß seit dem Morgen des Tages Castellorizzo auf Befehl der französischen Regierung aus militärischen Gründen durch 500 Marinesoldaten besetzt worden sei.

Dem Kommandanten der „Helle" blieb nichts übrig, als sich unter Protest zurückzuziehen.

Angesichts dieser Tatsachen, welche eines Kommentars wohl nicht bedürfen, schulde es die griechische Regierung ihrer Würde, gegen diese vorsätzliche und gewalttätige Besitznahme einer ausschließlich von Griechen bewohnten und von Griechenland verwalteten Insel lauten und energischen Protest zu erheben.

Die königliche Regierung überlasse es der zivilisierten Welt, ihr Urteil zu fällen über ein derartiges von den französischen Konsular- und Seebehörden ins Werk gesetztes Attentat gegen einen unabhängigen und souveränen Staat, mit dem sich die französische Republik nicht — wenigstens nicht offen — im Kriege befinde.

Neues Wiener Tagblatt
2./I. 1916

Verhaftung unsrer Konsuln in Saloniki.

Rotterdam, 31. Dezember. (Privattelegramm.) Nach einer Meldung der „Times" aus Saloniki sind der deutsche österreichisch-ungarische, türkische und bulgarische Konsul mit ihren Familien und ihrem Personal auf Befehl des Generals Sarrail verhaftet und an Bord eines französischen Kriegsschiffes gebracht worden.

Die Gebäude der Konsulate sind durch Ententetruppen besetzt.

Der „Rotterdamsche Courant" bemerkt dazu, daß dieses Vorgehen zu Vorstellungen der Zentralmächte und ihrer Verbündeten bei der griechischen Regierung begründeten Anlaß geben müßte und die heikle Lage der griechischen Regierung dadurch noch weiter erschwert wird.

Lugano, 1. Jänner. (Privattelegramm.) Nachmittags 4 Uhr wurden die Konsulate Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei plötzlich militärisch besetzt und die Konsuln und das Personal der Konsulate auf einen französischen Kreuzer gebracht.

Diese Operation wickelte sich blitzartig ab.

Österr. Volkszeitung
2./I. 1916

Ein Neujahrsartikel des Grafen Tisza.

Budapest, 31. Dezember. (Privat.) Ministerpräsident Graf Stephan Tisza veröffentlicht im „Igazmondo" einen Neujahrsartikel, in welchem er erklärt: Wenn wir vom verflossenen Jahr Abschied nehmen, so tun wir dies mit Rührung und patriotischem Stolz und mit guter Hoffnung für das nächste Jahr, denn neue Arbeit, Selbstaufopferung und Menschenopfer warten unser auch im neuen Jahr. Unser ist der Sieg. Allein das Ringen hat noch immer kein Ende erreicht, und unsere Gegner wollen noch immer nicht die Zwecklosigkeit des weiteren Kampfes anerkennen. Von Leidenschaft verblendet, leben sie in einer falschen Welt der Lüge, die sie umgibt. Sie erwarten eine bessere Wendung ihrer Sache, bald von der einen, bald von der anderen eitlen Hoffnung erfüllt. Deswegen können wir das Schwert nicht niederlegen und müssen mit neuem Kampfe, neuer Kraftanstrengung, neuen Siegen, die Segnungen des Friedens erringen. Wir bedürfen noch immer unserer ganzen Vaterlandsliebe und unserer ganzen Kraft. Allein, wie anders ist die Welt heute um uns beschaffen und wie anders war dies im vorigen Jahr. Die Russen standen im Vorjahr in den Karpathen. Schwache Landsturmtruppen mußten den russischen Einbruch in die Karpathenpässe aufhalten. Uns drohte Gefahr vom Norden, in Serbien wurde die Nation knapp vor Weihnachten von jenem bitteren, empörenden Schlag getroffen, daß unsere in unübertrefflicher Tapferkeit kämpfenden Truppen, die in einem drei Monate lange dauernden beispiellosen Kampfe die serbische Uebermacht zermalmten, und sie aus allen ihren uneinnehmbar geglaubten Stellungen hinaustrieben, infolge unverzeihlichen Leichtsinns der Führung, die ganze Frucht ihrer Mühen verloren haben, und von dieser beraubt, erschöpft ins Vaterland zurückkehrten. Im Südwesten aber drohten Gewitterwolken von Italien her. Die ungarische Nation gab aber Beweise staunenswerter Kraftentfaltung, Heldenmuts und seelischer Macht, als sie mit den Völkern Oesterreichs und unseren ruhmreichen Verbündeten vereint alle unsere Feinde besiegte. Daß wir zu so einer Kraft fähig waren, ist darauf zurückzuführen, daß der Parteihader und das Interesse des einzelnen vollständig dem patriotischen Gesamtinteresse unterordnet worden ist. Der Artikel schließt mit den Worten: Früher oder später aber mit aller Sicherheit werden wir der Nation die Segnungen des ehrlichen, ruhmreichen Friedens erringen. Wird der Friede auch die Segnungen bringen, welche die Nation mit ihrem heldenmütigen Patriotismus wirklich verdient? Wird uns eine schönere und bessere Zukunft beschieden sein oder wird das Elend der Epoche vor dem Kriege wieder uns erfüllen? Der Mensch kann nicht in die Zukunft blicken und wer könnte von uns diese Fragen beantworten? Das eine weiß ich aber, daß, sowie die Nation während des Krieges ihr Schicksal in ihrer Hand hielt, so wird sie auch im Frieden der Schmied ihres Glückes sein. Die Frage ist, ob in unseren Seelen alle Lehren dieses Krieges weiter leben und herrschen werden, ob wir aus dem Buche des Lebens lesen gelernt, ob wir verstanden, daß der Parteihader uns nur deshalb nicht zum Abgrund führte, weil im letzten Augenblick die Tugend der Nation über ihre Fehler gesiegt habe. Es mögen diese Tugenden weiter in unseren Seelen leben und unsere Taten lenken auch in der Pflege und im Kampfe des Friedens, dann wird das viele vergossene Blut nicht umsonst geflossen sein und dann wird unser aller Arbeit der Nation das so sehnsuchtsvoll erwartete glückliche Neujahr bringen.

Vossische Zeitung 3/I 3./I.1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Die Angst vor der Verantwortung. In der Fortsetzung seiner Abrechnung mit der Minderheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion führt Reichstagsabg. Wolfgang Heine in der „Internationalen Korrespondenz" den 19 um Geyer eindringlich zu Gemüte, wie verworren die Scheingründe für ihre Haltung sind. Heine schreibt u. a.: „Die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sagt: Zunächst muß die Nation in ihrer Existenz, d. h. in ihrer politischen Unabhängigkeit, ihrem wirtschaftlichen Wohlstand und damit in ihrer kulturellen Eigenart gesichert sein, wenn sie Aufgaben der Menschheitskultur erfüllen soll . . . Die Minderheit denkt sich eine Internationale, ohne vorher starke und gesicherte Nationen zu denken, das zusammengesetzte; die Internationale kommt ihnen vor dem, woraus sie zusammengesetzt werden müßte, nämlich den Nationen, auch vor ihrer eigenen Nation . . . Die Feinde, die jetzt, wo Deutschland stark und einig dasteht, noch jeden Gedanken an Frieden zurückweisen, würden wahrhaftig nicht bereit sein, einem durch innere Zwietracht geschwächten deutschen Reich einen ehrenhaften Frieden zu bewilligen. Sie würden über die Grenze drängen, unsere Heere schlagen, Hunderttausende unserer Brüder töten, alles Elend der feindlichen Invasion in unser Land tragen. Das kann kein Deutscher wollen, und ich bin überzeugt, daß der größte Teil der Sonderbündler es mit Entrüstung von sich weisen würde, solches Unheil zu unterstützen. Also darf, ja muß man sagen: diejenigen, die die Parteieinheit sprengen, um gegen den Kriegskredit zu stimmen, wollen gar nicht, daß er wirklich abgelehnt werde. Sie können sich den Luxus ihrer Abstimmung nur leisten, weil sie wissen, daß andere für die Sicherheit des Vaterlandes eintreten und unsere Krieger im Felde und deren Familien daheim mit dem Notwendigen versorgen und schützen helfen.

Wie man aus Haases eigenen Aeußerungen weiß, rechnet die separatistische Minderheit darauf, daß die Mittel zur Führung des Krieges schließlich doch bewilligt werden. Er und übrigens auch verschiedene Redakteure des Vorwärts und andere dieser Minderheit haben wiederholt erklärt, wenn die Sozialdemokratie die Kredite ablehnte, so rückte deswegen nicht ein Soldat weniger oder schlechter ausgerüstet in das Feld; nur die Sozialdemokratie trüge nicht die Verantwortung dafür, sondern überließe sie anderen. Man muß es einmal deutsch und deutlich sagen: Eine solche Taktik zeugt weder von Mut noch von Wahrheitsliebe. Diese Deklaranten wünschen in Wahrheit selber das, wogegen sie stimmen und wegen dessen sie die andern Genossen angreifen. Das ist unwahrhaftig. Oder wagt einer von ihnen zu wünschen, daß die deutschen Heere aus Mangel an Mitteln nicht ausgerüstet und verpflegt würden, so daß sie unser Land nicht verteidigen könnten? . . Wenn man aber wünscht, daß das Elend der Niederlage Deutschland erspart bleibt, wie kann man für die Erfüllung dieses Wunsches „Keine Verantwortung" tragen wollen? — Keine Verantwortung für die Errettung unseres Vaterlandes und Volkes? — Das ist kein Mut. Und um einer solchen absurden Angst vor der Verantwortung willen, vor einer Verantwortung, die jedem Deutschen Ehre sein sollte, sprengen die Sonderbündler erstens die Einheit der Partei, gefährden sie zweitens die Sicherheit und das Wohl Deutschlands, erschweren sie drittens den Frieden und schneiden sie viertens alle Möglichkeiten einer gesunden inneren Entwicklung Deutschlands ab.

*

Ein Berichtigungsversuch Kautskys. Der sozialdemokratische Reichstagsabg. Blos hat in der „Schwäb. Tagwacht" erklärt, Kautsky habe am 3. August 1914 der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgeschlagen, die Kriegskredite zu bewilligen, dafür aber Zugeständnisse an Volksrechten zu verlangen. In einem Brief an Blos hat der sozialdemokratische Reichstagsabg. Dr. Landsberg bestätigt, daß Kautsky damals in der Fraktion gesagt habe, er stimme mit allen Führern der Internationale darin überein, daß angesichts des Einfalls feindlicher Truppen die Sozialdemokratie zur Bewilligung von Kriegskrediten verpflichtet sei, da sie zur Vertreibung des Feindes erforderlich seien. Indessen solle man die Gunst der Lage, die die Regierung zwinge, einen Konflikt mit der Sozialdemokratie zu vermeiden, ausnützen und sowohl die Zusage verlangen, daß Annexionen nicht gemacht werden würden, wie auch Konzessionen in der Richtung der Demokratisierung der Verfassung fordern.

Nunmehr hebt Kautsky in einer sehr langen Erklärung im „Vorwärts" hervor, in der Fraktion habe es sich nicht mehr um die Frage der Stimmenthaltung, sondern lediglich um ja oder nein gehandelt. Er schreibt:

> „In meiner Rede führte ich aus: Angesichts der Unklarheit der Situation könne ich die Verantwortung nicht auf mich nehmen, zu einer unbedingten Ablehnung der Kredite zu raten. Ich erklärte, ich würde nicht weiter gehen als Bebel und Liebknecht in einer ähnlichen Situation 1870, als sie sich der Abstimmung enthielten. Das würde ich auch jetzt vorziehen; aber darüber zu reden sei zwecklos, da nur noch Argumente für oder gegen die Bewilligung gestattet seien. Aus welchem Grunde aber sei man jetzt gegen Stimmenthaltung? Weil eine Fraktion von 110 Mann nicht so handeln könne wie eine Handvoll Leute. Mir erscheine dieser Grund nicht stichhaltig, aber wenn er gelte, dann solle man auch ihm entsprechend handeln. Der Unterschied zwischen 1870 und heute liege dann darin, daß wir eine Macht geworden seien. Nun, das seien wir wirklich, und darum müßten wir auch als Macht auftreten, mit der Regierung als Macht zu Macht verhandeln, ihr unsere Bedingungen über Kriegführung und Kriegsziele stellen und unsere Zustimmung zu den Krediten von der Annahme unserer Bedingungen abhängig machen."

Kautsky erwartet, daß die Blätter, die Dr. Landsbergs Schilderung erwähnt haben, jetzt auch von der Richtigstellung Notiz nehmen. Wir meinen, es handelt sich nicht um eine Richtigstellung, vielmehr bestätigt Kautsky im wesentlichen die Darstellung von Blos und Dr. Landsberg.

*

Die 20 und ihre Wähler. Eine sozialdemokratische Vertrauensmännerkonferenz des sozialdemokratischen Bezirks Leipzig hat die Verweigerung des letzten Kriegskredits durch 20 Mitglieder der Reichstagsfraktion gebilligt, aber zugleich den „festen Willen" bekundet, „die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten und gegen jede Anfechtung zu verteidigen". Die „Chemnitzer Volksstimme" sagt dazu: „Man wird uns gestatten, über diesen Beschluß herzlich zu lachen . . . Disziplin und Parteieinheit oder Disziplinbruch und Parteizerreißung — ein Drittes gibt es nicht. Die Sonderaktion der 20 billigen und zugleich die Parteieinheit preisen, das paßt wie die Faust aufs Auge; das heißt die Rechte nicht wissen lassen, was die Linke tut; heißt öffentlich Wasser predigen und heimlich süßen Wein trinken. Das fühlt ein Blinder mit dem Stock." — Den Wahlkreis Leipzig-Land vertritt der Abg. Geyer, der Sprecher der Minderheit im Reichstag.

Der Reichstagsabg. Hoch, Vertreter für Hanau-Gelnhausen, hat sich zwischen zwei Stühle gesetzt: er hat zwar in der Reichstagsfraktion gegen den 10-Milliardenkredit gestimmt, im Reichstag aber bei der Abstimmung den Sitzungssaal verlassen. Der sozialdemokratische Kreisvorstand seines Wahlkreises billigte seine Haltung nicht, sondern bedauert, daß Hoch nicht der Minderheit der 20 angehört. Der Kreisvorstand erblickt in der Abstimmung gegen den Kriegskredit „den ersten dankenswerten Versuch, den von der Mehrheit seit Kriegsbeginn aufgegebenen Klassenkampf im Parlament wieder aufzunehmen".

Fremdenblatt
3./I. 1916

Die Adreßdebatte in der rumänischen Kammer.

Eine Rede Carps.

Bukarest, 1. Jänner.

In der gestrigen Kammersitzung antwortete Carp auf die Rede Take Jonescus und erklärte: Take Jonescu beruft sich auf eine meiner Reden, in der ich sagte, daß wir der Rückgabe Bessarabiens nicht zustimmen können und daß wir Herren der Donaumündungen bleiben müssen. Ich bin auch heute derselben Ansicht. Jonescu versuchte seine Ueberlegenheit über seine Gegner zu zeigen und behauptete, daß deutsche Unterdrückung den Krieg hervorgerufen hat und daß das Ergebnis der Triumph der Freiheit und der Demokratie sein werde. Jonescu war nicht immer so hochsinnig wie jetzt. Seinerzeit war er dafür, daß die rumänische Politik nicht vorübergehenden Interessen anderer Rumänen Rechnung tragen dürfe. Vor einem Jahre war er für die Neutralität, heute ist er für den Eintritt in die Aktion und nennt Feiglinge jene, die seine Ansicht nicht teilen. Hatte er damals recht oder hat er heute recht? Weder damals noch heute, denn niemals verteidigte er eine wirkliche Ueberzeugung. Wie damals wohnen wir heute einer neuen Umwandlung Jonescus bei. Das Talent rechtfertigt nicht alle Verwandlungen, wie Schönheit nicht jede Entehrung rechtfertigt.

Man sagt, daß unser Vertrag mit den Mittelmächten ein Vertrag der Furcht war. Als mich der verstorbene König wegen der Donaufrage nach Berlin sandte, sagte ich in meinem Bericht, daß wir ein Interesse haben, mit Oesterreich-Ungarn zu gehen. Nach Rumänien zurückgekehrt, studierte ich die Lage der Rumänen in der Monarchie und kam zu der Ueberzeugung, daß ihr Schicksal nur durch Eroberung oder Zugeständnisse verbessert werden könnte. Eine Eroberung war nicht möglich, denn sie setzte die Zertrümmerung der Monarchie voraus. Deshalb hatten wir als Isolierte die Pflicht, den Weg der Zugeständnisse zu gehen. Um erobern zu können, müssen wir stark werden, indem wir Bessarabien nehmen. Bevor wir an das ganze Ideal denken, trachten wir zu machen, was möglich ist. Diese Erwägungen brachten den Vertrag zustande.

Auch heute dürfen wir nicht einmal daran denken, über die Karpathen zu gehen. Im Falle eines Sieges des Verbandes wissen wir aus dem Munde des russischen Ministerpräsidenten, was uns bevorsteht: Rußland will die Meerengen, die Donaumündungen und Galizien. Die Bulgaren verstanden, daß dann Rußland den Ueberlandweg nach Konstantinopel braucht; deshalb treten sie gegen Rußland ein. **Deshalb sehe ich es als unsere Pflicht an, gegen Rußland zu sein.**

Die rumänische Politik könnte und kann sich nicht von Vorliebe leiten lassen. Sie kann nicht in der Politik einer Großmacht völlig aufgehen. Sie wird immer jenem folgen, der in Europa die Fahne des Widerstandes gegen die Invasion vom Norden entfaltet. Diese glorreiche Fahne ist in den Händen der Mittelmächte. Den Bestand des rumänischen Staates dem vorübergehenden Interesse von Rumänen in anderen Ländern unterzuordnen, wäre eine ganz irrige Politik. Die Karpathenfrage wird nicht jenseits der Karpathen, sondern jenseits des Pruths gelöst werden.

Die weitere Debatte.

Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede Carps sprach Berichterstatter Marzescu, der die bisherigen Reden dahin zusammenfaßte, daß man der Regierung nicht vorwerfen könne, daß sie die Interessen des Landes preisgegeben habe.

Sodann sprachen die Vertreter der Konservativen C. C. Arion und Take Jonescu. C. C. Arion führte aus, daß die konservative Partei eine Politik der Wirklichkeit machen wolle. Wenn in Zukunft die Lage ebenso sein wird wie heute, wird diese Politik an der Seite der Mittelmächte sein.

Take Jonescu reflektierte zunächst auf die Rede Carps und des Vorredners und erklärte, er wünsche festzustellen, daß die Führer der Opposition dem König und dem Ministerpräsidenten eine Denkschrift über den Eintritt Rumäniens in den Krieg überreicht haben. Was den Vertrag mit Serbien anbelange, so bestehe er. Redner habe seine endgiltige Form redigiert.

Redner erklärte, was seine Schrift vom Jahre 1891 betreffe, so bestehe zwar scheinbar ein Gegensatz zu seinen heutigen Ansichten. Damals waren wir, sagte Redner, auf einen Krieg von Seite Rußlands gefaßt und rechneten mit der Ueberschreitung des Pruth durch die Russen. Der Zweck der Schrift war also begreiflich.

Annahme der Adresse.

Ministerpräsident Bratianu wies darauf hin, daß die Regierung über die internationale Politik nicht sprechen könne, was aber nicht bedeute, daß sie alles hier Gesagte billige.

Sodann wurde die Adresse mit 82 gegen 2 Stimmen angenommen.

Vertagung der Kammer und des Senates.

In der heutigen Sitzung verlas der Präsident die Ansprache des Königs gelegentlich der Ueberreichung der Adresse durch eine Abordnung der Kammer. Die Ansprache ist der anläßlich der Ueberreichung der Adresse des Senats gehaltenen inhaltlich gleich.

Nach einigen persönlichen Polemiken zwischen den Abgeordneten Arion und Istrati sowie zwischen den Abgeordneten Fleva und Diamandi vertagte sich die Kammer bis zum 2. Februar.

Der Senat vertagte sich nach Erörterung einiger Interpellationen bis zum selben Tage.

Schwierige Lage Montenegros.

Die Verpflegung unmöglich.

Cettinje, 31. Dezember. Gestern wurde amtlich mitgeteilt: Die Verproviantierung Montenegros wird vollständig unmöglich, die Lage täglich schwieriger. Oesterreichisch-ungarische Unterseeboote greifen Segler und Dampfer an unseren und den albanischen Küsten an. Am 29. Dezember wurde ein montenegrinisches Segelschiff mit Lebensmitteln bei Dulcigno versenkt. Heute ereilte einen Dampfer mit 2000 Tonnen Lebensmitteln bei San Giovanni di Medua dasselbe Schicksal.

Fremdenblatt
3./I. 1916

Die Beschießung Durazzos.

Montenegrinischer Bericht.

K. Cettinje, 1. Jänner. Während der Beschießung von Durazzo am 29. Dezember durch ein österreichisch-ungarisches Geschwader geriet der Dampfer „Midiel", der etwa 6000 Tonnen Lebensmittel für Montenegro führte, in Brand. Die Ladung ist verloren.

3./I. 1916

Erklärungen Radoslawows.

K. Sofia, 2. Jänner. (Meldung der Agence Telegraphique Bulgare.) [Sobranje.] Im Laufe der Beratung des Budgetprovisoriums für die ersten sechs Monate des Jahres 1916 erklärte Ministerpräsident Radoslawow: Die Regierung übernimmt die volle Verantwortung für die Maßnahmen, welche für die Ausfuhr von Getreide zu unseren Verbündeten und unseren Freunden getroffen wurden. Es ist nur zu bedauern, daß infolge der Anwesenheit der Engländer und Franzosen in Saloniki man auf der Linie Saloniki—Oktschilar nur 60 Waggons nach Griechenland schicken konnte, während die Regierung 1000 Waggons Griechenland versprochen hatte. Die Regierung ist jederzeit bereit, dieses Versprechen zu erfüllen. Statt den Transport dieser Lebensmittel zu erleichtern, schaffen die Engländer und Franzosen nur Schwierigkeiten, deren letzte die Verhaftung der Konsuln in Saloniki ist, eine Maßnahme, welche durch das Erscheinen deutscher Flugzeuge über dem englisch-französischen Lager angeblich begründet wird. Wir haben gegen diesen Gewaltakt Einspruch erhoben und verlangt, daß Griechenland von seinen Hoheitsrechten Gebrauch mache; denn unsere Konsuln sind nicht bei den Engländern und Franzosen, sondern bei der Regierung Griechenlands beglaubigt Die Engländer und Franzosen werden jetzt erst gewahr, daß sie sich im Kriege mit uns befinden.

Kaiser Wilhelm an Dr. Kaempf.

Hoffnung auf den endgiltigen Sieg in diesem Jahre.

K. **Berlin,** 1 Jänner. Reichstagspräsident Doktor Kaempf brachte dem Kaiser die Glückwünsche des Reichstages zum Jahreswechsel in folgendem Telegramm zum Ausdruck:

„Eure kaiserliche und königliche Majestät bitte ich namens des Reichstages den Ausdruck der wärmsten Glückwünsche entgegennehmen zu wollen, die bei Beginn des neuen Jahres das deutsche Volk seinem Kaiser ehrfurchtsvoll darbringt. Mitten in dem gewaltigen Kriege um seine Existenz blickt Deutschland auf seinen Kaiser als Verkörperung der Macht und der Einheit des Reiches mit dem festen Entschluß, unter Eurer Majestät glorreicher Führung den Kampf siegreich bis zur Erreichung des Zieles zu führen, das uns die freie und unbehinderte Entwicklung des deutschen Geistes und der deutschen Kultur sowie des deutschen Wirtschaftslebens gewährleistet. Möge des Allmächtigen Segen ruhen auf Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät, auf dem ganzen kaiserlichen und königlichen Hause und auf unserem geliebten Vaterlande.

Dr. Kaempf, Präsident des Reichstages."

Hierauf ging dem Präsidenten des Reichstages vom Kaiser folgendes Antworttelegramm zu:

„Empfangen Sie meinen herzlichen Dank für die treuen Glückwünsche des deutschen Reichstages. Mit dem gesamten deutschen Volke hoffe ich zu Gott, daß **das neue Jahr unserer gerechten Sache den endgiltigen Sieg,** unserem Vaterlande eine neue gesicherte Grundlage für die segensreiche Weiterentwicklung im friedlichen Wettbewerb mit den anderen Nationen bringen wird.

Wilhelm I. R."

* * *

K. **Berlin,** 2. Jänner. (Meldung des Wolffschen Bureaus.) Auf die an Kaiser Wilhelm gerichteten Neujahrswünsche des preußischen Staatsministeriums ist folgende telegraphische Antwort ergangen:

„Großes Hauptquartier, den 1. Jänner 1916. Ich danke vielmals für die treuen Segenswünsche meines Staatsministeriums zum neuen Jahre. Mit unerschütterlicher Zuversicht zu einem glücklichen Ausgange unserer gerechten Sache wollen wir im Aufblick zu Gott dem Herrn auch im neuen Jahre unsere volle Kraft einsetzen in Fürsorge für unser teures Vaterland.

Wilhelm R."

Neues Wiener Tagblatt
3./I. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 1. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

1. Jänner. An der ganzen Front dauert die lebhafte Artillerietätigkeit an. Im Lagerinatale wurden bei einer kühnen Rekognoszierung der Unsrigen gegen Malga Zurez nördlich von Dossocasina einige Gefangene eingebracht. Der Feind griff seinerseits unsre Stellungen von Corna Calda südlich von Rovereto an, wurde aber zurückgeschlagen.

Rußland.

31. Dezember. Südöstlich Olai warfen wir nachts Handgranaten in die feindlichen Schützengräben. Die Angreifer kehrten morgens ohne Verluste zurück. Auf der Front bei Dünaburg, in dem der Eisenbahn nach Poniewiec benachbarten Abschnitt kleine Gefechte. Südlich bis zum Pripjet keine Veränderungen. An der Front südlich des Pripjet stellenweise erbitterte Kämpfe.

Frankreich.

1. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Im Laufe der Nacht wurden südlich Vailly einige deutsche Patrouillen durch unser Feuer zerstreut. Zwischen der Somme und der Oise und im Woevregebiet im Abschnitt Flirey Artilleriefeuer mit Unterbrechung. Von der übrigen Front ist kein Ereignis zu melden.

11 Uhr nachts. Zwischen Avre und Oise brachte unsre schwere Artillerie die feindlichen Batterien in Gegend Amy-sur-Roye zum Schweigen. Zwischen Soissons und Reims Kampf mit Minen. Wir brachten mit Erfolg zwei Minen in der Gegend von Troyon, eine dritte bei La Pompelle südöstlich von Reims zum Springen. In den Vogesen lebhafte Tätigkeit unsrer Artillerie in der Gegend von Mühlbach. Am 1. Jänner schleuderte ein weittragendes feindliches Geschütz etwa zehn Geschosse auf Nancy und Umgebung. Zwei Einwohner wurden getötet, sieben leicht verletzt. Der Sachschaden ist unbedeutend. Das Geschütz wurde sofort niedergekämpft.

Belgischer Bericht.

Ziemlich lebhafte Artillerietätigkeit auf der Front an der Yser und bei Ypern. Unsre Batterien brachten die bei Merckhem stehende feindliche Artillerie zum Schweigen und zerstreuten eine Infanterieabteilung bei Vosselaere.

Neues Wiener Tagblatt
3./I. 1916

Der deutsche Kaiser an den Reichstag.

Die Depesche des Präsidenten Dr. Kaempf.

Berlin, 1. Jänner. Reichstagspräsident Dr. Kaempf brachte dem Kaiser die Glückwünsche des Reichstages zum Jahreswechsel in folgendem Telegramm zum Ausdruck:

„Euer kaiserliche und königliche Majestät bitte ich namens des Reichstages den Ausdruck der wärmsten Glückwünsche entgegennehmen zu wollen, die bei Beginn des neuen Jahres das deutsche Volk seinem Kaiser ehrfurchtsvoll darbringt. Mitten in dem gewaltigen Kriege um seine Existenz blickt Deutschland auf seinen Kaiser als Verkörperung der Macht und der Einheit des Reiches mit dem festen Entschluß, unter Euer Majestät glorreicher Führung den Kampf siegreich bis zur Erreichung des Zieles zu führen, das uns die freie und unbehinderte Entwicklung des deutschen Geistes und der deutschen Kultur sowie des deutschen Wirtschaftslebens gewährleistet. Möge des Allmächtigen Segen ruhen auf Euer kaiserlichen und königlichen Majestät, auf dem ganzen kaiserlichen und königlichen Hause und auf unserm geliebten Vaterlande.

Dr. Kaempf,
Präsident des Reichstages."

Die Antwort Kaiser Wilhelms.

Hierauf ging dem Präsidenten des Reichstages vom Kaiser folgendes Antworttelegramm zu:

„Empfangen Sie meinen herzlichen Dank für die treuen Glückwünsche des deutschen Reichstages. Mit dem gesamten deutschen Volke hoffe ich zu Gott, daß das neue Jahr unsrer gerechten Sache den endgültigen Sieg, unserm Vaterlande eine neue gesicherte Grundlage für die segensreiche Weiterentwicklung im friedlichen Wettbewerb mit den andern Nationen bringen wird.

Wilhelm I. R."

Fremdenblatt
3./1. 1916

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 1. Jänner. (Meldung der Agence Telegraphique Milli.)

Das Hauptquartier teilt mit:

Dardanellenfront.

Sedbil Bahr. In der Nacht vom 30. auf den 31. Dezember lebhafte Bombenkämpfe auf dem rechten Flügel, heftiger Geschützfeuerwechsel und Bombenwürfe, die bis zum Morgen andauerten, im Zentrum.

Am 31. Dezember nachmittags brachten wir zwei feindliche Minen auf dem rechten Flügel zur Explosion. Feindliche Landartillerie beschoß kurze Zeit hindurch, unterstützt von zwei Kreuzern, unsere Schützengräben im Zentrum. Das Feuer wurde von uns kräftig erwidert. Unsere Meerengenbatterien nahmen den Landungsplatz von Sedbil Bahr und die umliegenden Magazine unter Feuer, das vom Panzerschiff „Suffren" unter dem Schutz von fünf Torpedobooten und mit Unterstützung eines Fliegerbeobachters erwidert wurde, jedoch ohne Wirkung. Eines unserer Wasserflugzeuge griff den feindlichen Flieger an, hinderte ihn, seine Beobachtungen fortzusetzen und zwang ihn zur Flucht.

Sonst nichts Neues.

Neue Freie Presse
3./I.1916

Komitee zum Schutze der Rechte der mohammedanischen Völker Rußlands.

Das derzeit in Wien weilende Komitee zum Schutze der Rechte der mohammedanischen türkisch-tatarischen Völker Rußlands erschien kürzlich beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner im Rathause, um auch ihm die Denkschrift des Komitees zu überreichen. Der Bürgermeister lud die Herren zu einem Frühstück in seine Wohnung ein, an welchem teilnahmen: der Direktor der Zeitschrift „Türk Jurdu" Jussuf Aktschura Olu, der Professor der Universität Konstantinopel Dr. Ali Hussein Zade, Redakteur der Zeitschrift „Fujuzat", der Theologieprofessor Mehemmed Essad Eselebi Zade, Mukim Eddin Bejdschan, Sekretär der türkischen Botschaft Tevfik Bey, Generalkonsul Rappaport vom Ministerium des Aeußern, weiter Magistratsdirektor Doktor Nüchtern, Magistratsrat Formanek und Kustos Doktor Böck. Dr. Weiskirchner betonte die tiefe Sympathie, welche Oesterreich dem Ottomanischen Reiche und seinem ruhmvollen Heere entgegenbringe und sprach die Hoffnung aus, daß dem Waffenbündnis der türkischen, deutschen, bulgarischen und österreichisch-ungarischen Armeen auch ein kulturelles Bündnis der vier Reiche folgen werde.

Der Führer der Deputation, Herr Jussuf Aktschura Olu, dankte in türkischer Sprache dem Bürgermeister und der Hausfrau für die Gastfreundschaft. Er und seine Kollegen seien gerührt über die Beweise herzlicher Sympathie, die sie auf ihrer Reise durch Ungarn und jetzt in Wien allenthalben gefunden haben. Entzückt von den Schönheiten Wiens, dieses alten Kulturzentrums, vereinigen sie ihre Wünsche mit denen des Bürgermeisters, daß der Krieg die verbündeten Zentralmächte in wirtschaftlicher und politischer Beziehung mit dem Orient enger knüpfen möge.

Neue Freie Presse
3./I. 1916

Begrüßungstelegramme der Sobranje an das österreichische und das ungarische Abgeordnetenhaus.

Wien, 3. Januar.

An den Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses Dr. Julius Sylvester ist aus Sofia ein Telegramm eingetroffen, in dem es heißt:

„Ihnen, Herr Präsident, und den Abgeordneten der im Reichsrate vertretenen Völker und Länder entsendet die bulgarische Sobranje am Tage ihrer Sitzungseröffnung die herzlichsten Grüße und Glückwünsche. Heute, da unsere Armee glücklich ist, Schulter an Schulter mit den tapferen verbündeten Heeren zu kämpfen, beeilen wir uns, die Freude über die Siege gegen die gemeinsamen Feinde zu teilen. Der Präsident der Sobranje: Dr. Watschew."

Die Antwort des Präsidenten Dr. Sylvester lautete:

„Dankbar und mit gleichgestimmten Herzen erwidere ich in Vertretung des Präsidiums des österreichischen Abgeordnetenhauses die Grüße und Glückwünsche der bulgarischen Sobranje. Möge die im Kampfe erprobte Freundschaft den kommenden Zeiten das Gepräge verleihen, mögen die gemeinsamen blutigen Opfer in Segen aufgehen, möge das tapfere und ruhmbedeckte bulgarische Volk einer glücklichen Zukunft entgegengehen. Dr. Sylvester, Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses."

Das Begrüßungstelegramm des Präsidenten der Sobranje Dr. Watschew war in deutscher Sprache abgefaßt.

An das ungarische Abgeordnetenhaus kam eine Depesche, in der es heißt:

„Am Tage ihres Zusammentrittes zur ordentlichen Tagung gedenkt die Sobranje mit großer Freude des Gefühles warmer Sympathie und Bewunderung, die die Seele des ungarischen Volkes bei der Verkündigung des Anschlusses Bulgariens an die zentralen Großmächte mächtig bewegten. Dieses Gefühl findet einen aufrichtigen Widerhall in der Seele des bulgarischen Volkes. Beide befreundeten Völker, die bisher durch einen hinterlistigen und niedrig gesinnten Nachbarn entzweit und entfernt worden waren, stecken sich heute mit Blut und Eisen eine gemeinsame Grenze, die für ewige Zeiten gleiche Interessen und Gefühle verbinden wird als Bürgschaft einer schönen Zukunft für beide Völker. Sofia, Präsident Dr. Watschew."

Der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, Paul v. Beöthy, antwortete dem Präsidenten der Sobranje mit einem Danktelegramm, in dem er sagte: „Die in strahlendem Glanze sich offenbarenden verwandtschaftlichen Tugenden der bulgarischen und der ungarischen Nation bieten die Gewähr dafür, daß die beiden Nationen ebenso wie in dem ruhmvoll ausgefochtenen gemeinsamen Kampf auch in den Arbeiten des Friedens als einander verstehende und achtende Nachbarn auf dem Wege des nationalen Ruhmes und der nationalen Kraft nebeneinander schreiten werden. Beöthy."

Vossische Zeitung 4./I. 1916.

Deutschlands Sieg.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Christiania**, 3. Januar.

Staatsminister Sigurd Ibsen veröffentlicht in „Tidens Tegn" Kriegsbetrachtungen, worin es u. a. heißt: Bei dem diesmaligen Jahreswechsel ist die Lage noch mehr als bei dem vorigen entschieden zugunsten der Mittelmächte verschoben. Dank ihrer Heeresleitung und den meisterhaften Operationen auf den inneren Linien sind sie trotz der zahlenmäßiger Ueberlegenheit ihrer Gegner immer die stärkeren gewesen. Ob es sich nun um eine Offensive handelte oder ob sie Truppenverschiebungen vornahmen, niemals entblößten sie ihre Fronten derartig, daß eine Gefahr für einen Durchbruch entstand. Auf diese Weise vermochten sie die Westfront zu behaupten, während sie auf dem östlichen Kriegsschauplatz die Russen aus Galizien vertrieben und sie tief in ihr eigenes Land zurückdrängten, Polen eroberten, wie sie es jetzt schließlich auch mit Serbien taten. Zusammen mit dem bereits früher besetzten Belgien und den nordfranzösischen Provinzen machen diese okkupierten Gebiete eine Fläche aus, die größer ist als das ganze Königreich Preußen. Im Gegensatz hierzu sind die Vierverbandsmächte durchweg unglücklich gewesen, Karpathen, Isonzo, Dardanellen, Mazedonien, Mesopotamien:

Soviel Namen sowie Enttäuschungen.

Stillstand der Operationen im Westen, Niederlagen im Osten, Fehlgriffe im Süden, dies ist das Ergebnis ihrer Anstrengungen im vergangenen Jahre. Peripherisch, wie die Kriegsführung der Verbündeten infolge der geographischen Verhältnisse sein mußte, litt sie außerdem unter dem offenbaren Mangel an Einheitlichkeit in den Plänen und der Leitung. Anstatt alle verfügbaren Kräfte auf den entscheidenden Schlachtfeldern zu sammeln, wandten sie sie teilweise auf sekundären Kriegstheatern an und verschwendeten sie in Unternehmungen, die entweder unzulänglich vorbereitet oder zu spät begonnen waren. Es lag nahe, auf die Leichtigkeit von Truppentransporten durch die Flotten des Vierverbandes zu spekulieren, aber die Eisenbahnen der Mittelmächte, Bulgariens und der Türkei werden doch stets schneller laufen als Englands Dampfer. Wohl unterband die britische Flotte die feindliche Handelsschiffahrt, legte deren Außenhandel lahm, aber das wesentliche Ziel dieser Absperrung, nämlich die direkte Aushungerung, muß nun als undurchführbar erkannt werden. Deutschland und Oesterreich-Ungarn besitzen genug Lebensmittel, mehr, als man vor 1914 hätte ahnen können. Und fehlen gewisse Rohstoffe, so kann diesem Mangel jetzt abgeholfen werden, da der Weg über Konstantinopel nach dem näheren Orient geöffnet ist.

Ebensowenig wie auf einen Erfolg des Aushungerungsplanes dürfen die Verbandsmächte sich auf eine finanzielle Ermattung ihrer Gegner verlassen. Ein englischer Staatsmann sagte: Die letzte Milliarde würde den Kriegsausgang entscheiden; aber diese Aeußerung fiel bei Kriegsbeginn. Jetzt dürfte er belehrt sein, daß der Zustrom von Milliarden, wenn auch nicht unbegrenzt, so doch weit größer ist, als jemand vor 1914 ahnen konnte, und daß dieser, wohlgemerkt, auf beiden Seiten besteht. Die Mittelmächte haben hier außerdem den Vorzug, daß sie fast ausschließlich ihren Bedarf an Geldmitteln durch Aufnahme von Anleihen in ihrem eigenen Lande befriedigen konnten. Ueberhaupt ist Geldüberfluß eine der meisten auffallenden Erscheinungen dieses Krieges. Er stellt gewissermaßen einen Kreislauf dar, da zum großen Teil die gleichen Milliarden immer wieder aufmarschieren. Auf diese Weise kann es lange so weiter

kriegstüchtig gemacht worden ist.

Unter diesen Umständen müssen die Verbandsmächte alle Kräfte anstrengen, wenn sie auf einen Sieg hoffen wollen, der ihnen bis jetzt verweigert ist. Vielleicht erleben wir zum Frühling eine Riesenoffensive, die gleichzeitig im Osten und im Westen begonnen wird.

Nicht vom Standpunkt willkürlicher Sympathie oder Antipathie muß der Weltkrieg beurteilt werden, sondern in vernunftmäßiger Würdigung eines höheren Standpunktes. Ich gebe zu, daß die verwickelten Verhältnisse des Konfliktes eine derartige Würdigung schwierig machen. Ohne mich als Richter aufwerfen zu wollen, möchte ich doch versuchen, einzelne Würdigungsmomente anzudeuten. In der Regel sieht man ja jene Ziele als wertvoller e die nicht einseitig nur

Vossische Zeitung 4./I. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß tritt am 7. Januar 1916 zu einer auf zwei Tage berechneten Sitzung in Berlin zusammen. In diesen Sitzungen soll, nach der Mannheimer „Volksstimme", „dem Parteiausschuß ein Situationsbericht gegeben werden. Auf Wunsch der Reichstagsfraktion wird dabei auch über die letzten Verhandlungen in der Reichstagsfraktion Bericht erstattet." Am Sonntag, den 9. Januar, tagt der Parteiausschuß vormittags 9 Uhr im Reichstag. In dieser Sitzung soll über die Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Oesterreichs verhandelt werden.

*

Als Zahlenschwindel wird in der Chemnitzer „Volksstimme" die Berechnung des „Vorwärts" bezeichnet, wonach hinter den 44 Abgeordneten der Fraktionsminderheit 1 380 950 Reichstagswähler und hinter den 66 Abgeordneten der Mehrheit nur 1 372 058 sozialdemokratische Reichstagswähler stehen sollen. Das Chemnitzer Blatt schreibt: „Es ist bekant, daß eine größere Anzahl der Kreditverweigerer und besonders der Disziplinbrecher weder ihre Organisation und noch viel weniger ihre Wähler hinter sich haben."

4./I. 1916

Der Gregorianische Kalender in der Türkei.

K. Konstantinopel, 3. Jänner. Die Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, wodurch das gegenwärtig in Geltung stehende Zeitrechnungssystem, das zu Verwirrungen Anlaß gibt, abgeändert wird. Der Gesetzentwurf nimmt für das bürgerliche Jahr den Gregorianischen Kalender mit dem 1. Jänner als Jahresbeginn an.

Das Finanzjahr wird indessen immer am 14. März beginnen. Die arabische Zeitrechnung mit dem Mondjahr wird als geistliche Zeitrechnung beibehalten.

Neue Freie Presse Abendbl. 4./I. 1916

Baron Burian über die Fortsetzung des Krieges.

Ein Telegramm Baron Burians an amerikanische Blätter.

Wien, 4. Januar.

Aus Newyork, 3. d., wird gemeldet:

Die Hearstschen Zeitungen veröffentlichen nachstehendes ihnen vom Minister des Aeußern Baron Burian zugekommene Telegramm:

„Ihnen und den von Ihnen vertretenen Zeitungen erwidere ich dankend die freundlichen Neujahrsgrüße.

In Beantwortung Ihrer an mich gerichteten Frage kann ich mich nicht in Voraussagen über den Zeitpunkt des Endes des Krieges einlassen.

Ich will aber meiner vollen Zuversicht Ausdruck geben, daß Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten den Krieg im Jahre 1916 ebenso erfolgreich wie bisher fortführen werden.

Burian."

Neues Wiener Tagblatt Abendbl.
4/I. 1916

Kriegsbetrachtungen von Sigurd Ibsen.

Christiania, 3. Jänner. Der frühere Staatsminister Sigurd Ibsen, Sohn Henrik Ibsens, schreibt in „Tidens Tegn" in einem „Kriegsbetrachtungen" überschriebenen Artikel: Beim gegenwärtigen Jahreswechsel zeigt sich noch mehr als beim vorigen das Bild der Lage entschieden zugunsten der Mittelmächte. Dank dem meisterhaften Vorgehen ihrer Heeresleitungen auf den inneren Linien sind sie trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit immer die Stärkeren gewesen, wo es eine Offensive galt, während gleichzeitig ihre Truppenverschiebungen niemals eine ihrer Fronten derart entblößten, daß eine Gefahr für einen Durchbruch entstanden wäre. Im Gegensatz hiezu waren die Verbandsmächte durchgehend erfolglos. Karpathen, Isonzo, Dardanellen, Mazedonien und Mesopotamien bedeuten ebenso viele Namen wie Enttäuschungen: Stillstand im Westen, Niederlagen im Osten, Fehlgriffe im Süden ist das Ergebnis ihrer Anstrengungen im abgelaufenen Jahre.

Wohl hat die britische Flotte die Kauffahrtei des Feindes zum Stillstand gebracht und seinen Außenhandel gelähmt, aber der wesentliche Zweck der Sperre, die unmittelbare Aushungerung, muß jetzt als undurchführbar erkannt werden. Wegen Geldmangels wird der Krieg anscheinend ebenfalls nicht enden. Geldüberfluß ist eine der auffallenden Erscheinungen des Krieges. Auch mit einer militärischen Erschöpfung der Mittelmächte ist nicht zu rechnen. Ihr Verlust an Menschen und Kriegsgerät ist unvergleichlich geringer als der der Gegner; sie besitzen noch große Vorräte. Dazu kommt, daß sie nach dem Durchbruch auf dem Balkan eine bedeutende Kraftvermehrung erhielten, die jetzt durch Verschiebungen mit Hilfe der deutschen Kriegsindustrie völlig wirksam gemacht werden kann.

Die Behauptung, daß es bei diesem Krieg die Unabhängigkeit der kleinen Staaten zu sichern gelte, verdient kein Wort der Widerlegung. Die Behandlung Griechenlands durch die Alliierten gerade jetzt, ist in dieser Hinsicht beredt genug. England redet vom Recht der kleinen Nationen, sollte aber lieber das der großen anerkennen.

Deutschlands wachsende Volkszahl und industrielle Entwicklung zwang es zu wirtschaftlicher und kolonialer Ausdehnung. Sich einer solchen zu widersetzen, war ein Versuch, die Logik der Dinge zu vergewaltigen. Aber die leitenden Männer Englands meinten, die Welt habe keinen Raum für beide Konkurrenten. Deshalb wurde die britische Regierung die Seele der Einkreisungspolitik, die schließlich zum Krieg führte. Indessen eröffnete der Krieg gerade Deutschland Aussichten, die reichere Versprechungen bergen als die Aussicht auf Kolonienerwerbung. Deutschlands inniges Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn und die Waffenbrüderschaft beider Mittelmächte mit der Türkei und Bulgarien ließen den Gedanken eines dauernden Zusammenschlusses, eines mitteleuropäischen Bundes reifen. Unwiderlegbar würde ein solches Bündnissystem alle Bedingungen für ein wirtschaftliches Selbstgenügen in sich schließen, ebenso wie es die stärkste militärische Sicherheit böte. Wird der Plan verwirklicht, so wäre es das bedeutungsvollste Ereignis des Krieges. Das Entstehen eines mitteleuropäischen Bundes als einer vierten Weltmacht neben dem britischen Reich, Rußland und den Vereinigten Staaten, würde den ersten Schritt zur Organisation der gesamten Menschheit bezeichnen.

Neue Freie Presse Abendbl. 4./I. 1916

Das türkisch-bulgarische Uebereinkommen vor der Sobranje.

Sofia, 3. Januar.

Die Agence Télégraphique Bulgare meldet:

Die Regierung hat heute dem Bureau der Sobranje das neue türkisch-bulgarische Uebereinkommen, betreffend die Berichtigung der Grenze zwischen der Türkei und Bulgarien, übermittelt.

Freie Straße und offene Tür!

Wie immer die Kriegsergebnisse ausfallen werden, einen Frieden von Dauer wird das Friedensinstrument nur bringen, wenn es jene Kriegsursachen aus der Welt zu schaffen gelingt, die für diesen Wirtschaftskrieg des Imperialismus im Westen Europas den innersten Anstoß gegeben haben. Wir haben sie jüngst an dem Beispiel der zivilen Weg- und Marktprozesse anschaulich gemacht und aufgezeigt, was ihr Kern ist: der Alleinbesitz einer Sache, die im allgemeinen Gebrauch steht; wir haben ein internationales Wege- und Märkterecht als Auskunftsmittel vorgeschlagen. In dieser Allgemeinheit scheint die Forderung jedoch bloß als Schlagwort. Wir haben nunmehr an einzelnen völkerrechtlichen Beispielen den sachlichen Inhalt und die Tragweite dieser Schlagworte nachzuweisen.

Der Streit, der zwischen Frankreich und Deutschland, auch zwischen Deutschland, Belgien und Holland seit Jahrhunderten spielt, geht im letzten Grunde um den Flußlauf und die Mündungen des Rheins. Seit Peter dem Großen strebt Rußland nach dem Besitz der Donaumündungen und nach der Wasserstraße zwischen dem Schwarzen und dem Aegäischen Meer und hinter der nationalistischen Maske des Nikolaischen Manifestes hervor schielt das Verlangen nach der Weichselmündung. Umgekehrt ist es eine nur zeitweilig vergessene Ueberlieferung aus Prinz Eugens Zeiten, daß die Donaumündungen in niemandes anderen Besitz geraten dürfen als den der mitteleuropäischen Mächte. Es geht um Wasserstraßen, die zugleich Handelswege sind.

Seit der bourgeoisen Epoche erhalten in den großen Friedensschlüssen die „internationalen Ströme" immer mehr Raum. Das sind Flußläufe, die das Gebiet mehrerer Staaten durchfließen oder trennen (also eine Sache im Gebrauch mehrerer, auch sonst ein Advokatenbraten!) und mit dem Meere in schiffbarer Verbindung stehen. Im Westfälischen Frieden (1648), der den Dreißigjährigen Krieg beendet, dringt der Grundsatz durch: Auf internationalen Strömen soll die Schiffahrt allen Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft freistehen, also den Uferstaaten und allen anderen. Der Friedensschluß, der die Napoleonischen Kriege oder besser den fünfundzwanzigjährigen europäischen Krieg beendet, die Wiener Kongreßakte, regelt in ihren Artikeln 108 bis 116 die Frage allgemein und überläßt es Vereinbarungen der Uferstaaten, daran noch besondere Abkommen zu schließen. Die Rheinschiffahrtsakte von 1831, die Elbeschiffahrtsakte vom 22. Juni 1870 ergänzen die Wiener Kongreßakte.

Rußlands Drang nach den Donaumündungen und den Dardanellen führte 1854 bis 1856 zum Krimkrieg, in dem bekanntlich Karl Marx mit großer Leidenschaft für die Westmächte und gegen Rußland Partei nahm. Der Pariser Friede vom 30. März 1856 führte zur erstmaligen gesamteuropäischen Regelung des Donauverkehrs: Eine internationale Kommission wurde eingesetzt und schuf die Donauschiffahrtsakte vom 7. November 1857, die internationale Donaukommission blieb aufrecht, neben ihr wurde eine Uferstaatenkommission eingerichtet, welche internationale Hoheitsrechte über die Einzelstaaten auszuüben berufen wurde. Der Artikel 52 des Berliner Vertrages, der den Russisch-Türkischen Krieg abschloß, erweiterte den örtlichen und sachlichen Wirkungskreis der Kommission; er erstreckte die internationale Verwaltung der Donau stromaufwärts bis zum Eisernen Tor.

Man achte wohl: In allen diesen Fällen wird der Versuch unternommen, durch internationale Gesetzgebung und Verwaltung strittige Gegenstände, deren Mitgebrauch leicht zum Kriege Anstoß geben kann oder gegeben hat, außer Streit zu stellen. Dieser Versuch verfährt so, daß der Gegenstand weder annektiert noch neutralisiert wird, sondern daß über den Einzelstaaten eine höhere, internationale Macht aufgerichtet wird, die in Streitfällen schiedsgerichtlich entscheidet. Rhein und Donau sind hier nur Beispiele, es gibt noch wichtige andere Fälle gleicher Art. Allmählich hat sich seit dem Westfälischen Frieden diese besondere Methode herausgebildet und erweitert. Nennen wir sie schlechthin die Methode der Internationalisierung der Streitgegenstände.

Der gehässige Handelsneid der jüngsten, der imperialistischen Epoche hat zu einer Verwilderung des Völkerrechtes, zu immer häufigeren und hinterhaltigeren Umgehungen und Durchbrüchen jener hoffnungverheißenden Verträge geführt; Verständigungsversuche scheiterten öfter, als sie gelangen. So unter anderem auch bezüglich der Donau: Als nach der feierlichen Eröffnung des Eisernen Tores (27. September 1896) Ungarn ein Schiffahrtsreglement für das Eiserne Tor erließ, erhoben die Weststaaten und Rußland Einspruch, ohne daß ein Ausgleich stattfand. Aehnlich auf vielen anderen Punkten der Schiffahrtsstraßen.

Ein Musterbeispiel der völkerrechtlichen Verwilderung bietet die Geschichte des Suezkanals (nicht minder die jüngste Straße, der Panamakanal). England widersetzte sich lange hartnäckig dem Kanalprojekt — es wurde durch den damals unabhängig gebietenden Khediven in Angriff genommen, von einem österreichischen Ingenieur entworfen, von dem Franzosen Lesseps zu Ende geführt. Da England die französische Verwaltung am Kanal fürchtete, erzwang es zunächst die Internationalisierung des Kanals in der Konstantinopeler Konvention vom 29. Oktober 1888. Es wird für den Leser von Interesse sein, heute im einzelnen zu lesen, wie ein solcher Versuch aussieht. Die Konvention bestimmte — sehr im Widerspruch zu den heutigen Tatsachen —:

> Der Kanal steht in Friedens- wie in Kriegszeiten jedem Handels- und jedem Kriegsschiff ohne Unterschied der Flagge offen. Die Mächte verpflichten sich, sich jeder Verletzung in Bezug auf die freie Benützung des Kanals im Kriege wie im Frieden zu enthalten. Der Kanal darf unter keinen Umständen blockiert werden (Art. 1). Die Vertragsmächte verpflichten sich, kein Kriegsrecht, keinen Akt der Feindseligkeit und keine Handlung, deren Zweck die Beschränkung der freien Fahrt im Kanal wäre, auszuüben, sei es im Kanal selbst und in seinen Eingangshäfen, sei es in dem Umkreis von drei Seemeilen, auch wenn die Türkei selbst (damals Aegyptens Oberherrin) eine der kriegführenden Mächte sein sollte ... Der Aufenthalt von Kriegsschiffen in Port Said und auf der Reede von Suez darf, den Fall der Seenot ausgenommen, vierundzwanzig Stunden nicht übersteigen. Die Kriegführenden dürfen im Kanal selbst und seinen Eingangshäfen weder Truppen, noch Munition, noch Kriegsmaterial ausschiffen. Die Mächte dürfen keine Kriegsschiffe im Kanal halten. Sie haben die Neutralität des Kanals nötigenfalls mit Waffengewalt zu verteidigen.

Man machte so den Kanal zu einer sogenannten „befriedeten Sache" und neutralisierte ihn auf einer Zone von sechs Seemeilen beiderseits. Außerdem aber internationalisierte man ihn: Man beschloß die Einsetzung einer internationalen Suezkanalkommission, welche ihm das Gesetz geben und ihn verwalten sollte — unter der Garantie aller Mächte!

Was aber geschah? England vereitelte den Zusammentritt der Kommission, kaufte vom verschuldeten Khediven die Aktienmehrheit, okkupierte mitten im Frieden Aegypten, drängte die Franzosen hinaus, befestigte Port Said und Suez. Verwilderung des Völkerrechtes! Dabei hat England sogar das Napoleonische Auskunftsmittel gebraucht, die arabischen Fellachen abstimmen zu lassen, ob sie zu England gehören wollen. Selbstverständlich ist allerdings, daß ein Raum, der für alle Völker der Erde lebensnotwendig ist, nicht unter der Verfügung seiner Ureinwohner bleiben kann, er ist international und also soll auch die Internationale der Völker über ihn verfügen! Das war geschehen, aber England zog es vor, ihn mitten im Frieden einzustecken.

Man kennt ja auch die jüngere Geschichte des Panamakanals: auch sie war, obschon lange nicht so brutal, eine Verletzung aller Grundsätze der Internationalität.

Wir führen diese Beispiele — aus vielen! — an, um zu zeigen, wie tief der kapitalistische Imperialismus, vor allem der Westmächte, das Rechtsbewußtsein der Zeit erschüttern, die Zuversicht in die Methode der Internationalität untergraben mußte, wie am Ende in den Herrschenden aller Länder nunmehr der Glaube an die alleinseligmachende Gewalt übrig bleiben mußte, und wir meinen, daß bald jedermann klar sein wird, warum Krieg ist und worum er entbrannt ist! Dabei stellen wir das Recht der Meeresstraßen vorläufig zurück.

Nicht anders wie um die Straßen steht es um die Märkte der Welt. Es ist seit alters her ein Satz des Völkerrechtes, daß jeder Staat die Pflicht zum Kommerzium habe, das heißt daß er sich dem Handel der Nachbarn nicht verschließen dürfe. Chinesische Mauern sind völkerrechtswidrig und gelten als gerechter Grund zum Kriege. Die „Handelsfreiheit" ist altes Völkerrechtsgebot und hat selbst für die Merkantilzeit Geltung gehabt. Was ist in der jüngsten imperialistischen Epoche aus ihr geworden!

Die Handelsfreiheit (Kommerzium) umfaßt drei Rechte und Pflichten. Erstens die Bewegungsfreiheit der Personen, die volle Freiheit der Aus- und Einwanderung und Ansiedlung, die Rechtsfähigkeit der Fremden und das Recht der Einbürgerung, kurz all das, was Kant die „allgemeine Hospitalität (Gastlichkeit)" der Weltbürger genannt hat. Sie wurde schon im Frieden durch tausendfache Wanderbeschränkungen eingeengt und ist jetzt im Kriege durch das von den Engländern gegen die Buren erfundene System der Konzentrationslager überall zum Hohn des alten Rechtes geworden. Zweitens das Recht der Niederlassung der Betriebe, also sowohl des Grundstückerwerbes wie der gewerblichen und industriellen Betriebführung unter gleichen Bedingungen mit den Einheimischen. Dieses Recht wird vorzüglich unter der Bezeichnung der „offenen Tür" begriffen. Und drittens das Recht der freien Ein-, Aus- und Durchfuhr der Waren, das man am besten unter der Bezeichnung „Verkehrsfreiheit" zusammenfaßt. Hospitalität, offene Tür und Verkehrsfreiheit wurden in den letzten Jahrzehnten nicht etwa erweitert, sondern mit systematischem und kleinlichstem Verdienstneid eingeschränkt. Der Besitz der politischen Macht über ein Land wurde allmählich mehr zum alleinigen Mittel, in Sicherheit arbeiten zu können — schon im Frieden! Der Krieg aber hat den Betrieb und die Ware des Fremden mehr als jemals seit den Zeiten des Mittelalters zur Freibeute gemacht und ganz unleugbar sind in dieser „Hunnenpraxis" die Westmächte vorangegangen. Fast möchte man daran verzweifeln, daß irgend eine völkerrechtliche Ordnung in diesen Dingen wiederhergestellt werden kann.

Nur um gegenständlich zu veranschaulichen, wählen wir aus den verschiedenen Beispielen eines, diesmal das markanteste aus, das uns beweisen soll, worum es sich bei dem Marktrecht und der Handelsfreiheit, dem Kommerzium des Völkerrechtes, handelt. Marokko war bis vor kurzem ein souveräner Staat, er bot allen Völkern in gleicher Weise Handelsfreiheit. Frankreichs Bourgeoisie hatte es schon lange nach diesem Bezugs- und Absatzgebiet, nach diesem Kapitalsanlagegebiet gelüstet. Sie konnte mit allen anderen Bourgeoisien in gleicher Weise konkurrieren — aber das genügte ihr nicht, sie wollte tunlichste Ausschließlichkeit; diese ist nur durch den Besitz der politischen Macht zu erreichen: Sie mußte also den Sultan im Sacke haben, mußte Sultan gegen Sultan erheben, mußte das Land okkupieren und Marokko zum Scheinstaat erniedrigen, um das Land wie eine Kolonie zu nützen. Selbstverständlich kränkt die Monopolisierung eines Marktes alle anderen Marktbesucher und Deutschland begann Einspruch zu erheben.

Die Phasen dieses Streites können hier nicht erzählt werden, genug an dem, Deutschland fügte sich am Ende der französischen Besetzung und beschränkte sich zum Schluß, als auch die Algecirasakte nicht gehalten wurde, auf das sogenannte Marokkoabkommen vom 4. November 1911. Dieses Abkommen ist wesentlich mit der moralischen Hilfe der französischen und der deutschen Sozialdemokratie zustande gekommen. Frankreich raubte zwar das Land endgiltig, aber Deutschland beruhigte sich mit dem Erfolg, für sich und für alle anderen Staaten der Welt die offene Tür gerettet zu haben. Weil in diesem Abkommen der Begriff der offenen Tür zum erstenmal genau umschrieben ist, setzen wir die entscheidenden Bestimmungen hieher.

Die französische Regierung erklärt, daß sie, entschlossen, unverbrüchlich an dem Grundsatz der Handelsfreiheit festzuhalten, keinerlei ungleichmäßige Behandlung bei der Einführung von Zöllen, Steuern und anderen Abgaben noch bei der Festsetzung der Tarife für Transporte auf Eisenbahnen, Flußschiffahrts- oder anderen Verkehrswegen, ebensowenig wie in allen Fragen des Durchgangsverkehrs zulassen wird.

Desgleichen wird sich die kaiserliche Regierung bei der marokkanischen Regierung dafür verwenden, daß jede unterschiedliche Behandlung von Angehörigen der verschiedenen Mächte vermieden wird; sie wird sich namentlich jeder Maßnahme widersetzen, die wie zum Beispiel der Erlaß administrativer Verordnungen betreffend Maß und Gewicht, Eichverfahren, Punzierung u. s. w. die Waren eines Staates in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen könnte. (Artikel 4.)

Die französische Regierung wird dafür sorgen, daß in Marokko keinerlei Ausfuhrabgaben für die aus marokkanischen Häfen ausgeführten Eisenerze erhoben werden. Eisenerzbergwerke haben weder für Förderung noch für Betriebsmittel irgend eine besondere Abgabe zu tragen. (Artikel 5.)

Die Regierung der französischen Republik verpflichtet sich, dafür zu sorgen, daß die Arbeiten und Lieferungen, die für den etwaigen Bau von Straßen, Eisenbahnen, Häfen, Telegraphenleitungen ꝛc. benötigt werden, durch die marokkanische Regierung auf dem Submissionsweg vergeben werden.

Sie verpflichtet sich ferner, dafür zu sorgen, daß die Submissionsbedingungen, besonders was die Materiallieferungen und die Fristen für die Submissionsangebote betrifft, die Angehörigen keines Staates benachteiligen.

Die Ausbeutung der obenerwähnten großen Unternehmungen bleibt dem marokkanischen Staate vorbehalten oder wird von ihm frei an Dritte übertragen ... Die französische Regierung wird dafür sorgen, daß bei dem Betrieb der Eisenbahnen und anderer Verkehrsmittel ... keinerlei unterschiedliche Behandlung der Angehörigen der verschiedenen Staaten eintritt. (Artikel 6.)

Arbeiterzeitung
4. I. 1916

III
112

Freie Straße und offene Tür!

Die französische Regierung wird bei der marokkanischen Regierung dafür sorgen, daß die Eigentümer von Bergwerken sowie von anderen industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen ohne Unterschied ihrer Staatsangehörigkeit ermächtigt werden können ... für ihren Betrieb Eisenbahnen zu bauen, die ihre Produktionszentren mit den allgemeinen Verkehrslinien und den Häfen verbinden. (Artikel 7.)

Um nach Möglichkeit diplomatische Reklamationen zu vermeiden, wird die französische Regierung bei der marokkanischen dafür eintreten, daß diese einem für jede Angelegenheit ... bestimmten Schiedsrichter unterbreitet werden ... (Artikel 9.)

Die französische Regierung wird dafür sorgen, daß die fremden Staatsangehörigen das Recht der Fischerei in den marokkanischen Gewässern auch weiterhin ausüben dürfen. (Artikel 10.) Sie wird dafür eintreten, daß die marokkanische Regierung dem auswärtigen Handel nach Maßgabe seiner Bedürfnisse neue Häfen eröffnet... (Artikel 11.)

Diese Regeln geben ein Muster für eine künftige internationale Marktordnung, sie stellen einen, leider nicht in Kraft getretenen, Versuch dar, ohne Annexion und trotz Annexion die offene Tür und die Verkehrsfreiheit zu erhalten. Sie verraten zugleich jedem Denkenden, daß weder die Formel „Annexion" noch die Formel „Nichtannexion" eine Lösung des heute obwaltenden Konflikts bringt, daß vielmehr, wenn die Handelsfreiheit nicht allgemein und nicht auf internationalem Wege gesichert werden kann, nur das Entweder — Oder, nur das Mein oder Dein übrig bleibt und daß ohne die allgemeine völkerrechtliche Garantie der offenen Tür die imperialistischen Kriegsursachen nicht aus der Welt geschafft werden können.

Man sagt uns, daß die Franzosen trotz des Londoner Abkommens die deutschen Kapitalsanlagen und den deutschen Warenverkehr durch politische Gewalt aus dem Lande gedrängt haben. Wie immer dem sein mag — die offene Tür wie die freie Straße müssen nicht nur durch internationalen Vertrag gesetzlich geregelt, sondern auch durch internationale Schiedsgerichtsbarkeit gesichert und durch eine machtvolle internationale Verwaltung verbürgt werden. Es will mich bedünken, daß diese Methode der Internationalisierung Gegenstand der besonderen Obhut des internationalen Proletariats werden müßte; es scheint mir an der Zeit, den Internationalismus der Sozialdemokratie mit positiven Einsichten zu erfüllen und zu positiven Zielen der internationalen Rechtsordnung hinzuleiten. Gerade das müßte ihre besondere Sendung sein. Sie vor allem muß der brutalen Verwilderung des Völkerrechtes mit allen ihren moralischen Machtmitteln entgegenarbeiten und wird so am wirksamsten dem künftigen Friedenswerk vorarbeiten. K. R.

Berner Bund 4./I. 1916

Französische Kundgebungen

(Von unserem Korrespondenten)

Z Paris, um die Jahreswende.

Der Senat hat wie vor ihm die Kammer das Gesetz über die Einstellung des Jahrgangs 1897 auf den 5. Januar 1916 angenommen. Das hohe Haus benützte die Gelegenheit, um dem ganzen Lande zu zeigen, daß es auch sein Wille ist, den Krieg kraftvoll fortzusetzen. Der Kriegsminister Galliéni hielt eine kurze Ansprache, aus der die folgenden charakteristischen Sätze hervorgehoben seien: „Frankreich wollte vor sechzehn Monaten den Frieden; heute will es den Krieg. (Wiederholter Beifall.) Es will ihn mit all seiner Energie, es verwendet für den Krieg alle seine Kinder und widmet ihm alle Gedanken. Und wenn in einer Werkstätte irgend ein schlecht inspiriertes Individuum das Wort Frieden in den Mund nimmt, so wird es von seinen Kameraden sofort als ein schlechter Bürger angesehen. (Sehr gut, lebhafter Beifall.) Als Galliéni geschlossen hatte, brach der sonst so ruhige und kühle Senat in minutenlangen Beifall aus und beschloß einstimmig den Maueranschlag der Rede des Kriegsministers.

Am letzten Sonntag versammelten sich die gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner im Saale des Trocadéro um den Weihnachtsbaum. Die französischen Eisenbahner hatten früher als revolutionär gegolten. Bei der Mobilmachung haben sie auf ihren Posten ausgehalten, bis sie umfielen, und ihr großes Werk ist vom ganzen Lande dankbar anerkannt worden. An ihrem diesjährigen Weihnachtsfeste sprach der Justizminister Viviani folgende Worte: „Die Anstrengung wird lang und das Opfer groß sein; aber wir werden, koste es, was es wolle, bis zum Ende, bis zum Ziele gehen. Was könnte auch ein hinkender Friede nützen? Er wäre ein Waffenstillstand zwischen zwei blutigen Perioden und unsere Großkinder würden uns immer vorwerfen, einen solchen Frieden geschlossen zu haben." Nach Viviani sprach der serbische Gesandte Vesnitsch einige Worte; schon sein Erscheinen auf der Tribüne rief eine Kundgebung von unbeschreiblicher Kraft und Herzlichkeit hervor.

Gleichzeitig sprach der ehemalige Ministerpräsident Louis Barthou, der sich um die Annahme des Dreijahrsdienstes verdient gemacht hat, vor den Gästen der elsässischen Gesellschaften in Paris: „Unsere Opfer, die Euren und die unsrigen werden nicht umsonst gebracht sein. Nie und nimmer werden wir mit der Ehre markten. Wir werden die korrumpierende Stimme und die zweideutigen Versuche der Boten des deutschen Friedens nicht hören. Uns selbst und unseren Verbündeten getreu, werden wir nur mit einem besiegten Feind verhandeln, zu unsern Bedingungen und zu unserer Stunde." Barthou hat in Thann seinen einzigen Sohn verloren.

Die erwähnten Redner haben genau angedeutet, warum sie diese Sprache hielten. Zu Recht oder zu Unrecht ist man in Frankreich der Ansicht, daß es Deutschland angenehm wäre, wenn jetzt der Friede gemacht würde und die berufenen Vertreter der leitenden Kreise wollen vor ihrem Lande und der ganzen Welt ein unzweideutiges Nein aussprechen. Es ist bekannt, wird man sagen, daß die Regierenden der Entente den Frieden nicht wollen; dennoch ist unleugbar, daß die Völker ein großes Friedensbedürfnis haben und herzlich froh wären, wenn dem blutigen Ringen ein Ende gemacht würde. Zunächst möchten wir darauf aufmerksam machen, daß in Frankreich das Gewicht der öffentlichen Meinung sehr groß ist, und daß die Regierenden sich dem Willen einer großen Mehrheit des Volkes auf die Dauer nicht widersetzen könnten. Aber will Frankreich den Frieden, will ihn sein Volk, will ihn seine Armee?

In den letzten vier Tagen und Nächten hat beinahe ohne Unterbruch der Nationalkongreß der französischen Sozialisten getagt, über dessen Vorspiel der „Bund" schon berichtet hat. Im Namen der großen Mehrheit seiner Parteigenossen hat der Deputierte Compère-Morel, der eine vorwiegend bäurische Bevölkerung vertritt, folgendes gesagt: „Unser sozialistisches Gewissen zwingt uns zu verlangen, daß der Kampf, der den Verbündeten aufgezwungen worden ist, bis zu seinem logischen Endpunkt geführt wird, also bis zur Niederlage des deutschen Militarismus. Der triumphierende Militarismus eines siegreichen Deutschlands würde im Waffenlärm zur Vorbereitung eines neuen Krieges unsern Kindern eine so prekäre Existenz bereiten, daß sie uns auf ewig verfluchen würden." Nicht alle Sozialisten sind, wie man schon aus dem Kongreß des Seinebundes gesehen hat, dieser Ansicht. Auch auf dem Landeskongreß kamen Bourderon und seine engern Gesinnungsgenossen, vorab der Großsohn von Marx, Jean Longuet, zum Wort. Auch die sozialistischen Minister sprachen. Der Ausgang dieses Rededuells ist nicht zweifelhaft. Die Zimmerwalder Richtung, die den Frieden mit Deutschland ohne jegliche Annektion, also ohne Elsaß-Lothringen möchte, ist auch im Lager der Gesinnungstüchtigen unter den französischen Sozialisten eine unbedeutende Minderheit. Leute, wie Hervé, der fast zehn Jahre in den Gefängnissen der Republik gesessen hat, wollen den Krieg bis zum äußersten; vom 1. Januar an erhält das Blatt der Hervéschen Richtung „Guerre Sociale" den Titel „La Victoire". Damit ist der Sieg allerdings nicht erfochten, indes eine Stimmung gekennzeichnet.

Und wie steht es mit der Armee? Wer immer Gelegenheit gehabt hat, sich in der Kriegszone auf französischer Seite aufzuhalten, der weiß, daß man dort erst recht nicht an Frieden denkt. Man will siegen, will die Gefallenen rächen und Vergeltung für alles üben, was Frankreich seiner Ansicht nach ungerechterweise zu erdulden hatte. Vor wenigen Tagen kam einer unserer alten Bekannten für kurze Zeit nach Paris. Er gehört einem Regimente des Ostens an und ficht seit einem Jahr den grausigsten Kampf im Priesterwäldchen. Der Mann hat Frau und Kind und ist nicht gern in den Krieg gezogen. Er sagte wörtlich: „Und jetzt kehrt unser ganzes Regiment nicht zurück, bis wir in Deutschland gewesen sind, und wenn der Oberst nicht mitkommt, so gehen wir allein."

Auch dies nur als Beitrag zur Kenntnis der Stimmung. Diese Geistesverfassung ist sicher nicht allgemein, aber ebenso sicher die überwiegende. Wenn man das ganze überblickt, so hat man den Eindruck, daß die Staatsmänner ihre Sprache nicht nur aus sich heraus führen, sondern daß sie wirklich die Gefühle der Mehrheit der bewaffneten und unbewaffneten Bevölkerung ausdrücken. Niemand und die Armee am allerwenigsten hat es nötig, gestoßen zu werden, und wenn einmal der Einfluß der französischen Staatsmänner sich Geltung verschaffen muß, so wird es eher im umgekehrten Sinne sein.

Vossische Zeitung 5./I. 1916.

Aus der Sozialdemokratie

Die Abgeordneten und ihre Wähler. Die Bezirksleitung des sozialdemokratischen Bezirks Niederrhein hat mit 10 gegen 3 Stimmen die Stellung der 44 Reichstagsabgeordneten gebilligt, die für die Ablehnung der Kriegskredite in der Fraktion eintraten: „Sie bedauert das Vorgehen der Fraktionsmehrheit, das der Minderheit die öffentliche Darlegung ihres Standpunktes unmöglich machte, ihr Redner im Plenum versagte und so zu dem selbständigen taktischen Vorgehen von 20 Mitgliedern der Minderheit führte. Die Bezirksleitung wendet sich auch gegen jeden etwaigen Versuch, die Fraktionsminderheit durch den Parteiausschuß zu disziplinieren." Eine andere vorgeschlagene Fassung, in der die Haltung der 20 ausdrücklich gebilligt wurde, die im Plenum gegen die Kriegskredite stimmten, war vorher mit 11 gegen 9 Stimmen abgelehnt worden. — Zu dem sozialdemokratischen Bezirk Niederrhein gehören sechs sozialdemokratisch vertretene Wahlkreise. Von diesen sechs Abgeordneten gehört nur Dittmann (Lennep) zu den 20, die gegen die Kriegskredite stimmten. Die übrigen fünf Scheidemann (Solingen), Ebert (Elberfeld), Haberland (Düsseldorf), König (Hagen), Spiegel (Altena) gehören zur Mehrheit der Fraktion, gegen die sich der vorstehende Tadel der Bezirksleitung richtet.

Eine sozialdemokratische Parteikonferenz für den Wahlkreis Weimar hat einstimmig das Vorgehen der 20 als einen Akt der Notwehr gebilligt und dem Parteiausschuß und der Reichstagsfraktion das Recht abgesprochen, eine Entscheidung in den vorliegenden Differenzen zu treffen. Der Wahlkreis Weimar ist im Reichstag durch den Abg. Baudert vertreten, der zwar in der sozialdemokratischen Fraktion gegen den Zehnmilliardenkredit stimmte, im Reichstag aber bei der entscheidenden Abstimmung hinausging.

Der sozialdemokratische Bezirksvorstand für das westliche Westfalen hat eine Kundgebung veröffentlicht, worin es heißt: Die Opponenten haben dem deutschen Volke keine gute Weihnachtsgabe beschert und dem Friedenswillen durch ihr Verhalten den denkbar schlechtesten Dienst geleistet. — Von den acht Wahlkreisen, die zu dem sozialdemokratischen Bezirk „westliches Westfalen" gehören, ist nur Dortmund-Hörde durch einen Sozialdemokraten vertreten und dieser — Dr. Erdmann — hat zwar in der Fraktion gegen den Zehn-Milliardenkredit gestimmt, bei der Abstimmung im Reichstag aber den Sitzungssaal verlassen.

•

Eine Mahnung des Abg. Scheidemann. Die sozialdemokratische Chemnitzer „Volksstimme" feiert in diesen Tagen ihr 25jähriges Bestehen. In einem Jubiläumsartikel mahnt Reichstagsabgeordneter Scheidemann: „In der stolzen Feste der Partei zeigt sich ein Riß. Mehr noch: schon vernehmen wir eine Stimme, die die Erweiterung des Risses fordert, weil das Parteiinteresse es so verlange! Es soll nicht mehr wahr sein, daß Einigkeit stark macht. Der Weg zur Macht soll über die Uneinigkeit, über Zersplitterung und Spaltung gehen! ... Wer unsere Parteidisziplin unterwühlt, der wühlt am Fundament der Partei selbst. Wer die Parteidisziplin antastet, der schwächt die Partei, der lähmt sie im Kampf. „Keiner von uns will das!" versichern die, die es angeht. Ach, auf das, was der Politiker erreicht, kommt es an, nicht auf das, was er gewollt hat."

Personalnachrichten. Der Kammergerichtsrat Ehm ist zum Mitglied des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte ernannt worden.

Nach längerem Leiden ist der Kammergerichtsrat Dr. Hammer in seiner hiesigen Wohnung gestorben. Er war 1888 Assessor und 1895 Amtsrichter in Charlottenburg geworden, wo er zuletzt aufsichtführender Richter für die Strafabteilungen war. 1906 kam er als Landgerichtsrat an das hiesige Landgericht I und wurde im Jahre darauf Kammergerichtsrat.

In Bad Oeynhausen ist im Alter von 85 Jahren der Gen.-Lt. Albert v. Kessel gestorben. Er hat von 1847 bis 1888 im Heeresdienst gestanden und war zuletzt Kommandeur der 26. Infanterie-Brigade in Minden. Im Feldzug von 1866 hat er sich als Hauptmann und Kompagnieführer im 18. Infanterie-Regiment den Roten Adlerorden 4. Klasse mit Schwertern und im französischen Kriege als Bataillonsführer in demselben Regiment das Eiserne Kreuz erworben.

Vossische Zeitung 5./I.1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Die Abgeordneten und ihre Wähler. Reichstagsabg. Hugo Haase teilt im „Vorwärts“ mit, „daß die Leiter der Groß-Berliner Organisation einmütig an die Reichstagsfraktion das Ersuchen gerichtet haben, gegen die Kredite zu stimmen.“ — Zur sozialdemokratischen Organisation Groß-Berlin gehören außer den 6 Berliner auch die beiden Vorortwahlkreise Teltow-Beeskow und Niederbarnim; die bis auf Berlin I sämtlich durch Sozialdemokraten im Reichstag vertreten sind. Von diesen sieben sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für Groß-Berlin haben vier: Büchner (Berlin IV), Ledebour (Berlin VI), Zubeil (Teltow) und Stadthagen (Niederbarnim) gegen, die drei anderen Richard Fischer (Berlin II), Pfannkuch (Berlin III) und Robert Schmidt (Berlin V) für den Kriegskredit am 21. Dezember gestimmt.

•

Haase gegen Heine. Der bisherige Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Haase wendet sich im „Vorwärts“ scharf gegen Angriffe, die sein Fraktionskollege Wolfgang Heine vor kurzem in der „Intern. Korresp.“ in einem auch von uns erwähnten Artikel „Der Sonderbund“ gerichtet hat. Als charakteristisch für den Ton der Erwiderung, worin von Verleumdungen, die stillschweigende Verachtung verdienen, von grober Unkenntnis und Verständnislosigkeit, gepaart mit hochmütigem Absprechen und Verdächtigen die Rede ist, sei nur die eine Behauptung des Abg. Haase erwähnt: „Ueber die Aufgabe eines Parteiführers, über Ehre und Gewissen streite ich mit einem Heine nicht, da mich von ihm eine Welt trennt.“ — Abg. Haase verdenkt es seinem Parteigenossen Heine besonders, daß dieser geschrieben hat: „Haase hatte sich gesträubt, diese Erklärung (vom 4. August 1914) zu verlesen, da er ja ein Gegner der Kreditbewilligung wäre, aber sein Sträuben hatte etwas von dem einer Jungfer gegen die Umarmung; er beteiligte sich sogar an der Beratung über die Fassung der Erklärung.“ — Haase schreibt dazu: „Das Gegenteil ist die Wahrheit.“ Er habe es trotz dringender Wünsche vieler ihm nahestehender politischer Freunde abgelehnt, der Kommission, der die Abfassung der Erklärung übertragen wurde, anzugehören, er habe ihren Verhandlungen nicht beigewohnt und sich an ihnen in keiner Weise beteiligt. Er — Haase — habe Scheidemann ersucht, als Sprecher der Fraktion im Reichstag aufzutreten, da er sich dazu außerstande fühlte. Haase schreibt:

> Ebenso weiß Heine, daß die niedrige Verdächtigung, ich hätte mich nicht ernstlich gegen die Verlesung der Erklärung gesträubt, der Wahrheit widerspricht. Ich habe sofort, nachdem die Fraktion die Bewilligung der Kredite beschlossen hatte, aus freiem Antriebe in einer privaten Unterredung den Genossen Scheidemann ersucht, als Sprecher der Fraktion im Reichstag aufzutreten, da er sich dazu außer Stande fühlte: „Scheidemann willigte ein und niemand hätte vor der Sitzung des Reichstags von dieser Unterredung etwas erfahren, wenn nicht Genosse Stolten in der Fraktionssitzung des 4. August 1914 die Frage angeregt hätte, wer die Erklärung verlesen solle. Die einfache Mitteilung über meine Verständigung mit Scheidemann rief eine mir unbegreifliche Erregung hervor. Stürmisch wurde von mir verlangt, ich müsse die Erklärung verlesen. . . .
>
> Als nach langen Erörterungen plötzlich ein Beschluß darüber herbeigeführt wurde, ob ich die Erklärung zu verlesen hätte, habe ich durch Zuruf sofort gegen eine Beschlußfassung in dieser Frage protestiert. Vergeblich; mit überwältigender Mehrheit stimmte die Fraktion entgegen meiner Auffassung dafür, daß ich als Beauftragter der Fraktion ihre Erklärung verlesen solle. Nachdem die Fraktion auseinandergegangen war, habe ich dann den Genossen Scheidemann nochmals gebeten, er möchte die Vertretung der Fraktion übernehmen. Er erwiderte mir, daß er durch den Beschluß der Fraktion als ihr Sprecher ausgeschaltet sei und deshalb meiner Bitte nicht willfahren könne. Erst jetzt entschloß ich mich, zumal, da sofort eine Besprechung mit dem Präsidenten erforderlich war, einzugreifen, um die Fraktion in einem wichtigen Moment nicht unvertreten zu lassen.“

Neues Wiener Tagblatt
5/I. 1916

Der montenegrinische Bericht.

Rom, 3. Jänner. Das montenegrinische Generalkonsulat teilt folgendes amtliches Telegramm aus Cetinje vom 1. d. mit:

Der Feind bombardiert seit drei Tagen den Lovcenberg mit starker Artillerie der Forts von Cattaro und der Kriegsschiffe. Von Raskova Gora (auf der Karte nicht auffindbar) vertrieben, vermochte der Feind, es wieder zu nehmen und befestigt es jetzt, um weitere Angriffe vorzubereiten. Bei Cherpal (auf der Karte nicht auffindbar), oberhalb Cattaro, fand ein Vorhutgefecht statt, und das Artillerieduell dauert fort. Eine starke feindliche Abteilung wurde am 29. Dezember unter großen Verlusten aus dieser Stellung zurückgeworfen. Auch nachts wird gekämpft.

Auf der Ostfront wurde eine feindliche Abteilung vernichtet. Wir machten viele Gefangene. Im Sandschak besetzten wir vier Dörfer nach eintägigem Kampf. Der Feind hatte ungeheure Verluste.

Auf der Nordfront am 30. Dezember Geschütz- und Infanteriekämpfe. Auf der Ostfront griff der Feind heftig bei Mojkovac an. In der Richtung Rozaj griffen wir in der Nähe von Vlaka (vielleicht Velika, 18 Kilometer südwestlich von Rozaj) an. Wir besetzten Vlaka (Velika) und jagten die Feinde gegen Rozaj. Eine bedeutende Aktion wird in der Richtung Rugova (13 Kilometer westlich Ipek) gemeldet. Der Feind wurde unter großen Verlusten bis Alt-Rugova gejagt. Bei Voicina Glava (auf der Karte nicht auffindbar) nahm der Feind das Dorf Vogicevic (auf der Karte nicht auffindbar) ein und kam bis Ochbina (auf der Karte nicht auffindbar). Am 31. Dezember wurde der Feind energisch zurückgeworfen.

Montenegrinischer Bericht vom 1. Jänner: Auf der Nordfront Artillerieduell. Auf der Ostfront, in der Richtung Mojkovac, Infanteriescharmützel und leichte Artillerietätigkeit. Der Feind griff unsre Stellungen bei Godnevo (auf der Karte nicht auffindbar) an. Wir warfen ihn zurück, indem wir ihm empfindliche Verluste zufügten. An andern Stellen der Front Artillerie- und Infanteriekämpfe.

Neues Wiener Tagblatt
5./I. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 3. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Rußland.

2. Jänner. Auf der Rigaer Front in der Gegend der Straße von Baldon (drei Kilometer südöstlich Versemünde) lebhaftes Gewehr- und Geschützfeuer unter Mitwirkung von deutschen Panzerautomobilen. In der Gegend Jakobstadt und in der Nähe von Podwinck (14 Kilometer südöstlich von Jakobstadt) lebhaftes Gewehr- und Geschützfeuer. In der Gegend der von Poniewiez kommenden Eisenbahn warfen die Deutschen Handgranaten mit giftigen Gasen in unsre Schützengräben. Nördlich Czartorysk griff der Feind zweimal unsre Befestigungen an, wurde aber unter großen Verlusten in seine Gräben zurückgeworfen; wir machten hiebei einen Offizier und 70 Mann zu Gefangenen. An der Strypafront zwangen unsre Truppen den Feind, sich in seine neuen befestigten Stellungen zurückzuziehen. Ein heftiger Kampf entwickelte sich nordöstlich Czernowitz, wo wir mehrere Höhen besetzten und fünfzehn Offiziere und 855 Mann gefangen nahmen sowie drei Maschinengewehre und Bombenwerfer eroberten.

3. Jänner. In der Gegend von Czartorysk und an der obern Strypa schlugen wir Versuche des Feindes, sich unsern Gräben zu nähern, unter großen Verlusten für den Feind zurück. Nordöstlich Czernowitz dauert der Kampf mit gleicher Heftigkeit an. Trotz zahlreicher feindlicher Gegenangriffe dringen wir unaufhörlich weiter vor. Die Verluste des Feindes sind sehr groß. Wir machten von neuem 16 Offiziere und 767 unverwundete Soldaten zu Gefangenen, ohne die Zahl der auf dem Schlachtfelde liegengebliebenen Verwundeten zu zählen.

Dr. Geßmann über die Kriegslage.

Gestern abends sprach in einer Massenversammlung des politischen Wählervereines Währing Dr. Geßmann über die Kriegslage, wobei er u. a. ausführte: Uns Oesterreichern brachte der Krieg manch freudige Ueberraschung. Erinnern wir uns nur an die Stärke unserer Artillerie zu Beginn des Krieges und ziehen wir einen Vergleich mit unserer heutigen artilleristischen Ausrüstung. In dieser Beziehung steht Oesterreich heute an erster Stelle. Ebenso verhält es sich mit unserem Offizierskorps. Die Feinde leiden unter arger Offiziersnot, befinden sich doch unter den gefangenen russischen Offizieren solche aus der japanischen Armee, ja selbst Analphabeten. Dem gegenüber verfügen Oesterreich und Deutschland über ein tadelloses, tüchtig geschultes Offiziersmaterial. Eine andere Ueberraschung für unsere Feinde war die Erringung des freien Weges von Berlin nach Konstantinopel und weiter nach Bagdad, womit die letzten Hoffnungen der Aushungerungspolitik unserer Gegner zunichte gemacht worden sind. In diesem Feldzuge gegen die Serben und das englisch-französische Landungskorps in Saloniki erwiesen uns die tapferen Bulgaren unschätzbare Dienste.

Unser Verhältnis zu Rumänien ist noch immer nicht vollständig geklärt, die endgiltige Entscheidung über Rumäniens Haltung dürfte jedenfalls die Lösung der Saloniki-Frage mit sich bringen.

Griechenland ist in schwieriger Lage, seine Ernährung hängt von der See ab, es ist daher begreiflich, daß Griechenland neutral bleiben will, obwohl das Königshaus sowie ein großer Teil der Bevölkerung sehr gegen die Entente gestimmt ist. Wir werden noch manche Opfer bringen und harte Zeiten durchmachen müssen, vor allem ist für uns Rußland, dieser 150 Millionen-Staat, ein gewaltiger und zäher Gegner.

Fremdenblatt
5./I. 1916

Erklärungen Talaat Beys.

K. **Konstantinopel**, 3. Jänner. (Meldung der Agence Telegraphique Milli.) Die Verhaftung des türkischen, des deutschen, des österreichisch-ungarischen und des bulgarischen Konsuls in Saloniki hat in Konstantinopel große Entrüstung hervorgerufen.

In der heutigen Sitzung der Kammer brachten einige Deputierte Interpellationen an die Regierung ein, um zu erfahren, welche Maßnahmen als Repressalien ergriffen wurden.

Minister des Innern Talaat Bey erklärte in Beantwortung der Anfragen: Unser Gesandter in Athen teilte mit, daß unser Generalkonsul in Saloniki ebenso wie der österreichisch-ungarische, der deutsche und der bulgarische Konsul über Befehl des Generals Sarrail unter der Anschuldigung verhaftet wurde, den Fliegern, welche Saloniki überflogen, Zeichen gegeben zu haben. Die kaiserliche Regierung hat durch Vermittlung des Botschafters der Vereinigten Staaten in Konstantinopel gegen diesen Akt, welcher eine flagrante Verletzung des Völkerrechtes darstellt, Einspruch erhoben. Für den Fall, daß diese rechtswidrige Handlung nicht sofort gutgemacht werden wird, ist die Regierung entschlossen, Repressalien anzuwenden, ohne, so leid es ihr tut, vor den Rücksichten auf das Völkerrecht Halt zu machen. Wir hoffen, daß diese Handlung gutgemacht werden wird. Die Rechte der hellenischen Regierung wurden durch dieses willkürliche Vorgehen, das die Athener Regierung in lebhafte Erregung versetze, in gleicher Weise verletzt. Die hellenische Presse geißelt einmütig diese Handlung. Der griechische Ministerpräsident Skudulis hat gegen das Vorgehen Sarrails Verwahrung eingelegt. Die Repressalien, zu welchen wir greifen werden, werden keinesfalls geringer sein als die der andern verbündeten Mächte. Sie können, meine Herren, überzeugt sein, daß die Regierung entschieden ihre Pflicht erfüllen wird.

Nach den Erklärungen des Ministers ergriffen einige Deputierte das Wort und erklärten, daß die Verhaftung der Konsuln ein Verbrechen und die Handlungsweise von Räubern sei und daß die Regierung unverzüglich mit Repressalien vorgehen müsse, damit die Tat nicht ungestraft bleibe selbst für den Fall, daß sie nachträglich gut gemacht würde.

Die türkische Presse erhebt in scharfen Worten Einspruch gegen die Verhaftung der Konsuln und verlangt einmütig, daß die Regierung mit strengen Repressalien vorgehe. Insbesondere „Tasvir-i-Efkiar" verlangt, daß die Regierung sofort die Verfügung treffe, daß die feindlichen Untertanen, welche trotz des Kriegszustandes in der Türkei Freiheit und volle Rechte genießen, wie sie unsere Gegner den feindlichen Untertanen nicht zuerkennen, an einem Orte Kleinasiens interniert werden.

Neues Wiener Tagblatt
5/I. 1916

Landmarschall Prinz Liechtenstein über die Lage.

Vorgestern fand in Bernatzkys Gasthaus, Währing, Schulgasse, eine zahlreich besuchte Versammlung des Christlichsozialen Arbeitervereines im 18. Bezirk statt, in der Landmarschall Prinz Alois Liechtenstein über die politische Lage und Landesausschuß Kunschak über „Krieg und Teuerung" sprachen.

Landmarschall Prinz Liechtenstein führte unter anderm aus: Im Vierverbande, in der sogenannten Entente, sind neben Frankreich und Italien, deren Kräfte ich ja gewiß nicht unterschätze, zwei Weltreiche vertreten: England und Rußland. England nimmt am Kriege teil, weil es die deutsche merkantile und industrielle Konkurrenz zurückdrängen möchte, also aus Geschäftsneid.

Die englische Regierung, deren Leiter, Asquith, Lloyd George, Churchill und Grey, halbsozialistische Fabler sind, welche nicht an die Staatskunst ihrer Vorgänger heranreichen, hat, um inneren Verlegenheiten zu entkommen, am Weltkrieg teilgenommen, bis zu einem gewissen Grad ihn angezettelt. Sie hat damit einen verhängnisvollen Fehler begangen, der dem eigenen Lande unwiederbringlichen Schaden zufügt. Aus zwei Gründen. Deutschland ist ein wirtschaftlicher Rivale des britischen Weltreiches, aber Rußland ein politischer. Blieb England neutral und unterlag Deutschland den französischen und russischen Armeen, so profitierte England durch die Schwächung und Verarmung der Deutschen. Wurde Rußland besiegt, dann wurde von England jener schwere Alpdruck genommen, den die russische Nachbarschaft auf die Nordwestgrenze Indiens seit Jahrzehnten ausübte.

Der zweite Grund ist folgender: Durch die Parteinahme zugunsten Rußlands geriet das britische Reich in einen Gegensatz zur Türkei und zum Kalifen, dem geistlichen Oberhaupte des Islams, also in Antagonie mit allen seinen bisherigen Traditionen und wohlverstandenen Interessen. Seitdem es eine orientalische Frage gibt, war es für England ein Axiom, den Bosporus und die Dardanellen gegenüber dem nordischen Kolosse gesperrt zu erhalten und sich im Mittelmeer das Uebergewicht zu bewahren. Jetzt sollte es plötzlich das Testament Peters des Großen erfüllen und Konstantinopel dem Zaren zu Füßen legen, bloß weil die russische Regierung verabsäumt hatte, sich rechtzeitig mit Artilleriemunition zu versehen. Durch diese Gefälligkeit, welche obendrein ihr Ziel verfehlte, hat sich England nicht bloß die Feindschaft und den Mißmut seiner mohammedanischen Untertanen und den heiligen Krieg zugezogen, es hat auch seine stärkste und günstigste Stellung am Suezkanal und im kürzlich erworbenen Aegypten in die schwerste Gefahr gebracht.

Das russische Weltreich hat bereits den Höhepunkt seiner Macht überschritten: die Symptome seines Niederganges sind unverkennbar. Der Wendepunkt seines Geschickes war die Niederlage im Feldzuge gegen Japan und die daran anschließende russische Revolution. Die Fortsetzung dieses Abstieges ist der Niederbruch seiner Armee im jetzigen Weltkriege trotz jahrelanger sorgfältiger Vorbereitung und enormer numerischer Ueberlegenheit. Redner schloß: Nach dem Kriege werde der ganze Weltteil Europa eine Umänderung und Erneuerung seiner Steuersysteme sich gefallen lassen müssen. Es bedarf schöpferischer Kraft, Energie und geistiger Elastizität, um die Finanzen der europäischen Staaten auf diese völlig neue Grundlage zu stellen. Hoffen wir zu Gott, daß er uns Männer senden wird, die eine Verantwortung zu tragen wissen.

Hierauf sprach Landesausschuß Kunschak über „Krieg und Teuerung". Redner kam auch auf die neue Mehlverordnung zu sprechen und richtete insbesondere an den Minister des Innern Prinzen zu Hohenlohe den Appell, die Verhältnisse, die durch die neue Verordnung geschaffen worden seien, nochmals zu überprüfen.

Worte der Vernunft.

Die Rede Lord Courtneys.

Die Rede, die der berühmte Völkerrechtslehrer Lord Courtney von Penwith seinerzeit im englischen Oberhause gehalten hat, ist damals nur in einem kurzen Auszug gemeldet worden. Es ist aber eine Rede, die Vernunft und Menschlichkeit gleichermaßen atmet und die es wohl verdient, aufmerksam gelesen zu werden. Der Lord hat sie der „Internationalen Rundschau" in Zürich als Zeichen seiner Sympathie für ihre auf die Völkerverständigung gerichteten Bestrebungen zur Verfügung gestellt, und wir geben sie nach der wortgetreuen deutschen Uebersetzung, die das letzte Heft bringt, hier wieder.

Mylords! Der edle Graf, der vor mir gesprochen hat, meinte, daß man in diesen Tagen gewisse Dinge nicht äußern könne, ohne den Strick um den Hals zu fühlen. So wie er erklärt, sich aus dieser ihm nicht ungewohnten Situation nicht viel zu machen, geht es auch mir. Auch mir ist es nichts Neues, mit meiner Meinung mehr oder weniger allein zu stehen, und eine gewisse Art von Angriffen, denen er seine Verachtung ausdrückt, läßt auch mich gleichgiltig. Und doch empfinde ich es stark, daß ich niemals so völlig allein war wie heute, denn was ich zu sagen habe, wurde vor mir hier von niemandem gesagt, und ich weiß nicht, ob ich auch nur bei einem einzigen von den Anwesenden offene Zustimmung finden werde. Und doch will ich gar nichts äußern, was als Angriff oder auch nur als Herabsetzung der Regierung gedeutet werden könnte, und ich werde bestreht sein, keine Frage zu stellen, keinen Tadel anzubringen, keine Erklärung zu fordern, welche sie in Verlegenheit setzen könnte.

Ich möchte dem hohen Hause wo möglich eine einfache Darstellung der Tatsachen geben, wie ich sie sehe. Zunächst möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf eine Feststellung des Ministerpräsidenten lenken, in der er sagte, daß an der Westfront die Deutschen nach sieben Monaten im ganzen, seiner Ueberzeugung nach, nicht einen Fußbreit vorgerückt seien. Die Tragweite dieser Feststellung ist, wie mir scheint, nicht ganz erfaßt worden. Die Deutschen sind keinen Fuß vorgerückt! Aber können wir sagen, daß wir vorgerückt sind? Können wir sagen, daß sie zurückgewichen sind? Im ganzen genommen, der Ministerpräsident sagte es uns, sind wir dort geblieben, wo wir vor sieben Monaten standen. Es hat nicht an Versuchen gefehlt — an kühnen, energischen, planvoll vorbereiteten Versuchen —, diese Linien zu durchbrechen, und zuerst, als wir darüber hörten, konnten wir noch glauben, daß ein gewisser Erfolg mit dem Durchbrechen der feindlichen Linie gewonnen sei; dann aber, am nächsten Tage, stellte es sich heraus, daß nicht alles in unseren Händen war, was wir erhofft hatten, und daß anderes erst wiedergewonnen werden mußte. Jeden Tag wurde das Bild unseres Fortschrittes undeutlicher in seinen Umrissen und schließlich standen wir wieder an demselben Fleck wie vor diesem furchtbaren Aufwand an Menschen und Gütern. Nach sieben Monaten sind wir wieder, wo wir waren.

Es ist im Verlauf dieser Debatte vielfach Kritik an der Regierung geübt worden wegen Mangels an Voraussicht, wegen einer vielleicht in Mißachtung des militärischen Rates oder gegen die Vorschläge der Sachverständigen eingeleiteten Aktion u. s. w. Ich lege geringen Wert auf diese Kritik. An den Tatsachen, so wie sie mir erscheinen, hätte es wenig geändert, wenn einzelne Fehler, die angeblich begangen worden sind, unterblieben wären. Unsere Stellung im Westen — wir müssen es uns ehrlich eingestehen, unsere Feinde wissen es und einige unter uns geben es offen zu — ist die: Wir haben nicht gesiegt und wir wurden nicht besiegt. Zwei große Schlachtlinien sind gegeneinander aufgezogen und wahrscheinlich kann man mit Recht von beiden sagen, daß sie ebenso unbesiegt wie unbesiegbar sind. Soviel ich sehen kann, ist das die Lage im Westen; sie fordert auf, uns über andere Punkte ebenso klar zu werden.

Es ist wohl möglich, daß die Erkenntnis der stabilen Westfront die wirkliche Ursache des Dardanellenunternehmens war. Man hat vielleicht an eine Ablenkung geglaubt, die die Bedeutung des Kampfes an der Westfront vermindert hätte. Und abermals, was haben wir dabei gewonnen? Nach den Worten des Ministerpräsidenten war der erste Angriff bei den Dardanellen eine ernste Enttäuschung, die durch den zweiten nur gesteigert wurde. Tatsächlich stößt man an den Dardanellen wie im Westen auf unüberwindliche Hindernisse. Es mögen auch Kämpfe unternommen worden sein trotz zögernder Abneigung von Seite des obersten Marinebefehls; dies bekräftigt nur die Behauptung, die ich aufs eindringlichste vorbringen möchte. Meiner Meinung nach stehen wir bei den Dardanellen wie im Westen vor einem unmöglichen Unternehmen, was Sie sich klarmachen müssen. Was ich überdies noch besorge, ist, daß sich hinter den Mitteilungen vielleicht noch eine andere militärische Tatsache versteckt, die zu derselben Schlußfolgerung führt. Wäre dies alles, was die Erfahrung in diesem Kriege gelehrt hat, so könnte es uns noch dazu bringen, haltzumachen. Zur See ist die Lage freilich eine andere; aber auch sie weist schließlich auf dieselbe Tatsache hin, daß nämlich schon seit längerer Zeit keine Veränderung mehr stattgefunden hat und allem Anschein nach auch keine Veränderung in Aussicht steht. Wir haben die Herrschaft über das offene Meer, aber wir können weiter nichts ausrichten. Wir können die deutsche Flotte nicht zum Kampfe zwingen. Auch da finden wir dieselbe Stockung, dieselbe Unbeweglichkeit wie in der militärischen Lage der Landarmeen.

Und ich muß die Aufmerksamkeit des hohen Hauses nicht bloß auf die Lage der Armeen und Flotten lenken. Als vor einigen Jahren Sir Edward Grey uns ein nur zu trauriges Bild der Zukunft und ihrer Möglichkeiten entwarf, da sprach er von dem Blutbad des Armageddon, in welchem die Zivilisation Europas untergehen könnte. Diese düstere Voraussage ist fast schon zur Wirklichkeit geworden. Ob wir nun in unsere Heimat oder ins Ausland sehen, unsere alte Kultur, die wir nun schon durch eine so lange Reihe von Generationen mühsam aufgebaut haben, ist nicht erst in Gefahr, nein, sie ist schon untergraben und teilweise sogar zerstört. Wohin sind unsere vielgerühmten Garantien der persönlichen Freiheit gekommen? Die Freiheit, zu sprechen, die Freiheit, zu schreiben, ja fast die Freiheit, zu denken, wird uns genommen. Wie stolz waren wir auf das alte Vorrecht jedes Briten, nur von Geschwornen gerichtet zu werden! Und heute erfolgt die Untersuchung der furchtbarsten Anklagen und die Verurteilung zu den härtesten Strafen durch Einzelrichter in geheimem Verfahren, ja selbst, ohne daß die Oeffentlichkeit den Charakter des zur Last gelegten Verbrechens erführe. Unser angestammtes englisches Recht hat diese schrecklichen Verwüstungen erlitten; und nun erst das öffentliche Recht Europas, das Völkerrecht, das in der Vergangenheit so langsam aufgebaut worden ist, haben wir Schritt für Schritt zurückweichen gesehen. Die Londoner Deklaration war noch nicht ratifiziert worden, wir durften sie also beiseite schieben. Aber dabei gehen wir noch hinter den Punkt zurück, von dem aus wir eben vorrücken wollten. Und die Londoner Deklaration ist keineswegs die einzige, die beseitigt wurde, auch die Pariser Deklaration ist ausgelöscht. Das öffentliche internationale Recht ist, wie unser besonderes Landrecht, im Laufe dieses Krieges in die größte Gefahr gebracht, vielleicht selbst unheilbar verletzt worden.

Noch für eine andere Sache möchte ich Eure Lordschaften um geneigtes Gehör bitten. Seit einem halben Jahrhundert hat man sich rastlos bemüht, und mit Erfolg bemüht, den Wohlstand unseres Volkes zu heben und seinen Lebensfuß zu verbessern. Wir konnten die Kinderarbeit beseitigen, wir konnten die Frauenarbeit in den Bergwerken und in bedeutendem Maße selbst auf den Feldern abschaffen. Wir konnten die Arbeitsstunden der Männer einschränken; wir haben bessere Erziehung, reichere Muße, höhere Kultur erzielen können. Alle diese Errungenschaften haben nun schwere Einbuße erlitten. Die Frauen sind wieder in die Arbeit eingestellt, die Erziehung ist eingeschränkt worden; dagegen hat die Nachfrage nach Kinderarbeit die bisherigen Schranken überwunden. Unsere Arbeiter werden, auch außerhalb der Munitionserzeugung, aufs äußerste angespannt, und ihre Freiheit, nach eigener Wahl zu handeln, ist in Fesseln gelegt worden, welche für gewöhnlich unbemerkt bleiben, aber nichtsdestoweniger höchst bedenklich und nur zu wirksam sind.

Ich will nicht davon sprechen, wie viele von unseren jungen Männern dem Kriege zum Opfer gefallen sind, auch nicht von den Anforderungen, die er an unsere Finanzen stellt. Es wird an Gelegenheiten nicht fehlen, von denen das Haus der Lords auch Gebrauch machen wird, die Aufmerksamkeit der Nation auf unsere Finanzlage zu lenken. Ich wünsche nur, Ihnen die Folgerung nahezulegen, daß einerseits der ganze Krieg an einem toten Punkt angelangt ist, bei einem Gleichgewicht der Kräfte, und daß er andererseits die Wirkung gehabt hat, unser ganzes Kulturniveau herabzudrücken, die Garantien der Freiheit zu beseitigen, das Vertrauen in Recht und Gesetz zu erschüttern und neutrale geradeso gut wie kriegführende Völker in eine gefährliche Lage zu bringen. Wenn dem so ist, so kann man sicherlich nicht überrascht sein, wenn die Frage aufgeworfen wird: Ist denn gar keine Rettung möglich aus diesem Verderben, in welches wir immer tiefer hinabgleiten? Müssen wir zuschauen, wie sich das Kriegstheater immer weiter ausdehnt? Gibt es keine andere Wahl? Einige behaupten, und ich kann mich sehr wohl in die Ueberzeugung jener hineindenken, welche mit aller Festigkeit meinen, daß es keine Mittel geben kann, diese verhängnisvolle Bewegung aufzuhalten. Sie stellen die Frage so: Dürfen wir auch nur eine einzige Anstrengung vernachlässigen, solange die Gefahr für uns besteht, unter die Herrschaft eines anderen Staates gebracht zu werden? Wäre unsere Lage wirklich dieses Entweder — Oder, so würde ich es nicht wagen, heute das Wort zu ergreifen. Ich würde mich schweigend der Notwendigkeit beugen. Oder ich würde ausdrücklich anerkennen, daß nichts zu machen ist. Wir müssen frei sein oder sterben, davon bin ich so fest überzeugt wie nur irgend ein Mitglied dieses hohen Hauses. Die bloße Vorstellung, daß die Verwaltung dieses Landes irgend einer fremden Staatsgewalt untergeordnet sein könnte, ist für mich gar nicht auszudenken und unmöglich auch nur in Betracht zu ziehen. Gäbe es also keine andere Wahl als Krieg oder Unterwerfung, so würde ich sagen: Kämpfen wir weiter! Kämpfen wir, und wenn wir unsere Kraft erschöpfen, wenn wir die Manneskraft von ganz Europa austilgen müßten.

Aber die Frage ist, **ob es denn wirklich keine andere Wahl gibt als einen Kampf ohne Ende.** Ich glaube, es gibt eine. Gewiß, die Leidenschaft für nationale Unabhängigkeit ist ruhmvoll und jedes Opfers wert. Ich erkenne alle ihre Rechte an. Doch muß, wenn die Zivilisation fortdauern soll, diese Leidenschaft für die Unabhängigkeit der Nation mit der Möglichkeit internationaler Freundschaft versöhnt werden. Und wenn nicht dieser Krieg letzten Endes zu internationalen Freundschaften führt, die mit der nationalen Unabhängigkeit wohl zu vereinigen sind, ja selbst durch diese gestützt werden, so haben Sie nichts vor sich als eine Reihe von Kriegen, Haß auf Haß und Mord auf Mord — ein Ausblick, vor welchem Sie mit Recht zurückschaudern. Ist es wirklich nicht möglich, daß diese Versöhnung stattfinde, daß die beiden Grundtatsachen der nationalen Unabhängigkeit und der internationalen Freundschaft gewissermaßen ineinander verwebt werden? Das Tragischeste an der Sache ist, daß genau dasselbe, was wir glauben und behaupten, auch in Deutschland geglaubt und behauptet wird, mit derselben Aufrichtigkeit und Ueberzeugung wie hier. Gerade das ist unverzeihlich, werden Sie sagen, und ich gebe zu, daß es uns sehr schwer wird, bei unseren Gegnern genügenden Grund zu diesem Glauben zu und dieser Ueberzeugung zu finden. Ebenso schwer aber finden es viele Deutsche, sich auch nur vorzustellen, daß wir wirklich an die Möglichkeit des Schreckbildes glauben, gegen welches wir ankämpfen. Wenn nun dies ein gemeinsamer Irrtum auf beiden Seiten ist, so werde ich wieder zu der Schlußfolgerung gedrängt, **daß es irgend einen Weg aus der Sackgasse geben muß, in die wir geraten sind.** Ich verlange nicht, daß uns die Regierung jetzt gleich diesen Ausweg zeigen möge; aber zeigen wir uns wenigstens bereit, irgend eine Anregung entgegenkommend aufzunehmen, die uns etwa geboten werden könnte, um uns von diesem Alpdruck zu befreien. Ich wiederhole ja nur, was der Premierminister selbst vor wenigen Wochen im Dubliner Rathause von der Notwendigkeit internationaler Freundschaft gesagt hat. Er hat wohl nicht gerade dieses Wort gebraucht. Er sprach damals von einer Familie der Nationen, welche an Stelle der feindlichen Bündnisse treten solle, die sich gegenwärtig bekriegen. Und auch später noch hat der Premierminister Aehnliches in diesem Hause ausgeführt.

Es wäre töricht von mir, bestimmte Bedingungen für diese Versöhnung zu formulieren. Ich stelle keine Frage. Ich fordere nicht, daß irgend jemand eine Erklärung abgebe. Ich möchte indessen meinerseits zwei oder drei Dinge berühren, welche mir für die Möglichkeit eines endgiltigen Friedens entscheidend zu sein scheinen. Es kann sehr gut geschehen, daß ich morgen in mehr als einer Zeitung als Deutschenfreund gebrandmarkt werde; was liegt daran? Aber ein Ding möchte ich jedenfalls mit Nachdruck und mit der vollsten Ueberzeugung, im Rechte zu sein, aussprechen, nämlich: daß eine notwendige Forderung des Friedensschlusses, wann immer es dazukommen sollte, die Befreiung Belgiens und Nordfrankreichs sein wird. Wo nicht, müssen wir kämpfen und immer weiterkämpfen. Das ist eine unerläßliche Bedingung, und es ist gut, wenn dies herausgesagt wird gerade von denen, welche sich bemühen, einen Ausweg aus dem jetzigen Dilemma zu ermöglichen. Und noch etwas glaube ich unbedenklich behaupten zu können. Es gibt in Deutschland einen weitverbreiteten und tiefwurzelnden Glauben, daß die Kriegskosten Deutschlands durch eine Kriegsentschädigung gedeckt werden sollen, die unserem Lande auferlegen wäre. Es ist daher gut, daß das festgestellt werde, was ich nun zu sagen habe: Es gibt nicht einen Engländer, welcher auch nur im Traume sich's einfallen ließe, zu gestatten, daß irgend eine Kriegsentschädigung diesem Lande auferlegt werde. Das sind zwei Punkte, welche vollkommen klargestellt werden müssen.

Und noch eines möchte ich dem hohen Hause nahelegen. Seit Kriegsbeginn war viel die Rede von der „Freiheit der Meere", ein Schlagwort, das oft angewendet, aber nicht immer vollkommen verstanden wird. Es ist noch nicht lange her, daß Sir Edward Grey in einem sehr ernsten und wohlüberlegten Schriftstück erklärte, dies sei ein Gegenstand, über den nach Friedensschluß sehr wohl verhandelt werden könnte. Ich gehe noch weiter und wage zu behaupten, daß dieser Gegenstand wahrscheinlich schon bei Verhandlung des Friedens wird berücksichtigt werden müssen. Sehen Sie nur einmal, in welcher Lage sich Deutschland bezüglich des Meeres befindet. Deutschlands Handel ist ein großer und nicht unwürdiger Nebenbuhler des unsrigen, aber das Ergebnis des jetzigen Krieges hat uns bestätigt, was die Deutschen immer und immer wieder behauptet haben: Der deutsche Handel existiert auf Duldung, und bloße Duldung ist etwas was sich eine große und hochsinnige Nation nicht leicht gefallen läßt. Es sollte also Garantien für Deutschlands wie für allen Handel geben, Garantien, welche auch die Rechte der Kriegführenden ebenso wie jene der Neutralen schützen. Und das ist ein dritter Punkt, über den unsere Nation ernstlich nachdenken sollte.

Arbeiterzeitung 5./I. 1916

III

122

Worte der Vernunft.

Mylords, ich habe mich bemüht, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß, so groß und herrlich die Sache der nationalen Unabhängigkeit ist, es noch eine andere Sache gibt, die mit ihr in Einklang gebracht werden muß. Ich rufe, als Stütze meiner Behauptung, eine Zeugin an, der Sie gewiß respektvoll lauschen werden. Wir sind in den letzten Tagen tiefergriffen worden durch die Geschichte einer Frau, welche zu der langen Liste edler Engländerinnen einen neuen Namen hinzugefügt hat, Edith Cavell, deren Leben Dienen und Aufopferung bedeutete. Sie hat das Gesetz gebrochen und ist der Strafe verfallen und ein harter und beschränkter deutscher Gouverneur bestand auf dem buchstäblichen Strafvollzug. Uebrigens habe ich bemerkt, daß dieser Gouverneur in aller Stille von seinem Posten entfernt worden ist, und insofern ist, denke ich, die Bemerkung eines Redners gerechtfertigt worden, daß es auch in Deutschland viele geben müsse, welche unser Entsetzen über diese Hinrichtung teilen, viele, welche diesen Richterspruch verurteilen. Die geräuschlose Entfernung dieses Gouverneurs von seinem Posten scheint mir eine stillschweigende, aber beredte amtliche Verurteilung seines Vorgehens in Deutschland selbst zu bedeuten. Genug, der Mann bestand auf der vollen Strafe des Gesetzes. Und was war Miß Cavells Haltung, als sie dem Strafvollzug entgegenging? Sie hatte schon geraume Zeit im Gefängnis verbracht. In dieser stillen Einsamkeit formte ihr Geist große Gedanken. Ist es erstaunlich, daß in dieser Lage ihr die Wahrheit offenbar wurde, unverhüllt durch den Schein, der uns alle täuscht? Wie dem auch sei, die Zeit erfüllte sich, ihre Stunden waren gezählt: sie wußte es genau. Und endlich waren es nur noch Minuten und die Zahl ward klein und kleiner. Und was sagte sie in jenen bangen Augenblicken? Ihre letzten Worte lauten: „Stehend vor Gott und Ewigkeit, sehe ich eines klar. Es genügt nicht, daß ich mein Vaterland liebe; ich muß auch frei sein von Haß und Bitterkeit."

Diese Worte sind Edith Cavells wahres Testament. Ich für meinen Teil möchte sie gern annehmen und mir zu eigen machen. Ich bitte inständigst Eure Lordschaften, diese Worte aufzunehmen, wie sie gesprochen wurden, mit all dem innigen Fühlen, mit dem Reichtum und der Einfachheit dieser edlen Seele. Wie sie möge jeder sich sagen: Es genügt nicht, daß ich mein Vaterland liebe; ich muß auch frei sein von Haß und Bitterkeit!

Kölnische Zeitung 6./1. 1916.

Vor der Aussprache in der Sozialdemokratie.

(T) **Berlin**, 6. Jan. (Telegr.)

Die Krisis in der Sozialdemokratie hat, wie gemeldet, dazu geführt, den Parteiausschuß für die nächsten Tage zusammenzuberufen. Diese Beratungen werden insofern den in der Kriegszeit unmöglichen Parteitag ersetzen, als an ihnen alle Partei- und Gewerkschaftsinstanzen beteiligt sind. Es ist verständlich, daß die radikale Minderheit einige Sorge hat, daß nicht nur ihre Verantwortung gegenüber der Partei, sondern auch ihre Verantwortung gegenüber dem Vaterlande und die gar nicht zu ermessende schwere Schuld an einer etwaigen Verlängerung des Krieges und Vergrößerung unserer Opfer ins Licht gerückt und ihnen die ganze Wucht dieser Verantwortung aufgebürdet werde. Die Wortführer dieser Minderheit in den täglichen Auseinandersetzungen in der Presse und namentlich im Vorwärts, der in diesem Fall nicht mehr als das Zentralorgan der Partei anzusehen ist, sind deshalb bemüht, einerseits schon vorbeugend die Befugnisse dieses Parteiausschusses möglichst herabzumindern, anderseits jene Hauptfragen in den Hintergrund treten zu lassen und Einfluß auf die Beratungen zu nehmen. Die nichtsozialdemokratische Öffentlichkeit kann den Ausgang des Ringens, soweit es sich um die Möglichkeiten von Umbildungen in der Parteistruktur der Sozialdemokratie handelt, bis Entscheidungen gefallen sind, zunächst abwarten und sich darauf beschränken, die wesentlichern Kundgebungen vor der Aussprache zu verzeichnen. So wird heute im Vorwärts in einer langen Betrachtung über Parteispaltung der Versuch gemacht, den Boden für die Saat der Radikalen zu bereiten. Das Blatt bestreitet, so schwer es ihm angesichts der unlängst geschehenen Äußerung des radikalen Sachsen Rühle fällt, daß die Minderheit eine Parteispaltung wolle, es handle sich lediglich um den Kampf um die Richtung, die die eine oder andere Seite der Partei geben, um das geistige und politische Gepräge, das sie ihr aufdrücken möchte. Das sei nun zwar ein Kampf um die Beherrschung der Geister, von der allergrößten Bedeutung für die Zukunft der Partei und das Schicksal der Arbeiterklasse, ein Kampf, der alle Schichten der Partei aufs leidenschaftlichste erfassen und zur Stellungnahme zwingen müsse, aber es gehe dabei doch nicht darum, den einheitlichen Rahmen der Partei zu sprengen und eine Spaltung hervorgerufen. Um die Festlegung ihrer politischen Richtlinien werde die Partei nicht herumkommen. Der Kampf werde sich durch Jahre hindurchziehen und manche Änderung bringen. Ein so ungeheures welthistorisches Ereignis wie dieser Krieg werde nicht spurlos an den Dingen vorübergehen. Die Rechte der Partei glaube, daß diese Änderungen sich bereits vollzogen hätten und nur in den Normalzustand des Parteilebens hinüberzuretten seien. Die Linke sei zwar auch der Überzeugung, daß künftig die sozialdemokratische Praxis mit den sozialdemokratischen Grundsätzen in bessern Einklang gebracht werden müsse, aber nicht auf Kosten der bisherigen Grundsätze der Sozialdemokratie. Diese Auseinandersetzung sei es, die der Partei harre. Scheinbar in ruhigem Tone, aber in Wirklichkeit mit den sachlich schärfsten Anklagen und Unterstellungen wird dann der Mehrheit jegliche Einsicht abgesprochen und ihr ein verdammenswertes Treiben vorgehalten. Es heißt da:

Wenn also derjenige Teil der Parteiführer, der sich — dank der Gunst von Gewalten, deren Bundesgenossenschaft die Partei sonst mit Entschiedenheit ablehnte — heute freier zu bewegen vermag, diese Situation des Augenblicks dazu mißbraucht, um den andern, in seiner Bewegung unfreiern Teil mit aller Rücksichtslosigkeit und selbst den bedenklichsten Mitteln anzugreifen und zu bekämpfen, so darf er sich nicht wundern, wenn er schließlich einmal Sturm erntet, wo er so beharrlich Wind gesät hat. Nur soll er dann ja nicht mehr von Störung des Parteifriedens und Parteiverderbern zu reden wagen. Was der Partei nach der Krise der letzten Jahre, der Erschütterung ihrer ganzen Auffassung und der tiefen Zerrissenheit und Gegensätzlichkeit ihrer führenden Kreise nottut, ist vor allem innere Klärung. Gründliche, tiefschürfende Aussprache ist dem notwendigen Prozeß der Klärung nur dienlich. Schädlich nur sind alle Methoden der Vergewaltigung und persönliches, kleingehässiges Gezänk. Nicht „neuorientieren“ wird sich die Sozialdemokratie nach der rasch angeflogenen Tagesweisheit der Umlerner, sondern noch sicherer auf dem soliden Boden der langen geschichtlichen Erfahrung und der neubestätigten marxistischen Theorien stellen.

Die Mahnung zur Sachlichkeit wird vielleicht auch um deswillen in ihrer Wirkung Einbuße haben, weil sie an derselben Stelle erscheint, an der gestern der Parteivorsitzende Haase eine mit ehrenrührigen Beschimpfungen gespickte Erklärung gegen seinen Genossen Heine losgelassen hatte, die in der Versicherung gipfelte, daß ihn, den Führer Haase, von den Anschauungen seines Parteigenossen eine Welt trenne. Es handelte sich um Mitteilungen über doppelzüngiges Verhalten Haases seit dem 4. August 1914. Haase erklärte diese Ausführungen für Infamien. Heute wird aber an einer andern Stelle des Vorwärts eine von allen Mitgliedern des Fraktionsvorstandes unterzeichnete Erklärung veröffentlicht, die Haase unrecht gibt. Dieser versucht in einer Zusatznote den Widerspruch auf ein Mißverständnis zurückzuführen.

Fremdenblatt
6. I. 1916

Die Verhandlungen über den rumänisch-russischen Transitverkehr.

Budapest, 5. Jänner. (Tel. d. „Fremden-Blatt".)
„A Nap" meldet aus Bukarest: Die russische Regierung hat im Wege des Petersburger Gesandten die rumänische Regierung verständigt, daß Rußland den letzten russisch-rumänischen Vertrag nicht einhalten könne, da der Hafen von Archangelsk zugefroren ist und die Verbindung zwischen Rußland und seinen Alliierten unterbrochen ist. Dieses neue Unglück Rußlands berührt Rumänien sehr nahe, das mit Rußland eine Einigung gesucht hatte und auch in der Weise gefunden hat, daß Rumänien statt Bulgarien und den Zentralmächten Rußland seine Lieferungen übertragen wird. Jetzt ist Rumänien doch gezwungen, aus Griechenland über Bulgarien einen Verkehrsweg zu suchen. Der rumänischen Regierung aber hat die bulgarische Regierung geantwortet, sie wäre zwar geneigt, Rumänien beim Transitverkehr zur Verfügung zu stehen, könne aber aus Saloniki die Waren nicht erhalten, da dort die Franzosen und Engländer Herren des Hafens seien und die Bulgaren nicht nach Saloniki gelangen können. Da es nicht gelungen ist, mit Bulgarien zu einem Ergebnis zu kommen, wurde rumänischerseits der englische Gesandte Barklay ersucht, etwas für Rumänien zu unternehmen, aber auch das hatte keinen Erfolg. England rechnet nämlich damit, daß Rumänien in der Furcht, gewisse Bedürfnisse nicht decken zu können, sich doch zu einem entscheidenden Schritt gegen die Zentralmächte bestimmen lassen wird.

* * *

Im Artikel „Zur Erhöhung der Mehlpreise" unseres Blattes vom 5. d. M. soll es am Schlusse (in der drittletzten Zeile) heißen: „Die Spesen und der Mahllohn im Betrage von zusammen 4 Kronen 66 Heller" (Von dieser Summe treffen auf den Mahllohn: beim Weizen 3 Kronen und beim Roggen 2 Kronen 70 Heller.)

Neues Wiener Tagblatt
6./I. 1916

Die Blockade gegen Deutschland.

London, 4. Jänner. Ein Weißpapier des Auswärtigen Amtes enthält eine lange, motivierte Erklärung über die Maßregeln, welche ergriffen wurden, um den Seehandel des Deutschen Reiches abzuschneiden. Es wird darin betont, daß alles mögliche getan wurde, um den Neutralen Unannehmlichkeiten zu ersparen. Das Weißpapier gibt einen Ueberblick über die Erfolge der britischen Politik. Volle Informationen seien nicht zu bekommen, aber der Ausfuhrhandel Deutschlands sei so ziemlich zerstört. Was die Einfuhr betreffe, glaube man, daß einige der wichtigsten Artikel, wie Baumwolle, Wolle und Gummi, seit vielen Monaten aus Deutschland ausgeschlossen seien; andre, wie Oele und Milchprodukte, seien, wenn überhaupt, nur zu Hungerpreisen zu haben. Die britische Blockade könne nicht verhindern, daß einige Artikel Deutschland erreichten, aber sie sei bis zu einem Grad von Erfolg gekrönt, der von berufener Seite hier und in Deutschland früher für unmöglich gehalten worden sei. Die Wirksamkeit der Blockade steige täglich. Man müsse hinzufügen, daß diese Erfolge ohne ernstliche Reibungen mit neutralen Regierungen erzielt worden seien. Es seien gute Gründe vorhanden, auf die Wichtigkeit des Wohlwollens der Neutralen für Großbritannien nicht näher einzugehen, aber jeder, der die bureaukratische, militärische und kommerzielle Lage der verschiedenen Länder in Betracht ziehe, werde sicherlich den Wert dieser Erwägung nicht unterschätzen.

Das Weißpapier faßt die Lage folgendermaßen zusammen: Erstens sei Deutschlands überseeische Ausfuhr fast ganz lahmgelegt. Ausnahmen seien in den Fällen gemacht worden, wo die Anweisung, die Ausfuhr von Gütern nicht zu gestatten, den Neutralen schadete, ohne Deutschland Schaden zuzufügen.

Zweitens würden alle Güterfrachten nach den neutralen Ländern, die an Deutschland grenzen, sorgsam untersucht, um Güter, die für den Feind bestimmt seien, zu entdecken. Wo Grund für die Annahme vorhanden sei, daß eine einzige solche Bestimmung vorliege, würden die Güter vor das Prisengericht gebracht; in zweifelhaften Fällen würden sie zurückgehalten, bis genügende Garantien gegeben seien.

Drittens würden auf Grund der bestehenden Abkommen mit kaufmännischen Körperschaften in den verschiedenen neutralen Ländern, die an Deutschland grenzen, strenge Garantien von den Importeuren verlangt und, soweit als möglich, der Handel mit dem neutralen Lande eingeschränkt.

Viertens sei durch Abkommen mit den Schiffahrtslinien und durch die strenge Anwendung des Mittels, Bunkerkohle zu verweigern, ein großer Teil der neutralen Handelsflotte, die mit Skandinavien und Holland Handel treibt, bewogen worden, den Bedingungen zuzustimmen, die verhindern sollen, daß von diesen Schiffen Güter verfrachtet werden, welche den Feind erreichen.

Fünftens werde jeder Versuch gemacht, Kontingente für die Einfuhr nach den neutralen Ländern festzusetzen, wodurch erreicht werde, daß die Neutralen nur so viel erhalten, als sie normalerweise für ihren Bedarf benötigen.

* (**Eine Londoner Messe.**) Aus Berlin, 5. d. M., wird uns telegraphiert: Nach Blättermeldungen aus London wird eine neue Londoner Messe am 1. Februar eröffnet werden. Sie soll bis 3. März dauern. Nur britische Aussteller werden zugelassen und von den Käufern nur solche, welche vom Handelsamt Einladungen erhalten haben.

Neues Wiener Tagblatt
6./I. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 5. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

3. Jänner. In der Gegend des Lagacio, nördlich des Passo di Valzarego, nahm der Feind einige Minensprengungen vor, die eine Steinlawine und Felssturze hervorriefen, ohne einen Schaden anzurichten.

Auf dem Karstplateau unternahm der Feind einen Angriff gegen unsre Stellungen auf dem Monte San Michele, der unter schweren Verlusten abgeschlagen wurde.

Berner Bund 6./I. 1916

Politische Annäherungen

Der „Ausgleich" — Neuorientierung in Böhmen

nk. Wien, Ende Dezember.

Schon in der allernächsten Zeit werden eingehendere Verhandlungen zwischen den Regierungen Oesterreichs und Ungarns wegen des sogenannten „Ausgleichs", der alle zehn Jahre neu zu regelnden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten der Monarchie beginnen. Allem Anschein nach werden sie kurz und leicht sein, insbesondere weil auch der anfangs dieses Monats erfolgte Ministerwechsel einen günstigen Einfluß auf sie nehmen wird. Der neue Handelsminister Dr. von Spitzmüller ist ein genauer Kenner der ganzen Materie — hat er doch an der Fertigstellung des letzten Ausgleichs in hervorragender Weise mitgearbeitet —, der neue Finanzminister Dr. v. Leth hat reiche Erfahrungen im finanziellen Verkehr mit Ungarn, und Prinz von Hohenlohe, der neue Minister des Innern, war ja gerade in einer Zeit, als die Beziehungen zu Ungarn im Vordergrund der Diskussion standen, Ministerpräsident. Es ist auch kein Zweifel, daß der Krieg die Bevölkerung der beiden Teile der Monarchie einander näher gebracht hat; die Beziehungen der Oesterreicher und Ungarn im Heere sind die denkbar herrlichsten, und die Liebe, mit der man überall die Verwundeten, ob aus Cis oder Trans, pflegt, hat ein neues Band zwischen den Völkern geknüpft. Dazu kommt, daß man nicht minder in Oesterreich die Tapferkeit und Schneidigkeit der Honveds preist, als man in Ungarn etwa die Zähigkeit und die Ausdauer unserer Tiroler Standschützen bewundert.

Zwar ist unser Reichsrat geschlossen, und es ist kaum zu erwarten, daß er in der nächsten Zeit wieder eröffnet werden wird — aber trotzdem beginnt wieder ein gewisses politisches Leben. In Böhmen bereiten sich große Dinge vor. Die Czechen fühlen, daß eine Neuorientierung ihrer Politik notwendig sein wird, sie sehen ein, daß der Verlauf des Weltkrieges sie zwingen wird, künftig konzilianter zu sein und eine Reihe übertriebener nationaler Forderungen aus ihrem Programm zu streichen. Sie suchen eine Rallierung ihrer Parteien, und ein gleiches streben auch die Deutschen in Böhmen an. Die Vertrauensmänner dieser hielten am 19. Dezember in Prag eine Besprechung ab, an der alle deutschen Parteien und Schutzorganisationen Böhmens vertreten waren, und es wurde einmütig erklärt, daß die Einigung aller deutschen Parteien auf nationalem und politischem Gebiet eine unbedingte Notwendigkeit sei, um die Stellung des deutschen Volkes in Böhmen und Oesterreich für die Gegenwart und Zukunft zu voller Geltung zu bringen. Andererseits hat eine wichtige Annäherung zwischen den Christlichsozialen und dem Deutschen Nationalverband stattgefunden. Es wurden gemeinsame Programmpunkte festgesetzt. Unter diesen sind von besonderer Wichtigkeit die Forderungen nach einer Verlängerung der Perioden des Ausgleiches mit Ungarn, Aenderungen der Verfassung, „insoweit sie sich als notwendig erwiesen haben", einer Reformierung der Verwaltung und einer Ausgestaltung der Autonomie der Länder.

Vossische Zeitung 7./I. 1916.

Erklärungen über Erklärungen.

Der „Vorwärts" ist heute angefüllt mit einer Flut von Erklärungen, die recht wenig den Geist der Brüderlichkeit verraten:

Abg. Landsberg betont abermals, daß Kautsky in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 3. August 1914 die Zustimmung zu den Krediten von Bedingungen abhängig machen wollte, die die Regierung ablehnen mußte, und daß Kautsky ich klar war, daß die Fraktion, wenn sie seinem Vorschlag folgte, zur Ablehnung der Kredite kommen würde. — Kautsky antwortet u. a.: „Nachdem sich seine (Dr. Landsbergs) Unglaubwürdigkeit so drastisch herausgestellt hat, sucht er seine letzte Zuflucht in dem Versuch, meine Glaubwürdigkeit anzuzweifeln. Meinen positiven Feststellungen setzt er vage Verdächtigungen entgegen. Aber auch da verheddert er sich."

Abg. Haenisch richtet Vorwürfe gegen den „Vorwärts" und dieser spricht in seiner Antwort von dem „politischen Pech Haenischs, daß er seit seinem großen Umlernen zum Illusionspolitiker geworden ist!"

Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand wendet sich von neuem gegen den bisherigen Fraktionsvorsitzenden Haase:

> Der Genosse Haase versucht den klaren Sachverhalt, wie er sich aus unserer übereinstimmenden Erinnerung und aus sofort niedergeschriebenen Notizen ergibt, zu verschleiern. Er behauptet, nur gesagt zu haben, er werde die Erklärung der Minderheit nicht verlesen.
>
> Wir stellen demgegenüber fest, daß Haase, genau wie dem Plenum der Fraktion ohne Widerspruch seinerseits berichtet wurde, in der Vorstandssitzung am 17. Dezember erklärte, er werde die Sonderaktion nicht mitmachen. Das ist das allein Entscheidende. Erst am 20. Dezember, als Haase seinen Entschluß, sich an der Sonderaktion doch zu beteiligen, mitteilte, fügte er hinzu, daß er aber die Erklärung nicht selbst verlesen werde.
>
> Berlin, 6. Januar 1915.
>
> Der Fraktionsvorstand.
>
> David. Ebert. R. Fischer. Molkenbuhr.
> Scheidemann.

Abg. Haase antwortet, daß der von ihm angegebene Wortlaut von ihm sofort schriftlich fixiert worden ist: „Es steht also Niederschrift gegen Niederschrift. Während ich jedoch den anderen sofort den guten Glauben zubilligte, sprechen diese von einem Verschleierungsversuch. Das wirft ein Licht nicht nur auf die Verschiedenheit der polemischen Sitten, sondern zeigt wohl auch jedem Urteilsfähigen, wo das Recht liegt."

Der sozialdemokratische Zentralvorstand der Groß-Berliner Parteiorganisationen, das ist die Vertretung der sechs Berliner Wahlkreise und der Wahlkreise Teltow-Beeskow und Nieder-Barnim, hat am Mittwoch mit 41 gegen 17 Stimmen folgende Entschließung angenommen:

> „Der Zentralvorstand billigt die von der Fraktionsminderheit im Reichstag abgegebene Erklärung und bedauert, daß nicht die gesamte Fraktion diese Erklärung abgegeben hat. Das Vorgehen der zur Minderheit gehörenden Abgeordneten entspricht der ihnen durch ihr Mandat auferlegten Parteipflicht. Es enthält keineswegs einen Disziplinbruch und ist geeignet, die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu fördern. Der Vertreter Groß-Berlins wird beauftragt, im Parteiausschuß im Sinne dieses Beschlusses zu wirken."

Der Vorstand für den sozialdemokratischen Bezirk Halle-Merseburg hat mit 12 gegen 4 Stimmen sich auf die Seite der radikalen 20 gestellt. Die drei sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten dieses Bezirks sind bei der entscheidenden Abstimmung im Reichstag nach drei Richtungen auseinandergegangen: Abg. Thiele (Naumburg) hat für den Kredit gestimmt, Abg. Raute (Bitterfeld) ist hinausgegangen, und Abg. Kunert (Halle) stimmte gegen den Kredit.

Der sozialdemokratische Kreisvorstand für Kalbe-Aschersleben, vertreten durch den Abg. Albrecht, der in der Fraktion gegen den Kredit stimmte und im Reichstag hinausgegangen ist, veröffentlicht eine Mahnung zur Einigkeit.

Der Ausschuß für den sozialdemokratischen Bezirk Magdeburg-Anhalt mißbilligt „die von der Opposition im Plenum des Reichstags vollzogene Spaltung" und fordert „die sofortige Einberufung des Parteitags zur Klärung der inneren Parteifragen". Von den fünf sozialdemokratischen Abgeordneten dieses Bezirks gehören Heine, Bender, Silberschmidt zur Fraktionsmehrheit, die beiden andern, Albrecht und Brandes, sind im Reichstage hinausgegangen.

Der sozialdemokratische Kreisvorstand des Wahlkreises Holzminden-Gandersheim erklärt:

> „Der Kreisvorstand steht auf dem Standpunkt der Minderheit in der Fraktion. Er verurteilt aber auf das schärfste den Disziplinbruch der 20 Genossen. Er erblickt in dem Disziplinbruch eine Gefahr für die Einheit der Partei und bedauert, daß auch der „Volksfreund" verschiedentlich noch den Disziplinbruch fördert."

Vertreter des Wahlkreises Holzminden ist der Abg. Antrick, der in der Fraktion gegen den Kredit stimmte, im Reichstag aber den Saal verließ.

Die sozialdemokratischen Parteifunktionäre des vom Abg. Landsberg vertretenen Wahlkreises Magdeburg haben sich mit der Haltung der Fraktionsmehrheit einverstanden erklärt. Sie mißbilligten die Sonderaktion der 20 im Reichstag und erblicken in ihr einen unzweifelhaften Disziplinbruch.

Vossische Zeitung 7/I. 1916.

Besorgnisse der sozialdemokratischen Minderheit.

Aus den Kreisen der Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kommt die Besorgnis zum Ausdruck, daß nach der Fraktionsrüge auch noch schärfere Maßnahmen gegen die 20 beschlossen werden könnten, die am 21. Dezember entgegen dem ausdrücklichen Fraktionsbeschluß gegen den Zehnmilliardenkredit gestimmt haben.

Heute wird der sozialdemokratische Parteiausschuß in Berlin zusammentreten und sich auch mit den Vorgängen in der Reichstagsfraktion beschäftigen. Der Parteiausschuß ist die oberste Parteiinstanz nächst dem allgemeinen Parteitag. Nach dem Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei besteht der Parteiausschuß aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände: „er berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten usw." Er muß regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger berufen werden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Februar v. J. den Disziplinbruch des Abgeordneten Liebknecht — seine dem ausdrücklichen Fraktionsbeschluß widersprechende Abstimmung gegen den Kriegskredit vom 2. Dezember 1914 — aufs schärfste verurteilt und gleichzeitig dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß ihr „nach dem Organisationsstatut nicht die Handhabe zu weitergehenden Maßnahmen zusteht", weshalb „sie die endgültige Entscheidung dem nächsten Parteitag anheimstellen muß." Als „weitergehende Maßnahme" könnte in diesem Falle Liebknecht nur die Aufforderung zur Niederlegung seiner parlamentarischen Mandate und eventuell die Ausschließung aus der Partei in Frage kommen. Nach sozialdemokratischen Blättern ist denn auch in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein Antrag Legien auf Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft mit den 20, die am 21 Dezember gegen den Zehn-Milliardenkredit gestimmt haben, eingebracht worden. Er wurde aber abgelehnt und ein Antrag des Fraktionsvorstandes zurückgezogen, der verlangt hatte, die 20 bis zu ihrer Unterwerfung unter die Fraktionsdisziplin von der Vertretung der Fraktion im Plenum und in den Kommissionen auszuschließen.

In Kundgebungen sozialdemokratischer Organisationen — so vom Niederrhein und in Weimar — ist dieser Tage dem Parteiausschuß, weil er nur eine beratende Körperschaft sei und schwebende grundsätzliche oder taktische Streitfragen nicht entscheiden dürfe, das Recht abgesprochen worden, die Fraktionsminderheit zu disziplinieren. In der Ankündigung der „Mannheimer Volksstimme" über die Tagung des Parteiausschusses ist nur davon die Rede, daß ihm „auf Wunsch der Reichstagsfraktion auch über die letzten Verhandlungen in der Reichstagsfraktion Bericht erstattet" werden wird.

Der Parteiausschuß selber wird wissen, was er zu tun hat und was er unterlassen muß. Nur der Vollständigkeit halber mag hier darauf hingewiesen werden, daß im November v. J. die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Sachsen-Meiningen einstimmig den Ausschluß des Vertreters für Pößneck, Seige, beschlossen hat. Auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat früher einmal ein Mitglied aus ihren Reihen ausgeschlossen. Franz Mehring berichtet in seiner Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie (Band 3, Teil 2, Seite 495): „Noch vor den Wahlen von 1884 hatte sie (die sozialdemokratische Reichstagsfraktion) den alten Rittinghausen, der sich ihrer strammen Disziplin nicht fügte, rücksichtslos ausgeschlossen." Schriftsteller Moritz Rittinghausen (geboren 1814) vertrat den Wahlkreis Solingen zweimal im Reichstag, von 1877 bis zur Auflösung des Reichstags wegen der Attentate im Sommer 1878 und von 1881—1884.

Uebrigens könnte die Berechtigung zur Ausschließung eines Fraktionsmitgliedes wohl auch gefolgert werden aus dem Vorgehen jener drei radikalen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Württemberg, die freiwillig der sozialdemokratischen Landtagsfraktion den Rücken gekehrt und eine eigene Fraktion mit neuem Namen gebildet haben. Wenn ein freiwilliger Austritt aus einer sozialdmokratischen Fraktion gestattet ist, sollte auch der unfreiwillige möglich sein.

Doch das muß die Sozialdemokratie unter sich ausmachen. Hier kam es nur darauf an, naheliegende Fälle aus der Geschichte der Sozialdemokratie heranzuziehen.

Kdl.

Die französische gegen die deutsche Sozialdemokratie. Unter der Ueberschrift „Ein geschichtliches Dokument" veröffentlicht das „Hamburger Echo" nach der „Humanité" den Wortlaut der fast zwei Druckseiten füllenden Resolution, die vor kurzem von dem Parteitag der französischen Sozialdemokratie gefaßt worden ist. Wir haben die wichtigsten Erklärungen dieses bedeutungsvollen Beschlusses schon mitgeteilt. Das sozialdemokratische Hamburger Blatt stellt auf Grund des Beschlusses des französischen Parteitages folgenden, für die Minderheit in der deutschen Sozialdemokratie vernichtenden Vergleich an: „Zurückweisen müssen wir die grenzenlose Ueberhebung der französischen Sozialisten, die für sich die Betätigung des äußersten Nationalismus, die unbedingte Einfügung in das „Werk der nationalen Verteidigung", die Ablehnung jedes Friedens, der nicht das Kriegsziel der gesamten Einkreisungskoalition bringt, für selbstverständlich halten, jedoch die deutschen Sozialisten für unwürdig erklären, solange diese an der Verteidigung ihres Vaterlandes mitwirken wollen. Nicht anders als durch Landesverrat könnten die deutschen Sozialdemokraten sich in den Augen der Renaudel und Genossen rehabilitieren, so daß sie in Gnaden wieder zur Internationale zugelassen würden — wohl zunächst als „dienende Brüder". Denn Handlungen werden verlangt, Handlungen. Was die Minorität der Reichstagsfraktion getan hat, nämlich daß sie gegen die Kriegskredite stimmte, ist nur ein „hoffnungsvolles Zeichen"; es muß mehr geschehen, die Minorität muß „energisch und weitblickend" sein. Und nun, nachdem von den deutschen Sozialisten „Handlungen" verlangt worden sind, erklären die französischen Sozialisten, ihre eigene Aufgabe sei es, durch Kreditbewilligungen die Mittel zum Sieg — der gesamten Entente nach dem Vorhergegangenen! — zu gewährleisten, und ihre drei Minister Sembat, Guesde und Thomas werden von neuem beauftragt, an dem Werk der nationalen Verteidigung mitzuarbeiten. Wie blutiger Hohn klingt es, daß, nachdem die deutschen Separatisten ermuntert worden sind, ihr Wirken fortzusetzen, für die Franzosen die Notwendigkeit der Einheit der Partei nachdrücklichst hervorgehoben, jede Sonderaktion als unheilvoll verpönt und die Einheit der Abstimmung im [illegible] zur Pflicht gemacht wird."

Frankfurter Zeitung
7.1.1916

Die Schlacht in Ostgalizien.



Seit zwei Wochen stürmen die Russen in Ostgalizien gegen die festen Linien unserer Verbündeten an, aber der russische Weihnachtsabend hat ihnen keinen der erstrebten, schon als verwirklicht angekündigten Erfolge gebracht. Zu Tausenden liegen die russischen Toten auf dem schon seit dem Beginn des großen Krieges mit immer neuem Blute getränkten Schlachtfeld. Ihre Hinopferung hat der russischen Heeresleitung nicht den mindesten Erfolg gebracht; überall stehen die verschanzten Linien dort, wo sie vor der Wiederaufnahme der Kämpfe gestanden haben. Die Haltung der österreichischen und ungarischen Truppen, die sie verteidigen, ist nach dem Zeugnis deutscher Kampfgenossen über jedes Lob erhaben. Sie bürgt den verbündeten Mittelmächten auch für die Zukunft: die russische Offensive wird den unerschütterlichen Widerstand finden, der seit Monaten am Karst und in den Alpen die Italiener festhält.

Seit ihrer Vertreibung aus Galizien haben die Russen eine ganze Reihe von Offensivstößen versucht, die sich manchmal zu strategisch geschickt angelegten, mit gewaltigen Mitteln durchgeführten Kampfhandlungen entwickelten, die taktisch immer zu wuchtigen Massenangriffen führten, wozu der persönliche todverachtende Mut des russischen Soldaten und die Verschwendung, die mit dem Menschenmaterial getrieben werden konnte, das russische Heer ohne Zweifel besonders befähigen. Nirgends aber wurden diese Angriffe so heftig und unablässig geführt wie in der „politischen Ecke", wo das Kampfgebiet an die Balkanstaaten grenzt, wo die Bukowina, Galizien und Bessarabien aneinander stoßen, wo die Rumänen unmittelbar Zeugen aller Vorgänge sind. Schon im September richtete die russische Heeresleitung einen der kräftigsten Stöße, die sie seit den militärischen Katastrophen in Galizien und Polen zu führen vermochte, nach diesem Gebiet und es gelang ihr sogar, einen Teil ihrer Truppen für kurze Zeit aufs Westufer der Strypa zu führen. Gegen diesen Fluß, dessen östliches Ufer unsere Verbündeten seither besetzt halten, richtet sich auch jetzt wieder die größte Wucht der neuen russischen Offensive, die durch gleichzeitige Operationen an nördlicher gelegenen Teilen der Front, in Wolhynien und Litauen, vor allem aber auch durch Massenangriffe am Dnjestr und Pruth ergänzt wird, wo die Türme von Czernowitz, der zweimal von den Russen besetzten Hauptstadt der Bukowina, von den russischen Stellungen aus sichtbar sind.

Die Armee des Generals Iwanow, die jetzt die russische Offensive führt, war ursprünglich in Bessarabien versammelt, als man in Petersburg noch hoffte, durch eine Drohung die Bulgaren gefügig zu machen, die den listigen Täuschungen nicht mehr erliegen wollten. Als Bulgarien in den Krieg eingriff, sollte die bessarabische Armee bereit stehen zum Angriff, der gleichzeitig mit dem von Saloniki ausgehenden Vorstoß der Franzosen und Engländer geplant gewesen zu sein scheint. Die Russen wurden aber mit ihren Vorbereitungen nicht fertig, sie waren auch dann noch nicht bereit, als Serbien schon niedergekämpft, als die bulgarische Armee siegreich in Mazedonien eingezogen war und keine Drohung mehr das vollzogene Schicksal ändern konnte. Man hatte bei dem Aufmarsch in Bessarabien keines der vielen Mittelchen versäumt, mit dem die Russen ihre militärischen Maßnahmen eindrucksvoll und glanzvoll in Szene zu setzen verstehen; sogar der Zar mußte so nahe ans rumänische Gebiet heran fahren, daß man von dort aus die Parade, die ihm zu Ehren veranstaltet wurde, mit ansehen konnte. Der Mißerfolg Herrn Schebekos, des frühern russischen Botschafters in Wien, der in Bukarest einen freien Durchmarsch oder gar die Waffenhilfe Rumäniens zu erhandeln hoffte, ließ die weitere Verfolgung der gegen den Balkan gerichteten Pläne vollends als aussichtslos erscheinen. Die Armee, die General Iwanow dazu bestimmt hatte, die er in Bessarabien ausbilden und ausrüsten ließ, wird nun für die neue Aufgabe verwendet, die mit dem ursprünglichen Zwecke wenigstens noch einen Zusammenhang behält. Denn der Wunsch, nach den Balkanstaaten hin, wo Rußlands Ansehen durch den Untergang Serbiens unheilbar erschüttert ist, eine Demonstration der Macht wirken zu lassen, ist gar nicht unverständlich. Einen ernsten Eindruck könnte aber dort nur die Wiedereroberung Galiziens machen.

An der Strypa und an der bessarabischen Grenze ist der Kampf, der zwei Wochen lang in unverminderter Wut tobte, fürs erste ermattet. Aber die russischen Angriffspläne sind sicherlich noch nicht aufgegeben. Nach einer Kampfpause werden sie wieder aufgenommen werden, mit der zähen Beharrlichkeit, die sie überall ausgezeichnet hat. „Wie im letzten Winter in den Karpathen" griffen die Russen an, so berichtet man uns. Das Schicksal der gewaltigen russischen Heere, die sich dort in monatelangem Ringen zermürbten, bis sie zum Untergange reif geworden waren, sollte die russischen Generäle, die jetzt ihre jüngsten Jahrgänge hinschlachten lassen, warnen. Die Wacht unserer Verbündeten wird jetzt dem nur an Zahl überlegenen Feind nicht minder fest gegenüberstehen, gestählt durch das Bewußtsein der stolzen Siege und die Erfahrungen eines harten Feldzuges, der Schwert und Panzer stärker geschmiedet hat.

*

△ **Paris**, 6. Jan. (Priv.-Tel. Indir., zens. Frkft.) Der „Petit Parisien" meldet — wohl angesichts der geringen Erfolge der Russen, — aus Petersburg, daß der Kampf in der Bukowina trotz seiner Ausdehnung nicht die Bedeutung einer allgemeinen Offensive habe. Der dortige Sektor werde durch die Sümpfe von Pinsk in vom Zentrum und dem Norden aus unzugängliche Abschnitte geteilt. Ein Erfolg dort sei daher mehr vom politischen Standpunkt aus als vom militärischen von Wichtigkeit. Die Berichte über dort angehäufte Truppenmassen der Deutschen seien deshalb auch übertrieben.

Kriegskalender.

31. Dezember: Zwischen Buczacz und Wisniowczyk brechen wiederholte starke russische Angriffe zusammen. — Südöstlich von Torbole werden zwei Alpinibataillone abgewiesen; an der Kärntner Front beschießt die feindliche Artillerie den Ort Wolfsbach. — Vor Le Havre wird der englische Panzerkreuzer „Natal" durch eine Explosion zerstört. — An der ägyptischen Küste versenkt ein deutsches U-Boot zwei große englische Dampfer. — Der Hafen von Port Said geschlossen.

1. Jänner: An der mittleren und unteren Strypa wird wieder heftig gekämpft; in der Nacht ziehen sich die Russen nach schweren Verlusten in ihre etwa 1 Kilometer entfernte Ausgangsstellung zurück; unsere Stellungen an der oberen Strypa und an der Ikwa werden heftig bombardiert. — Italienische Artillerie beschießt neuerdings die Orte Malborgeth und Wolfsbach. — Bei Seddil Bahr heftige Artillerie- und Infanteriekämpfe. — Bei Kreta wird der englische Postdampfer „Persia" versenkt. — Protest Griechenlands an Frankreich gegen die Besetzung Castellovizzos. — General Sarrail läßt die Konsuln des Vierbundes in Saloniki verhaften und auf einem Panzerschiff abtransportieren.

2. Jänner: Ein starker russischer Angriff gegen unsere Verschanzungen bei Toporoutz wird im Handgemenge abgeschlagen; ebenso scheiterten ein russischer Vorstoß nordöstlich von Buczacz und nordöstlich von Burkanow. — Nordöstlich von Armentieres (bei Frelinghem) wird ein englischer Ueberfall abgewehrt. — Griechenland protestiert gegen die Verhaftungen in Saloniki. — Adreßdebatte in der rumänischen Kammer; Rede Carps.

Neues Wiener Tagblatt
7. I. 1916

Die Teuerung in Italien.

Mailand, 5. Jänner. Der „Secolo" meldet aus Rom: Die wichtigsten Verbrauchsmittel haben gegenwärtig eine neuerliche Preissteigerung erfahren, die sich je nach der Oertlichkeit zwischen 10 und 45 Prozent bewegt. Die unerschwinglichen Preise für Kohlen und Korn haben den Gewerkschaftsverband und sogar die dem Ministerpräsidenten treue Partei der Reformsozialisten bewogen, die Regierung in scharfer Weise zu ersuchen, energische Maßnahmen zur Eindämmung der Lebensmittelteuerung und zur Beseitigung der in der Industrie eingetretenen Krise zu treffen, so groß auch die dem Staatsschatze daraus erwachsenden Kosten sein mögen.

Neues Wiener Tagblatt
7./I. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 6. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

4. Jänner. Im Abschnitte von Riva besetzten unsre Truppen nach sorgfältiger Vorbereitung neue, höher gelegene Stellungen an den steilen Hängen, welche von Biacesa nach Rochetta abfallen. Nach lebhaftem kurzem Kampfe eroberten wir zwei Verschanzungen auf den Abhängen des Monte Sperone. Im Karstabschnitt von Monfalcone brach eine eigene Abteilung aus den Schützengräben hervor und besetzte im kräftigen Sturm eine neue weiter vorgelegene Stellung, welche verstärkt wurde.

Rußland.

4. Jänner. Die Deutschen versuchten, in der Gegend von Elisenhof (5 Kilometer westlich von Lennewaden) die Düna zu überschreiten, wurden jedoch durch unser Feuer zurückgeworfen. Bei einem Versuch, mit weißen Mänteln bekleidet sich unserm Graben bei dem Bahnhof Zargrad (13 Kilometer südlich Liwenhof) zu nähern, wurden die Deutschen in die Flucht geschlagen. In der Gegend von Czartorysk wurde der Feind zwischen Kostiuchnowka und dem Bahnhof von Podczerewicze (nördlich der Eisenbahn Kowel-Sarny) aus dem Waldgelände herausgeworfen. In der Gegend der mittleren Strypa überschritten unsre Truppen die Dahthindernisse des Feindes und besetzten einen Teil der Schützengräben östlich des Dorfes Bielawince (8 Kilometer nördlich von Buczacz.)

Ein einzelnes starkes Werk nahmen wir im Sturm. Nordöstlich von Czernowitz besetzten wir eine Linie feindlicher Schützengräben. Die hier angesetzten Gegenangriffe des Feindes wurden durch unser konzentrisches Artilleriefeuer, das dem Feinde große Verluste zufügte, abgewiesen.

5. Jänner. Südlich des Pripjet in der Gegend Kuchacka-Wola (34 Kilometer nordwestlich Rafalowska) warfen wir die Deutschen zurück. In der Gegend der mittleren Strypa befestigten wir das gewonnene Gelände. Die gegnerischen Versuche, die verlorengegangenen Befestigungen zurückzuerobern, wurden mit großen Verlusten für den Feind zurückgeschlagen. Nordöstlich von Czernowitz dauert der erbitterte Kampf an; unsre Abteilungen besetzten von neuem einen Teil der feindlichen Stellungen. Einen Gegenangriff des Feindes warfen wir durch Feuer zurück, welches ihm große Verluste zufügte. In dieser Gegend nahm eine unsrer Abteilungen 18 Offiziere und 1043 Mann gefangen und erbeutete 4 Maschinengewehre.

Frankreich.

5. Jänner, 3 Uhr nachmittags. In der Nacht unternahmen die Deutschen nach starkem Artilleriefeuer einen ziemlich heftigen Angriff auf unsre Schützengräben zwischen Höhe 193 und Tahure. Sie wurden zurückgeworfen. An der übrigen Front kein Ereignis von Bedeutung.

11 Uhr nachts. Zwischen Soissons und Reims nahm unsre Artillerie die feindlichen Batterien unter Feuer und verursachte erheblichen Schaden an feindlichen Werken. In der Gegend nordöstlich Vailly in der Champagne richteten wir auf mehrere empfindliche Punkte der feindlichen Front ein Zerstörungsfeuer, das die deutschen Gräben zuschüttete und in einem Munitionslager eine Explosion hervorrief.

Belgischer Bericht.

Während die belgische Artillerie die deutschen Batterien östlich Dixmude unter Feuer nahm, beschoß der Feind das Dorf Nieuwe-Kappelle. Im Abschnitt Steenstraete Bombenkampf mit Heftigkeit wieder aufgenommen.

Fremdenblatt Abendbl.
7. I. 1916

Eine Ansprache des Papstes.

K. **Rom**, 6. Jänner. Der Papst hat gestern die Patrizier und Adeligen in feierlicher Audienz zur Entgegennahme ihrer Neujahrswünsche empfangen. Nachdem Fürst Orsini den Wünschen der Erschienenen für Seine Heiligkeit Ausdruck gegeben hatte, hielt der Heilige Vater folgende Ansprache:

Umgeben von einer so edlen Gesellschaft, deren Bedeutung die Jahrhunderte alten Ueberlieferungen so vieler erlauchter Familien und die Würdigkeit ihrer heutigen Namensträger zur größten Höhe erheben, sehen wir im römischen Patriziat und in den heute hier versammelten Mitgliedern des römischen Adels gewissermaßen die Richtigkeit der hohen Gedanken sich widerspiegeln, welche Sie, Herr Fürst, in Ihrer Glückwunschadresse uns ausgesprochen haben.

Doch mehr als sonst sehen wir im römischen Patriziat die geschichtliche Wahrheit der zeitgemäßen Bemerkung erwiesen, daß der Sitz des Vikars Christi um so gewaltiger und glanzvoller emporragte, je barbarischer die Zeiten infolge der Vorherrschaft von Gewalttätigkeit und Haß waren.

Es war natürlich, daß, während das römische Pontifikat seinen wohltätigen Einfluß auf die Menschenmassen erstrahlen ließ, zu allererst die Bürger Roms und obenan der Fürstenstand der Ewigen Stadt, das zu Füßen des päpstlichen Thrones entsprossene römische Patriziat den Vorteil davon hatten. Was Wunder also, wenn unser Blick, der sich vor dem Schauerbilde der Welt entsetzt zurückzieht, heiter und zuversichtlich auf den anwesenden wahrhaften Vertretern des alten römischen Patriziats haften bleiben kann.

Roms Patrizität und Adel glänzen und werden stets glänzen in umso lebendigerem Lichte, je inniger und je enger in der Gegenwart und in der Zukunft ihre Anhänglichkeit an unseren Apostolischen Stuhl ist.

Heute habt ihr, geliebteste Söhne, euch euren Vätern gleichgeartet zeigen wollen und habt in der Stunde, da so viele Völker durch den Zwang des Schicksals in unerhörte Kämpfe verwickelt sind, euch um denjenigen scharen wollen, der allein darauf bedacht ist, Qualen zu lindern und Tröstungen zu spenden.

Indem wir unsererseits alles Lob, welches unserem geringen Werke bei der Linderung der Kriegsübel ob unseres guten Willens gezollt werden kann, auf Gott richten, wollen wir den Eifer und den Opfersinn, den wir auf dem verwandten Felde der Liebestätigkeit auch das römische Patriziat in großartiger Weise entfalten sehen, nicht unbelobt lassen.

Eure Liebestätigkeit ist im Himmel angeschrieben, wo jedes menschliche Unglück einen Platz für einen Nacheiferer Christi erschließt; sie ist aber auch in unserem Herzen eingeschrieben, welchem das Schauspiel unsäglich wohltut, wie unsere hochansehnlichen Söhne im Sinne der Gebote christlicher Kultur mit Werken und Gütern, mit Geist und Wort dem zunehmenden Elend steuern.

Mithin nicht bloß aus Dankbarkeit für die uns dargebrachten Wünsche, sondern auch aus Befriedigung ob eurer unentwegten Anhänglichkeit an den Heiligen Stuhl sowie zur Belohnung eures Wirkens erwidern wir herzlicht eure uns willkommenen Wüsche und erflehen für euch, eure Familie und eure Lieben Gottes Segen.

Neue Freie Presse Abendbl.
7. I. 1916

Stiftung eines neuen Kriegsordens in Bayern.

München, 7. Januar.

Der König stiftete zu seinem heutigen Geburtstag einen neuen Kriegsorden, der den Namen „König Ludwig-Kreuz" führen soll und als Zeichen ehrender und dankbarer Anerkennung für solche Personen bestimmt ist, die sich während dieses Krieges durch dienstliche oder freiwillige Tätigkeit in der Heimat besondere Verdienste um das Heer oder die allgemeine Wohlfahrt des Landes erworben haben.

Das von Professor Blecker (München) entworfene Ordenszeichen ist bereits der Königin, mehreren Prinzessinnen, dem Prinzen Ludwig Ferdinand, den Ministern, soweit sie noch nicht im Besitz bayrischer Kriegsauszeichnungen sind, Hofwürdenträgern, vielen Beamten, Industriellen und Kaufleuten verliehen worden.

Neue Freie Presse Abendbl.
7./1. 1916

Luzzatti für ein wirtschaftliches Komitee des Vierverbandes.

Wien, 7. Januar.

Staatsminister Luzzatti hat dem Korrespondenten der „Morning Post" gegenüber einige Wünsche für das neue Jahr ausgesprochen. Nach einer phantastischen Einleitung, in der er sagte, ihm, der an mystische Beziehungen zwischen Himmel und Erde glaube, erscheine es sicher, daß Cavour, der ewig über Italiens Schicksal wache, an der Allianz seines Landes mit England und Frankreich seine Freude haben werde, aber — und nun tritt der praktische Nationalökonom hervor — diese Allianz müsse nicht bloß militärisch und politisch, sondern auch wirtschaftlich sich betätigen. England, das den Schlüssel der Meere besitze und entscheidenden Einfluß auf die Frachtsätze nehme, deren Höhe die Preise von Kohle, Getreide und anderen unentbehrlichen Produkten ins Unerträgliche steigere, sollte wohl strenge mit seinen Feinden, aber fürsorglich seinen Freunden gegenüber sein. Geradeso wie ein Kriegskomitee die militärischen Bewegungen des Vierverbandes in Einklang bringe, so sollte auch ein internationales Komitee der Verbündeten gebildet werden, um den wirtschaftlichen Austausch und die Frachtsätze zu regulieren und rasche Transporte der nötigsten Produkte zu sichern. Dies müßte jedoch bald geschehen, denn Verzögerungen in der diplomatischen Strategie und in den wirtschaftlichen Vorsorgen erregen Zweifel und Verdacht zwischen den Verbündeten, von welchen ihre Feinde profitieren.

Frankfurter Zeitung
8/I. 1916

Tontschew über die Politik Bulgariens.

Sofia, 7. Jan. (W. T. B. Nichtamtlich.) Der Vertreter des W. T. B. befragte den Minister Tontschew über die innerpolitische Lage Bulgariens, wie sie sich nach der ersten Kriegstagung der Sobranje darstellt. Der Minister erklärte u. a.:

Alle Parteien sind darin einig, daß der einmal eingeschlagene Weg weiter begangen werden muß bis zur Erreichung des Zieles der Sicherung der nationalen Einheit. Auch die Führer der Opposition haben sich bereit erklärt, die Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen. Die russenfreundliche Politik ist jetzt abgetan. Selbst diejenigen Politiker, die einst eifrige Anhänger dieser Richtung waren, erkennen, daß es kein Zurück gibt. Nur die Sozialdemokraten haben ihren grundsätzlichen pazifistischen Grundsatz gewahrt, doch hat dies keine praktische Bedeutung. Wenn in Einzelfragen Kritik laut geworden ist, so bezieht sich dies nicht auf die allgemeine Richtung der Politik. Die Opposition will nur die Punkte festlegen, an denen später die parteipolitische Agitation mit ihrer Kritik einsetzen kann. Das Finanzabkommen mit den Mittelmächten, das ich im Finanzausschuß vorgelesen habe, fand allgemeine Zustimmung. Die Parteiführer sprachen ihre Befriedigung über die Bedingungen des Vertrages aus. Ueber eine wirtschaftliche Annäherung an die Mittelmächte hat noch keine Aussprache stattgefunden. Die Lösung dieser Frage ist außerordentlich schwierig wegen der verschiedenen Interessen, welche dabei berücksichtigt werden müssen, so daß es hierzu längerer Vorbereitung bedarf. Im allgemeinen kann man sagen, daß Bulgarien als Agrarstaat und die Mittelmächte als stark industrielle Staaten einander ergänzen; deshalb ist eine Annäherung möglich und erwünscht. Doch das sind spätere Sorgen. Gegenwärtig muß man trachten, den Truppen der Verbandsmächte in Salonik den vernichtenden Schlag zu versetzen.

Das Gespräch griff sodann auf die auswärtige Lage über. Tontschew bemerkte, die Frage sei augenblicklich, was Griechenland tun werde, ob es sich mit papiernen Protesten begnügen, oder schärfere Maßregeln ergreifen werde. Die schwierige Lage Griechenlands sei unverkennbar, doch scheine die Entente entschlossen zu sein, Griechenland zum Aeußersten zu treiben, indem sie ihm alles, selbst die Ehre raube. Bulgarien sei von den freundschaftlichsten Absichten gegen Griechenland beseelt und wünsche, die guten Beziehungen, wie sie seit Ausbruch des Krieges bestanden, fortzusetzen. Bulgarien treibe keine Gefühlspolitik und wünsche nicht, die Zahl seiner Feinde zu vermehren. Deshalb habe es auch in der Frage der Verhaftung des bulgarischen Konsuls in Salonik eine gemäßigte Haltung gegenüber Griechenland eingenommen, obwohl Griechenland juristisch für das Schicksal der bei ihm beglaubigten Konsuln verantwortlich sei. Bulgarien habe hingegen energische Maßregeln gegen den Vierverband ergriffen, indem es die Konsulatspersonen, welche die Amtsräume der hiesigen Vertreter des Verbandes bewachen, verhaften ließ. Nur der englische Vertreter Hearst sei in die Zimmer des hiesigen amerikanischen Geschäftsträgers in ein Hotel der Stadt geflohen. Um Hearst eine gewisse Bewegungsfreiheit zu verschaffen, habe der amerikanische Geschäftsträger den eigenartigen Grundsatz aufgestellt, daß auch der Korridor vor seinem Zimmer durch seine diplomatische Eigenschaft geschützt sei.

Neues Wiener Tagblatt
8/I. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 7. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

5. Jänner. Am 3. d. unternahmen zwei österreichische Aeroplane einen Angriff gegen Verona, wurden jedoch durch das Feuer unsrer Abwehrbatterien abgewiesen, bevor sie ihr Ziel erreicht hatten, und flohen in nördlicher Richtung, nachdem sie einige Bomben, die keinen Schaden anrichteten, fallen gelassen hatten. Im Kreuzbergabschnitt nötigte unser treffsicheres Artilleriefeuer gegen einen Lagerplatz im Fischleintal eine große feindliche Abteilung zur Flucht gegen Moos. Auch an manchen Stellen der karnischen Front zwang das Feuer unsrer Artillerie die Verteidiger, ihre zerstörten Deckungen zu verlassen. Auf dem Karstplateau griff der Feind neuerlich unsre Stellungen auf dem Monte San Michele an, wurde jedoch abermals verlustreich zurückgeschlagen. Kühne Patrouillenangriffe führten zur Gefangennahme von etwa dreißig Mann.

Rußland.

6. Jänner. Vom Golf von Riga bis zum Pripjat Gewehrfeuer. An einigen Stellen Artilleriefeuer und Aufklärungstätigkeit auf beiden Seiten. In der Gegend von Riga wurde beobachtet, daß die Deutschen an vielen Stellen mit Explosivgeschossen schießen. Unsre Truppen besetzten den Kirchhof von Czartorysk, warfen den Feind zurück und gingen noch weiter vor. An der Strypafront und nordöstlich von Czernowitz richteten sich unsre Truppen in den gewonnenen feindlichen Abschnitten ein. Ein Versuch des Gegners, in der Gegend von Bojan, 16 Kilometer östlich von Czernowitz, die Offensive zu ergreifen, wurde durch Feuer vereitelt.

Neue Freie Presse
8./I. 1916

Das Archiv des serbischen Ministeriums des Aeußern in Wien.

Wien, 7. Januar.

Wie wir vernehmen, wurde das Archiv des serbischen Ministeriums des Aeußern nach Wien gebracht.

Das Archiv wurde von einer österreichisch-ungarischen Truppenabteilung in einem Kloster aufgefunden, in dem es von der serbischen Regierung versteckt worden war. Das Archiv wurde in 63 Kisten verpackt nach Wien transportiert.

Fremdenblatt
8/I. 1916.

Annahme der Bill im Unterhause.

K. London, 6. Jänner. (Unterhaus. — Bericht des Reuterschen Bureaus.)

Die Debatte über die Dienstpflichtbill wurde vor überfülltem Hause fortgesetzt.

Der unabhängige Sozialist O'Brien und der Kanzler des Herzogtums Lancaster traten für die Bill ein, ebenso die Liberalen Robertson und Ward. Der Liberale Jones kritisierte den Entwurf, versprach aber, die Regierung zu unterstützen.

Balfour erklärte, es handle sich um eine außergewöhnliche, wichtige Ehrensache. Die Vorlage sei der größte Rückschlag, den man dem freisinnigen Leben in England geben könne. England habe mehr getan, als seine Freunde, die Feinde und die Nation für möglich gehalten hätten.

Der Entwurf wurde mit 403 gegen 105 Stimmen in erster Lesung angenommen.

Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt, da die Minderheit zum größten Teil aus irischen Nationalisten bestand und kleiner war, als man erwartet hatte.

Fremdenblatt
8./I. 1916

Freilassung der verhafteten Konsuln.

K. Rom, 7. Jänner. „Giornale d'Italia" meldet aus Athen:

Die Gesandten des Vierverbandes teilten der griechischen Regierung mit, daß die in Saloniki verhafteten Konsuln in Freiheit gesetzt worden seien.

Fremdenblatt
8/I. 1916

Besprechung italienischer Abgeordneter.

Die Reichsrats- und Landtags-Abgeordneten der Italienischen Volkspartei in Friaul hielten gestern in Wien zum erstenmal seit Ausbruch des Krieges mit Italien eine gemeinsame Besprechung ab, in welcher die Notlage der daheimgebliebenen Bevölkerung Friauls sowie das Schicksal der Flüchtlinge einer eingehenden Erörterung unterzogen und konkrete Beschlüsse über die in diesem Belange an die maßgebenden Faktoren zu stellenden Vorschläge gefaßt wurden.

Landeshauptmann Msgr. Dr. Faidutti erstattete zunächst Bericht über seine jüngste Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser, wobei er insbesondere der huldvollen, warmen Anteilnahme des Monarchen an den Leiden der schwergeprüften Landesangehörigen von Görz-Gradiska gedachte, und besprach sodann auf Grund persönlicher Wahrnehmungen die schwere Lage, in welche die kaisertreue Bevölkerung von Friaul durch den tückischen Ueberfall Italiens versetzt wurde. Die versammelten Abgeordneten sprachen dem Landeshauptmann dafür, daß er Sr. Majestät die Gefühle unwandelbarer Treue und Anhänglichkeit der Friauler Bevölkerung verdolmetscht hat, sowie für seine unermüdlich ersprießliche Tätigkeit zugunsten der notleidenden Bevölkerung den wärmsten Dank aus. Die Versammlung erklärte sich mit allen vom Landeshauptmann bisher in der angedeuteten Richtung bei der Regierung unternommenen Schritten vollkommen solidarisch und beschloß, auf die Realisierung noch unerfüllter Wünsche nachdrücklich hinzuwirken. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß die staatliche Fürsorge für die Flüchtlinge aus dem Süden von jener für die Flüchtlinge aus den nördlichen Ländern getrennt werden und die Gruppierung der Flüchtlinge mehr als bisher nach Familien, Herkunftsgemeinden und Herkunftsländern erfolgen sollte, wodurch die Ergreifung einheitlicher Maßnahmen für größere homogene Gruppen, sowie die Vereinfachung des Amtsweges ermöglicht wäre. Ferner wurde die Schaffung von Heimstätten für heimkehrende Krieger auf ihrer heimatlichen Scholle unter Ausgestaltung der bereits eingeleiteten Ablösung der Kolonatsverhältnisse in Anregung gebracht. Schließlich beschloß die Versammlung, eine Abordnung zum Minister des Innern zu entsenden, um dessen Unterstützung bei der Lösung der in Rede stehenden Fragen zu erbitten.

Fremdenblatt
8./I. 1916

Rücktritt der drei Arbeiterminister.

K. London, 6. Jänner. Amtlich wird gemeldet:

Die Minister Henderson, Brace und G. H. Roberts, die drei Vertreter der Arbeiterpartei im Ministerium, sind zurückgetreten.

Vossische Zeitung 8./I. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Das westliche Westfalen gegen die Minderheit. Die sozialdemokratische Bezirkskommission für das westliche Westfalen, in der die Wahlkreise Dortmund—Hörde, Bochum—Gelsenkirchen, Lüdinghausen und Arnsberg—Meschede entsprechend der Stärke ihrer Organisationen vertreten sind, hat nach einer eingehenden Besprechung der gegenwärtigen Lage innerhalb der Partei folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Bezirksvertretung steht wie bisher auf dem Standpunkt der Mehrheit der Reichstagsfraktion und hält die Bewilligung der Kriegskredite in der jetzigen Lage für geboten. Sie bedauert lebhaft, daß sich eine große Minderheit durch falsche Voraussetzungen oder Schlußfolgerungen verleiten ließ, um die Kreditvorlage abzulehnen. Ganz entschieden verurteilt sie aber das Vorgehen der 20 Abgeordneten der Minderheit, weil deren Disziplinbruch unheilvolle Folgen für die Arbeiterbewegung nach sich ziehen kann. Der Fall Rühle ist der erste, aber auch der schlagendste Beweis dafür. Die Bezirksvertretung fordert die leitenden Parteiinstanzen auf, unverzüglich geeignete und energische Schritte zu unternehmen, um die weitere Tätigkeit Rühles, die rücksichtslos auf Parteispaltung hinarbeitet, innerhalb der Organisationen unmöglich zu machen."

Vossische Zeitung 8./I.1916.

Der Wirrwarr in der Sozialdemokratie.

Der sozialdemokratische „Volksbote“ in Stettin teilt nicht die Auffassung des sozialdemokratischen Vertreters dieses Wahlkreises, Vogtherr. Abg. Vogtherr hat gegen den Zehn-Milliardenkredit gestimmt. Der „Volksbote“ hält ihm nun vor: „Vogtherr hat in einer Aussprache den Disziplinbruch der Minderheit u. a. mit dem blödsinnigen, taktlosen und unkameradschaftlichen Verhalten der Fraktionsmehrheit begründet.“

Der sozialdemokratische Abg. Antrick ist Parteisekretär in Braunschweig und gleichzeitig Vertreter des dritten braunschweigischen Wahlkreises Holzminden-Gandersheim. Er gehört zur Fraktionsminderheit, hat aber bei der entscheidenden Abstimmung den Sitzungssaal verlassen, nachdem er vorher in der Fraktion gegen den Kriegskredit gestimmt hatte. Vertreter des ersten braunschweigischen Wahlkreises Braunschweig-Blankenburg ist der Abg. Blos, der zur Fraktionsmehrheit gehört. In Antricks Wahlkreis Holzminden-Gandersheim hat nun der sozialdemokratische Kreisvorstand sich auf den Standpunkt der Minderheit gestellt, aber auch den Disziplinbruch der 20 aufs schärfste verurteilt. Eine Konferenz der sozialdemokratischen Vorstände für das ganze Herzogtum Braunschweig aber „erklärt ihr Einverständnis mit der Ablehnung der Kriegskredite im Plenum des Reichstags durch die 20 Fraktionsmitglieder. Sie erblickt in dieser Abstimmung die Erfüllung der Pflichten, die die sozialistischen Grundsätze und die Beschlüsse der internationalen Kongresse jedem Sozialdemokraten auferlegen. Die Konferenz bedauert, daß auch die übrigen Genossen der Minderheit diese Pflicht nicht erfüllt haben, sie erwartet, daß dieselben sich in Zukunft dem Vorgehen der 20 Genossen anschließen werden.“ — Da sitzt also der Abg. Antrick jetzt zwischen zwei Stühlen: in Holzminden ist Anerkennung gespendet und in Braunschweig Pflichtwidrigkeit vorgeworfen worden.

Als geradezu pathologisch wird im sozialdemokratischen „Volksfreund“ in Karlsruhe die „ungeheure Verblendung“ der französischen Sozialisten gekennzeichnet, weil sie — wie das Manifest ihres jüngsten Parteitages erkennen läßt — „immer noch in dem Wahn leben, Frankreich kämpfe an der Seite Englands und Rußlands für Freiheit, Kultur und Demokratie“. Der „Volksfreund“ schreibt weiter: „Man fordert von der deutschen Sozialdemokratie Zurückweisung des Imperialismus, als ob dieser eine spezifisch deutsche und nicht eine internationale Erscheinung sei und als ob nicht der Imperialismus Englands und Rußlands diesen Krieg in erster Linie verschuldet hätte. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu zeigen, wie bescheiden der deutsche Imperialismus gegenüber dem englischen, russischen und französischen Imperialismus ist. Wie klein sind die von Deutschland in Afrika besetzten Gebiete gegenüber den ins Riesenhafte ausgedehnten afrikanischen Kolonialreichen Englands und Frankreichs. Nicht der deutsche, sondern der englische Imperialismus hat diesen Krieg verschuldet, und Frankreich hat, weil es den Revanchegedanken und seinen nationalen Größenwahn nicht überwinden konnte, sich als Werkzeug des englischen und russischen Imperialismus hergegeben.“

Die Chemnitzer „Volksstimme“ stellt fest, daß selbst die deutschfeindliche radikale „Berner Tagwacht“ jetzt hervorhebt, „daß Frankreich keineswegs überfallen worden ist, wie das französische Manifest es darstellt, sondern freiwillig wegen des französisch-russischen Geheimvertrages in den Krieg gegen Deutschland eingetreten ist. Wir erleben also den Tag“ — sagt die Chemnitzer „Volksstimme“ — „an dem wir ein deutsches Parteiblatt, die „Leipziger Volkszeitung“, bitten müssen, in deutscher Gesinnung und Wahrheitsliebe Unterricht bei der — „Berner Tagwacht“ zu nehmen. Unsere Opposition hat es herrlich weit gebracht.“ — Die „Leipziger Volkszeitung“ hat nämlich den wilden Kriegsschrei der französischen Sozialisten als harmlos hingestellt.

Die Zeit
9./I. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

KB Wien, 8. Januar.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Rußland.

7. Januar. In der Gegend von Riga richteten die Deutschen bei Olai erstickende Gasbomben gegen unsere Gräben. In der Gegend von Jakobstadt griffen dreißig russische Aufklärer in der Nähe von Dukern (5 Kilometer südwestlich von Jakobstadt) deutsche Aufklärer an, töteten im Nahkampf eine große Zahl mit dem Bajonett und nahmen 36 Mann gefangen, darunter einen Offizier. Wir besetzten den Flecken Czartorysk und die Höhe westlich davon, nahmen drei Offiziere und 76 Soldaten gefangen und erbeuteten Drahtvorräte. Feindliche Gegenangriffe, um Czartorysk wiederzunehmen, scheiterten. Nordöstlich von Czernowitz versuchten die Oesterreicher einen Gegenangriff mit erstickenden Gasen, wurden aber durch unser Feuer gezwungen, in ihre Stellungen zurückzugehen.

Italien.

6. Januar. Unsere kühnen Patrouillen kletterten die Berghänge, die vom Astico gegen Luserna aufsteigen, empor und beschädigten feindliche Deckungen und Unterkünfte. Im Fellatal zerstörten unsere schweren Kaliber die Arbeiten, die der Feind bei Malborgeth zur Wiederherstellung der Verschanzungen und Aufstellung der Geschütze ausgeführt hatte. Im Tolmeiner Becken wurden wiederholte feindliche Annäherungsversuche an unsere Linien sofort zurückgeschlagen. Lebhafter Geschützkampf von Plava bis zum Meer. Die feindlichen Aeroplane setzten ihre zahlreichen Flüge im Val Lagarina, Val Sugana, Val Dogana und im oberen Isonzotal fort. Hie und da abgeworfene Bomben richteten keinen Schaden an.

Montenegro.

6. Januar. Oesterreichisch-ungarische Flugzeuge entfalteten eine besondere Tätigkeit und warfen zahlreiche Bomben auf unsere Stellungen am Lovcen sowie drei Bomben auf Cetinje ab, ohne einen Erfolg zu erzielen.

Die Zeit
9./I. 1916

Kriegskalender.

2. Januar: Die Russen nehmen an der bessarabischen Front die Offensive auf und greifen unsere Stellungen bei Toporoutz heftig an. — Griechenland protestiert bei den Ententemächten gegen die Verhaftung der Konsuln in Saloniki.

3. Januar: Alle Durchbruchsversuche der Russen an der bessarabischen Front und an der Strypa scheitern. — Bei Mojkovac wird eine montenegrinische Abteilung geschlagen. — Die Mittelmächte, Bulgarien und die Türkei unternehmen einen gemeinsamen Schritt in Athen wegen der Verhaftung der Konsuln. — König Peter trifft in Saloniki ein. — Das montenegrinische Kabinett tritt zurück. — In Paris wird ein diplomatischer Kriegsrat der Entente eingesetzt.

4. Januar: In der Schlacht in Ostgalizien erlitten die Russen schwere Verluste. — Die Alliierten landen in der Bucht von Orphani starke Truppenkontingente. — Die in Saloniki verhafteten Konsuln werden über Marseille an die Schweizer Grenze gebracht.

5. Januar: In Ostgalizien und an der Grenze der Bukowina schlagen unsere Truppen neue Angriffe der Russen ab. — Asquith bringt im Unterhaus die Militärbill ein, die mit großer Majorität angenommen wird. Sir John Simon und die drei Arbeiterminister treten zurück. — Im ungarischen Abgeordnetenhaus gibt Graf Tisza eine Erklärung über die Verhaftungen in Saloniki ab.

6. Januar: Die Kampftätigkeit in Ostgalizien und an der bessarabischen Grenze läßt nach. — In Montenegro dringen unsere Truppen bei Berane und Rozaj erfolgreich vor. In der Bocche di Cattaro kommt es zu Artilleriekämpfen.

7. Januar: Bei Czartorysk und Buczacz werden die Russen zurückgedrängt. Die Verluste der Russen in den Neujahrskämpfen an der bessarabischen Grenze und an der Strypa betragen 50.000 Mann. — Bei Mojkovac, Berane, Rozaj und zwischen Ipek und Plav werden die Montenegriner aus ihren Stellungen geworfen. — In der Nordsee sinkt das englische U-Boot „E 17".

8. Januar: Die Schlacht in Ostgalizien und an der Grenze der Bukowina ist aufs neue entbrannt. — Ein Vorstoß der Deutschen am Hartmannsweilerkopf ist von Erfolg begleitet. — Vor San Giovanni di Medua sinkt ein italienischer Dampfer mit montenegrinischen Rekruten an Bord.

Kriegskalender.

3. Jänner: Im Raume von Toporoutz scheitern russische Durchbruchsversuche; an der Serethmündung, der unteren Strypa, am Korminbach und Styr werden vereinzelte russische Vorstöße abgewiesen. — Nördlich der Straße La Bassee—Bethune sind eine große Sprengung und anschließend ein Feuerüberfall auf breiter Front für die Deutschen erfolgreich .— In Saloniki werden etwa 1000 Untertanen der Vierbundstaaten sowie der norwegische Honorarkonsul verhaftet. — Die britischen Dampfer „St. Oswald" und „Glengyle" sowie der japanische Dampfer „Kenkoku Maru" versenkt. — Demission des Staatssekretärs für Inneres Sir John Simon. — Das montenegrinische Kabinett tritt zurück. — Der indische Nationalkongreß verlangt für Indien die Selbstregierung.

4. Jänner: Neuerliche russische Durchbruchsversuche bei Toporoutz werden überall, zum Teile in lang andauerndem, blutigen Handgemenge, abgeschlagen; besonders erbitterte Kämpfe der Warasdiner beim Hegerhaus östlich von Rarancze; ebenso scheitern russische Angriffe nördlich von Okna, gegen die Brückenschanze bei Uscieczko und im Raume nordöstlich von Buczacz. — An der italienischen Front Artilleriekämpfe; der Ort Malborgeth wird abermals bombardiert. — Im Mittelmeere wird der englische Dampfer „Geelong" (7954 Tonnen) versenkt. — Das türkisch-bulgarische Abkommen vom Sobranje einstimmig genehmigt.

Die Zeit
9./I. 1916

— (**Der wirtschaftliche Zusammenschluß der Vierverbandsmächte.**) Im Laufe dieses Monats wird in London eine außerordentliche Generalversammlung der englischen Handelskammern stattfinden, an der auch eine Vertretung der französischen Handelskammern teilnehmen soll. Von letzteren wird eine gegen die Mittelmächte gerichtete gemeinsame Handelspolitik des Vierverbandes angeregt werden, die nach Beendigung des Krieges ins Leben treten soll, tatsächlich aber ihrem Wesen nach eine Fortsetzung des Krieges auf wirtschaftlichem Gebiete bilden würde. Nach dem Temps ergeben sich für die zukünftige Handelspolitik der Vierverbandsstaaten folgende Leitsätze an: 1. Schließung eines Schutz- und Trutzbündnisses der Verbandsmächte gegen die gegenwärtig feindlichen Staaten; 2. das Inkrafttreten dieses Handelsbündnisses mit dem Tage der Unterzeichnung des Friedens. Der Temps selbst stellt folgende Forderungen auf: Kein Schiff, das ganz oder teilweise den Untertanen eines feindlichen Staates gehört, darf in irgendeinem Hafen der verbündeten Länder einen Passagier landen oder aufnehmen. Von der Fracht solcher Schiffe ist auf jede Bruttotonne eine Gebühr zu erheben bei Einfahrt in den Hafen, außer bei einem durch Seegefahr verursachten Anlaufen. Die Niederlassung jeder Filiale oder Agentur eines Bankhauses oder einer Speditionsfirma, deren Inhaber Deutsche oder Oesterreicher sind, ist zu untersagen. Auf jede Ware, die in Deutschland eine Ausfuhrprämie genießt, ist ein Kompensationszoll zu erheben. Für den Handelsverkehr der verbündeten Länder untereinander ist freier Warenaustausch zu fordern, das heißt Befreiung von allen anderen als den rein staatlichen Abgaben. Temps erwartet von der Beratung, deren Programm zwar begrenzt sei, sich nur auf zwei der verbündeten Länder beschränke und nur von den Handelskammern, nicht aber von den staatlichen Organen ausgehe, keine entscheidenden Resultate, verlangt aber dringend „die Teilnahme der französischen Organe bei Zusammentragung des Materials, das dazu dienen wird, die französischen Interessen bei den zu fassenden Beschlüssen zur Geltung zu bringen".

Die Zeit 9./1.1916

Der Riß in der Sozialdemokratie.

Von H. v. Gerlach (Berlin).

Die deutsche Sozialdemokratie hat zwei Väter: den, wenn nicht theoretisch, so doch gefühlsmäßig mehr nationalen Lassalle und den korrekten internationalen Marx. Diesem ihrem doppelten Ursprung entsprechend trat sie auch gespalten in die parlamentarische Arena: die vier oder fünf Lassalleaner unter z. B. von Schweitzers Führung auf der einen und die zwei „Eisenacher" Bebel und Liebknecht auf der anderen Seite. Beide Fraktionen — wenn man diesen tönenden Namen auf die Grüppchen anwenden darf — leisteten sich den Luxus nicht nur des Getrennt-Marschierens, sondern auch den des Getrennt-Schlagens. Unter Umständen schlugen sie sogar recht kräftig aufeinander los.

Von historischer Bedeutung wurden die Gegensätze beider Fraktionen bei dem Ausbruch des Krieges 1870. Die Lassalleaner stellten sich mit den bürgerlichen Parteien in Reih und Glied und stimmten am 21. Juli für den von der Regierung des Norddeutschen Bundes geforderten Kredit von 120 Millionen Talern. Die beiden „Eisenacher" waren unter sich nicht ganz einig. Wilhelm Liebknecht war für Ablehnung des Kredits, während August Bebel für Stimmenthaltung plädierte. Schließlich fügte sich Liebknecht den Argumenten Bebels. Beide enthielten sich der Abstimmung und begründeten in einer zu den Reichstagsakten gegebenen Erklärung ihr Verhalten. So zurückhaltend es war, so genügte es doch, um Stürme der Entrüstung gegen sie zu entfesseln, ja es brachte sie mit ihrem eigenen Parteiausschuß vorübergehend in Differenzen.

Wenige Monate des Krieges reichten aus, um die zu Beginn ganz und gar zerrissene Sozialdemokratie zu einen. Als nach Sedan die Regierung wieder eine Kreditvorlage einbrachte (diesmal von 100 Millionen Talern), stimmten beide sozialdemokratischen Fraktionen dagegen, weil sie die Fortsetzung des Krieges für nur durch den Wunsch nach Annexionen begründet ansahen. Bebel und Liebknecht protestierten mit höchster Energie gegen die Regierungsvorlage. Ihre Reden führten, wie Bebel das eindrucksvoll in seinen Memoiren schildert, einen förmlichen Tobsuchtsanfall des hohen Hauses herbei. Man überschüttete die Sozialdemokraten nicht nur mit Schimpfworten, sondern drang mit erhobenen Fäusten auf sie ein und wollte sie hinauswerfen. Jedenfalls — die bürgerlichen Parteien waren (mit Ausnahme der Welfen) einig gegen die Sozialdemokratie, aber auch die Sozialdemokratie war unter sich einig.

Nachdem sich 1875 die beiden sozialdemokratischen Parteien auf dem Kongreß in Gotha verschmolzen hatten, hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag ihren Stolz darein gesetzt, immer geschlossen vor der Oeffentlichkeit aufzutreten. So heftige innere Kämpfe die Volksversammlungen, die Presse, die Parteitage und die Fraktionssitzungen durchtobten, bei den parlamentarischen Aktionen war man „un et indivisible". Die in der Fraktion überstimmte Mehrheit mußte sich schweigend fügen. Es gab keine Minderheitserklärungen. Es gab nicht einmal ein Minderheitsvotum. Wem sein Gewissen verbot, mit der Fraktionsmehrheit zu stimmen, der entfernte sich still vor der Abstimmung aus dem Saal. Keine Reichstagsfraktion mit Ausnahme der kleinen polnischen ist all die Jahrzehnte hindurch so geschlossen in ihrem parlamentarischen Auftreten geblieben, wie die sozialdemokratische.

Mit diesem sozusagen heiligen Brauch ist am 21. Dezember 1915 zum erstenmal gebrochen worden. In der Fraktion hatten sich etwa zwei Fünftel gegen und drei Fünftel für die Bewilligung des neuen Zehnmilliardenkredits erklärt. Der Tradition der Partei entsprechend wäre es Pflicht der zwei Fünftel gewesen, sich schweigend zu fügen. Ihnen schien jedoch der Anlaß zwingend, die Differenz nicht im Schoße der Fraktion zu begraben. Sie glaubten, bei der noch unabsehbar langen Dauer des schon so langen Krieges dürften sie nicht länger zögern, ihren Standpunkt der Masse der Parteimitglieder offen zu deklarieren, zumal sie meinen, daß sie, die parlamentarische Minderheit, die Vertreter des alten Parteiprogramms und sachlich auch der alten Parteitradition seien. Sie geben zu, daß sie formell eine neue Bahn beschritten haben. Aber sie erklären, das sei notwendig gewesen, weil die anderen materiell von der sozialdemokratischen Tradition abgewichen seien. In Presse und Versammlungen sei es ihnen unter dem Kriegsrecht unmöglich gewesen, ihren Standpunkt — den sie für den allein unverfälschten sozialdemokratischen halten — zum Ausdruck zu bringen. Deshalb hätten sie, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, das einzige ihnen offen stehende Forum, das des Reichstages, benützen müssen, um den Parteigenossen im Lande reinen Wein einzuschenken, sie zur eigenen Prüfung der Sachlage und zur Entscheidung zwischen den beiden Richtungen aufzufordern. Sie seien zu diesem Vorgehen um so mehr berechtigt oder sogar verpflichtet gewesen, als es noch durchaus nicht sicher sei, ob hinter der Mehrheit der Fraktion auch die Mehrheit der Partei stehe.

So kam es, daß Geyer im Namen von zwanzig sozialdemokratischen Abgeordneten die Ablehnung des neuen Kriegskredits öffentlich motivierte. Die dreiundzwanzig weiteren Abgeordneten, die in der Fraktion auch für die Ablehnung des Kredits gestimmt hatten, schlossen sich dieser Demonstration nicht an, weil ihnen die Hochhaltung der formellen Parteitradition noch wichtiger schien. Sachlich, aber nicht formell mit dem Vorgehen des Geyer und Genossen einverstanden, entfernten sie sich vor der Abstimmung aus dem Saal.

Diese Vorgänge haben selbstverständlich ungeheures Aufsehen erregt, weil sie ganz unbegrenzte Perspektiven eröffnen. Die Sozialdemokratie ist die größte Partei Deutschlands. Ihr gehört ein Drittel der deutschen Wähler und mehr als ein Viertel der deutschen Abgeordneten an. Ihre Zukunft ist zu einem wesentlichen Teil mitbestimmend für die Zukunft der deutschen Politik überhaupt.

Prophezeien halte ich für Unfug, diagnostizieren dagegen für geboten. Wie steht es heute mit der inneren Verfassung der deutschen Sozialdemokratie?

Verschiedene Richtungen in ihr hat es immer gegeben, wie ja wohl jede Partei einen rechten und einen linken Flügel aufweist. Die Schlagworte „Radikale" und „Revisionisten" kennzeichneten in den letzten Jahrzehnten die Gegensätze innerhalb der Partei.

Der Krieg hat in jeder Beziehung als „Ferment der Dekomposition" gewirkt: grundstürzend, umbildend, von links nach rechts und umgekehrt verschiebend, zerspaltend, die Gegensätze verschärfend. Wenn man sich über die Stimmung in der Sozialdemokratie und die voraussichtliche künftige Entwicklung klar werden will, muß man zu rubrizieren versuchen, selbst wenn man weiß, daß jede Rubrizierung etwas Gewaltsames hat.

Vier Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie sind zu unterscheiden: eine extreme linke, ein linkes Zentrum, ein rechtes Zentrum, eine extreme Rechte.

Die äußerste Linke wird durch den Namen Liebknecht gekennzeichnet. Es gibt allerdings noch links davon eine Gruppe, die sich um die „Lichtstrahlen" des früheren Landtagsabgeordneten Julian Borchardt gruppiert. Sie soll sich neuerdings unter dem Namen „Internationale Sozialisten Deutschlands" konstituiert haben. Aber sie ist so schwach (parlamentarisch überhaupt nicht vertreten), daß sie bei der Betrachtung außer Spiel bleiben kann. Karl Liebknecht dagegen, einem Sohn Wilhelm Liebknechts, ist ein gewisser Einfluß nicht abzusprechen. Er ist ein überaus unruhiger Kopf,

Die Zeit 9.II.1916

II

7

Der Riß in der Sozialdemokratie.

Idealist reinsten Wassers, aber ein sehr unglücklicher Politiker. Ihm fehlt vor allen Dingen das politische Augenmaß. Der alte Bebel hat so und so oft auf Parteitagen seinen ganzen Zorn gegen die antimilitaristischen Anträge spielen lassen, die Liebknecht etwa im Sinne des Hervé von vor zehn Jahren zu vertreten beliebte. Er sah in dem jungen Liebknecht einen gefährlichen Schwarmgeist. Karl Liebknecht ist älter geworden, Reichstags- und Landtagsabgeordneter dazu. Aber sein Auftreten hat noch immer etwas übertrieben Jugendliches. Den Begriff „Parteidisziplin" gibt es für ihn nicht. Wenn er trotzdem eine nicht ganz kleine Anhängerschaft hat, so um deswillen, weil er den Eindruck eines Tapferen macht. „Er redet wenigstens, wo alle anderen nicht den Mut dazu haben", so flüstern viele einander zu. Das gibt ihm ein gewisses populäres Relief. Der praktische Politiker hebt vor ihm zurück. Aber — er muß mit ihm und seinem Anhang immerhin rechnen.

Das linke Zentrum ist die Gruppe, die durch die Namen Haase, Kautsky, Bernstein repräsentiert und von den Sympathien des Zentralorgans der Partei, des Vorwärts, getragen wird. Es enthält die politischen Köpfe, die sachlich mit Liebknecht ungefähr einer Meinung sind, durch sein untaktisches Vorgehen aber ununterbrochen kompromittiert werden. Hugo Haase, einer der beiden Parteivorsitzenden, ein überaus kluger Jurist, ist die Seele dieses linken Zentrums. Daß sich die beiden wissenschaftlichen Antipoden vor dem Kriege, Bernstein, der Vater des Revisionismus, und Kautsky, der Hohepriester des Marxismus, an seine Seite gestellt haben, ist ein nur für den oberflächlichen Beschauer überraschendes Schauspiel. Bei Kautsky könnte diese Stellungnahme vielleicht selbstverständlich scheinen, wenn nicht die Erfahrung gelehrt hätte, daß extreme Radikale von vorgestern wie der Abg. Dr. Lensch und viele andere durch den Krieg nach äußerst rechts getrieben worden sind. Eduard Bernstein aber ist eine zu ehrliche Haut und zugleich ein zu guter Kenner des Auslandes, als daß nicht sein Platz auf der Linken angezeigt gewesen wäre. Diese staatsmännische Linke (so nenne ich sie im Gegensatz zu dem freischärlerischen Outsider Liebknecht) gewinnt von Monat zu Monat an Einfluß in der Partei. Ihr Wachstum wird gekennzeichnet durch die Ziffern der Abstimmung über die Kriegskredite in der Fraktion: das erstemal waren 14 dagegen, das zweite Mal 27, das dritte Mal 33 und jetzt 43! Selbst so ausgesprochene Revisionisten von einst wie die Abgeordneten Edmund Fischer und Dr. Erdmann gehören jetzt zu diesem linken Zentrum.

Das rechte Zentrum stellt heute noch die offizielle Vertretung der Partei dar. Ihm gehört die Mehrheit des Parteivorstandes und der Gewerkschaftsführer an. Es verfügt also über die wichtigsten Instrumente der Arbeiterbewegung. Der Hauptvertreter dieser Mehrheitsgruppe vor der Oeffentlichkeit ist der sehr diplomatisch veranlagte Scheidemann, kein Mann von Tiefe, aber eine Persönlichkeit von hervorragendsten Oberflächeneigenschaften. Er, der in Friedenszeiten immer eine Art vermittelnder Stellung zwischen rechts und links eingenommen hatte, hat sich jetzt mit großer Entschiedenheit auf die Seite der Mehrheit gestellt, also einen deutlichen Ruck nach rechts vollzogen. Als „heimlicher Kaiser" — oder Präsident, muß man wohl im Sinne der alten Sozialdemokratie sagen — des rechten Zentrums fungiert der alte Revisionist Dr. David, ein Gelehrter von Geist und Wissen, sehr tätig, sehr geschickt, sehr theoretisch und einigermaßen weltfremd. Das rechte Zentrum tritt mit derselben Entschiedenheit wie das linke Zentrum dafür ein, daß über alle Differenzen hinweg die Einheit der Partei aufrechterhalten bleibe. Es ist für Kriegskredite, aber nicht für Annexionen.

Aeußerst rechts ist man von der Notwendigkeit einer Spaltung der Partei meist gerade so überzeugt wie äußerst links. Die äußerste Rechte gruppiert sich nicht so fest um einen bestimmten Mittelpunkt wie die äußerste Linke um Liebknecht. Die Männer der äußersten Rechten haben anscheinend zum größten Teil ihren Frieden mit der bestehenden Gesellschaftsordnung gemacht. Die einen bekunden dies, indem sie in einer Weise für die Schutzzollpolitik Propaganda machen, daß die Organe des Bundes der Landwirte mit Begeisterung von ihren Auslassungen Kenntnis nehmen. Andere scheinen ihre Stellung zur Monarchie einer Revision unterzogen zu haben und schreiben im Hofstil über hochgestellte Persönlichkeiten.

Noch andere verhöhnen nach Noten die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Wieder andere preisen die wohltätigen Wirkungen des Krieges. Gemeinsam ist wohl allen die „elastische" Stellung zur Frage der Annexionen, wenn sie nicht gar, wie der Abgeordnete Peus, schon offen für gewisse Gebietserweiterungen eintreten. Einer ihrer Wortführer, der Chefredakteur Heilmann von der Chemnitzer Volksstimme, faßte seine neuerworbene Weltanschauung in die Worte zusammen: „Ich gehe zum Hindenburg!" Mehr oder weniger deutlich schimmert durch alle Kundgebungen der sozialdemokratischen äußersten Rechten der Wunsch hindurch, die revolutionäre Sozialdemokratie in eine nationalistische Reformpartei umzugießen.

Können so verschieden gerichtete Gruppen dauernd zusammen bleiben? Ich glaube, wer den Tatsachen ins Auge blickt, kann nicht mehr die Frage aufwerfen: Spaltung oder nicht? — sondern nur noch die: Spaltung oder Absplitterung?

Daß alle zusammenbleiben, scheint ausgeschlossen. Zweifelhaft ist nur, ob der Riß mitten durch die Partei gehen und zwei getrennte Heerlager schaffen wird, oder ob lediglich äußerst rechts oder äußerst links ein paar Kompanien oder gar nur ein paar Kompanieführer sich loslösen werden.

Niemand vermag heute auch nur begründete Vermutungen darüber anzustellen, wie der Gang der Entwicklung innerhalb der Sozialdemokratie sein wird. Gewiß, die Gegensätze haben sich außerordentlich zugespitzt, derart, daß leicht die Einen von den Anderen denken mögen, wie Luther von den Kalvinisten: „Sie haben einen anderen Geist." Die Gegensätze werden zudem noch vergiftet durch die Unmöglichkeit, sie offen zum Austrag zu bringen. Das Ventil der freien Aussprache fehlt. Fast meint man, der Riß sei schon so groß, daß er eines Tages zu unüberbrückbarer Kluft werden müsse. Andererseits haben wir schon wiederholt erlebt, daß die Sozialdemokratie von außen wieder zusammengeschweißt worden ist, nachdem sich eben noch scheinbar unversöhnliche Gegensätze in ihr aufgetan hatten. Regierung und bürgerliche Parteien haben so manches Mal dies Kunststück fertiggebracht. „Wir leben ja nur von den Fehlern unserer Gegner," hat einmal der alte Bebel mit paradoxer Zuspitzung gesagt.

Fast mehr noch als von der inneren Entwicklung der Sozialdemokratie selbst hängt es von dem Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien bei und nach dem Friedensschluß ab, ob Deutschland in Zukunft eine oder zwei sozialistische Parteien haben wird.

9./I. 1916

Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende im Haag.

Köln, 8. Jänner. (Privat.) Der Zürcher Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" drahtet: In einer Haager Korrespondenz der „Neuen Zürcher Zeitung" wird versichert, daß in denjenigen Kreisen der niederländischen Residenzstadt, die mit dem Hofe sowie mit den diplomatischen Kreisen verkehren, die Ueberzeugung von einem nahen Ende des Weltkrieges besteht. Man rechne darauf, daß die militärische Entscheidung im Frühjahr fallen werde. Sowohl im Westen wie im Osten müsse die Offensive der Franzosen und Engländer einerseits und der Russen andererseits eine einschneidende Veränderung der gesamten militärischen Lage herbeiführen. Wie immer der Ausgang dieser Offensive sein wird, ihr Erfolg oder Mißerfolg wird den Frieden beschleunigen. Zwei Dinge gelten in Haager unterrichteten Kreisen aber schon heute als völlig ausgeschlossen, daß nämlich das Kriegsende durch die Aushungerung oder durch die Erschöpfung der militärischen und finanziellen Kräfte der Mittelmächte sowie ihre Besiegung bedingt sein wird. Im allergünstigsten Falle rechnen die maßgebenden Kreise in London, Paris und Petersburg nur noch auf eine Zurückdrängung der Truppen der Zentralmächte auf deren eigenes Gebiet. Alle Hoffnungen auf die Besetzung deutscher oder österreichisch-ungarischer Gebietsteile, auf den Vormarsch nach Berlin oder Wien sind endgültig aufgegeben. Was darüber noch in den Blättern des Vierverbandes gelesen wird, sei ein unverantwortliches Zeitungsgeschwätz.

Vossische Zeitung 9./I. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokraten lehnen das neue König-Ludwig-Kreuz ab. Aus München wird uns gedrahtet: In der umfangreichen Liste der am Geburtstag des Königs Ludwig mit dem neuen König-Ludwigs-Kreuz Bedachten sind mehrere Sozialdemokraten, meist Mitglieder von Gemeindebehörden. Der neue Orden wurde gestiftet als Zeichen ehrender und dankbarer Anerkennung für solche Personen, die sich während des Krieges durch dienstliche oder freiwillige Kriegsarbeiten in der Heimat besondere Verdienste um das Heer und die allgemeine Wohlfahrt des Landes erworben haben. Unter voller Anerkennung der freundlichen Absicht des Königs werden in Uebereinstimmung mit dem einmütig gefaßten Beschluß der Münchener sozialdemokratischen Parteileitung die mit dem König-Ludwigs-Kreuz bedachten Sozialdemokraten den Orden mit höflichem Danke zurückgeben, da es die Sozialdemokraten als selbstverständliche grundsätzliche Pflicht erachten, die Wohlfahrt des Landes zu pflegen. — Es ist keinem Sozialdemokraten eingefallen, das Eiserne Kreuz abzulehnen, vielmehr tragen auch sie es mit Stolz. Das König-Ludwigs-Kreuz aber wird gleichfalls für Verdienste während des Krieges verliehen. Weshalb da die Demonstration?

Wie sollen sich die Gewerkschafter verhalten, die als Reichstagsabgeordnete heute zur Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehören, wenn sich wirklich die Mehrheit in eine Minderheit wandeln sollte? Diese Frage wird von der „Allgem. Steinsetzer-Ztg.", dem Organ des Verbandes der Steinsetzer und Pflasterer, aufgeworfen und dort von dem Redakteur A. Knoll, wie folgt, beantwortet: Die Gewerkschafter im Reichstag „sind meiner Auffassung nach in erster Linie Gewerkschafter und nicht Politiker und sie haben im Interesse der Gewerkschaften die unbedingte Pflicht, auch im Reichstage positive Gewerkschaftspolitik zu treiben. Das können sie nicht, indem sie sich der etwaigen neuen Mehrheit schweigend unterordnen. Es bleibt ihnen also gar nichts anderes übrig — das müßten nötigenfalls die gesamten Gewerkschaften von ihnen verlangen — als in solchem Falle ihr Reichstagsmandat niederzulegen und eine Wiederwahl davon abhängig zu machen, daß ihre Wähler sie ausdrücklich ermächtigen, die Mittel zur Landesverteidigung solange zu bewilligen, als solche notwendig sind."

Verpflegungsgebührnisse bei Urlaub. Durch Kaiserliche Kabinettsorder ist bestimmt worden, daß den während des gegenwärtigen Krieges unter Gewährung freier Fahrt beurlaubten Mannschaften mobiler und immobiler Formationen für die Dauer des Urlaubes Verpflegungsgebührnisse gewährt werden dürfen. Diesen Urlaubern stehen nach einer kriegsministeriellen Ausführungsverfügung diejenigen Unteroffiziere gleich, die an sich auf freie Fahrt Urlaub hätten, zur Erreichung ihres Urlaubsortes von dieser Vergünstigung jedoch keinen Gebrauch machen. Der Verpflegungssatz beträgt 1,50 Mark für den Urlaubstag. Nicht zuständig sind die Gebührnisse bei häufig wiederkehrenden Beurlaubungen, wie Sonntagsurlaub und dergleichen, bei Beurlaubungen zum Zwecke der Beschäftigung in gewerblichen Betrieben, bei denen vom Arbeitgeber Entschädigung gewährt wird, und bei Beurlaubungen von Gehalt empfangenden Unteroffizieren. Diese Bestimmungen sind mit dem 21. Dezember 1915 in Kraft getreten.

Vossische Zeitung 10/I. 1916.

Der Sonderbund in der Sozialdemokartie

Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Parteivorstandes, Abg. Haase, hat vor kurzem in einem Artikel gegen Wolfgang Heine geschrieben:

„Es ist eine durchaus unwahre Darstellung, daß die Minorität einen Sonderbund bilde. Sie trennt sich nicht von der Partei, sondern sucht sie zu festigen, und sie erlebt die Genugtuung, daß ihr Vorgehen zwar nicht in rührenden, aber in frisch-kräftigen Worten vielfach die vollste Zustimmung findet."

Zu dieser Erklärung des Parteivorsitzenden erklärt das sozialdemokratische Organ in Dortmund, die „Arbeiter-Zeitung":

„Wenn Haase das glaubt, was er sagt, dann kann man nur erwidern, er weiß selbst nicht, was vorgeht, und wird von der Minderheit ganz unglaublich an der Nase herumgeführt. Wahr ist, daß der Sonderbund längst besteht, Konferenzen und Sitzungen abhält und Schmähschriften verbreitet. Wahr ist, daß diese Leute während des Krieges um alles in der Welt keinen Parteitag wollen, daß sie sich aber mit dem Plane einer Reichskonferenz tragen, die in Wirklichkeit ein Parteitag des Sonderbundes der Minderheit sein soll. Für den Parteitag des Sonderbundes ist rege agitiert worden, und es sind auch schon Delegiertenwahlen vorgenommen worden. Wenn nun in den Blättern und von Personen der Minderheit immerzu betont wird, sie wollten keine Trennung, sie wollten gerade die Festigung der Partei, so wird man in Anbetracht der bekannten Tatsachen davon leider nur noch mit allem nötigen Vorbehalt Kenntnis nehmen können. Ob Haase von diesen Dingen wirklich keine Kenntnis hat?"

Nach dem „Hamb. Echo" hat sich Haase gelegentlich einer Zusammenkunft von Redakteuren der Parteiblätter in den ersten Kriegsmonaten sehr scharf gegen Konventikel ausgesprochen, die schon damals zu spuken begannen. „Seine Ausführungen machten den Eindruck, daß er Kenntnis von den Treibereien gewisser Personen habe und sie mißbillige."

Vossische Zeitung 10/I. 1916.

Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteiausschusses.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß hat, wie wir schon im größten Teil unserer Sonntagnummer mitgeteilt haben, am Sonnabend mit 28 gegen 11 Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„Der Parteiausschuß, nach dem Statut der Partei berufen, über wichtige die Gesamtpartei berührende Fragen ein Gutachten abzugeben, erklärt zu den Vorgängen in der Reichstagsfraktion und zu der Bewilligung der Kriegskredite:

Die Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten am 21. Dezember 1915 war wohl begründet. Sie ist die folgerichtige Fortführung der am 4. August 1914 eingeleiteten Politik, deren Voraussetzungen auch heute noch gegeben sind. Die Gegner zeigen noch keinerlei Geneigtheit zum Frieden, beharren vielmehr auf ihrer Absicht, Deutschland und seine Verbündeten wirtschaftlich und militärisch niederzuwerfen.

Die Durchkreuzung der Politik unserer Fraktion durch das Vorgehen der zwanzig Fraktionsmitglieder, die entgegen dem Fraktionsbeschluß die Kredite ablehnten und eine besondere Erklärung abgaben, ist aufs schärfste zu verurteilen.

Diese Sonderaktion ist zugleich ein schroffer Bruch mit den besten Ueberlieferungen der Arbeiterbewegung und gefährdet die Einheit und Schlagkraft der Partei in bedrohlicher Weise. Sie ist nicht geeignet, die von der Gesamtfraktion unternommene Friedensaktion zu stärken und dient den Interessen der Arbeiterklasse in keiner Richtung. Das Ergebnis des französischen Sozialistenkongresses ist dafür der denkbar durchschlagendste Beweis.

Insbesondere verdient das Verhalten des Genossen Haase die schärfste Mißbilligung. Indem Haase sich an dem Disziplinbruch beteiligte, hat er aufs neue und in noch schlimmerer Weise als durch das „Gebot der Stunde" gegen die Pflicht verstoßen, die ihm sein Amt als Vorsitzender der Parteiorganisation auferlegt.

Weiter stellt der Parteiausschuß fest, daß der „Vorwärts" seine Pflicht als Zentralorgan der Partei nicht erfüllt. Statt die Politik der Partei zu vertreten, fördert die Redaktion des „Vorwärts" die auf Parteizerrüttung gerichteten Bestrebungen. Damit verwirkt der „Vorwärts" jedes Recht, als Zentralorgan der deutschen Partei zu gelten.

Der Parteiausschuß spricht in diesem Beschluß drei Rügen aus: zunächst gegen die 20 Kreditverweigerer im allgemeinen, dann ganz besonders gegen den Vorsitzenden der Partei, Abg. Haase, und zuletzt, doch nicht am wenigsten, auch gegen den „Vorwärts" als sogenanntes Zentralorgan der Partei. Der Parteiausschuß bestätigt und verschärft die Rüge, in der die Reichstagsfraktion sofort am 21. Dezember unmittelbar nach der Ablehnung des Zehn-Milliarden-Kredits durch 20 Fraktionsmitglieder diesen Disziplinbrechern mit 63 gegen 15 Stimmen erklärt hat, daß ihre Sonderaktion die Einheit der parlamentarischen Aktion in der schwierigsten politischen Lage zerstört und darum auf das schärfste zu verurteilen ist. Mit ganz besonderem Nachdruck brandmarkt der Parteiausschuß das Verhalten des Abg. Haase, der sich gezwungen gesehen hat, vom Vorsitz in der Reichstagsfraktion zurückzutreten, aber den Vorsitz im Parteivorstand bis zum nächsten Parteitag zu behalten gedachte, obwohl er weder im Parteivorstand, noch in dessen Beirat, dem Parteiausschuß, sich auf eine Mehrheit stützen kann. Wenn er wirklich formell Parteivorsitzender auch nach der öffentlichen Verurteilung durch den Parteiausschuß noch weiter bleibt, so wird er meistens Beschlüsse mit seinem Namen decken müssen, die er mißbilligt. Der „Vorwärts" hat sofort in seiner Sonntagsnummer den ihm erteilten scharfen Tadel des Parteiausschusses durch Schimpfen beantwortet. Der Parteiausschuß, der sich durch sein Verdammungsurteil nur lächerlich mache, werde sich zum mindesten gedulden müssen, „bis der nächste Parteitag zu den Wünschen nach einem gefügigen Zentralorgan in den Händen des Parteivorstandes wird Stellung nehmen können". Das Gutachten des Parteiausschusses ist nach Ansicht des „Vorwärts" „geradezu Oel ins Feuer" und muß „zu einer weiteren Verbitterung der Parteiauseinandersetzungen führen". — Wenn der „Vorwärts" damit den 20 Disziplinbrechern und ihren Freunden im Lande aus dem Herzen spricht, würde es also auch nach dem Spruch des Parteiausschusses alles beim alten bleiben: bei Worten und immer wieder bei Worten, denen Taten nicht folgen.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Montenegro.

6. Jänner. Der Feind befindet sich mit beträchtlichen Streitkräften an unserer Nordfront gegen Mojkovac und in der Richtung auf Suhido (auf der Karte nicht auffindbar), Berane und Rozaj im Vorgehen und unternimmt wütende Angriffe mit 20 Bataillonen, zahlreichen Geschützen und Maschinengewehren. Wir fügten den Oesterreichern schwere Verluste zu; auch die unserigen waren fühlbar. Wir hielten die meisten Stellungen fest, nur drei Dörfer wurden vom Feinde besetzt. Der sehr erbitterte Kampf dauert fort.

Rom, 7. Jänner. Das montenegrinische Generalkonsulat teilt folgendes amtliche Telegramm aus Cetinje mit:

5. Jänner. An der Nordfront ergebnisloser Artilleriekampf, an der Ostfront in der Richtung Mojkovac und Berane griff der Feind mit 7 Bataillonen heftig unsere Stellungen an, aber alle Angriffe wurden energisch abgewiesen. An der Südfront Artilleriekämpfe. Große feindliche Truppenansammlungen werden bei Bilek und Trebinje gegen die Westfront Montenegros wahrgenommen. Am Lovcen Artilleriekämpfe. Ein deutsches Flugzeug fiel bei Merkotevic (auf der Karte nicht auffindbar) herunter.

Belgien.

Das übliche Artillerieduell. Sehr heftiges Feuer im Abschnitte von Steenstraete; dort entwickelte sich auch ein heftiger Kampf mit Bombenwürfen.

Orientarmee. Keine Veränderung an der Front unseres Expeditionskorps.

Frankreich.

8. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Die Nacht war verhältnismäßig ruhig. Unsere Artillerie zerstörte nördlich der Aisne die östlich Fontenoy gelegenen Mühlwerke von Chatillon, die vom Feinde für Verteidigungszwecke eingerichtet worden waren.

11 Uhr abends. Unsere Artillerie beschoß erfolgreich feindliche Arbeiten an verschiedenen Stellen der Front. Südlich von Arras wurde ein Panzerturm zerstört. Nördlich der Aisne ebneten wir bei Berry-au-Bac auf der Höhe 108 deutsche Gräben ein; in dieser Gegend rief unser Feuer zwei starke Explosionen hervor. Oestlich St. Mihiel zerstörten wir zwei Blockhäuser. Am Hartmannsweilerkopf unternahm der Feind während der letzten Nacht nach einer heftigen Beschießung einen Angriff auf unsere Stellungen zwischen dem Rehfelsen und dem Hirzstein; er konnte nur in einem kleinen Grabenstück Fuß fassen, woraus er am Morgen durch einen Gegenangriff wieder vertrieben wurde; Gefangene und ein Maschinengewehr blieben in unseren Händen.

England.

London, 8. Jänner. Bericht aus dem britischen Hauptquartier: Wir ließen beim La Bassée-Kanal eine Mine springen. Ein deutsches Flugzeug ließ hinter unseren Linien zwei Bomben fallen, doch wurde kein Schaden angerichtet. An verschiedenen Punkten fanden unbedeutende Artilleriekämpfe statt. Einige Volltreffer wurden in einer feindlichen Batterie südöstlich von Armentières und im Bereiche nördlich der Somme erzielt. Ein deutsches Raketenmagazin wurde zerstört.

Fremdenblatt
10./I. 1916

Die Vorgänge in der deutschen Sozialdemokratie.

Beschlüsse gegen die Dissidenten und den „Vorwärts".

K. **Berlin,** 9. Jänner. Der sozialdemokratische Parteiausschuß, der gemeinsam mit dem Parteivorstand in Berlin tagte, nahm zu den Vorgängen in der Reichstagsfraktion und zu der Bewilligung der Kriegskredite mit 28 gegen 11 Stimmen eine Entschließung an, worin es heißt: Die Zustimmung der Fraktion zu den Kriegskrediten am 21. Dezember 1915 war wohl begründet. Sie ist die folgerichtige Fortführung der am 4. August 1914 eingeleiteten Politik, deren Voraussetzungen auch heute noch gegeben sind. Die Gegner zeigen noch keine Gelegenheit zum Frieden, beharren vielmehr auf ihrer Absicht, Deutschland und seine Verbündeten wirtschaftlich und militärisch niederzuwerfen. Die Durchkreuzung der Politik unserer Fraktion durch das Vorgehen der 20 Fraktionsmitglieder, die entgegen dem Fraktionsbeschluß die Kredite ablehnten und eine besondere Erklärung abgaben, ist auf das schärfste zu verurteilen. Insbesondere verdient das Verhalten des Genossen Haase schärfste Mißbilligung. Weiter stellt der Parteiausschuß fest, daß der „Vorwärts" seine Pflicht als Zentralorgan der Partei nicht erfüllt, die auf Parteizerrüttung gerichteten Bestrebungen gefördert und damit jedes Recht als Zentralorgan der Partei zu gelten, verwirkt hat.

Vossische Zeitung 11./5. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Eine Rüge gegen ein Mitglied der Fraktionsmehrheit. Der Vertreter für Berlin II Richard Fischer hat am 21. Dezember für den Kriegskredit gestimmt. In der sozialdemokratischen Kreiskonferenz des zweiten Berliner Wahlkreises wurde aber gestern nach einem Referat des Abgeordneten Richard Fischer nachstehende Resolution mit 57 gegen 17 Stimmen angenommen: „Die Funktionäre des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises erklären sich mit der Haltung der 20 im Reichstage einverstanden. Sie bedauern, daß nicht alle 44 Abgeordnete der Minderheit geschlossen vorgegangen sind. Sie bedauern ferner lebhaft, den Abgeordneten ihres Kreises nicht unter dieser Minderheit zu finden."

Mit der Haltung ihres Abgeordneten haben sich einverstanden erklärt die sozialdemokratischen Vertrauensmänner in Niederbarnim (für Stadthagen, einen der 20) und in Chemnitz (für Noske, der zur Fraktionsmehrheit gehört).

*

Eine Trennung in Bremen. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Bremen Henke gehört zu den 20 Kreditverweigerern. Zu ihm hält die sozialdemokratische „Bremer Bürgerztg." Die Mehrheit der Bremer Sozialdemokraten steht aber auf dem Boden der Fraktionsmehrheit im Reichstag. Sie hat jetzt im Gegensatz zu der „Bremer Bürgerzeitung" sich ein eigenes Organ in der Bremischen Korrespondenz geschaffen, die den Standpunkt der Mehrheit der Reichstagsfraktion vertreten soll. Dieses „Oppositionsblatt" erscheint aber in demselben Verlage wie die „Bremer Bürgerzeitung". Die „Bremer Bürgerzeitung" spricht von giftiger Niederträchtigkeit und hähnt: „Die „Bremische Korrespondenz" hat das Trommelfeuer auf die Schanzen der Bremer Partei begonnen. Der Kampf mit stickigen Gasen, der im geheimen schon ausgiebig geführt wurde, ist in die Oeffentlichkeit hinausgetragen worden! Sei es! . . . Mit der Gründung dieses Anti-Parteiblattes ist das Signal zur Parteispaltung gegeben."

*

Hannover gegen Haase. Gegen den Disziplinbruch der Minderheit hat sich der sozialdemokratische Provinzialvorstand für Hannover scharf gewandt. Er verurteilt „insbesondere" die Beteiligung des Abg. Haase an dieser parteispaltenden Handlung und sagt in seiner einstimmig angenommenen Resolution: „Als Vorsitzender der Partei hat er die Aufgabe, die Einigkeit der gesamten Partei zu erhalten und zu fördern. Da er diese Aufgabe nicht erfüllte, sondern gegen sie handelte, ist er als Vorsitzender nach den in der Partei üblichen Grundsätzen der Disziplin unmöglich geworden." — In der Provinz Hannover sind vier Sozialdemokraten bei den letzten Reichstagswahlen gewählt worden: Brey (Hannover), Fischer (Hameln), Rauch (Hildesheim) und Deichmann (Einbeck). Alle vier gehören zur Fraktionsmehrheit.

Berner Bund
11.I.1916

Englands Sperrmaßnahmen gegen Deutschland

Ein Weißpapier des englischen Auswärtigen Amtes enthält eine lange Erklärung über die Maßregeln, welche ergriffen wurden, um Deutschlands Seehandel abzuschneiden. Es wird darin betont, daß alles mögliche getan wurde, um den Neutralen Unannehmlichkeiten zu ersparen. Das Weißpapier gibt einen Ueberblick über die Erfolge der britischen Politik. Genaue Nachrichten seien nicht zu bekommen, aber der Ausfuhrhandel Deutschlands sei so ziemlich zerstört. Was die Einfuhr betreffe, so glaube man, daß einige der wichtigsten Artikel, wie Baumwolle, Wolle und Gummi, seit vielen Monaten aus Deutschland ausgeschlossen seien. Andere, wie Oele und Milcherzeugnisse, seien, wenn überhaupt, nur zu Hungerpreisen zu haben. Die britische Sperre könne nicht verhindern, daß einige Artikel Deutschland erreichten, aber sie sei bis zu einem Grade von Erfolg gekrönt, der von berufener Seite hier und in Deutschland früher für unmöglich gehalten wurde. Die Wirksamkeit der Sperre steige von Tag zu Tag. Es seien gute Gründe vorhanden, auf die Wichtigkeit des Wohlwollens der Neutralen für Großbritannien nicht näher einzugehen, aber jeder, der die bureaukratische, militärische und handelswirtschaftliche Lage der verschiedenen Länder in Betracht ziehe, werde sicherlich den Wert dieser Erwägung nicht unterschätzen. Das Weißpapier faßt die Lage wie folgt zusammen:

Erstens sei Deutschlands überseeische Ausfuhr fast ganz lahmgelegt. Ausnahmen seien in Fällen gemacht worden, wo die Anweisung, die Ausfuhr von Gütern nicht zu gestatten, den Neutralen geschadet hätte, ohne Deutschland Schaden zuzufügen. Zweitens würden alle Güterfrachten nach neutralen Ländern, die an Deutschland grenzen, sorgsam untersucht, um die Güter, die für den Feind bestimmt seien, zu entdecken. Wo Grund für die Annahme vorhanden sei, daß eine einzige solche Bestimmung vorliege, würden die Güter vor das Prisengericht gebracht und in zweifelhaften Fällen zurückgehalten, bis genügende Sicherheiten gegeben wären. Drittens würden auf Grund der bestehenden Abkommen mit kaufmännischen Körperschaften in verschiedenen neutralen Ländern, die an Deutschland grenzen, strenge Sicherheiten von den Einfuhrkaufleuten verlangt und, so weit möglich, der Handel mit dem neutralen Lande eingeschränkt. Viertens durch Abkommen mit Schiffahrtslinien und durch die strenge Anwendung des Mittels, Bunkerkohle zu verweigern, sei ein großer Teil der neutralen Handelsflotte, die mit Skandinavien und Holland Handel treibt, bewogen worden, Bedingungen zuzustimmen, die verhindern sollen, daß von diesen Schiffen Güter verfrachtet werden, welche den Feind erreichen. Fünftens werde jeder Versuch gemacht, Kontingente für die Einfuhr nach den neutralen Ländern festzusetzen, wodurch es erreicht werde, daß die Neutralen nur soviel erhalten, als sie normalerweise für ihren Bedarf benötigen.

Berner Bund
11. Juli 1916

Die Lage Griechenlands

Der Kongreß von im Auslande lebenden Griechen, der soeben in Paris abgehalten wurde, faßte nach einer Rede des Vertreters der Griechen in der Schweiz, Papadaki in Genf, eine Resolution, die erklärt, das griechische Volk sei ein begeisterter Anhänger des französischen Volkes und es sollen Mittel gesucht werden, die antikonstitutionelle Politik der Regierung zu bekämpfen. In der Schlußsitzung rechtfertigte der Präsident des Kongresses diesen Beschluß und trank auf den Sieg der Verbündeten, indem er sich insbesondere auf die Achtung der von Griechenland unterzeichneten Verträge berief. Damit ist offenbar vor allem das Bündnis mit Serbien gemeint.

Die griechische Regierungspolitik dagegen verwahrt sich gegen die Anschuldigung, die auch in der Presse des Vierverbandes immer wiederholt wird, daß sie dem Bündnis mit Serbien untreu geworden sei. Wenn die Regierung den Bündnisvertrag und die zu seiner Ergänzung dienende Militärkonvention veröffentlicht hätte, würde für jedermann die Haltlosigkeit solcher Vorhalte klar geworden sein. Denn abgesehen davon, daß das Bündnis sich bloß auf kriegerische Verwicklungen zwischen den Balkanvölkern beziehe und deshalb im vorliegenden Fall, da die Deutschen und Oesterreicher aufrückten, nicht zur Anwendung komme, wäre Griechenland von jeder Verpflichtung frei, weil die wichtigste Bestimmung des Vertrages nicht erfüllt werden konnte. Die Militärkonvention verlange nämlich, daß Serbien schon zu Beginn eines bulgarischen Angriffes 150,000 Mann Truppen in Gjevgieli und Pirot zusammenziehe. Es war aber sicher und die Ereignisse haben es bestätigt, daß Serbien nicht in der Lage war, auch nur die Hälfte dieser Truppen an der bulgarischen Grenze zu vereinigen. Die Hoffnung, daß Frankreich und England hier in den Riß treten werden, habe sich nicht erfüllt. Wären die Truppen zur Unterstützung der Serben rechtzeitig und in größter Zahl gekommen, so hätte vielleicht Griechenland, obwohl weder eine rechtliche noch eine moralische Verpflichtung vorlag, eine andere Haltung eingenommen. Letzteres ist immerhin nur eine Vermutung in der Rechtfertigung der Politik der Regierung; der Grundton sagt: Für Griechenland mußten in diesem Augenblick die reellen Interessen und nicht allfällige Sympathien maßgebend sein, und diese Interessen geboten, die Neutralität aufrecht zu erhalten, soweit dies möglich sei. Wie vorauszusehen war, wird das immer schwieriger und die Regierung muß mit energischen Protesten die Würde des Landes wahren.

Was die Verfassungsmäßigkeit der griechischen Regierungspolitik anbetrifft, so hat der in unserm Morgenblatt erschienene Brief unseres Athener Korrespondenten eingehende Aufschlüsse gegeben. Die Beteiligung bei den letzten Kammerwahlen war schwach, weil die Venizelisten es nicht auf eine Entscheidung ankommen lassen wollten und sich deshalb der Stimmabgabe enthielten und nach Möglichkeit auf eine schwache Stimmbeteiligung hinwirkten. So gab es so gut wie lauter Regierungslisten, innert welcher es bloß zu einem Kampf zwischen den Anhängern von Gounaris und Rhallis kam. Gounaris erhielt die große Mehrheit aller Sitze und erklärte, daß bei diesem Ergebnis ein Ministerwechsel ausgeschlossen sei bis zur Erledigung der auswärtigen Krisis. Da die Venizelisten sich selbst ausschalteten, stützt sich die Regierung auf die Ergebnisse, die durch die Wahlen gezeitigt wurden, die weitere Abklärung sollen die Ereignisse bringen.

Diese Ereignisse haben bereits eingesetzt mit den Truppenlandungen in Saloniki, dem Fliegerraid auf diese Stadt, wobei mehrere französische und englische Soldaten und ein griechischer Zivilist getötet wurden, den Verhaftungen der deutschen, österreichischen, bulgarischen und türkischen Konsuln und ihres Personals, etwa 60 Personen zählend, den andern Verhaftungen, die bald darauf folgten und den Protesten der griechischen Regierung. Weitere Ereignisse kündigen sich an. Die Regierung war sicher von vornherein darauf gefaßt, daß sie einen schweren Stand haben werde, da ihr kleines, an Hilfsmitteln nicht allzu reiches Land zum Spielball zwischen zwei Mächtegruppen von so großer Ueberlegenheit geworden und ein Gebietsteil zum Kriegsschauplatz für fremde Truppen ausersehen ist. Auch hier dürfte sich das Wort bewähren: Wehret den Anfängen. Es wird nun darauf ankommen, ob der Rückhalt, den die Regierung im Volke hat, stark genug ist, oder ob die Gegenpartei hervortreten will, um die Verantwortlichkeit für eine Schwenkung zu übernehmen. Ratgeber hat Griechenland gegenwärtig genug auf allen Seiten, die Entscheidungen aber muß es selbst suchen und treffen.

Fremdenblatt
11./I. 1916

Der aufgefischte Depeschensack.

Feststellungen gegenüber englischen Aeußerungen.

Die am 1. d. M. erfolgte Publikation aus den von einem unserer Unterseeboote aufgefangenen Korrespondenzen von Mitgliedern der britischen Gesandtschaft in Athen und der englischen Militärmission in Griechenland hat einige Gegenäußerungen von englischer Seite ausgelöst.

So ließ vorerst die englische diplomatische Vertretung in Athen die Authentizität der veröffentlichten Korrespondenz überhaupt in Abrede stellen. Gleich darauf aber heißt es: „Selbst wenn diese Briefe geschrieben worden wären, würden sie nur Privatmeinungen darstellen" (!). Endlich wird die nachdrückliche Behauptung aufgestellt, daß kein englischer Gesandtschaftssekretär die Ungereimtheiten bezüglich Venizelos' und der Republik geschrieben habe.

Dieser an offenkundigen Widersprüchen krankenden Erklärung ist nun ein von Reuter verbreiteter Bericht des Athener Korrespondenten der „Daily Mail" nachgefolgt, welcher unserer Publikation die Behauptung unterschiebt, daß die Errichtung einer griechischen Republik mit Venizelos an der Spitze in einem Briefe eines britischen Gesandtschaftssekretärs in Athen an den englischen Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten vorgeschlagen worden sei. Im Anschlusse an diese Unterstellung wird wiederholt, alle Sekretäre der Athener britischen Gesandtschaft hätten dem Korrespondenten übereinstimmend erklärt, daß sie keinen solchen Brief geschrieben haben. Ueberdies hätte der britische Gesandte Elliot die angeblich ihm zugeschriebenen Worte, er habe wenig Sympathie mit den Serben, seine Gefühle seien mehr auf bulgarischer Seite, abgeleugnet.

Diesen englischen Unterstellungen und Ableugnungsversuchen gegenüber sei nun festgestellt,

1. daß der Passus: „Meiner Ansicht nach wäre es am besten, den König von seinem Thron zu verjagen und Venizelos zum Präsidenten einer hellenischen Republik auszurufen" in der Publikation vom 1. Jänner, wo er sub III erscheint, folgende Aufschrift trägt: Aus einem Briefe des Mr. W. J. G., Sekretär der englischen Gesandtschaft in Athen, de dato Athen, 28. November 1915; ferner daß der Satz „... ich habe infolgedessen sehr wenig Mitgefühl für Serbien, mehr hingegen für Bulgarien..." in dem sub II publizierten Briefe eines Beamten des englischen Auswärtigen Dienstes, de dato Saloniki, 25. November 1915 vorkommt.

2. Nachdem englischerseits außer den erwähnten Unterschiebungsversuchen auch noch die Authentizität der Briefe selbst geleugnet wird, erscheint es nicht mehr opportun, bezüglich der beiden oben zitierten Stücke an der bisher aus besonderer Rücksichtnahme beobachteten Geheimhaltung der vollen Namen der Adressaten und Schreiber länger festzuhalten.

Wir sind sohin in der Lage, mitzuteilen, daß der Passus bezüglich Venizelos' und der Republik in einem Briefe des Mr. W. J. Garnett vorkommt, der an dessen in Quermore Park, Lancaster, wohnhafte Mutter Mrs. W. J. Garnett gerichtet und folgendermaßen datiert ist: „Sunday, November 28, British Legation Athens."

Die auf Serbien und Bulgarien bezügliche Stelle findet sich hingegen in einem nicht unterschriebenen Briefe an Mrs. G. M. Rice, 19 Compton Avenue, Brighton, aus dessen Kontexte hervorgeht, daß der Schreiber der Sohn der Adressatin ist und im englischen auswärtigen Dienste steht.

11./I. 1916

Kriegskalender.

5. Jänner: Russische Infanterie geht abermals, stellenweise acht Reihen tief, gegen unsere Stellungen bei Toporoutz und an der Reichsgrenze östlich von Narancze vor; desgleichen greift der Feind die Brückenschanze bei Uscieczko sowie in der Gegend von Jazlowice an; alle seine Angriffe sind abgeschlagen. — An der italienischen Front heftige Artilleriekämpfe. — Deutscher Fliegerangriff auf Calais. — Explosion im Lyoner Artilleriepark. — Asquith unterbreitet im Unterhause die Dienstpflichtbill.

6. Jänner: In Ostgalizien und an der bessarabischen Grenze hat die feindliche Angriffstätigkeit nachgelassen. — In der Bocche di Cattaro Artilleriekampf; Truppen der Armee v. Köveß greifen nördlich von Berane und westlich von Rozaj die Montenegriner erfolgreich an. — In den Abschnitten von Buchenstein und Riva sowie an der küstenländischen Front heftiger Geschützkampf. — Türkische Artillerie beschießt sehr wirksam die Landungsplätze des Feindes von Seddil Bahr und Tekke Burnu. — Ein russischer Angriff auf die Ortschaft Scheno in Persisch-Aserbeidschan scheitert. — In der Nähe von Texel sinkt das englische U-Boot „E 17".

11. I. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Rußland.

8. Jänner. In der Gegend von Riga, in der Nähe der Mitauer Straße, gebrauchten die Deutschen erneut giftige Gase gegen unsere Schützengräben. Ein vom Gegner mit beträchtlichen Kräften unternommener Angriff beim Dorfe Czartorysk warf unsere Abteilungen zurück, doch gelang es uns später, den Feind zurückzuwerfen und drei Offiziere und 50 Mann zu Gefangenen zu machen. Mehrere Versuche, uns aus Czartorysk herauszuwerfen, scheiterten. In der Gegend der mittleren Strypa bemächtigten sich unsere Abteilungen an einzelnen Punkten der feindlichen Stellung, an anderen Stellen gruben sie sich vor den Drahthindernissen des Feindes ein. In diesem Abschnitt machten wir 17 Offiziere und über 1000 Mann Gefangene und erbeuteten mehrere Maschinengewehre.

Nordöstlich von Czernowitz versuchte der Gegner unsere Offensive durch verzweifelte Gegenangriffe mit starken Kräften aufzuhalten; alle Angriffe wurden mit großen Verlusten für den Feind zurückgeschlagen. Unsere Truppen machten hier 14 Offiziere und über 300 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten zwei Maschinengewehre.

9. Jänner. An der Front vom Rigaischen Meerbusen bis zum Pripjatj keine Veränderung. Südlich des Pripjatj versuchte der Feind neuerlich, Czartorysk zu nehmen, wurde aber zweimal mit empfindlichen Verlusten zurückgeworfen. In Galizien in der Gegend der mittleren Strypa vertrieben unsere Truppen den Feind endgiltig vom Ostufer. Neuere Meldungen ergänzen die Zahl der am 7. Jänner gemachten Gefangenen auf 20 Offiziere, 1175 Soldaten und drei Maschinengewehre.

Montenegro.

Am 7. Jänner war auf der Nordfront heftiger Geschützkampf. Auf der Ostfront bei Lepenac (4 Kilometer nördlich Mojkovac) ergriffen wir die Offensive. In dem blutigen Kampfe leistete der Feind erbitterten Widerstand. Viele Stellungen wechselten mehrmals den Besitzer. Unsere Verluste waren empfindlich, die feindlichen Verluste sehr schwer. In der Richtung Rozaj griff der Feind energisch an und besetzte mit überlegenen Kräften die Turjakhöhe (9 Kilometer nordwestlich Rozaj). Unsere Truppen zogen sich auf die Stellungen des linken Lesnica-Ufers zurück. In der Richtung Ipek—Rugova (12 Kilometer nordwestlich Ipek) führte der Feind einen heftigen Angriff aus, wurde aber zurückgewiesen.

Auf der Westfront beschoß der Feind von allen Forts von Cattaro und von einem Kreuzer aus heftig unsere Stellungen, ohne Infanterie-Angriffe zu unternehmen.

Am 9. Jänner hat der Feind um 6 Uhr morgens auf der ganzen montenegrinischen Front angegriffen.

Frankreich.

Südlich des Hartmannsweilerkopfes gelang es dem Feinde, nach einer Reihe fruchtloser Angriffe, die einem heftigen Artilleriefeuer folgten, sich eines kleinen Hügels nördlich des Hirzsteingipfels zu bemächtigen. Unter diesen Umständen wurden unsere Truppen, die den Gipfel besetzt hielten, zurückgeführt. Nach Aussagen von Augenzeugen fügte unser genaues Sperrfeuer dem Feinde erhebliche Verluste zu. Der Artilleriekampf wird fortgesetzt.

Reichspost Abendbl.
11./I. 1916

Eine Brandmarkung der französischen Sozialdemokratenführer durch die Parteiminderheit.

Bern, 10. Jänner.

Die „Berner Tagwacht" veröffentlicht die Erklärung der Minderheit der französischen Sozialisten, die auf dem Pariser Parteitag verlesen wurde.

Die Erklärung stellt fest, daß es bei Ausbruch des Krieges Aufgabe der französischen Parteivertretung war, die Verpflichtungen gegen die Arbeiter international in die Tat umzusetzen, möglichst schnell eine nationale Konferenz zur Festsetzung des Aktionsprogramms einzuberufen und das internationale Bureau darin zu unterstützen, die zwischen den proletarischen Parteien aller Länder bestehenden Beziehungen und Verbindungen, was auch immer geschehen möge, aufrecht zu erhalten. Weiter heißt es in der Erklärung: „Anstatt diese Verpflichtung einzulösen, verkannte der Parteivorstand seine Aufgabe und erstickte gemeinsam mit der parlamentarischen Fraktion die Parteistimme. Pflicht der Sektionen der Internationale wäre es laut Beschlußfassung der Kongresse von Basel, Stuttgart und Kopenhagen gewesen, da der Krieg einmal Tatsache geworden war, sich für eine schleunige Beendigung einzusetzen. Anstatt dessen entsandten Leute, welche in unserem Namen zu sprechen und zu handeln vorgaben, zwei Mitglieder in das Ministerium, welches sich lediglich der Unterdrückung der öffentlichen Freiheiten widmete und die Verantwortung für gewisse summarische Gerichtsverfahren trägt, über die sich die beiden sozialistischen Minister noch zu äußern haben werden. Schließlich begründeten die Parteiführer ihre Haltung damit, daß sie eine Herausforderung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands vorschützten: als ob dadurch, daß die alliierten Mächte weniger Verantwortung an den unmittelbaren Ursachen des Krieges zu haben scheinen, für das französische Proletariat die Veranlassung vorläge, auf das leidenschaftliche Bestreben nach Erfüllung der dringendsten, erhabensten und edelsten Aufgabe, der Herbeiführung des Friedens zwischen den Völkern, Verzicht zu leisten. Indem sie die Vorschläge zur Einberufung der Internationale ablehnten, berufen sie eine Konferenz der sozialistischen Alliierten ein, um mit ihnen die unabhängige Arbeiterpartei Keir Hardies und Macdonalds bloßzustellen, die seit Beginn des Krieges den sozialistischen Grundsätzen treu geblieben sind. Sie versuchten, die italienische Sektion an sich zu ziehen, und feierten die skandalöse Bestechlichkeit eines Mussolini. Der Parteivorstand und die Kammerfraktion, die in solcher Art die Grundsätze des internationalen Sozialismus verleugneten, waren der Gefolgschaft der Partei nicht sicher, sonst hätten sie zur Stärkung ihrer Stellung einen Parteitag einberufen. Wir gingen nach Zimmerwald, um unseren deutschen, russischen und italienischen Freunden zu sagen, daß in der französischen Partei eine große Zahl von Genossen dem sozialistischen Glauben treu geblieben ist und daß wir nur durch die Zensur an dem Bekenntnis dieses Glaubens verhindert worden sind."

Vossische Zeitung 12.IV.1916.

„Also Spaltung".

Der „Vorwärts" veröffentlicht heute einen Artikel des Reichstagsabg. Rühle, der schon im März einen Disziplinbruch beging, als er zusammen mit dem Abg. Liebknecht entgegen dem ausdrücklichen Fraktionsbeschluß gegen den Etat im Reichstag stimmte. Rühle erklärt rundheraus:

> Man mag die Dinge drehen und betrachten wie man will: es bleibt nur die Spaltung übrig. Und ich halte dies für das konsequenteste, überhaupt das einzig mögliche Verfahren zur Beendigung des Konfliktes in der Partei.

Schon vor dem Kriege entschied in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion „häufig genug die An- oder Abwesenheit eines Genossen, ob Beschlüsse im grundsätzlichen oder opportunistischen Sinne gefaßt wurden." Während des Krieges setzte dann die Mehrheit der Reichstagsfraktion — wie Rühle ausführt — „eine Kriegspolitik durch, die sich praktisch in nichts unterschied von der Politik der bürgerlichen Parteien und der Regierung: Anerkennung des Burgfriedens, Bewilligung der Kriegskredite, Bekenntnis zur nationalen Solidarität, Preisgabe der grundsätzlichen Budgetverweigerung, Neuorientierung der Taktik nach opportunistischen Gesichtspunkten — das sind die charakteristischen Momente der neuen Aera in der Partei ... Nur die Minderheit um Liebknecht hält noch die Grundsätze aufrecht, die vor dem 4. August 1914 in der Partei geltend waren."

Was soll nun werden? In der Sonderaktion der Minderheit vom 21. Dezember sieht Rühle „den ersten Schritt der Fraktionsspaltung — und konsequent weitergedacht — auch der Parteispaltung". Wenn der nächste Parteitag der Mehrheit recht gebe, könne absolut nicht die Rede davon sein, daß die Minderheit „ihre Ueberzeugung aufstecken, ihre Grundsätze begraben wird, um den meinungslosen Troß der Opportunisten zu bilden. Also bleibt nur die Abspaltung." Wird die Minderheit zur Mehrheit, so sei es ausgeschlossen, daß die Rechte „sich den Phantasten, Dogmatikern, Kladderadatschpolitikern löblich unterwerfen wird, um in Zukunft radikale Politik zu machen". Wenn aber Mehrheit und Minderheit erklären: „Einheit der Partei um jeden Preis." Was dann? Rühle schreibt:

> „Die Linke, zum Siege gelangt, kann um ihrer selbst willen den Opportunismus nicht gewähren lassen, kann nicht zugeben, daß die Opportunisten als Vertrauensleute in den Aemtern und Redaktionen, Mandaten und einflußreichen Stellungen verbleiben, wenn anders sie nicht gewärtigen will, daß über kurz oder lang der Opportunismus sie wieder überflügelt und beim nächsten Kriege einen neuen Zusammenbruch herbeiführt. Also muß sie die Minderheit, die sich nicht politisch unterwirft, aus der Partei ausschließen. Mit dem Erfolg, daß diese sich als neue Partei konstituiert. Also Spaltung.
>
> Umgekehrt wird die Rechte als Siegerin in der Partei keine Minute zögern, sich von der unbequemen Opposition der Radikalen zu befreien. Die Versuche in der Fraktion in dieser Richtung, die Anträge Legien, Giebel usw. gegen Liebknecht zeigen zur Genüge, was zu gewärtigen ist. Die Ausgeschlossenen würden sich natürlich sofort wieder zu einer Partei zusammenfinden. Also Spaltung."

Nach Ansicht von Rühle könnte „kein größeres Unglück passieren, als wenn nach Monaten und Jahren leidenschaftlichster Parteikämpfe, nach einer beispiellosen Zerrüttung des ganzen Parteilebens, nach tausendfachen persönlichen Herabsetzungen, Verdächtigungen, Verketzerungen und Verunglimpfungen ein Mittel gefunden werden sollte, um all die widerstrebenden Elemente, all die heterogenen Tendenzen wieder unter einen Hut zu bringen. Ich wenigstens" — damit trumpft er zum Schluß auf — „würde mich für diesen Einheitsparteibrei, diesen form- und wesenlosen Sumpf entschieden bedanken, denn er wäre nicht nur ein Sumpf der Grundsatzlosigkeit, sondern auch der Charakterlosigkeit".

Soweit Abg. Rühle. Der „Vorwärts" sucht zu bremsen. Er hält die von Rühle „aufgeworfene Streitfrage nicht nur für verfrüht, sondern sogar in ihrem Kern für völlig gegenstandslos". Warnend schreibt der „Vorwärts":

> Die neuen Sonderparteien würden sich weder geographisch noch nach anderen äußeren Grenzlinien von einander trennen lassen, sondern der Riß würde mitten durch jedes Land, jede Provinz, jeden Ort gehen. Durch jede politische wie wirtschaftliche Organisation. Die Gewerkschaften würden durch die Trennung nicht weniger in Mitleidenschaft gezogen werden, wie die politischen Körperschaften. Es würde ein Bruderkrieg von unerhörter Heftigkeit entbrennen, bevor es zur Spaltung käme. Und der Kampf würde mit aller Leidenschaftlichkeit ins Unabsehbare fortgesetzt werden.

Ob diese Warnung heute noch fruchten wird? Jedenfalls nimmt sich der „Vorwärts" als Mahner zur Einigkeit seltsam genug aus. War er es nicht, der den Ruf des Parteivorstandes „Es geht um die Einheit der Partei", als diese Mahnung noch angebracht war, gar nicht abgedruckt hat?

Verschärfte Vorschriften in Petersburg.

Gegen den Gebrauch der deutschen Sprache.

K. K. **Kopenhagen.** Der Kommandierende des Petersburger Militärkreises, General Fürst Tumanow, hat, wie „Nowoje Wremja" berichtet, nachstehenden Befehl erlassen: „1. Der Verkehr in deutscher Sprache wird hiemit verboten. 2. Deutschsprachige Zeitungen und Druckschriften jeder Art werden eingestellt. 3. Das Auflegen solcher Zeitungen in Lokalen, Auslagen 2c. wird untersagt. 4. Zuwiderhandelnde werden mit Haft in der Dauer von drei Monaten oder mit 3000 Rubel Geldstrafe belegt, verfallen überdies noch der Ausweisung. 5. Unvorsätzliche Beschädigung der Telegraphen- und Telephonanlagen wird in derselben Weise geahndet, vorsätzliche unterliegt der Aburteilung durch das Kriegsgericht.

Berner Bund 12. II. 1916

Zur Kriegslage

Die Offensive gegen Montenegro. Der Fall des Lowzen und Beranes. Montenegriner und Serben. Die strategische Lage an der Adria. Die Zusammenhänge der Kriegsschauplätze und der Operationen.

Die in den letzten Tagen eingegangenen Meldungen ließen erkennen, daß die Offensive der Oesterreicher und Ungarn gegen Montenegro Fortschritte machte. Offenbar waren die dort operierenden Streitkräfte neu gruppiert worden, um konzentrisch von Nordwesten und Nordosten den Angriff gegen den Lowzen und im Limtal vorzutragen. Da die montenegrinische natürliche Bergfestung den Eckpfeiler der ganzen Adriastellung der Alliierten bildet, mußte gegen sie vorgegangen werden, wenn man auf seiten der Zentralmächte glaubte, der Entente zunächst die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Operationen von der adriatischen Basis aus unmöglich machen zu müssen. Obwohl nun die Montenegriner alles in allem kaum 50,000 Mann zählen und Not leiden an Lebens- und Kriegsbedarf, so bietet ihnen die Natur ihres Landes doch so ungeheure militärische Vorteile, daß ein Angriff der schwarzen Berge, besonders zur Winterszeit, von außerordentlichen Schwierigkeiten begleitet ist.

Die Oesterreicher haben den Angriff an den beiden entscheidenden Punkten angesetzt. Von Berane aus, das seit gestern in ihren Händen ist, führt der Weg, wie wiederholt behandelt, im Tale des Lim aufwärts nach Andrijewika nud von dort als einzige Verbindung in westlicher Richtung ins obere Taratal und weiter südwestlich nach Podgoritza und zu den Ufern des Skutarisees. Podgoritza ist in der Luftlinie von Berane rund 70 Kilometer entfernt, es sind dabei aber Höhen und Schluchten zu überwinden, die die Entfernung auf das Doppelte strecken; eine Offensive gegen Podgoritza ist also eine langfristige Operation, wenn der Verteidiger widerstandsfähig bleibt.

Der Angriff auf den Lowzen oder Löwenberg, der 1759 Meter hoch von der Bucht von Cattaro emporwächst und als die Torbastion von Montenegro seit Jahren stark armiert ist, war ein noch schwierigeres Unternehmen als die Offensive bei Berane, da hier kein Herausmanövrieren versucht werden konnte. Es blieb den Oesterreichern nichts übrig, als das schwere Geschütz ihrer Land- und Schiffsbatterien spielen zu lassen und nach dieser Artillerievorbereitung die Serpentinenstraße und die Felsen des nackten Berges hinauf den Angriff gegen die montenegrinischen Stellungen vorzutragen. Ein Unternehmen, welches viel Blut gekostet hat, wenn der Verteidiger nach der Beschießung in der Lage war, den Angriff abzuwarten und den Widerstand bis zum Kampf mit der blanken Waffe durchzuführen. Da die Kämpfe bei Berane und am Lowzen eine Reihe von Tagen gewütet haben und der Generalsturm auf den Löwenberg drei Tage erfordert hat, die Österreicher selbst die Kämpfe als sehr erbittert bezeichnen und der Montenegriner das für ihn so kostbare Artilleriematerial bis zuletzt verteidigt hat, so kann man daraus auf Charakter und Bedeutung der Kämpfe schließen, auch gewisse Rückschläge auf seiten des Angreifers in Rechnung stellen, muß aber die Verteidigung von Montenegro nun als schwer erschüttert bezeichnen. Schon vor Tagen ließ sich erkennen, daß die montenegrinische Regierung selbst das Ende herankommen sieht. Sie bereitete in einer amtlichen Meldung ausdrücklich darauf vor. Heute, da der Lowzen und Berane gefallen sind, hat sich die Lage dieses Außenpostens der Entente so verschlimmert, daß Montenegro Grund hat, zu erwägen, ob es den Widerstand fortsetzen und das Gebiet zwischen Cetinje und Podgoritza bis zum äußersten halten oder eine politische Lösung suchen will.

Auch in diesem Falle hat die Waffenhilfe der Entente versagt. Ihre Flotten waren nicht imstande, den Montenegrinern Verstärkungen zuzuführen, und von einer albanischen Operationsbasis kann füglich kaum noch gesprochen werden. Man wird den tapfer fechtenden Montenegrinern die Sympathie so wenig versagen wie dem serbischen Heere, dessen Trümmer noch immer ungegliedert in den albanischen Bergen stecken; man darf aber bei der militärischen Betrachtung der Dinge die Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, daß Serben und Montenegriner als Bundesgenossen der Alliierten fechten, die nicht nur aus Ritterlichkeit und gemeinsamen politischen Interessen, sondern auch aus schwerwiegenden strategischen Gründen gehalten waren, sofort mit ausreichender Waffenhilfe aufzutreten, um die Lage auf dem Balkan wiederherzustellen. Das ist von seiten der Entente verkannt worden. Man vergaß oder übersah, daß der Durchschlag des Stollens von Belgrad nach Konstantinopel für die Türkei eine Lebensfrage war und für die Zentralmächte kriegsentscheidende Bedeutung hat, daß also der Balkan im Augenblick, da die deutsch-österreichische Offensive dorthin verlegt wurde, zu einem Hauptkriegsschauplatz wurde. Durch die Einleitung der Dardanellenaktion hat die Entente diese Wendung ja selbst veranlaßt, die militärischen Konsequenzen aber nicht richtig und nicht rechtzeitig eingeschätzt. Die Zentralmächte dagegen haben dabei das Glück gehabt, das centrum gravitatis nach der Stelle der Peripherie verschieben zu können oder zu müssen, wo der Abschnitt minoris resistentiae war, ein Umstand, der sich sofort geltend machte, als Bulgarien in den Kampf eintrat und der konzentrische Angriff auf Serbien begann, der, mit gewaltiger Stoßkraft angesetzt, in sieben Wochen zum Ziele führte.

Dieser hinwiederum war erst möglich, nachdem die West- und die Ostfront sowie die italienische Front von den auf den inneren Linien kämpfenden Zentralmächten so ausgebaut und gesichert, bezw. im Osten so weit auf feindliches Gebiet vorgetragen war, daß starke Kräfte zu einer scheinbar exzentrischen, in Wirklichkeit aber die Exzentrizität des südöstlichen Kriegsschauplatzes aufhebenden Offensivbewegung angesetzt werden konnten, ohne daß man Gefahr lief, im Osten, Westen oder Süden einen Durchbruch zu erleben. Dieser Gefahr sind die Zentralmächte bis jetzt auch in Wirklichkeit entgangen. Selbst der montenegrinische Feldzug wächst der Vollendung entgegen. Aber auch von ihm aus fällt ein helles Licht auf die verzweifelte Offensive, welche die Russen in einer Frontbreite von 350 Kilometer jetzt zwischen Czartorisk und Czernowitz mit großen Opfern, aber noch ohne jede strategische Auswirkung entfalten. H. St.

Fremdenblatt 12. I. 1916

Enver Pascha über die Dardanellenkämpfe.

Konstantinopel, 10. Jänner.

Kriegsminister Vizegeneralissimus Enver Pascha gab in der Kammer folgende Erklärung ab:

Sie müssen wissen, meine Herren, daß die große Schlacht von Gallipoli, welche seit dem 18. März gedauert hat, gestern zum Abschlusse kam. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Diese Schlacht endete so, wie ich es vorhergesehen und wie ich Ihnen meines Erinnerns seinerzeit angekündigt hatte. Ich glaube, daß ich von den Streitkräften, welche unser erlauchter oberster Kriegsherr mir anvertraut hatte, einen nützlichen Gebrauch gemacht habe, und das erzielte Ergebnis gibt mir die Ueberzeugung, daß ich diese Streitkräfte in Hinkunft mit noch größerer Sicherheit und Zuversicht verwenden werde. (Beifall.)

Als unsere Feinde unsere Batterien von Sedbil Bahr und Kum Kale zu beschießen begannen, befand ich mich zufällig in jenen Gebieten. Zu Beginn des dortigen Unternehmens hatte sich Europas, selbst unserer Bundesgenossen, eine ziemlich große Aufregung bemächtigt. Da ich aber die Dardanellen gründlich kenne, hatte ich die feste Zuversicht, daß der Feind weder in seinem Seeunternehmen noch in seinen Landoperationen Erfolg haben könne.

Bei der Erklärung des europäischen Krieges war es natürlich, daß eine von uns eingenommene neutrale Haltung mit Rücksicht auf unsere geographische Lage nicht geduldet werden würde, denn Rußland, ein wesentliches Element der Entente, konnte nur stark werden, falls die Meerengen frei wären, so daß wir beim ersten in Europa abgegebenen Kanonenschuß gezwungen waren, die Meerengen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu befestigen. Es wäre unrichtig, wenn ich behaupten wollte, daß diese Mittel zahlreiche waren und den letzten Anforderungen der Kriegskunst entsprachen.

Das ist eine Wahrheit, die verhehlen zu wollen ein eitles Bemühen wäre. Noch mehr: Dank der weitgehenden Unterstützung des Deutschen Reiches hatten wir zwei große Fahrzeuge erworben und hatten unserer Flotte, wenigstens im Innern der Meerenge, die Ueberlegenheit gegenüber der des Feindes verschafft. Nach meiner Ueberzeugung war es dem Feinde unmöglich, mit seiner Flotte die Meerengen zu forcieren, was ich übrigens immer erklärt habe. Die Torpedolinien und die maskierten Batterien in der Meerenge hätten immer ihre Wirksamkeit bewahrt. Es war wohl möglich, daß der Feind durch ein Bombardement aus ungeheurer Entfernung unsere hauptsächlichsten Forts daselbst zerstören konnte. Aber das hätte nicht genügt. Er hätte sich bis zur Minenlinie vorwagen müssen, um unsere Batterien zerstören zu können.

Für dieses Unternehmen hätten aber seine kleinen Einheiten nicht genügt, denn sie wären leicht durch das Feuer unserer maskierten Batterien zerstört worden. Es blieb also dem Feinde nichts anderes übrig, als das Abenteuer mit Dreadnoughts. Diese großen Einheiten gegen die Torpedolinie vorzutreiben, bedeutete, sie in unsere Sicht zu bringen. Denn jedes Schiff, welches sich bis dorthin vorgewagt hätte, wäre unfehlbar versenkt worden und der Feind hätte eine große Anzahl seiner Fahrzeuge verloren.

Wenn die feindliche Flotte selbst Tschana Kale und Nagara zu passieren vermocht und den Versuch gemacht hätte, ins Marmarameer einzubrechen, wären auch die mächtigsten Dreadnoughts dem sicheren Untergange durch unser Geschützfeuer auf eine Distanz von fünf Kilometern verfallen gewesen.

Die Ereignisse haben mir recht gegeben.

Was die Landoperationen betrifft, so machten sie den Eindruck, daß die Engländer und Franzosen, selbst wenn sie 500.000 Mann heranführen würden, sich nicht weit von der Meerenge hätten entfernen können. Denn da der Feind weder über eine Eisenbahnlinie, noch über ein anderes natürliches Verkehrsmittel verfügte, so könnte er nicht eine so gewaltige Armee unterhalten, um in einer Landschlacht den Sieg davonzutragen. Deswegen hatten wir begriffen, daß die Angreifer nur auf der Halbinsel Gallipoli Landungen vornehmen könnten. Wir hatten demgemäß unsere Vorbereitungen getroffen.

Am 18. März begann der Feind mit der Landung seiner Truppen und unsere Streitkräfte, vom höchsten Offizier bis zum jüngsten Soldaten, erfüllten ihre Pflicht in mustergiltiger Weise, wessen wir übrigens auch ganz sicher waren. Die feindlichen Kriegsfahrzeuge nahmen ruhig eine Kampfstellung ein und beschossen uns in einer Entfernung außerhalb der Tragweite unserer Kanonen. Es ist selbstverständlich, daß angesichts eines höllischen Feuers von 600 Kanonen, die Geschosse von 7,5 Zentimeter bis zu 38 Zentimeter schleuderten, unsere Truppen gezwungen waren, sich ein wenig zurückzuziehen und daß dem Feinde die erste Landung gelang. Aber, wie der Feind es selbst anerkannt hat, kam ihm dieser Erfolg viel zu teuer zu stehen. Nach diesem Unternehmen versuchten die Engländer und Franzosen durch einen Handstreich sich der die Meerengen beherrschenden Punkte Kodza, Tschimen, Dagh und Altschi Tepe zu bemächtigen. Nachdem dieser Versuch gescheitert war, zog sich der Kampf in die Länge.

Anfänglich haben wir mehrere Stürme unternommen, um den Feind ins Meer zu werfen, und wir haben ihn bis zum Ufer zurückgetrieben. Statt jedoch diese Sturmangriffe fortzusetzen, haben wir es für nützlicher gehalten, den Feind an uns herankommen zu lassen. Auf diese Weise hofften wir, während sich die großen Kämpfe in den Karpathen abspielten und während eine große englisch-französische Offensive an der französischen Grenze gegen die Deutschen im Gange war, einen Teil der feindlichen Kräfte auf uns zu ziehen, um so unsere Verbündeten zu entlasten. Unsere Hoffnungen gingen in Erfüllung und wir haben unserer Armee Gelegenheit gegeben, unseren Freunden zu Hilfe zu kommen, indem wir nach und nach eine englisch-französische Streitmacht von 500.000 Mann an die Dardanellen zogen. Wir danken aufrichtig den Engländern, die uns Gelegenheit geboten haben, unseren Verbündeten in dieser Weise Hilfe zu leisten.

Ich finde es für unnötig, auf den Verlauf dieser Kämpfe zurückzukommen; ich möchte bloß hervorheben: Wir waren anfänglich auf uns selbst angewiesen. Auch waren wir gezwungen, mit unserer Munition zu sparen und konnten nicht zum Gegenangriff übergehen, nachdem wir die feindlichen Sturmangriffe zum Stehen gebracht hatten. Wir warteten auf die Eröffnung der Verbindungswege mit den Mittelmächten, als die Engländer eine weitere Anstrengung machten und eine neue Armee von 100.000 Mann bei Anafarta ans Land setzten.

Wenn man sich jedoch an ihr eigenes Geständnis halten soll, so haben sie bei dieser letzten Unternehmung einen vollständigen Mangel an Geschicklichkeit bewiesen. Diese Unternehmung ist dann gleichfalls gescheitert. Die Engländer wurden gezwungen, dort zu bleiben, wo sie gelandet waren. Sie waren, wie sie selbst zugeben mußten, dort zu einer Stellung verurteilt, die für eine Armee keineswegs sehr erwünscht ist.

Inzwischen begannen die Operationen gegen Serbien und der Versuch, eine Verbindung mit der Türkei herzustellen, um uns Munition zu verschaffen. Redner verweist auf den Eintritt Bulgariens, dessen aufrichtiger und weiser Haltung er hohes Lob zollt, in die Aktion gegen Serbien und fährt sodann fort: Die Engländer, durch die bevorstehende Herstellung der Verbindung zwischen uns und den Mittelmächten beunruhigt, versuchten eiligst, noch vorher den Serben zu Hilfe zu kommen. Sie hatten aber schon ihre Landungen in Saloniki bewerkstelligt, und um sich nicht zu desavouieren, versuchten sie von dort aus, Serbien zu Hilfe zu kommen. Als die serbische Armee geschlagen war, sahen sich die Engländer genötigt, ihre Unternehmung aufzugeben. Angesichts dieses Ergebnisses blieb den Engländern nur zweierlei übrig, entweder an den Dardanellen zu verharren oder auf die Salonikier Expedition zu verzichten. Das Verbleiben an den Dardanellen war jedoch unmöglich und nach der Versetzung Hamiltons, der trotz seines Mißerfolges für die Fortsetzung der Dardanellenaktion war sowie auf Grund des Besuches Kitcheners wurde von den Engländern der entsprechende Beschluß gefaßt. Sie wußten nur zu gut, daß unsere Infanterie der ihrigen überlegen ist und daß wir nach Eröffnung der Verbindungen, die unsere Bedürfnisse sichern, sie schließlich ins Mer werfen würden. Nachdem sie auf diese Weise den allerschwersten Mißerfolg erlitten hatten, mußten sie also die Halbinsel Gallipoli preisgeben, auf der sie solange ihr Blut vergossen und die sie mit den Leichnamen ihrer farbenbunten Soldaten bedeckt hatten.

Lenon Rede über die Verdun-Kämpfe.

Indessen muß man den Engländern die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie bei diesem Rückzuge von den Umständen in außergewöhnlicher Weise begünstigt worden sind. Es steht ihnen frei, sich in ihrem Parlament zu diesem Rückzuge zu beglückwünschen und sich desselben zu rühmen; er verliert deswegen nicht minder seinen Charakter als erzwungener Rückzug und überstürzte Flucht. Wir hatten die Absicht, zur Offensive überzugehen, nachdem wir unsere Truppen vollständig mit Munition versorgt hatten; unsere Feinde haben sich aber beeilt.

So sage ich denn dem Allmächtigen Dank, daß die Zeit und die Ereignisse meine Erwartungen bestätigt haben. (Beifall.) Jetzt, da wir mit der deutschen und der österreichisch-ungarischen Armee in direkter Verbindung stehen, können wir dank der Mitwirkung unserer Verbündeten unsere Armee auf einen besseren Stand setzen und ich kann Ihnen mit größtem Nachdruck und vollster Zuversicht die Versicherung erneuern, daß wir den Feind über unsere Grenzen verjagen werden. Ja, wir werden imstande sein, ihn daran zu verhindern, die uns von ihm entrissenen Gebiete zu besudeln. (Langanhaltender Beifall.)

Bevor ich schließe, will ich das Andenken unserer erhabenen Helden rühmen, die an unseren Grenzen schlummern, nachdem sie uns die Kraft verliehen haben, heute den Kopf so hoch zu tragen, und nachdem sie unserem teueren Vaterlande die Sicherheit verschafft haben, deren

---

es sich heute erfreut. Das Vaterland wird die von seinen Helden gebrachten Opfer nie vergessen und seine Dankbarkeit dadurch beweisen, daß es für ihre Familie Sorge tragen wird.

Fremdenblatt
12. I. 1916

Englands Hoffnung auf die Erschöpfung Deutschlands.

Ein eventueller Zollverein des Vierverbandes.

K. London, 10. Jänner. (Reuter-Meldung.) Im Unterhause wurde ein Antrag eingebracht, wonach die Regierung alle Hilfsquellen des britischen Reiches und seiner Verbündeten gegen Deutschland anwenden solle.

Handelsminister Runciman erklärte in der Debatte darüber: England hat die Spannung des Krieges besser ausgehalten als Deutschland. Die deutsche Regierung wird eher durch den ökonomischen als irgend einen anderen Druck von der Zwecklosigkeit, den Kampf fortzusetzen, überzeugt werden. Wenn wir mit unseren Hilfsmitteln sparsam sind, werden wir länger aushalten als Deutschland.

Redner wies sodann auf die Schwierigkeiten hin, welche sich der Errichtung eines Zollvereines unter den Verbündeten entgegenstellen; wenn dies aber notwendig sein sollte, um den Krieg siegreich zu beenden, zweifle er nicht, daß man dazu übergehen werde.

Der Minister gab sodann seinem Vertrauen Ausdruck, daß England imstande sein werde, sich nach dem Kriege wieder zu erholen. Es sei Englands Pflicht, bei diesem Prozesse Frankreich, Italien und Rußland soviel wie möglich zu helfen. England habe das Recht zu verlangen, daß Deutschland bei dem Versuche, sich von dem Kriege zu erholen, nichts tue, worunter England und seine Verbündeten leiden könnten.

Die Verbündeten könnten nicht nach Beendigung des Krieges den Ausbruch eines wirtschaftlichen Krieges dulden. Redner erinnerte mit Nachdruck daran, daß Deutschland im ökonomischen Sinne schon geschlagen sei. Man müsse darüber wachen, daß nach dem siegreichen Ausgange des Krieges Deutschland nicht das Haupt erhebe, um einen ökonomischen Feldzug zu beginnen.

Neue Freie Presse
12./I. 1916

Die Zugeständnisse Deutschlands an Amerika im Unterseebootkrieg.

Washington, 10. Januar.

Das Reutersche Bureau meldet:

In seiner Note über die Versenkung des „William P. Frye" verspricht Deutschland, den Nichtkämpfern Gelegenheit zu geben, sich in Sicherheit zu bringen, ehe das erbeutete Schiff versenkt wird; falls nicht Wetter und See sowie die Nähe der Küste Gewähr dafür bieten, daß die Boote den nächsten Hafen erreichen, wird den an Bord befindlichen Personen nicht befohlen werden, in die Boote zu gehen. Die deutsche Regierung lehnt den Vorschlag Amerikas, Sachverständige zur Feststellung des Schadens in Washington zusammentreten zu lassen, als für sie nicht angängig ab und empfiehlt den Zusammentritt einer Kommission in Deutschland. Sie beantragt ferner die schiedsgerichtliche Auslegung des preußisch-amerikanischen Handelsvertrages durch ein besonderes Schiedsgericht von fünf Mitgliedern, das am 15. Juni im Haag zusammentreten soll.

Vossische Zeitung 13. V. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Zum Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist gestern an Stelle des Abg. Haase der Abgeordnete Ebert, Vertreter für Elberfeld-Barmen, gewählt worden. In dem Fraktionsvorstand sind während des Krieges mehrfach Veränderungen vorgekommen. Zunächst schied Abg. Ledebour vor Jahresfrist aus, nachdem er den Fraktionsvorstand der Verschleppungs- und Vertuschungspolitik beschuldigt hatte. An seiner Stelle wurde in der Fraktionssitzung vom 2. Februar v. J. der Abg. Hoch in den Vorstand gewählt. Hoch, ein Anhänger der Minderheit — er ist bei der Entscheidung über den Kriegskredit am 21. Dezember hinausgegangen —, hat vor kurzem sein Amt im Fraktionsvorstand niedergelegt. An Stelle von Haase und Hoch wurden gestern in den Fraktionsvorstand Redakteur Gradnauer (Vertreter für Dresden links der Elbe) und Redakteur Kraetzig (Vertreter für Loebau) gewählt. Gradnauer gehört zur Fraktionsmehrheit, Krätzig zu den 22 der Minderheit, die am 21. Dezember den Saal verließen. Die bisherigen Mitglieder des Vorstands der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Dr. David, Ebert, Richard Fischer, Molkenbuhr, Scheidemann, gehören sämtlich zur Fraktionsmehrheit.

Heine und Haase widereinander. Der „Vorwärts" veröffentlicht heute eine Erklärung des Abg. Heine gegen den Abg. Haase und eine Antwort Haases. Aus dem Artikel des Abg. Heine sei hier nur eine charakteristische Stelle erwähnt. Heine schreibt:

> Haase bestreitet, sich an den Beratungen über die Erklärung beteiligt zu haben, die er am 4. August 1914 namens der Fraktion verlesen hat. Ich habe persönlich mit ihm über den Wortlaut der Erklärung, der mir nicht knapp genug erschien, noch vor ihrer Veröffentlichung gesprochen. Dabei hat er selbst mir gesagt, er hätte vergeblich vor den „Schützenbrüderphrasen" darin gewarnt. Das war nämlich — etwas anderes kommt nicht in Betracht — das Wort: „Da machen wir wahr, was wir immer betont haben, wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich."

Haase überschreibt seine Antwort: „Die eiserne Stirn" und beginnt: „Heine entpuppt sich immer mehr als der Mann mit der eisernen Stirn." Auch Heine habe die Erklärung vom 4. August 1914 als „zu pathetisch" bezeichnet.

Die Einberufung eines sozialdemokratischen Parteitages wird in der sozialdemokratischen Presse erörtert. Die „Fränk. Tagespost" entwickelt zahlreiche Bedenken gegen einen Parteitag Die Chemnitzer „Volksstimme" schreibt: „Der Parteitag könnte nur dann einen vernünftigen Zweck haben, wenn er sich auf die notwendigsten disziplinaren Maßnahmen beschränkte. Diese können in nichts anderem bestehen, als in der Uebertragung aller Befugnisse, die in Friedenszeiten der Parteitag hat, auf Parteivorstand und Parteiausschuß. Gerade die Anhänger der Minderheit haben seit langer Zeit erklärt, es stünde jetzt um die politische Freiheit schlimmer als unter dem Sozialistengesetz.

Fremdenblatt
13./I. 1916

Kriegskalender.

7. Jänner: In Ostgalizien wiederholen die Russen ihre Angriffe wieder ohne Erfolg; aus einem Kirchhof nördlich von Czartorysk ist der Feind nach kurzem Aufenthalte von österreichischer Landwehr wieder geworfen. In den Neujahrskämpfen haben die Russen an der bessarabischen Grenze und an der Strypa zirka 50.000 Mann verloren. — Die Montenegriner sind bei Mojkovac am Taraknie, bei Geduse nördlich von Berane, westlich von Rozaj sowie halben Weges zwischen Ipek und Plav nach heftigen Kämpfen geworfen. — Die türkischen Meerengenbatterien bombardierten die feindlichen Landungsplätze von Seddil Bahr und Take Burnu. — Im Unterhause wird die Dienstpflichtbill in erster Lesung angenommen.

8. Jänner: In Ostgalizien und an der Bukowinaer Grenze wird wieder heftig gekämpft; an der Strypa dringen russische Truppen unter dem Schutze des Nebels bis zu unseren Batterien vor und werden durch Gegenangriff unserer Truppen zurückgeschlagen; durch heftiges Trommelfeuer vorbereitete russische Angriffe bei Toporoutz und östlich von Rarancze werden in erbittertem Handgemenge abgewehrt. — Den Franzosen wird südlich des Hartmannsweilerkopfes ein Grabenstück entrissen. — Unsere Flieger belegen den Lovcen und Cettinje mit Bomben. — Die italienischen Schiffahrtslinien stellen die Schiffahrt nach Port Said—Athen ein.

Neues Wiener Tagblatt
13./I. 1916

Aus dem deutschen Reichstag.

Berlin, 12. Jänner. Der Reichstag setzte die Beratung der Ernährungsfragen fort. Sämtliche Redner betonten, daß der Kampf, den die Väter, Brüder und Söhne an der Front führen, auch im Lande geführt werden müsse, indem die Daheimgebliebenen sich einschränken und alles daransetzen, um auf dem Gebiete der Ernährung durchzuhalten und die entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Unterstaatssekretär Michaelis führte aus: Die Bestandaufnahme im November hat gezeigt, daß wir mit aller Energie zu der alten Sparsamkeit zurückkehren müssen. Sowohl bei der Verfütterung wie beim Konsum muß mit aller Energie eingegriffen werden. Es muß wieder der Verteilungsmaßstab des Vorjahres gelten, indem nur den stark Arbeitenden die Brotration gelassen wird. Die bemittelteren Kreise müssen sich wieder einschränken, unter Umständen sogar noch mehr einschränken als im Vorjahre.

Redner sprach sich gegen das Verbot der Nacht- und Feiertagsarbeit in den Mühlen aus und betonte schließlich, es komme darauf an, daß die Konsumenten mit voller Energie die Aufgabe erfüllen, die sie zu erfüllen haben.

Wir müssen, sagte Redner, die Zähne zusammenbeißen, wenn wir auch manchmal nicht das dazwischen haben, was wir gern haben möchten. Wenn wir wollen, langen wir, und daß wir wollen, steht fest. (Beifall.)

Die Weiterberatung findet morgen statt.

Die Zeit
13./I. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

KB Wien, 12. Januar.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

11. Januar. Der Feind beschoß vom Monte Ghello nordöstlich von Rovereto am Abend des 9. d. unsere Stellungen mit Brandgranaten. Während der darauffolgenden Nacht meldeten unsere Vorposten einen großen Brand in Rovereto. Am Ober- und am Mittellauf des Isonzo versuchten feindliche Batterien mit Unterstützung von Aeroplanen unsere Linien unter Feuer zu nehmen, wurden aber durch unsere Artillerie wirksam bekämpft. Unsere Abwehrbatterien nötigten die feindlichen Flugzeuge, sich in bedeutender Höhe zu halten. In der Ebene am Unterlauf des Isonzo nahm die feindliche Artillerie mit Geschützen von großer Tragweite die Beschießung der Ortschaften wieder auf, was mehrere Opfer unter der Bevölkerung forderte. In Romanc wurde eines unserer Feldspitäler getroffen. Von den darin untergebrachten Soldaten wurden 4 getötet und 8 verwundet.

Montenegro.

Ohne Datum. Wir warfen den Feind mit schweren Verlusten zurück, besonders in der Gegend von Berane und in der Richtung auf Rugova, wo sich der Gegner nach heftigem Kampf zurückgezogen hat. Wir eroberten zwei Maschinengewehre. An der herzegowinischen Front wiesen wir alle Vorstöße zurück. Wir eroberten die Stellung Kuk zurück, wo wir uns aber nicht behaupten konnten. Der Kampf wird mit Erbitterung fortgesetzt.

Verkauf hat der Verkäufer einen Abschnitt zu trennen, und zwar in der Zeit vom 15. bis 31. Januar 1916 den mit I, in der ersten Februarhälfte den mit II und in der zweiten Februarhälfte den mit III bezeichneten Abschnitt. Die einzelnen Abschnitte verlieren ihre Gültigkeit mit Ablauf des darauf vermerkten Zeitraums. Die Abschnitte sind bei Vermeidung der Entziehung der Verkaufsberechtigung vom Verkäufer bei Abgabe des Schmalzes zu trennen und zu sammeln.

Der Krieg.

(Fortsetzung von Seite 2.)

Thronrede Kaiser Wilhelms.

Eröffnung des preußischen Landtages.

KB Berlin, 13. Januar.

Der Landtag der preußischen Monarchie wurde heute im Weißen Saale des königlichen Schlosses im Auftrag des Kaisers und Königs durch den Ministerpräsidenten Dr. v. Bethmann Hollweg feierlich eröffnet.

Die Thronrede lautet:

„Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Se. Majestät der Kaiser und König haben mich zu beauftragen geruht, den Landtag der Monarchie zu eröffnen und in seinem Namen willkommen zu heißen.

Während Sie sich hier zur Arbeit versammeln, geht draußen auf den weiten Schlachtfeldern das blutige Ringen fort. Wie unsere Feinde uns den Krieg aufgezwungen haben, so tragen sie die Schuld und Verantwortung, daß sich die Völker Europas weiter zerfleischen.

Die gescheiterten Pläne unserer Feinde.

Vor eine eiserne Probe stellt die Vorsehung unser Volk. Großes wird gefordert, Großes aber auch geleistet. Die Pläne unserer Feinde, uns durch Abschnürung von der überseeischen Welt mürbe zu machen, sind gescheitert. Aus eigener Kraft sichert die Landwirtschaft die Ernährung der Bevölkerung, aus eigener Kraft schafft Industrie und Handwerk, wessen wir zu unserer Verteidigung bedürfen, halten die arbeitenden Hände der Millionen, die daheim geblieben, unser wirtschaftliches Leben aufrecht trotz Krieg und Kriegsnot.

Eine Welt von Feinden.

Und über dem allem stehen die Taten unseres Volkes in Waffen, unaussprechlich in Größe und Heldentum. In hartem Kampfe hat Deutschland, unterstützt von treuen Verbündeten, einer Welt von Feinden standgehalten und seine Fahnen weit in Feindesland hineingetragen. Der alte preußische Soldatengeist, auf den wir stolz sind und stolz bleiben, hat in edlem Wetteifer mit den deutschen Brüderstämmen seine unvergängliche Lebenskraft erwiesen und neuen unsterblichen Ruhm dem Heldentum der Väter und Ahnen hinzugefügt.

Mit unserem König und Kaiser gehen wir voll Gottvertrauen und Siegeszuversicht auch der Zukunft entgegen. Ein einziger und heiliger Gedanke erfüllt uns bis in die letzten Tiefen der Volkskraft: alles herzugeben für das Leben und die Sicherheit der Nation.

Als Gruß an den Landtag hat Se. Majestät der Kaiser und König nur Worte heißen Dankes an die Kämpfer draußen und daheim.

Erhöhung der Steuerzuschläge.

Ihre bevorstehenden Arbeiten, meine Herren, werden vor allem den Notwendigkeiten des Krieges gehören. Der allgemeine wirtschaftliche Druck des Krieges hat zwar die gesunde Kraft der preußischen Finanzen nicht erschüttern können, doch erfordert ihre Erhaltung eine Steigerung der Einnahmen. Es wird Ihnen daher eine Vorlage zugehen, die eine Erhöhung der Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer vorsieht.

Für die Wiederaufrichtung Ostpreußens werden weitere staatliche Geldmittel verwendet werden. Die nach den verwüstenden Einfällen des Feindes durch die wuchtigen Schläge des Ostheeres befreite Provinz erwacht unter der tatkräftigen Arbeit aller dazu berufenen Männer zu neuem Leben. Weit über die Grenzen der Monarchie, ja über die Grenzen Deutschlands hinaus sind Helfer und Spender erstanden. Ihnen allen sagt der König Dank in der frohen Erwartung, daß es in nicht ferner Zeit gelingen werde, die schöne Ostprovinz der Monarchie in alter Blüte wiederherzustellen.

Ausbau des Eisenbahnnetzes.

Die besondere Fürsorge für unsere im Kriege so glänzend bewährte Staatseisenbahnverwaltung wird auch jetzt nicht ruhen dürfen. Zum weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes sowie zur Beschaffung von Fahrzeugen werden deshalb wiederum erhebliche Mittel angefordert.

Meine Herren! Se. Majestät der Kaiser und König weiß, daß Ihr Wirken und Schaffen wie bisher so auch in dem neuen Abschnitt der parlamentarischen Arbeiten von dem Geist der Opferwilligkeit und Entschlossenheit getragen sein wird, von dem tapferen Geist, der allein unserem Volke die Kraft gibt, diesen gewaltigen Krieg siegreich zu bestehen.

In dem ungeheuren Erleben dieses Krieges wird ein neues Geschlecht groß. Die ganze waffenfähige Mannschaft, geeint durch kameradschaftliche Treue bis in den Tod, schirmt Staat und Volk. Der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck

Fremdenblatt Abendbl.
13./I. 1916

Kaiser Wilhelm an den Sultan und Enver.

K. **Konstantinopel**, 12. Jänner. In dem Glückwunschtelegramme, welches Kaiser Wilhelm anläßlich des Dardanellensieges an den Sultan gerichtet hat, sagt der Kaiser, er habe mit großer Befriedigung die Nachricht erfahren, daß die feindliche Armee gezwungen worden ist, die Halbinsel Gallipoli vollständig zu räumen, und er beglückwünsche den Sultan zu dem großen Siege, der den heftigen Angriffen der schamlosen Feinde ein Ende setze. Der Kaiser kündigt, als Zeichen seiner Bewunderung, die Uebersendung eines Säbels an den Sultan an, um die Erinnerung an die großen Siege zu verewigen, eines Säbels, der während des zur Verteidigung des Rechtes unternommenen Krieges gegen die Häupter der Feinde gezückt sein soll. Der Kaiser drückt schließlich die Ueberzeugung aus, daß der göttliche Beistand den endgiltigen Sieg sichern werde.

Kaiser Wilhelm hat auch an den Kriegsminister Vizegeneralissimus Enver Pascha ein Telegramm gerichtet, worin er sagt, daß die ottomanische Armee eine Waffentat vollbracht habe, die stets in der Erinnerung des Volkes bleiben werde. Er beglückwünsche Enver Pascha und die ottomanische Armee herzlich zu dem Erfolge, der um die siegreiche ottomanische Fahne neue Lorbeeren winde nd verleihe dem Minister den Orden Pour le mérite.

Kriegsminister Enver Pascha brachte in einem Tagesbefehl an die Armee die Glückwünsche des Kaisers Wilhelm mit dem Bemerken zur Kenntnis, daß er dem Kaiser gedankt und versichert habe, daß die ottomanische Armee auch weiterhin ihre Pflichten erfüllen werde.

Neue Freie Presse Abendbl. 13./I. 1916

Eine Note der Entente an Griechenland.

Athen, 12. Januar.

Die Agence Havas meldet:

Die Gesandten der Alliierten haben gestern der griechischen Regierung folgende Note übermittelt:

Die Regierungen der Alliierten haben ihre Vertreter in Athen beauftragt, auseinanderzusetzen, daß sie es für eine unabweisbare Pflicht der Menschlichkeit hielten, sobald als möglich einen Teil der serbischen Armee, um diese heroischen Soldaten vor Hungersnot und Vernichtung zu bewahren, auf einen Punkt hinüberzuschaffen, welcher der albanesischen Küste, wo sie sich jetzt befinden, benachbart ist.

Nach einer eingehenden Erwägung der Bedingungen des Transports hätten die alliierten Regierungen erkannt, daß die Insel Korfu die notwendigen Möglichkeiten im Hinblick auf die Gesundheit der serbischen Truppen, die Sicherheit und Schnelligkeit des Transports sowie die Bequemlichkeit der Verpflegung biete. Sie waren der Ansicht, daß sich Griechenland nicht der Uebersiedlung der Serben, seiner Verbündeten, widersetzen werde, die nur kurze Zeit auf der Insel bleiben würden, wo sie die Bevölkerung sicherlich mit der gebührenden Teilnahme aufnehmen werde.

Es handle sich um keine Art von Besetzung, da der griechischen Regierung in dieser Hinsicht alle Garantien gegeben wurden, sowohl betreffs Korfus wie der anderen Teile der griechischen Territorien, deren sich die englischen und französischen Truppen zeitweilig seit Beginn des gegenwärtigen Krieges hätten bedienen müssen.

Berner Bund 13./I. 1916

Die Not in Montenegro

Wl. E. Noch dieser Tage meldete die Petersburger „Wetscherneje Wremja", daß gegen die Front des Lowzenberges in Montenegro wichtige Ereignisse zu erwarten sind, weil eine stärkere österreichische Truppenkonzentrierung in der Gegend von Cattaro zu verzeichnen sei. Nun ist der Lowzen genommen. Der Spezialberichterstatter der „Nowoje Wremja" in Montenegro drahtete seinem Blatt, daß die Oesterreicher die Montenegriner von drei Seiten bedrängen. Besonders starke Schläge des weit überlegenen Feindes hält die kleine, 20,000 Mann zählende montenegrinische Sandschakarmee aus. Sie hat eine Front von großer Ausdehnung zu halten. Die ganze Bevölkerung Montenegros ist aber in den Krieg gegangen: Greise, Frauen und sogar Kinder. Die Frauen schaffen die Munition herbei, verbinden die Verwundeten, manchmal greifen sie auch zum Gewehr. Unter ihnen gibt es schon viele Tote und Verwundete.

Und noch ein neues Unheil bedroht das Land der Schwarzen Berge: eine Ueberschwemmung mit Flüchtlingen. Montenegro hat niemals geglaubt, daß es so dicht besiedelt sein werde wie gegenwärtig. In den Städten und Dörfern gibt es schon keinen Platz mehr. Die Flüchtlinge leben in Höhlen an den Ufern der Flüsse Moraga, Zeta und besonders um die Städte des alten Duklia. Aber auch in den Höhlen gibt es schon keinen Platz mehr. Durch neue Wellen verdrängt gehen sie und füllen Biva, Dromjaki, Schupa, Nikšic, Bjelo, Bavici und Komani an. In einer seinerzeit von den Russen in Podgorica erbauten Kaserne sind jetzt ungefähr 2000 Flüchtlinge untergebracht. Die Leiden, die sie durchmachen, sind unbeschreiblich. Die Mütter können ihre Kinder nicht ernähren und niemand ist da, um ihnen zu helfen. Im Westen um Skutari, wohin die serbische Regierung kam, brachen nach ihr Massen von Flüchtlingen ein. Sie leben in Schluchten, wo auch im Sommer sich der Schnee hält, in der Hoffnung auf die Hilfe, die ihnen vom Meer her zukommen kann. Wenn sie aber nicht kommt, oder wenn das Schicksal Skutari in die Hände des Feindes gibt, werden Tausende buchstäblich des Hungertodes sterben.

Die auch vor dem Kriege armen Montenegriner teilen jetzt mit den Flüchtlingen den letzten Bissen. Was aber am schlimmsten ist, das ist das fast vollständige Fehlen ärztlicher Hilfe. In ganz Montenegro gab es ungefähr 15 Aerzte und 10 Apotheken, und in diesen Apotheken gibt es jetzt fast keine Arzneimittel, denn man kann sie von nirgends beziehen.

In diesen Tagen war ich zugegen — so meldet der russische Berichterstatter der „Nowoje Wremja" weiter —, als der aus Cetinje nach Podgorica fahrende König Nikolaus mit einer Abteilung von Flüchtlingen, die nach Czernojevica Reka zog, zusammentraf. Als die Flüchtlinge den König erkannten, zogen sie ihre Kappen und begrüßten ihn mit dem Rufe: Zivio! Der König ließ das Automobil halten und begann sie zu befragen, von wo sie kommen, sowie auch sie zu beruhigen, indem er sagte, daß es ohne Entbehrung und große Mühen einen Sieg nicht geben könne. Je schwieriger der Sieg erreicht werde, um so teurer werde er sein und um so aufopferungsvoller werde ihn unsere Nachkommenschaft verteidigen. „Indem wir auf Gott, auf das große Rußland, auf unsere mächtigen Verbündeten vertrauen, werden wir siegen!" setzte der König hinzu. Aus der Menge antwortete ein alter ehmaliger Dorfschullehrer, der im gegenwärtigen Kriege seine vier Söhne verlor, dem König: „Wir hoffen auch auf Gott und das große Rußland. Aber Gott, Eure Majestät, ist hoch und Rußland — weit."

„Die Sonne", antwortete der König Nikolaus, „ist auch von der Erde weit und nichtsdestoweniger wärmt sie doch . . ."

Vossische Zeitung
14./11. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gegen Dr. Liebknecht. Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, durch den am Mittwoch dem Abg. Liebknecht die Rechte eines Fraktionsmitgliedes abgesprochen worden sind, hat folgenden Wortlaut:

> „Da Genosse Liebknecht fortgesetzt gegen die Beschlüsse der Fraktion handelt und somit die Pflichten der Fraktionsgemeinschaft auf das gröblichste verletzt, erklärt die Fraktion, daß Liebknecht dadurch die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen, verwirkt hat."

Dieser Beschluß ist, wie das sozialdemokratische Pressebüro mitteilt, gefaßt worden, nachdem Liebknecht „abermals, ohne die Fraktion vorher zu verständigen, dem Büro des Reichstags eine Anzahl Anfragen überreicht hat". Der „Vorwärts" spricht von einer „Maulkorberklärung" und sagt:

> „Wer gibt den Fraktionsmitgliedern das Recht, die „Verwirkung" des Rechts eines ihrer Kollegen auszusprechen? Die Fraktionszugehörigkeit beruht auf der Wahl des Abgeordneten durch seine Wähler und auf dem Parteitagbeschluß des Einigungskongresses und der späteren sozialdemokratischen Parteitage. Danach hat der von den Sozialdemokraten gewählte Abgeordnete das Recht und die Pflicht, der sozialdemokratischen Fraktion anzugehören. Diese Rechte und diese Pflichten kann lediglich eine Erklärung des Parteitags oder der Wähler des Abgeordneten beseitigen, niemals die Fraktion."

Der „Vorwärts" redet deshalb auch von einer „Auflehnung von „Führern" gegen den Gesamtwillen der Partei, der nur die eine Wirkung haben kann, daß er die Einheit der Partei untergräbt und an Stelle des Gesamtwillens der Partei und der Wähler „Erklärungen" der „Führer" zu setzen versucht". — Offenbar ist der Beschluß gegen Liebknecht aufzufassen im Sinne des vor der Abstimmung zurückgezogenen Antrages des Fraktionsvorstandes, der am 21. Dezember die 20 Disziplinbrecher bis zu ihrer Unterwerfung unter die Fraktionsdisziplin von der Vertretung der Fraktion im Plenum und in den Kommissionen ausschließen wollte.

*

Liebknechts Theorie und Praxis. Der Gewerkschaftsführer August Winnig ist so hartherzig, in der „Glocke" gerade heute an ein Wort zu erinnern, das Dr. Karl Liebknecht auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1910 den Budgetbewilligern zugerufen hat:

> „Es ist erstaunlich, daß man hier ein so geringes Gefühl für die Parteidisziplin hat. Ich bin ja sozusagen im Parteileben aufgewachsen, ich habe sie mit der Muttermilch eingesogen, und aus frühester Kindheit klingt es mir in den Ohren aus dem Munde meines Vaters: Eins ist not: Disziplin! Die Disziplin ist der Stolz der deutschen Sozialdemokratie! Ohne Disziplin kein erfolgreicher politischer Kampf!"

*

„Die 20 Reaktionäre." Der sozialdemokratische Reichstags-Abg. Lensch nimmt in der „Glocke" Bezug auf die Aeußerung eines sozialdemokratischen Blattes: „Im Weltkrieg gibt es bisher drei Geschlagene: Belgien, Serbien und die deutsche Sozialdemokratie." Die Schuld mißt er den 19 und Geyer in der Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei, von denen er sagt:

> „Die 20 Reaktionäre! Sie haben vielleicht geglaubt, eine revolutionäre Aktion zu unternehmen. Nicht der Revolution, nur der Reaktion haben sie einen Dienst geleistet, nur die Arbeiterfeinde werden sich über ihre Tat freuen."

Ausschließung Liebknechts aus der sozialdemokratischen Partei.

K. Berlin, 13. Jänner. Einer Meldung des „Lokalanzeigers" aus Stuttgart zufolge, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit 60 gegen 25 Stimmen eine Erklärung angenommen, wonach der Abgeordnete Liebknecht wegen fortgesetzter gröblichster Verstöße gegen die Pflichten eines Fraktionsmitgliedes die aus der Fraktionszugehörigkeit sich ergebenden Rechte verwirkt habe.

Damit ist Liebknecht aus der Fraktion ausgeschlossen worden.

Die Dienstpflichtbill in zweiter Lesung angenommen.

Kein Rücktritt der Arbeiterminister.

K. London, 12. Jänner. Das Unterhaus hat die Wehrpflichtbill in zweiter Lesung mit 431 gegen 39 Stimmen angenommen.

Die drei Vertreter der Arbeiter im Ministerium haben ihr Rücktrittsgesuch zurückgezogen.

Der Sultan an Kaiser Wilhelm.

K. **Konstantinopel**, 13. Jänner. In seinem Antworttelegramm auf die Glückwunschdepesche des deutschen Kaisers zum Siege auf Gallipoli brachte der Sultan seinen Dank sowie seine lebhafte Befriedigung darüber zum Ausdruck, einen Ehrensäbel zu empfangen, der ein glänzendes Symbol der Waffenbrüderschaft sein werde, die stets die beiden tapferen verbündeten Armeen einigen werde. Der Sultan bittet Gott, den Verbündeten auch weiterhin großartige Erfolge und in naher Zukunft auf den Schlachtfeldern endgiltige Siege zu gewähren.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 13. Dezember. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

12. Jänner. Im oberen Val Camonica zerstörte unsre Artillerie am 10. Jänner ein Unterkunftshaus und Stützpunkte des Feindes im Abschnitt zwischen der Spitze des Ercavallo und dem Tonale. Im Val Lagarina wurde am Abend desselben Tages ein artilleristisch vorbereiteter feindlicher Angriff gegen unsre Stellungen beim Castello Dante unter Verlusten abgeschlagen. An der übriger Front bis zum Meere hielt gestern der Geschützkampf an. Auf beiden Seiten lebhafte Fliegertätigkeit. Ein eigenes Geschwader überflog trotz ungünstiger atmosphärischer Verhältnisse und Sturm Gardolo nördlich von Trient, bombardierte dieses feindliche Flugfeld und ließ auf dem Rückwege einige Bomben auf die Bahnhöfe von Trient und Rovereto und ein Barackenlager bei Volano fallen; es kehrte sodann unversehrt zu unsern Linien zurück. Feindliche Flieger warfen Bomben auf einige Ortschaften in der Isonzoebene, ohne Schaden anzurichten.

Rußland.

12. Jänner. An der Westfront zwischen Olai und Weiß, 6 Kilometer südöstlich von Olai, versuchte eine kleine deutsche Abteilung, auf das rechte Ufer der Misse überzugehen, wurde aber durch das Feuer unsrer Wachtposten zerstreut. Bei gewaltsamen Erkundungen am Kangersee vor Tschauka (zirka 40 Kilometer westlich Dwinsk) und östlich Blakanen (zirka 20 Kilometer südlich Riga) hatten unsre Aufklärer Zusammenstöße mit überlegenen feindlichen Kräften; es kam zu Bajonettkämpfen, die zu unserm Vorteil ausliefen. In der Gegend der Eisenbahn von Poniewiez zerstörten unsre Aufklärer zwei Reihen Drahthindernisse und trieben durch den Gebrauch von Handgranaten die Deutschen aus ihren Gräben.

Frankreich.

12. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Aus der Nacht ist kein wichtiges Ereignis zu melden, außer aus der Gegend zwischen den Argonnen und der Maas, wo unsre Batterien Gruppen feindlicher Arbeiter in der Gegend von Malancourt zerstreuten.

11 Uhr nachts. Zwei feindliche Wasserflugzeuge warfen acht Bomben auf Dünkirchen; sie verursachten unbedeutenden Sachschaden. Nördlich der Aisne zertrümmerten unsre Schützengrabenkanonen feindliche Befestigungswerke westlich von Soupir. In der Champagne beschoß unsre Artillerie erfolgreich die deutschen Schützengräben nördlich von Maison de Champagne und östlich des Hügels von Souain. In den Argonnen ließen die Deutschen an der Kote 285 (Haute Chevauches) eine Mine springen, wodurch ein breiter Trichter entstand, um den den ganzen Tag ziemlich heftig mit Handgranaten gekämpft wurde. Wir befestigten den Südrand des Trichters stark. Zwischen den Argonnen und der Maas versuchte der Feind einen Angriff mit erstickenden Gasen in der Gegend von Forges; die vorgesehenen Vorsichtsmaßregeln wurden rechtzeitig getroffen. Unser Sperrfeuer hinderte den Feind, aus seinen Schützengräben vorzubrechen. Auf den Maashöhen in der Gegend von Calonne verursachte unser Artilleriefeuer eine Explosion und einen Brand in den feindlichen Schützengräben und zerstörte die Stellungen für Maschinengewehre. In den Vogesen vernichtete unsre Artillerie zwei deutsche Schanzwerke im Gefechtsabschnitt.

Belgischer Bericht.

Von der ganzen Front der belgischen Armee wird beiderseitige Artillerietätigkeit gemeldet, besonders im Abschnitt nördlich von Steenstraate.

Die Schlacht bei Seddil Bahr.

K. Konstantinopel, 12. Jänner. (Meldung der Agence Telegraphique Milli.)

Das Hauptquartier teilt mit: Am 10. Jänner beschossen mehrere feindliche Kreuzer und Torpedoboote zeitweise die Gegend von Tekke Burnu und die anatolischen Batterien, ohne Schaden anzurichten. Ein aus der Richtung von Kavalla kommender Kreuzer versuchte, unseren Abschnitt im Norden des Golfes von Saros unter Feuer zu nehmen, wurde aber durch das Gegenfeuer unserer nächstgelegenen Batterien verjagt.

Am 9. Jänner schossen zwei unserer Kriegsflugzeuge, gesteuert von den Leutnants Bodike und Chones, ein viertes feindliches Flugzeug herab, das auf der Höhe von Seddil Bahr ins Meer fiel.

Die Schlacht bei Seddil Bahr am 8. Jänner und in der Nacht vom 8. auf den 9. Jänner, die mit der Niederlage des Feindes endete, nahm folgenden Verlauf: Die Verminderung der Tätigkeit der feindlichen Landartillerie, an deren Stelle die Schiffsartillerie trat, die Anwesenheit zahlreicher Transportschiffe in der Nähe des Landungsplatzes sowie der Umstand, daß der Feind neuerlich mißbräuchlich bei hellichtem Tage Truppen auf Spitalschiffen transportierte, ließen uns vermuten, daß der von dem heftigen Feuer unserer Artillerie beunruhigte Feind sich zur Flucht anschicke. Wir trafen nun alle Vorbereitungen, damit die Flucht diesmal dem Feind so teuer als möglich zu stehen komme.

Diese Vorbereitungen gingen mit vollem Erfolg von statten. Seit dem 4. Jänner hatten die Angriffsvorbereitungen begonnen. Die für die Angriffe gewählten Abschnitte wurden von uns durch heftiges Geschütz- und Minenfeuer bestrichen. Am 8. Jänner nachmittags verstärkten wir unser Feuer, ließen Minen springen und beschlossen unsere Tätigkeit damit, daß wir auf der ganzen Front starke Rekognoszierungsabteilungen vorschickten. Der Feind, der das Vorspiel eines Angriffes erkannte, versammelte in der Höhe seines linken Flügels zahlreiche Kriegsschiffe, die unsere Abteilungen und vorgeschobenen Stellungen heftig beschossen. Unsere Abteilungen, die sich an einzelnen Stellen den feindlichen Schützengräben näherten, wurden vom Feinde mit Gewehrfeuer und Handgranaten empfangen, behaupteten aber ihre Stellung. In der Nacht vom 8. auf den 9. Jänner warfen wir neuerlich unsere Erkundungsabteilungen gegen die feindlichen Schützengräben vor.

Um 3 Uhr morgens, als wir bemerkten, daß vom Zentrum des Feindes aus eine Rückzugsbewegung beginne, ordneten wir den Vormarsch auf der ganzen Front an. Ein Teil der sich zurückziehenden feindlichen Truppen flüchtete unter dem Schutze des heftigen Feuers seiner Kriegsschiffe den Landungsplätzen zu. Ein anderer Teil versuchte, indem er viele automatische Minen zur Explosion brachte, unseren Vormarsch Schritt für Schritt zu hindern. In diesem Augenblicke eröffneten unsere weittragenden Geschütze ein mörderisches Feuer gegen die Landungsstege, während unsere Feldgeschütze die feindliche Nachhut beschossen und ihr zahlreiche Verluste zufügten. Unsere Gebirgsgeschütze rückten gemeinsam mit der Infanterie vor, den Feind aus nächster Nähe belästigend. Unsere Truppen boten dem Feuer der feindlichen Schiffe und Minen tapfer die Stirne, verachteten kampfesfreudig das von allen Seiten auf sie niederprasselnde höllische Feuer und machten die feindlichen Soldaten, die infolge des wirkungsvollen Feuers unserer Artillerie nicht flüchten konnten und verzweifelten Widerstand leisteten, nieder. Am Morgen des 9. Jänner sahen sich unsere Truppen auf dem Schlachtfelde zwischen zahlreichen feindlichen Leichen. Zuletzt stellten wir fest, daß unser Artilleriefeuer wirkungsvoll sein Ziel erreicht hatte und daß der Feind infolge des Druckes, den wir mit den Mitteln, über die wir verfügten, auf seine ganze Front ausübten, und infolge des Angriffes, den unsere starken Infanterieabteilungen gegen ihn richteten, außerstande war, in dieser Zone trotz des Schutzes des Feuers seiner zahlreichen Kriegsschiffe noch länger Widerstand zu leisten.

So schloß der letzte Akt der Kämpfe, die sich seit acht Monaten auf der Halbinsel Gallipoli abspielten, mit der Niederlage und dem Rückzuge des Feindes. Die große Beute, die wir noch nicht gezählt haben, besteht in Geschützen, Waffen, Munition, Pferden, Mauleseln, Wagen und einer großen Menge anderen Kriegsmaterials.

Graf Schwerin-Löwitz über den Krieg.

Die Eröffnungsrede im preußischen Abgeordnetenhause.

Berlin, 13. Jänner.

Heute nachmittags hielt das preußische Abgeordnetenhaus seine erste Sitzung ab.

Der bisherige Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er ausführte: Rein zeitlich betrachtet, mag es auch heute noch dahingestellt bleiben, wie lange der Krieg noch dauern mag, wie lange wir seine Last und seine Opfer noch werden tragen müssen. Aber was unsere Zuversicht, ja ich darf sagen, unsere Gewißheit angeht, daß wir als Sieger aus dem uns so frevelhaft aufgezwungenen Kampfe hervorgehen werden, so hat diese doch inzwischen durch die herrlichen Erfolge unserer Waffen und der Waffen unserer treuen Verbündeten einen ganz gewaltigen Zuwachs erfahren. (Lebhafter Beifall.) Nach dem Durchbruch des Generalfeldmarschalls Mackensen durch die für ganz unerschütterlich gehaltene russische Karpathenfront die Wiederbefreiung Galiziens, die Besetzung ganz Polens, Litauens, Kurlands und eines großen Teiles des eigentlichen Westrußlands; an der Westfront ist die vom Feinde mit einem ganz beispiellosen Aufgebot aller nur denkbaren militärischen Mittel unternommene vierte große Offensive vollkommen gescheitert, gescheitert mit einem Verlust des Feindes von über 200.000 Mann an dem unerschütterlichen Widerstand unserer unvergleichlich heldenmütigen Truppen! Ebenso wurden an der italienischen Front alle fast täglich erneuten Angriffe Cadornas von unserem österreichisch-ungarischen Verbündeten gleichfalls mit einem Gesamtverlust des Feindes von mehr als einer halben Million Truppen restlos abgewiesen. (Beifall.) Dazu die Unterwerfung ganz Serbiens und eines großen Teiles von Montenegro und die Herstellung der Verbindung mit der Türkei — und nun gar vor wenigen Tagen auch noch das klägliche Scheitern der mit einem so ungeheuren Aufwande von Ruhmredigkeit unternommenen Dardanellenexpedition. Ja! Wenn diese — nur noch bei Nacht und Nebel mögliche — Flucht der großen englischen Armee, wie der englische Ministerpräsident meint, für immer in der ruhmreichen Geschichte Englands einen hervorragenden Platz einnehmen wird, so beweist das jedenfalls, daß unsere Herren Vettern jenseits des Kanals in den Ansprüchen auf wirkliche militärische Erfolge doch schon sehr viel bescheidener geworden sein müssen.

Das sind mit wenigen Worten die hauptsächlichsten Kriegsereignisse seit der letzten Tagung. Mit Stolz und Bewunderung blicken wir heute auf die treuen sieggekrönten Verbündeten und beglückwünschen sie — die alten wie die neuen — zu den glänzenden Erfolgen ihrer und unserer Waffen. Oesterreich-Ungarn zur Befreiung Galiziens und zur Niederwerfung Serbiens, dieser alten Brutstätte von Königsmorden und Bedrohungen des Völkerfriedens, Bulgarien zu der Wiederbefreiung der mazedonischen Stammesgenossen aus der serbischen Knechtschaft, die Türkei zu der glänzenden Verteidigung der Meerengen und der bedrohten Hauptstadt. (Beifall.)

Das Band aber, welches im verflossenen Jahr Blut und Eisen um das Deutsche Reich und seine Verbündeten geschmiedet hat, wird so bald keine Macht der Erde wieder zerreißen. (Beifall.) Ja! Dieser starke unerschütterlich feste Vierbundsblock — von den Küsten des englischen Kanals bis zum Persischen Meerbusen — bedeutet schon heute eine so vollkommene Veränderung der gesamten Weltlage, daß er vielleicht einmal als das weltgeschichtlich bedeutsamste Ergebnis des ganzen gewaltigen Völkerringens gelten wird.

Mit nicht minderem Stolz als auf unsere Verbündeten und mit unbegrenzter Dankbarkeit aber gedenken wir heute auch unserer eigenen unvergleichlichen Truppen und ihrer glänzenden Führer. Sie haben an Heldenmut und unerschütterlicher Standhaftigkeit fast Uebermenschliches geleistet. (Lebhafter Beifall.) Aber nicht nur bewundern und danken wollen wir, sondern wir wollen alle auch weiter mithelfen zum Siege, jeder an seiner Stelle, wohin er auch gestellt sein mag, wir wollen alle auch weiter mithelfen bis zu dem vollen, von den Feinden nicht mehr wegzutäuschenden Siege. (Beifall.)

Der Präsident drückte sodann die Hoffnung aus, daß die Beratungen des Hauses nur von einem alles beherrschenden Gedanken getragen sein werden, nichts zu unterlassen, was zu einer möglichst baldigen Erreichung des großen gemeinsamen Zieles, des vollen Sieges und eines dauernd gesicherten Friedens, dient, und forderte das Haus auf, einzustimmen in ein Hoch auf den Obersten Kriegsherrn, der allen ein leuchtendes Vorbild ist des starken unerschütterlichen Gottvertrauens, mit welchem er die Riesenlast der höchsten und darum der schwersten Verantwortung in dem Daseinskampf seines Volkes trägt.

Das Haus brachte ein dreimaliges begeistertes Hoch auf den Kaiser aus.

Sodann brachte Finanzminister Dr. Lentze das Budget für das Jahr 1916 ein, das er mit einem beifällig aufgenommenen Exposé begleitete. (Wir veröffentlichen es im volkswirtschaftlichen Teile unseres Blattes.)

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Pester Lloyd
14. I. 1916

Eine Note des Barons Burián über die Gefangennahme der Konsularfunktionäre in Saloniki.

Wien, 13. Januar.

Anläßlich der Gefangennahme der k. u. k. Konsularfunktionäre in Saloniki hat der Minister des Aeußern Baron Burián nachstehende Note an den hiesigen amerikanischen Botschafter Herrn F. C. Penfield gerichtet:

Wien, 9. Januar 1916.

Der Unterzeichnete hat die Ehre, die Gefälligkeit Sr. Exzellenz des Herrn außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika Frederic Courtland Penfield mit der Bitte ganz ergebenst in Anspruch zu nehmen, nachstehendes der französischen und der königlich großbritannischen Regierung auf telegraphischem Wege zur Kenntnis bringen lassen wollen.

Mit peinlichstem Erstaunen hat die k. u. k. Regierung von dem gegen den österreichisch-ungarischen Generalkonsul in Saloniki, gegen das Personal und die Archive des Konsulats sowie gegen eine Reihe ihrer dortigen Nationalen verübten brutalen Gewaltstreich erfahren.

Die Gefangennahme der bei der königlich griechischen Regierung bestallten Funktionäre und der unter ihrem Schutze stehenden Nationalen, sowie die Hausdurchsuchung der mit dem Privileg der Unverletzlichkeit ausgestatteten Konsulararchive stellen sich nicht nur als schwerste Eingriffe in die Hoheitsrechte dieses neutralen Staates dar, Eingriffe, die den elementarsten allgemein hochgehaltenen Grundsätzen des Völkerrechts widerstreiten, sondern kehren sich auch unmittelbar wider die Rechte und Interessen Oesterreich-Ungarns und lassen sich nicht anders denn als Willkürakte bezeichnen, welche die Grenze weit überschreiten, die den Kriegführenden nach Recht und Herkommen gezogen sind.

Das besagte Vorgehen illustriert neuerlich nur allzu sinnfällig, daß Frankreich und Großbritannien vor Handlungen nicht zurückscheuen, die das Stigma krassesten, durch nichts zu beschönigenden Rechtsbruches offensichtlich an sich tragen.

Die k. u. k. Regierung behält sich das Recht vor, je nach den weiteren Verfügungen, welche jene Mächte in Ansehung der ihrer Freiheit Beraubten treffen werden, die ihr angemessen erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen.

Der Unterzeichnete benützt zugleich auch diesen Anlaß, um Sr. Exzellenz dem Herrn amerikanischen Botschafter den Ausdruck seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Burián m. p.

Vossische Zeitung
15/1. 1916.

Liebknecht als „Wilder".

Dr. Liebknecht ist aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgetreten. Er ist, wie der parlamentarische Ausdruck lautet, „wild" geworden. Er hat also die Folgerungen gezogen, die nach dem Fraktionsbeschluß Mittwoch erwartet werden mußten. Die Fraktion hatte ihn nicht formell ausgeschlossen, sondern nur erklärt, daß er „die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen, verwirkt" habe. Dieser Beschluß — so bemerkte dazu die „Leipz. Volksztg." — ist „anscheinend derselbe, der neulich vom Fraktionsvorstand gegen die 20 Genossen beantragt wurde, die die Kriegskredite ablehnten, der aber schließlich zurückgezogen wurde. Danach wären unter den Rechten, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen, die Rechte zu verstehen, zum Vertreter der Fraktion in Kommissionen entsandt und zu ihrem Sprecher im Plenum bestimmt werden zu können".

Dr. Liebknecht selbst hat den Fraktionsbeschluß als Ausschließung aufgefaßt und, wie wir schon im größten Teil unserer Morgenausgabe berichtet haben, gestern durch nachstehenden Brief an das Reichstagsbüro beantwortet:

„An das Büro des Reichstages, Berlin.

Wie ich höre, hat es der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion bisher unterlassen, Ihnen zu melden, daß die genannte Fraktion am 12. d. M. meinen Ausschluß (die Aufhebung der Arbeitsgemeinschaft mit mir) beschlossen hat.

Ich hole dies — bei allem Vorbehalt gegen die Zulässigkeit des Beschlusses — hiermit nach und bitte, die gebotenen büromäßigen Folgerungen daraus zu ziehen.

Ergebenst

Karl Liebknecht."

Die „Minderheit der Fraktion" — der „Vorwärts" sagt nicht, welche Minderheit — nennt den Beschluß der Fraktion, der mit 60 gegen 25 und unter Berücksichtigung der Erklärungen abwesender Mitglieder, gegen 37 Stimmen gefaßt worden ist, eine Vergewaltigung. Die Erklärung der Minderheit besagt:

„Der Beschluß der Fraktion stimmt mit dem einen Antrag überein, den der Genosse Buck (Dresden-Neustadt) unmittelbar nach dem Bericht über die Vorgänge im Seniorenkonvent gestellt hatte. Nach seiner Begründung wurde beantragt, dem Genossen Liebknecht sofort das Wort zu erteilen. Das lehnte die Mehrheit ab. Nachdem drei Redner im Sinne des Antrages und einer dagegen gesprochen hatte, erhielt Genosse Liebknecht das Wort. Unmittelbar darauf wurde trotz Widerspruchs die Debatte geschlossen. Die Minderheit bestreitet entschieden die Kompetenz der Fraktion zu dem von ihr gegen den Genossen Liebknecht gefaßten Beschluß. Die Fraktion hat nicht die Befugnis, einem Mitgliede die „Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen," abzuerkennen. Diese Rechte beruhen auf dem Willen der Wähler und dem Gesamtwillen der Partei, nicht auf dem der einzelnen Fraktionsmitglieder oder der Fraktion in ihrer Gesamtheit."

Die Minderheit behauptet auch, daß Liebknecht „nach wie vor als vollberechtigtes Mitglied der Fraktion gelten muß", da die Partei nur gleichberechtigte Mitglieder kenne. Inzwischen hat Liebknecht selbst diese Frage gelöst durch seinen Austritt aus der Reichstagsfraktion. Er bleibt allerdings vollberechtigtes Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Offenbar liegt dem Abg. Liebknecht daran, den Anschein zu erwecken, als ob er ausgeschlossen worden sei. Wenn seine Freunde der Fraktion das Recht zur Ausschließung abstreiten, so fehlt ihm das Recht zum Austritt aus der Fraktion. Das Reichstagsbüro wird kaum geneigt sein, durch eine ihm zugeschobene Entscheidung sich in den Streit zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und ihrem Schreckenskind zu mischen.

Berner Bund 15. I. 1916

Im eroberten Montenegro

(Drahtbericht von unserm Kriegskorrespondenten bei der österreichisch-ung.arischen Armee)

Die Festungswerke auf dem Lowzen

E. L. **Oesterreichisch-ungarisches Kriegspressequartier,** 13. d. Je mehr Einzelheiten über die Verteidigungsmaßnahmen der Montenegriner auf dem Lowzen bekannt werden, um so hervorragender erscheint die Leistung seiner Bezwinger. Eine dreifache Kette von Geschützpositionen mußte von den Angreifern überwunden werden, drei starke Linien, deren jede hervorragend angelegt und ausgebaut war. Die erste Linie war mit Kanonen hauptsächlich italienischer Herkunft bestückt, die zweite an Geschützen stärkste Linie bildeten französische 15-Zentimeter-Haubitzen (System Rimailho), die zu Beginn des Krieges auch von französischen Mannschaften bedient wurden; die dritte Linie bestand aus schwersten Kalibern, zumeist russischen 21- und 24-Zentimeter-Mörsern. Außerdem besaßen die Montenegriner auf dem Lowzen russische 120-Pud-Geschütze, die eigentlich Kanonen sind, denen aber eine außerordentlich steile Flugbahn eigen ist.

Die Geschützstellungen waren teils offene Batterien, teils geschlossene betonierte und gepanzerte Stände. Namentlich die schwersten Kaliber waren tadellos eingebaut; sie mußten denn auch vom Gegner bei seinem eiligen Rückzug im Stiche gelassen werden, während er einen Teil seiner Gebirgsgeschütze noch retten konnte.

An der Befestigung des Lowzen ist noch während des Krieges fieberhaft gearbeitet worden. Hatten schon vorher vorwiegend russische Ingenieure hier ausgezeichnete Anlagen geschaffen, so kam die Leitung der Arbeiten im Kriege vollends in russische Hände. Im letzten August wurde der russische General Gerassimov mit der Vollendung des Werkes betraut, aber seine Anordnungen wurden empfindlich durch die österreichische Marineartillerie gestört, die nach dem Bombardement von Cattaro den Lowzen mit einer gewaltigen Kanonade überzog. Der General wurde abberufen und an seine Stelle trat wieder ein Russe, der Artillerie-Ingenieur Anjanin. Ein Massenaufgebot montenegrinischer Arbeiter und italienischer Hilfskräfte stand ihm zur Verfügung, so daß schließlich die Arbeit zum Ende gedieh. Aber dem verheerenden Feuer der mobilen und Werksartillerie und der im Verein mit diesen wirkenden Schiffsgeschütze waren auch die Positionen Anjanins nicht gewachsen.

Die Eroberung des Lowzen brachte auch den Besitz der hinter dem System der drei Artillerielinien angelegten zweiten Lowzenstellung, die sich etwa 2000 Schritt hinter der Kuppe hinzieht, aber nicht nur den Lowzen allein umfaßt, sondern am Meer ihren Anfang nimmt und sich über den Berg bis gegen Zalesi hinzieht. Verteidiger des Lowzen und der anschließenden Kampfabschnitte waren Prinz Peter, ein Sohn König Nikitas, und General Martinovic.

Der Angriff auf Cetinje

Der Angriff auf Cetinje ist in günstigem Fortschreiten, da gestern abend die österreichisch-ungarischen Truppen bereits sechs Kilometer von der Stadt entfernt kämpften. Cetinje ist nicht nur als Hauptstadt Montenegros von Bedeutung; seine Einnahme wird nicht nur ein großer moralischer Erfolg sein, sondern auch strategisch spielt der Ort eine große Rolle, und zwar als Hauptkreuzungspunkt des montenegrinischen Straßennetzes. Ueber Danigloygard geht eine wichtige Kommunikation quer zur Angriffsrichtung der aus der Krivoscie vorgebrochenen Verbände in nördlicher Richtung nach Niksic; über Rijeka erhält Cetinje Verbindungen nach Osten mit Podgorica, nach Süden mit der Adria bei Antivari und Dulcigno. In östlicher Richtung führt außer der Automobilroute nach Cattaro auch ein direkter Armierungsweg über Bjelosi auf den Lowzen.

An den übrigen Angriffspunkten

Die bei Budua begonnene Offensive, die nach der Besitznahme der Stadt zur Erstürmung des 1350 Meter hohen Maninia-Vrh führte, bedeutet die Säuberung des letzten noch von Montenegrinern gehaltenen Streifens österreichischen Bodens. Der Gegner hatte nämlich seit Monaten den schmalen Küstenstrich zwischen Budua und der Buchtspitze besetzt. Die Vertreibung vom Maninia-Vrh bedingt automatisch auch die Aufgabe von San Stefano Castellastua und Sutomore.

Im Angriffsraum von Grahovo hat der Vormarsch tüchtige Fortschritte gemacht. Der Eingang in das sich dort öffnende Talbecken, den die Montenegriner mit allen Kräften zu sperren suchten, ist erzwungen. Auch auf den Nordabschnitt der montenegrinischen Westfront hat die Kampftätigkeit übergegriffen; südöstlich Avtovac wurden gegnerische Abteilungen aus wichtigen Höhenstellungen geworfen.

Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Sultan.

Se. Majestät der Kaiser hat am 1. Jänner vom Sultan folgendes Telegramm erhalten:

Ich bitte Eure Majestät, aus Anlaß des neuen Jahres meine herzlichsten Glückwünsche entgegenzunehmen und an die aufrichtigen Wünsche, die ich für die Erhaltung Ihrer kostbaren Gesundheit hege, zu glauben. Ich wünsche vom ganzen Herzen, daß der Allmächtige während des Jahres 1916 die glänzenden Erfolge, die auf allen Schlachtfeldern von unseren tapferen verbündeten Heeren, welche so heldenhaft gegen unsere gemeinsamen Feinde kämpfen, errungen wurden, erneuern und ihre heroischen Anstrengungen durch rasche endgiltige Siege krönen möge. Ich ergreife die Gelegenheit, um Eurer Majestät die Versicherung meiner unveränderlichen und herzlichen Freundschaft zu erneuern.

Mehmed.

Se. Majestät der Kaiser hat hierauf mit folgendem Telegramm geantwortet:

Sehr gerührt vom wohlwollenden Ausdruck der Wünsche Eurer Majestät für Meine Erhaltung, bitte Ich Sie, Meinen aufrichtigsten Dank dafür entgegenzunehmen.

Vom Grunde Meines Herzens erwidere Ich die guten Wünsche Eurer Majestät sowie die Gefühle unveränderlicher und herzlicher Freundschaft, die Sie Mir ausgedrückt haben.

Ich bitte den Allerhöchsten, daß er seinen allmächtigen Schutz auch weiterhin unseren tapfern Armeen für den glücklichen und raschen Ausgang unserer gerechten Sache angedeihen lassen und uns die Wohltaten eines dauerhaften Friedens sichern möge.

Franz Joseph.

Fremdenblatt
15. I. 1916.

Armeebefehl des Königs von Rumänien.

Erreichung vollständiger Kriegsvorbereitung.

K. Bukarest, 14. Jänner. Der König erließ anläßlich des Jahreswechsels einen Tagesbefehl an die Armee, worin er ihr seine lebhafte Dankbarkeit für die Pflichterfüllung im abgelaufenen Jahre ausspricht. In dem Tagesbefehle heißt es sodann:

Das vergangene Jahr forderte von euch besonders angespannte Tätigkeit, deren Zweck die Erreichung vollständiger Kriegsvorbereitung war. Mit der Ergebenheit, die ich an euch kenne, habt ihr euch den im allgemeinen Interesse gestellten Forderungen unterworfen. Sie war euer Ruhm in der Vergangenheit und wird unser Stolz in der Zukunft sein. Das Land und ich sind stolz auf euch. Unsere Blicke sind mit Vertrauen und Liebe auf euch gerichtet.

Fremdenblatt Abendbl.
15./I. 1916

Kaiser Wilhelm an Marschall Liman-Sanders.

K. **Konstantinopel**, 13. Jänner. Der deutsche Kaiser hat an Marschall Liman-Sanders folgende Depesche gerichtet:

„Mit der endgiltigen Vertreibung der Feinde von der Halbinsel Gallipoli fand ein Kriegsabschnitt sein Ende, in dem Sie an der Spitze der anderen nach der Türkei entsendeten deutschen Offiziere und der ihnen vom Sultan anvertrauten tapferen osmanischen Armee unvergänglichen Lorbeer errangen. Ich und das Vaterland danken Ihnen, daß Sie mit eiserner, nie ermüdender Tatkraft Wacht an den Meerengen hielten und alle Anschläge der Gegner zunichte machten. Als Zeichen meiner Anerkennung verleihe ich Ihnen das Eichenlaub zum Orden Pour le mérite.

Wilhelm, I. R."

Neue Freie Presse Abendbl.
15./I. 1916

Englische Verleumdungen gegen deutsche Aerzte.

Berlin, 14. Januar.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt unter dem Titel „Schmähliche Verleumdungen":

Die kaiserliche Regierung übergab dem amerikanischen Botschafter folgende Aufzeichnungen zur Uebermittlung an die britische Regierung:

In der englischen Zeitung „Daily Mail" vom 7. und 9. September 1915 finden sich zwei Artikel einer „Gefangenenerzählungen" (Prisoners stories) überschriebenen Artikelreihe, worin über angeblich unwürdige und grausame Behandlung der Gefangenen in den Lazaretten in Mülheim an der Ruhr und Paderborn berichtet wird. Nach dem Artikel vom 7. September soll ein aus Winnipeg stammender Kanadier, welcher im Lazarett von Mülheim gelegen hatte, am eigenen Leibe erfahren haben, daß dort die Einrichtung zwar gut, die Behandlung aber sehr schlecht war. Schwerkranke mußten im strengen Winter kalte Bäder im Freien nehmen. Die Verbände wurden am Körper gelassen, bis sich üble Dünste verbreiteten. Die hilflosen Kranken wurden rauh behandelt. Wenn die Verbände gewechselt wurden, wurden sie mit roher Gewalt von den Wunden heruntergerissen. Mülheim würde der in Rede stehende Kanadier nicht sobald vergessen.

Die von der deutschen Heeresverwaltung über diesen Fall eingeleiteten Ermittlungen hatten das Ergebnis, daß sich in Mülheim niemals ein Mann aus Winnipeg, überhaupt kein Kanadier, in Lazarettbehandlung befunden hat. Schon hieraus ergibt sich ohne weiteres die Unwahrheit der Meldung der „Daily Mail".

Am 9. September berichtet dieselbe Zeitung, daß ein junger Mann namens H. Lees aus Britisch-Kolumbien vom kanadischen Kontingent ins Lazarett Paderborn gebracht wurde, wo er einige Wochen zubrachte.

In dem bezeichneten Lazarett sollen die Aerzte die englischen Gefangenen nach seinen angeblichen Mitteilungen stets ohne Betäubung operiert haben. Auch ihm sei ein Auge ohne Betäubung herausgenommen worden.

Diese Meldung gab gleichfalls Anlaß zu einer genauen Untersuchung, bei der folgendes festgestellt wurde: Der Soldat Harald Lees vom 3. kanadischen Infanteriebataillon, Maschinengewehrkompagnie, wurde im Reservelazarett Paderborn vom 7. Mai bis zum 2. Juli 1915 ärztlich behandelt. Bei seiner Einlieferung war das rechte Auge bereits entfernt. Irgendeine Operation wurde an dem Mann in Paderborn überhaupt nicht vorgenommen. Es wurde ihm lediglich nach Ausheilung seiner Wunde ein künstliches Auge eingesetzt, worauf er als genesen ins Sonnelager überführt wurde.

Sämtliche in den Lazaretten von Paderborn tätigen Aerzte legen gegen die Behauptung, daß an gefangenen Verwundeten irgendwelche Operationen ohne Betäubung vorgenommen worden seien, nachdrücklichst Verwahrung ein. Bei allen größeren Operationen wird Narkose, bei kleineren stets örtliche Betäubung angewendet. In der Behandlung der deutschen und der gefangenen feindlichen Verwundeten wird nicht der geringste Unterschied gemacht.

Die Erklärung der Aerzte ergibt somit einwandfrei, daß die von der „Daily Mail" veröffentlichten Behauptungen

schmähliche Verleumdungen sind, die offenbar nur bezwecken sollen, den Haß des englischen Volkes gegen Deutschland zu schüren.

Artikel, wie die hier besprochenen, liefern den traurigen Beweis dafür, daß die englische Presse in diesem Bestreben selbst die verwerflichsten Mittel nicht scheut.

Neues Wiener Tagblatt
15./I. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 14. Jänner. Aus den Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

13. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Zwischen der Somme und der Avre versuchte der Feind im Laufe der Nacht gegen einen unsrer kleinen Posten einen Handstreich, der mißlang. In der Champagne wurden zwei Handgranatenangriffe, deren einer nordöstlich der Höhe von Le Mesnil und der andre in der Richtung auf Maison-de-Champagne ausgeführt wurde, durch unser Sperrfeuer sofort angehalten. Neue Meldungen über den gestern von den Deutschen im Abschnitt Forges versuchten Gasangriff berichten, daß im Lauf der Operationen der Wind die Gaswolken auf die feindlichen Schützengräben zurücktrieb. Unsre Beschießung der feindlichen Linien war sehr heftig.

13. Jänner, 11 Uhr nachts. Im Artois richteten wir auf die Stellungen an der Straße nach Lille ein heftiges Bombardement, durch das mehrere Punkte der feindlichen Schützengräben und Unterstände zerstört wurden. Zwischen der Somme und der Oise wurde eine deutsche, auf Regimentsstärke geschätzte Abteilung in dem Augenblick, als sie in Roye einmarschierte, unter unser Feuer genommen. Nördlich der Aisne beschädigte unsre Artillerie einen Beobachtungsposten und einen Maschinengewehrunterstand und zwang eine feindliche 10·5-Zentimeter-Batterie auf der Hochebene von Vauclere, das Feuer einzustellen. In der Champagne zersprengten wir eine bedeutende Trainkolonne in der Gegend von Grateouil. Im Argonnenwald sprengten wir eine Mine bei Fille-Morte, zwei bei Vauquois.

Belgischer Bericht.

Der Artilleriekampf büßte im Lauf des 13. d. an Heftigkeit ein.

Orientarmee.

Von der griechischen Front ist nichts zu melden. Unser Verteidigungsplan

---

zwang uns, die Eisenbahnbrücken in Demirhissar und Kilindir zu sprengen.

Neues Wiener Tagblatt
15. II. 1916

Rußland vor der wirtschaftlichen Katastrophe.

Die „Korrespondenz Rundschau" meldet: In den letzten Wochen haben die ohnehin äußerst ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands eine derartige Verschlimmerung erfahren, daß die maßgebenden Kreise ihre Besorgnisse nicht länger verhehlen und mit dem Eintritt einer Katastrophe rechnen. Der russische Finanzminister schließt seine eben veröffentlichte Denkschrift zum Staatshaushaltsentwurfe pro 1916, wie „Torgowo Promyschlennaja Gazeta" berichtet, mit dem Hinweise, daß das allgemeine Wirtschaftsleben Rußlands durch die feindliche Besetzung eines Teiles des Reichsgebietes, durch die Flüchtlingsflut, die Stockungen des Verkehrswesens, den Mangel an Brennstoffen und an Betriebsmitteln empfindlich beeinflußt werde. Die russische Volkswirtschaft, die eine nunmehr nüchterne Bevölkerung als Arbeitskraft zur Verfügung habe, befinde sich vor ungeheuer schwierigen Problemen, deren Lösung vom Verlaufe der Kriegsereignisse abhänge.

Im „Utro Rossij" schreibt der Dumadeputierte Nowikow, an eine ausreichende Ernte sei nach den jetzigen Anzeichen nicht mehr zu denken. Was dann werden solle, da bereits nach zwei guten Ernten an allen Ecken und Enden furchtbare Not herrsche, lasse sich überhaupt nicht prophezeien.

„Nowoje Wremja" greift die Regierung heftig an, die das Verderben hereinbrechen lasse, obwohl sie es nahen gesehen habe. Wenn nicht unverzüglich, um dem Arbeitermangel abzuhelfen, in weitestem Umfange von der Verwendung der Kriegsgefangenen Gebrauch gemacht werde, sei das nächste Landwirtschaftsjahr überhaupt verloren.

Die Lebensmittelnot nimmt immer größere Dimensionen an. „Rjetsch" reproduziert einen Brief des Ministers des Innern an den Handelsminister, worin Chwostow den Fürsten Schachowskoi auffordert, sofort der Mühlenindustrie an die Hand zu gehen, da die Bevölkerung sonst ohne Mehl bleiben werde. Die Lage in Petersburg schildert das erwähnte Blatt als höchst kritisch. Beim Lebensmittelkomitee erschien eine Deputation, die im Namen von 8000 Arbeitern der Wiborger Unternehmungen Maßnahmen gegen die Hungersnot unter diesen Arbeitern und deren Familien forderte. Die Fleischläden in Petersburg sind gesperrt, nur die städtischen Verkaufsstellen geben in äußerst reduzierten Mengen Fleisch ab. Die Käufer stehen stundenlang im Froste und müssen nachher erst recht unverrichteter Dinge abziehen. Die Bäckereien haben die Erzeugung von Gebäck eingestellt. Man bekommt nur noch Zwieback. Die Bahnen weigern sich, die bestellten Lebensmittel anzunehmen. Der Viehauftrieb nach Petersburg beträgt 400 Stück, während die Stadt täglich mindestens 1000 Stück benötigt. Ferner fehlen Reis und Zucker. „Djen" führt aus, daß die Lebensmittelnot die Beamtenschaft, die sich bisher der Regierung auf Gnade und Ungnade ergeben habe, veranlaßte, sich zu organisieren. So stehe Rußland einem neuen symptomatischen Faktum gegenüber: einer mächtigen Welle der Kooperativbewegung unter den Beamten. Menschikow äußert im „Nowoje Wremja": Die Teuerung und die Not fressen sich immer tiefer in das Herz unsres unglücklichen Rußland hinein. Eine wirtschaftliche Pest ist ausgebrochen, die viel entsetzlicher ist als eine wirkliche Seuche.

Nicht minder kritisch gestaltet sich die Brennstoffnot. Ein ärztliches Gutachten für den Schulbezirk Moskau bezeichnet laut „Rußkoje Slowo" 12 Grad Reaumur als mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse für Klassenzimmer genügend. Wie „Rjetsch" meldet, wurde in den Petersburger Mittelschulen an Tagen, die eine Temperatur von —16 Grad aufweisen, der Unterricht infolge Mangels an Heizmaterial eingestellt. Kohlenzufuhr aus den Kohlenrevieren ist, wie „Rußkoje Slowo" mitteilt, ganz unmöglich, nach einem Referat der südrussischen Bergindustriellen keine Transportmittel vorhanden sind. Die Heeresverwaltung betreibt nach Informationen des „Nowoje Wremja" eine Verfügung, wonach alle Steinkohle, Weichkohle und Anthrazit für Armeezwecke zu requirieren seien. Eine eigene Kommission soll eingesetzt werden und die Verteilung des Brennstoffes auf das ganze Reich übernehmen.

Fremdenblatt
15. I. 1916

Ein Erlaß Kaiser Wilhelms.

Anläßlich des Geburtstages des deutschen Kaisers

Berlin, 14. Jänner.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht folgenden Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler:

Zum zweiten Male werde ich meinen Geburtstag im Waffenlärm des Krieges begehen. Trotz der heldenmütigen Taten und der ruhmvollen Erfolge der deutschen und verbündeten Streitkräfte ist der schwere Daseinskampf noch nicht beendet, den Neid und Haß der feindlichen Großmächte uns aufgezwungen haben.

Noch müssen das Herz, der Sinn und die Kraft des deutschen Volkes im Felde und daheim auf das eine große Ziel gerichtet sein, den endgiltigen Sieg und einen Frieden zu erringen, der das Vaterland gegen eine Wiederholung feindlicher Ueberfälle nach menschlichem Ermessen dauernd zu sichern verbürgt.

Ich bitte daher, auch in diesem Jahre anläßlich meines Geburtstages von den sonst zu meiner Freude üblichen festlichen Veranstaltungen und glückwünschenden Kundgebungen abzusehen und es bei stillem Gedenken und treuer Fürbitte bewenden zu lassen. Wer seiner freundlichen Gesinnung an diesem Tage noch einen besonderen Ausdruck zu geben sich gedrungen fühlt, möge es durch Gaben der Liebe zur Linderung der durch den Krieg geschlagenen Wunden oder durch erhöhte Teilnahme an der Kriegsfürsorge tun. Meines wärmsten Dankes können alle gewiß sein.

Gott der Herr aber sei auch ferner mit uns und unseren Waffen. Er weihe die schweren Opfer, die freudig auf dem Altare des Vaterlandes dargebracht werden, zu einem weiteren Grundstein für den festen Bau des Reiches und einer glücklichen Zukunft des deutschen Volkes.

Ich ersuche Sie, diesen Erlaß zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Großes Hauptquartier, den 12. Jänner 1916.

Wilhelm, I. R.

Der preußische und andere Landtage.

„Die ganze waffenfähige Mannschaft, geeint durch kameradschaftliche Treue bis in den Tod, schirmt Staat und Volk. Der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften." So lautet es in der Thronrede, mit der im Namen des Preußenkönigs der preußische Ministerpräsident den Preußenlandtag eröffnet hat.

Diese Erklärung kündigt eine Wendung der innerpreußischen Staatspolitik an, und recht schöne Programmsätze sind das ohne Zweifel. Sie haben den schweren Fehler, daß sie nicht gegenständlich sind. Ein trockenes Inhaltsverzeichnis des Buches der Reformen wäre für das vielgeprüfte und oft enttäuschte Proletariat Deutschlands mehr gewesen als sein pathetisches Motto. Für die Junker und Geldsackbourgeois jenes Landtages wäre ein solches Inhaltsverzeichnis auch verpflichtender gewesen. Der Preußenstaat hat in dem verzopften Landtag nicht ein Organ des Volks- und Staatswillens, sondern einen alternden und eigensinnigen Vormund, dem weit mehr an seinen Privilegien als an dem allgemeinen Besten liegt, und nicht leichten Kaufes wird er sich seiner papierenen und verbrieften alten Rechte begeben, er wird den Zwang des Staates wie des Volkes zu solcher patriotischer Opferbereitschaft bedürfen und schon einmal hat er eine feierliche Beschwörung in den Wind geschlagen. Aber die Zeiten sind vorbei, wo nach dem Vorbild von anno 1813 frohe Verheißungen der Herrschenden in der Not zu ebenso traurigen Enttäuschungen des Volkes im Frieden werden. Sie sind diesesmal festgehalten durch den eisernen Willen des Proletariats, die erfüllte Staatsbürgerpflicht in unzerstörbarer Verbindung zu halten mit dem erfüllten Staatsbürgerrecht.

Darum handelt es sich der deutschen Arbeiterklasse und um nichts anderes. Es ist das innerste Wesen aller Demokratie, daß sie von jedem Gliede der Gemeinschaft die Erfüllung aller Pflichten fordert, ohne die ein Gemeinwesen für sich und neben anderen nicht bestehen kann; denn ein pflichtloses Zusammenwirken von Menschen kann der Anarchist zwar ersinnen und ausmalen, der sozialdenkende Mensch jedoch weder als möglich noch auch als gut und würdig annehmen. Worauf es ankommt, ist, daß dasselbe Individuum, das die volle Last der Gemeinschaft trägt, auch ihr volles Bürgerrecht genießt und am allgemeinen Willen, an Ziel und Erfolg der Gemeinschaft teilhat. Die allgemeine Bürgerpflicht ist längst verwirklicht und deshalb sagt der Satz von der „gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate" in dieser Richtung wahrlich nichts Neues. Seit langem schon weiß der Bürger, daß er im Notfall sein Ganzes, Blut und Leben, für den Staat hinzugeben hat, daß er im geregelten Laufe des Friedens den Gesetzen Gehorsam und dem Staatssäckel ein gehöriges Maß von Abgaben schuldet. Darum wäre es wünschenswert gewesen, den Herren des Landtages deutlicher auszusprechen, daß es sich diesmal weniger um „Arbeit am Staate", nicht um diese, sondern um die andere Seite der Medaille, um das Recht am Staate, handle, das keinem einzigen Manne „der ganzen waffenfähigen Mannschaft" vorenthalten werden darf.

Um die Vereinigung und Ausgleichung von Pflicht und Recht des Staatsbürgers handelt es sich der deutschen Arbeiterklasse; und töricht wie unwürdig ist es, diese elementare und selbstverständliche Schlußfolgerung jeder Demokratie umzudeuten und zu entstellen — was hie und da geschieht — in die Bedientenvorstellung, man komme für braves Wohlverhalten den verdienten Lohn einkassieren, oder in die Schlauheit eines Handelsmannes, der den Herrschenden Kriegsopfer liefert und als Kriegsgewinn Volksrecht heimträgt wie ein Armeelieferant seinen Profit. Solche Beleidigungen der Arbeiterklasse richten sich selbst. Denselben Kampf ums Staatsbürgerrecht, denselben rein demokratischen Kampf, der im Begriff mit Sozialismus noch nichts zu tun hat und vorerst den bürgerlichen Rechtsstaat vollendet, hat die deutsche Arbeiterklasse vor dem Kriege mannhaft geführt und durchgehalten, weit entfernt von jeder Bedientenhaftigkeit wie von jedem Schachergeist, in hartem, geradem Proletentrotz, und was heute dazugekommen ist, das ist bloß der Umstand, daß ihr gutes Recht über alle Entstellungen und Ausflüchte rückständigen Denkens sieghaft geworden ist durch die unbestreitbare Anschaulichkeit der Tatsache: Ohne die körperliche Hilfe des Proletariats und ohne die geistige Befruchtung durch die sozialistische Ideenwelt kann sich kein modernes Staatswesen im Ernstfall behaupten. Und diese Tatsache für ihr Recht ins Feld zu führen wird keine Entstellung ihrer Motive die Arbeiterklasse abhalten.

Wie immer man die Worte der preußischen Thronrede einschätzen mag, das eine ist sicher: Der alte preußische Landtag ist damit im allgemeinen Denken abgetan und in die staatsrechtliche Rumpelkammer geworfen. Welche Rückzugsgefechte seine Standesherren noch versuchen, wie zahlreiche mildernde Auskunftsmittel sie ersinnen mögen, es kann und wird ihnen nichts mehr nützen. Wir wissen in Oesterreich aus den Erfahrungen unserer Wahlrechtskämpfe leider zu gut, daß es harte Mühe kostet und oft ärgerliche Umstände macht, geistig Verstorbene auch leiblich zu bestatten. Ausgewichen aber kann diesem letzten Wege nicht mehr werden.

Aber der Preußenlandtag ist nur einer von vielen, wenn auch ihr größter und bedeutsamster. Diese „Landtage" sind ein spezifisches Gebilde der mitteleuropäischen Rechtsentwicklung, das in seiner Art weder dem Westen noch dem Osten bekannt ist. Die mitteleuropäische Staatlichkeit weist Bildungen auf, die außerhalb dieses Bodens fremd und ganz unverstanden sind. Sie erscheinen Ausländern zuweilen als bloße Raritäten. Was sollen sie damit anfangen, daß in dem monarchischen, kaiserlichen Deutschland die Städte Hamburg, Bremen und Lübeck drei besondere „Republiken" sind? Der norddeutsche Arbeiter, der aus dem preußischen Altona in das republikanische Hamburg übersiedelt, macht einen fundamentalen Wechsel der Staatsform mit, ohne viel davon zu merken. Was bloße Absonderlichkeit scheint, hat einen geschichtlichen Sinn und nicht geringe Gegenwartsbedeutung. Erstens waren fast alle größeren Städte auf altem deutschen Boden „freie Reichsstädte" und regierten sich republikanisch, die einen durch die Patriziergeschlechter, die anderen durch die Zünfte. Zweitens haben seit jeher alle Landschaften Deutschlands, seine Herzogtümer, Grafschaften und Marken, im Rahmen des Reiches seit jeher staatliche Rechte besessen, wobei oft nebeneinander, die eine Landschaft unter despotischem oder aufgeklärtem Absolutismus, die andere unter republikanischer Verfassung lebte — eine Musterkarte war die alte Schweiz, die ja bis 1648 zum Reiche gehörte. Eine furchtbare Zersplitterung der Reichsgewalt war die nächste Folge und dieses System von Autonomien der Städte und Landschaften galt gerade als die besondere Libertas Germanica, als „deutsche Freiheit". Sie erstreckte sich von der Hansastadt Hamburg und dem Herzogtum Oldenburg bis zur „freien und reichsunmittelbaren" Stadt Triest und der Markgrafschaft Istrien, von den Viermaldstätten bis zur „sächsischen Nationsuniversität" in Siebenbürgen. Jene Zersplitterung ist durch die Errichtung von zwei Großstaaten, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, größtenteils überwunden, geblieben aber ist doch eine in Ost und West unbekannte Autonomie der Landschaften und der Städte, die ihnen ein reiches Eigenleben sichert, den Bürgern im engeren Kreise politische Selbstbetätigung sichert und vor allem in Deutschland unendlich viel zur hohen Blüte des Städtewesens beigetragen hat. Auch die Landschaften, wie etwa das „Großherzogtum" Baden, erfreuen sich eines ebenso unabhängigen wie reichen Sonderseins im Rahmen des Reichsganzen, das ein französisches Departement gar nicht kennt. In vielen Landschaften

Arbeiterzeitung
15. I. 1916

II
53

Der preußische und andere Landtage.

allerdings ist dieses Sondersein der Schlupfwinkel schlimmster Reaktion, wie in Mecklenburg; in anderen, in den Hansastädten, wieder die Stätte ausgewachsenen Bourgeoisrepublikanismus. Der Unterschied der französischen und der deutschen Staatsauffassung kann etwa so ausgedrückt werden: Die französische kennt nur Individuum und Staat, Individualrechte und Staatsmacht; die deutsche legt mehr Gewicht auf die autonomen Rechte der Gemeinden und Landschaften. Die französische ist zentralistisch, die deutsche föderativ und darin der englischen weit näher verwandt als der französischen. Den reinsten staatsrechtlichen Ausdruck hat sie unseres Erachtens in der Schweizer Eidgenossenschaft erhalten.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß das reiche Eigenleben der Städte und Landschaften für den einzelnen Bürger wie für die Entwicklung des Staatsganzen hohen Wert besitzt. Ein Freiheitsbegriff, der nur oder wenigstens vor allem nur den Einzelbürger ins Auge faßt und dessen organisches Zusammenleben in Gemeinde, Kreis und Land übersieht, ist entschieden einseitig und zu eng, er ist auch unnötig und unpraktisch, da, wie wir heute von Deutschland sehen, diese Autonomie die kraftvolle Machtäußerung der Gesamtheit nach außen wie nach innen nicht im geringsten beeinträchtigt. Prinzipiell hat die Sozialdemokratie dazu noch nicht Stellung genommen, es scheint jedoch, daß vielen Sozialisten die französische Rechtsauffassung mehr vorschwebt, als gut und richtig ist.

Wie dem immer sein mag, gewiß ist das eine, daß sich die Städte und Landschaften ihre durchaus veralteten Verfassungen zum großen Teil bis ins zwanzigste Jahrhundert erhalten haben und daß sie darum zu junkerlichen und bourgeoisen Herrschaftsinstrumenten geworden sind, welche das Proletariat mit voller Absicht von der „Mitarbeit am Staate“ auszuschließen benützt werden. Das Proletariat war allzusehr damit beschäftigt, das gleiche Wahlrecht für die höchsten Reichsvertretungen zu erringen oder sich nutzbar zu machen, und hat — im ganzen — auf Landschaften und Städte zu wenig Interesse und Mühe aufbringen können. Gerade in jenen Autonomien aber richteten — nicht selten selbst zum Verdruß der Staatslenker — Junkertum und Bourgeoisie ihre Trutzburgen wider das Proletariat auf, sie wurden vielfach zum wahren Herd der Reaktion und nur vereinzelt, wie in Süddeutschland, ein Antrieb des Fortschritts.

Jeder Entwicklung trotzte bisher der Preußenlandtag, er stellte sich gleichsam als Vorhut aller anderen der neuen Zeit entgegen. Da nun die ständische Verfassung des Preußenlandtages moralisch erschüttert und politisch unhaltbar geworden ist, hat die Stunde auch für alle anderen geschlagen, von Hamburgs Senat bis zum Gemeinderat von Triest, von Oldenburg bis zum Küstenland. Das Proletariat Mitteleuropas muß sich bereithalten, die geschichtliche Entwicklung zur Demokratie auch in Stadt und Land zu vollziehen und nach dem Kriege den Ausgleich zwischen Bürgerpflicht und Bürgerrecht auch in allen Zwischengliedern zwischen Individuum und Staat, das ist in Gemeinde, Stadt, Kreis und Land, zur Wahrheit zu machen. Durch die Willenskraft des Proletariats kann die jüngste preußische Thronrede zum Ausgangspunkt einer neuen Verfassungsgeschichte werden.

Der Baralong-Fall.

Die deutsche Antwort an England.

K. Berlin, 14. Jänner. Die deutsche Regierung übergab dem Berliner amerikanischen Botschafter zur Uebermittlung an die britische Regierung folgende Erwiderung auf die Erklärungen der britischen Regierung zu der deutschen Denkschrift über den Baralong-Fall:

Die britische Regierung hat die deutsche Denkschrift über den Baralong-Fall dahin beantwortet, daß sie einerseits die Richtigkeit der ihr von der deutschen Regierung mitgeteilten Tatsachen in Zweifel zieht, anderseits gegen die deutschen Streitkräfte zu Lande und zu Wasser den Vorwurf erhebt, vorsätzliche ungezählte Verbrechen wider das Völkerrecht und die Menschlichkeit begangen zu haben, die keine Sühne erfahren hätten und den engegenüber die angebliche Straftat des Kommandanten und der Mannschaft des „Baralong" vollständig zurücktrete. Für diesen Vorwurf hat die britische Regierung keinerlei Beweise beigebracht, sondern sich darauf beschränkt, ohne Mitteilung irgendwelcher Belege drei im Seekriege vorgekommene Einzelfälle anzuführen, in denen deutsche Offiziere völkerrechtswidrige Grausamkeiten verübt haben sollen.

Die britische Regierung schlägt vor, diese Fälle durch einen aus amerikanischen Marineoffizieren bestehenden Gerichtshof untersuchen zu lassen und ist unter dieser Voraussetzung bereit, dem bezeichneten Gerichtshofe auch den Baralong-Fall zu unterbreiten.

Die deutsche Regierung legt die schärfste Verwahrung ein gegen die unerhörten durch nichts erwiesenen Anschuldigungen der britischen Regierung gegen die deutsche Armee und die deutsche Marine sowie gegen die Unterstellung, als ob die deutschen Behörden etwaige zu ihrer Kenntnis gelangende Straftaten solcher Art unverfolgt lassen. Die deutsche Armee und die deutsche Marine beobachteten auch in dem gegenwärtigen Kriege die Grundsätze des Völkerrechts und der Menschlichkeit und die leitenden Stellen halten strenge darauf, daß alle dagegen etwa vorkommenden Verstöße genau untersucht und nachdrücklich geahndet werden.

Auch die drei von der britischen Regierung angeführten Fälle wurden seinerzeit durch die zuständigen deutschen Behörden einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Dabei ergab sich zunächst in dem Falle der Versenkung des britischen Dampfers „Arabic" durch ein deutsches Unterseeboot, daß der Kommandant des Unterseebootes nach der Lage der Umstände die Ueberzeugung gewinnen mußte, der Dampfer sei im Begriffe, sein Fahrzeug zu rammen. Er glaute daher, in berechtigter Notwehr zu handeln, als er seinerseits zum Angriff auf das Schiff überging.

Der weiter angeführte Fall des Angriffes eines deutschen Torpedobootszerstörers auf ein britisches Unterseeboot in den dänischen Hoheitsgewässern spielte sich in der Weise ab, daß es in diesen Gewässern zwischen den beiden Kriegsschiffen zum Kampfe kam und daß sich dabei das Unterseeboot durch Geschützfeuer wehrte. Daß bei dem deutschen Angriff die dänische Neutralität verletzt wurde, wird von der britischen Regierung um so weniger geltend gemacht werden können, als die britischen Seestreitkräfte in einer Reihe von Fällen deutsche Schiffe in neutralen Gewässern angriffen.

In dem Falle der Vernichtung des britischen Dampfers „Ruel" endlich, brachte das deutsche Unterseeboot lediglich die von der deutschen Regierung im Februar 1915 angekündigten Vergeltungsmaßnahmen zur Anwendung. Diese Maßnahmen entsprechen dem Völkerrecht, da England bemüht ist, durch völkerrechtswidrige Lahmlegung des legitimen Seehandels der Neutralen mit Deutschland diesem jede Zufuhr abzuschneiden und damit das deutsche Volk der Aushungerung preiszugeben, gegenüber völkerrechtswidrigen Handlungen aber eine angemessene Vergeltung geübt werden darf.

In allen drei Fällen hatten es die deutschen Seestreitkräfte nur auf die Zerstörung der feindlichen Schiffe, keineswegs aber auf die Vernichtung der sich rettenden wehrlosen Personen abgesehen. Die entgegenstehenden Behauptungen der britischen Regierung müssen mit aller Entschiedenheit als unwahr zurückgewiesen werden.

Das Ansinnen der britischen Regierung, die erwähnten drei Fälle gemeinsam mit dem Baralong-Fall durch einen aus amerikanischen Marineoffizieren gebildeten Gerichtshof untersuchen zu lassen, glaubt die deutsche Regierung als unannehmbar ablehnen zu sollen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß die gegen Angehörige der deutschen Streitmacht erhobenen Beschuldigungen von den zuständigen Behörden untersucht werden müssen und daß diese jede Gewähr für eine unparteiische Beurteilung und gegebenenfalls auch für eine gerechte Bestrafung bieten.

Ein anderes Verlangen stellte sie auch gegenüber der britischen Regierung in dem „Baralong"-Fall nicht, wie sie denn keinen Augenblick zweifelt, daß das aus britischen Seeoffizieren zusammengesetzte Kriegsgericht den feigen, heimtückischen Mord gebührend ahnden würde. Dieses Verlangen war aber um so berechtigter, als die der britischen Regierung vorgelegten eidlichen Aussagen amerikanischer, also neutraler Zeugen, die Schuld des Kommandanten und der Mannschaft des „Baralong" so gut wie außer Frage stellen.

Die Art, wie die britische Regierung die deutsche Denkschrift beantwortet hat, entspricht nach Form und Inhalt nicht dem Ernst der Sachlage und mache es der deutschen Regierung unmöglich, weiter mit ihr in dieser Angelegenheit zu verhandeln.

Die deutsche Regierung stellt daher als Endergebnis der Verhandlungen fest, daß die britische Regierung das berechtigte Verlangen nach Untersuchung des „Baralong"-Falles unter nichtigen Vorwänden unerfüllt ließ und sich damit für das dem Völkerrecht wie der Menschlichkeit hohnsprechende Verbrechen selbst verantwortlich machte. Offenbar will sie deutschen Unterseebooten gegenüber eine der ersten Regeln des Kriegsrechtes, nämlich, außer Gefecht gesetzte Feinde zu schonen, nicht mehr einhalten, um sie so an der Führung des völkerrechtlich anerkannten Kreuzerkrieges zu verhindern.

Nachdem die britische Regierung die Sühnung des empörenden Vorfalles abgelehnt hat, sieht sich die deutsche Regierung genötigt, die Ahndung des ungesühnten Verbrechens selbst in die Hand zu nehmen und die der Herausforderung entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen zu treffen.

Tägliche Rundschau

15./I. 1916

Frachtenmangel und Kohlennot in Italien.

Die Kohlenteuerung in Italien nimmt bedrohliche Formen an. Auch Italien muß einsehen, welche Bedeutung die Frachtenfrage in diesem Kriege spielt, und daß es einer Volkswirtschaft im Kriege nichts nützt, irgendwo eine bestimmte Ware einkaufen zu können, wenn es an Frachtraum zum billigen und raschen Transport fehlt. In Friedenszeiten (Mai 1914) kostete Cardiff-Kohle frei Waggon Genua 36 Lire die Tonne; gegen Ende Dezember 1914 betrug allein die Fracht für Cardiff-Kohle von England nach Genua, die im Frieden etwa 7 Schilling ausmacht, 62 Schilling 6 Pence, und der Preis der Cardiff-Kohle frei Waggon Genua 180 Lire die Tonne. Amerikanische Maschinen- und Gaskohle ist in Genua von 34 Schilling im Mai 1914 auf 175 Schilling im Dezember 1915 gestiegen. Die Wirkung dieser Kohlenteuerung auf den Verbrauch sowohl der Privatpersonen wie vor allem auch der Industrie- und Verkehrsbetriebe ist beträchtlich. Nach italienischen Angaben haben die beiden bedeutendsten bei Palermo gelegenen Schwefelgruben wegen Kohlenmangels ihren Betrieb eingestellt, ebenso hat eine große Baumwollspinnerei in Novara ihren Färbereibetrieb aufgeben müssen und die Arbeiter entlassen, und die „Stampa" vom 17. Dezember meldet, daß aus gleichen Gründen andere Industrien demnächst zur Stillegung ihrer Betriebe gezwungen sein würden. Die Turiner Gemeindeverwaltung, welche ihren Bedarf an Koks nicht rechtzeitig eindeckte, erleidet allein einen Verlust von 150 000 Lire durch die neuerliche Preissteigerung. Auf den Hauptlinien ist infolge des Kohlenmangels und der Kohlenteuerung der Personenverkehr erheblich eingeschränkt worden, während die privaten Lokalbahnen trotz der Tariferhöhung sich für ernstlich geschädigt erklären.

Vor allem aber ist bemerkenswert, daß die Kohlenteuerung in Italien einen ernsten Unwillen gegen England hervorgerufen hat. So schreibt der römische Mitarbeiter der „Times" am 3. Januar 1916, daß „die gewaltigen Frachten, welche jetzt bezahlt werden müssen, Italien hart träfen". Jedes Land leide jetzt unter den hohen Frachtraten, aber Italien ganz besonders, weil es alle seine Kohle über See, und zwar besonders von England, einzuführen habe. „Es ist eine bedauerliche Erscheinung," so schreibt die „Times", „daß angesichts dieser Sachlage in gewissen Kreisen die Meinung verbreitet ist, daß die hohen Kohlenpreise einfach der Raubgier britischer Kohlengrubenbesitzer und britischer Reeder zuzuschreiben sind. . . Jedenfalls ist die Frachtenfrage dringend geworden, und die Anregung, welche von Signor Marconi ausgegangen ist, daß die verbündeten Regierungen die Angelegenheit einer gemeinsamen Ueberwachung unterwerfen sollten, scheint der Beachtung wert zu sein."

Obschon man nicht daran zweifeln darf, daß es gewissen englischen Kreisen durchaus nicht ungangenehm ist, wenn bei dieser Gelegenheit italienische Konkurrenzindustrien dem Verderben überliefert werden, so würde wohl doch selbst der „gute Wille" der Engländer den Italiener in dieser Sache wenig nützen können. Denn der Frachtenmangel, der durch die Bedürfnisse des Krieges einerseits und durch die erfolgreiche Tätigkeit der deutschen und österreichisch-ungarischen Marine anderseits hervorgerufen worden ist und weiter gesteigert wird, ist auch für die englische Volkswirtschaft eine immer größere Sorge geworden, und man würde in England, wenn überhaupt eine behördliche Regelung des Problems möglich wäre, wohl eher daran denken, die englische Ernährung zu verbilligen, als die Versorgung eines Verbündeten mit Kohle. Daß die Italiener freilich für diesen Gesichtspunkt angesichts der vielen Hoffnungen und Versprechungen, mit denen sie ganz besonders von England in den Krieg hineingezogen worden sind, nicht viel Verständnis übrig haben, ist nicht verwunderlich.

Vossische Zeitung
16/1. 1916.

Der Fraktionsvorstand gegen Liebknecht

Im „Vorwärts" veröffentlicht der sozialdemokratische Reichstags-Fraktionsvorstand eine längere Erklärung, in der das Verhalten des Abgeordneten Liebknecht chronologisch dargelegt und kommentiert wird. Es heißt darin:

„. . . So sah sich die Fraktion am 12. Januar abermals in der Lage, sich mit dem Fall Liebknecht zu befassen. Auch Mitglieder der Minderheit der Fraktion sprachen sich äußerst scharf gegen das Verhalten Liebknechts aus. Ein Mitglied der Minderheit, das zugleich Mitglied des Seniorenkonvents ist, wies darauf hin, das Vorgehen Liebknechts müsse dazu führen, daß das mühsam errungene Recht der Anfragen gefährdet und dem Reichstag wieder entrissen würde. Ein anderes Mitglied der Minderheit betonte, Liebknechts Verhalten sei ganz unentschuldbar. Liebknecht selbst erklärte, daß er sich auch in Zukunft in keiner Weise an die Beschlüsse und die Geschäftsordnung der Fraktion gebunden erachte, sondern Politik auf eigene Faust betreiben wolle. Er blieb dabei, er werde sich nur den Beschlüssen der Fraktion unterordnen, die den Grundsätzen der Partei, wie er sie auffasse, entsprechen. Das heißt nichts anderes, als das subjektive Ermessen des einzelnen über wohlerwogene Mehrheitsbeschlüsse zu stellen, damit das Grundprinzip einer demokratischen Arbeitsgemeinschaft aufzuheben und jede wirksame Vertretung der Arbeiterinteressen im Parlament unmöglich zu machen. Die Fraktion faßte daher den Beschluß, daß Liebknecht die Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entstehen, verwirkt habe.

Dieser Beschluß der Fraktion hielt sich durchaus im Rahmen ihrer Kompetenz. Er erkannte keineswegs Liebknecht die Zugehörigkeit zur Fraktion ab, setzte aber die daraus entstehenden Rechte außer Kraft, bis Liebknecht sich bereit erklärt, die mit den Rechten verknüpften Pflichten zu erfüllen."

*

Par nobile fratrum. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rühle, der dem Abg. Liebknecht bei einem früheren Disziplinbruch schon Gefolgschaft geleistet hat, ist auch jetzt wieder an seine Seite getreten und hat sich mit ihm solidarisch erklärt. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion wird diesen doppelten Verlust mit Würde zu tragen wissen.

Die Landeskommission in der Sozialdemokratie für Preußen hat getagt und sich mit großer Mehrheit mit der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einverstanden erklärt. In der preußischen Landtagsfraktion der Sozialdemokratie standen bisher fünf Freunde der Mehrheit fünf Anhängern der Minderheit gegenüber. Neuerdings soll in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion eine Verschiebung erfolgt sein, derart, daß hier unter zehn Mitgliedern jetzt eine Mehrheit auf dem Standpunkt der Minderheit in der Reichstagsfraktion steht. Deshalb ist der Beschluß der sozialdemokratischen Landeskommission für Preußen bedeutsam, der die Erwartung ausspricht, daß die sozialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus die Politik der Reichstagsfraktion nicht durchkreuzt.

Die Gewerkschaften verlangen einen Ausgleich des Parteistreits. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften schreibt am Schluß eines Artikels über die „Zersetzungsbestrebungen in der deutschen Sozialdemokratie": „Die Gewerkschaften müssen erwarten und verlangen, daß nichts unversucht bleibt, um die Zersetzungsbestrebungen in der Fraktion unwirksam zu machen und deren weitere Ausbreitung zu verhindern. Sie müssen erwarten, daß die Fraktion den Kampf für die Politik des 4. August 1914 wesentlich ungeschwächt überwindet und nach wie vor als einheitliche und starke Interessenvertretung der Arbeiterklasse bestehen bleibt. Vor allem erwarten sie, daß mit den Spaltungspropagandisten kurzer Prozeß gemacht und deren Einfluß auf die weitere Entwicklung der Partei unschädlich gemacht wird. Darüber möge kein Zweifel walten, daß man die gegenwärtige, durch die ungeahndeten Disziplinbrüche hervorgerufene Krisis der Partei in Gewerkschaftskreisen als eine bitterernste Wendung betrachtet, die die Gewerkschaften nicht unberührt lassen kann, sondern diese zwingt, rechtzeitig an den Schutz ihrer eigenen Interessen zu denken."

Wie selbst in Italien Liebknecht beurteilt wird. Aus Bern wird gedrahtet: Das römische Blatt „Idea Nazionale" bringt einen Leitartikel gegen „Messagero", weil dieser einen begeisterten Aufsatz über Liebknecht gebracht hatte. Man müsse Front machen gegen die Verhimmelung dieses Menschen durch die demokratische Presse Italiens. Für diese moralisch und geistig entartete Presse sei Liebknecht ein Held, weil er als Deutscher sich gegen Deutschland im Krieg auflehne, weil er als Bürger sein im Krieg befindliches Vaterland anklage und verurteile, weil er als Bürger sein in einem tödlichen Kampf verwickeltes Vaterland im Ausland herabsetze und verleumde und im Inland zu schwächen versuche. „Idea Nazionale" sagt, daß ein solcher Mann kein Held, wohl aber ein Verräter sei. Der Verräter Liebknecht verdiene nur die Verachtung der Italiener.

Neue Freie Presse
16. I. 1916

Depeschenwechsel der Bürgermeister von Budapest und Konstantinopel.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 15. Januar.

Der Bürgermeister von Budapest Dr. Stephan Barczy hat anläßlich der Befreiung von Gallipoli an den Bürgermeister von Konstantinopel das folgende Begrüßungstelegramm gerichtet: „Die Hauptstadt Budapest entbietet ihrer Schwester, dem uralten Stambul, in den erhabenen Zeiten, in denen die edle ottomanische Nation tapfer die Kultur und Gerechtigkeit gegen die westlichen Verräter verteidigt, ihren Gruß. Der Tag, an dem diese schmachvoll vom Schauplatz ihres erfolglosen Attentats abziehen mußten, ist ein Fest der Freiheit und Treue. Es bildet eine welthistorische Genugtuung für unsere Blutsverwandtschaft und unsere Brüderlichkeit, daß wir, für unsere eigene Existenz kämpfend, die Interessen der Menschheit zum Siege führen. Ruhm den Helden, Liebe den Brüdern!"

Darauf antwortete der Bürgermeister von Konstantinopel Ismed mit der nachstehenden Depesche: „Die Bevölkerung der Stadt Stambul ist vom Schwestergruß der Hauptstadt Budapest ergriffen und erwidert herzlich die freundschaftlichen Gefühle und Glückwünsche. Diese bilden ein neues Zeichen der Kräftigung der Brüderlichkeit und Blutsverwandtschaft, die die beiden für die heiligen Interessen der Menschheit kämpfenden Nationen verknüpfen. Ruhm und Freundschaft unseren Brüdern!"

Neue Freie Presse
16. I. 1916

Die Teilnahme des Papstes an dem Schicksal Polens.

Rom, 15. Januar.

Die Acta Apostolicae Sedis veröffentlichen das Schreiben des Papstes vom 10. Dezember 1915 an den galizischen Episkopat, worin der Heilige Vater seine Teilnahme an dem Schicksale Polens ausdrückt.

Neue Freie Presse
16./I. 1916

Debatte über den „Baralong"-Fall im deutschen Reichstag.

Entrüstung über den Zynismus der englischen Note.

Berlin, 15. Januar.

Der Reichstag nahm nach längerer Debatte einstimmig eine Resolution, betreffend die Herabsetzung der Altersgrenze der Reichsversicherungsordnung auf das 65. Lebensjahr, an. Sodann befaßte sich der Reichstag mit der Frage der Reform der Kriegsbesoldungsordnung, wobei sowohl der stellvertretende Kriegsminister wie der Reichsschatzsekretär auf die Unmöglichkeit dieser Reform im gegenwärtigen Zeitpunkte hinwiesen und sich bereit erklärten, die Frage zu prüfen und mit Vorschlägen an den Reichstag heranzutreten. Die Abstimmung über die Resolution des Ausschusses, die unter anderm eine Erhöhung der Zulage der in Feindesland stehenden Mannschaften mit Wirkung vom 1. Dezember 1915 auf 80 Pfennig und der im Inland befindlichen auf 50 Pfennig per Tag verlangt, erfolgt Montag.

Das Haus erörterte sodann den „Baralong"-Fall. Referent Graf Westarp wies auf die einmütige Meinung der Kommission hin, daß die englische Antwortnote von einem Ton suffisanter Arroganz und Ueberhebung durchzogen ist, einem Ton, den das deutsche Volk sich gefallen zu lassen weder genötigt noch gewillt ist. (Lebhafter Beifall.) Unerhört ist, daß England gewagt hat, in der Note gegen die deutsche Armee den Vorwurf zu erheben, daß sie in ungezählten Fällen Verbrechen schwerster Art begangen habe. Die verleumderische Beleidigung fällt auf die Urheber zurück. Die Note ist ein Denkmal der Schande für England. (Lebhafter Beifall.) Der Referent betonte, daß der Ausschuß der einmütigen Anschauung war, daß die Antwort Deutschlands klar, schlüssig und unwiderleglich ist, sowie daß die beste Antwort in entschlossenen Taten besteht, worüber im Augenblick öffentlich zu sprechen nicht angebracht sei. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte drückten sämtliche Redner ihre Entrüstung über den feigen Mord und den empörenden Zynismus der englischen Antwort aus und wiesen mit aller Entschiedenheit den gegen das deutsche Heer und die deutsche Flotte erhobenen Vorwurf einer verbrecherischen Kriegführung zurück. Uebereinstimmend wurde die deutsche Antwortnote als durchaus würdig bezeichnet.

Abg. Noske (Sozialdemokrat) erklärte: Wir können nicht dulden, daß England mit dem deutschen Volke und seiner Flotte Schindluder treibt. Unsere Unterseebootsleute, die wir bewundern und lieben (allseitiger lebhafter Beifall), dürfen wir nicht feindlichen Mordversuchen aussetzen, die von feindlichen Franktireurschiffen unter falscher Flagge unternommen werden. Wir haben das Zutrauen, daß unsere Marinemannschaften es verstehen werden, wenn sich die Gelegenheit bietet, gegen England so empfindliche Schläge zu führen, wie wir es wünschen müssen. Sie werden es auch verstehen, das Ansehen Deutschlands als Kulturland zu wahren und sämtlichen Geboten der Menschlichkeit Rechnung zu tragen. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

Abg. Bassermann (nationalliberal) forderte die schärfsten Vergeltungsmaßregeln und betonte, Deutschland werde auch bei dieser englischen Unverschämtheit kaltes Blut bewahren.

Abg. Dr. Spahn (Zentrum) erklärte, die sittliche Kraft des deutschen Volkes bewähre sich in diesem Kriege und führt uns auch zum siegreichen Erfolg. Alle zulässigen Vergeltungsmaßregeln gegen England werden die Zustimmung des Zentrums finden.

Abg. Fischbeck (Volkspartei) führte aus: Wir denken mit Trauer der Helden des Unterseebootes, die durch die Feigheit eines englischen Kapitäns hingemordet wurden. Wir sind den tapferen Matrosen und Seesoldaten, die bis zum letzten Augenblick ihre Pflicht dem Vaterland gegenüber getan haben, dankbar und senden ihnen Grüße der Bewunderung in das nasse Heldengrab. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Oertel (konservativ) sprach der britischen Regierung, welche die Tat zu der ihrigen machte, seine Verachtung aus und erklärte, ohne Sühne dürfen unsere Helden nicht gefallen sein.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Zimmermann führte aus: Es bedarf keines Wortes, die empörende Tat der Engländer zu unterstreichen. Redner stellte die Einigkeit des Hauses in der Auffassung fest, daß eine scharfe Sühne notwendig sei, und dankte dem Hause für die erhebende Art und Weise, wie es der Empörung Ausdruck gegeben hat. Die Regierung wird die richtigen Mittel und Wege finden, um eine scharfe und nachdrückliche Sühne zu schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem noch Abg. Ledebour (Sozialdemokrat) gegen etwaige Maßnahmen, die die Gesetze der Menschlichkeit überschreiten, Verwahrung eingelegt hatte, wurde die Debatte geschlossen.

Die nächste Sitzung findet Montag statt.

Neue Freie Presse
16./I. 1916

Glückwunschtelegramme des Bürgermeisters von Prag.

Prag, 15. Januar.

Anläßlich der Eroberung des Lovcen und der Einnahme von Cetinje wurden vom Bürgermeister Dr. Gros namens der Bewohnerschaft und der Vertretung der königlichen Landeshauptstadt Prag Glückwunschtelegramme an den Kaiser und an den Kommandanten der tapferen Südostarmee G. d. J. v. Köveß abgesendet.

Die lebendige Internationale.

Ein Bericht von Camille Huysmans.

Von unserem holländischen Berichterstatter.

Arnheim (Holland), 9. Jänner.

Der außerordentliche Parteitag, den die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands zur Beratung der von der Regierung eingebrachten Vorlagen über Verfassungs-, Steuer- und Arbeiterversicherungsreform einberufen hatte, fand heute einen Abschluß, dessen Bedeutung über den innerpolitischen Charakter des Kongresses hinausgeht. Nach Erledigung der Tagesordnung betrat Genosse Camille Huysmans, Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, die Redekanzel. Stürmischer Jubel umbrauste ihn. Denn die Versammlung wußte, daß er gekommen war, um Zeugnis zu geben, daß die Internationale lebt und handelt. Was Huysmans nach Arnheim geführt hatte, war die Aufgabe, nicht nur der holländischen Sozialdemokratie, sondern den Sozialdemokraten der ganzen Welt die Botschaft zu bringen, daß alle Leidenschaften und Wirrungen des Weltkrieges das Band, das das Proletariat aller Länder verknüpft, nicht haben zerreißen können und daß die Exekutive des internationalen Büros in fester Zuversicht ihre Arbeit fortsetzt. Genosse Huysmans sagte:

Die Internationale kann nicht sterben.

Es ist mir eine besondere Genugtuung, Sie im Namen der Exekutive der Internationale zu begrüßen.

In der letzten Zeit habe ich wohl manchmal gehört, daß die Internationale tot sei. Unser Parteigenosse Gustav Hervé hat sie in verschiedenen Artikeln feierlich begraben. Auch in Deutschland hat Heine über ihr Begräbnis berichtet und selbst in Holland, wo man allgemein doch ruhiger denkt und wo der Zustand — das darf man doch sagen — weniger tragisch ist, habe ich hie und da denselben Gedanken verkünden gehört.

Werte Parteigenossen! Die Internationale ist nicht tot! Sie ist ganz und gar nicht gestorben. Die Internationale kann nicht sterben. So lange eine klassenbewußte Arbeiterklasse besteht, die zum Ziele hat, über die ganze Welt eine Bewegung einzuleiten, die der Herrschaft des Kapitalismus ein Ende zu bereiten hat, so lange wird auch ein internationaler Bund zwischen den organisierten Arbeitern aller Nationen notwendig sein.

Die Internationale, sagen die einen, soll tot sein, weil sie den Krieg nicht hat verhindern können.

Die Antwort darauf ist einfach. Die Internationale allein hat ihre Pflicht getan. Aber sie hatte die Macht noch nicht, um den Krieg zu verhindern. Mehr noch: Wir wußten 1914 alle, daß sie die Macht dazu noch nicht haben konnte. Sie hat niemanden betrogen und niemanden betrügen wollen.

Andere sagen: „Die Internationale ist tot, weil die deutschen Sozialdemokraten für die Kriegskredite gestimmt haben."

Auch dies Argument schlägt uns nicht. Eine bestimmte Haltung eines Unterteils einer Gruppe kann wohl die Einheit dieser Gruppe brechen, aber darum noch nicht den Organismus selbst vernichten. Ist die römisch-katholische Kirche verschwunden, weil deutsche katholische Soldaten belgischen in den Schützengräben an beiden Ufern der Yser einander gegenüberliegen?

Es gibt sogar Leute, die behaupten, daß die Internationale tot sei, weil die Sozialisten ihr Vaterland verteidigen. Diese Quäkermeinung hat selbst bei Sozialdemokraten Eingang gefunden, die vergessen, daß die Selbstverteidigung nicht nur ein von allen internationalen Kongressen anerkanntes Prinzip ist, sondern auf dem rein menschlichen Recht beruht.

Andere sagen endlich: „Die Internationale ist tot, weil sie nichts mehr von sich hören läßt."

Dies ist eigentlich der stärkste Vorwurf. Aber ich kenne ein holländisches Sprichwort, das sagt: „Ein schweigender Fisch ist noch kein toter Fisch!" Die lateinische Uebersetzung davon lautet in der Schrift: „Tempus tacendi, tempus loquendi." Es gibt eine Zeit des Schweigens. Es gibt eine Zeit des Redens!

Die Exekutive der Internationale ist nun der Meinung, daß die Zeit des Redens gekommen ist. Aber wenn sie geschwiegen hat, so besagt das nicht, daß sie nicht gehandelt hat. Sie hat keinen einzigen günstigen Augenblick vorübergehen lassen, um handelnd aufzutreten, wie es ihre Pflicht gebot.

Was sagen in der Tat die Resolutionen von Stuttgart, Kopenhagen und Basel?

Sie sagen:

1. Wenn eine Kriegsgefahr droht, muß das Büro alles tun, um dem Kriege zuvorzukommen.

2. Wenn ein Krieg nichtsdestoweniger ausbricht, muß das Büro alles tun, um diesem Kriege rasch ein Ende zu machen.

Haben wir das getan?

Während der Krieg drohte.

Genosse Huysmans zählt nun eine lange Reihe sozialistischer Interventionen im Oktober und November 1912 auf, das heißt im Augenblick, wo der Balkankrieg Westeuropa bedrohte: Interpellationen, Manifeste, Versammlungen, Demonstrationen, und fährt fort:

Und so geht es weiter bis zum Vorabend vom 28. Juli 1914.

Drei Wochen zuvor erzählte man schon in den Wandelgängen des Reichstages, daß am Ende der Erntezeit Oesterreich an Serbien ein Ultimatum richten werde. Aber wie uns im Büro erklärt wurde, schenkte niemand dieser Mitteilung Glauben. Noch einmal wurden Kundgebungen organisiert, in Wien wie in Berlin, Budapest, Amsterdam, Brüssel, Paris und an anderen Orten.

Ich frage Sie nun aufrichtig: Welche Partei, welche Organisation, welche politische, soziale oder religiöse Gruppe hat gegen den Krieg getan, was wir getan haben? (Stürmischer Beifall.)

Ich antworte: keine.

Und wir haben nicht nur geredet.

Unsere Aktion gegen den Krieg hat zur Folge gehabt, daß Hunderte Parteigenossen ins Gefängnis gewandert sind, unter dem Hohngelächter aller derjenigen, die uns jetzt vorwerfen, daß wir den Krieg nicht haben verhindern können. (Beifall.)

Die Leute, die uns in früheren Jahren zu schwerem Kerker verurteilt sahen, kommen nun, um von uns über die Tat, die sie selbst begangen haben, Rechenschaft zu fordern. (Sehr richtig! Beifall.)

Die kapitalistischen Klassen machten den Krieg. Sie waren es, die die Geister formten. Sie bliesen auf der Kriegstrompete. Sie schufen den Konflikt. Und als ihre Tat weiterging, als sie wahrscheinlich gewollt hatten, warfen sie uns scheinheilig vor — sie, die Herrschenden, die Mächtigen, die Bewaffneten —, daß wir, die Beherrschten, Schwächeren und Waffenlosen, ihren eigenen Willen nicht mit Gewalt unschädlich machen konnten.

Am 24. Juli wurde das österreichische Ultimatum überreicht.

Am 25. Juli beschloß die Exekutive, Jaurès, Adler, Molkenbuhr, Vaillant und andere telegraphisch zu befragen, ob es ratsam sei, das Büro zusammenzurufen.

Am 26. Juli beschloß die Exekutive in Uebereinstimmung mit den Befragten, das Internationale Büro für den 29. Juli einzuberufen, und auf dieser Versammlung wurde beschlossen, die Aktion gegen den Krieg noch zu verstärken und den Vorschlag zu unterstützen, wonach der serbisch-österreichische Konflikt einem Schiedsgericht unterworfen werden sollte. Zu gleicher Zeit reisten die Delegierten von Deutschland und Frankreich zurück mit dem Auftrag, in Berlin darauf anzudringen, daß sich die österreichische Regierung in ihren Forderungen mäßige, und in Paris, daß Rußland nicht am Konflikt teilnehme. Die englischen und italienischen Mitglieder bekamen den Auftrag, in Rom und in London ihr Bestes zur Unterstützung dieser Aktion zu tun.

Am Abend desselben Tages fand in Brüssel das bekannte große internationale Meeting statt, wo unter anderen das Wort führten: Vandervelde, Troelstra, Rubanowitsch, Morgari, Keir Hardie und wo Jean Jaurès zum letztenmal sprach.

Am Nachmittag des 31. Juli empfing ich ein Telegramm aus Berlin, daß Müller im Namen des Parteivorstandes mit mir zu konferieren wünsche. Am Abend um 11 Uhr wurde mir telephoniert, daß Jaurès ermordet sei.

Am 1. August um 5 Uhr morgens war Müller bei mir und nach einer Besprechung mit der Exekutive am Vormittag reisten Müller und ich nach Paris, mit De Man als Schriftführer.

Um 1/2 7 Uhr abends hatten wir eine Sitzung mit der Fraktion im Palais Bourbon und um 1/2 10 Uhr abends mit der Zentralleitung der Partei. Was Müller dort erklärte, wissen Sie aus den unlängst erschienenen Artikeln der französischen und der deutschen Presse. Er rief den Eindruck hervor, daß, bis zu diesem Augenblick, die deutsche Partei wahrscheinlich nicht für die Kriegskredite zu stimmen gewillt sei. Die französischen Parteigenossen erklärten, daß sie, falls Frankreich angegriffen werden würde, die Kriegskredite annehmen müßten.

Die russische Gefahr.

Mein persönliches Urteil war — und es kam an jenem Abend zweimal zur Aeußerung —, daß sich die deutsche Partei in diesem Augenblick enthalten müßte. Meine Ueberzeugung war, daß Frankreich nicht angreifen würde. Aber ich fühlte die Schwierigkeit der Lage der Deutschen, die auch noch später durch Vandervelde anerkannt wurde. Auf der einen Seite Frankreich, das demokratische Frankreich, auf der anderen Rußland, das zarische Rußland! Ich dachte über den Zustand, was Bebel 1870 dachte. „Stimme ich für die Kredite," sagte er, „heiße ich die preußische Politik gut. Stimme ich dagegen, erwecke ich den Anschein, der Politik Bonapartes anzuhängen." Das schien mir auch die Lage der deutschen Sozialdemokratie 1914. Nach meiner Meinung mußte

Die lebendige Internationale.

mit der russischen Gefahr gerechnet werden, nach der gewaltigen Propaganda unserer deutschen Parteigenossen gegen das zarische Regime, dessen Rückwirkung sie in Deutschland fühlten. Zugleich war ich unter dem Eindruck all des Bösen, das in den deutschen sozialistischen Blättern vor August 1914 gestanden hatte, nicht nur gegen die deutsche Politik, sondern auch gegen die österreichische.

Geehrte Anwesende! Sie wissen auch, daß in der letzten Zeit Kautsky bekanntgegeben hat, daß er gleichfalls für die Enthaltung war.

Am 4. August brach der Krieg aus.

In allen Protesten durften die Sozialdemokraten in allen Ländern erklären, daß sie für den Ausbruch keine Verantwortung hatten.

Belgien wurde verwüstet und trotz seines hartnäckigen Widerstandes überwältigt.

Die Beziehungen zu dem Büro im Haag.

Wir wurden von der ganzen Welt abgeschnitten. Aber die erste Parole, die durch die Exekutive gegeben wurde, war, **die Beziehungen zwischen dem Zentrum und den angeschlossenen Parteien aufrecht zu halten.** (Beifall.) Wir fühlten wohl, daß für den Augenblick an eine Intervention oder an eine Beratung des ganzen Büros nicht zu denken war — weder von der Seite Deutschlands noch der von anderen kriegführenden Nationen. Es war die Höhezeit der Kriegsfurie. Von anderen Seiten jedoch tauchten Entwürfe auf, um die Internationale, die keine Rettung nötig hatte, zu retten. Parteigenossen bildeten sich ein, daß sie es besser konnten und erneuerte Proteste genügend waren, um dem Krieg entgegenzutreten. Andere fühlten sich berufen, eine internationale Rolle zu spielen. Wir haben dies alles geschehen lassen und nach der Besetzung Brüssels aus eigenem Antrieb das Sekretariat nach dem Haag verlegt. Dort sind wir wieder direkt oder indirekt mit allen Parteien in Briefwechsel gekommen, so daß, wenn die Beziehungen der Parteien untereinander — die Beziehungen von Partei zu Partei — nicht immer bestehen, **die Beziehungen der Parteien mit dem Zentrum, mit dem Büro im Haag keinen Augenblick aufgehört haben.** (Stürmischer Beifall.) Daß solches nicht immer eine leichte Aufgabe war, braucht nicht erst gesagt zu werden. Daß es für einen Belgier nicht immer angenehm war, vor einem Sozialdemokraten zu stehen, der die notwendigen Kredite bewilligt hatte, um sein Land mit Feuer und Schwert zu überziehen, braucht wohl nicht auseinandergesetzt zu werden. Aber ich sah es als meine Pflicht an, kein Wort zu schreiben, das irgend eine der angeschlossenen Parteien verletzen konnte. Ich wollte nicht, daß später gesagt werden könnte, daß wir einige Verantwortlichkeit haben sollten an der Tatsache, daß eine uns anvertraute Waffe in Stücke geschlagen wurde. Ich hatte den Eindruck, daß vor allem in einer einmütigen, handelnden Internationale auch die niedergetretenen und bedrohten Nationalitäten ihre Stütze und ihre Wiederherstellung finden könnten. Ich sah es darum als meine Pflicht an, mein Amt über mein Herz und mein Gemüt zu stellen, und ich bedaure es nicht, der internationale Sekretär von allen angeschlossenen Parteien der ganzen Welt geblieben zu sein. (Stürmischer Beifall.)

Dies wurde mir wohl manchmal übel gedeutet. Mitunter wurde mir vorgeworfen, daß ich das Vertrauen gewisser Parteien verloren habe und — in letzter Zeit — daß ich an Deutschland verkauft sei. (Heiterkeit.)

Danach haben wir für die Dauer des Krieges die Exekutive so eingerichtet, daß sie das Vertrauen aller Parteien der kriegführenden Länder weiter genießen muß. Die belgische Delegation ist geblieben, um das Vertrauen der verschiedenen Parteien zu bewahren und auf ausdrückliches Verlangen zahlreicher angeschlossener Parteien. Das war nötig, weil diejenigen, die vom Kongreß der Internationale ihr Mandat empfangen hatten, es auch behalten mußten. Die belgische Delegation ist auch darum geblieben, weil es ein Odium (eine Gehässigkeit) gewesen wäre, die Belgier zweimal zu treffen: einmal als Belgier, ein zweitesmal als Sozialdemokraten. Die Belgier haben den Krieg nicht gewollt. Sie sind die Schlachtopfer des Krieges und ihnen um dessentwillen einen Vertrauensposten wegzunehmen, wäre eine Tat der Ungerechtigkeit gewesen. Dies ist denn auch nicht geschehen. Das haben wir nicht geschehen lassen, aber um den Parteigenossen der zentralen Länder entgegenzukommen und ihnen eine Bürgschaft unserer Unparteilichkeit zu geben, haben wir die holländische Delegation der Exekutive mit gleichen Rechten hinzugefügt. Der Antrag wurde mit allen Stimmen der interessierten Delegationen angenommen. Wir haben ihn durch eine Abstimmung aller angeschlossenen Parteien bestätigen lassen. Der Antrag wurde denn auch mit allen Stimmen gegen eine Enthaltung — Frankreich — gutgeheißen. Frankreich enthielt sich, weil es der Meinung war, daß die Exekutive bleiben müßte, wo und was sie war.

Das Sekretariat und die Exekutive, so wie sie jetzt für die Dauer des Krieges sind, sind also durch den Willen der ganzen Internationale im Amt.

Tätigkeit während des Krieges.

Die erste Pflicht der Exekutive war, zu handeln.

Von allen Seiten tauchten Forderungen nach einer Einberufung des Büros auf.

Wir sind darauf nicht eingegangen. Nehmen Sie an, wir hätten das Internationale Büro zusammenberufen. Wir wußten, daß gewisse Parteien nicht kommen würden. Konnten wir in diesem Augenblick eine Mehrheit gegen eine Minderheit ausspielen? Konnten wir die Minderheit zwingen? Darein hätte auch die Mehrheit nie eingewilligt. Das wäre ein Hieb in die Luft. Das wäre vielleicht die Lostrennung. Eine solche Freischützenpolitik haben wir denn auch nicht befolgen wollen. Unser Ziel war, die Parteien zur richtigen Zeit zusammenzubringen, aber nicht auf solche Weise. Unsere Pflicht ist, eine Bürositzung mit Zustimmung der verantwortlichen Parteien der kriegführenden Länder zu veranstalten. Ist eine Sitzung ohne Frankreich, Deutschland oder England möglich? Unsere Antwort ist: „Nein!

Für diese Politik übernehmen wir die volle Verantwortung.

Gegen die Zimmerwalder Konferenz.

In gewissen Kreisen wird uns dies übelgenommen und werden wir selbst durch Resolutionen gebrandmarkt. Wir haben auch dies über uns ergehen lassen. Ungeduldige Parteigenossen haben denn auch anderswo internationale Konferenzen einberufen, aber sie haben wahrnehmen können, daß die Hauptinteressenten dort durch ihre Abwesenheit glänzten und die Konferenzen sogar desavouiert haben. Ein solches Ergebnis kann sich ein Freiwilligenkorps leisten, das nicht weiß, daß Geduld eine politische Tugend ist; aber wir dürfen uns solchen Dingen nicht aussetzen — wir, die Vertreter einer Internationale sind, die ihre Statuten achten will und überdies auch etwas politische Erfahrung gesammelt hat.

Bei diesem Abenteuer will ich mich denn auch nicht länger aufhalten. Ich gebe zu, daß die Absicht gut sein konnte, aber ich lege Wert darauf, im Namen meiner Kollegen zu erklären, daß ungeachtet aller Enteignungspläne das Büro im Haag seinen Sitz hat und behält. (Beifall.)

Gesonderte Beratungen.

Um handelnd aufzutreten, mußten wir in den Zustand Klarheit bringen.

Darum gliederte sich unser Plan in zwei Aufgaben:

1. Die sozialdemokratischen Parteien der neutralen Länder, der Ententeländer und der Zentralmächte zu gesonderter Beratung über die vier Punkte, die die Grundlage aller Friedensresolutionen sind, zu bringen.

2. Gesonderte Delegationen im Haag zu empfangen, um auf die vier Punkte weiter einzugehen.

Wie Sie wissen, versammelten sich die neutralen Sozialisten in Kopenhagen am 17. und 18. Jänner 1915, die Entente in London am 14. Februar, die Zentralen in Wien am 20. April 1915.

Es wurden dort Resolutionen angenommen, die sicher nicht in allen Punkten übereinstimmen.

Aber in Kopenhagen, London und Wien haben die Sozialdemokraten für alle Nationen das Recht gefordert, über sich selbst bestimmen zu dürfen.

In Kopenhagen, London und Wien haben die Sozialdemokraten die Demokratie der Diplomatie und die Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle gefordert.

In Kopenhagen, London und Wien haben sich die Sozialdemokraten als Anhänger des obligatorischen Schiedsgerichtes in allen Konflikten erklärt.

Die Bekräftigung dieser vier Punkte, die die Grundlage der Resolutionen von Stuttgart, Kopenhagen und Basel formen, war sicher ein erster Schritt. Wir können ruhig feststellen, daß, wenn die Leitung der Ereignisse in den Händen von Sozialdemokraten gelegen hätte, der Krieg nie ausgebrochen wäre. Und morgen, wenn die Bourgeoisie eingesehen haben wird, zu welchem Wahnsinn sie durch ihren inneren Drang nach dem Imperialismus getrieben wird — morgen wird sie nur einen Ausweg finden, und zwar in der Richtung unserer Ideen.

Etwas mangelte noch an dieser Aktion: das Präzisieren der verschiedenen Punkte, worüber man in der Theorie eins war. Um zu einem praktischen Resultat zu kommen, wurde dann von Jänner-Februar 1915 an beantragt und durch die Exekutive angenommen, die verschiedenen Delegationen gesondert nach dem Haag kommen zu lassen, um mit jeder besonders über ihre Stellung und über den Zustand zu beraten. Erst danach konnte man wissen, ob die Einberufung einer Bürositzung zweckmäßig und möglich war. Dieser Vorschlag fand Zustimmung bei fast allen Parteien, aber stieß auf den Widerstand einer, später zweier Parteien. Belgien, obschon ein besetztes Land, kam offiziell und legte seinen Standpunkt dar.

Deutschland kam ein erstesmal offiziös, ein zweitesmal offiziell. Frankreich antwortete, daß ein Kommen nach dem Haag als eine indirekte Unterhandlung mit Deutschland angesehen werden würde — etwas, was unmöglich schien in einem Augenblick, wo die deutschen Heere einen Teil von Frankreich besetzt hielten und alle Kräfte auf die Selbstverteidigung konzentriert waren. Die Engländer waren anfänglich bereit, zu kommen. Die Ernennung Hendersons zum Minister verpflichtete die englische Delegation, ihr Kommen zu vertagen. Jetzt zieht sie eine Konferenz in London vor, die auch in Vorbereitung ist.

Ich füge jedoch bei, daß, wenn man die Erklärungen und Resolutionen dieser verschiedenen Gruppen von August 1914 mit den Erklärungen und Resolutionen der letzten Tage vergleicht, der Zustand vom sozialistischen Gesichtspunkt aus eine Annäherung zu zeigen scheint.

Der Redner gibt, um diesen Eindruck zu rechtfertigen, einen Ueberblick auf die verschiedenen Kundgebungen — einerseits der deutschen Partei bis zur Rede Scheidemanns und der Resolution über die Kriegsziele, andererseits der französischen Sozialisten bis zur Kongreßresolution vom 25. Dezember 1915. Er weist namentlich auf die Sätze dieser Resolution hin, die die Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen mit der deutschen Partei mit der Entwicklung ihrer „Minderheit" in Verbindung bringen, und bemerkt dazu, daß man, um den Unterschied zwischen der Haltung der französischen und der deutschen Sozialisten zu begreifen, den Unterschied ihrer Lage berücksichtigen müsse: „Deutschland kann den Frieden wollen, denn es hat ein gewaltiges Pfand. Frankreich kann nur den Frieden wollen, wenn es sicher ist, nicht als besiegte Nation angesehen und behandelt zu werden. Ich weiß wohl, daß die ökonomische Lage dieser Länder mit ihrer militärischen nicht durchaus übereinstimmt. Aber in Frankreich — dies dürfen die Parteigenossen nicht vergessen — sind alle Muskeln zur Selbstverteidigung gespannt und in dieser Gemütsstimmung wird Nachgeben als Schwachheit angesehen. Welches würde wohl die Gemütsstimmung in Deutschland sein, wenn das französische Heer in Köln und das russische in Königsberg stünde? Ich füge noch hinzu, daß der Einfluß dieser sozialistischen Parteien ganz verschieden ist. In England und in Frankreich besitzen die Arbeiter- und sozialistischen Parteien entscheidenden Einfluß und es kann schwerlich eine Lösung durchgesetzt werden, die dem Willen der arbeitenden Klasse direkt widersprechen würde. In Deutschland ist der Einfluß der Partei wohl geringer und wir sehen Bethmann Hollweg noch nicht gleich Lloyd-George vor dem Forum der vereinigten Gewerkschaften erscheinen.

Bei der Vergleichung all dieser Resolutionen fühlt man wohl, daß die größte Schwierigkeit im elsaß-lothringischen Problem liegt. Schon sind von beiden Seiten Aufklärungen und Auslegungen gegeben worden. Unser Ziel war — und das sahen meine Kollegen wohl ein, als wir vorschlugen, die Delegationen im Haag zu empfangen —, diese Punkte in kürzester Zeit aufzuhellen.

Möglichkeiten der Annäherung.

Daß die Möglichkeit zur Aufhellung und Annäherung offen bleibt, ist klar. Selbstverständlich würde die Möglichkeit dieser Annäherung noch stärker hervortreten, wenn wir die Resolution der französischen Partei mit den Resolutionen der deutschen sogenannten Minderheit vergleichen wollten, namentlich wenn man berücksichtigt, daß nach gewissen Behauptungen die sogenannte Minderheit der Reichstagsfraktion die Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler vertritt.

In jedem Falle werden Sie unmittelbar bemerkt haben, daß zum erstenmal die französische Partei Bedingungen der Annäherung aufstellt, und mehr noch: ich stehe unter dem Eindruck, daß schon verschiedene dieser Bedingungen mindestens teilweise erfüllt sind.

Parteigenossen! Ich habe das Gefühl, daß wir auf dem guten Wege sind. Namentlich wenn man auch die Tatsache in Rechnung zieht, daß wir in Frankreich desgleichen vor einer Minderheit stehen, sei es auch eine gar kleine Minderheit.

Werte Parteigenossen! Bis heute hat der Krieg bewiesen, daß es beinahe unmöglich geworden ist, eine große, modern organisierte kapitalistische Nation zu bezwingen. Wenn Deutschland fremdes Gebiet besetzt hält, so beherrscht England das Reich der See. Bis jetzt hat dieser furchtbare Krieg entschieden sein Ziel verfehlt.

Nicht gestorben!

Werte Parteigenossen! Um was es mir hier zu tun war, war die Feststellung, daß der Organismus, der 1889 in Paris geboren worden ist, nicht gestorben ist einer Bourgeoisie zuliebe, die bleibt, was sie ist, oder Sozialdemokraten zuliebe, die manchmal vergessen, was sie sind. (Sehr richtig! Beifall.) Ich wollte nur feststellen, daß dieser Organismus alles getan hat, was möglich war, um die Sendung zu erfüllen, die ihm die Resolutionen von Stuttgart, Kopenhagen und Basel auferlegt hatten. Ich wollte endlich zeigen, daß die Linien der politischen Bewegung nicht in einer parallelen Richtung gehen und einander erst im Unendlichen begegnen können, sondern sich langsam in einer Richtung zuspitzen, die die Einheit des Proletariats über die ganze Welt wieder herstellen wird zur Bürgschaft eines dauernden Friedens.

Die Anzeichen davon sind mannigfaltig. Ueberall hört man das Wort verkündigen, daß die Internationale eine Politik ausarbeiten muß, die über der Lage der Armeen stehen — eine Politik, die der Wegweiser zu einer Gesellschaft werden muß, die einen Ausweg sucht. Unlängst, am 17. Dezember, schrieb mein Freund Vandervelde im englischen „Clarion" einen Artikel, den ich in einer sympathischen deutschen Uebersetzung in der Wiener Arbeiter-Zeitung las. Er schrieb: „Ich glaube, daß der Augenblick bald kommen wird, wo die wahrhaft sozialistischen Elemente der Internationale verpflichtet sein werden, zu erklären, was sie über das Problem Elsaß-Lothringens oder über die Unabhängigkeit oder Autonomie Polens oder über die Mittel denken, die in Zukunft verhindern sollen, daß imperialistischer oder kolonialer Eroberungshunger neue Konflikte erzeuge." Diese Worte sehe ich als eine Aufforderung an, auf die eine Antwort kommen muß.

Dies ist dasjenige, was in diesem Augenblick gesagt werden kann. Ueber die anderen Länder und Parteien ist es nicht nötig, zu sprechen, weil da die Schwierigkeiten geringer scheinen. Jeder fühlt auch wohl, daß die Lösung des Kriegsproblems und die Endentscheidung eigentlich im Westen liegt. Die orientalische Frage wird überdies im Baseler Manifest, das noch als unser politischer Leitfaden in den heutigen Verhältnissen liegt, ausführlich behandelt.

Die Aktion, die wir begonnen haben, werden wir mit Geduld, Vorsicht und Ausdauer, im vollen Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit, fortsetzen. Im gegebenen Augenblick wird darüber berichtet werden.

Einigkeit ist nötig!

Wir wollen die Sozialisten der ganzen Welt zum Einvernehmen bringen, damit, wenn schon der Krieg gegen unseren Willen entstand, die Friedensbedingungen von solcher Art sein sollen, daß sie nicht den Keim einer neuen Tragödie in sich bergen und damit die Arbeiterklasse, die die Last des Verbrechens von anderen zu tragen haben wird, auch diese Weltkrise überwinde. Darum ist Einigkeit nötig. Die Einigkeit muß und wird unser Ziel und unsere Kraft werden.

. . . . . Dadurch muß die Menschheit zur Besinnung kommen, und wir hoffen, daß es möglich werden wird, dem Ungeheuer die Zähne auszubrechen, auf daß dieser Krieg der letzte bleibe!

Der Bericht, den Genosse Huysmans, selbst ergriffen von der Bedeutung dieser Stunde, wo die Internationale wieder laut zum ganzen Proletariat der Welt sprach und unter steigender Bewegung der mit zurückgehaltenem Atem zu hörenden Versammlung vorgelesen hatte, rief am Schluß jubelnden Beifall wach. Und plötzlich erhoben sich aus freiem Antrieb alle Anwesenden: die Delegierten und das Publikum wie die Parteivorstandsmitglieder auf der Bühne und sangen den Chor von der großen Tat der Zukunft: „Die Internationale."

Genosse Vliegen, Vorsitzender der holländischen Partei, dankte Huysmans für seine ermutigende Rede, die beitragen werde, das Gefühl der internationalen Zusammengehörigkeit zu stärken. Er rühmte unter stürmischem Beifall die moralische Größe, die Selbstbeherrschung, die Huysmans instandgesetzt habe, seine Aufgabe als internationaler Sekretär zu erfüllen. Er hieß ihn in Holland, wo er nun für die Dauer des Krieges bleiben wird, willkommen. Im geeigneten Augenblick werde der Ruf an die Bruderparteien ergehen, an die Stelle des zwecklosen Völkermordes wieder das große Kulturwerk der Sozialdemokratie zu setzen. Vliegen schloß mit einem Hoch auf die sozialistische Internationale, in das der Kongreß begeistert einstimmte.

Neues Wiener Tagblatt

16./I. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 15. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

14. Jänner. Auf der ganzen Front hält die Geschütztätigkeit an, unterstützt und ergänzt durch Unternehmungen der Flieger. Feindliche Batterien warfen namentlich Brandgeschosse gegen unsre Stellungen von Altissimo (zwischen Gardasee und Etsch), im Val Terragnolo (Etsch) und gegen Borgo (Val Sugana), ohne Schaden anzurichten. Unsre Artillerie zerstörte feindliche Unterkünfte östlich des Passes von Oregone (Cordevole) und beschoß Truppen und Trainkolonnen auf dem Marsch im Ködertal (Gail) und im Seebachtal (Gailitz), welche sie zerstreute. Im Abschnitt des Javorcek (Flitscher Becken) und in dem von San Martino sowie auf dem Karstplateau wiesen wir kleine Angriffe des Gegners ab. Am unteren Isonzo beschossen die feindlichen Batterien Gradiska, Sagrado und Monfalcone. Wir antworteten mit dem Bombardement von Devetaki und Oppacchiasella. Ein Flieger von uns warf Bomben auf feindliche Barackenlager zwischen Tione und Breguzzo in den Judikarien und kehrte unversehrt zu unsern Linien zurück.

14. Jänner. Im Abschnitte zwischen Sarca und Etsch wurden zwecks Schutzes von Loppio die Stellungen bei der Einmündung des Val di Gresto besetzt und verstärkt. Im Val Terragnola setzte die feindliche Artillerie auch am 12. d. die Beschießung mit Brandbomben fort, ohne uns Schaden zuzufügen. Im Gebirgsabschnitt nördlich des Val Sugana führte die Tätigkeit eigener Abteilungen zu einigen für uns günstigen Gefechten mit Abteilungen des Gegners. Im oberen Cordevole wurde die Anwesenheit des Feindes in Zorz festgestellt. Unsre Artillerie bombardierte den Ort, setzte ihn in Brand und jagte die Truppen, die ihn besetzt hatten, in die Flucht. Mit gleich gutem Ergebnis wurden die militärischen Anlagen beim Predilpaß beschossen. Auf dem Karstplateau wurde die feindliche Artillerie durch die unsrige systematisch bekämpft und entwickelte gestern auch eine geringere Tätigkeit. Die Befestigungsarbeiten werden fortgesetzt.

* * *

Der gestern veröffentlichte italienische Tagesbericht vom 13. Jänner meldete: „Unsre Artillerie zerstörte feindliche Unterkünfte östlich des Passes von Oregone (Cordevole), und beschoß Truppen und Trainkolonnen auf dem Marsche im Koedertale (Gail) und Seebachtale (Gailitz), welche sie zerstreute. Im Abschnitt Javorcek (Flitscherbecken) und in dem von San Martino auf dem Karstplateau wiesen wir kleine Angriffe des Gegners ab."

Diese Angaben sind unwahr. Die angegebene Zerstörung von Schutzhütten östlich Oregone ist frei erfunden. Im Kronhofgraben wurden am 11. Jänner einige Bretter tragende Leute mit zwei oder drei Schrapnells beschossen, auch im Seebachtale fielen einige Schüsse, jedoch alle ohne den geringsten Erfolg.

Bezüglich der Angriffe im Abschnitt des Javorcek muß folgendes festgestellt werden: Am 11. Jänner ging bei Abenddämmerung eine vier Mann starke Patrouille unserseits vor, überfiel die Italiener bei der Arbeit, verwundete zwei Männer und kehrte, als die italienische Postenkette alamiert war und ein allgemeines Feuer eröffnete, ohne Verlust in die Stellung zurück.

Sonst fanden am 11., 12. und 13. Jänner am Javorcek nur unwesentliche Plänkeleien statt.

Rußland.

13. Jänner. In Galizien, an der mittleren Strypa, versuchte der Feind unter dem Schutze eines Schneesturmes zweimal bei Dobropole, fünfzehn Kilometer nordöstlich Buczacz, zum Angriff vorzugehen. Durch unser Feuer wurde er beidemal abgeschlagen. Dort und in der Gegend nordöstlich Czernowitz wurde der Feind gezwungen, Teile seiner Gräben zu räumen, die wir besetzten.

14. Jänner. Keine Veränderung.

Frankreich.

14. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Schwache Artillerietätigkeit während der Nacht. Südlich der Somme, im Abschnitt von Lahons griff eine unsrer Patrouillen eine deutsche Patrouille an, welche entfloh und einen Verwundeten und zwei Tote liegen ließ. In der Champagne nahmen wir deutsche Truppen in den Verbindungsgängen und Schützengräben am Hügel von Mesnil unter Feuer und zerstreuten sie.

Pester Lloyd
16./I. 1916

Die Ansprüche Ungarns auf die ehemaligen Nebenländer.

Der staats- und verwaltungsrechtliche Ausschuß des Ungarischen Juristenvereins hielt heute abend unter dem Vorsitze des Universitätsprofessors Dr. Viktor v. Concha eine Sitzung, in der der Professor an der Sárospataker Rechtsakademie Dr. Ladislaus Buza einen Vortrag über die Ansprüche der ungarischen heiligen Krone auf die ehemaligen Nebenländer hielt. Der Vortragende beschäftigte sich mit dem Studium des Wiener Universitätsprofessors Bernatzik und wies nach, daß dieser den in dieser Frage eingenommenen Standpunkt der ungarischen Staatsrechtler vollständig verkennt. Auf Grund des dritten Punktes des königlichen Inauguraldiploms hat Ungarn Rechtsanspruch darauf, daß die zurückeroberten Gebiete, die ehemals zu Ungarn gehörten, wie z. B. Serbien, an Ungarn angegliedert werden. Die in einem gemeinsam geführten Kriege eroberten Gebiete sind keineswegs unbedingt gemeinsam. Nur diejenigen Gebiete gelten bis zur Entscheidung der Zugehörigkeit als gemeinsam, die nie unter der Oberhoheit der heiligen Krone gestanden haben. Der Vortragende beschäftigte sich sodann auch mit der Frage, ob für den Fall, daß frühere erbliche Provinzen der Dynastie zurückerobert werden, diese nach der Analogie der früheren ungarischen Gebiete unbedingt an Oesterreich anzugliedern sind. Er vertritt den Standpunkt, daß dies billig sei und auch politisch motiviert werden könne, allein nicht als Rechtsnorm zu gelten habe, denn weder die Pragmatische Sanktion, noch eine andere Rechtsquelle enthalte eine derartige Verfügung. Der interessante Vortrag wurde von den Anwesenden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Pester Lloyd
16. II. 1916

Eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Tißa.

Aus Berlin wird der „Bud. Korr." telegraphiert: Der bekannte Publizist Universitätsprofessor Dr. Ludwig Stein, der in Vertretung der „Vossischen Zeitung" die Reise mit dem ersten Balkanzug nach Konstantinopel mitmachte, war bereits mehrere Tage vor Abgang dieses Zuges in Budapest eingetroffen, um hier mit maßgebenden Staatsmännern über aktuelle Fragen zu sprechen. Professor Stein wurde auch vom Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tißa empfangen und veröffentlicht über die ihm gewährte Unterredung in der „Vossischen Zeitung" folgenden Bericht:

— Die Ermüdungsstrategie der Engländer — bemerkte ich — ist eine durchaus unritterliche Kampfesweise, weil sie sich auf Frauen, Kinder, Greise, Krüppel und sonstige Invaliden miterstreckt. Es kämpft nicht mehr Mann gegen Mann, sondern ein brutales System, wie England es zuerst gegen Neger, später gegen Buren anwandte, gegen die Elementarbegriffe aller Menschlichkeit. Was können die mitteleuropäischen Staaten und ihre östlichen Verbündeten jetzt und in Hinkunft tun, um einer solchen Aushungerungstaktik während des Krieges wirksam zu begegnen und nach Friedensschluß für die Folgezeit zu verhindern?

Ministerpräsident Graf Tißa antwortete:

— Wie der Aushungerungstaktik wirksam zu begegnen sei, haben wir schon im ersten Jahre des Krieges gezeigt. Dasselbe sparsame Vorgehen und Ordnunghalten, das die weit größeren Schwierigkeiten des ersten Jahres überwunden hatte, wird ganz gewiß auch weiter zum Ziele führen. Gelingt es, wie ganz bestimmt vorauszusetzen ist, ein zusammenhängendes Gebiet von der Nordsee bis Mesopotamien in derartig feste politische Freundschaftsverhältnisse zu bringen, daß ein Zusammengehen auch bei künftigen Kriegen mit Sicherheit zu erwarten ist, so sind damit die Ernährungssorgen für den Fall späterer Weltkriege ausgeschaltet.

Ich fuhr fort:

— Durch die Verhaftung aller Konsuln, selbst von neutralen Staaten, haben die Engländer und die ihrer Gefolgschaft vasallenhaft verfallenen Franzosen die Grundelemente selbst jenes Völkerrechtes, das schon bei den Römern galt, gröblich verletzt. Damit wären wir um Jahrtausende zurückgeworfen. Das ist ein Rückfall in politisches Menschenfressertum. Wie können wir unser Kultursystem gegen solche Rezidive in den Raubtierzustand des Menschengeschlechtes schützen?

— Das Vorgehen der französisch-englischen Soldateska gegen unsere Konsuln ist ebensosinnlos, wie widerwärtig. Erreicht haben sie nur das eine damit, daß ihre Rolle als Kulturträger, Freiheitshelden und Beschützer der kleinen Staaten ins richtige Licht gestellt wird.

— Besteht begründete Aussicht, mit den Vereinigten Staaten von Amerika in ein besseres Verhältnis zu gelangen?

— In allen Noten der Regierung in Washington kehrt die Betonung von „Menchenrecht", „Völkerrecht", „natürliche Moral" als ständiger Refrain wieder. Da unsere Gruppe sich niemals solche Völkerrechtsbrüche, wie die Gefangennahme von Konsuln der „Feinde", zuschulden kommen ließ, können wir nicht jene weiten Kreise in Amerika, die für „international law" und „peace nouvement" eintreten, von der Ueberlegenheit unserer Moral in der Kriegführung überzeugen und diese Kreise zum mindesten neutralisieren, wenn wir sie auch nicht ganz für uns gewinnen können. Die in Verbindung mit dem Unterseebootskrieg mit Amerika aufgetauchten Inzidenzfälle können wohl als erledigt betrachtet werden und es wäre müßig, weiter über eine Sache zu reden, deren Beilegung umso erfreulicher ist, als es wahrlich absurd gewesen wäre, in einen ernsten Konflikt mit den Vereinigten Staaten zu geraten. Es muß sich ja auch in Amerika die Wahrheit Bahn brechen, daß die Ansprüche Englands auf die unbedingte Herrschaft zur See und auf deren Mißbrauch zur Unterbindung jeglichen Verkehrs niemals so brutal zum Vorschein getreten sind, als in diesem Kriege. Auch dort wird es die öffentliche Meinung endlich einsehen, daß wir für die Freiheit der Meere kämpfen und der Sieg Englands die Vernichtung gerade derjenigen Prinzipien des Seerechtes bedeuten würde, für die Amerika von jeher eingetreten ist und schon im Jahre 1812 einen Krieg mit England nicht scheute.

— Die Frage des Durchhaltens ist das Alpha und das Omega des Weltkrieges. Wie denken Ew. Exzellenz über die Möglichkeit des „Durchhaltens"?

— Der feste Wille, durchzuhalten, so antwortete Graf Tißa, ist bei allen Verbündeten unerschütterlich vorhanden. Die Möglichkeit des Durchhaltens läßt sich nur mit Taten beweisen. Sollten es unsere Gegner auf die Probe ankommen lassen, so wird ihre Hoffnung, das Erschöpfungsmoment gegen uns wirken zu lassen, dasselbe Schicksal erfahren, wie alle die Hoffnungen, Illusionen, mit denen sie sich gegenseitig seit Kriegsanfang ermutigt und getröstet haben.

— Wenn das Saloniki-Abenteuer, so fragte ich weiter, ebenso kläglich scheitert, wie die Dardanellen-Katastrophe, was dann?

— Es ist nicht mein Geschäft, antwortete der Ministerpräsident, die Zukunft zu weissagen. Ich kann nur das eine sagen, daß eine jede abgeschlossene Periode des Weltkrieges das Verschwinden einer feindlichen Hoffnung und einen greifbaren reellen Erfolg für uns bedeutet.

Die letzte Frage galt der Beteiligung des deutschen Kapitals an der Erdgasverwertung. Hierüber sagte Graf Tißa:

— Es ist ein Gemeinplatz, daß ein kapitalarmes Land einer Befruchtung durch ausländisches Kapital bedarf, um die eigene Volkswirtschaft entsprechend entwickeln zu können. Und es wurde zu produktiven Zwecken nach Ungarn strömendes fremdes Kapital naturgemäß stets mit Freude und Sympathie begrüßt. Es ist nicht das erstemal, daß sich deutsches Kapital ungarischen Unternehmungen zuwendet; besonders erfreulich ist es aber, daß dies gerade in dieser Kriegszeit geschieht, was uns zur Hoffnung berechtigt, daß das Verhalten Ungarns in dieser großen Kraftprobe aller Völker und die Beweise, die es von seiner Lebenskraft gab, eine Anziehungskraft auf das deutsche Kapital ausüben und dessen intensivere Beteiligung an hiesigen Industrieunternehmungen zur Folge haben werden.

L 20000
Gesch. für Europas Völkerverständigung
59
1915-1916
24. XII. - 16. I.
Zeitungsausschnitte
16

Gebiete darzutun. Gesamteuropa aber ist durch den Krieg wirtschaftlich sicher in unberechenbarer Weise gegenüber den außereuropäischen, von den Schäden des Krieges nicht berührten Konkurrenten zurückgeworfen. Wilson hat Anfang Dezember vor einer Versammlung von Geschäftsleuten in Kolumbus gesprochen, daß es so aussehe, als ob die Vereinigten Staaten nach dem Krieg einen Rückhalt an finanzieller und wirtschaftlicher Kraft für die ganze Welt bilden müßten. Das ist natürlich, bei der Kapitalschwäche Amerikas, eine der beliebten Übertreibungen aus dem Lande der unbegrenzten Ruhmredereien; sicher aber ist, daß namentlich auf dem großen südamerikanischen Absatzmarkt der Vorsprung Nordamerikas außerordentlich gewachsen ist, und daß es sich wohl auch in den Ländern der Entente die im Krieg errungene Stellung als Lieferant wahren wird. Den ostasiatischen Markt freilich hat Wilson durch seine feige Politik — die Japaner sitzen ja doch nach wie vor in der mexikanischen Schildkrötenbucht, um ein vor mehr als Jahresfrist „gestrandetes" Schiff flott zu machen — wohl für lange Zeit preisgegeben.

Hier liegt wohl die größte Gefahr für die Wirtschaftslage Europas, der weißen Welt überhaupt. Die unbegreifliche Kurzsichtigkeit der englisch-amerikanischen Ostasienpolitik, teils vom Haß, teils von blinder Geschäftsgier eingegeben, hat zu einer ganz unabsehbaren Stärkung Japans geführt, das als der eigentliche wirtschaftliche Sieger des Weltkrieges hervorzugehen scheint. Es ist namentlich die japanische Webstoffindustrie, welche die günstige Gelegenheit benutzt, ins Geschäft zu kommen. Man erfährt, daß dem Moskauer Roten Kreuz Angebote japanischer Baumwollwebereien zugegangen seien, die um 40 Prozent billiger sind als die russischen; daß die Baumwollfabrikanten Manchesters beunruhigt seien über Muster von japanischem Shirting und andern Stoffen, die die Vergleichung mit den besten englischen Stoffen aushielten und zu sehr niedrigen Preisen angeboten würden. Wenn das schon in England selbst geschieht, so kann man sich eine Vorstellung davon machen, wie es auf dem Markte Ostasiens und insbesondere auch Indiens aussehen wird, welch letzteres die Japaner schon lange als ihre ausgesprochene Interessensphäre betrachten. Während die Textilmaschinenausfuhr Englands nach allen Ländern rückgängig ist, hat sie sich nach Japan gehoben! Gelingt es Japan, und es ist auf dem besten Wege dazu, die Menschenmassen Ostasiens industriell zu organisieren, so ist das Schicksal der europäisch-amerikanischen Arbeiterschaft, die nicht die Lebenshaltung des Kulis einhalten kann, besiegelt und die der Unternehmer dazu. Der Krieg und die verblendete, selbstmörderische Politik Englands und Amerikas tun alles dazu, diesen Zeitpunkt zu beschleunigen. Fassen wir zusammen. Die wirtschaftliche Zukunft Europas ist aufs schwerste gefährdet. Die Verluste an Menschen und Gütern müssen, wenn sie sich noch lange fortsetzen, den Verlust der Vormachtstellung Europas zur Folge haben. Am wenigsten zu fürchten hat Deutschland: die Ausnützung der Vorzüge des „geschlossenen Marktes" während des Krieges, die neuen Absatzmöglichkeiten, die sich ihm im Nahen Orient eröffnen, die durch den Krieg noch gesteigerte hohe Leistungsfähigkeit seiner durch die deutsche Wissenschaft besonders geförderten Wirtschaft werden es weiter den Ländern überlegen machen, von denen ihm jetzt gerade wegen dieser Überlegenheit die Vernichtung angedroht wurde. Am meisten zu fürchten hat England mit seinem relativ überaus starken Außenhandel, seiner besonders exponierten Stellung in Indien. Jeder weitere Tag des Krieges bedeutet einen neuen unwiederbringlichen Verlust, dem für die angreifenden Gegner kein sichtbarer Vorteil gegenübersteht. Diese Versündigung an der europäischen Kultur, an der Entwicklung der Menschheit kommt nicht auf unser Haupt. Der Reichskanzler hat es am 9. Dezember ausgesprochen: „In vollem Bewußtsein der erzielten, unerschütterlich dastehenden Waffenerfolge lehnen wir die Verantwortung für die Fortsetzung des Elends ab, das Europa und die Welt erfüllt."

Oesterreichs Interesse an einem Wirtschaftsbündnis.

WTB **Wien**, 23. Dez. **(Telegr.)** In der gestrigen Generalversammlung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Österreich erstattete der Vereinspräsident Ernst Frhr. v. Plener den Tätigkeitsbericht. Er wies auf die Beschlüsse der Vertreter der drei mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine von Deutschland, Österreich und Ungarn auf der im November in Wien abgehaltenen Konferenz hin und führte sodann aus, ein handelspolitisches System, wie es in den beschlossenen Leitsätzen gedacht sei, erfordere einen ganz besondern Aufbau, weil es in dieser Form noch nirgend bestehe. Es erfordere aber auch eine sorgfältige Abwägung der gegenseitigen Interessen. Unsere Konzession, führte Redner aus, liegt in der Vorzugsbehandlung deutscher Importe. Unsere ermäßigten Tarifsätze werden Deutschland in größerm Umfange zugute kommen, als die deutschen Vorzugszölle unserm Exporte nützen werden. Hier müssen unsere berechtigten Schutzbedürfnisse berücksichtigt werden. Auf der andern Seite wäre von beiden Mächten schon bei den Friedensverhandlungen zu erklären, daß Begünstigungen, wie sie sich gegenseitig und gegebenenfalls auch andere Nachbarstaaten gewähren werden, von der allgemeinen Regel der Meistbegünstigungen ausgenommen bleiben sollen. Hierin liegt eine Konzession Deutschlands, das einen viel größern internationalen Handel hat als Österreich-Ungarn. Eine weitere Folge dieses handelspolitischen Auftretens gegenüber den fremden Staaten ist die Anerkennung des Grundsatzes, daß die verbündeten Staaten Handelsvertragsverhandlungen mit dritten nur in gemeinsamem Einvernehmen führen, wobei es ganz gut denkbar ist, daß in einzelnen Fällen im gemeinsamen Einverständnis auch Bestimmungen verschiedenen Inhalts gegenüber einem Dritten getroffen werden. Unsere wirtschaftliche Annäherung an Deutschland ist um so mehr geboten, als wir nicht der Isolierung ausgesetzt sein wollen und als sich in Frankreich, England und Italien schon jetzt Bestrebungen regen, um uns von jedem größern Handelsverkehr auszuschließen. Aber nicht bloß zollpolitischen Inhalt soll unser Verhältnis zum Deutschen Reiche haben. Mit Recht legt man dort großes Gewicht auf den Transitverkehr nach dem nahen Osten, und die Wege dahin führen durch Österreich-Ungarn. Wenn wir hier Erleichterungen gewähren, werden wir hierfür einen Teil an dem dortigen Handel erlangen, wobei zur Vermeidung unliebsamer Konkurrenz die Rayonierung von Gebieten und die Kontingentierung von Waren ganz gut möglich wäre. Die in unsern Beschlüssen niedergelegten Grundsätze weisen einen praktisch gangbaren Mittelweg. Die Beschlüsse wurden zur Kenntnis der beteiligten Regierungen gebracht, deren Aufgabe nun sein wird, alles

itag, 24. Dezember 1915.

tung

rter Zeitung.)

zimmer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:
Kolonelzeile 60 ₰, Abendbl. 75 ₰. Reklamen ℳ 2.—, Abendbl. ℳ 2.50. Familienanzeigen ℳ 1.—. Platz- u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. — Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden-A: Waisenhausstr. 25, München: Pernastr. 8, Offenbach: Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststraße 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agenturen u. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York: 20 Broad Street.

Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei Gesellschaft m. beschr. Haftung

1915

9

Zur Kriegslage im Orient.

Von unserem militärischen Mitarbeiter.

Salonik. — Die Dardanellen. — Mesopotamien. — Der Sueskanal und Aegypten.

23. Dezember.

Die Verhältnisse bei Salonik sind zu einem Problem geworden, dessen Lösung von Tag zu Tag dringender wird. Die Bulgaren haben an der Linie Doiran-Gewgheli-Monastir Halt gemacht. Zwischen ihnen und den Vorposten der Ententetruppen liegen 30 Km. Zwischenraum. Auch deutsche Truppen haben die griechische Grenze noch nicht überschritten. Vom Standpunkte des den Ereignissen Fernstehenden muß angenommen werden, daß die gewichtigsten militärischen und politischen Gründe die Kriegführung hier beeinflussen müssen. Es muß demgegenüber festgestellt werden, daß seit dem Ueberschreiten der griechischen Grenze durch das zurückgehende Ententeheer, also seit dem 13. Dezember, Engländer und Franzosen in Salonik landen und bauen konnten, was sie wollten, sie waren gänzlich ungestört.

Wenn demnach gemeldet wurde, daß schon wieder ein Heer von 200 000 Mann in Salonik versammelt sei, so ist das trotz aller Uebertreibungsgelüste, die hierbei im Spiele sein mögen, doch garnicht so unglaubwürdig. Mit jedem Tage, an dem Griechenland zögert, die Rechte der Verfolger anzuerkennen, werden die endlichen Angriffsverhältnisse auf Salonik schwieriger. Griechenland hat lange genug wohlwollende Neutralität gegenüber der Entente geübt. Nun möge es zeigen, daß es in der Lage ist, selbständige Politik zu treiben. Vermag es das nicht, so möge es die Hand in den Schoß legen und uns den Kampfplatz überlassen. Unsere Truppen werden dann die Entente schon lehren, wie man wieder an Bord geht.

Als ein Ergebnis des bisherigen Verlaufes der Balkanoperationen, die die englische Angst um Aegypten wachrief, ist es ohne Zweifel anzusehen, daß England im Begriffe steht, seine Dardanellenoperation aufzugeben. Wir haben im letzten Bericht zur Kriegslage schon der Vermutung Ausdruck gegeben, daß die Engländer froh sein dürfen, wenn sie den kritischen Moment des Abbruches auf Gallipoli hinter sich haben. Wie kritisch solche Momente sind, läßt sich aus den Schilderungen der Ereignisse auf Gallipoli entnehmen. Die der englischen Truppe an der Anaforta-Ebene und bei Ari Burnu gegenüberliegenden türkischen Kräfte erkannten rechtzeitig die Rückzugsabsichten der Engländer und ertappten diese gewissermaßen auf frischer Tat. Nur in der Suvlabucht können die Engländer vielleicht davon gekommen sein. Allein der dichte Nebel, der in der jetzigen Jahreszeit in diesen Gegenden und auch auf dem Bosporus oft so dicht ist, daß man ein großes Schiff auf zwanzig Schritt Entfernung nicht einmal mehr in den Umrissen zu erkennen vermag, kann dort die Engländer vor völliger Vernichtung gerettet haben. Immerhin sind ihre Verluste an Menschen und Material außerordentlich hoch und selbst ihr durch die Verhältnisse begünstigtes Verhalten an der Suvla-Bucht kann den Eindruck einer vollendeten taktischen Niederlage auf Gallipoli nicht verwischen. Strategisch ist der Begriff der Niederlage ja schon durch den Entschluß zum Rückzug aus Gallipoli gegeben.

Es darf nicht vergessen werden, daß England seinen Augapfel Aegypten in hohem Grade, wenn auch nur indirekt, durch seine Dardanellenoperation schützte. Der Besitz Konstantinopels war für die ganze politische und militärische Lage im Orient so maßgebend, daß bei einer Bedrohung der Dardanellen ganz von selbst alle Kräfte der Türken nach diesem Punkt strömen mußten. Nach Aufgabe der Dardanellenoperation sind ganz beträchtliche türkische Kräfte frei, und der Moment rückt näher, wo die Türkei ihrerseits irgendwo der Entente das Gesetz militärisch wird vorschreiben können. Natürlich ist auch nach dem bald zu erwartenden Verschwinden aller englischen Landungstruppen aus Gallipoli dort für die Türkei immer noch höchste Vorsicht am Platze. Eine gewisse taktische Alarmbereitschaft wird hier immer nötig sein, so lange mit der Möglichkeit eines Ueberfalls durch die Flotte gerechnet werden muß, der vielleicht gerade beim Erlahmen des strategischen Interesses für die Dardanellenfrage einmal aus heiterem Himmel erfolgen kann.

Wir wollen uns die abschließende Kritik über die englische Dardanellenoperation auf den Tag aufsparen, an dem uns das türkische Große Hauptquartier meldet, daß kein Engländer mehr auf Gallipoli steht. Wir möchten heute nur davor warnen, sich über die taktische Truppenleistung der Engländer auf Gallipoli, wie das hier und da geschieht, lustig zu machen. Das ist höchst unrichtig und unwürdig zugleich.

Neues Wiener Tagblatt
25./XII. 1915

Aus dem rumänischen Senat.

Bukarest, 24. Dezember. Der Senat beendete heute die Beratung der Adresse in Beantwortung der Thronrede. Die Adresse wurde mit 72 gegen 16 Stimmen angenommen.

Greditscheanu (Kontrarednер) warf der Regierung vor, daß die Thronrede zu lakonisch gewesen sei und den bedeutenden Ereignissen, welche Rumänien heute durchmache, nicht entspreche. Der Redner hielt der Regierung vor, daß sie durch ihr Schweigen seit 14 Monaten dem Parlament gegenüber nicht die nötige Achtung bezeigt habe. Er anerkannte die Richtigkeit der in der Thronrede enthaltenen Aufforderung zur Einigkeit, meinte aber, daß man sich mit einer Regierung nicht einigen könne, die die Politik des Zögerns und Zuwartens befolge.

Eine Rede Bratianus.

Ministerpräsident Bratianu, der hierauf das Wort ergriff, erklärte, daß man von ihm angesichts der bekannten Haltung der Regierung gewiß keine lange Rede erwarten werde. Die Angriffe gegen die Regierung seien leidenschaftlich, daher ungerecht, und beschränken sich im Grunde auf die Beschuldigung, daß der Ministerpräsident seine persönliche Autorität geltend machen wolle und, wie ein geistreicher Vorredner gesagt habe, sich einbilde, in der heutigen Lage alles zu sein. Können Sie sich, fragte Redner, vorstellen, daß im Jahre 1915 ein Wahnsinniger an der Spitze der Regierung sei? Es wäre verrückt, wenn sich dies jemand einbilden würde. (Beifall.) Wenn ich öfter von mir spreche, so spreche ich immer auch im Namen der Regierung. In der Verantwortung, die wir dem Lande gegenüber tragen, stellen wir die vollständige Einheit des Handels vor, die dem Chef erlaubt, im Namen aller zu sprechen, indem er weiß, daß er den Willen aller zum Ausdruck bringt. (Beifall.) In dieser Hinsicht sind wir mit der Mehrheit des Parlaments einig. Wir sind der Ausdruck dieser Mehrheit. (Zwischenruf Filipescus.) Der Ministerpräsident fährt fort, er habe vor Beginn der Tagung die Gelegenheit wahrgenommen, sich von der vollständigen Uebereinstimmung zwischen der Regierung und der Mehrheit zu überzeugen. Schon die Zusammensetzung der Adreßkommission habe in dem Ministerpräsidenten das Gefühl wachgerufen, daß die Mehrheit die Regierung klar und aufrichtig unterstützen werde. Daraus habe er die Ueberzeugung geschöpft, daß er ein aufrichtiger Vertreter dieser Mehrheit sei, als der er die für die heutige Zeit notwendige Kraft habe. Diese Feststellungen bedürften gewiß einer Bestätigung, wie sie durch das Votum des Hauses erfolgen werde.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kommt Ministerpräsident Bratianu auf die Haltung der Opposition zu sprechen, die er gleichwie die Mehrheit des Parlaments um ihre Unterstützung ersucht habe. Ein Teil habe sie gewährt, ohne die Verantwortung für die Handlungen der Regierung zu übernehmen, ein anderer Teil der Opposition habe die Unterstützung abgelehnt. Hiebei wurde, fuhr der Ministerpräsident fort, von diesem Teil der Opposition auch die wirtschaftliche Politik der Regierung zur Diskussion gestellt. Wir befinden uns sicherlich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Es wäre eine unerlaubte Täuschung, wenn sich jemand einbilden würde, daß heute ein europäischer Staat nicht zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht die Folgen der Ereignisse verspüre. Die Regierung hat ihr möglichstes getan, um dem Uebel zu begegnen und wird in diesem Bestreben fortfahren. Man kann aber der Regierung nicht zum Vorwurfe machen, daß die Ausfuhr fehlte, solange die Dardanellen und die Donau geschlossen waren, denn ohne den Wasserweg kann die Ausfuhr des Landes nicht arbeiten.

Auf die Frage, warum wir zuerst Ausfuhrverbote erlassen und später wieder einige davon aufgehoben haben, antworte ich, daß wir das kleinere Uebel gewählt haben, denn wir wußten nicht, ob wir im Lande genügend Vorräte für den eigenen Bedarf haben. Als wir den notwendigen Ueberblick gewonnen hatten, hoben wir Ausfuhrverbote auf, weil andre Staaten gewisse für uns sehr notwendige Waren nur im Entschädigungsweg zur Ausfuhr bringen.

Was die Armeelieferungen betrifft, so war die Hauptsache, das notwendige Kriegsmaterial zu beschaffen, ohne Rücksicht auf die Möglichkeit von Ersparungen zu nehmen. Die Besprechung der gegen Lieferanten vorgebrachten Beschuldigungen schiebe der Ministerpräsident bis zur Beendigung der Untersuchung dieser Angelegenheit auf.

Der Ministerpräsident betont sodann, er hätte gewünscht, daß die internationale Politik nicht besprochen werde. Die diesbezügliche Eröterung zwischen Regierung und Opposition vollziehe sich natürlich unter ungünstigen Bedingungen für die Regierung. Der Redner verweist auf das Jahr 1913, wo die liberale Opposition die gleiche Verpflichtung hatte, die der heutigen Opposition zukommt.

Die damalige Opposition, sagt der Ministerpräsident, hat ihre Verpflichtung auch erfüllt. Meine damalige Rede wurde zu Unrecht zur Verteidigung der Haltung der heutigen Opposition herangezogen; ich habe diese Rede gehalten, als der Sieg unsrer Waffen entschieden war. Ebenso unrichtig ist, daß ich eine nationale Regierung gewünscht hätte, wie dies Filipescu behauptet. Ich habe nicht nur eine nationale Regierung nicht gewünscht, sondern ich habe auch die Unterstützung abgelehnt, die man mir unter der Bedingung versprochen hat, vorher den Krieg zu erklären, welches immer auch die Bedingungen gewesen waren, unter denen ich mich befand und was immer auch meine Ueberzeugung war. (Langanhaltender Beifall.)

Senator Filipescu ruft: Ich habe nichts verstanden!

Ministerpräsident Bratianu: Macht nichts!

Der Ministerpräsident erwidert hierauf auf die Vorwürfe Gratischteanus, daß der Ministerpräsident sich nicht um die Kulturliga kümmere und verweist darauf, daß er, als ihm die Präsidentschaft der Liga angeboten wurde, geantwortet habe, er übernehme das Amt, wenn die Liga für immer aus der militanten Politik des Landes ausscheide. (Beifall.) Er habe in der Liga ein Instrument der Kultur und der kulturellen Einheit gesehen, aber ein Instrument von einem Charakter, der gewiß anders zur Geltung komme, als ihn viele gesehen haben.

Mit Rücksicht auf die Schilderung der Lage Rumäniens von seiten der Opposition sieht sich der Ministerpräsident veranlaßt, folgendes zu erklären: Das Ansehen Rumäniens ist nicht gesunken. Wir bilden nicht Teile eines nicht geachteten Königreiches, im Gegenteil, die Achtung und das Ansehen Rumäniens beim Auslande ist gewachsen. Sind jene, die die Lage anders darstellen, aufrichtig und gerecht? Wir werden dies feststellen können, wenn unsre Zunge gelöst sein wird.

Es ist ein großer Schmerz, das anzuhören, was wir hören mußten, und nicht antworten zu können. Ich habe nicht das Recht zu antworten. Ich leide in diesem Augenblicke, in dem ich dies feststelle. Diese Qualen müssen aber auch Ihre Sorgen sein und deshalb war es kein übertriebener Wunsch, neben der Unterstützung seitens der Mehrheit die Zurückhaltung auf seiten der Opposition zu verlangen.

Jedenfalls aber ist es nicht das Recht der Opposition, die entschlossene Haltung der Mehrheit und ihr Vertrauen in schlechtem Sinne aufzufassen, denn diese gelten nicht einer Person, sondern unsrer Mission, wie in der Kirche, wo die Achtung des Gottesdienstes nicht einem Menschen, sondern dem Glauben aller gilt, die ihn umgeben, sowie der Hoffnung aller. (Langanhaltender Beifall.)

Frankfurter Zeitung
25./XII.1915
18
Politik und Strategie

Frankfurter Zeitung
und Handelsblatt.
(Neue Frankfurter Zeitung.)
er Handelszeitung.)
Hansa 5940, 5941, 5942, 5943.
Begründet von Leopold Sonnemann.
Für Auswärts: Amt Fernzimmer 40, 41, 42, 43.
Preis der Anzeigen: Kolonelzeile 60 ₰, Abendbl. 75 ₰, Reklamen ℳ 2.–, Abendbl. ℳ 2.50, Familienanzeigen ℳ 1.–, Platz- u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. – Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden-A: Waisenhausstr. 25, München: Perusastr. 3, Offenbach: Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststraße 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agenturen u. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York: 20 Broad Street.
Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei Gesellschaft m. beschr. Haftung.

Politik und Strategie.

Es ist bekannt, was Bismarck in dem Kapitel über Versailles schrieb: „Die Verstimmung gegen mich, welche die höheren militärischen Kreise aus dem österreichischen Kriege mitgebracht hatten, dauerte während des französischen fort, gepflegt nicht von Moltke und Roon, aber von den „Halbgöttern", wie man damals die höheren Generalstabsoffiziere nannte. — — — Ich wurde nicht nur zu den militärischen Beratungen nicht zugezogen, wie 1866 geschehen war, sondern es galt mir gegenüber strenge Geheimhaltung aller militärischen Maßregeln und Absichten als Regel." Wenn man auch manches bittere Wort des Grollenden, der sich von seinen Widersachern während des Feldzuges selbst bis in das Gebiet der Naturalverpflegung und Einquartierung verfolgt glaubte, nicht ohne Vorbehalt verstehen darf, so sind der Ausschluß des verantwortlichen Politikers aus den Beratungszimmern des Generalstabs und der Wunsch ansehnlicher Generäle, den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten erst wieder zum Wort kommen zu lassen, wenn die Heeresleitung die Zeit für gekommen hält, den Janustempel zu schließen, Grundsätze, an denen die Bismarcksche Zeit ohne Zweifel krankte und die dem menschlichen Denken immerhin so naheliegen, daß es nicht gewisser Schwierigkeiten in London oder der Diskussion über den „obersten Kriegsherrn" in Frankreich bedürfte, um uns daran zu erinnern, daß es sich bei der Frage nach dem Verhältnis zwischen Politik und Strategie um einen durchaus zeitgemäßen Gegenstand handle. Denn hier handelt es sich um eine Frage, von deren richtiger Beantwortung Glück und Leben, Sieg oder Niederlage ganzer Völker, unmittelbar abhängen. Wenn aber die Riesenkräfte eines Bismarck und eines Moltke nicht ausreichten, um das Kleine, das sich störend um sie drängte, zu zertrümmern, welcher Staatsmann oder welcher General möchte dann vor jeder Fährnis sicher sein?

Von welcher Art waren denn die Menschen, von denen Bismarck spricht? Sind sie nicht durch dieselbe Lehre groß geworden, die heute noch den Kern der Wissenschaft vom Kriege ausmacht, waren sie nicht Schüler des Generals Carl v. Clausewitz, von dem Graf Schlieffen sagte: die Ueberlegenheit der deutschen Führung in den Kriegen von 66 und 70 „wurzelt ganz wesentlich in dem Werk „Vom Kriege", an dem sich ein ganzes Geschlecht bedeutender Soldaten herangebildet hat," ein Buch, das heute, nach hundert Jahren, noch voll von solcher Lebenskraft ist, daß, wer bei uns den Krieg lehrt, dies „bewußt oder unbewußt, auch heute noch in mehr oder weniger Anlehnung an Clausewitz" tut? Clausewitz selbst hat aber die Begriffe Strategie und Politik und ihr Verhältnis unter einander zu einem Hauptstück seines Werkes gemacht. Der oftgenannte Satz: Der Krieg ist nichts als die mit anderen Mitteln fortgesetzte Staatspolitik, schien ihm so sehr eine Grundlage der ganzen Wissenschaft vom Kriege zu sein, daß er sein vielgerühmtes Buch „nur als eine noch ziemlich unförmige Masse betrachtete, die durchaus noch einmal umgearbeitet werden soll", damit die zwei entscheidenden Erkenntnissätze noch deutlicher und klarer aus allen Kapiteln herausleuchten möchten, von denen der eine die Lehre von der doppelten Art des Krieges enthält, während der andere der uns hier beschäftigt, den Gedanken zum Ausgang nahm: der Krieg ist eine Form der Politik, und der mit der Folgerung schloß: die Strategie ist nur ein Mittel zur Erreichung eines politischen Zwecks, darum muß sich der militärische Gesichtspunkt dem politischen unterordnen.

Clausewitz ist heute in aller Munde. Man weiß, daß er der Meister der strategischen Lehre ist. Man weiß auch, daß er in seiner Weise und in seinem Gebiet sozusagen die Arbeit eines Kant getan hat, indem er den Standpunkt ermittelte, von dem aus die ganze Wissenschaft des Kriegs betrachtet werden muß, indem er aufdeckte, was die Kriegstheorie ist und was sie nie sein kann, was zum Wesen des Kriegs gehört und was ihm fremd ist. Aber es ist dem Kriegslehrer nicht anders ergangen als dem Philosophen: spaltenlange Sätze aus seinen Werken werden zitiert, aber am wenigsten die, auf die es ankommt, und es fehlt nicht an Menschen, die sich nur deshalb auf die großen Denker berufen, weil sie sie falsch verstanden haben. Die Theorie von der doppelten Art des Krieges, die den Feldherrn von der Abstraktion zur Nüchternheit des wirklichen Schlachtfelds zurückgerufen hat, die ihm gebietet, den Feind entweder aufzusuchen und niederzuwerfen, anstatt zimperlich mit halben Kräften an seinen Grenzen herumzustochern, oder aber nur feindliches Gebiet zu besetzen, sei es, um es zu behalten oder um es als Tauschmittel zu gebrauchen, diese Lehre vom wirklichen Krieg ist zu unserem Segen klar und unverfälscht erhalten geblieben: das deutsche Volk hat die schwere Probe, die ihm der Gegner aufgezwungen hat, vollauf bestanden, weil es alles daran setzt, um alles zu gewinnen. Die begriffliche Abgrenzung aber, die Clausewitz mit unübertrefflicher Schärfe der Politik und der Strategie gegeben hat und die praktischen Regeln, die er daraus zog, scheint manchem unter den Schülern weniger deutlich zum Bewußtsein gekommen zu sein, sonst hätte es nicht der Klagen des alten deutschen Kanzlers bedurft, von denen wir eingangs sprachen, und sonst wäre es unverständlich, wie es möglich ist, daß man noch in unseren Tagen lesen kann, der Satz von der „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" bedeutet nichts anderes als: im Krieg schweige der Staatsmann, der Feldherr hat allein das Wort! Als Antwort gelte die Meinung des Generals von Clausewitz: „Der politische Zweck ist das Motiv des Kriegs, ihm bleibt darum auch die erste und höchste Rücksicht, ohne dabei ein despotischer Herrscher zu sein, sondern er wird oft durch die Natur des Mittels verändert, aber immer muß er zuerst herangezogen werden. — — — Die Politik also wird den ganzen kriegerischen Akt durchziehen und einen fortwährenden Einfluß auf ihn ausüben, soweit es die Natur der in ihm explodierenden Kräfte zuläßt. — — Der militärische Gesichtspunkt hat sich dem politischen unterzuordnen. Das Unterordnen des politischen Gesichtspunkts wäre widersinnig, die Politik hat den Krieg erzeugt."

So tief der Schnitt auch sein mag, der durch den Krieg in das ganze Leben eines Staates zwischen heute und morgen geführt wird: der Staatsmann bleibt der Sachwalter aller Interessen des Volkes und bleibt damit der politische Führer, der die Marschrichtung vorschreibt. Man wird immer geneigt sein, dies zum mindesten gefühlsmäßig zu bestreiten, denn der Krieg gilt eben als Beweis dafür, daß die Politik des Friedens in eine Sackgasse geraten ist. Aber besteht die Schranke, vor der unsere Politik Halt machen mußte, nicht vielmehr in dem Willen der Feinde, zum Krieg zu schreiten? Der Staatsmann wird im Kriege auch stets das Gefühl gegen sich haben, das bei jedermann sich einstellen wird, der sich daran gewöhnt hat, in einem General stets einen forschen Draufgänger, im Politiker aber meist einen notorischen Leisetreter zu erblicken, denn der Krieg bringt alles in Wallung und die Tatsache, daß auf den Schlachtfeldern die Gewalt das einzige zweckmäßige Kampfmittel ist, verführt zu dem Glauben, ein Kriegsrat lasse — zumeist im Lager der Sieger — eine nüchterne und bescheidene Betrachtung der Kriegslage und der Kriegsaussichten überhaupt nicht zu. Wenn sich die Archive einmal öffnen, werden manche Leute Neues lernen. Der Kriegsplan selber ist durchaus nichts rein Militärisches — einen „rein militärischen Standpunkt gibt es nach Clausewitz überhaupt nicht — nur die Mittel, die sich zu reiner Durchführung bieten, sind kriegerisch und rein soldatisch. Der Zweck, die Erzwingung des Friedens, den man wünscht, ist vollkommen politisch. Was mit dem Krieg und was in ihm erreicht werden soll, also Zweck und Ziel des Krieges, zu bestimmen, ist Sache des Staatsmanns; die militärischen Mittel zu ihrer Erreichung zu gebrauchen, ist Aufgabe des Feldherrn. Er wird die Wahrscheinlichkeit des strategischen Erfolgs berechnen und wird davon den Vorschlag abhängig machen, den er dem Staatsmann bieten kann. Die Logik der Politik des Krieges ist nichts anders als die des Friedens; anders ist nur die Sprache: Schlachten statt diplomatischer Noten! Im Frieden wie im Krieg können die Gesetze der Logik durch die Politik verletzt werden, ebenso wie der Feldherr sich in seiner strategischen Rechnung bisweilen irren mag. Aber niemals ist es die Kriegskunst, „die als ihr Präceptor betrachtet werden kann", dagegen wäre es ungereimt, von einem schädlichen Einfluß der Politik auf die Kriegsführung zu sprechen, denn schädlich könnte wohl die Richtung der Politik sein, aber niemals die Tatsache, daß sie Einfluß auf die Strategie nimmt. Ein Streit vollends zwischen den Interessen der Politik und der Strategie wäre eine „Unvollkommenheit der Einsicht", sagt Clausewitz.

Es ist auch nicht so, daß der Staatsmann dem Feldherrn die politische Absicht bei Beginn des Krieges als eine feste und unabänderliche Größe in die Hand geben könnte, ihm überlassend, wie er den Kriegsplan darnach richte. Der politische Zweck ist wandelbar, denn auch im Krieg ist die Politik nur die Kunst des Möglichen, und in der Strategie wird der Krieg zur Kunst des bloß Wahrscheinlichen. Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit wechseln, wie die eigene Kraft und die des Gegners, wie Erfolg und Mißerfolg wechseln. Staatsmann und Feldherr gehören darum untrennbar Seite an Seite. Die vollkommenste Form der Kriegsführung, das Höchstmaß von Einheitlichkeit und Harmonie, ist allerdings nur dort zu erreichen, wo, wie im alten Preußen oder im Kaiserreich Napoleons I. der Lenker des Staates auch der Führer des Heres ist, und wo der Oberste Kriegsherr seine Truppen wie der Kriegsgott selber zu Schlacht und Sieg zu führen vermag. Wo dies nicht sein kann — und je größer und umfassender die strategischen und die politischen Aufgaben werden, desto geringer wird die Aussicht, daß es geschehe — wo Mensch neben Mensch steht und jeder in Recht und Pflicht mit dem andern teilen muß, da stellen sich Mängel und Fehler ein. Bei unseren Gegnern gerieten dabei Politik und Strategie in ein so starkes Mißverhältnis, daß man diesen Umstand wohl als den wesentlichsten Grund ihrer Niederlagen bezeichnen kann. Wir selber sind gut gefahren, obwohl das Riesenmaß dieses Krieges auch unsere Maschine „Feldherr" mit Notwendigkeit sehr vielgliedrig und kompliziert gemacht hat. Es ist das große Verdienst der unsere Politik und unsere Strategie führenden Männer, daß sie es verstanden haben, jene Schwierigkeiten auf ein Mindestmaß herabzudrücken, unsere innere Kraft vor Zersplitterung zu bewahren und einen breiten und geraden Weg, den unsere Politik uns vorschreibt, fest und unverzagt zu gehen.

Die Wechselbeziehung von Strategie und Politik, sondern man Einzelheiten ins Auge faßt, ist ein Kapitel, das im Kriege aus mancherlei Rücksichten eine Erörterung nicht verträgt. Es umfaßt die Ereignisse zu Wasser in gleicher Weise, wie die zu Land. Viele Vorgänge, Entschließungen, Unternehmungen und Unterlassungen, die heute seltsam erscheinen mögen, werden klar und verständlich sein, wenn die Zusammenhänge ans Licht kommen werden, und umgekehrt wird es auch nicht daran fehlen, daß diese oder jene Illusion in späterer Zeit verschwinden wird. Mitunter wird sich zeigen, daß die politische Absicht den Gesichtspunkt der Strategie nach ihrem Willen zurechtgeschoben hat, mitunter wird man erkennen, daß unsere Politik wirklich nichts Despotisches an sich hat und ihren Vorrang nicht mißbraucht, sondern in manchem Fall ihre Marschrichtung nach dem Wunsch und den militärischen Bedürfnissen derer genommen hat, die die Schlachten lenken und die die Schlachten ungestört durch neue Verwicklung, gewinnen sollen.

Es gab für uns schwere Entscheidungen. Als unsre Armeen zu Beginn des Krieges gegen Frankreich geworfen wurden, vollführten sie einen Kriegsplan, der ohne Zweifel sich stark auf politische Berechnung stützte. Die Panik, die in Paris — und Paris ist für Frankreich gewiß nicht nur der Sitz der Ministerien — ausbrach, als unsere Truppen die Marne überschritten, bestätigt, daß der Gedanke gut und richtig war. England war damals am Landkrieg noch wenig beteiligt. Eine Zerreißung der Interessengemeinschaft der Gegner lag im Bereich der Wahrscheinlichkeit. Daß die Absicht nicht erreicht wurde — so wichtig die Besetzung Belgiens und der Provinzen des nördlichsten Frankreich für unsere Lage auch geworden ist — sagt natürlich nichts über ihre Güte, sowenig als das Fehlschlagen der politischen Spekulation der Russen, die Oesterreich-Ungarn zu überrennen suchten, etwas gegen ihren Plan aussagt, und so wenig als die Schlachten in Flandern etwa deshalb, weil beide Teile ihre Stellung im Rahmen des Gesamtkriegs nur unwesentlich verändern konnten, an sich schon für oder gegen den Gedanken, der ihnen zu Grund lag, beweiskräftig sind. In Frankreich erstarrte die Front, als wir uns nach Osten wandten. Die Gegner vermochten sie nicht wieder in Fluß zu bringen. Unsere eigene Aufgabe war an anderer Stelle. Als die russische Flut nach langer, schwerer Arbeit abgedämmt war und unsere Armeen zu neuer Offensive bereit standen, bot sich uns die Frage: wie und wann schlagen wir die Brücke zum Orient. Die Türkei kämpfte als unser Bundesgenosse, ihre technischen Hilfsmittel waren gering und die Entente begann den Sturm auf die Dardanellen. Die Gefahr bestand, daß die Balkanstaaten, vor allem die Rumänen, die im Rücken unseres äußersten rechten Flügels standen, sich der Kriegserklärung Italiens anschließen würden, und daß sie auch die anderen Staaten mit in den Krieg gegen die Zentralmächte und die Türkei hineinziehen könnten. Die politische Erwägung war klar und wurde an der leitenden Stelle des Reiches mit voller Deutlichkeit erkannt. Die Kriegslage riet jedoch zur Sparsamkeit und zum Beisammenhalten von Menschen und Material, denn das Frühjahr ließ neue Angriffe im Westen und Osten erwarten. Die politische Rücksicht am Balkan wurde darum zurückgestellt, und man entschied sich zu einer gemeinsamen Operation der deutschen und österreichisch-ungarischen Armee gegen Rußland, die, mit dem Durchbruch am Dunajetz beginnend, sich zu dem großartigsten

Frankfurter Zeitung
25./XII. 1915
19
Bismarck Außenpolitik
und die Gegenwart.

Nr. 357. Drittes Morgenblatt. Sechzigster Jahrgang. Samstag, 25. Dezember 1915.

Bezugspreis:
Ein Vierteljahr in Frankfurt und Mainz b. d. Exped. ℳ 7.50, bei den Agent. ℳ 8.25, b. d. Postämtern in Deutschland (u. Schutzgeb.) ℳ 9.–, Aegypten Milliem. 759, Belgien ℳ 9.–, Bulgarien Fr. 20.65, Dänemark Kr 9.75, Griechenland (d. d. Postamt i. Triest) Kr. 20.44, Holland fl. 7.20, Luxemburg ℳ 10.84, Marokko (D. P.) Pes. 12.60, Norwegen Kr. 9.85, Oesterreich (Wien auch Wollzeile 11) Kr 17.20, Portugal Milr 4.364, Rumänien Lei 19.–, Schweden Kr 9.75, Schweiz Fr. 13.25, Türkei (D. P.) Piaster (Silber) 85¼, Ungarn Kr. 13.54, im Weltpostverein: in New York 20 Broad Street ℳ 18. Ins Feld direkt durch die Expedition bezogen monatlich ℳ 3.–.

Frankfurter Zeitung

(Frankfurter Handelszeitung.) und Handelsblatt. (Neue Frankfurter Zeitung.)

Stadt-Telephon: Amt Hansa 5940, 5941, 5942, 5943. Begründet von Leopold Sonnemann. Für Auswärts: Amt Fernzimmer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:
Kolonelzeile 60 ₰, Abendbl. 75 ₰, Reklamen ℳ 2.–, Abendbl. ℳ 2.50, Familienanzeigen ℳ 1.–, Platz- u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. – Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden-A: Waisenhausstr. 25, München: Pernastr. 5, Offenbach: Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststraße 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agenturen u. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York: 20 Broad Street.
Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei Gesellschaft m. beschr. Haftung

Bismarcks Außenpolitik und die Gegenwart.

Von **Max Weber** (Heidelberg).

I. Dreibund und Westmächte.

Aeußerlich angesehen war Bismarcks Außenpolitik: Dreibundpolitik. Aber die innerliche Lockerung, welche er selbst durch den Rückversicherungsvertrag mit Rußland hineintrug, beweist, daß er sogar dem bedingten Bund mit Oesterreich-Ungarn schon während seiner Amtsführung nur den gleichen historisch bedingten Wert beimaß, wie in den „Gedanken und Erinnerungen". Vollends über Italien dachte er wohl sehr skeptisch. Die italienische Angst vor der englischen Seemacht freilich, welche Italien veranlaßte, nach Gründen zu suchen, sich der aktiven Teilnahme im Bündnisfalle zu entziehen, konnte Bismarck unmöglich in seine Rechnung einstellen. Aber das Bündnis mit Italien hatte noch andere schwache Punkte. Bismarck hatte gleich zu Beginn die Forderung eines Verzichts auf die „Irredenta" gestellt, den er selbst doch schwerlich als dauernd einschätzen konnte. Rein sachlich wäre eine rechtzeitige Verständigung darüber, wie die Wiener Angebote dieses Frühjahrs zeigten, nicht so schwer gewesen, wie sie jetzt geworden ist. Der schwierigste Punkt: Triest, hatte vor dem Kriege langsam an Bedeutung für Italien verloren. Aber nachdem die Unterschätzung der Kraft und des Zusammenhalts der Doppelmonarchie und das bei dem eigenen Verhalten Italiens ja leider subjektiv recht begreifliche, eben deshalb aber für den Gegenpart höchst verdächtige und verletzende Mißtrauen in die Loyalität Oesterreich-Ungarns die Verhandlungen zerschlagen hatte, ist jetzt ein Bund gebrochen und Blut geflossen und sind die auf keinerlei nationales Interesse Italiens mehr zu gründenden Forderungen italienischer Straßenpolitiker öffentlich erhoben worden. Das alles ist jetzt erschwerend hinzugetreten. Daß ein Entgegenkommen von Anfang des Bündnisses an nur aus Oesterreich-Ungarns alleiniger Initiative und nur bei stärkeren und dauerhafteren Garantien möglich war, als sie die stets aus Gründen der Entstehungsart des modernen Italien gegenüber der Macht der Straße unsicher im Sattel sitzende italienische Dynastie und Regierung bieten zu können schien, war klar. Vor allem aber war etwas Derartiges nur gelegentlich einer Ausdehnung der österreichisch-ungarischen Machtsphäre nach anderen Richtungen hin überhaupt möglich. Und da lag nun die Schwäche des Dreibunds in dem, was vom Standpunk der Erhaltung des Friedens sein Vorzug war: in seinem reinen Defensivcharakter. Aus einem solchen Bund entsprangen keine Chancen für ein politisches Ausdehnungsbedürfnis Italiens. Auch die allgemeine Zusage eventueller Kompensationen im Fall der Ausdehnung des Nachbars ist erst nachträglich und zwar in gleichem Schritt mit einer Lockerung der italienischen Verpflichtungen, mithin als ein Bestandteil dieser Lockerung, nicht aber als einer der positiven Zwecke des Bundes in den Vertrag aufgenommen worden.

Diese Eigenart des Dreibundes folgte aus allgemeinen Eigentümlichkeiten der in jedem Sinn „konservativen" Bismarckschen Politik. Sie war in keinem Sinn eine Politik eines „größeren Deutschland".

Der Erwerb von Siedelungsland zur Erweiterung der Gebietsgrundlage unseres Volkstums wäre angesichts der Auswanderungsziffern in den 70er Jahren naheliegend gewesen. Nachdem wir jetzt längst ohne eine Millionenziffer fremder Arbeitskräfte im Lande nicht mehr auskommen, ist er nach meiner Ansicht überholt. Die Hinzufügung neuer, mit dem geschlossenen Körper des Deutschtums nicht zusammenhängender Fetzen deutschen Bauernlandes im Osten würde angesichts der dortigen ohnehin ungünstigen Gestaltung unseres Siedelungs- und Sprachgebiets Bismarck in keinem Fall in Betracht gezogen haben, auch wenn er mit der jetzigen Lage jemals zu rechnen gehabt hätte.

Auch dem Gedanken überseeischer Erwerbungen stand er bekanntlich innerlich fremd gegenüber. In dieser Frage schob der Verächter der öffentlichen Meinung dieser die Initiative zu. Für eine solche mangelte damals jegliche kapitalistische Interessengrundlage. Zufällige geschäftliche Einzelunternehmungen in West-Afrika, zufällige Pioniertaten einzelner in Ost-Afrika bestimmten dann die Richtungen überseeischen Erwerbs dort. Unsere sonstige koloniale Ausdehnung kam vollends verspätet und blieb nach Art und Umfang dürftig. Man braucht die großen Kolonialgebiete, welche andere Staaten: Rußland, England, Frankreich, Belgien, im letzten Menschenalter neu annektierten, nur mit unseren eigenen Erwerbungen zu vergleichen, um zu sehen, daß diese Kolonialpolitik rein sachlich niemandes Eifersucht zu erregen geeignet war. Weil historische wirtschaftliche Interessensphären für uns fehlten, vollzog sich unsere Ueberseeausdehnung als ein Streuerwerb in aller Welt, der nur für einen künftigen Austausch gegen möglichst geschlossene Interessengebiete Sinn haben konnte. Inzwischen aber hatte dieser Streuerwerb den Nachteil, uns angesichts des Geräusches, welches er erregte, in Reibung mit aller Welt zu bringen und unser Wollen, beim Fehlen historischer Interessensphären, als unsachlichen Ehrgeiz erscheinen zu lassen. Er engagierte uns auch an Punkten, wohin unsere Machtmittel nicht reichten. Ostasiatischen Besitz hätten wir in keinem Fall eines Krieges mit einer dortigen Großmacht wirksam verteidigen können.

Einen Grund zum ernstlichen Konflikt mit England hat dieser Ueberseeerwerb nicht gebildet. Im Gegenteil: in gewissem Maße hatte jeder deutsche Kolonialbesitz für England den Wert eines „Pfandes". Denn selbst bei gleicher Flottenmacht wäre für uns die geographische Lage Englands als eines Riegels vor der Nordsee und die Lage von Liverpool durch nichts auszugleichen (selbst nicht durch eine Eroberung aller Kanalhäfen!). Allein dieser Umstand hat Bismarck offenbar nicht davon abgeschreckt, schließlich doch Kolonien zu erwerben. Mit Recht. Objektiv auch für heute mit Recht deshalb, weil wir andererseits Machtmittel auch gegen England besitzen, welche nach den Erfahrungen dieses Krieges, den England mit der stärksten überhaupt möglichen Koalition gegen uns führt, für künftig steigend ins Gewicht fallen werden. Und nach jetzt 1½ Jahren sind die wichtigsten deutschen Besitzungen noch immer nicht ganz erobert. Andererseits ist das Ideal eines möglichst sich selbst genügenden Reichs für uns eine offenbare Utopie. Alle Textilstoffe und wichtige Metalle werden dauernd vom Ausland bezogen, also durch Außenhandel verdient werden müssen. Ob aber Kolonien oder Handelsschiffe und Handelsverbindungen das „Pfand" bilden, ist gleichgültig. Zu Bismarcks Zeit konnte nicht als wahrscheinlich gelten, daß die englische Politik jemals das Interesse haben würde, sich, wie sie zu tun im Begriff steht, ohne Not in uns einen Todfeind für alle Zukunft zu schaffen. Auch nicht, daß es erst eines Krieges mit uns bedürfen würde, um englischen Politikern zu zeigen, was ein Konflikt mit uns auch für England bedeute. Auch nicht, daß in England Theorien entstehen würden, wonach „jeder Engländer reicher sein würde," wenn Deutschland aufhörte zu existieren. Wie diese Rechnung steht, weiß jeder ökonomisch Gebildete. Gesetzt aber, sie wäre richtig, so würde das, was sich England auf unsere Kosten an Seehandelsprofit (zu 10 Prozent des Umsatzes) günstigenfalls aneignen könnte, nicht ganz ein Drittel dessen ausmachen, was von ihm an Schuldzinsen und Mehrausgaben für das Heer zur Durchführung einer Politik blinden Neides jährlich mehr aufzuwenden wäre. Es ist rein sachlich ein Irrtum anzunehmen, daß eine dauernde Verständigung und selbst ein festes Bündnis beider Mächte aus diesen Gründen unmöglich gewesen wäre. Ein Bündnis kam aber für Bismarck nicht in Frage, weil die damalige Tradition der englischen Politik feste Bündnisse ablehnte, teils weil es für unzulässig für eine Parteiregierung galt, die künftige Regierung der Gegenpartei zu binden, teil aus der überlieferten Politik der freien Hand heraus, welche damals als dem Interesse an dem berüchtigten „Gleichgewicht der Kräfte" allein entsprechend galt. Wäre es aber in Frage gekommen so würden teils innerpolitische Antipathien, teils und entscheidend aber die überlieferten Beziehungen zu Rußland es für Bismarck ausgeschlossen haben. Als später die englische Politik bündnisreif wurde, geschah dies aus Angst vor uns und um sich gegen uns zu wenden. Dafür gab aber nicht unser dürftiger Kolonialbesitz und auch nicht in erster Linie unser gelegentlich lästiger Handelsaufschwung den Ausschlag, sondern: die vermeintliche Bedrohung in der Nordsee. An die Tatsache einer relativ steigenden Seemacht aller anderen Mächte wird sich England schon infolge der bevorstehenden Entstehung einer amerikanischen Flotte ersten Ranges endgültig gewöhnen müssen. Für den Umfang unserer eigenen Rüstung aber haben eine Reihe unsachlicher und deshalb unkluger Rücksichtslosigkeiten der englischen Politik den Ausschlag gegeben. Sie behandelte im Aerger über unseren Flottenbau auch unsere kolonialpolitischen Interessen in allzu augenfälliger Art unfreundlicher als diejenigen Frankreichs mit seiner damals weit größeren Flotte. Wir gewannen dadurch den Eindruck, daß England bei allen überseeischen Chancen Deutschlands, auch wo wichtige englische Interessen gar nicht bedroht wurden, dennoch stets gegen uns Partei nehmen würde. Bei diesem sachlich nicht gebotenen Verhalten war die Angst vor uns ein schlechter Berater. Es liegt vor Augen, welche Zukunftsinteressen die englische Politik mit ihrer Wendung gegen uns und Oesterreich-Ungarn diesem Gespenst geopfert hat und, wenn sie sich nicht ändert, noch wird opfern müssen.

Die Bismarcksche Politik konnte diese Entwicklung nicht voraussehen und ging von der Annahme aus, daß wir auf Englands Neutralität mindestens für den Fall eines Zusammenstoßes mit Rußland sicher rechnen dürften. Allerdings hatte Bismarck auch keine ganz zutreffende Vorstellung von den militärischen Verhältnissen, welche im Fall einer doch immerhin möglichen Feindseligkeit Englands gegen uns eintreten könnten. „Die Engländer jagen wir mit ein paar Landwehrregimentern in die Nordsee," lautete seine Antwort an die Staatsmänner, welche ihn in Friedrichsruhe aufsuchten, um (vergeblich) seine Sympathie für den Flottenbau zu gewinnen. Es ist heute jedermann klar, welche Tragweite für die Möglichkeit, zur See überhaupt einer Großmacht würdig aufzutreten, der Besitz von Helgoland hat. Damit vergleiche man die darauf bezüglichen Bemerkungen der „Gedanken und Erinnerungen". Nüchtern zog Bismarck es vor, dies für unser heutiges Empfinden verletzende deutsche Gibraltar lieber in — wie er annahm — neutraler Obhut bestehen zu lassen als die Verpflichtung zu übernehmen, diesen „Steinfelsen" künftig unsererseits gegen die französische Flotte (die er allein in Betracht zog) verteidigen zu müssen. Die geringfügigen Leistungen der Franzosen zur See 1870 ermöglichten es ihm, die Marine als subaltern zu behandeln. In den 70er Jahren wäre der Bau einer ausreichenden deutschen Flotte schwerlich als Bedrohung Englands empfunden worden, sondern als eine selbstverständliche Ehrenpflicht, unsere einer Großmacht nicht würdige Ohnmacht zur See gegenüber Frankreich auszugleichen. In starkem Maße innerpolitische Antipathien bestimmten Bismarcks verhängnisvolle ablehnende Stellung zur Flotte, für welche, wie er sagte, „sogar der Abgeordnete Rickert" Sympathien habe. Das damals Unterlassene wurde später schwer und daher mit einem Geräusch nachgeholt, welches Mißtrauen erwecken konnte.

Was an der heutigen Praxis der englischen Seeherrschaft das für uns Unerträgliche ist, weiß jedermann. Dem allein durch England gestützten Seebeuterecht hat die Initiative Englands heute ein noch weit gehässigeres Landbeuterecht zur Seite gestellt. Die Willkür der Konterbandebegrenzung bekommt jeder neutrale Staat zu fühlen. Wir unsererseits würden in jedem Kriege Englands gegen den Versuch einer solchen Kontrolle und Vergewaltigung, wie sie gegenüber anderen Mächten, auch Großmächten, jetzt geübt worden ist, um unserer Ehre willen Gewalt haben anwenden müssen. Die englische Politik wird über die wirkliche Wirkung ihres Verhaltens auf die Stimmung der Welt erst nach dem Kriege ihre Erfahrungen zu machen haben, wenn die Augenblickskonstellation der Interessen sie nicht mehr verschleiert. Entscheidend wird dann wohl die Erfahrung wirken, daß alle diese Vergewaltigungen und die sittenlose Gehässigkeit eines krämerhaften Wirtschaftskriegs gegen uns nutzlos gewesen sind. Aber nur wenn die Schlüsse daraus von England schon im Friedensvertrag voll gezogen werden, kann dieser die Pforte zu einer Verständigung werden.

Die Racheabsicht der Franzosen hat Bismarck nach 1870 als etwas für alle Zukunft in unsere Rechnung Einzustellendes angesehen. Welche Momente bei einer solchen Auffassung ihn eigentlich zur Herausgabe von Belfort veranlaßten, wissen wir heute ebensowenig, wie wir die Stellung der damaligen militärischen Autoritäten zu diesem Schritt kennen. Bismarck begann dann in Ermangelung anderer Möglichkeiten eine Politik der Isolierung Frankreichs, welche von ihm selbst unmöglich auf unbegrenzte Zeit berechnet sein konnte. Gleichzeitig machte er seine bekannten Versuche der Ablenkung der Franzosen auf koloniale Erwerbungen in der Erwartung, sie würden, auf diesem Gebiet von uns unbehelligt und loyal gefördert, die kontinentalen Gegensätze schließlich vergessen. Zunächst enttäuschte der Sturz Ferrys diese Politik, die aber dennoch fortgesetzt wurde. Sie war kontinentalpolitisch völlig verständlich. Weltpolitisch aber hat sie auch einige bedenkliche Folgen gehabt. Worüber wir uns in letzter Zeit mit Grund beschwerten, war bekanntlich: daß Frankreich und andere Mächte unsere Existenz bei Fragen der Verteilung von Interessensphären einfach ignorierten. So England bei seiner südafrikanischen, Frankreich bei seiner nordafrikanischen Politik. Keine Großmacht darf sich ungestraft immer wieder vor vollzogene Tatsachen stellen und über sich zur Tagesordnung übergehen lassen. Eben jene Haltung der Bismarckschen Politik hatte aber Frankreich und die Welt daran gewöhnt, die Vorgänge in Ueberseegebieten als Dinge anzusehen, bei denen eigentlich Deutschland nur aus Anmaßung mitzureden beanspruche. Der nüchterne Standpunkt des „do ut des" war ausgeschaltet. Als er von unserer Seite aufgenommen wurde, stand das entstehende Geräusch zu unseren wahrlich bescheidenen Ansprüchen außer allem Verhältnis, und wir gerieten dadurch in eine auch innerlich ungünstige Position. Denn es ist klar, daß ein Krieg mit Frankreich wegen „kapitalistischer" Interessen in Marokko nicht jener unbedingten innerlichen Hingabe des deutschen Volkes sicher gewesen wäre, welche selbstverständlich war, als Frankreich, von uns unbedroht, als russischer Vasall uns angriff. Eine frühzeitigere und stärkere kolonialpolitische Betätigung Deutschlands hätte jedenfalls die Kriegsgefahr Frankreich gegenüber nicht gesteigert. Für diese blieb allein entscheidend die französische Vorstellung, daß die Zugehörigkeit des Elsaß zu uns ein Provisorium sei. Diese Ansicht erhielt freilich durch das Provisorium seiner staatsrechtlichen Stellung im Reich stets neue Nahrung. Es gab daher in Frankreich eine nicht ganz unerhebliche Strömung für ein schweigendes Nebeneinander, aber keine für eine offene Verständigung mit uns. Eine Politik des Ignorierens ist aber gegenüber einer Großmacht friedlich nicht durchführbar. Darüber war auch die französische Politik nicht im Zweifel. Sie konnte aber den Entschluß zu etwas anderem nicht finden. Und seitdem sie den gebildeten Klassen des Landes auf Verlangen Rußlands die dreijährige Dienstzeit zugemutet hatte, mußte sie positiv entschlossen sein, den Krieg gegen uns baldmöglichst zu führen. „Wir werden Barbaren, wenn wir drei Jahre in der Kaserne liegen müssen; entweder wir vernichten Deutschland und brauchen das dann nicht mehr, oder — es lohnt nicht mehr", war das entscheidende Argument, welches man von gebildeten Franzosen zu hören bekam. Nachdem, entgegen der Annahme vieler von uns, welche unser eigenes Heer noch mit der dritten Jahresklasse kannten, die zweijährige Dienstzeit sich bei uns so glänzend bewährt hat, wird auch in Frankreich künftig jenes Argument an Gewicht verlieren. Die Erfahrung, daß auch diese Koalition Elsaß-Lothringen nicht wieder bringt, und die zu erwartende endgültige Regelung von dessen Stellung in Deutschland kann manches ändern. Wie schnell und viel, wissen wir nicht.

Für den Augenblick liegt zwischen uns und den beiden Gegnern im Westen vor allem das belgische Problem. Der deutsche Standpunkt zu Belgien ist nicht unbekannt, aber nicht immer zutreffend formuliert. Belgiens Selbständigkeit war von Frankreich bedroht, von Bismarck gestützt. Den Kongostaat hat Bismarcks Politik dem König der Belgier schaffen helfen. England hat diesen Besitz so lange bedroht, bis Belgien sich ihm politisch und militärisch willfährig zeigte. In den Irrsinn, dieses von jeher in seinen beiden Nationalitäten gleich stark an seiner Unabhängigkeit hängende Volkstum aus gleichviel welchen Gründen uns jemals zwangsweise angliedern zu wollen, sind vor dem Kriege weder kluge noch törichte deutsche Politiker je verfallen. Was konnte es uns auch nützen, wenn dadurch das uns stammverwandte Holland dazu getrieben wurde, „Einfallspforte" der Gegner zu werden? Nicht daß Belgien, wohl aber daß das holländische Volkstum und mit ihm das Rheinmündungsgebiet sich national von uns geschieden hat, ist beklagenswert. Aber die Versäumnisse unseres Mittelalters sind heute nicht mehr rückgängig zu machen und es ist bedauerlich genug, daß Hannovers Verhalten 1866 zur Einverleibung in Preußen zwang und durch diesen Eindruck das historische Vertrauensverhältnis Hollands zu uns getrübt ward. Dies zu verschärfen bestand und besteht kein Grund. Die Schwierigkeiten in den Beziehungen zu Belgien waren und sind rein militärischer Art.

Ein Mittelstaat, welcher lediglich die gegen Deutschland gerichtete Grenze wirklich befestigte, seine Seegrenze gegen England und seine Landgrenze gegen Frankreich aber in völlig verteidigungsunfähigem Zustand ließ, welcher ein zur Abwehr eines Durchmarsches unzulängliches Heer hielt und sein Verteidigungssystem letztlich auf die Behauptung einer von jenen beiden verteidigungslosen Grenzen möglichst ent-

Berner Bund 28./III. 1916

28
27

Zur Kriegslage

Die Lage der Engländer in Aegypten. Ihre Stärke und Schwäche. Solun und Matruh. Der Sudan und der Suez. Die Lage auf Gallipoli. An der Irakfront und in Persien. Türkische Offensive. Die Basis von Saloniki. Kämpfe bei Elbassan und Berane. An den alten Fronten.

Als die Italiener Tripolis eroberten, besetzten die Engländer auf Grund eines englisch-italienischen Uebereinkommens Solun und schafften sich dadurch eine weit nach Westen vorgeschobene Auslug- und Sicherungsstation ihres ägyptischen Besitzes. So weitsichtig sie damals handelten, hätten sie sich doch kaum träumen lassen, daß von hier aus einmal in einem großen Kriege der erste ernsthafte Vorstoß gegen Aegypten erfolgen sollte. Das ist nun geschehen. Die türkische amtliche Meldung über das Gefecht von Matruh, die die frühere englische wirksam ergänzt, beweist dies. Allem Anschein nach ist es türkischen Sendboten und Offizieren gelungen, bei Solum an Land zu gehen, sich mit den Senussen in Verbindung zu setzen und die englische Besatzung von Matruh zu überfallen. Hat der Kampf auch 250 Kilometer westlich des Niltales stattgefunden und für die Engländer nur die Bedeutung eines unglücklichen Rückzugsgefechtes, so wird dadurch doch die Verletzlichkeit ihres ägyptischen Besitzes bewiesen. Aegypten kann nur dann als bedroht gelten, wenn der Angriff konzentrisch angelegt wird und sich nicht auf eine frontale Berennung des Suezkanals beschränkt. Werden die Engländer genötigt, an der offenen Westgrenze und im Sudan starke Kräfte aufzustellen, um den Einbrüchen der Senussen und der Sultane des Sudans zu begegnen, so kommt das auf eine Zersplitterung ihrer starken Macht heraus, ganz abgesehen davon, daß das Flugfeuer solcher Aufstände sich leicht unter die Bevölkerung des Niltales verirren kann. Die Hauptangriffsfront bleibt freilich der Suezkanal.

Es ist nicht anzunehmen, daß das Gefecht von Matruh eine vereinzelte Erscheinung bleibt und man muß daher den Vorgängen in Aegypten jetzt vermehrte Aufmerksamkeit widmen. Ob die englischen Kolonialtruppen, welche Gallipoli verließen, nach Saloniki oder Aegypten verbracht worden sind, steht noch nicht fest. Es spricht aber mehr für Aegypten, wo die Engländer jetzt nicht genug Truppen häufen können und das Expeditionskorps auch am leichtesten retabliert werden könnte. Ob sich die Engländer noch zu einer Diversion an der kleinasiatischen Küste entschließen, um den als sicher zu vermutenden Vormarsch der türkischen Armee gegen den Suezkanal zu unterbinden oder wenigstens zu stören, kann im Zusammenhang mit dem Aufgeben der Dardanellenaktion immerhin noch gefragt werden.

Die Türkei hat jetzt fünf Armeen nicht nur aufgestellt, sondern wirklich unter den Waffen, so rasch hat sich für sie die Freilegung der Verbindung nach Konstantinopel gelohnt. An den Dardanellen spricht das konvergierende Feuer, das von schweren türkischen Batterien von Krithia und von dem asiatischen Ufer auf die an der Südspitze der Halbinsel festgeklemmten letzten Staffeln des englisch-französischen Expeditionskorps ausgeführt wird, deutlich für die Heranführung neuer Geschütze und Munition. Ob es den Alliierten gelingt, sich auf die Dauer unter diesem Feuer zu halten, wird sich zeigen.

An der Irakfront kämpfen die Engländer immer noch in glücklicher Verteidigung von Kut-el-Amara, das mehr und mehr als zerniert erscheint.

Im Orient sind also die Alliierten, vornehmlich die Engländer, jetzt auf allen Punkten in die Verteidigung gedrängt, nur am Kaukasus und in Persien haben russische Vorstöße noch offensive Bedeutung, ohne daß man nachprüfen könnte, wie stark die dort verwickelten Kontingente sind. Der Vorstoß der Russen nach Persien hinein läßt sich daher strategisch noch nicht abwägen, hat aber das persische Problem ohne Frage endgültig in Bewegung gebracht.

Die Defensivbasis von Saloniki, wo jetzt etwa 200,000 Mann Franzosen und Engländer versammelt sein dürften, wird unverdrossen ausgebaut. Vielleicht fehlt einmal jeder Mann, der in Saloniki gebunden ist, auf anderen Kriegsschauplätzen. Für die Zentralmächte kommt dieser Umstand weniger in Betracht, weil sie immer noch in der Lage sind, die allgemeine Angriffsrichtung zu bestimmen und auf dem Balkan die bulgarischen und türkischen Kräfte auf eigenem Boden stehen. Ob englische Landungsversuche bei Kavalla im Gang sind, ist noch nicht sicher zu erkennen.

Die Bulgaren sind, wenn italienische und französische Quellen Recht behalten, jetzt von Struga in der Richtung auf Elbassan in Kämpfe mit der südlichsten Gruppe der nach Albanien übergetretenen Serben verwickelt. Welchen Umfang diese Kämpfe haben, kann man noch nicht klarlegen, doch dürften es schwerlich retablierte serbische Streitkräfte von großer Schlagkraft sein, wenngleich zu beachten ist, daß sie von Valona aus schon etliches Material erhalten haben könnten. Die Italiener haben schwerlich 150,000 Mann in Albanien stehen und man kommt wohl der Wirklichkeit näher, wenn man auf höchstens ein Drittel dieser Zahl schließt. Bemerkenswert ist indes, daß nach montenegrinischen Meldungen die Oesterreicher sich im Raume Bjelopolje-Berane montenegrinischer Gegenstöße zu erwehren haben; man wird die Meldung aber vorläufig auf sich beruhen lassen müssen.

An ihren Hauptkampffronten haben die Italiener die gewaltigen und verlustreichen Offensivstöße zurzeit eingestellt. Sie haben ihnen Görz nicht gebracht, und auch der konzentrische Angriff auf Trient will nicht vorwärts kommen. Immer noch sind Levico, Rovereto, Riva und die Lardarostellung in österreichischem Besitz. Ganz still ist's am Stilfser Joch.

Umso lauter tönt der Kanonendonner von der Westfront, wo die Alliierten auf der ganzen Linie ein Wirkungsschießen zu unterhalten scheinen. Es läßt sich vermuten, daß sie systematisch die deutschen Verteidigungsmittel und Nerven zu erschüttern suchen. Ob Bewegungen hinter den Fronten stattfinden, entzieht sich einer Besprechung. Viel ruhiger ist es im Osten. Angemerkt sei hier noch, daß General Rußki in der Tat als schwerleidend gilt und die Front zur Erholung verlassen hat. Etwas lebhafter ist es lediglich im Südabschnitt, wo Ueberraschungen von beiden Seiten immer noch möglich sind. H. St.

Vossische Zeitung
29./XII. 1915

Angebliche Friedensziele.

Basel, 28. Dezember.

Die „Neue Zürcher Zeitung" veröffentlicht einen Artikel „Friedensgedanken", der sich mit angeblich in unterrichteten deutschen Kreisen bestehenden Friedenszielen des Deutschen Reiches befaßt. Der Artikel lautet in seinem wichtigsten Teil:

Man denkt sich in deutschen Kreisen die Grundzüge der jetzt einzuleitenden Friedensverhandlungen wie folgt:

1. Belgien soll seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit erhalten bleiben, sofern es durch Verträge, vielleicht auch durch Faustpfänder, eine Wiederholung der Ereignisse des Jahres 1914 unmöglich macht. Ein völliges Aufsaugen Belgiens würde sogar von der deutschen Großindustrie aufs heftigste bekämpft werden, weil ein Fallenlassen der Zollschranken zu unleidlichen Situationen führen müßte, solange die Arbeiterverhältnisse Belgiens infolge des Mangels eines ausreichenden Fabrikgesetzes so weit hinter denen Deutschlands zurückstehen. Selbst für eine Zollunion verlangt man ein Uebergangsstadium von mindestens fünf Jahren. Belgien hätte aber an Deutschland eine jährliche Kriegskontribution zu bezahlen, in Höhe des früheren Militärbudgets, wogegen Deutschland bis zur endgültigen Auszahlung die Polizeigewalt ausüben wird.

2. Die okkupierten französischen Departements würden ohne weiteres an Frankreich zurückgegeben; auch auf eine Kriegsentschädigung seitens Frankreichs würde Deutschland verzichten, sofern Frankreich seine Forderungen an Rußland im Betrage von etwa achtzehn Milliarden Francs an Deutschland abtritt. Selbstverständliche Voraussetzungen dieses Abkommens mit Frankreich wäre die Rückgabe aller deutschen Kolonien durch England und die Räumung von Calais.

3. Russisch-Polen soll unter einem deutschen Fürsten als König von Polen vollkommen unabhängig und selbständig werden; dagegen hätte es an Deutschland eine Kriegskontribution auf gleicher Grundlage wie Belgien zu entrichten.

Dem historischen Drange nach dem Meere, der Rußlands Politik seit Jahrhunderten beherrscht, soll in der Weise entsprochen werden, daß dem Zarenreiche ein Ausgang nach dem Persischen Golfe zugestanden wird.

4. Italien müßte auf die okkupierten türkischen Inseln verzichten, wogegen sein status quo ante aufrecht erhalten bliebe.

5. Bulgarien müßte selbstverständlich Mazedonien zugesprochen werden, ebenso ein von Nisch bis Semendria reichender Korridor bis zur Donau.

Das frühere Altserbien soll selbständig bleiben oder aber mit Montenegro zu einem Königreiche vereinigt werden.

6. Albanien müßte seine früher zugestandene Selbständigkeit unter einem selbstgewählten Fürsten tatsächlich erhalten.

7. Die Ansprüche Rumäniens und Griechenlands scheinen in diesem Augenblick noch nicht ganz festzustehen.

Wir glauben, daß es die Pflicht der neutralen Presse ist, die Diskussion über diese Grundbedingungen des

Eine Rede Carps.

Rumänien und die Ziele Rußlands.

Bukarest, 28. Dezember.

In fortgesetzter Adreßdebatte ergreift in der Kammer der ehemalige Minister Peter Carp das Wort und sagt: Wir müssen uns Rechenschaft darüber geben, inwieweit die kriegführenden Staaten die Erreichung des rumänischen nationalen Ideals beeinflussen. Zu diesem Zwecke müssen wir die Luft von einer Reihe von Legenden reinigen, die den Blick unsicher machen. England hat als Kriegsursache die Verteidigung der kleinen Staaten angegeben. Wir sahen, wie England sie verteidigt. Die Wahrheit ist, daß es die Verteidigung jener Staaten nur übernommen hat, um sich ihrer zu bedienen. England behauptet, daß es das Schwert gegen den deutschen Imperialismus gezogen habe, Frankreich stellt sich als Verteidiger der Zivilisation hin: der geführte Kampf ist in Wirklichkeit eine Zerstörung der gemeinsamen Zivilisation. Rußland schlägt sich im Namen der Orthodoxie und des Panslawismus: der wahre Grund ist aber die Befestigung der Autokratie in der Heimat. Der wahre Grund für Frankreich ist die Wiedererwerbung der verlorenen Provinzen, und Englands wahrer Grund ist, daß es die deutsche Machtentfaltung gesehen hat, die sich in dem Worte des deutschen Kaisers ausdrückt, daß Deutschlands Zukunft auf dem Wasser liege. Rußland aber will Konstantinopel, die Dardanellen, das Schwarze Meer, die Donaumündungen.

Welches hievon sind Absichten, die gegen uns gerichtet sind? Glauben Sie, daß wir das Ideal, von dem Moldoveanu gesprochen hat, verwirklichen können? Ich glaube nicht. Siebenbürgen können wir nur durch Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie haben. Die Bukowina würde Rußland selbst behalten, das Banat würde es den Serben geben. Es würde ferner die Bedingung erfüllen, die es für den Frieden einmal bekannt gegeben hat, nämlich sich Galatz nehmen. (Gemurmel.) Für Rußland kann es natürlich nur ein russisches Ideal geben: ein Teil der Moldau und die verlorene Bukowina russisch, das Eiserne Tor in serbischen Händen, also auch russisch. Bedeutet das für Sie die Verwirklichung des nationalen Ideals?

Dies ist also die Lage: Jeder Staat hat zwei Probleme, erstens das Problem seines Bestandes, zweitens das seiner Ausdehnung. Von Deutschland können wir natürlich auch nichts anderes erwarten. Die Wirkungen der deutschen Macht haben wir immer gefühlt, und stets in uns wohlwollender Weise. Eine genaue Einschätzung der Wirklichkeit führt uns zu dem Schlusse, daß Rumänien jenen Weg einschlagen muß, der es davor bewahrt, Rußlands Vasall zu werden.

Cuza (Nationaldemokrat) ruft: Also dann sollen wir die Vasallen Ungarns werden?

Carp: Wir sind bisher nie die Vasallen Ungarns gewesen und werden es niemals sein.

Redner fährt fort: Es hat sich bei uns eine besondere Atmosphäre politischer Erregung und Unaufrichtigkeit gebildet. Die Aeußerung Moldoveanus, daß die siebenbürgischen Rumänen nur getrieben in den Kampf gehen, ist sehr bedauerlich. Diese Worte waren eine Beschimpfung der Helden, die den Tod gefunden haben. Wenn die Agitatoren öffentliche Versammlungen halten, sollen sie sagen: Wir gehen mit Rußland und wir werden Siebenbürgen bekommen; aber ein Stück Moldau werden wir verlieren, die Meerengen werden geschlossen werden und man wird uns die Donaumündungen nehmen.

Delavrancea ruft: Woher wissen Sie, daß Rußland das alles will?

Carp erwidert: Die Sache ist bekannt, wenn es auch nicht gesagt wird. Unter diesen Bedingungen, sagt Redner, wird das rumänische Volk nicht mit Rußland gehen. Ein solches Bündnis würde zur Folge haben, daß man sich unserer Armee und unseres Volkes bedienen, daß aber weder uns noch den übrigen Rumänen genützt würde. Was sich heute bei uns abspielt, ist schon dagewesen. Es hat schon Zeiten gegeben, wo Agitatoren, die vorgaben, den Interessen der Nation zu dienen, in Wirklichkeit das Gegenteil taten.

Carp schließt, sich an den Ministerpräsidenten wendend: Sie leiden an Unentschlossenheit. Fassen Sie einen Entschluß und Sie werden nicht mehr leiden!

Eine Stimme ruft: Belagerungszustand!

Carp: Wer der lärmenden Menge nicht widerstehen kann, ist kein Staatsmann. Ich wünsche Ihnen, Herr Bratianu, daß die Ereignisse Sie nicht hinter sich herziehen mögen, sondern daß Sie in Uebereinstimmung mit ihnen gehen!

Die weitere Debatte.

Der liberale Abgeordnete Diamandi bekämpft die Ansichten Carps. Deutschland habe die Kultur und Kraft; alle Kultur sei im Gegensatz zu den Ansichten Carps von Frankreich ausgegangen. (Beifall.) Bei Deutschland, wo die Junker allmächtig sind, müsse man die Ursachen des Krieges suchen, das nach 1870 seine Macht auch auf maritimem Gebiet entwickelt habe. Nach der Katastrophe von Sarajevo habe Deutschland von seinem militärischen Uebergewicht Gebrauch machen wollen. Redner bezweifelt die Richtigkeit der Ansicht Carps, daß Rußland die Donaumündungen mit Galatz nehmen wolle. (Carp hatte auf den Zwischenruf, woher er wisse, daß Rußland einen Teil der Moldau, die Meerengen und die Donaumündungen haben wolle, erwidert, daß der russische Ministerpräsident es selbst gesagt habe.)

Diamandi bespricht hierauf einzelne, angeblich günstige Gelegenheiten für Rumänien, in den Krieg einzugreifen und findet, daß auch Lemberg keine solche Gelegenheit gewesen sei. Die rumänische Armee hätte nicht leisten können, was Millionen von Russen nicht gelungen war. Ebenso sei der Eintritt Bulgariens keine günstige Gelegenheit gewesen.

Auf einen Zwischenruf Ghica Comaneschtis, ob er in Paris auch so gesprochen habe, antwortet Diamandi, daß er dort seine rein persönlichen Anschauungen geäußert habe. Aus der Nationalen Aktion sei er ausgetreten, weil Take Jonescu und Filipescu um jeden Preis den Eintritt Rumäniens in den Krieg wollten.

Auf die Frage, wohin sich Rumänien wenden solle, antwortet Redner, keineswegs gegen Bessarabien, wie Carp meint.

Diamandi gibt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß Rumänien mit dem Verband gehen werde, denn dort lägen die Lebensinteressen Rumäniens.

Für Bessarabien.

Der liberale Abgeordnete Stere erklärt, er glaube nach langer Zeit das Wort ergreifen zu müssen, weil er sich verpflichtet fühle, an Bessarabien zu denken.

Redner wird vielfach durch Zwischenrufe unterbrochen.

Stere erklärt, daß selbst, wenn er zum Tode verurteilt werden sollte, er für Bessarabien sprechen würde, denn er sei der einzige Abgeordnete, der dort geboren sei. Seit einem Jahre werde er wegen seiner Haltung angegriffen. Wenn das Parlament auch seinen Worten nicht Rechnung tragen sollte, so müsse es doch anerkennen, daß er seine Pflicht tue. Es gehe nicht an, daß man Neigung für den einen oder anderen Kriegführenden habe. Für die rumänische Nation sei ihr Interesse der höchste Zweck und für Rumänien gebe es nur eine Politik. (Beifall. Zwischenrufe.)

Diamandi ruft: Was immer seine Ansichten seien, man lasse ihn sprechen, denn er spricht in einem großen Moment.

Miclescu ruft: Auch ich bin ein Moldauer, denke aber nicht so wie Stere. (Zwischenrufe, Beifall. Der Lärm dauert einige Zeit.)

Stere fragt, warum man ihn nicht reden lassen wolle, da ja doch das Parlament Herr seiner Entschließungen sei.

Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung setzt Abgeordneter Stere seine Rede fort und sagt: Für den rumänischen Staat zeigt sich die Lage nach dem Kriege, wie folgt: Ein siegreiches Rußland bedeutet die Angliederung Galiziens, Konstantinopels, der Meerengen und der Donau bis zum Eisernen Tor; Rumänien bleibt inmitten des russischen Reiches mit dem Westen nur durch Ungarn verbunden. Stere wendet sich gegen jene, die bezweifeln, daß Rußland den Besitz der Meerengen anstrebt, sowie gegen jene, die glauben, daß es für Rumänien gleichgiltig sei, wer dort herrscht. Wenn Rußland dahin gelangt, bedeutet das für uns Vernichtung. Daß Rußland Rumänien angliedern will, stellt Stere aus dem Buch eines russischen Ministers fest. Redner führt die russische Perfidie in der Politik gegen die Ukrainer an, die zuerst gegen die Polen verwendet wurden und heute als Nation von den Russen geleugnet werden. Polen wurde von Rußland für autonom erklärt. Wo ist heute diese Autonomie? Wenn man die polnische Revolution als Entschuldigung für deren Aufhebung anführt, so vergesse man nicht, die Ursachen dieser Revolution. Rumäniens Bestand ist unmöglich, wenn die russische Politik, die im Allrussentum wurzelt, blüht. Wenn Rußland siegt, ist der rumänische Staat in großer Gefahr. Ich wende mich an Ihre Einsicht; sie wird Ihnen zeigen, wo unsere Interessen sind.

Die Ausführungen Steres wurden vom ganzen Hause mit großer Aufmerksamkeit angehört. Die Bewegung, mit der Stere besonders zu Anfang sprach, wo er sich als aus Bessarabien stammend bekannte und erklärte, daß er als solcher nach langer Zeit das Wort ergreife, machte auf die Zuhörer einen tiefen Eindruck. Die während seiner Rede vom Abgeordneten Cuza gemachten Zwischenrufe fanden die Mißbilligung des ganzen Hauses, das sich ohne Unterschied der Partei in der Absicht vereinigte, dem Redner mit Aufmerksamkeit zuzuhören.

Neue Freie Presse Abendbl.
30/XII. 1915

se.

Abonnement für das Ausland:
Vierteljährig:

Bei uns (Kreuzband-Versendung): **Deutschland, Serbien** K. 22, f. Staaten des **Weltpostvereines** K. 24.
Bei den **Postämtern** in **Deutschland** M. 11.18, **Schweiz** Fr. 13.65, **Belgien** Fr. 15.96, **Italien** L. 14.47, **Rumänien** Fr. 13.90, **Serbien** Fr. 13.80, **Bulgarien** Fr. 15.65, **Russland** R. 5.90, **Griechenland** (b. d. Buchhandl. Eleftheroudakis & Barth, Athen od. k. k. Zeitgs.-Exp. in Triest) K. 15.02, Europ. **Türkei** (Oest. Postämter) K. 13.40, Asiat. **Türkei** K. 17.45, **Aegypten** K. 16.64, **Dänemark** Kr. 11.56, **Schweden** Kr. 11.50, **Norwegen** Kr. 10.56, **Finnland** M. 15.10, **Holland** F. 9.—. Bei den Agenturen in **Italien**: Loescher & Co., Rom Fr. 25.60, **Frankreich**: Hachette & Cie., 111, Rue Réaumur, Fr. 25.60; **England**: Saarbach, London, 21, Bride Lane, Fleet Street, E. C. Siegle & Co., London: E. C. 129, Leadenhall Street Pfd. St. 1 sh. 1; **Nordamerika**: E. Steiger, 25 Park Place, G. E. Stechert, 151—155 West 25 th St., L. A. Rosswaag, 37, Second-Avenue in Newyork, Doll. 6.40. Vertreter für das ges. Ausland: Saarbachs News Exch., Ges. m. b. H., Mainz.

Für die an Agenten, Austräger oder Verschleisser bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

1915.

Die Eröffnung der Sobranje durch König Ferdinand.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Sofia, 27. Dezember. (Verspätet eingetroffen.)

Die Eröffnung der zweiten ordentlichen Tagung der siebzehnten Nationalversammlung erfolgte in besonders feierlicher Weise. Es herrscht herrliches Frühlingswetter. Zeitlich morgens schon war, wiewohl es allgemein hieß, daß nicht der König, sondern Radoslawow die Thronrede verlesen werde, die vom Palais zur Sobranje führende Straße dicht gefüllt.

In den Couloirs des Parlaments herrschte lebhafte, festliche Bewegung. Man sah nur freudig strahlende Gesichter. Knapp vor der Eröffnung der Sitzung erfuhr man, daß der König die Thronrede verlesen werde, und Saaldiener nahmen vom Thronsessel die Umhüllung weg. In der Diplomatenloge befanden sich die Gesandten der Verbündeten sowie Rumäniens und Griechenlands, in anderen Logen die offiziell eingeladenen Mitglieder der fremden Sanitätsmissionen, auf den Galerien herrschte großes Gedränge.

Die Saaltüren werden geöffnet, alles erhebt sich, auch die Opposition, welche die ganze Zeit stehend die Verlesung der Thronrede anhört, was in früheren Tagungen nicht geschah. Zuerst tritt Radoslawow ein. Deutlich merkt man ihm seine freudige Genugtuung über den Triumph seiner Politik an; ihm folgen die Minister, sodann erscheint König Ferdinand, der Felduniform trägt und die Orden der verbündeten Staaten, darunter beide Eiserne Kreuze, angelegt hat. Hinter ihm kommen beide Prinzen. Schon als die ehrwürdige Gestalt Radoslawows sichtbar wurde, ertönte ein ihm allein geltendes Hurrarufen, das noch stürmischer wurde, als der König den Saal betrat.

Nach allen Seiten grüßend, schritt er die Stufen zum Thron empor. Atemlose Stille trat ein, als der König, vor dem Thronsessel stehend, vom Chef des Geheimkabinetts die Thronrede entgegennahm, die er entblößten Hauptes mit fester Stimme verlas. Auf einige Stellen legte der König besonderen Nachdruck, so auf den Passus, daß er nach Versagen aller friedlichen Mittel gezwungen gewesen sei, der Armee zu befehlen, in Serbien einzumarschieren, um dem unerträglichen Joch der unterdrückten bulgarischen Brüder ein Ende zu machen, dann auf den Satz, in welchem er den Elan und die Tapferkeit der Armee rühmte, die mit den Truppen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in weniger als zwei Monaten den hinterlistigen Feind aus dem Lande jagte; der König hob die Worte hinterlistige Feind besonders scharf hervor, dann machte er eine kurze Pause und fuhr, seine Stimme erhebend, fort, sprach vom Einbruch der Engländer und Franzosen in

Tägliche Rundschau
30./XII. 1915

Beginnende Ernüchterung in Rumänien?

Ein Bukarester Blatt veröffentlichte unlängst die wichtige Mitteilung, daß eine Gruppe von Studenten und anderen rumänischen Politikern der Straße den Beschluß gefaßt habe, sich fortan mit dem Ruf „Jos Germania!" (Nieder mit Deutschland) zu begrüßen. Die Vierverbandspresse war über diesen bedeutsamen Erfolg der Russen- und Franzosenfreunde in Rumänien entsprechend entzückt. Verbürgte Nachrichten fehlen noch darüber, in welchem Umfang der sinnige Gruß Gemeingut des Volkes geworden ist, jedenfalls hat sich aber in Rumänien eine lebhafte Erörterung über die Frage entsponnen, ob eine feindselige Haltung der Rumänen dem Deutschtum und dem Deutschen Reich gegenüber mit den Interessen des Landes und den natürlichen Gefühlen seiner Bevölkerung in Einklang zu bringen sei. Den nüchternen Tatsachen, die auch der einfachste Mann verstehen muß, wurde die „Moldova" des Herrn Carp gerecht, indem sie vor einigen Tagen u. a. folgendes feststellte: „Der Kapitalverleiher, der frei und großmütig seinen Beutel für die Bedürfnisse unseres Landes öffnete, war das deutsche Volk. Wer hätte uns helfen sollen? Frankreich, das selbst an amerikanisches Geld appelliert? Frankreich, das in Rußland Milliarden für den Bau von Eisenbahnen anlegte, die nicht gebaut wurden, und für Neuordnung des russischen Heeres, das dennoch im alten Schlendrian blieb? England, das, um den Kurs seiner Emission zu behaupten, seinen großen finanziellen Anstalten gebietet, die neuen Werte mit einem höheren Kurs, als der tägliche Kurs ist, zu lombardieren? Gewiß nicht! Deutschland hat uns Geld gegeben, und zwar freigebig gegeben! Die Deutschen hatten Vertrauen zu uns. Die deutsche Ausfuhr nach Rumänien stellt heute die ansehnliche Summe von 149 Mill. M. Ware dar, die auf Kredit gegeben wurde, und zwar nicht auf einen Kredit von ein, zwei, drei Monaten, sondern auf langfristige Kredite von sechs Monaten und mit der Möglichkeit, sie auf ein Jahr zu verlängern. Jeder Kaufmann in Rumänien weiß, daß, sobald das Vertrauen und die Sympathie der deutschen Häuser gewonnen war, man Ware für Hunderttausende von Mark bestellen und erhalten konnte. Und Frankreich? Was tat Frankreich unterdessen? Seit einiger Zeit begannen die Franzosen uns mit Liebe zu überschütten; die „Rumänisch-französische Vereinigung", drei französische Freimaurerlogen und vieles andere zeugt dafür. Unbestreitbare Zeichen einer platonischen Liebe, die sich um so mächtiger kundgibt, je mehr die Franzosen zu fühlen beginnen, daß Rumänien für sie verloren ist. Als es an der Zeit war, die Liebe, die sie uns in allen Tönen versicherten, praktisch zu bezeugen, da zogen sie sich zurück. Wir erinnern nur an den Versuch, den Herr Marghiloman 1913 unternahm, zur Zeit als er Finanzminister war, in Paris eine Anleihe zu machen, deren wir bedurften. Man versuchte, Deutschland beiseite zu schieben. Ist der Versuch gelungen? Nein! Die Bedingungen, die uns unsere Freundin, unsere große Schwester Frankreich, stellte, waren zu schwer, um angenommen zu werden. Da wandte sich Herr Marghiloman doch wieder an den Berliner Markt, an das „widerwärtige" deutsche Kapital, und die Anleihe wurde in Deutschland geschlossen.

Frankfurter Zeitung
31./XII. 1915

Zur Kriegslage.

Die ethische Wirkung des Krieges. — Die Lage in West und Ost. — Der Balkan. — Die Führer des Vierverbands. — Salonik und Gallipoli — Unsere Hoffnung für 1916.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Sylvester 1915.

Schon wenn unser Alltag sich zum neuen Jahre wendet, macht sich unser Gedenken auf und wandert die durchlebte Strecke zurück und unsere Hoffnung eilt den Weg dorthin, wo das Land der Zukunft liegt. Einzelschicksale haben sich im alten Jahr erfüllt, Einzelschicksale werden für das neue Jahr erhofft, erwartet oder befürchtet und nur selten umfassen in den Zeiten sicheren Friedens die Gedanken der Einzelnen Gewesenes und Werdendes vom Standpunkt des Ganzen auf, in dem sie leben, vom Standpunkt nationaler Entwickelung.

Mit einem Schlage hat sich das geändert, seit der Weltkrieg jedem Einzelnen mit derbster Klarheit vor Augen führte, was das laue Genießen des Friedens ihm verhüllte, daß das Einzelschicksal vom Schicksal des Volkes abhängt, zum mindesten auf das Innigste mit ihm verknüpft ist. Mit eiserner Faust hat es der Krieg der Masse unsozial denkender Egoisten in ihr Bewußtsein geschlagen, daß sie nichts sind ohne den Rahmen der Gesamtheit, daß sie nicht wert sind zu leben, wenn sie nicht für diese Gesamtheit leben, daß sie heute nur nach ihrem Wirken für diese Gesamtheit bewertet werden.

Läuternd ist die Kraft des Krieges und darin liegt bei all' der Not, die er schafft, bei all' dem Jammer und der Flut von Tränen, die seinen Spuren folgen, auch ein Segen des Krieges, eine große ethische Bedeutung.

Und so verschwinden heute Einzelschicksale und Einzelhoffnungen und an ihre Stelle tritt das Schicksal des Reiches und die Hoffnung des Reiches, des Vaterlandes, des Gesamtvolkes. In diesem Blick auf das Ganze muß dem Einzelnen aller Trost liegen für das, was das vergangene Jahr ihm genommen, alles Sehnen nach dem, was ein neues Jahr ihm bringen soll.

Der Krieg fordert nicht nur das Blut unserer Soldaten, den Geist ihrer und des Volkes Führer, das Geld auch des kleinsten Bürgers, er fordert mehr, er fordert unsere Herzen und unsere Hoffnung. Nur das ist der Wille zum Sieg. Und nur der Wille zum Sieg läßt uns dies furchtbare Ringen siegreich überwinden.

Das vergangene Jahr zeigte uns den sichtbar gewordenen Willen unseres Volkes. In Frankreich steht die Mauer deutscher Männer unverrückt seit Jahresfrist. Trommelfeuer und Gaswellen, Scharen wilder Völkerschaften und die Stürme tapferer französischer Divisionen sind an sie herangebraust, wie haushohe Wogen wütender Flut. Matt und gebrochen sind die Wogen zurückgeebt in das Meer, aus dem sie gekommen. Mächtig und fest aber steht der Fels deutscher Kraft und deutschen Willens. Ganz am Ende des Jahres, erst vor wenigen Tagen, haben die Franzosen noch den oft umstrittenen Hartmannsweilerkopf genommen. Sie hatten wohl gehofft, sich mit ihrer schweren Artillerie oben einrichten und deutschen Eisenbahnverkehr in der Ebene stören zu können. Aber selbst dieser kleine Erfolg ist ihnen nicht vergönnt geblieben. In schneidigem Gegenangriff ist ihnen bewiesen worden, daß überall, wo sie anklopfen, sei es hier in den Vogesen, wie vordem in der Champagne und im Artois deutscher Angriffsgeist in tiefen Gräben und hinter Draht und Verhauen nicht erstorben, nicht erfroren, nicht vergangen ist.

Das ist die Vergangenheit im Westen. Und fragt ihr nach der Zukunft, nach der Hoffnung? Lest nur die Soldatenbriefe, sprecht nur mit den Offizieren. „Vorwärts" heißt die Losung für 1916 und „Sieg" heißt das Feldgeschrei. Sie blicken voll Neid auf unsere Truppen im Osten. Vor Jahresfrist standen die Russen in den Karpathen, Przemysl hat-

---

Der Krieg griff nun in das Schicksal der Anstalt tief ein. Der frühere Assistent Dr. Defregger, der im Juli Apia verlassen hatte, um nach Europa zurückzukehren, wurde in Australien kriegsgefangen. Es ist nach den letzten Nachrichten anzunehmen, daß er noch jetzt dort weilt. Der Mechaniker des Observatoriums P. Liebrecht, der mit seiner Frau am 6. Mai 1914 Apia zu einem Heimaturlaub verlassen hatte und so im Anfang des Krieges in Deutschland war, wurde sogleich zum Heere eingezogen. Dr. Geiger hatte gegen Ende seiner Amtszeit in Apia Vorbereitungen getroffen, um bei Fertigstellung der dortigen radiotelegraphischen Station eine neue

Berner Bund 31./XII. 1915

Die hohe Politik des Jahres 1915

Der politische Chronist für das Jahr 1915 hat es leicht und doch nicht leicht. Besonders dann, wenn er versucht die politischen Begebenheiten des nun verflossenen Jahres zu überblicken, so weit sie nicht in direkter Beziehung zum Weltkriege stehen. Er hat es leicht: denn die Arbeit ist bald getan — er hat es nicht leicht: denn es fehlt allzusehr an Stoff. Ganz ohne Beziehung zu den kriegerischen Ereignissen ist ja im Grunde kein einziger von den bedeutsameren politischen Vorgängen, durch irgend ein Band sind sie alle verknüpft mit dem furchtbaren Brande, den wir nun seit anderthalb Jahren schaudernd miterleben. In allen Staaten der Erde verursacht die schwere Brandwolke, die über Europa, Asien und Afrika lastet, der Menschheit zum allermindesten ein gewisses Augenbrennen. Und wenn die Menschen Beschwerden drücken, dann darf der Staat, die Gemeinschaft dieser Menschen, nicht untätig zusehen. So ist es klar, daß die Geschäfte der Regierungen im Jahre 1915 nie ganz frei sein konnten von der Bezugnahme auf die Probleme der großen Weltkonflikte. In den allermeisten Fällen waren es die Sorgen um das wirtschaftliche Wohl des Landes, die den Ministern schlaflose Nächte bereiteten. Die politischen Fragen grundsätzlicher Art aber sind in fast allen Ländern in den Hintergrund gedrängt worden. Wer streitet über politische Rechte, wenn der Kampf um die notwendigsten Lebensbedürfnisse geführt werden muß? So wird man in den Parlamentsberichten des Jahres 1915 vergebens nach Debatten über eigentlich politische Fragen suchen, die wirtschaftlichen stehen überall im Vordergrund. Jeder sucht so gut wie möglich aus den Fährnissen, die der Krieg allen aufgebürdet hat, herauszukommen, das ist das Leitmotiv der politischen Symphonie des Jahres 1915

Und doch ist ein Ereignis zu verzeichnen, das nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Kriege steht und dem doch weltpolitische Bedeutung zukommt. Wir meinen die Verhandlungen zwischen Japan und China, die im Februar begannen und im Mai ihren Abschluß fanden.

Als Japan bald nach Ausbruch des Krieges das bekannte Ultimatum an Deutschland richtete, in dem es die Uebergabe von Tsingtau verlangte, betrachtete es sich schon als eine Art von ostasiatischem Vormund. Dieses Ultimatum war eine von den Merkwürdigkeiten des Weltkrieges. China hat an Deutschland für 99 Jahre ein Stück Land verpachtet und ein anderer Staat verlangt die Herausgabe dieses Landes! Im Grunde änderte das japanische Vorgehen gar nichts in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten China und Deutschland, die den Vertrag über die Halbinsel Schantung abgeschlossen hatten. Deutschland blieb nach wie vor Pächter, nur hatte ein Dritter ihm das Pachtobjekt entzogen. In dieser Handlung Japans sprach sich schon mit aller Deutlichkeit der Wille aus, China, das infolge der inneren Wirren lahmgelegt war, ins Schlepptau zu nehmen. Noch klarer wurde diese Absicht, als man in der Hauptsache aus englischen und russischen Blättern die Grundzüge der Forderungen kennen lernte, die Japan im Februar an China richtete. Nun konnte kein Zweifel mehr sein: Japan hielt den Augenblick für günstig, Asien auf eigene Füße zu stellen. Die Eroberung von Tsingtau war der erste Schritt, der Vertrag mit China der zweite. Und dieser Vertrag richtete sich ebensogut gegen die Verbündeten Japans, wie gegen die anderen Staaten mit überseeischen Aspirationen. Japan will nach und nach Ostasien wirtschaftlich und militärisch vom Drucke Europas und Amerikas frei machen. Das Jahr 1915 hat den Augenblick erlebt, da der Asiat die Maske lüftet und sich offen lossagt von aller Abhängigkeit, die ihm seine europäischen Lehrmeister auferlegen möchten.

In diesem Zusammenhange sei auch die Wandlung der Dinge in China erwähnt. Man wird sich noch erinnern, welche Ueberraschung es vor vier Jahren bedeutete, als die Kunde kam, das uralte theokratische Kaiserreich habe sich zu einer modernen Republik umgestaltet. Wer aber damals geglaubt hat, es habe sich nun wirklich urplötzlich eine völlige äußere Wandlung vollzogen, ohne daß man von der dazu durchaus notwendigen inneren Entwicklung irgend etwas gespürt hätte, der muß heute nicht getäuscht. Zweifellos hat er während der Dauer seiner Präsidentschaft systematisch jene Stimmung geschaffen, die schließlich dazu führte, daß ihm die Krone angeboten wurde. So erlebt nun die Welt das seltsame Schauspiel, daß in einem Lande, dessen Herrscher göttlichen Charakter tragen, ein Sprößling aus kleiner Beamtenfamilie zum „Sohne des Himmels" avanciert! Wie in den letzten Tagen des Jahres gemeldet wurde, ist allerdings schon eine Revolution gegen Juanschikai ausgebrochen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat im Laufe des Jahres vollauf damit zu tun gehabt, ihren Handel und Verkehr gegen Uebergriffe seitens der kriegführenden Mächte zu schützen. Daneben beschäftigte die gesetzgebenden Körperschaften eine Bill, die auch für Europa von nicht geringer Wichtigkeit ist. In einer Vorlage über die Regelung des Einwanderungswesens war ein Artikel enthalten, der bestimmte, daß kein Analphabet sich in Amerika niederlassen dürfe. Repräsentantenhaus und Senat nahmen die Vorlage an, Präsident Wilson aber warf ihr sein verfassungsmäßiges Veto entgegen. Dieses Veto hat die Wirkung, daß die Bill noch einmal vorgelegt werden muß und nun sind zwei Drittel der Stimmen nötig, damit sie Gesetzeskraft erhalte. Im Repräsentantenhaus erreichte sie diese Stimmenzahl nicht und so fiel das Gesetz dahin. In Zukunft dürfen also auch Leute, die nicht lesen und schreiben können, sich in Amerika niederlassen.

In Mexiko scheint sich nach so vielen Kämpfen General Carranza als Präsident halten zu können. Für wie lange ist allerdings eine Frage, die recht schwer zu beantworten ist.

Gewaltsame Umwälzungen im Inneren, über die freilich nur recht spärliche Mitteilungen in die Oeffentlichkeit drangen, hat die Republik Portugal durchgemacht. Im Mai brach eine Revolution aus, die zur Folge hatte, daß der Präsident der Republik, Manuel d'Arriaga, abdankte. Zwei Tage später, am 29. Mai, wurde Theophil Braga an seine Stelle zum Präsidenten gewählt. Da aber die ordentliche Amtsdauer Arriagas erst im August ablief, fand am 7. August eine zweite Wahl statt und in dieser erhielt der ehemalige Ministerpräsident Bernardino Machado die Mehrheit. Die Opposition enthielt sich der Stimmabgabe.

In den kriegführenden Staaten fanden im Laufe des Jahres eine Reihe von Ministerkrisen statt, die jedoch, mit Ausnahme der griechischen vom Oktober, keine Aenderungen in der Richtung der Politik bedeuteten. In Frankreich wurde ein großes Ministerium aus den bedeutendsten Staatsmännern des Landes zusammengesetzt, wobei besonders auffiel, daß Namen aus längst vergessener Zeit — wie Freycinet, Combes, Méline — wieder am Horizont erschienen und daß sogar der Royalist Denis Cochyn in das republikanische Ministerium eintrat. Auch England stellte ein Koalitionsministerium aus allen Parteien zusammen. In der inneren Politik beschäftigten die Geister hier insbesondere die Ausstände bei den Bergleuten, die Regelung der Munitionsbeschaffung und endlich der Streit zwischen den Anhängern der allgemeinen Wehrpflicht und denjenigen der Anwerbung Freiwilliger.

In Rußland war eine immer schärfer ausgesprochene Richtung der Regierung auf Ausschaltung aller linksstehenden Elemente bemerkbar, die heute noch nicht abgeschlossen ist.

Aus Gründen, die wohl der Oeffentlichkeit nicht völlig klargelegt wurden, trat am 13. Januar der Minister des Aeußern von Oesterreich-Ungarn, Graf Berchtold, von seinem Amte zurück und als sein Nachfolger wurde der Ungar Baron Burian ernannt.

Die heftigen Bewegungen im Inneren, die dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg vorausgingen, und die politische Entwicklung der Dinge in Griechenland sind noch in so frischer Erinnerung, daß von einer nochmaligen Behandlung abgesehen werden kann.

Am schärfsten auf das Kriegsziel war das ganze politische Leben im Deutschen Reich gerichtet und so ruhte hier die innere Politik fast völlig. Von einiger Bedeutung war einzig der hartnäckige Kampf der wenigen Sozialisten um Liebknecht gegen die Politik der Regierung. Doch hat er mehr Bedeutung für die Geschicht

Lettische Schützenbataillone

Wl. E. Noch unlängst ging durch die russische Presse eine Meldung von der Düna-Front, daß die Gefangenen der lettischen Schützenbataillone von den Deutschen als Frei-
~~schütze Cranonenfutter~~ nur auf seiner Neigung

Unsere Antwortnote an Amerika.

In der „Ancona"-Affäre.

Minister des Aeußern Baron Burián hat an den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Frederick Courtland Penfield, unterm 29. Dezember 1915, Nr. 5949, nachstehende Note gerichtet:

In Beantwortung der sehr geschätzten Note Nr. 4307 vom 21. d. M. hat der Unterzeichnete die Ehre, Seiner Exzellenz dem Herrn Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Frederick Courtland Penfield, nachstehendes ganz ergebenst zu eröffnen.

Die k. u. k. Regierung stimmt mit dem Washingtoner Kabinett durchaus darin überein, daß den geheiligten Geboten der Menschlichkeit auch im Kriege Rechnung getragen werden muß. Wie sie schon bisher niemals und niemandem Anlaß gegeben hat, an ihrer Achtung vor diesen Geboten zu zweifeln, hat sie auch im ganzen Laufe dieses Krieges, der so erschütternde Bilder sittlicher Begriffsverwirrung darbietet, den Feinden sowohl als den Neutralen zahlreiche Beweise menschenfreundlicher Gesinnung gegeben und es lag nicht an ihr, wenn sie mit dem Washingtoner Kabinette vor nicht langer Zeit gerade in einer Frage nicht einig wurde, die sie im Einklange mit der ganzen öffentlichen Meinung in Oesterreich-Ungarn hauptsächlich als eine Frage der Menschlichkeit betrachtete.

Auch dem in der sehr geschätzten Note zum Ausdrucke gelangten Grundsatz, daß feindliche Privatschiffe, soweit sie nicht fliehen oder Widerstand leisten, nicht vernichtet werden dürfen, ohne daß die an Bord befindlichen Personen in Sicherheit gebracht wurden, kann die k. u. k. Regierung im wesentlichen beipflichten.

Für die Versicherung, daß die Bundesregierung Wert darauf legt, die guten Beziehungen, die glücklicherweise zwischen Oesterreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten von Amerika bestehen, aufrechterhalten zu sehen, ist die k. u. k. Regierung sehr empfänglich; sie erwidert diese Versicherung aufs wärmste und ist nach wie vor bestrebt, diese Beziehungen, soweit es an ihr liegt, noch herzlicher zu gestalten.

Vom gleichen Geiste der Offenheit geleitet wie die Unionsregierung, ist die k. u. k. Regierung, wiewohl sie in der mehrerwähnten Note nicht Antwort auf alle von ihr aufgeworfenen berechtigten Fragen findet, bereit, der Bundesregierung das Resultat der Untersuchung mitzuteilen, welche auf Grund der bestehenden internen Vorschriften sofort nach Einlangen des Flottenberichtes über die Versenkung der „Ancona" eingeleitet worden war und in allerjüngster Zeit zum Abschlusse gediehen ist. Das Ergebnis dieser Untersuchung läßt sich in folgendem zusammenfassen:

Am 7. November 1915, 11 Uhr 40 Minuten vormittags, bemerkte der Kommandant des Unterseebootes auf 38 Grad 40 Minuten Nord und 10 Grad 8 Minuten Ost bei unsichtigem Wetter, wie plötzlich in der Entfernung von rund 3000 m aus dem Nebel, einen Strich Strich Steuerbord, die Umrisse eines großen italienischen Dampfers auftauchten. Er hielt ihn anfangs für einen Transportdampfer, drehte ab und schoß dann aus dem achteren Geschütz einen weitliegenden Warnungsschuß; gleichzeitig setzte er das Signal: „Verlassen Sie das Schiff!" Der Dampfer stoppte nicht, sondern wendete vielmehr ab und versuchte zu entkommen. Der Kommandant blieb zunächst einige Minuten gestoppt liegen, um die Entfernung zu vergrößern, da er befürchtete, daß der Dampfer ein Heckgeschütz habe und mit demselben gegen das Unterseeboot feuern werde. Als die Distanz 4500 Meter betrug, ließ er mit ganzer Kraft die Verfolgung aufnehmen und feuerte mit dem vorderen Geschütz bei abnehmender Entfernung 16 Granaten, unter denen er drei Treffer beobachtete. Während der Verfolgung lief der Dampfer im Zickzack und stoppte erst nach dem dritten Treffer. Darauf stellte der Kommandant das Feuer ein.

Schon während der Flucht hatte der Dampfer in voller Fahrt einige Boote mit Menschen von oben fallen lassen, die sogleich kenterten; nach dem Stoppen begann er Boote auszusetzen. In einer Entfernung von etwa 2000 Metern sah der Kommandant, daß sechs Boote voll besetzt wurden und schnell vom Dampfer fortruderten. Ein weiteres Boot war gekentert und schwamm kieloben; die Leute hielten sich an den herunterhängenden Taglien und dem gekenterten Boote fest. Während der weiteren Annäherung des Unterseebootes sah der Kommandant, daß an Bord große Panik herrschte und daß er es mit einem Passagierdampfer, nämlich der „Ancona" aus Genua zu tun hatte. Er ließ deshalb den Insassen des Dampfers mehr als die erforderliche Zeit, um das Schiff auf den Rettungsbooten zu verlassen. An Bord waren noch mindestens zehn Rettungsboote, die zur Rettung der noch an Bord befindlichen Personen mehr als genügt hätten; eines von diesem Booten hing vollbesetzt und halb ausgedreht an den Bootskrahnen. Da aber im übrigen keine weiteren Anstalten getroffen wurden, die Boote auszusetzen, beschloß der Kommandant nach Ablauf von 45 Minuten, das Schiff derart zu torpedieren, daß es noch längere Zeit über Wasser bleiben mußte, damit einerseits die Ausbootung beschleunigt würde, andererseits hinreichende Gelegenheit bliebe, um die noch an Bord befindlichen Menschen zu retten.

Kurz darauf wurde ein Dampfer sichtbar, der mit großer Rauchentwicklung auf die „Ancona" zuhielt und anscheinend durch Funkenspruch der „Ancona" herbeigerufen war. Da der Unterseebootkommandant mit einem Angriffe des Dampfers, den er für einen feindlichen Kreuzer hielt, rechnen mußte, tauchte er, nachdem er um 12 Uhr 35 Minuten nachmittags aus 800 Meter Entfernung einen Torpedoschuß in den vorderen Laderaum der „Ancona" hatte abfeuern lassen. Diese nahm nach dem Schusse eine Krängung von etwa zehn Grad nach Steuerbord. Dabei wurde versucht, das halbausgedrehte Rettungsboot vollends auszusetzen; es riß jedoch ab und fiel ins Wasser. Das Boot schwamm kielunten weiter und die Leute hielten sich am Bordrand fest. Von den übrigen Booten wurde keines mehr in das Wasser gelassen, obwohl noch Personen an Bord bemerkbar waren. Der Dampfer richtete sich allmählich auf geraden Kiel auf und ging so langsam tiefer, daß der Kommandant des Unterseebootes anfangs bezweifelte, ob der Dampfer versinken würde; erst um 1 Uhr 20 Minuten sank er nach längerem parallelen Tiefertauchen mit dem Bug zuerst. Während dieser weiteren 45 Minuten hätten alle noch an Bord befindlichen Personen ohne Mühe mit den vorhandenen Booten gerettet werden können. Aus dem Umstande, daß dies wider Erwarten nicht geschah, schloß der Kommandant, daß die Mannschaft wider allen Seemannsbrauch auf den ersten Booten die eigene Rettung bewerkstelligt und die ihrem Schutze anvertrauten Passagiere sich selbst überlassen hatte.

Das Wetter war zur Zeit des Vorfalles gut und die See ruhig, so daß die Rettungsboote ohne Gefahr die nächste Küste hätten erreichen können, wie denn auch tatsächlich Rettungsboote nur bei dem unsachgemäßen Aussetzen, nicht aber erst nach dem Streichen im Wasser zu Schaden gekommen sind. Der Verlust von Menschenleben ist keineswegs in erster Linie auf das Sinken des Schiffes zurückzuführen, sondern — und aller Wahrscheinlichkeit nach in viel höherem Maße — auf das Hinunterwerfen der ersten Boote in voller Fahrt, sowie darauf, daß die Besatzung, nur auf sich bedacht, die Passagiere der gekenterten Boote nicht rettete, wohl auch auf Geschosse, die das fliehende Schiff trafen. Aber auch der Tod der Personen, die mit dem Dampfer versanken, ist vor allem dem pflichtwidrigen Verhalten der Mannschaft zuzuschreiben.

Wie aus dem vorangeführten Sachverhalte erhellt, geht die sehr geschätzte Note vom 9. d. M. in mehreren Punkten von unzutreffenden Voraussetzungen aus. Unrichtig ist die der Unionsregierung zugekommene Information, daß auf den Dampfer sogleich ein scharfer Schuß (solid shot toward the steamship) abgegeben wurde. Unrichtig, daß das Unterseeboot den Dampfer während der Verfolgung überholt hat (overhauled). Unrichtig, daß zur Ausbootung der Personen nur eine kurze Frist (brief period) gewährt wurde, vielmehr ist gerade der „Ancona" eine ungewöhnlich lange Zeit zur Ausschiffung der Passagiere gelassen worden. Unrichtig ist endlich, daß auf den Dampfer, nachdem er gestoppt hatte, noch mehrere Schüsse (number of shells) abgegeben wurden.

Der Sachverhalt läßt des weiteren erkennen, daß der Kommandant des Unterseebootes dem Dampfer volle 45 Minuten, also mehr als hinreichend Zeit gelassen hat, um den an Bord befindlichen Personen Gelegenheit zur Ausbootung zu geben. Sodann bewerkstelligte er, als die Leute noch immer nicht geborgen waren, die Torpedierung auf solche Art, daß das Schiff möglichst lange Zeit über Wasser bleiben sollte; dies in der Absicht, die Ausschiffung auf den noch vorhandenen Booten zu ermöglichen. Er hätte, da der Dampfer noch weitere 45 Minuten über Wasser blieb, diesen Zweck auch erreicht, wenn die Besatzung der „Ancona" die Passagiere nicht in pflichtwidriger Weise im Stich gelassen hätte.

Bei aller Würdigung dieses auf die Rettung der Besatzung und der Passagiere hinzielenden Vorgehens des Kommandanten kam die k. u. k. Marinebehörde aber zum Schluß, daß er unterlassen habe, auf die unter den Passagieren entstandene, das Ausbooten erschwerende Panik und auf den Geist der Vorschrift, daß die k. u. k. Seeoffiziere in der Not niemandem, auch dem Feinde nicht, Hilfe versagen sollen, hinreichend Bedacht zu nehmen. Sohin wurde der Offizier wegen Ueberschreitung seiner Instruktionen gemäß den hiefür geltenden Normen bestraft.

Die k. u. k. Regierung steht bei dieser Sachlage nicht an, bezüglich der Schadloshaltung der durch die Versenkung der Prise betroffenen amerikanischen Bürger die entsprechenden Folgerungen zu ziehen.

Sie muß jedoch in dieser Hinsicht folgendes bemerken:

Die Untersuchung über die Versenkung der „Ancona" konnte selbstverständlich keine Anhaltspunkte dafür liefern, inwieweit amerikanischen Bürgern ein Anspruch auf Ersatz erwachsen ist. Für die Schäden, welche durch die zweifellos gerechtfertigte Beschießung des fliehenden Schiffes entstanden sind, kann die k. u. k. Regierung wohl auch nach Ansicht des Washingtoner Kabinettes nicht haftbar gemacht werden. Ebensowenig dürfte sie für die Schäden einzustehen haben, welche vor der Torpedierung durch fehlerhaftes Ausbooten oder durch Kentern der ausgesetzten Boote sich ergeben haben.

Die k. u. k. Regierung muß annehmen, daß das Washingtoner Kabinett in der Lage und gewillt ist, ihr die in dieser Hinsicht erforderlichen und gewiß nicht unwesentlichen Informationen zukommen zu lassen. Sollten der Unionsregierung jedoch bei etwaigem Fehlen des entsprechenden Beweismateriales die näheren Umstände nicht bekannt geworden sein, unter welchen die amerikanischen Angehörigen zu Schaden gekommen sind, so wäre die k. u. k. Regierung in Berücksichtigung des menschlich tief bedauerlichen Vorfalles und von dem Wunsche geleitet, der Bundesregierung neuerlich ihre freundschaftlichen Gesinnungen zu bekunden, gerne bereit, über diese Lücke der Beweisführung hinwegzugehen und den Ersatz auch auf jene Schäden zu erstrecken, deren unmittelbare Ursache nicht festgestellt werden konnte.

Indem die k. u. k. Regierung mit den vorstehenden Ausführungen die Angelegenheit der „Ancona" wohl als bereinigt ansehen darf, behält sie sich gleichzeitig vor, die schwierigen völkerrechtlichen Fragen, die mit dem Unterseebootkrieg zusammenhängen, in einem späteren Zeitpunkte zur Erörterung zu bringen.

Der Unterzeichnete hat die Ehre, die Gefälligkeit Seiner Exzellenz des Herrn Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika mit der ganz ergebensten Bitte in Anspruch zu nehmen, das Vorstehende zur Kenntnis der Bundesregierung bringen zu wollen und benützt zugleich auch diesen Anlaß, um Seiner Exzellenz den Ausdruck seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Burián m. p.

Frankfurter Zeitung
1./I. 1916
79
Der Weg der deutschen Politik

Bezugspreis:
Ein Vierteljahr in Frankfurt und Mainz b. d. Exped. ℳ 7.50, bei den Agent. ℳ 8.25, b. d. Postämtern in Deutschland (u. Schutzgeb.) ℳ 9.–, Aegypten Milliem. 759, Belgien ℳ 9.–, Bulgarien Fr. 20.65, Dänemark Kr 9.75, Griechenland (d. d. Postamt i. Triest) Kr. 20.44, Holland fl. 7.20, Luxemberg ℳ 10.84, Marokko (D. P.) Pes. 12.60, Norwegen Kr. 9.83, Oesterreich (Wien auch Wollzeile 11) Kr 17.20, Portugal Milr 4.364, Rumänien Lei 19.–, Schweden Kr 9.75, Schweiz Fr. 13.25, Türkei (D. P.) Piaster (Silber) 85¼, Ungarn Kr. 13.54, im Weltpostvereins: in New York 20 Broad Street ℳ 18. Ins Feld direkt durch die Expedition bezogen monatlich ℳ 3.–

Frankfurter Zeitung

(Frankfurter Handelszeitung.) und Handelsblatt. (Neue Frankfurter Zeitung.)

Stadt-Telephon: Amt Hansa 5940, 5941, 5942, 5943.

Begründet von Leopold Sonnemann.

Für Auswärts: Amt Fernzimmer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:
Kolonelzeile 60 ₰, Abendbl. 75 ₰, Reklamen ℳ 2.–, Abendbl. ℳ 2.50, Familienanzeigen ℳ 1.–, Platz- u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. – Anzeigen nehmen an Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden-A: Waisenhausstr. 25, München: Perusastr. 5, Offenbach: Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststraße 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agenturen u. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York: 20 Broad Street.
Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei Gesellschaft m. beschr. Haftung

Der Weg der deutschen Politik.

Festlands- und Weltpolitik.

Deutschland im Weltkriege.

Man hört in Gesprächen über den Krieg — und wieviele Gespräche gibt es, die sich nicht um den Krieg bewegen — häufig die Frage aufwerfen, ob dieser Zusammenprall der Völker eine geschichtliche Notwendigkeit war. In der Form dieser Frage liegt gegenüber den ersten Kriegsmonaten schon ein Fortschreiten zur Objektivierung unserer Urteile. Im Anfang des Krieges, als das ungeheure Erlebnis noch mit erdrückender Wucht auf unserer Seele lastete, erschien uns seine Entfesselung als ein Frevel, für den wir die Staatsmänner der Entente glaubten persönlich haftbar machen zu müssen. Auch jetzt noch, wo wir die Schrecken der seit siebzehn Monaten wütenden Zerstörung um uns sehen und unter ihren Wirkungen leiden, ist es uns nicht möglich, ganz frei und unbeengt von allen persönlichen Schmerzen und Erfahrungen über das zu urteilen, was eigentlich die schwerste Katastrophe erzeugt hat, die seit dem Untergang der antiken Welt die Völker Europas heimgesucht hat, und mit der vollen Leidenschaftslosigkeit werden die heutigen Geschehnisse erst spätere Geschlechter betrachten, denen auch die Fäden des Schicksals deutlicher sichtbar sein werden, als uns Mitlebenden und Mitstreitenden. Immerhin tritt in der Frage nach der Notwendigkeit dieses Krieges die subjektive Betrachtungsweise schon ein Stück zurück und die geschichtliche beginnt sich geltend zu machen. Aber auch diese Frage ist ein Kind jenes ethischen Gefühls, das es nicht lassen kann, mit dem Weltgeschehen zu rechten und das Urteil der Historie zu schelten. Ueber die eigentlichen Ursachen des Krieges vermag ihre Beantwortung uns keinen befriegenden Aufschluß zu geben. Diesen werden wir viel eher erhalten, wenn wir den Weltkrieg etwa wie ein gewaltiges Naturereignis ansehen, entstanden aus Ursachen, die wir zum Teil kennen, und die zwar im Ganzen Ergebnisse des menschlichen Willens sind, die aber in ihrer Vielgestaltigkeit und Wucht zu mächtig waren, als daß sie noch von den Händen hätten gemeistert werden können, die zur Verfügung standen, um dem Weltbrande zu wehren.

Hören wir die Ankläger der Entente über den Krieg sprechen, so ist Deutschland der „Wolf im Heiligtum", der frevelhaft den Frieden der Welt gebrochen, sich dreiundvierzig Jahre lang auf den Krieg vorbereitet hat und als er fertig war, wie ein feiger Meuchelmörder mitten in der Nacht die schlafenden Nachbarvölker überfallen hat. Deswegen erklären sie, daß Deutschland aus der Gemeinschaft der gesitteten Menschheit, deren Sache sie ohne weiteres der ihrigen gleichsetzen, ausgeschlossen sei. Sie verhängen über uns gewissermaßen die Acht und wollen nicht eher Frieden schließen, als bis das Urteil vollstreckt ist und Deutschland durch seine Vernichtung seine Verbrechen gebüßt hat. Wie wunderlich nimmt sich diese Anklage gegenüber den Tatsachen aus! Man braucht nur die Zahlen der in den Krieg verwickelten Staaten und Völker miteinander zu vergleichen, um das Abgeschmackte der oben angeführten Beschuldigung zu erkennen. Nahezu eine Milliarde von den 1600 Millionen Bewohnern des Erdballs sind in diesen Krieg verwickelt. Von diesen aber stehen freiwillig oder gezwungen mehr als 800 Millionen auf der Seite Englands und seiner Alliierten, während nur etwa 160 Millionen an der Seite Deutschlands kämpfen. Von den Völkern der Mittelmächte und ihrer Verbündeten steht also einer gegen fünf Feinde und beim Beginn des Krieges stand Einer fast gegen Sechs. Dennoch soll der Eine der ruchlose Friedensbrecher sein, der die Sechs überfallen hat, damit er seinen Fuß auf ihren Nacken setze. Welches Gericht würde eine so ungereimte Anklage überhaupt auch nur ernst nehmen!

In der Tat zeigt die dreiundvierzigjährige Friedenszeit ebenso wie das Mißverhältnis der Zahlen schon die Richtung an, in der man die wahren Ursachen dieses Krieges zu suchen hat. Wo gibt es ein Reich, das bei gleicher Machtentwicklung so bescheiden, so friedlich und so arbeitsam neben seinen Nachbarn gelebt hat, wie das deutsche? Bismarck hat in einer seiner berühmtesten Reichstagreden die Lage Deutschlands in der Mitte Europas folgendermaßen gekennzeichnet: „Wir haben drei Angriffsfronten. Frankreich hat nur seine östliche Grenze, Rußland hat nur seine westliche Grenze, auf der es angegriffen werden kan. Wir sind außerdem der Gefahr der Koalition nach der ganzen Entwicklung der Weltgeschichte, nach unserer geographischen Lage und nach dem vielleicht minderen Zusammenhang, den die deutsche Nation bisher in sich gehabt hat im Vergleich mit anderen, mehr ausgesetzt als irgend ein anderes Volk. Gott hat uns in eine Situation gesetzt, in welcher wir durch unsere Nachbarn daran verhindert wurden, irgendwie in Trägheit oder Versumpfung zu geraten. Er hat uns die unruhigste und kriegerischste Nation, die Franzosen, an die Seite gesetzt, und er hat in Rußland kriegerische Neigungen groß werden lassen, die in früheren Jahrhunderten nicht in dem Maße vorhanden waren. So bekommen wir gewissermaßen von beiden Seiten die Sporen und werden zu einer Anstrengung gezwungen, die wir vielleicht sonst nicht machen würden. Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns, Karpfen zu werden, indem sie uns ihre Stacheln in unseren beiden Flanken fühlen lassen." In den achtundzwanzig Jahren, die seit jener Rede des großen Staatsmannes verflossen sind, hat sich die Lage für Deutschland noch verschlimmert, und weil wir durchaus keine Neigung zeigen, wieder Karpfen zu werden, wie in den Zeitläuften, da die Heere ganz Europas auf deutschem Boden ihre Schlachten schlugen und Deutschlands Nachbarn den deutschen Boden unter sich teilten, und weil unsere Feinde die unangenehme Enttäuschung erlebten, daß ihre Kriegsmathematik, nach der eins gegen fünf oder sechs gleich null sein müsse, sie betrog, so sind wir vom Militarismus verderbt und Feinde der europäischen Kultur, Freiheit und Zivilisation, als deren Verteidiger Moskowiter, Kalmüken, Gurkhas und Mohren vom Senegal gegen uns aufgeboten werden.

In der angeführten Stelle aus Bismarcks Reden aber liegen in der Tat die Wurzeln angedeutet, aus denen dieser Völkerkampf entstanden ist: Unsere geographische Lage zwischen kriegerischen, eitlen, ausdehnungslüsternen Völkern auf dem Festland, unsere dadurch bedingte, trotz aller Friedfertigkeit lebendig erhaltene Wehrhaftigkeit und unser gleichfalls aus unserer Lage erwachsenes Streben, die Nachteile unserer räumlichen Enge auszugleichen, und uns durch Arbeit und friedlichen Erwerb zu verschaffen, was uns der heimatliche Boden versagt hat.

Der Gründer des neuen Deutschen Reiches hat an eine eigentliche Weltpolitik in dem Sinne, wie sie Deutschland nach ihm aufgenommen hat, nicht gedacht. Das Wort von dem „saturierten" Deutschland stammt von ihm, und es war ganz aufrichtig gemeint. Der erste Kanzler, der Deutschland in den Sattel gesetzt hatte, lebte ganz in den Gedankengängen, die in den ersten sechzig Jahren seines Lebens in Deutschland als unbestrittene Wahrheiten galten. Das neue Reich sollte als festländischer Staat in den Grenzen, die ihm durch drei große und siegreiche Kriege gegeben waren, sich zur Geltung bringen, und die Reichspolitik strebte über die Grenzen festländischer Politik im engeren Sinne nicht hinaus. Schon in den Angelegenheiten des Nahen Orients, in denen heute der eine von den Ankern der heutigen Weltpolitik festhält, wollte er anderen Mächten den Vortritt lassen, weil diese Dinge Deutschland nicht unmittelbar angingen. Und doch war die Orientfrage diejenige, in der Bismarck die Ursache zum nächsten europäischen Kriege sah. Wie richtig er damit die kommende Entwicklung beurteilt hat, ist durch den letzten Balkankrieg und den jetzigen Weltkrieg bewiesen worden, der ja doch auch im Balkan und in Rußlands Balkanwühlereien den Ursprung gehabt hat. Noch weniger dachte er an weitausgreifende Pläne über die See hinaus, und was unter seiner Regierung an kolonialen Erwerbungen dem Reiche zugewachsen ist, war nicht das Ergebnis einer auf weite Sicht berechneten Kolonialpolitik, sondern eines zögernden und im Grunde widerwilligen Zugreifens, wie es die Umstände, der Zufall oder auch die Initiative von Kaufleuten oder wagemutigen und abenteuerlustigen Forschungsreisenden mit sich brachten.

Aber diese Selbstbescheidung hat es dennoch möglich gemacht, daß zwei Jahrzehnte hindurch der Schwerpunkt der europäischen Politik in Berlin lag. Deutschland, das außerhalb des europäischen Festlandes keine Reibungsflächen hatte und darum auch Koalitionen, wie die heutige leichter vermeiden konnte, wies den europäischen Geschicken den Weg, und auch England, dessen Auge noch unverwandt auf das in Asien rücksichtslos weiterschreitende Rußland gerichtet war, hatte gegen dieses Uebergewicht nichts einzuwenden, solange Deutschlands Weltinteressen über Ansprüche eines „kleinen Mannes", dessen innere Kraft und Vorwärtsdrang Englands Staatsmänner und Industriekönige unterschätzten, nicht hinausgingen. Würde Salisbury sonst, schon an Bismarcks Nachfolger, die Insel Helgoland, gegen Sansibar abgetreten haben? Damals wurde dieser Tausch von den Bismarckverehrern und Kolonialfreunden der deutschen Regierung als schwerer Fehler vorgehalten, vor einigen Tagen suchte ein englischer Karikaturist zu zeigen, wie der Gedanke an Helgoland selbst den Schatten Salisburys im Totenreich noch verfolge.

Deutschlands Weltinteressen.

Freilich bald darauf fing das Gesicht Europas an sich zu verändern. Sachlich allerdings machte zunächst auch der Abschluß des Zweibundes zwischen Rußland und Frankreich noch nicht viel aus. Im Stande der Beziehungen zu Frankreich, in dessen Revanchestimmung und verletztem Nationalstolz seit dem deutsch-französischen Kriege die wichtigste motorische Kraft in den Bewegungen gegen Deutschland und die stärkste Gefahr für den Frieden Europas lag, hatte sich trotz allen Entgegenkommens von deutscher Seite nichts geändert. Schon vorher aber war das früher so freundschaftliche Verhältnis Deutschlands zu Rußland bisweilen dem Gefrierpunkt nahe gekommen, und ob es mehr die Friedensliebe Alexanders III. oder die Achtung vor den Waffen Deutschlands und des Dreibundes war, die den rasselnden russischen Säbel immer wieder in der Scheide festhielt, das ist eine Frage, die man auf sich beruhen lassen kann. Hätte Deutschland auf dem Boden seiner rein festländischen Politik stehen bleiben können, so hätte wohl auch sein Verhältnis zu England bleiben können wie es war. Wenigstens ist nicht ersichtlich, weshalb England seine lauwarm gönnerhafte Haltung, die es bis in die ersten neunziger Jahre beobachtete, hätte ändern sollen.

Es waren zwei Wahrnehmungen, die in England unliebsame Wirkungen auslösten. Die eine, nicht im eigentlichen Sinne politischer Art, war das Anwachsen des deutschen überseeischen Handels, das um so empfindlicher berührte, als sein Anfang fast genau mit dem Jahre zusammentraf, in dem die erste größere Vermehrung der deutschen Flotte erfolgte. Während die Ziffern des deutschen Außenhandels bis 1898 nur mäßig gewachsen waren — in zehn Jahren kaum um 2½ Milliarden — begann von 1898 zu 99 zum erstenmal eine sprunghafte Steigerung, die nun im ganzen genommen dasselbe Tempo beibehielt und bis zum Jahre 1913, dem letzten vor dem Kriege, etwa 13 Milliarden gegenüber 1898 betrug. Es mag richtig sein, daß nicht dieser Fortschritt des deutschen Handels allein die unangenehmen Stimmungen erzeugte, die in Deutschland den eigentlichen Feind sehen und die früheren Gegensätze zu anderen Mächten zurückstellen ließen. Sicherlich hat der Ausbau der deutschen Kriegsflotte, wiewohl er ganz offen und nach einem auf eine lange Reihe von Jahren festgelegten Programm erfolgte, die vorhandene Nervosität sehr gesteigert und den Verdacht genährt, Deutschland strebe danach, Britannien die Seeherrschaft zu entreißen. Wenigstens vermochten die Jingos sich dieses Arguments immer wieder wirksam zu bedienen. Daß aber der von Jahr zu Jahr fühlbarer werdende Wettbewerb des deutschen Handels dabei die Unterstimmung lieferte, in der die Hetzereien einen starken Widerhall fanden, darauf deutet doch die Art hin, in der England den jetzigen Krieg sofort bei seinem Ausbruch als einen Krieg zur Vernichtung des deutschen Handels und mit all den üblen Krämerkniffen führte, die bisher unerhört in der Kriegsgeschichte anderer Völker waren und ganz besonders dazu beigetragen haben, diesem Kampfe den gehässigen Charakter zu geben, den er angenommen hat.

Der Aufschwung unseres Handels aber war nur eine freilich sehr wichtige Ausdrucksform der mannigfaltigen Beziehungen, die Deutschland mit den jenseits der Meere wohnenden Völkern verbinden. In den Grenzen der alten Kontinentalpolitik wäre es für Deutschland unmöglich gewesen, eine Bevölkerung von 68 Millionen festzuhalten, zu ernähren, den Wohlstand zu mehren und die Aufgaben zu erfüllen, welche die Zeit an ein großes Kulturvolk stellt. Der heimische Boden reichte dazu nicht aus. Wir mußten aus fremden Ländern und Zonen Rohstoffe einführen, um sie vermehrt und gestaltet durch unsere Arbeit wieder über das Meer hinauszuführen und mit ihnen nicht nur das zu bezahlen, was wir zum Leben brauchten, sondern auch noch, als Lohn unserer Arbeit, unseren Besitz an Gütern zu vermehren. In kleinem Maßstabe war das freilich auch schon in dem festländisch orientierten Deutschland geschehen. Aber welch ein gewaltiger Unterschied zwischen den Ziffern jener Periode und den letzten Jahren vor dem Kriege! Während die Bevölkerung Deutschlands von 1870 bis 1890 nur um etwa 8½ Millionen gewachsen ist, vermehrt sie sich von 1890 bis 1910, also in dem gleichen Zeitraum, um 15½ Millionen; während die Auswanderungsziffer 1885 noch 171 000, 1891 noch 120 000 betrug, ging sie mit dem Jahre 1898, demselben, in dem das Ansteigen der Handelsziffern beginnt, auf 22 000 herab, und hielt von da ab bis zum Kriege einen Durchschnitt von rund 26 000 fest. Dabei ist das Volksvermögen so angewachsen, daß im Durchschnitt jeder einzelne aus dieser größeren Zahl wohlhabender geworden ist als in der früheren Zeit. Es ist wohl so, wie es Fürst Bülow in dem vor einigen Jahren erschienenen Buche über die deutsche Politik unter Wilhelm II. ausdrückt: „Der Verzicht auf Weltpolitik wäre gleichbedeutend gewesen mit einem langsamen sicheren Verkümmern unserer nationalen Lebenskräfte." Deutschland mußte, nachdem es einmal auf dem Kontinent feststand, hinausgehen über den engen Raum, den ihm die Politik des ersten Kanzlers angewiesen hatte. Es durfte nicht mehr gleichgültig bei Seite stehen, wenn draußen über große an Naturprodukten reiche oder für den Absatz fertiger Waren geeignete Gebiete Abmachungen getroffen wurden oder der Bau von Verkehrswegen, von Werken der Industrie und Technik in Frage kam. Es kann nicht bestritten werden, daß wir dabei nicht immer behutsam genug aufgetreten sind, daß wir manchmal allzu geräuschvoll angekündigt haben, was wir nachher nicht einmal halten konnten und es ist auch wohl richtig, daß man im Auslande durch solche Gebärden bisweilen unnötig geärgert worden ist. Daß wir überhaupt hinausgegangen sind, wird heute niemand bedauern und daß der Kaiser schon sehr zeitig auf die Wichtigkeit dieser Politik hingewiesen hat, muß man ihm als Verdienst anrechnen.

Die Beziehungen zu England.

Es ergab sich aus den Dingen ganz von selbst, daß Deutschland, sobald es einmal ernstlich daran ging, seine politische Kraft für Ziele einzusetzen, die über Europa hinausgingen, irgendwo mit den Weltmächten, deren Flaggen draußen bereits seit Jahrzehnten oder Jahrhunderten über großen Herrschaftsgebieten wehten, besonders mit der größten Weltmacht England, zusammentraf. Das mußte keineswegs von vornherein in unfreundlichem Sinne geschehen. Denn Deutschlands weltpolitisches Ziel ging nicht auf Aneignung oder gar Eroberung großer Ländermassen. Dafür fehlten die geschichtlichen Voraussetzungen. Es begehrte nur dort die Tür offen zu halten, wo noch freie unverteilte Gebiete dem allgemeinen Wettbewerb offenstanden. Tatsächlich war auch das Verhältnis zwischen den beiden großen Völkern trotz gelegentlicher Reibungen und daraus entsprungener gereizter Aeußerungen dieser oder jener Zeitung bis in die ersten Jahre des jetzigen Jahrhunderts erträglich. Es gab zeitweilige Verstimmungen, wie nach dem vielbesprochenen Krügertelegramm und während des Burenkrieges, wo die Volksstimmung in Deutschland, freilich nicht heftiger als beispielsweise in Frankreich, sich aufbäumte. Ab. die Regierung beobachtete eine sehr strenge und gegen England fast wohlwollende Neutralität, und als von Rußland im Verein mit Frankreich ein diplomatischer Schritt zu Gunsten der Buren angeregt wurde, lehnte sie ab. Wie wenig jene Verstimmungen politisch bedeuteten, zeigt die Tatsache, daß in jenen Jahren zweimal, 1898 und 1901, die britische Regierung Deutschland für ein Bündnis zu gewinnen suchte. Es handelte sich für England darum, einen Bundesgenossen gegen Rußland zu gewinnen, der dann bei einem etwaigen Zusammenstoß das Schwergewicht der militärischen Last getragen hätte. Die deutsche Politik, deren Träger mit Recht fürchteten, durch einen solchen Bund in einen gefährlichen Gegensatz zum Zweibund hineingezogen zu werden, zog ein freies Verhältnis vor. Die Verhandlungen, die in dem ersterwähnten Zeitpunkt wenigstens ein, wenn auch in der Folge bedeutungs-

Fremdenblat
1/1.

Aus einem aufgefischten Depeschensack.

Am 4. Dezember sind von einem österreichisch-ungarischen Unterseeboot im Mittelmeer auf dem griechischen Dampfer „Spetsai" die als Kuriere reisenden englischen Offiziere Oberst Napier, früher Militärattaché in Bulgarien, dann der englischen Gesandtschaft in Athen zugeteilt, und das Parlamentsmitglied Captain Wilson, beide von Athen kommend, zu Gefangenen gemacht worden. Der von ihnen vorher über Bord geworfene Depeschensack ist von dem U.-Boot aufgefischt und eingebracht worden.

Die Kuriersendung enthielt außer Depeschen der britischen Gesandtschaft in Athen auch Privatbriefe von Mitgliedern der englischen Marinemission in Griechenland und des Gesandtschaftspersonals an ihre Angehörigen und Freunde in England.

Unter den amtlichen Korrespondenzen verdient der Bericht des englischen Gesandten in Athen vom 26. November 1915 besondere Aufmerksamkeit, da er in seiner Beilage den Wortlaut der Forderungen enthält, welche die Ententemächte an die griechische Regierung gestellt haben und deren Inhalt in flagrantem Widerspruch zu der von unseren Feinden so häufig gebrauchten Phrase von der Wahrung der Rechte der kleinen Nationen und der Neutralen überhaupt steht.

Dieselbe Geringschätzung hinsichtlich Griechenlands und seiner fundamentalen Institutionen, ja selbst der Person des hellenischen Souveräns tritt an zahlreichen Stellen der aufgefundenen Privatkorrespondenz zutage, was um so bemerkenswerter ist, als es sich einerseits um Mitglieder einer bei der griechischen Regierung akkreditierten diplomatischen Vertretung, anderseits um Angehörige der in hellenische Kriegsdienste getretenen englischen Marinemission handelt.

Da es indes den Grundsätzen der k. u. k. Regierung widerspricht, Privatbriefe, auch wenn sie aus dem Lager unserer Feinde stammen, der Oeffentlichkeit zu übergeben, wurde der weiter unten folgende Auszug, unter Ausschaltung aller rein privaten Mitteilungen und unter Weglassung der vollen Namen der Schreiber und Adressaten, auf jene Stellen beschränkt, welche geeignet erscheinen, im allgemeinen die politische Tendenz und die Sprache der betreffenden britischen Diplomaten und Seeoffiziere zu charakterisieren.

Auch wird die österreichisch-ungarische Regierung nur die aufgefangene amtliche Korrespondenz der königl. großbritannischen Gesandtschaft in Athen zurückbehalten, hingegen die Privatkorrespondenz der Mitglieder dieser Mission und der in griechischen Diensten stehenden englischen Seeoffiziere im Wege der Wiener amerikanischen Botschaft den Adressaten zukommen lassen.

Im nachfolgenden die Dokumente:

I. Sir F. Elliott, englischer Gesandter in Athen, an Sir Edward Grey.

Athen, am 26. November 1915.

Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 1317 vom heutigen Tage. Ich beehre mich, in der Anlage eine Kopie des Schriftstückes zu übermitteln, welches mein französischer Kollege heute morgens dem Ministerpräsidenten in Gegenwart der Vertreter von Großbritannien, Italien und Rußland überreicht hat, und welches eine Aufstellung der Punkte enthält, bezüglich welcher von der griechischen Regierung Konzessionen verlangt werden.

Mit dem Ausdrucke meiner vorzüglichen Hochachtung ꝛc.

gezeichnet: Eliott.

Die Forderungen der Entente an Griechenland.

Anlage:

1. Zurückziehung der griechischen Truppen aus der Stadt Saloniki und deren Umgebung.

2. Vollständig freies Verfügungsrecht über die Eisenbahnen und Straßen bis zur Grenze, insbesondere in der Richtung gegen Krivolak und Monastir, damit wir sowohl in der Stadt selbst als auch in deren Umgebung alle Maßregeln treffen können, welche zu unserer Verteidigung unumgänglich notwendig sind, da die Herstellung einer Verteidigungsorganisation im Raume um Saloniki und vor der Halbinsel Kalkidike von hervorragendster Wichtigkeit ist, um die Sicherheit der Expeditionstruppen zu gewährleisten.

3. Freiheit zur See, wie zum Beispiel das Recht, Schiffe und Boote in den Teritorialgewässern zu visitieren, die feindlichen Unterseeboote, ihre Operations- und Versorgungsbasis an der Küste und in den Territorialgewässern aufzusuchen und zu zerstören.

In Anbetracht der schwierigen Lage, in welche der Rückzug der serbischen Armee gegen Albanien und Montenegro die alliierten Truppen bringen wird, ist es dringendst notwendig, daß dem Begehren Rechnung getragen werde, nicht nur durch mündliche Zusagen, sondern auch durch Handlungen, d. h. durch die Evakuation der Gegend von Saloniki durch die griechischen Truppen, welche zurückzuziehen wären, um auf diese Weise die Freiheit unserer Bewegungen und unserer Verteidigung nicht stören zu können.

II. Aus einem Briefe eines Beamten des englischen Auswärtigen Dienstes

ddo. Saloniki 25. November 1915.

Es entspricht dem sentimentalen Wesen der Engländer, von Bulgarien zu sprechen, als wäre es Serbien in den Rücken gefallen. Es ist nun eine Tatsache, daß die bulgarische Mobilisation dadurch notwendig wurde, daß drei serbische Divisionen an der bulgarischen Grenze konzentriert wurden. Wir alle haben Serbien nachdrücklichst und wiederholt gesagt, was geschehen würde, wenn es nicht nachgibt, und jetzt sehen wir einfach das, was wir (in Sofia) vorausgesagt hatten. Ich habe infolgedessen sehr wenig Mitgefühl für Serbien, mehr hingegen für Bulgarien, welches noch einmal sein Blut vergießen mußte, um das zu erhalten, was es bereits in dem blutigen Kriege von 1912 gewonnen hatte. Wie dem auch sei, dieses Mitgefühl müssen wir bis auf weiteres in die Tasche stecken. Die Politik der Alliierten wird durch den Erfolg gerechtfertigt werden. Wenn wir siegen und die Bulgaren aus Mazedonien vertreiben, wird die Macht gesiegt haben, aber gewiß nicht das Recht.

Wir haben Bulgarien nicht neutral erhalten. Wir hätten dies durch eine starke Aktion in Nisch erreichen können, und um diese Neutralität zu erhalten, hätten wir einen großen Preis zahlen können. Wie die Sachen jetzt stehen, scheinen wir einen Balkanstaat nach dem andern in das Verderben zu stürzen.

Du scheinst zu glauben, daß Griechenland auf unsere Seite treten wird. Ich bezweifle dies sehr und wäre nicht überrascht, wenn das Gegenteil eintreten würde.

Wenn ich einmal in ferner Zukunft nach Hause komme, werde ich dir alles dies auseinandersetzen. Wenn du die Art von Menschen kennen würdest, welche als Zeitungskorrespondenten fungieren und wenn du wüßtest, wie ungeheuer ihre Ignoranz ist, könntest du den Zeitungen kein Vertrauen schenken.

III. Aus einem Briefe des Mr. W. Y. G., Sekretärs der englischen Gesandtschaft in Athen

ddo. Athen, 28. November 1915.

Meiner Ansicht nach wäre es am besten, den König von seinem Thron zu verjagen und Venizelos zum Präsidenten einer hellenischen Republik auszurufen. Aber jedermann scheint von derart drastischen Maßregeln zurückzuschrecken. Unglücklicherweise ist der König in dem größten Teile der Armee sehr populär.

IV. Aus einem Briefe des Mr. K, Mitgliedes der englischen Marinemission in Athen,

ddo. Athen, 2. Dezember 1915.

Ich bin überzeugt, daß die Leute und der König selbst den begangenen Fehler jetzt einsehen. Aber er (der König) ist so ein stützliges Geschöpf (obstinate beast), daß er halsstarrig bleibt. Meine Ueberzeugung geht dahin, daß nach diesem Kriege nichts derartiges wie Könige bestehen bleiben sollte. Sie haben den Krieg und alles Elend verursacht und nur sie allein . . .

V. Aus einem Briefe des Mr. W. E., Sekretärs der englischen Gesandtschaft in Athen,

ddo. Athen, 2. Dezember 1915.

Ich hoffe, man wird zu Hause bald entscheiden, ob man die Saloniki-Expedition fortsetzen soll oder nicht und daß man sich für das erstere entscheiden wird. Die Griechen setzen alles daran, um uns zur Aufgabe der Expedition zu überreden. Meiner Ansicht nach ist es aber sehr wichtig, daß wir uns festsetzen und Saloniki während des Winters verteidigen, sogar wenn man an keine große Expedition denkt. Dies würde die feindlichen Kräfte binden und verhindern, daß dieselben zurückgezogen und an anderen Kriegsschauplätzen verwendet werden. Die Griechen fürchten die Deutschen zu sehr, um die Verteidigung ihres Landes zu wagen. Sie sagen, daß sie Zuseher bleiben und den Feind herein lassen werden, wenn wier darauf bestehen hier zubleiben. Sie sind die elendesten Köter (curs), die man sich vorstellen kann, alles was wir tun können, ihnen vor uns mehr Furcht einzujagen, als sie vor den Deutschen haben. Zu diesem Zwecke haben wir eine starke Flotte, welche bei Melos wartet und bereit ist, im Bedarfsfalle eine Demonstration zu machen.

VI. Brief des W. T. H. an Mr. G. G. F. im Auswärtigen Amte in London.

Ich nehme an, daß Sie nach London zurückgekehrt sind und ich wollte, Sie würden sich ein wenig Ruhe gönnen. Aber ich fürchte, daß dies in diesen unruhigen Zeiten schwer möglich sein wird. Immerhin hoffe ich, daß man jetzt mehr geneigt ist, auf Ihre Stimme zu hören als früher. Die Leute zu Hause scheinen ihren Kurs zu ändern und sind offenbar weniger geneigt, der Regierung zu vertrauen als ehedem. Die Leute wollen wissen, warum wir den Karren so verfahren haben und so viel Geld ausgegeben haben, um so wenig zu erreichen.

Was hier vorgeht, ist ein gutes Beispiel für die Art unserer Politik. Wir haben uns wie gewöhnlich gehen lassen und sind durch die Ereignisse überrascht worden. Ursprünglich wollten wir einige Divisionen landen — ein politischer Schachzug — um Griechen und Bulgaren zu impressionieren. Unser Mißerfolg war ein kläglicher und jetzt landen wir starke Kräfte; mehr sollen noch nachfolgen und das Ende von alledem ist nicht abzusehen. Auf jeden Fall spielen wir das deutsche Spiel, indem wir freiwillig 300.000 bis 400.000 Bulgaren an uns heranziehen. Während wir, wenn wir uns beizeiten zurückgezogen hätten und die Bulgaren nach Mazedonien hereingelassen hätten, wahrscheinlich gar nicht in die Lage gekommen wären, mit ihnen kämpfen zu müssen. Anbei ein Memorandum, welches ich über den Gegenstand geschrieben habe und welches den Militärbehörden als aus der Feder eines ausländischen Diplomaten kommend, vorgelegt wurde. Wenn es von mir gekommen wäre, so wäre es natürlich in den Papierkorb gewandert. So hoffe ich, daß es einigen Eindruck gemacht haben wird.

Ich glaube auch, daß die Dardanellen-Geschichte wenn möglich ebenso aufgegeben werden sollte. Es ist Zeit, daß wir die Serie unserer Mißerfolge beenden. Blind darauf losgehen, nur deshalb, weil wir die Sache einmal angefangen haben und weil wir nicht den moralischen Mut aufbringen können uns zurückzuziehen, ist, wie die fremden Diplomaten sagen, Unsinn (Folly).

Die Griechen verdienen sicher nichts anderes als einen guten Tritt. (a good kik behind!)

VII. Aus einem Briefe an Major R. A. S. in London von einem Freunde in Athen,

ddo. 30. November 1915.

Die Situation hier muß als eine durchaus außergewöhnliche und kritische bezeichnet werden, aber ich glaube, wir werden die Sache zu gutem Ende bringen, wenn nur unsere Regierung eine feste Haltung einnimmt; diese ist aber derart schwankend, daß, wenn die Dinge gegen uns ausfallen, es größtenteils ihre Schuld sein wird.

Wie Sie sehen, ist die Situation für uns außerordentlich kritisch und beunruhigend sowohl vom politischen als vom militärischen Standpunkte aus betrachtet und viele glauben, daß unsere Tage hier gezählt sind.

Ich selbst glaube nicht daran, aber ich gebe zu, da die Lage unserer 150.000 Mann in Saloniki meinem Laienauge sehr gefahrvoll erscheint. Werden sie Zeit haben, sich zu verschanzen, gegen die Deutschen, welche heranstürmen werden, sobald Monastir gefallen sein wird und werden sie in der Lage sein eine Belagerung auszuhalten? Aber wahrscheinlich werden Kitchener und das Ministerium die Frage, ob wir in Saloniki und Gallipoli bleiben sollen, entschieden haben, wenn Sie diese Zeilen bekommen werden.

Die Griechen sind ein verächtliches Völkchen (a despitable little race).

VIII. Aus einem Briefe des Mr. Y. E., Mitglied der brisischen Gesandtschaft in Athen, an Mr. A. Y., Beamter des Auswärtigen Amtes in London,

ddo. Athen, 1. Dezember 1915.

Wir stecken hier in einem schauerlichen Durcheinander und es wäre leicht möglich, daß wir Weihnachten in England verbringen werden, nachdem es uns gelungen sein wird, das Unwahrscheinliche zu erreichen: den Bruch zwischen Griechenland einerseits und Frankreich und England anderseits. Es wird sehr unangenehm sein, wenn wir gehen müssen, da wir natürlich auch die kleinsten Vorbereitungen nicht bemerkbar werden lassen dürfen. Nichtsdestoweniger glaube ich nicht, daß es dazu kommen wird, aber es stehen

Berner Bund 1./I. 1916

Zur Kriegslage

Vorbereitungen. Die Lage auf dem orientalischen Kriegsschauplatz. Die Verhältnisse in Persien, Arabien und Aegypten. Das Problem von Saloniki (mit Karte). Der Aktionskreis der Defensivbasis. Die griechische Flankenstellung. Saloniki als Offensivbasis. Kolonialexpeditionen und Kontinentalkrieg. Auf der Schwelle.

Da die Vorbereitungen der Zentralmächte und ihrer Verbündeten zu neuen Operationen noch im Gange sind, die Entente aber bis jetzt darauf verzichtet hat, aus der Defensive herauszutreten, so ist scheinbar eine große Operationspause eingetreten, die sich in tragischer Ironie wie Feiertragsstille ansieht. Man soll sich aber, wie hier wiederholt betont wurde, dadurch nicht in Ruhe wiegen lassen und darf nicht verkennen, daß der europäische Krieg abermals einer Erweiterung und einer Verschärfung entgegengeht. Wenn auch an der Westfront stark kanoniert und hie und da lebhaft um Grabenstücke gekämpft wird, die Russen an der Ostfront sich im Kleinkrieg betätigen und an ihrem äußersten Südflügel vorübergehend zu Artillerie- und Infanterie-Aktionen angesetzt haben — vielleicht um auf die rumänische Volksvertretung Eindruck zu machen — so bleibt doch das Interesse augenblicklich von dem neuerschlossenen orientalischen Kriegsschauplatz gefesselt.

Persien, immer noch dem Namen nach neutral, ist bereits in einen Bandenkrieg verwickelt und sieht russische Kolonnen über Kum nach Süden drängen, vermutlich um die wichtigen Westostverbindungen in die Hand zu bekommen. Arabien scheint nun doch stärker vom heiligen Krieg berührt zu sein, als dies bis vor kurzem der Fall war, eine Tatsache, die hauptsächlich durch den glücklichen Irakfeldzug der Türken erklärt wird, denn nun liegt für den Araber wieder das Paradies unter dem Schatten des Schwertes, und er schlägt sich auf die Seite des Siegers. Die hier ausgesprochene Auffassung, daß sich die Engländer in Kut el Amara so gut wie eingeschlossen befinden, gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Die letzten Meldungen lassen deutlich erkennen, daß die Türken im gewaltsamen Angriff auf ein befestigtes Lager stehen. Noch hält sich Oberst Townshend, aber die Zurückweisung des letzten türkischen Sturmangriffes zeigt schon deutlich die Merkmale einer stark verkürzten Front. Es fragt sich, wann der Entsatz eintrifft und ob die Türken nicht bereits ein Korps zur Vortragung des Angriffs in der Richtung auf Korna abgezweigt haben. Auch im Hinterlande von Aden und an der ganzen Küste des Roten Meeres sind die Araber offenbar in starker Bewegung.

Wie weit die Expedition gegen den Suezkanal gediehen ist, wird erst ersichtlich werden, wenn der Angriff selbst einsetzt. In diesem Falle läge aber auch die türkische, durch deutsche und österreichische Rahmen, Spezialtruppen und technische Hilfsmittel verstärkte Armee schon vor den Toren Aegyptens, denn es ist nicht anzunehmen, daß man diesmal wieder von El-Arisch eine Division zur gewaltsamen Erkundung auf Kantara vorschicken wird, sondern daß der Angriff erst erfolgt, wenn der methodische Vormarsch, dessen Vorbereitungen viele Monate erfordern, die Armee unter Nachziehen ihrer Operationsbasis in die Nähe des Kanals gebracht hat. Ein Unternehmen von außerordentlicher Kühnheit und Schwierigkeit, aber nicht unausführbar und schon dann für England gefährlich, wenn nicht die Truppen General Maxwells, sondern nur der Suez-Kanal „außer Gefecht" gesetzt wird. Auch die von mir kürzlich geäußerte Auffassung, daß eine Bedrohung der ägyptischen West- und Südgrenze das strategische Problem für die Engländer bedenklich gestalten könnte, scheint sich zu bestätigen. Die englischen Wüstenposten sind sämtlich auf eine nach Osten verlegte, in Abständen befestigte Linie zurückgenommen und Verstärkungen nach dem Suezkanal gesandt worden. Unter diesen Umständen haben die Engländer mindestens eine Erhöhung ihrer Feldstärke um sechs Divisionen nötig, wenn sie allen Möglichkeiten die Spitze bieten wollen. Kein Wunder, daß die Indier die Front in Frankreich verlassen. Vor einem Jahre wäre das unmöglich gewesen, weil der englische Ersatz fehlte, wie eine englische Quelle richtig bemerkt, vor einem Jahre wäre es aber auch unnötig gewesen, so viel Truppen in den Orient zu werfen, wie ich hier beifügen möchte. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die Dardanellen-Aktion englische Truppen freigegeben hat; aber das Bedürfnis nach Leuten ist viel größer geworden, und England wird jetzt „zwangsweise" in viel höherem Maße rekrutieren müssen, um sich in der Defensive zu behaupten und den Krieg fortzuführen. An der Westfront stehen die Engländer jetzt von Ypern bis über Albert hinaus. Das Höchstmaß der englischen Leistungsfähigkeit ist noch nicht erreicht. Englands größte Energien werden jetzt erst aufgerufen.

Am entbehrlichsten mögen einsichtigen englischen Militärs immer noch die in Saloniki stehenden Truppen erscheinen. Und doch ist das Problem von Saloniki, wie es heute gestellt erscheint, für die Kriegsführung der Entente so bezeichnend und für die Koalition so bestimmend, daß auch die Engländer sich der Beteiligung an dieser zweiten, vorläufig im Hafen gescheiterten Expedition nicht werden entziehen können. Noch haben wir es auch in und bei Saloniki mit einer Operationspause zu tun und noch sind verschiedene Möglichkeiten denkbar: Beharren der Bulgaren in einer Beobachtungsstellung an der Genze, Beharren der Entente in einem notdürftig befestigten Saloniki oder Vormarsch wenn nicht bulgarischer, so doch deutsch-österreichischer Truppen und fieberhafter Ausbau einer weitgespannten Verteidigungslinie der Ententegruppen. Noch stehen die Griechen in der von Anfang an innegehabten Flankenstellung, die, wie ich kürzlich ausführte, bei der Rückverlegung des Kriegsschauplatzes in die Nähe von Saloniki zu einer doppelseitigen geworden ist, und noch wissen wir nicht, wie sich Griechenland schließlich politisch und militärisch zur weiteren Entwicklung des Problems stellt.

Beabsichtigt die Entente Saloniki gegen einen etwaigen Angriff starker Kräfte zu halten, so hat sie noch viel zu tun, sich einzurichten. Die beigefügte Kartenskizze zeigt, daß Saloniki ohne Einbeziehung der Chalkidike in den Operationsraum der Verteidigung auf die Dauer nicht zu halten ist und ich habe daher schon vor geraumer Zeit die Behauptung gewagt, daß die Halbinsel dem Platz operativ angeschlossen würde. Neue Meldungen bestätigen das.

Versuchen wir nun den Aktionskreis von Saloniki so zu bestimmen, daß er schlimmstenfalls genügt den Platz zu halten, so müssen wir einen Radius von mindestens 25 Kilometer in Anwendung bringen. Dann wären die Anglo-Franzosen noch imstande an den Sümpfen im Westen eine Anlehnung zu finden, die Seenge im Osten zu beherrschen und im Norden das Galikotal südlich von Kukus zu sperren, sowie die Straße nach Seres zu sichern. Aber auch in diesem Falle kommt viel auf das Verhalten der Griechen an, die bei Katerini und Seres-Kavalla stehen, Fort Karaburun besetzt halten und es in der Hand haben, den Angreifern und den Verteidigern die Sache durch ihre Haltung zu erschweren oder zu erleichtern. Eine Verkürzung des Radius auf zwanzig Kilometer würde Saloniki bei einer Belagerung schon schwer gefährden. Zuweit vorgeschobene Verteidigungsstellungen hingegen werden immer einer Umfassung ausgesetzt sein und können nur die Annäherung zeitweilig erschweren. Das gilt von der jetzt als äußerste Linie bezeichneten Front Ljumnica-Kilindir-Moravca, aus welcher die Verteidiger herausmanöveriert werden könnten. Jedenfalls genügen zur aktiven Verteidigung von Saloniki die 20,000 Mann, die jetzt dort sind, aber bei weitem nicht alle als streitbar anzusprechen sind, kaum, wenn auch die Flotte die rechte Flanke vom Golf von Orfano aus und die linke vom Golf von Saloniki aus zu decken vermöchte.

Noch schwieriger wird es sein, aus Saloniki wieder eine Offensivbasis zu machen, wie General Sarrail ja bereits zu seinem Schaden erfahren hat. Waren die englisch-französischen Truppen mit 170,000 Mann außerstande, die nahezu kampflos erreichte Stellung Kriwolak-Demir Kapu-Kosturino zu halten, so wird es auch 300,000 Mann nicht möglich sein, den Angriff von der Basis aus wieder vorzutragen, falls nicht damit — ich komme auf frühere Erwägungen zurück — ein konzentrischer Angriffsplan größten Stils diese Offensive mit einem Vormarsch von Albanien und Kavalla und mit einer russischen Diversion verbindet. Das erfordert, wie bereits wiederholt, zuerst am 30. September, ausgeführt wurde, Monate und es ist fraglich, ob heute dazu überhaupt noch die nötige Zeit und das nötige Schiffs- und Menschenmaterial vorhanden ist, von der anzuwendenden Methodik ganz zu schweigen.

Man macht sich schwerlich einen Begriff, was die Entente an Schiffstransporten aller Art aufzubringen hat, um ihre exzentrischen überseeischen Operationen durchzuführen und unterschätzt auch vielleicht die riesige Leistung, die von England in dieser Beziehung vollbracht wird, die aber trotz der bestehenden Beherrschung der Meere bis jetzt nicht genügt hat, die militärischen Operationen sicherzustellen und zum Erfolg zu führen. Trotz der Exzentrizität sind eben alle diese Unternehmungen keine Kolonialexpeditionen, wie sie England unter Ueberwindung größter Hindernisse und Verbeißen schwerer Rückschläge so oft siegreich zu Ende geführt hat, sondern es handelt sich um die Bekämpfung eines jetzt von Lille bis Bagdad auf den innern Linien verbunden stehenden Feindes, der es bis jetzt verstanden hat, seine Kräfte zusammenzuhalten und die Entscheidung trotz großer Hemmungen am jeweils richtigen Punkte zu suchen. Daß die von den Zentralmächten erkämpften Erfolge sich nicht genügend summiert haben, um der Entente nicht nur das strategische Gesetz, sondern auch den Frieden aufzuerlegen, erklärt sich aus der riesenhaften Ausdehnung des Krieges, welcher nicht blos Heere und Feldherrn, sondern die Völker selbst mit ihrem ganzen nationalen Impuls unter Höchststeigerung ihrer wirtschaftlichen Widerstandskraft ineinander verkämpft sieht und durch Zufluß von Kriegsmaterial immer wieder gespeist wird. Von der Schwelle des neuen Jahres erblicken wir zwar die Pforte des Janusbogens weiter geöffnet als je — aber alle Entwicklung drängt dem Ende zu, das zeitlich genauer zu bestimmen, dem doppelstirnigen Gotte in diesem Falle freilich selbst noch nicht möglich wäre.

H. St.

Fremden

Die Neujahrsempfänge in Budapest

Budapest, 1. Jänner.

Die Mitglieder der Arbeitspartei des Reichstages versammelten sich heute vormittags im Klub der Partei, um den Präsidenten Grafen Khuen-Hedervary zu begrüßen.

Abg. Ivan Rakovszky richtete an den Präsidenten eine kurze Ansprache, worin er ausführte: Der Krieg hat vor allem der 1867er-Politik nach jeder Richtung hin Genugtuung geboten. Der erste große Krieg unter dem Regime des Dualismus hat dem ungarischen Namen so viel Ruhm gebracht, daß man kaum fürchten muß, daß in Zukunft in unserem staatsrechtlichen Verhältnis zu Oesterreich Meinungsverschiedenheiten eintreten könnten. Der Redner feierte sodann den Patriotismus der nichtungarischen Bevölkerung, welche mit den Waffen in der Hand die Möglichkeit irgendwelcher föderalistischer Bestrebungen hinweggefegt habe. Er verweist sodann auf die große Bedeutung des Friedens zwischen den verschiedenen Parteien und zollt seine volle Anerkennung dem Verhalten der Führer der Opposition. Während des Krieges haben wir, sagt Redner, auch die Mängel der Organisation unseres wirtschaftlichen Lebens nachteilig empfunden. Bei der Lösung wirtschaftlicher Fragen wird es auch notwendig sein, sich über die Klasseninteressen zu erheben und mit größter Gerechtigkeit und Sachlichkeit allen Interessen gegenüber vorzugehen. Schließlich rühmte der Redner die großen persönlichen Eigenschaften des Präsidenten der Partei, dem die ganze Partei und das ganze Land aus Anlaß des Jahreswechsels die herzlichsten Glückwünsche darbringe.

Rede des Grafen Khuen-Hedervary.

Präsident Graf Khuen-Hedervary dankte gerührt für die zum Ausdruck gebrachten guten Wünsche, die er auch seinerseits vollkommen erwidere, und fuhr sodann fort: Wir halten an unserem Verhältnis zu Oesterreich getreulich fest, weil dieses nicht nur unsere staatlichen Interessen sicherstellt, sondern weil es uns in der Weltstellung der Monarchie auch den uns gebührenden Platz bietet, gerade inmitten dieses Weltkrieges, in dem jedermann sich davon überzeugen konnte, daß unsere Nation dem ungarischen Namen überall in der ganzen Welt Ehre und Achtung dadurch verschafft hat, daß sie bei dieser Kraftprobe der Monarchie deren militärische Kraft und deren Ruhm bedeutend gestärkt hat. Ebenso wie diese gemeinsame große Prüfung unsere Kraftquellen erschlossen hat, ebenso hat sie uns auch mit der Schwäche einzelner unserer Organisationen bekanntgemacht, welche zum Teil schon inmitten der Kämpfe saniert wurden, und es ist gewiß, daß die gemachten Erfahrungen die nach dem Kriege notwendigen inneren Reformen in wohltuender Weise beeinflussen werden. Was sich im großen bewährt hat, das werden wir auch in Zukunft vorsichtig bewahren. (Lebhafter Beifall.)

Auch unser hinsichtlich der Fragen unserer Nationalitätenpolitik eingenommener Standpunkt hat sich als richtig erwiesen. Dadurch wurden alle jene Voraussetzungen und — zum Teil — Verleumdungen widerlegt, die insbesondere das feindliche Ausland gegen uns verbreitet hat. Deshalb seien wir auch in Zukunft bei Sicherstellung unserer Staatlichkeit gerecht und billig. Hiefür sprechen auch die auf diesem Gebiete im Kriege gemachten Erfahrungen. Der Liberalismus, der allein die gesamten Kräfte der Nation zusammenfassen kann, möge auch fernerhin die leitende Idee bleiben, denn nur dies bietet eine Gewähr dafür, daß jedermann sich wohl fühle in diesem Lande. Denn wer den Erfordernissen des Staates seinerseits entspricht, der darf auch seine besonderen Interessen pflegen.

Inmitten der Kämpfe wäre es heute zumindest verfrüht, an die unmittelbaren Aufgaben der nächsten Zukunft zu denken, aber gleichwie der Krieg viele Gegensätze ausgeglichen hat, so hoffe ich, daß auch die in unseren volkswirtschaftlichen Einrichtungen bestehenden Interessengegensätze verstummen werden vor der Hoheit der Aufgabe, für die Völker leichtere Lebensverhältnisse zu schaffen.

Das abgelaufene Jahr haben wir gut beendet — unseren Feinden gegenüber auf dem Kampffeld, hierzulande im Zeichen des inneren Friedens. Gebe Gott, daß wir im nächsten Jahre die Früchte davon einheimsen, zur Freude jedes Patrioten! — Der Präsident dankte sodann noch jedem einzelnen für die ausgesprochenen guten Wünsche.

Beim Ministerpräsidenten.

Hierauf begaben sich die Versammelten, denen sich zahlreiche Mitglieder des Magnatenhauses und auch andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anschlossen, in das Ministerpräsidium, um dem Ministerpräsidenten ihre Glückwünsche zu entbieten. Ministerpräsident Graf Tisza sowie die Mitglieder des Kabinetts wurden beim Eintritt in den großen Empfangssaal mit lebhaften Eljenrufen empfangen.

Hierauf hielt Abg. Albert v. Berzeviczy im Namen der Partei eine Ansprache, in der er zunächst auf die militärische Situation zu Neujahr 1915 hinwies und dann fortfuhr: Welch ungeheure Veränderung ist seit diesen trüben Tagen vorgegangen! Es ist wahr, daß die Zahl unserer Gegner sich vermehrt und unser eidbrüchiger Bundesgenosse sich diesen angeschlossen hat, aber auch die Zahl unserer Alliierten hat sich vermehrt, indem die tapfere bulgarische Nation sich uns angeschlossen hat. (Lebhafte Eljenrufe.) Die letzten Ereignisse haben es unzweifelhaft dargetan, daß wir mit dem neuen Bundesgenossen mehr gewonnen, als wir in dem alten verloren haben. (Lebhafter Beifall.) Während wir auf drei Kriegsschauplätzen kämpfen, hat ein Bruchteil unserer Armee ohne jede Unterstützung unserer Alliierten sich als genügend erwiesen, um unsere Grenzpositionen gegen den verzweifelten Ansturm der Italiener zu verteidigen. Der hartnäckigen Verstocktheit unserer Gegner, die sich nur auf ihre ziffermäßige Ueberlegenheit berufen und das Gewicht der sittlichen und geistigen Faktoren ignorieren, setzen wir unsere unerschütterliche Ausdauer entgegen. Wir begegnen den feindseligen Angriffen mit jener erhebenden Einmütigkeit, die alle Schichten der Nation und alle politischen Parteien nach heftigsten Kämpfen im gemeinsamen Gefühle der Vaterlandsliebe zu einer unerschütterlichen Einheit verschmilzt. (Lebhafter Beifall.) Wir stellen dem Haß unserer Feinde die ungarische Tapferkeit gegenüber, die aus dem Nebel der Legende neuerdings sich zur glänzenden Wirklichkeit erhoben und alle Welt zur Bewunderung hingerissen hat. Diese Tapferkeit, die uns mit unseren kroatischen Brüdern zu einer Gemeinsamkeit, die an das Zeitalter Zrinyis erinnert, verbindet, hat als Stütze der Dynastie und der Monarchie die großen Ideen des Ausgleiches und der dualistischen Staatsform gerechtfertigt. Diese unsere heldenmütige Entschlossenheit muß jede gegen unsere selbständige Staatsform gerichtete zentralisierende Tendenz vereiteln, wie dies auch in dem Willen des Herrschers, der die Wappen- und Emblemenfrage gelöst hat, zum Ausdruck gebracht ist. (Lebhafte Zustimmung.) Unter der Fahne des Allerhöchsten Kriegsherrn unseres erhabenen greisen Königs (langanhaltende Eljenrufe) und im treuen Einvernehmen mit dem anderen Staate der Monarchie und unseren Verbündeten sind wir entschlossen, die rechtlichen Folgen unserer Siege zur Geltung zu bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber niemals wird die nationale ungarische Politik in dem großen Werke des Friedens als ein unversöhnliches und andere unterdrückendes Element auftreten. Wir sind nicht aus Eroberungssucht in den Krieg gezogen. (Lebhafte Zustimmung.)

Redner apostrophierte dann den Grafen Tisza: Wir können Zeugnis ablegen, daß du in den kritischesten Zeiten der Prüfung den Glauben und das Vertrauen in den Sieg unserer Sache nicht verloren hast. Du hast Glauben und Vertrauen den Zaghaften eingeflößt, du hast es verstanden, der Führer einer starken Nation zu sein, die durch alle Höhen dieses entsetzlichen Krieges hindurch siegen will und siegen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Denn mit uns ist die Gerechtigkeit und mit uns ist Gott! (Lebhafte Zustimmung.) Gott gebe dir und deinen Gefährten Kraft, Ausdauer und Zufriedenheit im Privatleben, Segen und Erfolg in eurer Tätigkeit um das gemeinsame Wohl! (Langanhaltende Eljenrufe und Händeklatschen.)

Die Rede des Grafen Tisza.

Ministerpräsident Graf Tisza ergriff das Wort und sagte:

„Geehrte Freunde! Euer geschätzter Redner, mein allverehrter Freund (lebhafter Beifall), hat mit meisterhaften Worten den Unterschied dargelegt, den die Lage unseres Vaterlandes gegenüber der im Vorjahre in dem gegenwärtigen Augenblicke zeigt.

Heute halten wir den Sieg in unserer Hand. (Eljenrufe.) Wenn wir das Schwert noch nicht weglegen können, so ist die Frage nur die, welche Zeit, welche weitere Anstrengung und Tapferkeit erforderlich ist, damit wir den definitiven Sieg sichern: **Der Sieg an sich ist nicht mehr fraglich!** Aber wir dürfen nicht in den Fehler des Optimismus verfallen. Unterschätzen wir nicht die Aufgaben, die unser harren. Vergessen wir nicht, daß trotz der großen Siege der jüngsten Vergangenheit, ja teilweise gerade infolge der großen Siege schwere und bedeutende Aufgaben der Nation harren. Sie wird ihnen nur dann entsprechen können, wenn sie sich die patriotische Weisheit, Opferwilligkeit und Tatkraft bewahrt, welchen Tugenden wir die Siege der jüngsten Vergangenheit verdanken.

Der Ministerpräsident ging sodann auf die Darlegung der nationalen Politik über, als deren Voraussetzung er die Konzentrierung aller Kräfte im Dienste des Vaterlandes bezeichnete. Ich habe viel zu großes Vertrauen in den Patriotismus der Opposition, sagte der Ministerpräsident, und ich empfinde viel zu sehr, daß wir, die Majorität und vor allem vielleicht die verantwortliche Regierung, alles aufbieten müssen, daß der Parteizwist vermieden werde. Wir müssen bis an jene Grenze gehen, wo die uns anvertrauten nationalen Interessen uns gebieten haltzumachen. Einer der hauptsächlichsten Grundsätze der nationalen Politik muß weiterhin sein, daß wir die seelische Harmonie mit den Volksstämmen, welche unser Vaterland bewohnen, herstellen, daß wir auf sie eine starke Anziehungskraft auszuüben vermögen.

Das abgelaufene Jahr war in dieser Beziehung reich an erhebenden Beispielen. Gewisse Verirrungen Einzelner oder einzelner Schichten haben uns in der Beurteilung der Nationalitäten Ungarns nicht irremachen können. Die Kriegszeit hat so recht erwiesen, daß der tausendjährige ungarische Staat nicht bloß für zehn Millionen Ungarn, sondern für zwanzig Millionen ungarischer Staatsbürger das teure Vaterland ist. Die Ursache der Hingebung aller Bewohner des Staates liegt darin, daß der nationale ungarische Staat, die Einheit der politischen Nation, nicht auf Unterdrückung aufgebaut ist, sondern auf der Grundlage vollkommener Rechtsgleichheit und der weitgehenden Rechte der verschiedenen Sprachen und Kulturen, ferner auf der liebevollen Unterstützung der verschiedenen kulturellen und sozialen Interessen. Wir müssen auf diesem Wege weiterschreiten. Wir müssen die hier und dort auftretenden Mängel unseres staatlichen Organismus ergänzen. Dabei müssen wir die traditionelle ungarische Politik verfolgen, welche die andersprachigen Staatsbürger des Landes mit dem Gefühle der Treue und Anhänglichkeit erfüllt hat.

Die Notwendigkeit der Konzentration der Kräfte gilt in erhöhtem Maße für Kroatien und Slawonien. Die großserbische Agitation, deren Abgrundtiefe und Bösartigkeit wir erst unmittelbar vor dem Kriege kennen gelernt haben, diese Bewegung richtet sich auch gegen das kroatische Volk. Wir konnten gegen diese Bewegung ohne Hilfe der Kroaten nicht mit vollem Erfolg ankämpfen. Aber das kroatische Volk müßte unbedingt zugrunde gehen, wenn es gegen jene gefährliche Bewegung nicht im Verein mit Ungarn ankämpfte. Gerade im Ausfluß des weitestgehenden kroatisch-nationalen Gefühls müssen die Kroaten gegenüber dieser großserbischen Gefahr eine vollkommene Verständigung und Zusammenarbeit mit der brüderlichen ungarischen Nation entwickeln. Wir müssen die Bruderhand, die wir schon vor dem Kriege den Kroaten hingereicht haben, nach den ruhmreichen Erfahrungen des Krieges mit gesteigertem warmem Gefühl hinstrecken. Aber auch sie müssen einschlagen zu einem solchen dauernden Zusammenarbeiten, welches die sichere Grundlage der Stärkung des ungarischen Staates, aber auch des Bestandes, der Entwicklung und des Aufblühens der ungarischen Nation sein soll. (Lebhafter Beifall.)

Das Verhältnis zu Oesterreich.

Was den anderen Staat der Monarchie betrifft, so kann man wohl hoffen, daß dieser Krieg endgiltig alles aus dem Wege gefegt hat, was der wahren Verständigung, der wahren seelischen Einheit, dem wahren Zusammenwirken für die gemeinsamen Ziele stets im Wege stand. Dreieinhalb Jahrhunderte laborierte diese Monarchie an dem schweren Problem, in welcher Weise die ungarische Nation ihre ganze Kraft in den Dienst ihrer eigenen Großmachtziele einfügen könne. Alle Herrscher und Staatsmänner, die sich um die Entwicklung der Kraft des österreichischen Kaiserreiches bemühten, stießen an dieses Problem. Es brachte die Leiden der schweren Prüfungen von dreieinhalb Jahrhunderten über uns alle, weil die Lösung niemals auf dem richtigen Wege gesucht wurde. Man wollte diese Nation unter die Macht eines auf den Trümmern unserer nationalen Unabhängigkeit und unserer staatlichen Existenz aufzubauenden großen Gesamtreiches bringen, diese Nation, welche, solange ein Ungar leben wird, sich niemals in eine solche höhere staatliche Gemeinschaft zwängen läßt. (Langanhaltende begeisternde Eljenrufe und Applaus.) Und man sah nicht ein, daß die Macht, welche die großen körperlichen und geistigen Eigenschaften der ungarischen Nation vertreten, vorhanden ist und zur Verfügung steht in dem Augenblicke, in welchem man sie nicht durch ein Machtwort anrufen will. Denn es gibt keinen Ungarn, der nicht davon durchdrungen wäre, daß die Existenz der ungarischen Nation an den Bestand einer starken Donaugroßmacht geknüpft ist. Wahrlich, es gibt keinen Ungarn seit dem heiligen Stephan, der nicht in der Verknüpfung mit dem Westen die Bedingungen des Bestandes der ungarischen Nation, ihre Entwicklung und Größe suchen würde.

Wenn es irgend jemanden auf der Welt gibt, für den die Großmachtstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie ein Existenzinteresse ist, wenn es einen Faktor auf der Welt gibt, der im eigenen Interesse alle seine Kräfte in den Dienst dieses Zieles stellt, so ist dies die ungarische Nation. (Beifall.) Vielleicht hat jetzt dieser Krieg endgiltig die Augen geöffnet, vielleicht hat man eingesehen, daß sich die ungarische Nation dem österreichischen Reiche im Kampfe um die Großmachtstellung, um die Großmachtexistenz so angeschlossen hat, wie sie es in der Vergangenheit niemals getan hat. Sie tat dies deshalb, weil sie ihre eigene staatliche Existenz gesichert sah, sie brauchte keinen neuen Angriff auf sie zu befürchten und jedermann konnte sehen und fühlen, was die innerlich einheitliche — im geistigen Sinne des Wortes genommen — ganze Energie des konzentrierten ungarischen Staates und seine ganze Kraft für die Monarchie bedeutet. (So ist es!) Ich glaube, heute kann es keinen österreichischen Patrioten geben, der nicht eine der ersten

Kriegskalender.

1. Dezember. Unsere Truppen dringen umfassend gegen Plevlje vor. — In der italienischen Kammer hält der Minister des Aeußern, Baron Sonnino sein Exposé. Er erklärt, daß Italien dem Londoner Uebereinkommen, betreffs des Sonderfriedens beigetreten sei.

2. Dezember. Einmarsch unserer Truppen in Plevlje. Des weiteren besetzen sie Jakuba und Boljanic. — An der Isonzofront werden neue italienische Angriffe abgewiesen. — Die Türken schlagen die Engländer an der Irakfront. — Rumänien verkauft den Zentralmächten 50.000 Waggons Getreide.

3. Dezember. Monastir wird von den Bulgaren besetzt. Südwestlich von Mitrovica erfolgreiche Kämpfe mit den flüchtenden Serben. — Görz wird von den Italienern neuerlich heftig beschossen. — Joffre wird zum Oberbefehlshaber aller französischen Armeen ernannt.

4. Dezember. Die Höhen südlich von Plevlje werden von unseren Truppen erstürmt. — Sämtliche italienische Angriffe am Isonzo werden abgewiesen. — Landung von italienischen Truppen in Valona.

5. Dezember. Bei Plevlje und Foca werden die Montenegriner geschlagen. — Die Bulgaren werfen die Serben bei Prizrend. — In Calais tritt der neue Kriegsrat des Vierverbandes zum erstenmal zusammen.

6. Dezember. Unser Kreuzer „Novara" versenkt bei Giovanni di Medua fünf feindliche Dampfer und mehrere Segler mit Kriegsvorräten. Unser Kriegsschiff „Warasdiner" versenkt in der Nähe das französische U-Boot „Fresnel". — Unsere Truppen dringen an mehreren Stellen über die montenegrinische Grenze. — Oestlich von Ipek werden die Serben geschlagen.

7. Dezember. Einmarsch unserer Truppen in Ipek. Bei Berane werden die montenegrinischen Hauptstellungen gestürmt. Die Bulgaren besetzen Djakova-Resna und Dibra. — Eröffnung des ungarischen Parlaments. — Rücktritt des spanischen Kabinetts Dato. — Der Papst eröffnet das Konsistorium mit einer Ansprache, in der er seine vergeblichen Friedensbemühungen erwähnt.

8. Dezember. Eines unserer U-Boote versenkt vor Valona einen italienischen Kreuzer. — Die Italiener greifen die Hochfläche von Doberdo an, werden aber zurückgeschlagen. — Italienische Kriegsschiffe beschießen Sistiana. — Die Bulgaren besetzen Ochrida.

9. Dezember. Bei Dolje in der Nähe von Tolmein erobern unsere Truppen ein Stück der italienischen Front. — Bei Berane wird der linke Flügel der Montenegriner zum Weichen gezwungen. — Die Ententetruppen in Makedonien treten den Rückzug an. — Die Senussi besetzen das ganze Wilajet Tripolis. — Die Vereinigten Staaten von Nordamerika verlangen die Abberufung des deutschen Militär- und Marineattachés in Washington. — Im deutschen Reichstag lehnt Bethmann Hollweg die Anbahnung von Friedensverhandlungen ab.

10. Dezember. Vor Lardaro und Riva werden heftige italienische Angriffe abgewiesen. — Die Bulgaren schlagen die Engländer bei Doiran. Amerika verlangt die Abberufung unseres Generalkonsuls in Newyork Ruber von Perekop. — Graf Romanones übernimmt die Kabinettsbildung in Spanien.

11. Dezember. Die italienischen Angriffe in Judikarien dehnen sich aus. Eines unserer Seeflugzeuggeschwader greift Ancona mit Erfolg an.

12. Dezember. In Nordostmontenegro werden Korita und Rozaje von unseren Truppen besetzt. — Die Bulgaren erobern das Hauptquartier des Generals Sarrail und rücken in Struga ein. — Die amerikanische Regierung richtet an Oesterreich-Ungarn eine Note wegen Versenkung des Dampfers „Ancona".

13. Dezember. Die Bulgaren nehmen Doiran und Ghewgeli. — Die Türken erobern die vorgeschobenen Stellungen der Engländer bei Kut ül Amara. — General Castelnau wird zum Chef des französischen Generalstabes ernannt. — Der Kommandant der Festung Kowno wird zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er zu früh die Festung aufgegeben hat.

14. Dezember. Die Italiener beschießen wieder Görz. — Südlich von Plevlje erobern unsere Truppen die montenegrinischen Stellungen auf der Branja Gora. — Die Bulgaren durchbrechen die englisch-französische Vardarfront, wodurch Makedonien gänzlich vom Feinde gesäubert ist. — Die italienische Kammer votiert dem Kabinett Salandra das Vertrauen.

15. Dezember. Ein Angriff mehrerer französischer Flugzeuggeschwader auf die Stellungen der Deutschen an der Westfront endet mit dem Verlust von vier feindlichen Flugzeugen. — Das englische Unterhaus nimmt eine Vorlage an, wonach die Heeresstärke auf vier Millionen Mann erhöht werden soll.

16. Dezember. Die bulgarischen Truppen stellen an der griechischen Grenze die Verfolgung des Feindes vorläufig ein. — Baron Burian lehnt in seiner Antwort auf die „Ancona"-Note die amerikanischen Forderungen ab. — Feldmarschall French wird zum kommandierenden Feldmarschall sämtlicher englischer Truppen, Sir Douglas Haig zu seinem Nachfolger als Befehlshaber in Frankreich und Flandern ernannt.

17. Dezember. Unsere Truppen erstürmen Bjelopolje. — Der italienische Transportdampfer „Re Umberto" stößt auf eine Mine und sinkt.

18. Dezember. In der vierten Isonzoschlacht verloren die Italiener 70.000 Mann an Toten und Verwundeten. — Südöstlich von Gelebic werden die Montenegriner aus dem letzten Stück bosnischen Bodens vertrieben. — Die Griechen beginnen mit dem Abzug ihrer Truppen aus Saloniki; nur ein Pionier- und ein Artillerieregiment sollen belassen werden. — In Nordostmontenegro brachte eine unserer Divisionen in den letzten vier Tagen 13.500 Gefangene ein. — Französische Flieger führen einen Angriff auf Metz aus und beschädigen das städtische Museum. — Der kleine deutsche Kreuzer „Bremen" und eines seiner begleitenden Torpedoboote werden in der Ostsee von einem feindlichen U-Boot versenkt. — Griechenland protestiert gegen die Befestigungsarbeiten in Saloniki.

19. Dezember. Unsere Truppen erstürmen die montenegrinischen Stellungen am Tara-Knie. — Englische Monitore beschießen Westende.

20. Dezember. Die Engländer werden auf Gallipoli bei Anaforta und Ari-Burnu von den Türken vollständig geschlagen und schiffen ihre Truppen unter großen Verlusten ein. Ein Gegenangriff der Engländer bei Seddil Bahr wird zurückgeschlagen. — Seit Kriegsbeginn wurden bis Ende November insgesamt 734 feindliche Handelsschiffe mit einem Gehalt von 1,447.628 Tonnen versenkt.

21. Dezember. General Rußki wird seiner Stellung als Oberbefehlshaber der russischen Nordarmee enthoben. — General Dewet und 118 andere wegen Hochverrats verurteilte Gefangene werden freigelassen.

22. Dezember. Ein österreichisches Flugzeug wirft Bomben auf Skutari ab. — Die Franzosen nehmen die Kuppe des Hartmannsweilerkopfes. — In Hannover stirbt General von Emmich, der Eroberer von Lüttich.

23. Dezember. Die Deutschen nehmen die Kuppe des Hartmannsweilerkopfes zurück und machen hiebei mehr als 1500 Gefangene. — Ein großes Transportschiff zwei Seemeilen südlich Sunderland gesunken.

24. Dezember. Russische Angriffe an der bessarabischen Front werden abgewiesen. Ebenso scheitern auch italienische Angriffe bei Tolmein.

25. Dezember. Russische Kräfte, die sich östlich von Narancze (an der bessarabischen Grenze) eingegraben hatten, wurden nachts überfallen und vertrieben. — Die Beschießung von Tolmein dauert fort. Auf den Nordhängen des Altissimo wird der Vorstoß einer italienischen Kompagnie abgewiesen. — Die Einschließung der englischen Truppen in Mesopotamien macht Fortschritte. — Nach einer Meldung der „Köln. Ztg." sind am 20. d. nachts vor Boulogne zwei englische Transportdampfer untergegangen.

26. Dezember. Im Sumpfgebiet der Polesie werden starke feindliche Aufklärungsabteilungen zurückgeworfen. Ebenso werden Annäherungsversuche gegen den Südteil der Hochfläche von Doberdo leicht abgewiesen. — Deutsche Patrouillenunternehmungen in der Gegend von Dünaburg waren erfolgreich. — König Peter von Serbien ist in Italien eingetroffen. — Kabinettswechsel in Persien. Prinz Ferman Ferma Ministerpräsident.

27. Dezember. In Bjelopolje wurden bisher an Beute 5400 Handfeuerwaffen eingebracht. — Die Senussi bringen den Engländern eine schwere Niederlage bei. — Die Araber haben die Grenze bei Sollum überschritten und marschieren gegen das Niltal. — Depeschenwechsel zwischen dem Zaren Nikolaus und Poincaré. — Gasexplosion auf dem französischen Panzerkreuzer „Marseillaise". — Ein englisches Flugzeug verbrennt westlich von Lille.

28. Dezember. An der bessarabischen Front werden starke russische Angriffe unter schweren Verlusten zurückgewiesen. Desgleichen werden russische Vorstöße am Dnjestr zurückgeschlagen. — Die Montenegriner ziehen sich von Godijeva nach Bijoca zurück. — Eröffnung des bulgarischen Sobranje mit einer Thronrede durch König Ferdinand.

29. Dezember. Neuerliche russische Angriffe an der bessarabischen Front werden unter großen Verlusten des Feindes abgeschlagen. — An der Tiroler Südfront entwickeln die Italiener lebhaftere Tätigkeit. — Westende wird wirkungslos von einem feindlichen Monitor beschossen. — Angriffe der Franzosen am Hartmannsweilerkopf scheitern. — Ein montenegrinisches Segelschiff wird durch eines unserer U-Boote versenkt. — Der englische Ministerrat beschließt die allgemeine Wehrpflicht in England. — Die Russen besetzen in Persien Kaschan und marschieren gegen Ispahan. — Im Hafen von Durazzo hat unsere Zerstörerflotte ein französisches U-Boot vernichtet.

30. Dezember. Heftige russische Angriffe in Ostgalizien abgeschlagen. 1200 Russen gefangen. — Beim Brückenkopf von Burkanon ließ des Feind 900 Tote und Schwerverwundete zurück. — Antwort unseres Auswärtigen Amtes auf die „Ancona"-Note. — Die Schlacht zwischen den Engländern und Türken am Tigris dauert fort.

31. Dezember. An der Strypafront wurden wiederholte starke Angriffe der Russen zurückgeschlagen. An der bessarabischen Front Nachlassen der Tätigkeit des erschöpften Gegners. — Italienische Vorstöße am Gardasee wurden abgewiesen. — Ein feindlicher Fliegerangriff auf Ostende richtete in der Stadt erheblichen Gebäudeschaden an. Militärischer Schaden ist nicht entstanden. — In Havre sank der englische Panzerkreuzer „Natal" infolge einer Explosion im Innern. Von der Besatzung wurden 400 Mann gerettet.

Montag, 3. Januar 1916

Zeitung

d gelehrten Sachen

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800. 11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690.

ei La Bassée

Albaniens Zukunft.

Zwei namhafte politische Persönlichkeiten Albaniens, der orthodoxe Südalbanier Dr. med. Turtuli, früherer Minister im Kabinett Turkhan Pascha unter dem Fürsten Wied, und der katholische Pfarrer von Durazzo, Monsignore Katschori, weilen zu politischen Zwecken gegenwärtig in Berlin. Ueber den Stand der albanischen Angelegenheiten befragt, äußerten sich die beiden Herren gemeinsam wie folgt:

Gleich vielen europäischen Problemen ist auch das albanische noch ganz in der Schwebe. Erst nach Abschluß des Krieges wird darüber entschieden werden. In diesem Augenblick läßt sich nur feststellen, daß mit numerisch ganz verschwindenden Ausnahmen das Albanertum aller Konfessionen mit dem Herzen auf der Seite der Mittelmächte und ihrer Verbündeten steht. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen nahe und brauchen nicht erst breit auseinandergesetzt zu werden. Der überlieferte scharfe Gegensatz zwischen Albaniern und Serben spricht in dieser Beziehung für sich selbst. Mit freudiger Genugtuung wurden die schweren Mißerfolge Serbiens und seiner Verbündeten von den Albaniern begrüßt. Dazu kommen die zahlreichen Fäden, welche die albanische Intelligenz an Oesterreich knüpfen, und nicht zum geringsten trägt zu der Neigung der kampfgewohnten Albanier für die Mittelmächte die Bewunderung bei, die sie für die fast sagenhafte militärische Kraft des Deutschen Reiches haben. Von den mohammedanischen Albaniern, die im Lande die Mehrheit bilden, braucht man nicht erst zu sagen, wie sehr das Wiedererwachen der alten Waffenherrlichkeit ihrer türkischen Glaubensgenossen zu ihrem Gemüte spricht.

Aus alledem ergibt sich, daß die in den letzten Jahren so schwer geprüften Albanier ihr Heil in Zukunft von dem Siege der Bundesgruppe der Mittelmächte erwarten, wobei ausdrücklich zu bemerken ist, daß ein nationaler oder territorialer Widerstreit zwischen Albaniern und Bulgaren nicht besteht, zumal da die Albanier das Vertrauen haben, daß das neue Großbulgarien nicht die Absicht hat, sich fremdnationale Gebietsteile anzugliedern.

Man lasse sich durch Essad Paschas Verhalten nicht irremachen. Essad hat sich seit langem den Italienern verschrieben und steht auch mit Serben und Montenegrinern in alten Beziehungen. Den Italienern und Serben verdankt der überaus ehrgeizige und eitle Mann seine vorläufige Herrscherstellung in Durazzo, sowie die Mittel, sich dort zu halten. Als Vasall Italiens steht er unter dem Schutze der Kanonen italienischer Kriegsschiffe. Auch weilt gegenwärtig eine italienische Truppenabteilung in Durazzo. Essads Einfluß reicht jedoch über einen engen Rahmen nicht hinaus. Das übrige Albanien ist jederzeit bereit, sich gegen Essad zu wenden, sofern Essad nicht irgendeine günstige Gelegenheit ergreift, um entweder ins andere Lager hinüberzuschwenken oder im geeigneten Zeitpunkte das Land zu verlassen.

Für uns andere Albanier bleiben die Gesichtspunkte maßgebend, auf Grund deren uns bei der Neuordnung der balkanischen Verhältnisse im Jahre 1913 die europäischen Großmächte unsere Unabhängigkeit gegeben haben. Wir fühlen uns als eine Volksmasse mit geographisch geschlossenen Wohnsitzen, die, wie alle anderen Nationen, den Anspruch und das Recht auf ein Eigenleben hat. Wir wünschen, unsere staatliche Unabhängigkeit und Unversehrtheit zu behalten. Eben dieser Wunsch macht uns zu Gegnern der das Serbentum wider uns unterstützenden Russen, Franzosen und Engländer sowie erst recht der in unser Land eingebrochenen Italiener. Wir glauben auch, daß gewisse soeben befreite Gebiete, die ethnisch weder serbisch noch bulgarisch sind, dem albanischen Staate anzugliedern sind. Wir haben zudem die Zuversicht, daß die Sieger in dem Weltringen die Kraft und den guten Willen haben werden, fehlerhafte Beschlüsse, wie sie im Hinblick auf Albanien die Berliner Konferenz von 1878 und die Londoner Botschafterkonferenz von 1913 begangen haben, von sich zu weisen.

Die zum Teil sehr bedauerlichen Ereignisse, die sich im ersten Lebensjahre des albanischen Staates abgespielt haben, beweisen nichts gegen seine Lebensfähigkeit oder gegen die staatsbildenden Eigenschaften seiner Bevölkerung. Der albanische Staat wurde in die Welt gesetzt wie ein hilfloses Kind. Keinem Balkanstaat war das Schicksal beschieden, vom ersten Augenblick ganz und gar auf sich selbst gestellt zu sein. Der erste Griechenkönig, der Bayernprinz Otto, nahm einige tausend bayerische Soldaten und eine Anzahl höherer Verwaltungsbeamten nach seiner neuen Heimat mit. In Bulgarien legten russische Truppen und Beamte die ersten Grundlagen für das staatliche Dasein. Ausländischer Unterstützung er-

Berner Bund 4.II.1916

Zur Kriegslage

Die Angriffe der Russen zwischen Pinsk und Czernowitz. Die Rolle Rumäniens. Die militärische Lage bei Salonki. Bomben und Konsuln. Saloniki und Gallipoli. Die Lage der Serben und Montenegriner. Die Italiener in Albanien. Der Seekrieg. Adalia und die Russen in Persien.

Während auf den alten Kriegsschauplätzen im Westen und Süden von großen Operationen, die auf eine Aenderung der strategischen Lage hinzielen, nicht gesprochen werden kann, haben die Russen auf der linken Hälfte ihrer Front zu Offensivstößen angesetzt, die starke Kräfte in Anspruch nehmen. Der „Rußki Invalid" läßt durchblicken, daß man damit auf die Rumänen Eindruck zu machen hoffe und stützt so diese von mir geäußerte Vermutung, obwohl man sich sagen muß, daß es ein kostspieliges Mittel ist, durch Stirnangriffe starkbefestigter Stellungen politische Erfolge zu erzielen. Man kann daher der Meinung sein, daß die Russen nicht nur auf die Rumänen Eindruck machen wollen, sondern daß sie auch militärische Erfolge zu erzielen gedenken und darf das besonders heute aussprechen, da feststeht, daß auf der ganzen Front zwischen den Pripjetsümpfen und der rumänischen Grenze abschnittweise starke Sturmgruppen vorgetrieben wurden.

Nach den russischen Meldungen, die bezeichnenderweise ziemlich zurückhaltend geworden sind, wurden feindliche Grabenstellungen erobert, nach den Gegenmeldungen die Positionen auf der ganzen Linie und zwar sowohl von der Armee Pflanzer-Baltin, als auch der Gruppe Bothmer behauptet. Man kann daraus schließen, daß die russischen Angriffe nach starker Artillerievorbereitung an die Drahthindernisse und da und dort in die ersten Gräben vorgetragen, meist abgeschlagen wurden und daß nur noch an einzelnen Druckstellen das übliche Hin und Her von Angriff und Gegenangriff wütet. Es ist aber nicht wohl anzunehmen, daß den Russen ein Durchbruch gelingen könnte. Ob die schweren Opfer, die sie dabei bringen, militärisch oder politisch gerechtfertigt sind, wird die Entwicklung lehren, vorläufig ist beides zu bezweifeln. Nicht gut denkbar ist, daß diese Angriffe aus der Iwanowschen Front allein bestritten werden, und ich verweise daher auf die frühere Mutmaßung, wonach die bei Reni versammelt gewesene Reservearmee statt nach Bulgarien eingeschifft oder durch Rumänien vorgebracht zu werden, mit an der galizischen Front verwendet wird, ähnlich, wie dies früher wiederholt mit Odessaer Reserven geschehen ist, die ursprünglich für eine Balkan-Expedition bestimmt waren. Es läßt sich natürlich nicht sagen, ob diese russische Offensive stärkere verbündete Kräfte festlegt oder einer immerhin möglichen deutsch-österreichischen Offensive am Südabschnitt zuvorgekommen ist, doch kann, wie dem auch sei, von einer Auswirkung der russischen Angriffe nicht gesprochen werden.

Die Rolle Rumäniens ist militärisch noch nicht neubestimmt worden, hingegen ist das Land, das im eigenen Getreide erstickte, nun durch die veränderten Verhältnisse gezwungen worden, von seiner früheren Wirtschaftspolitik abzugehen und riesige Getreidemengen an die Zentralmächte abzugeben. Um so schärfer spitzt sich die militärische Lage Griechenlands zu, da nun die ersten vorbereitenden Kriegshandlungen auf griechischem Boden erfolgt sind und die griechische Regierung dadurch aufs neue zur Stellungnahme gedrängt wird. General Sarrail hat die deutschen, österreichischen und türkischen Konsuln in Saloniki aufheben lassen und hat sich dabei als verantwortlicher Militär darauf berufen, daß es sich um eine notwendige Kriegsmaßnahme gehandelt habe. Es war gewiß eine der merkwürdigsten Lagen, daß in Saloniki Vertreter und Angehörige des Vierbundes und Vierverbandes in Tätigkeit waren und ein- und ausgingen, während um sie her das Kriegslager der Entente emporwuchs und seine militärischen Geheimnisse preisgab, was freilich aus der Besetzung griechischen Gebiets resultierte und im Grunde ganz natürlich war, aber zu unnatürlichen militärischen Konsequenzen führte.

Geht man dem Zusammenhang der militärischen Maßnahmen nach, welche vielleicht als die Eröffnung der Offensive gegen Saloniki zu gelten haben werden, so ergibt sich folgendes: Am 29. Dezember steigen englisch-französische Flieger aus den zwischen Kilindir und Kukus errichteten befestigten Linien vom griechischen Boden auf und werfen auf das deutsch-bulgarische Lager, das östlich Doiran auf mazedonischem Boden liegt, Bomben ab. Der französische Tagesbericht der Orientarmee vom 31. Dez. stellt das ausdrücklich fest. Daraufhin erscheinen am 30. Dez. bulgarische oder deutsche Flieger über den Stellungen der Anglo-Franzosen und erwidern die Sprenggrüße. Mit Bezugnahme auf diese Bombengrüße schreitet das englisch-französische Oberkommando dann zur Ausweisung der Konsuln, wogegen der griechische Präfekt protestiert. Es bleibt nun abzuwarten, ob und in welchem Sinne sich die Diplomatie der verschiedenen Kontrahenten in diesem dreifachen und ineinander verschlungenen Zwischenfall betätigt, oder ob jetzt die Aktion gegen Saloniki als eröffnet zu betrachten ist und wie sich Griechenland diesfalls zu der materiellen Gefährdung seiner größten Hafenstadt stellt, wenn Angriff und Verteidigung sich begegnen.

Die Ententetruppen sind, wie wir wiederholt ausführten, bei weitem nicht zu einer Offensive befähigt. Verlieren sie aber die Vorstellungen bei Kilindir und in der Richtung auf Likovan und den Golf von Orfano, so werden sie späterhin überhaupt keinen Aufmarschraum mehr besitzen und sich diesen erst neu erkämpfen müssen. Keine verlockende Situation, denn eine Reduitstellung auf der Chalkidike ist nicht besser als ein zweites Gallipoli, auch wenn die Halbinsel noch so stark befestigt und sogar behauptet wird. Anderseits ist zu beachten, daß ein Angriff auf Saloniki — ganz abgesehen von politischen, die Parteinahme Griechenlands bestimmenden Gründen — kein Kinderspiel ist, daß es dazu starker Kräfte, mächtiger Artillerie und eines großen Einsatzes von Menschenleben bedürfte, wenn Sarrail Zeit behält, sich vollständig einzurichten und die absolut notwendigen beträchtlichen Verstärkungen heranzuziehen. Die Aktion der Entente wird vom militärischen Standpunkt immer unverständlicher, besonders da die Trümmer des braven serbischen Heeres mit den Montenegrinern zusammen kaum noch sechs Divisionen abgeben werden und das erst nach Monaten.

Die Aktion der Oesterreicher und Bulgaren gegen Montenegro und in Albanien nimmt insofern ihren Fortgang, als der starke Druck auf die montenegrinischen Streitkräfte nicht aufgehoben ist und die Serben vollständig auf italienische Hilfe angewiesen bleiben. Diese Hilfe ist noch nicht von Belang. Die Vermutung, daß die Italiener nur schwache Kräfte an Land gesetzt haben, wird dadurch bestätigt, daß sie von Vallona aus ein kleines Zweigkorps nach Durazzo sandten und sich darauf beschränken, den Serben Lebensmittel abzugeben, dabei selbst aber infolge der Unsicherheit der Verbindungen Not leiden. Wie vorauszusehen war, macht die Tätigkeit der österreichischen Flotte in den Küstengewässern Truppen- und Verpflegungstransporte beinahe unmöglich. Große Transportschiffe verfallen den Torpedos und Minen, kleine werden gejagt und wenige kommen ans Ziel. Darüber gibt eine Meldung aus montenegrinischer Quelle vom 30. Dezember unverdächtige Auskunft. Es wird sich zeigen, ob die Sperre der Sandschak-Grenze und die Unterbindung des Adriaverkehrs die Widerstandskraft Montenegros nicht so vollständig aufzehrt, daß König Nikita daraus die letzten Konsequenzen ziehen muß.

Bei ihrer Blockade der albanischen Küste hat die österreichische Flotte allerdings Verluste erlitten. Zwei Einheiten ihrer Zerstörerflotte, die hochmodernen Schiffe „Lika" und „Triglav" (850 Tonnen), sind durch Minen versenkt worden. Die französische Flotte hat bei dieser Aktion ein älteres Unterseeboot „Monge" verloren. Empfindlich ist für die Engländer der Verlust des Panzerkreuzers „Natal" (13,750 Tonnen, Breitseite 871 kg), eines Vertreters der schnittigen „Warrior"-Klasse, der im Hafen von Havre infolge einer Pulverzersetzung aufgeflogen ist. Die deutsche Flotte hat in letzter Zeit den Verlust der „Bremen" erlitten, eines Schiffes der vielgeprüften Städteklasse, das der regen Tätigkeit englischer Unterseeboote in der Ostsee zum Opfer fiel. Neue überseeische Expeditionen des Vierverbandes werden in noch nicht amtlich bestätigten Depeschen aus Kleinasien gemeldet, wo französische Streitkräfte eine Aktion in Adalia planen sollen, eine Diversion, die [illegible] Bereich militärischer Möglichkeit läge, aber auch wieder reichlich spät angesetzt wird.

In Persien dringen russische Kolonnen gegen Hamadan vor. Ständen die Engländer in Bagdad, so sähe sich das wie Kooperation an; das ist jetzt nicht der Fall, bleibt aber beachtenswert. H. St.

Berner Bund 5./I. 1916

Vom Balkan

Die Schlachten in den Balkanbergen — Der Rückzug nach Saloniki — Die diplomatischen Unterhandlungen

(Von unserem Korrespondenten)

S. E. Saloniki, 12. Dez.

Alea jacta est. Vor dem unwiderstehlichen Anprall der vereinigten Armeen Oesterreichs, Deutschlands und Bulgariens, vor dem kombinierten Angriff mehrerer Heere, die einen wohlerwogenen Plan verfolgen, denen Kriegsmittel in Hülle und Fülle, Truppen ohne gleichen, eine ganz vorzügliche Vorbereitung und Führung zur Verfügung stehen, konnten die Armeen der Alliierten, die paketweise nach Mazedonien geschafft worden waren, nur mehr oder weniger lange standhalten. Schließlich mußten sie doch den Rückzug antreten. Die eigentlichen Kriegshandlungen der Mittelmächte gegen die französisch-englischen Verbündeten hatten im ganzen kaum zwei Wochen gewährt, als sich schon die Ergebnisse der Riesenschlacht in den düstern Balkanbergen, die schon wiederholt der Schauplatz blutiger Geschehnisse gewesen sind, durch die dichten Nebel der über allen modernen Schlachten lagernden Ungewißheit abhoben, welch letztere es auch dem gewiegtesten militärischen Fachmann verunmöglicht, das Endresultat vorauszusagen. Dieses Resultat nun läßt sich bereits in seinem ganzen Umfange in dem Balkanfeldzug der Entente erkennen. Die letzten Meldungen von der Front lauteten schon vor einigen Tagen dahin, daß die Lage der englisch-französischen Truppen so kritisch wäre, daß sie eilends an den Rückzug denken müßten. So kam es auch. Von allen Seiten bedrängt, in dem Dreieck Gjevgjeli-Doiran-Udowo zusammengepfercht sahen sich die englisch-französischen Streitkräfte gezwungen, die bisherige Front aufzugeben und sich auf griechisches Gebiet in Sicherheit zu bringen. Es wird noch davon die Rede sein, wie sich die Lage Griechenlands infolge Rückzugs auf sein Territorium gestaltet hat. Vorerst sei hier die militärische Lage näher ins Auge gefaßt.

Nach dem Falle von Monastir flüchteten sich die serbischen Heere ohne jede Aussicht auf Hilfe nach Mazedonien, Epirus und Albanien. Von diesem Zeitpunkt an schwand für die Alliierten alle Hoffnung, den serbischen Truppen die Hand zu bieten, um einen hartnäckigen Widerstand bewerkstelligen zu können. Die Entente-Heere sahen sich auf ihre eigene Kraft angewiesen, und zwar einem Feinde gegenüber, der an Zahl und Munitionsvorrat von Tag zu Tag zunahm. Somit blieb der englisch-französischen Orientarmee, welche bei ihrer Ankunft auf dem Balkan nur neuen Niederlagen entgegengehen sollte, nachdem sie bereits an den Dardanellen geschlagen worden, nichts weiter übrig, als sich defensiv zu verhalten, zum mindesten bis zum Eintreffen neuer Verstärkungen. Das geschah, freilich ohne großen Gewinn. Denn die Armeen der Oesterreicher, Deutschen und Bulgaren ließen von der Verfolgung der Truppen des Generals Sarrail und Sir Hamiltons nicht eher ab, als bis die Alliierten auf griechisches Gebiet abgedrängt waren.

Es mögen hier die letzten, von der Front eingelaufenen Berichte folgen, die in ihrer Mehrheit vom Stab des Generals Sarrail, der sich hier in der Stadt befindet, bestätigt wurden.

Der größte Teil der französischen Armee hat sich bereits zwischen Mazukowo und der Niederung von Karasuli auf hellenisches Gebiet zurückgezogen.

Nach langem, blutigem Kampf haben die Bulgaren die Franzosen aus Demirkapu hinausmanövriert und die genannte Ortschaft besetzt. Diese Besetzung ist von größter Bedeutung. Auf ihrem Rückzug sprengten die Franzosen alle Brücken und sonstigen Bahnverkehrsmittel zwischen Demirkapu und Gjevgjeli mit Dynamit in die Luft. Gestern abend wurden mehrere Bahnwagen Munition nach unserer Stadt gebracht, desgleichen an die 4000 englisch-französische und serbische Verwundete.

Die Schlacht, die sich zwischen Bulgaren und Engländern abgespielt hat, war ungemein blutig. Die bulgarischen Truppen unternahmen mehr als zwanzig Sturmangriffe mit dem Bajonett. Tausende von Verwundeten wurden nach Doiran verbracht und harren dort des Transports nach Saloniki.

Deutsche und Bulgaren haben mit der Beschießung der Stadt Gjevgjeli begonnen. Der Fall dieser Stadt steht unmittelbar bevor; vielleicht ist er jetzt, wo Sie diese Zeilen lesen, schon eine vollendete Tatsache. Die deutschen Truppen sind bereits sieben Kilometer vor der Stadt gesichtet worden. Die französische Artillerie antwortet nur schwach auf die Beschießung der Stadt durch die Deutschen. Nach zuverlässigen offiziösen Mitteilungen belaufen sich die Streitkräfte der Oesterreicher, Deutschen und Bulgaren in dem von den Stellungen der Alliierten und derjenigen ihrer Gegner gebildeten Dreieck auf 250,000 Mann.

*

Wenn Gjevgjeli noch nicht gefallen ist, so mußte es doch schon von der gesamten Bevölkerung geräumt werden. Die Stadt ist völlig öde, da außer den Einwohnern auch die französischen Truppen abgezogen sind. Die Frau des Telegraphendirektors von Gjevgjeli, die sich in hiesiger Stadt befindet, hat sich nach ihrem Mann erkundigt; von der Telegraphenstation Gjevgjeli ist jedoch keine Antwort mehr gekommen.

Der Abzug der Alliierten auf griechisches Gebiet dauert fort. Ist es ein wirklicher Rückzug, oder schon eine der völligen Auflösung nahekommende, überstürzte Flucht? Es ist ein erschütternder Anblick, all die Dinge zu sehen, die jetzt aus Serbien eintreffen und zuvor zur vollständigen Ausrüstung der Engländer und Franzosen gehörten, wie halboffene Konservenbüchsen, aufgebrochene Biskuitkisten, umherliegende Decken, Gewehre, Munitionskisten, 75er Granaten, Kanonen und allerhand Eisenzeug, kurz alles, was ein Heer auf seinem Rückzug nach einer zum voraus bestimmten Bahnstation werfen mag. Bei diesem Anblick fielen mir Victor Hugos Verse ein:

„Fuyards, blessés, mourants, caissons, brancards, civières,
L'on s'écrasait aux ponts, pour passer les rivières."

Aehnlich muß es ausgesehen haben, wie es der Dichter im russischen Feldzug erschaute.

Verwundete, Lebensmittel, Material und Munition der Engländer und Franzosen kommen ohne Unterlaß im Orientbahnhof an. Es sieht schrecklich aus. Von Kavadar, Krivolac, Demirkapu, Gjevgjeli und Doiran treffen die alliierten Truppen, die dem starken Druck der Deutschen und Bulgaren weichen mußten, ununterbrochen in unsrer Stadt ein. Wenige Tage noch und die Kanonen verstummen auf dem winzigen Stück Gebiet, das die Verbündeten zur Sicherung des Rückzugs ihrer Hauptarmee noch in Mazedonien behaupten. Heute erfährt man, daß die nach der Front entsandten Flugzeuge großenteils wieder nach hier zurückgeschafft worden sind. Aus halbamtlicher Quelle kann ich Ihnen sicher melden, daß die Operationen auf dem an Griechenland grenzenden Gebiet spätestens in einer Woche zu Ende gehen werden.

Die Anwesenheit der Generale Gallwitz und Köveß an der Balkanfront läßt mit Sicherheit erwarten, daß der Kampf bis zum Ende, d. h. auf hellenischem Gebiet ausgefochten wird. Die türkische wie die bulgarische Presse äußert in ihren Betrachtungen über die Lage in Griechenland die Ansicht, daß letzteres durch die Verhandlungen mit der Entente nur Zeit gewinnen wollte, bis die Operationen in Serbien durchgeführt waren.

Soeben eingegangene Depeschen aus Athen besagen, daß, Pariser Berichten zufolge, die Verbündeten wirklich gesonnen seien, sich auf griechischem Boden zu verteidigen. Mit dieser Nachricht stimmt folgende Meldung meines Korrespondenten aus Topsin überein:

Seit einigen Tagen befassen sich die Engländer fieberhaft mit Verteidigungsarbeiten bei dem Pachtgut Topsin (eine halbe Stunde von Saloniki); desgleichen heben sie Schützengräben aus bei Lahrna, an demselben Orte, wo sich im zweiten Balkankriege Griechen und Bulgaren schlugen.

Der Rückzug hat sich mithin schon teilweise oder ganz vollzogen; er ist das militärische Hauptereignis der letzten Woche.

*

Die gesamte Diplomatie der Entente war vergangene Woche in größter Spannung. Ihre Gesandten warteten ungeduldig auf die Wirkung des Kollektivschrittes, den sie bei Herrn Skuludis unternommen hatten und als endgültig ansahen. Der ehrwürdige Greis jedoch, welcher zurzeit die Geschicke Griechenlands lenkt, schlug in seiner ebenso klaren wie entschiedenen Antwort gewisse Forderungen ab, welche, wie die Note besagte, von der griechischen Regierung nicht in Erwägung gezogen werden konnten. Es versteht sich, daß es sich dabei um die vorläufige Besetzung von Saloniki und Umgebung handelte, dagegen zeigte die griechische Regierung an, daß der Major im griechischen Generalstab, Pallis, sich zu General Sarrail nach Saloniki begeben und mit diesem einige andere, der Entente-Armee in Mazedonien einzuräumende Zugeständnisse besprechen würde. Um jedem Mißverständnis vorzubeugen, erklärte die griechische Regierung außerdem, daß Oberst Pallis keineswegs Vollmacht zu eigentlichen Unterhandlungen erhalten habe, sondern lediglich damit beauftragt sei, die Wünsche der Armeestäbe der Entente zur Kenntnis zu nehmen.

Oberst Pallis sollte also mit General Sarrail und seinem Stabe zusammentreffen. Die Zusammenkunft fand statt, lief jedoch auf einen förmlichen Theatercoup hinaus. Es wurde nämlich in der Unterredung zwischen dem Generalstab des griechischen Heeres und demjenigen der Orientarmee von Oberst Pallis offiziell erklärt:

Wenn die bulgarische Armee es als nützlich erachten sollte, die griechische Grenze zu überschreiten und die Verfolgung der alliierten Armeen fortzusetzen, falls sich diese auf griechisches Gebiet flüchten würden, so werde das griechische Heer, um jeder gefährlichen Begegnung mit dem Bulgarenheer aus dem Wege zu gehen, sich vor letzterem zurückziehen.

Diese ganz unerwartete, aufsehenerregende Erklärung wurde von den versammelten Offizieren mit einem an völlige Verblüffung grenzenden Schweigen aufgenommen. Man kann sich die Erregung der politischen und militärischen Welt bei Eingang dieser Meldung vorstellen! Einige Stunden später hieß es, daß der Plan zur Demobilisierung schon fertig sei. Sind wir wirklich schon so weit? Ich möchte dazu meinen Vorbehalt machen.

Mit ihrer Art der Einschüchterung und Schroffheit hat die Entente sich Bulgarien ganz und Griechenland bereits zu einem großen Teil entfremdet; es ist ein wahres Wunder, wenn sich letzteres noch nicht gegen die sieben Ungerechtigkeiten auflehnt. Vergeblich hatte man gehofft, daß die Entente die Lehren der Vergangenheit beherzigen würde. Sie hat die politische wie die militärische Situation zu retten; ebenso steht das Prestige auf dem Spiel. Man wird aber nicht sagen können, daß ihre Gesandten einem so kleinen Staate, wie Griechenland gegenüber den richtigen, gewinnenden Ton angeschlagen haben. Die letzte in Athen bekannt gegebene Depesche läßt folgendes verlauten:

„Die Gesandten der Entente haben Herrn Skuludis aufgesucht und ihm mitgeteilt, daß ihre Regierungen eine rasche Beantwortung ihrer letzten Note fordern. Nach dem Weggang der Gesandten hat Herr Skuludis den Ministerrat zusammenberufen."

Anstatt also den Versuch zu unternehmen, begangene Fehler gutzumachen und zu einer Verständigung zu gelangen, verschärft die Entente die Spannung. Eine rasche Antwort fordert sie! Die offiziösen Kreise hier und in der Hauptstadt lassen sich bereits folgendermaßen vernehmen: Wenn sie eine rasche Antwort verlangen, gut, so sollen sie sie haben; aber sie wird ihnen nicht angenehm klingen.

Wohin soll das noch führen? Was sollen die alliierten Truppen in Mazedonien anstellen? Und wie werden sich die Truppen der Oesterreicher, Deutschen und Bulgaren in Mazedonien verhalten? Das sind die brennenden Fragen, welche die über den felsigen Boden des blutgetränkten Mazedoniens marschierenden Armeen und die in diesem Hexenkessel wohnenden Völker in Atem halten. Einzig die Ereignisse können die Antwort darauf geben. Und die Ereignisse werden nach allgemeiner Ansicht nicht allzu lang auf sich warten lassen.

Die griechische Regierung hat der französischen Regierung folgenden Protest übermittelt: Die königliche Regierung hatte sich beeilt, der französischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß die Insel Castellorizo seit drei Jahren von Griechenland besetzt und verwaltet wurde, nachdem sie lange Zeit von einer Bande von Briganten und dunkeln Existenzen unter der Führung eines gewissen Lakerdi in Sold und Dienst des französischen Vizekonsuls in Rhodes terrorisiert und auf Antrieb des letztern von Lakerdi und seinen Spießgesellen zum Schauplatz einer Revolution gegen die eingesetzte Ordnung gemacht worden war.

Die königliche Regierung hatte gedacht, daß die Einmischung des französischen Vizekonsuls ohne Wissen der Regierung erfolgt sei und hoffte, die französische Regierung würde, nachdem sie unterrichtet worden war, ihren Agenten desavouieren und ihren Marinebehörden Weisung erteilen, sich jeder Einmischung in eine strafbare Angelegenheit rein innern Charakters zu enthalten. Griechenland hatte sofort den Kreuzer „Hellé" mit der nötigen bewaffneten Mannschaft nach Castellorizo gesandt, um dort die Ordnung wiederherzustellen. Aber die französische Flotte, die im Aegäischen Meer kreuzt, suchte die Sendung des Kreuzers „Hellé" zu hindern oder hintanzuhalten, indem sie ihm die Gefahr ausmalte, die er an der Küste von Castellorizo laufen würde, wo die französischen Schiffe soeben unterseeische Minen gelegt hätten

Zur Unterstützung dieser Vorstellungen hat der Marineattaché bei der französischen Gesandtschaft am 14./27. die königliche Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß die kleinasiatische Küste zurzeit äußerst gefährlich sei. Trotzdem erhielt der Kreuzer „Hellé" Befehl, seinen Fahrkurs fortzusetzen, und tatsächlich hat er seine Reise ohne die geringste Gefährdung beendigt. Aber als er Dienstag mittags, 15./28. Dezember, in Castellorizo ankam, fand er dort die französischen Kriegsschiffe „Admiral Charner" und „Jeanne d'Arc" und zu ihrer großen Bestürzung vernahm die Besatzung, daß die Insel seit morgen von 500 französischen Marinesoldaten besetzt sei. Der Vizeadmiral und Kommandant des französischen Geschwaders erklärte dem Kommandanten der „Hellé", daß die Besetzung aus militärischen Gründen auf Befehl der französischen Regierung erfolgte. Der Kommandant der „Hellé" sah sich gezwungen, sich unter Protest zurückzuziehen.

Angesichts dieser Tatsachen, die keines Kommentars bedürfen, ist es die königliche Regierung ihrem Ansehen schuldig, nachdrücklich und in energischster Weise bei der französischen Regierung gegen die vorbedachte und gewaltsame Besitznahme einer von Griechen bewohnten Insel, die, nachdem sie sich gegen eine langjährige Fremdherrschaft erhoben, ihr Gebiet mit Freuden der griechischen Besetzung und Verwaltung unterstellt haben, Protest einzulegen. Die königliche Regierung stellt der zivilisierten Welt die Beurteilung der von den konsularischen und maritimen Bevollmächtigten Frankreichs vorbereiteten und durchgeführten Maßnahmen anheim, die einem Attentat gegen ein unabhängiges und souveränes Land, das sich mit der französischen Regierung nicht im Krieg befindet, gleichkommen.

Mit der Fremdenlegion im Wardartal

ml. Arnaldo Fraccaroli, der griechische Sonderberichterstatter des „Corriere della Sera", der den verunglückten Feldzug in Mazedonien im Hauptquartier des französischen Oberbefehlshabers mitgemacht hat, schildert im Rahmen seiner Berichte auch die folgende Episode: Das Bataillon der Fremdenlegion traf ich bei der „Dame du Chat" — auf diesen Namen haben die Franzosen einen Hügel getauft — wieder. Es war mit zwei andern Zuavenbataillonen in das erste Regiment eingereiht. Mannschaften aus aller Herren Ländes befinden sich in diesem Bataillon, das geradenwegs vom marokkanischen Feldzug nach Saloniki eingeschifft wurde. Es besteht aus 900 Mann, die von einem algerischen Kommandeur befehligt werden. Neben ihm waltet als Adjutant ein Zuavenhauptmann, der im bürgerlichen Beruf ein auch in Frankreich geschätzter italienischer Schriftsteller ist. Er heißt Ricciotto Canudo und kämpfte bereits in den Argonnen mit dem italienischen Korps Peppino Garibaldis. In Walandowo findet eine militärische Feier statt. In dem ausgedehnten Hofe einer bleichen Moschee mit schlankem Minarett ist ein Bataillon Zuaven im Viereck aufgestellt. In der Mitte stehen viele Offiziere, darunter auch ein Generalmajor. Kein Mensch würde ihm die 70 Jahre glauben, die er zählt. Die Truppe ist hier in Parade aufgestellt zur Feier einer recht ungewöhnlichen Zeremonie: der Ueberreichung von zwei goldenen Kriegsmedaillen für besondere Leistungen. Das eine dieser Kreuze ist just für den General bestimmt, den General Bailloud, einen kleinen, schlanken, lebhaften Herrn mit blitzenden Augen. Das zweite der Kreuze soll ein gemeiner Soldat des 276. Regiments erhalten. Der Soldat steht stramm seinem General gegenüber, der ihm das Kreuz an die Brust heftet und ihm dann herzlich die Hand schüttelt. Der junge Soldat zuckt nicht mit der Wimper, nur seine Kameraden lächeln ihm zu. Er selbst ist ernst. Von rechtswegen müßte nun ein im Grade höher stehender Offizier dem General das andere Kreuz anheften; aber ein solcher Offizier ist nicht vorhanden, und in dieser Verlegenheit kommt dem General Bailloud ein guter Gedanke. Er erteilt dem gemeinen Soldaten des 276. Regiments den Befehl, ihn zu dekorieren. Jetzt ist es an dem General, in Frontstellung vor dem bescheidenen „Poilu" stramm zu stehen. Und der „Poilu" tritt an den General heran, grüßte starr und steif, heftet ihm das Kreuz an die Brust und schüttelt dann dem dekorierten Bailloud die Hand. Hinter der Moschee ertönt ein musikalischer Höllenspektakel. Es sind die Zuaven, die, Gott mag wissen wie, in diesen letzten zehn Tagen irgendwo eine Anzahl Messingkessel aufgetrieben haben, einen Fund, der sie auf die unglückliche Idee brachte, sich zu einer Kapelle zusammenzutun, deren Musik einem zu einer Gänsehaut verhilft. Aber der Erfolg gibt ihnen recht. Im Felde, und zumal so nahe am Feinde, nimmt man das nicht so genau. Hier bereitet freilich dem Konzert das Gebrüll der Kanonen ein rasches Ende.

Berner Bund 5/I. 1916

Zur Wiedereröffnung des englischen Parlaments

(Von unserem Korrespondenten)

C. C. S. London, um die Jahreswende.

Suezkanal und Dienstzwang

Die Meldung, daß in Zukunft die holländischen Postdampfer auf ihren Fahrten nach den holländischen Besitzungen im fernen Osten den Suezkanal vermeiden und trotz der um vierzehn Tage längern Fahrt den alten Seeweg um das Kap einschlagen werden, hat die britische Regierung genügend von den Absichten der deutschen Kriegführung auf Aegypten in Kenntnis gesetzt. Nach der Beendigung des ersten mißglückten Feldzuges der Türken gegen den Suezkanal war man hier geneigt, die Sache als erledigt anzusehen und verschiffte die in Aegypten stehenden australischen und Neuseeländer Truppen nach der Gallipoli-Halbinsel, wo sie in der Suvlabucht und Anzacbai sich mit den Türken in erfolglosen Kämpfen herumschlugen. Vor einigen Wochen sind diese trefflichen Kolonialtruppen von der Halbinsel, mit Zurücklassung weniger unbrauchbar gemachter Geschütze, ohne erhebliche Verluste zu erleiden, bei Nacht und Nebel verschwunden. Heute kommt noch als Ergänzung die Mitteilung, daß auch das indische Armeekorps, welches für den Kaisar-i-Hind in Flandern sein Blut vergossen hat, dieses blutgetränkte Schlachtfeld verlassen habe und anderswo sich für seine englischen Herren schlagen werde. Wohin beide Truppen gegangen sind oder noch gehen werden, wird natürlich nicht gesagt.

Man geht jedoch kaum fehl, wenn man als Reiseziel dieser Truppen Aegypten und den Suezkanal vermutet. Diese Vermutung wird zur Genüge bestätigt durch die erhöhte Tätigkeit der deutschen oder österreichischen Unterseeboote, die plötzlich im östlichen Mittelmeer aufgetaucht sind und dort zwei japanische Dampfer in die Meerestiefe versenkt haben. Da zu gleicher Zeit von der Goltz Pascha, der die türkische Armee nach deutschem Vorbild eingedrillt hat, in Aleppo erschienen ist, vermutlich in Begleitung des Meißner Pascha, der die frühere Truppe befehligte, kann man von einem ernsthaften deutsch-türkischen Anschlag gegen das Nilland reden.

Augenscheinlich ist die deutsche Heeresleitung entschlossen, die türkische Waffenbrüderschaft nach Möglichkeit auszunützen, sich nach dem nahen Orient Luft zu machen und die Engländer in Aegypten anzugreifen, da den Deutschen der Weg nach Calais versperrt worden ist durch das britische Expeditionsheer. Mit diesem ägyptischen Handstreich, der durch den Bau einer schmalspurigen Eisenbahn durch die sinaitische Halbinsel soll unterstützt werden, verfolgt die deutsche Heeresleitung ein doppeltes Ziel. Die Engländer werden genötigt, ihre Streitkräfte zu zersplittern und die Hoffnungen der Türken werden durch die in Aussicht gestellte Eroberung des Nillandes neu angefacht. In Kairo soll wieder der Halbmond aufgepflanzt werden, der in den Tagen des Ismael Pascha auf der dortigen Zitadelle im Winde flatterte.

Dieser verschwenderische Vizekönig war es ja, der seine Suezkanalaktien, von denen die Zinscoupons zum voraus abgetrennt waren, den Engländern verkaufte zur Zeit, als Benjamin Disraeli erster Ratgeber der Königin Viktoria war. Dieser Kauf der Suezkanalaktien hat Jahrzehnte später die englische Schutzherrschaft über das Nilland eingeleitet, in welchem Gordon Pascha sein Leben verlor, dessen Tod Lord Kitchener viele Jahre später bei Omdurman gerächt hat. Das Schicksal hat es gefügt, daß der jetzige britische Kriegsminister von seiner Reise nach Aegypten zurückgerufen wurde, als im August 1914 in Belgien die Kanonen losgingen.

Diesen Zeitpunkt, wo die mächtigen Gegner sich abermals anschicken, den als Schlagader des britischen Weltreichs bezeichneten Suezkanal zu erobern oder zu zerstören, haben die englischen Parteipolitiker wahrgenommen, um in der Frage, ob im Heerwesen die Freiwilligkeit fortdauern oder der Dienstzwang eingeführt werden solle, zu einer Entscheidung zu kommen. Wenn ein friedliches Handelsvolk genötigt ist, an sieben Fronten sein Besitztum mit den Waffen zu verteidigen, kann man gar wohl begreifen, daß die Heeresleitung nach einem siebzehn Monate dauernden Kriege nicht weiß, wo sie die Truppen hernehmen soll, um die Lücken zu füllen, die der männermordende Krieg gerissen hat. In den letzten Tagen, d. h. seit Lord Derby dem Kabinett seinen Bericht über seine Erfolge als oberster Werbeoffizier unterbreitete, ist die Angelegenheit in ein akutes Stadium getreten. Die Sendlinge des Grafen haben nämlich ermittelt, daß eine ganz erkleckliche Zahl junger verheirateter und besonders lediger Männer nicht die Absicht hat, zur Verteidigung des bedrängten Vaterlandes die Waffen zu ergreifen. Daß in Irland die Abneigung gegen den erzwungenen Waffendienst tief in der Volksseele wurzelt, ist eine wohlbekannte Tatsache. Redmond und seine Parteigenossen sind daher gegen den Dienstzwang, obschon sie mit aller Macht freiwillige Rekruten geworben haben.

Auf der andern Seite ist der wallisische Parteiführer Lloyd George, der in Herrn Asquiths Ministerium nach dem Premier wohl der mächtigste Staatsmann ist für den Dienstzwang und soll dem Kabinettschef mit seinem Rücktritt gedroht haben, wenn er nicht dem Parlament die Einführung der Konskription anempfehle. Herrn Asquiths Lage ist unter den Umständen sehr schwierig. Er hat mit der Einführung des Dienstzwanges gedroht, es sei denn, daß die Zahl der als shirkers (Feiglinge) bezeichneten Jünglinge belanglos sei. Wie viele kann man als „belanglos" bezeichnen? Das ist die Frage.

Vorige Woche, als noch das Parlament in Sitzung war, hätte Herr Asquith Auskunft geben sollen, ob ihn der ihm unterbreitete Bericht des Grafen Derby befriedige oder nicht. Er hat es vorgezogen, seine Antwort aufzuschieben. Mittlerweile ist das Parlament über die Festtage vertagt worden und wird erst am 4. Januar wieder zusammentreten. Doch hat das Kabinett schon zwei Sitzungen abgehalten, in denen die Angelegenheit zur Sprache gekommen ist, welche die Minister in zwei Lager trennt. Da die Mehrzahl der liberalen Minister für die Beibehaltung der Freiwilligkeit ist und alle konservativen Minister, mit Ausnahme des Marineministers Balfour, die Einführung des Dienstzwangs befürworten, so versteht man, daß schon wieder von einer Kabinettskrisis die Rede ist.

Berner Bund 6./I. 1916

Zur Kriegslage

Die Durchbruchsversuche der Russen bei Czernowitz. Kämpfe bei Toporoutz, Uszieczko und Buczacz. Kleinkrieg am Pripjet. Kälte im Norden. Baratows Offensive in Persien. Kämpfe und Entsatzversuche bei Kut-el-Amara. Neue Gefechte bei Matruh. Die Operationen in Kamerun. Jaunde gefallen. Die Lage in Deutsch-Ostafrika. Die Bedeutung des Orient.

Am heftigsten wird augenblicklich an der beßarabischen Grenze gekämpft, wo sich die Durchbruchsversuche der Russen in der Richtung auf Cernowitz sehr stark aussprechen. Die befestigte Front verläuft hier an der Rakitna, einem linken Nebenfluß des Pruth; es handelt sich also um den Abschnitt, der in nordsüdlicher Richtung den Raum zwischen Dnjestr und Pruth deckt. Haben die Russen hier ihre Hauptkräfte angesetzt, so leiten sie zweifellos naheliegende Absichten auf einen äußerlich rasch sichtbaren Erfolg, der in der Einnahme von Czernowitz, das 15 Kilometer südwestlich von Toporoutz liegt, wo augenblicklich gekämpft wird. Bemächtigen sich die Russen der Straßen Toporoutz-Czernowitz, Rarancze-Czernowitz, so haben sie Aussicht, dicht an Czernowitz heranzukommen, doch ist damit nicht gesagt, daß ihnen ein Durchbruch gelungen sei, da hinter dem Rakitna-Abschnitt noch eine zweite Tiefenlinie läuft, hinter welcher sich ein Höhenzug von 3—500 Metern erhebt und die Zugänge zum Raume Kotzmann-Czernowitz deckt. Es ist anzunehmen, daß diese mit den Punkten Wastoutz-Mozkow-Lipnik zu bestimmende Linie befestigt ist.

Weiter nördlich haben die Russen einen stärkeren Angriff bei Uszieczko am Dnjestr und zwar 17 Kilometer nordwestlich Zaleszczyki angesetzt, den Brückenkopf aber nicht zu nehmen vermocht. Auch bei Buczacz an der mittleren Strypa erneuern sie ihre Versuche, die österreichische Front zu durchbrechen mit traditioneller Hartnäckigkeit, doch ist ihnen auch hier ein auswertbarer Erfolg noch nicht beschieden gewesen. Die Kämpfe können indes noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden.

Die Angriffe, die weiter nördlich ausgeführt werden, haben wohl eher demonstrativen Charakter, und was nördlich des Pripjet geschieht, läßt sich unter dem Namen Kleinkrieg zusammenfassen, der von seiten der Russen mit Hilfe ihrer Jagdkommandos bis hinter die Front getrieben wird, eine starke Belästigung des Gegners darstellt, aber größere Erfolge nicht zu bringen vermag. Der glücklichste Handstreich gelang den Russen im Raume Pinsk, wo sie durch die deutschen Linien schlichen und einen Divisionskommandeur aufhoben. Generalmajor Fabarius, der verwundet oder krank in russische Gefangenschaft fiel, ist nun in Stalino bei Pinsk gestorben. Am Nordabschnitt der russischen Front herrscht bis zu 22 Grad Kälte.

Auch die Kämpfe in Persien tragen vielfach den Charakter von Kleinkämpfen, in welchen die geschlossenen russischen Abteilungen, die General Baratow nach Süden vortreibt, bei dem Zusammenprall mit stärkeren Haufen persischer Irregulärer und Gendarmen meist die Oberhand gewinnen, aber nicht stark genug sind, dauernde Erfolge zu erkämpfen. Es wird für die Russen nicht leicht sein, in Persien Erfolge zu erzielen, welche auf die allgemeine Kriegslage von Einfluß wären, da sie dazu sehr starker Kräfte bedürfen, denn sie müßten die ganze Etappenlinie von der kaukasischen Grenze nach Südpersien decken, um die Operationen der Türken in Mesopotamien zu bedrohen und sich zugleich der Ostwestverbindungen Persiens als des Durchgangslandes nach Afghanistan zu versichern. Dagegen sind sie wohl in der Lage, sich in Persien Faustpfänder zu nehmen, die späterhin politische Bedeutung erhalten könnten.

In Mesopotamien setzten sich die Kämpfe um Kut-el-Amara fort. Neue Meldungen lassen erkennen, daß englischer Entsatz die Vereinigung mit der blockierten Truppe herbeizuführen strebt und daß beidseits mit dem Einsatz stärkerer Kräfte zu rechnen ist. Eine Kapitulation indo-britischer Truppen wäre, abgesehen vom strategischen Mißerfolg, eine so gewaltige Schädigung des englischen Prestiges im Orient, daß England alles daran setzen muß, um sie zu vermeiden, und bei der Standfestigkeit britischer Truppen ist die Behauptung von Kut-el-Amara auch sicher, wenn die Verteidiger nicht einfach durch die Aufopferung von Sturmgruppen erdrückt werden können, oder aus Munitions- und Proviantmangel erliegen. Die Zufuhr zu Wasser scheint erschwert, aber noch nicht ganz unterbunden zu sein. Der bei Ali Garbi zurückgeschlagene Entsatzversuch wird kaum der letzte bleiben.

An der ägyptischen Westfront haben die Engländer, wie es scheint, die Lage wieder hergestellt. Wenigstens ist so ihre Meldung zu lesen, wonach sie unweit Matruh die Araber unter starken Materialverlusten zurückgeworfen haben. Es handelt sich nicht um ein Dementi der dort erlittenen Schlappe, sondern um einen mit Verstärkungen ausgeführten Gegenangriff, der die Turko-Araber zum Ausweichen gezwungen oder zersprengt hat. Sie werden wieder kommen.

Nach Meldungen aus Kamerun beginnt sich auch das Schicksal dieser deutschen Kolonie zu erfüllen, der vorletzten, die Deutschland noch durch Waffengewalt behauptet. Nach verschiedenen Rückschlägen ist es englisch-belgisch-französischen Truppen, die zum konzentrischen Angriff von allen Seiten vorgeführt wurden, gelungen, zum deutschen Widerstandszentrum im Jaundeland vorzudringen und den Verteidiger der Bewegungsfreiheit zu berauben. Die Station Jaunde ist gefallen, die deutsche Truppe in den Busch ausgewichen; es ist aber keine Frage, daß ihre Streit- und Hilfsmittel dem Ende entgegengehen. Da ohne die Zufuhr von Pulver und Chinin der Widerstand im tropischen Afrika ein sehr begrenzter ist und die kleine deutsche Schutztruppe nun schon 17 Monate im Kampfe steht, so hat sie länger standgehalten, als je anzunehmen war. Dagegen befindet sich Ostafrika noch fest in deutscher Hand und es wird dort, wo unter besseren militärischen und klimatischen Bedingungen gekämpft wird, den Angreifern schwer fallen, in absehbarer Zeit größere Erfolge zu erzielen. Die Engländer bedürften dazu starker Kräfte und südafrikanischer Hilfe. Da der Fall Deutsch-Ostafrikas ihre Stellung in Aegypten und im Sudan sehr stärken würde, muß man damit rechnen, daß General Dorrien Smith bestimmt ist, die Sache zur Entscheidung zu bringen. So ziehen sich die Kämpfe immer mehr in den Orient und die Tropen und verlieren dabei bezeichnenderweise ihren exzentrischen Charakter. H. St.

Berner Bund 7.I.1916

Das Ergebnis des französischen Sozialistenkongresses

(Von unserem Korrespondenten)

Z Paris, 3. Januar.

Die französischen Sozialisten haben nicht gewollt, daß die Reden, die an ihrem Landeskongreß gehalten wurden, an die Oeffentlichkeit dringen. Die Zensur hat darum der Presse verboten, davon zu sprechen. Die Sozialisten haben dafür das Publikum mit einem sehr langen Manifest entschädigt, das als Ergebnis der Verhandlungen anzusehen ist, die fünf Tage und vier Nächte lang dauerten. Schon die lange Dauer eines Kongresses, für den ursprünglich nur die Weihnachtsfeiertage vorgesehen waren, deutet darauf hin, daß man im Schoße der Sozialisten nicht einträchtiglich derselben Meinung war. Der Landeskongreß hatte es sich zur Aufgabe gemacht, eine Spaltung unter den Genossen sorgfältig zu vermeiden. Dies ist so ziemlich gelungen; denn das Manifest konnte 2736 Delegiertenstimmen auf sich vereinigen, während die Motion des Zimmerwalders Bourderon wiederum nur ein bescheidenes Fähnchen anziehen konnte und 76 Stimmen machte. Ob man die 102 Enthaltungen und die 68 bei der Abstimmung Abwesenden der Zimmerwalder Richtung gutschreiben soll oder nicht, lassen wir dahingestellt. Ist so die Einigkeit im sozialistischen Lager gerettet worden, so hat darunter entschieden die Klarheit des sozialistischen Manifestes gelitten. Es trägt Kompromißcharakter, will es möglichst vielen Aposteln der verschiedenen sozialistischen Evangelien recht machen und erhält dadurch im Zusammenhang etwas Zerfahrenes und Zweideutiges.

Die Stellung des französischen Sozialismus zu diesem Kriege hat sich nicht geändert. Die französischen Sozialisten sind der Ansicht, daß die deutschen Regierenden den Krieg gewollt haben und daß Deutschland militärisch niedergezwungen werden muß, bevor ein dauernder Friede geschlossen werden kann. Auch die Grundlagen des dauerhaften Friedens werden nur nach früheren Kundgebungen wiederholt: Befreiung der unterdrückten Nationen Europas, Ausbau des internationalen Rechts mit dem Gefolge von obligatorischen Schiedsgerichten. Man mag sich erinnern, daß die französischen und englischen Sozialisten früher schon aus Kundgebungen der österreichischen und deutschen Sozialisten selbst den Schuldbeweis gegen die beiden verbündeten Regierungen von Wien und Berlin angetreten haben. Interessant ist, daß nunmehr auch den rein doktrinären Sozialisten ein Zugeständnis gemacht wird, indem von der Ungerechtigkeit des Kapitalismus gesprochen wird, der den Imperialismus und den Kolonialismus auf die Spitze getrieben habe und immer Kriegskeime enthalten werde.

Vom Standpunkt der praktischen Politik aus haben lediglich zwei Punkte des Manifestes Interesse: die Besprechung des Verhältnisses zu der deutschen Sozialdemokratie und die Stellungnahme zur elsaß-lothringischen Frage. Der gegenwärtigen deutschen sozialdemokratischen Mehrheit wird der Prozeß gemacht. Man erweitert den Bruch zwischen ihr und dem französischen Sozialismus dadurch, daß man von ihr Dinge verlangt, von denen man zum voraus weiß, daß sie die Führer der deutschen sozialdemokratischen Mehrheit nicht annehmen werden. Die deutschen Sozialisten sollen gegen die Verletzungen des internationalen Rechts, besonders gegen die Verletzungen der Neutralitäten Protest erheben und ausdrücklich das Recht der Völker anerkennen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Durch diese Anerkennung würde dann die Möglichkeit geschaffen, sich mit den deutschen Sozialdemokraten über Elsaß-Lothringen zu verständigen. Das Manifest zeigt seine Ansicht über die mutmaßliche Haltung der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie dadurch, daß es unverhohlen seine Hoffnungen auf die jetzige Minderheit setzt, von der in sehr lobenden Worten gesprochen und behauptet wird, sie könne zum Heil des deutschen Volkes werden. Mit ihr sind auch die französischen Sozialisten bereit in Verbindung zu treten und zwar vor Ende der Feindseligkeiten; dies ist das wichtigste Zugeständnis an die unbedingten Anhänger der Internationale.

Ganz eigentümlich ist die Art und Weise, wie die elsaß-lothringische Frage behandelt wird. Es wird zunächst vom 1871 verletzten Recht gesprochen, das wiederhergestellt werden müsse. Elsaß-Lothringen muß also Frankreich wieder einverleibt werden. Dazu aber der Nachsatz: nachher aber solle Frankreich Elsaß-Lothringen gestatten, seinem Willen, der französischen Gemeinschaft anzugehören, feierlichen Ausdruck zu geben. Man merke, das Wort Volksabstimmung ist nicht ausgesprochen; der Nachsatz kommt aber auf eine Abstimmung heraus.

Um sich über die innerpolitische Bedeutung dieses Manifestes Rechenschaft abzugeben, muß man sehen, welchen Eindruck es in den nichtsozialistischen französischen Kreisen gemacht hat. Diese Kreise haben sich sofort an der Formel über Elsaß-Lothringen gestoßen; aber ihre Vorbehalte sehr zurückhaltend ausgedrückt. Das rührt nicht etwa von einem stillen Einverständnis her, sondern hat seinen Grund darin, daß man vollständig anerkennt, daß die französischen Sozialisten alles getan haben, was ohne Preisgabe ihrer Einigkeit möglich war. Sie haben ihrem festen Willen, mitzumachen bis zum siegreichen Ende, ganz unzweideutig Ausdruck gegeben. In Anerkennung dessen hat es die große Mehrzahl der Gegner des Sozialismus für politisch klug gehalten, über diesen und jenen Punkt ein Auge zuzudrücken und den sozialistischen Führern das Leben nicht unnötig sauer zu machen. Eine Abstimmung in Elsaß-Lothringen lehnen alle bürgerlichen Parteien ab, wenn sie auch jetzt nicht viel davon sprechen. Ihr Standpunkt ist, daß der Frankfurter Vertrag zerrissen ist und Elsaß-Lothringen ohne weiteres wieder französisch zu werden hat.

Zum ausdrücklichen Protest fühlten sich einzig die in Frankreich lebenden Elsaß-Lothringer bewogen. Ein Wetterlé, ein Helmer, der Präsident der oberrheinischen Gesellschaft, Armbruster, der Präsident der Gesellschaft für Schutz der Elsaß-Lothringer, Graf d'Haussonville, erklären die sozialistischen Gedanken über dieses Thema als Utopie. Wetterlé weist auf die praktischen Schwierigkeiten einer solchen Abstimmung hin. Würden die seit vierzig Jahren Eingewanderten auch stimmen? Auch die deutschen Sozialisten hätten nie daran gedacht, die Elsässer und die Lothringer um ihre Meinung zu befragen, sondern sich von jeher auf den Standpunkt gestellt, daß der Frankfurter Vertrag die Frage endgültig gelöst habe.

Im Grunde hat das sozialistische Manifest an den bestehenden Zuständen nichts geändert. Die sozialistischen Minister werden nach wie vor im Einverständnis mit der Partei der Regierung angehören, und die sozialistischen Deputierten haben den förmlichen Auftrag, ferner für die Kriegskredite zu stimmen. Die französischen Sozialisten wollen die militärische Besiegung Deutschlands, sie sind also durch die Gewalt der Dinge ebensogut Anhänger des Krieges bis zum äußersten, wie jede andere französische politische Partei.

Neues Wiener Tagblatt
9./I. 1916

Kolonie Berlins. Der Vorsitzende des Ausschusses, Scheich Saleh as Scherif at Tunisi, ein Nachkomme aus der Familie des Propheten, der sein Vaterland vor einigen Jahren zum Zeichen des Protestes gegen die französische Gewaltherrschaft verlassen hat, begrüßte die Gäste mit einigen warmen Worten, denen einige Angaben über die Persönlichkeit des Scheichs folgten.

In einer darauffolgenden, die Gründe der Unabhängigkeitsbewegung hervorhebenden und vom Konsul Schabinger verdeutschten Ansprache entwarf der Scheich ein Bild Tunesiens und Algeriens, dessen mohammedanische Völker unter der Willkürherrschaft der Franzosen schmachten. Er betonte die allgemeine Unzufriedenheit, die die unterdrückten Völker der französischen Herrschaft entgegenbringen und die sie eine baldige Befreiung von diesen unerträglichen Fesseln erwarten läßt, und führte dann aus: Deshalb hoffen wir, daß alle Anwesenden mit dem Ausschuß übereinstimmen, daß die Beschwerden über das unmenschliche Verhalten der Franzosen in diesen Ländern durchaus gerechtfertigt sind, und daß daraus die Notwendigkeit folgt, diese Länder einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Wir rufen und bitten Sie, Ihre Hände in die unsrer unglücklichen Landsleute zu legen und sie mit allem Eifer in der Erreichung ihrer Wünsche zu unterstützen.

Namens der Versammlung drückte Generalleutnant Imhof-Pascha die Hoffnung aus, daß die Wünsche der Tunesier und Algerier sich bald erfüllen mögen und daß das Ende des Krieges auch eine Aenderung ihrer Lage schaffen möge.

Eine vom Vorsitzenden beantragte Resolution wurde von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen.

Ein englisches Weißbuch im „Baralong"-Fall.

Vorschlag eines „unparteiischen Untersuchungsrates".

London, 7. Jänner. (Reutermeldung.) Die englische Regierung hat ein Weißbuch über die Beschwerde der deutschen Regierung gegen die Besatzung des englischen Hilfskreuzers „Baralong" ausgegeben. Staatssekretär Grey sagt darin:

Die englische Regierung vernahm mit großer Genugtuung, aber auch mit Erstaunen, daß sich Deutschland ernsthaft für die Grund-

Vossische Zeitung 10./I. 1916.

Burgfriede
von
Georg Bernhard.

Berlin. Montags-Ausgabe
10. Januar 1916

Begründet 1704.

Zeitung

Die Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22/26.

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800. 11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690.

oli vom Feind gesäubert.

gebauten Befestigungen in eine kleine Festung umgewandelt ist, gegenwärtig von türkischen Truppen eingeschlossen, die bereits bis zur Hauptbefestigungslinie vorgedrungen sind. Man hofft, daß die Festung entweder durch Sturmangriffe oder durch Aushungerung bald genommen werden kann, so daß die über 10 000 Mann starke englische Besatzung gefangen genommen werden würde. Die Engländer wollten, indem sie diese Streitkräfte in Kut el Amara festlegten, die Verteidigung des Ortes und den geordneten Rückzug des übrigen Teiles der Armee sichern. Dies ist ihnen teilweise gelungen.

Das Ende des Gallipoli-Abenteuers.

Drahtung.

Konstantinopel, 9. Januar.

In der Nacht haben die Engländer infolge eines heftigen Kampfes und unter großen Verlusten Sedd ul Bahr vollständig geräumt; nicht ein einziger ist zurückgeblieben.

*

Der letzte amtliche Dardanellen-Bericht des türkischen Hauptquartiers vom 8. Januar vor der Flucht der Feinde lautet:

Konstantinopel, 8. Januar.

An der Dardanellenfront in der Nacht vom 6. zum 7. Januar ziemlich lebhafter Bombenkampf auf unserem rechten und linken Flügel. Am 7. Januar beschoß unsere Artillerie vier Stunden lang mit Unterbrechungen, aber heftig die unserem rechten Flügel gegenüberliegenden feindlichen Schützengräben und verursachte dort schwere Schäden. Im Zentrum zerstörten unser Artilleriefeuer und unsere Bomben einige Schützengräben und Minenwerferstellungen des Feindes. Auf dem linken Flügel schwacher Feueraustausch. Die feindliche Landartillerie, zwei Kreuzer, ein Monitor und vier Torpedoboote erwiderten das Feuer durch erfolgloses Bombardement auf unsere Artillerie und hinter unsere Schützengräben. Um 2 Uhr nachmittags rief unser Feuer in dem feindlichen Lager bei Tekke Burun eine Feuersbrunst hervor. In der Nacht vom 6. zum 7. Januar beschossen unsere Batterien an der Meerenge wirksam feindliche Lager bei Sedd ul Bahr und am 7. Januar feindliche Batterien in der Gegend von Tekke Burun. Die feindlichen Batterien bei Sedd ul Bahr, ein Panzer und ein Monitor, die bei Tekke Burun lagen, erwiderten das Feuer ohne Erfolg. Am 8. Januar beschossen unsere anatolischen Batterien wirksam die Häfen von Sedd ul Bahr und Tekke Burun, eine Gruppe feindlicher Truppen und die Täler bei Kerevizdere und Mortoliman. Sonst nichts Neues.

Die Franzosen meldeten unmittelbar vor dem Rückzug:

Paris, 9. Januar.

Der Kriegsbericht von gestern abend besagte: An den Dardanellen hat unsere schwerste Artillerie die türkischen Batterien auf der asiatischen Küste beschossen. Ein Infanterieangriff auf unsere Gräben wurde leicht zurückgeschlagen.



Burgfriede.

Von

Georg Bernhard.

Zwischen den Zeitungen verschiedener Parteirichtungen ist ein Streit darüber entstanden, woraus die Abneigung der fremden Völker gegen Deutschland zu erklären ist, die wir mit Staunen kurz nach dem Ausbruch des Krieges haben wahrnehmen müssen. Den Ausgangspunkt des Streites bildete die Behauptung eines Blattes, daß Deutschland sich größerer Sympathien erfreut hätte, wenn es freiheitlicher und liberaler regiert worden wäre. An der Beweisführung für diese Behauptung ist allerdings das eine richtig, daß in den meisten Ländern, die ausgesprochen oder vermeintlich liberalen Parteien am wenigsten deutschfreundlich sind. Aber auf der anderen Seite ist doch auch die Tatsache nicht wegzuleugnen, daß die radikalen französischen Parteien, ebenso die liberale Partei Englands sich nicht gescheut haben, ein Bündnis auf Tod und Leben mit Rußland einzugehen. Mit demselben Rußland, das selbstherrlich regiert wird, das keinerlei Duldung gegen fremde Völkerschaften kennt und das Millionen von armen Juden nicht bloß von den politischen Rechten, sondern von den einfachsten Menschenrechten ausschließt. Es kann im Ernst niemand glauben, daß die politischen Verfassungsformen eines Landes für die Frage nach Sympathie oder Antipathie dann den Ausschlag gibt, wenn es um Entschließungen von politischer Tragweite geht. Vor dem Kriege hat denn auch in England oder Frankreich niemand daran gedacht, Deutschland als ein unfreies Land hinzustellen. Wenigstens sind wir dessen nicht gewahr geworden. Erst nach Kriegsausbruch, als es galt, den Feind zu beschimpfen und Deutschland in der öffentlichen Meinung der gesamten Welt herabzusetzen, hat man plötzlich seine politische Rückständigkeit entdeckt. Und da hat sich uns denn allerdings plötzlich offenbart, wie ausgezeichnet nach dieser Richtung hin im Frieden vorgearbeitet worden war.

Sehen wir uns einmal diese Vorarbeit etwas näher an. Seit vielen Jahren haben die Korrespondenten der englischen und französischen Blätter die Informationen für ihre Leser wesentlich von zwei Gesichtspunkten aus zurechtgemacht. Auf der einen Seite telegraphierten sie jeden kriegerischen Hetzartikel, der in irgendeinem ganz einflußlosen Blättchen stand und demonstrierten damit — ohne eigenes Zutun — die kriegerischen Absichten Deutschlands. Auf der anderen Seite drahteten sie spaltenlange Auszüge aus den Artikeln eines Teiles der deutschen Oppositionspresse. Diesen Artikeln brauchten sie von sich aus gar nichts hinzuzufügen. Denn allein durch diese Auszüge mußte bei den Engländern und Franzosen der Eindruck erweckt werden, daß das deutsche Volk von einem Häuflein von Junkern und Großkapitalisten geknechtet werde, und daß die große Masse der Bevölkerung nichts sehnlicher wünsche, als die Zustände von Frankreich und England nach Deutschland zu verpflanzen. Auf Grund solcher Zeitungsauszüge mußte es beinahe selbstverständlich erscheinen, daß Deutschland vor der Revolution stehe. Und wer konnte es dem so unterrichteten Ausland verdenken, daß es die Lügenmeldungen über die Erschießung von Hunderten von Sozialdemokraten geglaubt hat, die Reuter und Havas im August 1914 verbreiteten. Nicht die Zustände, die bei uns herrschten, sondern die Brille, die ein Teil der deutschen Presse für das Ausland anfertigte, haben die Grundlage für die Leichtgläubigkeit des Auslandes gegenüber dem Märchen von deutscher Knechtschaft und Rückständigkeit gefertigt.

Die Erwähnung dieser Tatsache soll kein Vorwurf sein. Die Artikel, die Stoff zu solcher Auslese bildeten, sind sicher in dem besten Glauben geschrieben und von dem lebhaftesten Wunsch diktiert worden, dem Vaterlande zu nützen. Den Journalisten einen Vorwurf aus ihrer Schreibart zu machen, wäre schon deshalb verfehlt, weil in den Spalten der Zeitungen sich im Grunde genommen ja nur die Methoden spiegelten, die im deutschen Parteikampf allgemein üblich waren. Die eine Wurzel des deutschen Zeitungswesens reicht zurück bis zu den alten Streitschriften der Professoren über politische und wissenschaftliche Dinge. Und die Grobheit der Professoren, die sich bis in die neuzeitlichen Disputationen erhalten hat, haben die jüngeren Diener der Publizität ge-

Berner Bund 11.II.1916

Zur Kriegslage

Der Abzug von Gallipoli. Die Bilanz der Dardanellenaktion. Die Irakexpedition und die Suezoffensive. Die Kämpfe in Montenegro. Größere Regsamkeit im Westen. Die russische Offensive an der beßarabischen Front. Der Raum Czernowitz (mit Karte). Die Aussichten der russischen Operationen.

Es ist gekommen, wie es kommen mußte: Die letzten englisch-französischen Truppen haben die Halbinsel Gallipoli geräumt und auch die Südspitze bei Seddil Bahr preisgegeben, wo sie das Flankenfeuer der neuauftretenden schweren anatolischen Batterien zudeckte. Die Räumung war leichter als die der Suwlabai, da die türkische Infanterie dem konzentrischen Feuer der Kriegsschiffe ausgesetzt war und nicht ohne schwerste Opfer hart nachdrängen konnte. Beide Räumungen, die an der Suwlabai und die von Seddil Bahr, sind geschickt ausgeführt worden und haben den Alliierten wenig Blut gekostet, um so größer sind die Verluste, die sie im Laufe der Dardanellenaktion erlitten haben. Ueber 200,000 Mann liegen dort gebettet, an fünf Milliarden sind dort vergraben, und eine der wenigen indirekten Offensivmöglichkeiten, die den exzentrisch fechtenden Ententemächten blieb, ist endgültig gescheitert. Die Baumwollbörse von Alexandrien und die Getreidebörse von Odessa sind auf das tiefste getroffen. Die Expedition, welche die Dardanellen öffnen und Rußland gestatten sollte, den Krieg wieder mit vollen Kräften aktiv zu führen und nicht zuletzt bestimmt war, die Türkei aufzuteilen, ist eine der größten Unternehmungen in dem von den Engländern beliebten Expeditionsstil und ist zwar vollständig zusammengebrochen, weil sie von Anfang an das Verhältnis von Operationsbasis und Operationsziel sowie die Schwierigkeiten des Geländes und die Widerstandskraft des Feindes ungewöhnlich unterschätzte; es wäre aber verkehrt und entspräche nicht der Wirklichkeit, sie als ein einfaches Abenteuer oder eine Diversion zu bezeichnen.

Schon am 23. Februar ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß sich in Frankreich Transporte vollziehen, die auf eine Aktion im Orient deuten. Am 28. Februar glaubte ich die Vermutung aussprechen zu können, daß tatsächlich ein englisch-französisches Expeditionskorps nach den Dardanellen abgegangen war, wo am 20. Februar bereits die Marinegeschütze gedonnert hatten. Die Prognose, die man dieser Aktion zu stellen hatte, lautete von vornherein sehr ungünstig, und als die Alliierten sich darauf beschränkten, die Operation spitz anzusetzen, also von der Landzunge selbst vorzugehen, statt mit gewaltigen Kräften einen konzentrischen Vormarsch von allen Angriffsseiten her zu unternehmen, schwanden die letzten Möglichkeiten, Konstantinopel zu erobern, was doch als Endziel dieser Operation zu gelten hatte. Zuerst wurde am 18. März die Flotte geschlagen, dann das Landheer bei Seddil Bahr gebunden und endlich im August auch der an sich gut angesetzte Flankenangriff in der Suwlabai zum Scheitern verurteilt, weil die Operationsfähigkeit der tapferen englischen Truppen nicht hinreichte, das Ueberraschungsmoment auszunützen.

Der heute bekannt gewordene Bericht Hamiltons erweist klar, was man so oft ausgeführt hat, daß nämlich die englischen Stäbe ein auf wissenschaftlicher Methode aufgebautes, bis ins einzelne durchgearbeitetes Angriffsverfahren nicht in Fluß zu bringen vermögen, so gut auch ihr militärischer Instinkt sie berät und so tapfer die Truppe auch ficht. Nach dem Scheitern der Diversion an der Suwlabai war es nur noch eine Frage, ob den Türken, die von jeher sparen mußten, die Munition vollständig ausgehen würde oder nicht. Da kam die Balkanoffensive, die Oeffnung des Weges nach Konstantinopel, kamen Geschütze und Geschosse und damit das Ende des Dardanellenunternehmens. Heute hat Konstantinopel Grund zu flaggen. Da auch die Irakexpedition vor den Mauern Bagdads zusammengebrochen ist und sich die hier bereits ausgesprochene Vermutung bestätigt hat, daß bei Kut-el-Amara die letzte Staffel der Engländer in der Stärke einer Division eingeschlossen ist und Entsatzversuche bisher nicht glückten, so hat die Türkei jetzt nach zwei Seiten die Lage vollständig wieder hergestellt und kann nun an die Suezoffensive herangehen.

Es ist bemerkenswert, daß die österreichische Offensive gegen Montenegro wieder in Fluß gekommen ist. Sie geht in konzentrischem Angriff am Lim im Raume Berane und von Cattaro gegen den Lowzenberg vorwärts. Die Montenegriner wehren sich hartnäckig, mußten aber Berane räumen und die erste Linie am Lowzen preisgeben. Im Tara-Cannon, wo die Geländeschwierigkeiten für den Angreifer am größten sind, halten sie anscheinend noch stand. Dringt die österreichische Offensive durch, so bricht die ohnehin schon schwache Operationsbasis der Alliierten an der Adria ebenfalls zusammen.

Die Alliierten haben unter dem Zwang der Verhältnisse und vielleicht auch zur Verdeckung des Abbaues der Dardanellenaktion im Westen wieder größere Regsamkeit entfaltet, und wenn man sich nicht täuscht, verdichten sich die Aktionen in der Champagne wieder zu lebhaften Kämpfen. Die russische Offensive an der beßarabischen und galizischen Front ist noch einmal angeschwollen, aber bereits wieder im Verebben; sie ist also kurzatmiger geworden als früher, was sich aus der Verminderung der Operationsfähigkeit nach so langem und verlustreichem Kriege von selbst versteht, kann aber noch nicht als abgetan gelten. Die beigefügte Karte veranschaulicht den südlichsten Abschnitt der Kampffront und zwar habe ich besonders versucht, durch die Angaben der natürlichen Verteidigungsabschnitte im Raume Czernowitz einen Begriff von der örtlichen Lage zu geben und so die Schwierigkeiten der Operation darzutun.



Ein Blick auf diese Karte zeigt, wie unzutreffend das Gerücht von einer unmittelbaren Bedrohung von Czernowitz war, zeigt aber auch, daß hier im Raume Czernowitz-Kotzman bei Toporutz und Raranize um hohen Einsatz gespielt wird. Gelänge es den Russen, sei es flankierend von Rojan her, sei es über die Straße Zastawna-Sadagora in die österreichischen Hauptstellungen einzudringen, so wäre mit der militärischen Räumung von Czernowitz durch die Oesterreicher zu rechnen. Das wäre ein sichtbarer Erfolg, aber kein vollendeter Durchbruch. Die von den Russen im Raume Uziesko und an der Strypa ausgeführten Angriffe waren geeignet, den Vorstoß auf Czernowitz zu decken, eine strategische Auswirkung ist indes auch dort nirgends erfolgt, wenn auch Grabenverschiebungen eingetreten sind. Ob die Russen in der Lage sind, ihre Angriffe zu wiederholen, ihre Artilleriewirkung zu steigern, ihre Infanteriestürme noch mehr zu massieren und die einzelnen taktischen Bewegungen in einen so guten operativen Zusammenhang zu bringen, daß es ihnen bei rücksichtslosem Einsatz ihrer Reserven doch noch gelingt, einen Erfolg zu erzielen, ist zum mindesten zweifelhaft. Viel hängt natürlich davon ab, was die Oesterreicher und Deutschen an Kräften zur Stelle haben. Zu Verschiebungen hatten sie Zeit genug. Diese werden um so schwieriger, je allgemeiner die Angriffe nicht nur auf der Ostfront, sondern auf den verschiedenen Fronten zueinander in Beziehung gebracht werden. Bis jetzt ist es der Ententestrategie noch nicht gelungen, das hier erwachsende Problem zu lösen.

H. St.

Reichspost Abendbl.
11. I. 1916

Weltkrieg und römische Frage.

Von Universitätsprofessor Dr. Karl Hilgenreiner.

In seinem gestrigen Vortrag in der Wiener Urania unter dem obigen Titel ging Professor Dr. Hilgenreiner (Prag) von dem Gedanken aus, daß in dem großen Weltkrieg nicht um Stück Landes und um Kriegsentschädigungen, sondern um Menschheit und Menschlichkeit gekämpft werde. Das Leben ist der Sinn des gegenwärtigen großen Strebens. Daher vertrauen wir nicht nur auf Mörser und Mannschaften, sondern noch mehr auf den Sieg der geistigen Interessen. Unter diesen ist aber die bedeutendste die Religion. Wir fühlen den Odem Gottes, der in dem Weltkrieg weht. Während alle Dichter und Literaten beim Ausbruch des Völkerstreites zu Sklaven des Nationalismus geworden sind, ist jener groß, ein Priester der Menschheit geblieben, der an der Spitze der größten Religionsgemeinschaft in Europa steht und den Namen „Benedictus", der „Gesegnete", trägt. Jetzt erkennt man nicht nur seine Würde, sondern auch seine Ketten an. Von diesen Ketten, von dieser Gefangenschaft des Papstes durfte man vor dem Kriege nicht sprechen, ohne einem spöttischen Achselzucken zu begegnen. Man maß die Hektars der vatikanischen Gärten, man zählte die Fenster des vatikanischen Palastes und spottete. Jetzt ist das Urteil ein anderes geworden, nachdem man weiß, daß das Schicksal des Papstes auf der Treue Italiens, die im Dreibund sich als Untreue bewiesen hat, beruht. Seit langem bestand ein Versicherungsvertrag Italiens mit den Mittelmächten, daß niemals an dieser Frage gerührt werden dürfe. Dieses Leichentuch ist jetzt gefallen. Daran ändert nicht die Londoner Klausel, welche Italien von seinen Verbündeten herauspreßte, daß an den Ketten des Papstes nicht gerüttelt werden dürfe. Prof. Hilgenreiner bezeichnete es als seine Aufgabe, die römische Frage in akademischer Form zu erörtern, nicht zu agitieren, sondern zu informieren. Dabei wollte er sich nicht einmal auf den Standpunkt der 300 Millionen Katholiken, sondern auf den noch weiteren der Allgemeinheit stellen.

Die Geschichte der römischen Frage ist nicht die Geschichte des Kirchenstaates. Der Aufstieg der Päpste zur Selbständigkeit nahm seinen Ausgang von einem Großgrundbesitz, der sich bis nach Nordafrika und Asien erstreckte, von einer Schutzherrschaft gegen die Uebergriffe von Byzanz, und war erst vollendet, unter Innocenz III., als Rudolf von Habsburg formell auf alle Jurisdiktionsrechte in Rom verzichtet hatte. Im Innern sicherten erst die eiserne Hand Julius II. die volle Unabhängigkeit. Mochte aber die Herrschaft des Papstes auch nach innen bestritten sein, von außen wurde sie niemals angetastet; stets verkehrte der Papst als Souverän mit den Souveränen. Der erste, der diese Souveränität antastete, war Napoleon I., als er Pius VII. schrieb: „Meine

Nach Beendigung dieses, von den Anwesenden mit regem Interesse aufgenommenen Vortrages erteilte die Vorsitzende ihrer Mitarbeiterin Frau Berta Littmann das Wort zur Behandlung einiger praktischer Fragen, welche hier kurz zusammengefaßt werden sollen: Um Mißverständnisse in Hinkunft zu vermeiden, wird nochmals aufmerksam gemacht, daß die Verschickung kleiner Pakete, der sogenannten Mustersendungen zu 350 Gramm nicht gestattet ist. Bücher können derzeit noch nicht geschickt werden. Karten sollen nur in einer Sprache geschrieben werden. Jene Leute, die bestimmt wissen, daß ihre kriegsgefangenen Angehörigen in Tschita schwerverwundet sind, d. h. daß sie Gliedmaßen, das Augenlicht oder das Gehör verloren haben, mögen dies, mit möglichst genauen Angaben versehen, an Frau E. Stach-Hofmann, Laa a.d. Thaya mitteilen (Name, Charge, Regiment, Geburtsdaten, Zuständigkeit und jetzige Adresse des Gefangenen, Angabe des Gebrechens, womöglich Beweis hierüber und eigene Adresse).

Zum Schlusse wurden in die drei Lager gleichlautende Telegramme folgenden Inhalts geschickt: „Vereinigte Angehörige senden Mannschaft herzliche Neujahrswünsche, drahtet, was ihr braucht, meldet Telegramminhalt euren Offizieren, Antwort bezahlt." Die Depeschen wurden an je einen Unteroffizier des betreffenden Lagers adressiert.

Die nächste Versammlung findet Sonntag den 6. Februar, 3 Uhr, im Rideamussaal (Mariahilferstraße) statt.

Die Kriegstagung des Katholischen Frauenbundes Deutschlands.

Berlin, 8. Jänner.

Der Katholische Frauenbund Deutschlands hat seine Mitglieder letzte Woche zu einer Kriegstagung, der 6. Generalversammlung, nach der Hauptstadt entboten. Der Besuch war außerordentlich stark. Fürstbischof Dr. Bertram erinnerte in seiner Begrüßungansprache daran, daß 1914 die Generalversammlung des Frauenbundes in seiner damaligen Diözesanstadt Hildesheim stattfinden sollte.

Ein Blick in die Tagesordnung zeigt, daß drei Grundzüge die kommenden Verhandlungen bestimmen: Religiosität, Fürsorge für die Jugend, Linderung der Not des Volkes. Für den Bischof ist es die größte Freude, daß der Bund so eifrig die Religiosität pflegt. Christliche Frau, du bist die Hüterin des heiligen Feuers, du bist auch die Hüterin an der Schwelle deines Hauses und zu deiner Stirn soll das Kind stets wie zu einem Engelsbild emporblicken. In der Jugendpflege will der Bund nicht herrschend auftreten, er will dienen; er will andere Organisationen nicht verdrängen und bietet schwesterlich die Hand all denen, die auch für die Jugend wirken wollen.

Der Vertreter des Reichskanzlers und des Staatsministers v. Loebell weist auf die Notwendigkeit hin, daß viele wichtige Fragen des öffentlichen Lebens heute nicht nur vom Reich, durch Staat und Kommunen, sondern auch durch gemeinnützige, charitative Verbände gelöst werden müssen. Namens des preußischen Kultusministers begrüßt Geheimrat Freusberg die Versammlung und betont die Billigung der Jugendpflegebestrebungen des Bundes von Seite seiner Behörde. Pfarrer Wellenberg übermittelt die Wünsche Kardinal Hartmanns, der den Bund bittet, im engsten Anschluß an die katholische Kirche wie bisher weiter zu wirken. Hierauf ergreift Fräulein Dransfeld das Wort zu ihrem Vortrag über „Die Frau als Mitgestalterin am neuen Deutschland". Sie will nicht von dem politischen Aufbau des neuen Deutschland sprechen, sondern von seinem kulturellen Aufbau, der allerdings sich nur auf den politischen und wirtschaftlichen gründen kann. An diesem kulturellen Aufbau mitzuarbeiten, ist Aufgabe und Pflicht der Frau. Bei dieser Mitarbeit soll sie aber nicht nur Handlangerin, sondern auch Mitgestalterin sein. Der Einfluß der Frau auf das kulturelle Leben bestand schon immer, aber er vollzog sich in unsichtbaren Kanälen. Jetzt ist die Frau in die Oeffentlichkeit getreten, und darum muß sie nicht nur in der Familie, sondern auch in der Oeffentlichkeit an den Aufgaben der Zukunft mitwirken. Sie ist durch eine harte Schule gegangen und sie ist innerlich gereift. Dieser Krieg ist für sie ein großer Lehrmeister gewesen. Auf die militärische Mobilmachung ist die charitative Mobilmachung gefolgt; dieser folgte die wirtschaftliche Mobilmachung, wo die Hauswirtschaft sich auf die inländische Erzeugung einstellen mußte und dann kam die Mobilmachung des weiblichen Arbeitsmarktes. Wir vertrauen, daß Deutschland über seine Feinde den Sieg davon tragen wird, aber wir hoffen auch, daß auf die militärischen Siege der Sieg unserer Kultur folgen wird. Darauf wollen wir Frauen in Stille und tiefer Demut hinarbeiten, damit die sittliche Ueberlegenheit der deutschen Kultur sich offenbare, daß sie zu einem wesentlichen Element, vielleicht zum Mutterboden der Weltkultur werde. Um hiezu befähigt zu werden, muß die Frau Pflichten gegen ihre eigene Persönlichkeit erfüllen, im Sinne einer Erhöhung der sittlichen Kräfte. Das alte Frauenideal soll beibehalten werden, doch seine Werte müssen erhöht werden. Ehrfurcht soll sich mit gerechtem Selbstbewußtsein paaren. Inmitten der Männergröße dieser Zeit ist die Frau nicht kleiner geworden. Die Ehe soll ein „geschlossener Garten" sein und die Frauen müssen

Abendblatt

67. Jahrgang

Expedition: Essingerstraße 1

656 Telephon 656

Inserate: Haasenstein & Vogler

Postscheckkonto III/327

n des Postvereins: halbjährlich Fr. 24.50, vierteljährlich Fr. 12.25, euzband-Zusendung. Man abonniert direkt bei der Expedition Postanweisung. — Insertionspreis für die Schweiz 25 Cts. die ; für das Ausland 30 Cts. Reklamepreis Fr. 1 die Petitzeile — und deren Filialen im In- und Auslande

Die Eroberung des Lowzen

(Von unserm Kriegskorrespondenten bei der österr.-ung. Armee)

E. L. **Oesterreichisch-ungarisches Kriegspressequartier,** 12. d. Mit der Einnahme des Lowzen ist die Aktion gegen Montenegro in die entscheidende Phase eingetreten. Durch die unglaublich, rasche Eroberung der noch vor wenigen Tagen als von der Bocche di Cattaro aus fast unbezwinglich geltenden Bergfestung ist das Haupthindernis auf dem Wege nach Cetinje beseitigt. Wieder ist es ein Plan der Ueberraschungen, der hier einen großen Sieg davonetragen hat. Während die Montenegriner den Hauptangriff im Osten des Landes erwarteten, in den gegen die Linie Taraschlucht-Berane-Plaw-Gusinje vordringenden Truppen den gefährlichsten Gegner sahen und im Vertrauen auf die Stärke des Lowzen dort mehr an eine Demonstration glaubten, gingen die Verbände des Generals Köveß gerade dieses schwierigste Unternehmen mit eisernem Willen an, und ebenso wie seinerzeit der Uebergang bei Belgrad, wurde auch diese Operation in einzig dastehender Weise durchgeführt. Gleichzeitig war sie das Signal zu einem allgemeinen umfassenden Angriff.

Kaum hatten sich die Infanterieabteilungen über die gesprengten Serpentinen des Lowzen emporgearbeitet, da begann auch südlich von Cattaro, vom Meer aus, eine Aktion. Die südlich vom Lowzen den Raum gegen die Punta Magrin bis Budua haltenden Montenegriner wurden geworfen, wobei ihre Nachhuten die Höhen westlich und nordwestlich der Stadt nach blutigem Ringen aufgeben mußten. Auch nördlich des Lowzen erfolgte auf breiter Front ein überraschender Vorstoß. Die längs der inneren Bucht von montenegrinischen Abteilungen verteidigte Grenzlinie östlich Drahovac wurde gebrochen, der Feind in den Nordwesten von Cetinje zurückgetrieben. Aus dem herzegowinischen Befestigungsgürtel der Krivosije brachen ebenfalls starke Abteilungen gegen die felsigen Höhen bei Grahovo vor und hier leistete der Gegner ganz besonders erbitterten Widerstand. Drei Tage und Nächte mußte um jeden Felsvorsprung und um jede Ritze gerungen werden. In tiefem Schnee drängten die Truppen den Feind Schritt um Schritt zurück, bis schließlich seine Verteidigungskraft erlahmte und er in der Richtung auf Nikšic zurückwich.

Mittlerweile wurde der Sieg am Lowzen von dessen Eroberern tatkräftig ausgenützt. In raschem Nachdringen auf der Straße gegen Cetinje wurde der in Luftlinie etwa zwölf Kilometer von der montenegrinischen Hauptstadt entfernte Ort Njegus, der als Arsenal und Munitionswerkstätte für den Lowzen diente, erreicht. Dabei wurde ein Teil der auf dem Lowzen erbeuteten Geschütze geschickt in den Angriff einbezogen.

Die so schnell zum Erfolg gediehene Offensive gegen den Lowzen zeigt wiederum deutlich den Unterschied in der Kampfführung der Verbündeten und der Entente. Bei den Durchbruchsversuchen der Russen und Italiener ein wochenlang bis zur völligen Erschöpfung andauerndes Vortreiben ungezählter Sturmreihen, das im besten Falle zu einem ganz minimalen, strategisch völlig unauswertbaren Terraingewinn führt; bei den Hauptschlägen der Zentralmächte ein entscheidender Erfolg auf den ersten Anhieb. Gorlice und Belgrad wiederholten sich auch am Lowzen. Die fabelhafte Präzision der Vorbereitung und das glänzende Zusammenwirken aller Faktoren sicherten das Gelingen.

Die Montenegriner hatten, von ihren Verbündeten unterstützt, alles getan, um die Eroberung des Lowzen unmöglich zu machen. Der wie ein Pferderücken aussehende Berg war mit Werken, Stützpunkten und Zwischenstellungen förmlich bespickt; namentlich die Kuppe war eine Verteidigungsposition allerersten Ranges. Nach dem Balkankriege wurden die Artilleriestellungen teilweise mit den bei Podgorica erbeuteten türkischen Geschützen bestückt; diese wurden dann gegen russische Artillerie ausgetauscht. Hauptsächlich waren dies mobile 15-Zentimeter-Batterien. Verstärkt wurde die Lowzen-Artillerie zu Beginn dieses Krieges durch französische, im Laufe des letzten Sommers auch durch schwere italienische Geschütze. Im letzten Oktober führte die Beschießung von Cattaro zu einem energischen Gegenbombardement. Dabei griff die Kriegsmarine so ausgezeichnet ein, daß die auf dem Lowzen postierte internationale Artillerie neue geschütz-

1916

32

Berner Bund 13./I. 1916

Polens Zukunft

In den letzten Jahrzehnten hatte man sich's fast abgewöhnt, die Wiederaufrichtung eines polnischen Reiches als mögliches Zukunftsbild in Betracht zu ziehen. Heute aber ist so vieles, was noch vor kurzem unmöglich schien, möglich geworden, daß auch diese Frage wieder ernstlich besprochen werden kann. Allerdings ist man im Polenlager selbst bisher sehr vorsichtig gewesen und hat sich gescheut, bestimmte Pläne zu entwickeln. Das ist mehr als begreiflich. Die Lage ist ja heute noch gänzlich verworren. Wohl ist das russische Polen und der weitaus größte Teil des österreichischen heute in den Händen der Zentralmächte, wohl kämpfen polnische Legionen in den Reihen ihrer Heere — aber auch im andern Lager stehen Polen, und man konnte noch vor nicht langer Zeit in der Presse Aeußerungen lesen, aus denen man schließen muß, daß ein beträchtlicher Teil der polnischen Finanz aus Russisch-Polen eine Lostrennung von Rußland nicht wünscht.

So besteht heute noch keine Einigung zwischen den Polen selbst und auch keine Stelle, die wirklich befugt wäre, im Namen der gesamten polnischen Nation zu sprechen. Gewiß gibt es Geschäftsstellen, die eifrig im Interesse der polnischen Sache arbeiten — wir erinnern nur an das sehr regsame polnische Preßbureau in Bern —, aber zu irgend welchen Aeußerungen bindender Art ist auch dieses nicht kompetent, mangels einer ausdrücklich kundgegebenen Meinung des polnischen Volkes. Wie sollte es auch heute schon eine solche äußern können, da es ihm ja an jeder fest umrissenen Organisation fehlt, die nur innerhalb eines Staatsverbandes möglich ist.

Von polnischer Seite also hört man einstweilen nichts von bestimmten Plänen. Wohl aber ist aus den letzten Tagen eine interessante Kundgebung eines namhaften deutschen Politikers zur Polenfrage zu verzeichnen. In Berlin erscheint seit einiger Zeit eine Zeitschrift „Polnische Blätter", die für die Sache der Polen in Deutschland arbeitet und hier bespricht der bekannte deutsche Reichstagsabgeordnete Friedrich Naumann die polnischen Zukunftsträume. Seine Aeußerungen werden sicherlich für viele Polen eine Enttäuschung bedeuten. Man lese nur die folgenden Sätze, in denen der Kern des Ganzen enthalten ist: „Den Polen geht es nach meiner Beobachtung wie fast allen Nationen, die sich ihre Volksselbständigkeit erst erringen müssen, daß sie das Ideal einer vollen unbedingten nationalen Souveränität aufstellen, obwohl alle klügeren Köpfe unter ihnen wissen, daß dieses Ideal nicht ganz erreicht werden kann. Es steckt in den Seelen eine schöne Romantik vom eigenen polnischen Heer, vom Besitz aller einstigen polnischen Provinzen, von eigener Kriegsherrlichkeit, wie sie in den alten stolzen Zeiten einmal war oder wenigstens gewesen sein soll. Diese Romantik übersieht, daß inzwischen die Welt anders geworden ist und besonders durch den gegenwärtigen Krieg noch mehr anders wird. Es gibt jetzt nur noch Staatenverbände, und besonders an der Stelle, an der Polen liegt, kann es nach Menschengedenken nie wieder eine militärische volle Souveränität geben. Je klarer und rückhaltloser das der polnischen Bevölkerung von ihren polnischen Führern selbst gesagt wird, desto leichter werden die mitteleuropäischen Nachbarn mit den Polen über ihre zukünftige Stellung innerhalb eines mitteleuropäischen Militärverbandes sich verständigen können. Für die Polen lautet meines Erachtens der erste Satz der polnischen Frage: Wollen wir im russischen oder im mitteleuropäischen Militärverband sein? Sobald man auf unserer Seite die Antwort hören wird: Wir Polen wollen in dem mitteleuropäischen Militärverband sein!, werden sofort die Ansichten und Absichten sich darauf einstellen und zwar in dem Maße, als diese Antwort als bindend und allgemein angesehen werden kann." ! Es ist uns nicht bekannt, ob Naumann mit diesen Worten die Meinung derer ausspricht, auf die es im Deutschen Reich ankommt, interessant bleibt jedenfalls die Kühnheit, mit der er das Problem realpolitisch anpackt: Wenn ihr an dieser gefährlichen Stelle einen neuen Staat gründen wollt, so müßt ihr zuerst Farbe bekennen, nach welcher Seite ihr euch schlagen wollt! Das ist das Wichtigste und Erste. Die zweite Frage ist, ob die Polen imstande sein werden, innerhalb der Einordnung in einen solchen Militärverband ein geordnetes Staatswesen einzurichten. Mit größter Offenheit erklärt Naumann in dieser im polnischen Interesse gegründeten Zeitschrift, in Deutschland und Oesterreich sei der Zweifel an der polnischen Regierungsfähigkeit ziemlich weit verbreitet. „Nur ganz ruhige offene Aussprache kann hier helfen. Die Polen müssen in den Deutschen und Oesterreichern und Ungarn den Glauben erwecken können, daß die frühere Weltgeschichtsentscheidung von 1772 bis 1815 falsch war. Im allgemeinen sind jetzt die Gemüter offen, solche Töne zu hören. Der alte Prozeß kann nach so vielen Jahren wieder einmal verhandelt werden, aber man soll nicht mit der großen Schlußrede anfangen wollen, ehe man das Beweismaterial für die tatsächliche Verwaltungs- und Regierungskraft der Polen nach Möglichkeit aufgebaut hat."

Das klingt dem begeisterten Polen, der von einer neuen Herrlichkeit in seinem Vaterlande träumt, gewiß bitter genug. Die Redaktion der „Polnischen Blätter" beeilt sich denn auch in der gleichen Nummer ihre Meinung über diese Dinge zu sagen. Nehmen wir die Frage der Regierungsfähigkeit voraus. „Ob die Polen Regierungskraft besitzen, — so erwidert die Redaktion — diese Frage muß uns doch wundern. Eine alte Kulturnation, der auch niemand moderne Bildung und Begabung abspricht, hat wahrlich das Recht, über manche Fragen erhaben zu sein." Zur Bekräftigung dieser Meinung wird dann die mustergültige Verwaltung des Herzogtums Warschau und des autonomen Kongreß-Polens, sowie die günstige Entwicklung Galiziens seit seiner Autonomie erwähnt und eine Reihe von hervorragenden polnischen Staatsmännern in österreichisch-ungarischen Diensten namhaft gemacht. Die Polen seien sich der Tatsache klar bewußt, daß sie vor ungeheuren Aufgaben ständen, diese aber seien nicht zu lösen ohne den deutsch-polnischen Ausgleich. Damit ist schon angedeutet, in welcher Weise die Redaktion der „Polnischen Blätter" die erste Frage Naumanns beantwortet. Sie betont, daß die Abneigung gegen den russischen Militärdienst für die Polen eine historische Tatsache sei und stellt dann fest, ein „überwiegender Teil der Polen" sei der festen Ueberzeugung, daß das höchste Interesse der Polen ausschließlich und allein an der Seite Oesterreich-Ungarns und Deutschlands verwirklicht und dauernd erhalten werden könne. Die Verwirklichung der polnischen Wünsche liege ja auch im Interesse dieser Staaten selbst. Die Redaktion muß allerdings zugeben, es gebe auch Polen, die anderer Meinung seien, doch seien diese nicht eigentliche Anhänger Rußlands, sondern Opportunisten. Sie verminderten sich übrigens von Tag zu Tag, und bald würden auch diese sich freudig zu der Erkenntnis bekehren, daß nur die Zentralmächte die Lösung der Polenfrage in einem für die Polen günstigen Sinne herbeiführen könnten.

Daß von polnischer Seite auch für einen Anschluß an Rußland gearbeitet wird, bezeugt übrigens die gleiche Nummer der Zeitschrift. Sie enthält nämlich ein Verfassungsprojekt für Polen, das von polnischen Mitgliedern der russischen Duma ausgearbeitet worden ist und auf der Personalunion mit Rußland beruht. In der polnischen Presse werde dieser Entwurf allerdings sehr scharf kritisiert; er entspreche in keiner Weise den Erwartungen und Forderungen der Polen.

Vossische Zeitung 14/I. 1916.

Die Kriegstagung der Parlamente.

Die Kriegstagung der Parlamente.

Deutscher Reichstag.

28. Sitzung, Donnerstag, den 13. Januar.

Am Bundesratstisch: Delbrück.

Die Besprechung der

Ernährungsfragen

wird fortgesetzt.

Abg. **Simon** (Soz.): Zwar wurde die Regierung plötzlich vor gewaltige neue Aufgaben gestellt, aber sie hat bei ihrer Lösung trotz rechtzeitiger Mahnungen versagt und dadurch Erbitterung erregt. Wir üben Kritik nicht aus agitatorischen Gründen, sondern im Volksinteresse und nehmen dabei keine Rücksicht auf den schamlosen Lebensmittelwucher, den die Regierung seit Kriegsausbruch lange geduldet hat. Wir müssen dies vorbringen, weil die Presse daran gehindert wird. Ein Anschauungsunterricht in den Läden und auf den Märkten könnte auch für den Staatssekretär und seine Räte nur nützlich sein. Die Gerichtschronik zeigt, daß auch Landwirte wuchern, was sich freilich bei den verhältnismäßig geringen Strafen lohnt. Scharfe Strafen gegen die Wucherer, aber keine Bestrafung der Bewucherten — das fordern wir und beantragen es. Die Mahnung des Berichterstatters des Ausschusses zur Sparsamkeit erbittert das Volk viel mehr als Zeitungsartikel, wenn es sehen muß, daß bei aller Sparsamkeit des Volkes der Wucher sich auch an den im Inlande produzierten Waren bereichert. Erst hat man die Preise kolossal hinauftreiben lassen, dann die Teuerungspreise als Höchstpreise bestimmt, die sofort die Normalpreise wurden. Auf dem Gebiete der Rohstoffe hat man gründlich das nahezu heilig gesprochene Privateigentum angetastet, schade, daß das nicht auch bei den Lebensmitteln geschah. Ein christliches Bauernorgan in Unterfranken hat es offen ausgesprochen, daß der Krieg den Landwirten goldene Früchte bringt — Hunger und Elend hat er weiten Volkskreisen, schwere Verluste auch so manchem Kleinbauern gebracht. Die Regierung ist immer auf halbem Wege stehengeblieben, indem sie nur Höchstpreise für das Urprodukt, nicht für die Konsumware festsetzte, oder erst, als es zu spät war. Die Reichsgetreidestelle hat die Kommissionärgebühren bis um 133 v. H. erhöht, auch die teuren Sackleihgebühren haben Brot und Mehl verteuert. Immer wieder hat die Regierung durch hohe Preise zur Produktion veranlassen wollen, ein ganz falscher Gedanke, den man fälschlich gestern in Bebels Ausspruch „ohne Profit raucht kein Schornstein!“ hineinlegen wollte. Es ist ein Skandal, daß die Reichsgetreidestelle für ihre Produkte soviel über die Selbstkosten hinaus verlangt, wie das einen Händler sicher auf die Anklagebank bringen würde. 45 000 Tonnen Roggen sind zum Schnapsbrennen ausgeliefert, erstklassiger Weizen verschrotet worden und nun hören wir, daß die Erhöhung der Brotration wieder zurückgenommen wird. Wenn der Landwirtschaftsrat wieder eine glänzende Ernte prophezeit, wird man das mit Mißtrauen hören. Dieselbe Reichsgetreidestelle, die die Städte angewiesen hat, die Zusatzbrotkarten in weitem Umfange zu gewähren, die klagt jetzt die Städte an, weil sie dieser Anweisung gefolgt waren. Die Erfüllung der agrarischen Forderung nach Erhöhung der Kartoffelpreise müßte katastrophal wirken und Zustände heraufbeschwören, für die wir jede Verantwortung ablehnen. (Sehr wahr bei den Soz.) Für Leder mußte das deutsche Volk, gemessen an den Friedenspreisen, im Kriege 866 Millionen M. zuviel bezahlen. Die Rüstungsindustrie aber verdient an jeder Granate 6—10 M. Erst nach einem Jahr hat man die vorher als „unmöglich“ erklärten Lederhöchstpreise festgesetzt, immer noch um 200 bis 300 v. H. über Friedenspreis. Die Rohhaut-Abgabe an das Reich verteuert jede Stiefelbesohlung um 1 bis 1,50 M. — Es muß energisch dafür gesorgt werden, daß die Lage der Arbeiterbevölkerung nicht zu sehr verschlimmert werde. Daß die Lebensmittel in England noch teurer seien, kann uns hier nicht trösten. Wenn die reklamierten Rüstungsarbeiter Lohnzulagen beantragen, werden sie eingezogen. Gewerkschaftsbeamten wurde hierbei mit Verhaftung gedroht. (Hört! hört! bei den Soz.) Mit dem guten Willen und guten Worten läßt sich nicht durchkommen, es muß Entschlußkraft dazukommen. Das Volk erwartet nicht nur Entrüstung über den Aushungerungskrieg, sondern scharfes Vorgehen gegen die schamlosen Verteurer. Täuscht diese Erwartung, so drohen unheilvolle Zustände! (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Marx** (Z.): Die Kritik muß der künftigen Vermeidung begangener Fehler dienen. In erster Linie ist die Regierung vielfach viel zu spät und dann noch zu zaghaft vorgegangen. Das trat besonders bei der Kartoffelversorgung hervor und wir haben das im rheinisch-westfälischen Industrierevier sehr stark gespürt. Ich bedaure sehr, daß die Abgg. Dr. Rösicke und v. Gamp gestern bewiesen haben, daß sie von den Verhältnissen im Industriebezirk und der dortigen Kartoffelnot keine blasse Ahnung haben. Bei den Bergarbeitern brauchen Vater und Sohn die ganze Brotration für sich. Die Rheinprovinz ist ein ausgesprochenes Kartoffeleinfuhrland. Die ganze städtische Bevölkerung bis in die höchsten Kreise hinein meinten, die Landwirtschaft sei schuld. Ich teile diese Anschauung nicht, aber die Erregung der städtischen Bevölkerung im Westen richtet sich ausnahmslos gegen die Landwirtschaft. Es fehlt eben an dem gegenseitigen Verständnis der einzelnen Bevölkerungsgruppen. Im Westen wäre weitgehende Kartoffelbeschlagnahme nötig gewesen. Freilich müssen die beschlagnahmten Kartoffeln wenigstens zur menschlichen Nahrung geeignet sein. — Der Redner legt eingehend die Kartoffelkalamität im Westen dar, die von der schlechten Organisation der Kartoffelverteilung verschuldet war. Vielleicht könnten auf der Eisenbahn direkte Kartoffelzüge befördert werden; dann würden nicht solche Verspätungen und keine Erfrierungen von Kartoffeln vorkommen.

Die vielverlangte Rationierung von Fleisch, Butter usw. ist eine außerordentlich schwierige Sache. Unerträglich ist es, daß selbst die Reichsfuttermittelstelle unerhört hohe Preise fordert und sich dadurch an der Preistreiberei gewissermaßen beteiligt. (Zustg.) Der Redner untersucht eingehend die Frage der Möglichkeit und der Gestaltung von Fettkarten. Von der vielbesprochenen staatsbürgerlichen Erziehung hat man bisher wenig Erfolg bei Bessersituierten gesehen, wie denen, die im Westen sich große Buttervorräte angelegt haben. (Hört, hört!) Wenn diese Leute nicht gelernt haben, sozial zu denken, wird man sie zwingen müssen, sozial zu handeln. Wir wünschen schärfstes Eingreifen! Dringend notwendig ist bei der Kriegsfürsorge die Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes. (Beif.) Zu einer segensreichen Wirkung bedürfen die Preisprüfungsstellen des Ausbaus und der gemeinsamen Beratung mit den Stadtverwaltungen. Möge diese Einrichtung einer segensreichen Zukunft entgegengehen. (Lebh. Beifall.)

Präsident Dr. Kaempf bezeichnet die Aeußerung des Abg. Simon, daß die Reichsgetreidestelle Wucherpreise fordere, als die parlamentarischen Grenzen überschreitend.

Unterstaatssekretär Michaelis: Die Verteuerung des Mehlpreises für Fabriken nicht unbedingt notwendiger Lebensmittel dient dem Bestreben, die vorhandene Nationalreserve so zu verwalten, daß aus erzielten Ueberschüssen das Mehl für die Allgemeinheit billig zu erhalten sei. Die Ueberweisung der verhältnismäßig nicht allzu erheblichen Menge von 75 000 Tonnen Roggen an Kornbrennereien war vom Kuratorium der Reichsgetreidestelle beschlossen, weil die dann als Rückstand bleibende Schlempe den Futtermittelwert des Roggens wiedergibt. Die zur Milderung der Futtermittelknappheit zugelassene Verschrotung haben wir, nachdem Klarheit über die Ernte gewonnen war, wieder einstellen müssen, hoffen aber, daß die Futtermittel, die jetzt anfangen vom Balkan hereinzukommen, Ersatz bieten. Sollte hierbei gutes Getreide verschrotet worden sein, so würde ich dagegen einzuschreiten haben. — Die Anordnung betr. Ausgabe der Zusatzbrotkarten sollte keineswegs zur Verschwendung anregen. — Daraus, daß ich manche Maßnahmen betr. die Mühlen im Vorjahr noch nicht für möglich erklärte, sie aber jetzt festgesetzt habe, hat mir Herr v. Gamp gestern einen Vorwurf machen zu können geglaubt. Er vergißt dabei aber, daß im vorigen Jahr die ganze Regelung der Wirtschaft im Reiche lange nicht so weit war wie jetzt. — Der Unterstaatssekretär spricht schließlich über die Frage der Heranziehung bayerischer Mühlen zum Vermahlen außerbayerischen Getreides.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums erklärt zu den Ausführungen des Abg. Simon über die Lederpreise, daß in den ersten Kriegsmonaten die Deckung des Heeresbedarfs weitaus voran stehen mußte, die Preisfrage kam immer erst hinterher. Später haben wir Richtpreise festgesetzt, die zwar einen Aufschlag von 1 Mark pro Kilogramm Haut brachten, aber die Lederpreise selbst um ein Drittel herabminderten. Wir waren zu diesem Aufschlag durch die Preissteigerung der Einfuhr genötigt. Der Aufschlag ist aber im Interesse des Publikums nach und nach herabgesetzt und schließlich ganz aufgehoben worden. Die Höchstpreise wurden für das vom Zivilpublikum meistgebrauchte Leder von 10 auf 8,50 Mark herabgesetzt, eine weitere Herabsetzung und Höchstpreise für Gerbstoffe sind in Aussicht genommen. Damit ist wohl allen berechtigten Wünschen Rechnung getragen.

Abg. **Held** (Nat.): Wir wollen durchhalten, wir werden durchhalten, wir können durchhalten. Ich will etwas Kleinmalerei treiben; zunächst: das Schwein! (Heiterkeit.) Ja, meine Herren, das Schwein. Schwein oder Nicht-Schwein, das ist hier die Frage. (Heiterkeit.) Der Redner befaßt sich eingehend mit der Frage der Schweineernährung und ob das „unsinnige Schweinemorden“ nötig gewesen sei, und stellt die Niederlegung von Photographien auf den Tisch des Hauses in Aussicht, aus denen man den Zustand der Zuchtsäue erblicken könne. Die Fleischkonserven erleichtern den Frauen die Wirtschaft so, daß sie nachher gar nicht mehr werden kochen wollen. (Heiterkeit.) Wenn wir auf dem Lande die Gefangenen nicht hätten, könnten die Frauen und Kinder die Arbeit gar nicht bewältigen. Bei uns in Hannover ist man mit den Gefangenen durchaus zufrieden und bittet, sie nicht fortzunehmen. Gönnen wir doch unseren Schülern ihre Zusatzbrotkarten; bei uns auf dem Lande laufen die Jungen zwei Stunden weit zur Schule, die können schon einen ordentlichen Riemen vertragen. (Heiterkeit.) — Im Laufe seiner weiteren Ausführungen ertönt öfter Heiterkeit, die den Redner einmal zu der Ansprache an einige Zuhörer veranlaßt: „Es ist jedenfalls angenehmer, hier unten zu sitzen und zuzuhören, als hier oben seine Weisheit zu verzapfen!“ — In der Polemik gegen eine sozialdemokratische Resolution sagt Abg. Held: „Beschlagnahme? Siehe Schweine!“ (Lebhafte Heiterkeit.) Er schließt mit der Erklärung, daß ohne Produzent der Konsument nicht leben könne und der Produzent nicht ohne den Konsumenten. Wir müssen noch mit einer großen Reserve in den Frieden hineingehen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Fischbeck** (Vpt.): Unterstaatssekretär Michaelis hat gestern behauptet, daß die Städte unwirtschaftlich verfahren seien, daß sie in viel zu großem Maße Zusatzbrotkarten ausgegeben hätten, und er hat das insbesondere von der Stadt Berlin behauptet. Dabei haben wir aber gerade bei der Ausgabe von Zusatzkarten ein besonders straffes Regime beobachtet. Wir haben uns geweigert, Zusatzbrotkarten auszugeben, bis schließlich der Anstoß von oben kam und all die Berufe aufgeführt wurden, an die bis zu der festgesetzten Einkommensgrenze Zusatzbrotkarten ausgegeben werden durften. Wenn sich der Unterstaatssekretär vergegenwärtigt, wieviel solcher Personen es in einem so großen Gebiet wie dem Berliner Stadtgebiet gibt, so wird er sehr bald auf die Zahl von 700 000 kommen, ohne daß eine auch nur irgendwie erhebliche Zahl von Zusatzkarten an Gymnasiasten ausgegeben zu werden brauchen. Die Stadt Berlin ist zur Ausgabe dieser Zusatzkarten geradezu gedrängt worden, und es ist daher nicht gerecht, den Städten die Schuld an diesen Verhältnissen zuzuschieben. (Sehr richtig! links.)

Der Abgeordnete Simon hat behauptet, das von Dr. Wendorff zitierte Wort Bebels, ohne Profit rauche kein Schornstein, wäre in einem ganz anderen Zusammenhange von Bebel gebraucht worden. Worum handelt es sich denn? Wir hatten gesagt, daß die Produktion, um bestehen zu können, verdienen müsse, weil wir der Meinung sind, daß alle Maßnahmen nichts nützen, wenn Produktion, Handel und Gewerbe nicht ihr Auskommen finden und daher nicht arbeiten können. Der Schade, der entsteht, wenn Güter überhaupt nicht vorhanden sind, ist viel größer, als wenn der Konsument dafür ein paar Pfennige mehr bezahlen muß. (Sehr richtig!) Bei der Kartoffelfrage vor allem hat gerade der Konsument den Schaden davon, wenn der Handel bei zu niedrigen Preisen nicht bestehen zu können glaubt und mit den Kartoffeln zurückhält. Beim Kartoffelhandel in den Großstädten kommen übrigens viel weniger Großhändler in Frage als kleine Gemüse- und Kartoffelhändler, die sich nicht gern eine größere Menge von Kartoffeln hinlegen, wenn sie nicht auf ihren Verdienst zu kommen glauben. In diesem Zusammenhang hat Wendorff Bebels Wort zitiert. Es handelte sich damals um Angriffe gegen einen sozialdemokratischen Betrieb, und Bebel hat als Antwort auf diese Angriffe gesagt, der Betrieb könne nicht anders, wenn er bestehen wolle, müsse er einen Profit haben, denn ohne Profit rauche kein Schornstein. Die Sache liegt jetzt ganz genau so, und daher hat Dr. Wendorff das Wort Bebels mit Recht angewendet. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.)

Im übrigen sind wir der Meinung, daß bei keinem Artikel die frühzeitige Festsetzung von Höchstpreisen so notwendig ist, wie gerade bei der Kartoffel. Bei Artikeln, an denen Mangel herrscht, mag die Festsetzung von Höchstpreisen bedenklich sein. Bei den Kartoffeln aber, die in reichlichem Maße und nach der letzten guten Ernte sogar massenhaft vorhanden sind, sind Höchstpreise am Platze. Deshalb war es ein ungesunder Zustand und es waren künstliche Machenschaften im Spiel, wenn trotz der reichen Ernte der Kartoffelpreis im Westen z. B. ganz ungewöhnlich stieg und auch im Berliner Kleinhandel eine ganz unbegründete Höhe erreichte. Dem mußte rechtzeitig vorgebeugt werden. Dabei mußte natürlich berücksichtigt werden, daß man den Landwirten nicht zumuten kann, den Schwund, die Lagerkosten usw. selbst zu tragen. Kartoffeln, die im Oktober oder November abgestoßen werden, müssen im Preise anders behandelt werden, als Kartoffeln, die erst im nächsten Mai oder Juni zum Verkauf gelangen. (Sehr richtig!) Was wir immer wieder sagen, ist, daß bei einer Beurteilung dieser Fragen sich die Leute, die sich als die besonderen Hüter der landwirtschaftlichen Interessen aufspielen, mehr den allgemeinen Gesichtspunkt zum Ausdruck bringen möchten. Wir haben Jahrzehnte hindurch wirtschaftliche Kämpfe ausgefochten, und in diesen Kämpfen haben die agrarisch gerichteten Kreise immer und immer wieder betont, wir brauchten die Landwirtschaft insbesondere für den Kriegsfall, wenn dann nichts hereinkomme, müsse unsere Landwirtschaft leistungsfähig sein.

Jetzt ist die Stunde gekommen,

jetzt muß nun auch die Landwirtschaft zeigen, daß sie auch ohne besonderen Konjunkturgewinn bereit ist, die Volksernährung auf sich zu nehmen. (Sehr richtig! links.) Wir erkennen durchaus an, daß aus landwirtschaftlichen Kreisen heraus ein Appell an die Berufsgenossen gerichtet und gesagt hat: Ihr Landwirte habt die Verpflichtung, zu den Höchstpreisen zu liefern, Ihr dürft mit Euren Vorräten nicht zurückhalten. Aber das ist nicht überall geschehen. Vor allem hat das Organ des Deutschen Landwirtschaftsrats sich bitter darüber beklagt, daß überhaupt Höchstpreise für Schweine und Kartoffeln festgesetzt worden sind. (Hört, hört!) Es hat behauptet, daß den Landwirten versprochen worden sei, es würden keine Höchstpreise kommen. Diese Herren mögen doch daran denken, zu welchen ungesunden Zuständen wir gekommen waren, als endlich die Höchstpreise für Schweinefleisch festgesetzt wurden. Es ist wirklich ungerecht, daß dieser Teil der Presse fortgesetzt jammert über die Not unter der Wirkung der Höchstpreise.

Und dann noch ein Wort über die Angriffe auf die

Professoren

und die Leute, die seiner Zeit für die Abschlachtung von Schweinen eingetreten sind. Wir wollen doch ehrlich sein. Heute, mit der Ueberlegenheit zu kommen, sich hinzustellen und im Tone der Ueberhebung ins Lächerliche zu ziehen, was damals geschehen ist, so zu tun, als ob das so verrückt sei, daß es nur von Professoren ausgeheckt sein kann, das ist keine gerechte Beurteilung. Wie lagen denn damals die Verhältnisse hier im Reichstag? Allgemein wurde damals gesagt, daß man die Darlegungen der Professoren, die doch auch keine unerfahrenen Männer sind, beachten müsse, und in der Budgetkommission des Reichstags hat sich auch kein Widerspruch gegen ihre Forderung erhoben. Wir haben den Antrag gestellt, Schweine in größerem Umfange abzuschlachten, um der übermäßigen Kartoffelverfütterung zu begegnen und die Fleischproduktion zu fördern. Zu diesem Antrage wurde ein Zusatzantrag gestellt, der vollständig auf den Boden unseres Antrages trat und an der Spitze der Antragsteller stand — Graf Westarp. (Hört! Hört links.) Ferner standen darunter die Abgg. Bassermann, Junck, Frhr. v. Richthofen und Schiffer-Magdeburg. (Hört! Hört!) Die Kommission einigte sich dann auf einen Beschluß, den Reichskanzler zu ersuchen, veranlassen zu wollen, daß Schweine in genügender Zahl abgeschlachtet und zu Dauerware verarbeitet werden. Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden. (Hört! Hört! links.) Wo waren die Helden, die jetzt mit einemmal die Sache besser wissen? (Sehr gut! links.) Wer

draußen Demagogie treiben

will, wer sich wie ein Possenreißer selbst bespötteln will, der mag so handeln. Ein verantwortlicher Abgeordneter aber, der damals die Sache selbst mitgemacht hat, sollte sich jetzt nicht über Leute lustig machen, die dasselbe getan haben wie er. (Sehr richtig! links.) Dann ist gesagt worden, die Städte hätten zu große Vorräte aufgestapelt und es wäre alles verdorben. In Fleischerversammlungen ist dieser Vorwurf mehrfach erhoben worden. Wenn man so etwas behauptet, dann sollte man es doch erst einmal beweisen und sagen, wo und in welchem Umfange große Mengen verdorben worden sind. Wir sollten alle diese Fragen ruhig und sachlich und in gemeinschaftlicher Arbeit mit einander erörtern. Wir sollten es als unzulässig abweisen, welcher Mißbrauch z. B. mit den Saatkartoffeln getrieben worden ist. Hat doch sogar eine Landwirtschaftskammer Tausende von Zentnern Saatkartoffeln einer Großstadt für die Ernährung ihrer Bewohner angeboten. (Hört! Hört!) Um die Schlachthofhöchstpreise zu umgehen, verkaufen die Landwirte jetzt das Vieh direkt ab Stall an die Fleischer, und sie sagen, Stallhöchstpreise gebe es nicht. Man sollte angesichts solcher Zustände dafür sorgen, daß die Anordnungen der Regierung auch den öffentlichen Interessen entsprechend durchgeführt werden. Ich habe niemals den Pharisäer gespielt, und der einzelne mag, wenn er ein paar Mark mehr verdienen kann, sie nehmen. Aber die Allgemeinheit und der Staat sind diejenigen, die die Richtlinien zu geben haben. Wir sollten uns alle bemühen, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß solche Dinge nicht wieder vorkommen. Wenn wir das tun, dann tun wir eine vaterländische Pflicht und erreichen, was wir wollen, daß wir auch den uns aufgedrungenen wirtschaftlichen Krieg siegreich zu Ende führen. (Lebhafter Beifall b. d. Vp.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. (Kleine Anfragen. Fortsetzung.)

Schluß 6½ Uhr.

*

Der frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Otto Büsing ist am Mittwoch in Schwerin gestorben. Mit ihm ist ein Vorkämpfer des Liberalismus dahingegangen, der besonders im mecklenburgischen Verfassungskampf an hervorragender Stelle gestanden hat. Geheimer Finanzrat Büsing, der als Rechtsanwalt und später als Bankdirektor in Schwerin tätig gewesen ist, war dort am 28. März 1837 geboren worden. Schon dem ersten Reichstage gehörte er von 1871 bis 1874 für den Wahlkreis Rostock an, den er auch von 1887 bis 1890 vertrat. Mehrere Legislaturperioden hindurch wurde er von Schwerin in den Reichstag entsandt. Von 1900 bis 1903 war er 2. Vizepräsident. In seine Amtszeit fallen die erregten Debatten über den Zolltarif, in der stürmischsten am 28. November 1902 präsidierte er und mußte, ein einzig dastehender Vorfall, die Sitzung wegen Lärmszenen schließen.

14./I. 1916

Die englische Kriegführung gegen den Erfinderschutz.

Von Mil Richter.

Leipzig, 10. Januar.

Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges hat England eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die auf die völlige wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands und seiner Verbündeten hinzielen. Ueber die allgemein gültigen Grundsätze des internationalen Privatrechts sich hinwegsetzend, wurden nicht nur alle Handelsgeschäfte von Angehörigen „feindlicher Staaten", wie das Gesetz sich ausdrückt, beschlagnahmt, also wirtschaftlich brachgelegt, sondern es wurden durch das englische Kriegsrecht auch alle Abmachungen für nichtig erklärt, welche bei Kriegsausbruch mit Angehörigen feindlicher Länder, also Deutschen, Oesterreichern, Ungarn usw. abgeschlossen waren. Zu diesen Rechts- und Handelsgeschäften gehören vor allen Dingen die Vereinbarungen, welche Deutsche, Oesterreicher und Ungarn auf Grund des internationalen Patentrechts und Erfinderschutzes mit englischen Firmen oder Personen getroffen hatten und auf Grund deren sie mit diesen Geschäften trieben. Diese wichtige Quelle des wirtschaftlichen Wettbewerbs, die Deutschland und seine Verbündeten sich durch das internationale Erfinderrecht dadurch geschaffen hatte, daß die besseren und leistungsfähigeren Erzeugnisse der deutschen, österreichischen und auch der ungarischen Industrie den englischen weit überlegen waren, versuchte England dadurch zu verstopfen, daß es die Mittel des wirtschaftlichen Wettbewerbs, also die Patentrechte und den Warenzeichenschutz an „feindlichen" Handelsartikeln vernichtete. England schlug dabei den bekannten Weg ein, daß es seinen Verbündeten, Frankreich und Rußland, in der Hauptsache den Krieg mit den Waffen überließ, während es selbst den Raub der deutschen, österreichischen und ungarischen Erfinderrechte gesetzlich organisierte und durchführte.

Wie der Krieg überhaupt von seiten Englands von langer Hand vorbereitet war, so liegen auch die Maßnahmen weiter zurück, mit denen es Deutschlands und seiner Verbündeten Handel und Industrie vernichtend zu Leibe gehen wollte, weil sie diejenige Englands weit überholt hatten. Da es nicht möglich war, den Vorsprung, den die wichtigsten Zweige der Industrie der „feindlichen" Staaten in Verbindung mit den glänzenden Errungenschaftten in Wissenschaft und Technik, namentlich auf den Gebieten der Chemie und Physik, genommen hatten, auf dem Wege des friedlichen Wettbewerbs wieder einzuholen, blieb nur noch die gewaltsame Aneignung der „feindlichen" Erfindungen übrig, wozu der Krieg das geeignete Mittel zu diesem Zwecke der Ausschaltung des seit Jahrzehnten bereits gefährlich gewordenen „feindlichen" Wettbewerbs zu bieten schien. Zudem war die Möglichkeit dazu, der Einfuhr deutscher oder anderer fremder Erzeugnisse der Industrie und des Handels zu begegnen, der englischen Industrie auch auf dem Wege des Zollschutzes nicht gegeben.

Schon seit Jahren stand in England der Schutz von Patenten und Warenzeichen auf Konkurrenzartikel, von wichtigen Erfindungen solcher Erzeugnisse, welche die englische Industrie überflügelt hatten, der Verwertung eigener Erfindungen und ihrer praktischen Nutzbarmachung für die britische Industrie hindernd im Wege. Entweder man setzte sich der Gefahr aus, deutsche, österreichische und ungarische, durch das internationale Patentrecht geschützte Erfindungen nachzuahmen oder man mußte eben auf die Anbringung und Verwirklichung fortschrittlicher Ideen zugunsten deutscher Erfindungen verzichten. Diese Konkurrenzgefahr trat, Hand in Hand mit dem schnellen Fortschreiten der chemischen und technischen Wissenschaften Deutschlands und Oesterreich-Ungarns immer deutlicher in die Erscheinung, so daß sich die englische Industrie zu einer Organisation veranlaßt sah, welche den Zweck hatte, jener Gefahr mit Abwehrmitteln zu begegnen. Zunächst sollte dahin gewirkt werden, englische Patente, welche sich in deutschen, österreichischen oder ungarischen Händen befanden, diesen auf dem Wege der Gesetzgebung zu entziehen, also sie für die englische Industrie zum Zwecke der praktischen Verwertung freizumachen. Dies wurde denn auch bis zu einem gewissen Grade durch das Patentgesetz vom Jahre 1907 erreicht. Es gab den englischen Personen und Firmen die Möglichkeit, all diejenigen Erfindungen zurückzuziehen, die, gesetzlich geschützt, im Auslande hergestellt, beziehungsweise verwertet wurden. Damit wurden also die englischen Patentrechte der ausländischen — in diesem Falle hauptsächlich deutschen, österreichischen und ungarischen — Fabrikation und Industrie aus unverkennbaren Konkurrenzabsichten entzogen und der britische Erfinderschutz und seine Nutzbarmachung in der Geschäftspraxis auf England und seine Ländergebiete beschränkt. Für die erwähnten ausländischen Patentinhaber hatte dieses Gesetz somit die Wirkung, daß sie, wenn sie ihre Patentrechte weiter ausüben wollten, dies nur in England selbst tun, die betreffenden Artikel und Produkte also nur dort herstellen konnten. Bei dem diesem Gesetze zugrunde liegenden Gedanken war man von der Erwägung ausgegangen, daß die ausländischen Inhaber einer Lizenz auf die Ausübung ihrer Patentrechte in England aus wirtschaftlichen Gründen verzichten würden und daß auf diese Weise die britische Industrie diese Rechte wieder in ihre Hand bekäme. In dieser Annahme hatten sich die Urheber des Gesetzes allerdings getäuscht. Denn die deutschen, österreichischen und ungarischen Patentinhaber verzichteten nicht ohne weiteres zugunsten der britischen Industrie auf ihre Schutzrechte, sondern gingen vielmehr dazu über, sie in größerem Umfange in England selbst auszuüben, schon weil ihnen von dort aus günstigere Exportmöglichkeiten für die Versendung der Gegenstände nach den britischen Kolonien, wie überhaupt nach Uebersee, geboten waren. Dadurch entstanden in England zahlreiche deutsche, österreichische und ungarische Filialunternehmungen, genährt von der Großindustrie und unterstützt von den Exportbanken Deutschlands und seines Verbündeten. Die praktische Wirkung des Gesetzes hatte somit die Absicht seiner Urheber völlig durchkreuzt. Denn in Wirklichkeit war der industrielle Wettbewerb, statt ihn zu vermindern oder auszuschalten, nur verschärft und ins eigene Land hineingetragen worden, ganz abgesehen davon, daß die deutsche, österreichische und ungarische Fabrikation gerade in den wichtigsten Patentartikeln den Vorzug der besseren Qualität besaß.

Aus dieser ungünstigen, um nicht zu sagen gefährlichen Lage konnte die englische Industrie kein noch so fein ausgeklügeltes Gesetz gegen die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Fortschritte der „feindlichen" Industrie retten. Sie hieraus zu befreien, schien den Lenkern Englands nur noch mit Hilfe des letzten Gewaltmittels, des Krieges, möglich. Schon bei Ausbruch desselben zeigte sich denn auch, daß England hauptsächlich die Rolle der Vernichtung des aufsteigenden Wirtschaftslebens Deutschlands und Oesterreich-Ungarns übernommen hatte, während seine Verbündeten den Kampf mit den Waffen zu Lande führten. Die ganze, eingangs erwähnte britische Gesetzgebung ist denn auch auf dieses eine Ziel gerichtet, die wirtschaftlichen Fäden Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu zerschneiden und es auf diese Weise vom Weltmarkte zu isolieren, wie überhaupt alle Wurzeln zu vernichten, welche auf die Möglichkeit eines Vorsprunges des „feindlichen" Wirtschaftslebens hinweisen. Mit Hilfe dieser Kriegsgesetze führte die britische Regierung auch ihren vernichtenden Schlag gegen den Erfinderschutz der Ausländer, beziehungsweise der Deutschen, Oesterreicher und Ungarn, der nichts weiter als eine Folgeerscheinung der Bewegung war, die sich die Vernichtung des Erfinderschutzes ausländischen Inhabern gegenüber zum Ziel gesetzt hatte. Wie das Gesetz vom 4. August 1914 alle Rechte und Geschäfte von Angehörigen feindlicher Staaten, also Deutschlands und seiner Verbündeten, für nichtig erklärte, so waren die Gesetze vom 7. und 28. August 1914 gegen den Erfinderschutz, also Patente, Warenzeichen und sonstige Lizenzen, der Angehörigen eines feindlichen Landes gerichtet. Während das erstere Gesetz in der Hauptsache die Vernichtung derartiger Schutzrechte vorsah, verfügte das letztere, daß diese Rechte unter gewissen formellen Voraussetzungen auf Angehörige des Landes übergingen und von diesen ausgeübt wurden. Von dieser Vergünstigung, die in Deutschland und Oesterreich-Ungarn befindlichen Erfinderschutzrechte sich anzueignen und sie auszubeuten, hat eine große Anzahl britischer Personen und Firmen mit Hilfe der englischen Regierungsorgane schleunigen Gebrauch gemacht.

Dem Patentraube Englands, der in der Kriegsgeschichte wohl seinesgleichen sucht, haben sich dessen Verbündete, wenn auch nicht in gleichem Umfange, so doch in ähnlicher Weise und in derselben Absicht angeschlossen. Durch das Gesetz vom 27. Mai 1915 verbot Frankreich den Angehörigen feindlicher Staaten, ihre Lizenzrechte während des Krieges auszuüben, also weder Gegenstände auf Grund von Patenten herzustellen oder in den Handel zu bringen, noch überhaupt sich der in ihrem Besitz befindlichen Warenzeichen an Handelsartikeln zu bedienen. Die Rechte an Patenten und Warenzeichen selbst wurden ihren Inhabern jedoch belassen, mit Ausnahme derjenigen, die der Kriegsbedarf erfordert und die infolgedessen ohne weiteres von der französischen Regierung in Besitz genommen und verwertet werden können. Dem englischen Vorgehen schloß sich auch Rußland mit der ausgesprochenen Absicht, sich an den deutsch-österreichischen Erfinderschutzrechten zu bereichern, allenthalben an, indem es durch das Gesetz vom 6. März 1915 alle im Besitze von Angehörigen feindlicher Staaten befindlichen Patentrechte für nichtig erklärte und diejenigen Lizenzen für sich in Anspruch nahm, die es für Kriegszwecke gebrauchen konnte. Somit eignete sich auch der russische Staat gleich seinen westlichen Verbündeten das Eigentum an Erfindungen und Lizenzen feindlicher Staatsangehöriger an.

Nach langem Zögern konnten Deutschland diesem gewaltsamen Patentraube Englands und seiner Verbündeten, Frankreich und Rußland, auf die Dauer nicht untätig zusehen, sondern es war gezwungen, auch seinerseits entsprechende Vergeltungsmaßregeln zu ergreifen. Durch Bundesratsverordnung vom 1. Juli 1915 wurde bestimmt, daß alle Rechte an Patenten und Warenzeichen, die im Besitze von Angehörigen Englands, Frankreichs oder Rußlands sich befinden, auf Antrag aufgehoben und daß die Ausübung derselben deutschen Personen oder Firmen erteilt werden können. Das deutsche Gesetz ist lediglich darauf gerichtet, aus dem Bedürfnis der Vergeltung heraus den Erfinderschutz in gleicher Weise, wie es seine Feinde getan haben, im Lande aufzuheben, nicht aber, sich an fremden Patenten und Warenzeichenrechten zu bereichern. Daß eine solche Absicht nicht vorhanden ist, geht schon daraus hervor, daß die deutsche Industrie von dem ihr zustehenden Rechte, die Lizenzen feindlicher Staaten zu verwerten, bisher wohl keinerlei Gebrauch gemacht hat und auch in Zukunft, wenn überhaupt, so doch wenig Gebrauch davon machen wird, weil die deutsche Industrie einer gewaltsamen Aneignung fremder Erfinderschutzrechte nicht bedarf, um sich erfolgreich auf dem Weltmarkte behaupten zu können.

Die Wirkung dieser Kriegsführung gegen die deutschen Patente und Warenzeichen wie sie Deutschlands Feinde durchgeführt haben, ist nicht derart, daß sie den wirtschaftlichen und handelspolitischen Erfolg der Industrie Deutschlands und Oesterreich-Ungarns abschwächen oder gar vernichten könnte. Dieser hängt lediglich von deren Leistungsfähigkeit und der Güte ihrer Erzeugnisse ab. Solche Eigenschaften werden der Industrie Deutschlands und seines Verbündeten auch künftighin die Ueberlegenheit über die feindliche Konkurrenz sichern.

Das englisch-französische Verhältnis

(Von unserm Korrespondenten)

Z Paris, 11. Januar.

Alle Organe der französischen öffentlichen Meinung haben sich eine große Zurückhaltung auferlegt, als in England die Entscheidung über die Einführung einer beschränkt obligatorischen Dienstpflicht bevorstand. Die Franzosen sahen sehr wohl ein, daß es sich hier für England um eine schwerwiegende Entscheidung handelte, deren Wirkungen zu berechnen, den Engländern allein zusteht. Trotz der Zurückhaltung mit Worten verfolgte man die Entwicklung der ganzen Angelegenheit hier mit leidenschaftlichem Interesse, und der frühere englische Kriegsminister und jetzt kommandierende General Seely hat die französischen Hoffnungen und Wünsche treffend ausgedrückt, wenn er vor dem Unterhause erklärte: „Die Augen aller Franzosen richten sich in dieser Stunde auf diese Versammlung. Sie erwarten ihren Entscheid. Ich hoffe, daß diese Kammer sich des Augenblicks würdig zeigt und von einmütigem Geiste beseelt ist. Ich hoffe, daß wir unsern tapfern Verbündeten den Beweis geben, daß wir wie sie entschlossen sind, für den Sieg alle Leiden zu ertragen und uns mit Leib und Seele für unser Vaterland und seine gerechte Sache aufzuopfern."

England und Frankreich haben sich in diesem Krieg immer enger zusammengeschlossen, was nicht verhindern konnte, daß die große französische Volksmasse sich nicht immer genau Rechenschaft über die Bedeutung der Rolle Englands abgab. Man hat von französischer sowohl als von englischer Seite dann versucht, das Publikum aufzuklären, ohne daß dies vollständig geglückt wäre. Es ist eine bekannte Tatsache, daß ohne England der Krieg schon lange zugunsten der Zentralmächte entschieden wäre. Die so tapfere und tüchtige französische Armee hätte, als einmal das französische Industriegebiet besetzt war, bald keine Munition mehr gehabt, wenn das meerbeherrschende England nicht für Kohlenzufuhr und Sicherung der amerikanischen Munitionszufuhr hätte sorgen können. Rußland allein hätte den Krieg nicht weitergeführt und einen Frieden gemacht, den Frankreich bezahlt hätte. Von einem Eingreifen Italiens wäre keine Rede gewesen. Balfour konnte also mit vollem Rechte sagen: „Unsere große Flotte ist die Grundlage, auf der alles ruht; ohne sie hätten wir den feindlichen Handel nicht von den Meeren vertreiben können. Obschon sie still arbeitet, spielt sie doch für die Alliierten und die ganze Welt die größte Rolle in diesem ungeheuren Drama." Auch von französischer Seite ist die Richtigkeit dieser Worte willig anerkannt worden; der ehemalige Minister des Auswärtigen schrieb noch am letzten Freitag im „Figaro": „Wir können noch weiter gehen als Balfour und sagen, daß das Meer siegen wird. Die Landarmeen werden den Feind nur bezwingen können, weil die Herrschaft der Meere erlaubt hat, ihn zu erschöpfen." Und Hanotaux zieht aus diesen Betrachtungen den Schluß: „Der Anteil, den England am Kriege genommen hat, ist in der Tat derart, daß wahrhaft niemand von ihm neue Opfer verlangen kann, wenn sie nicht spontan gebracht werden."

Alles das sagte sich das gewöhnliche französische Volk auch. Und doch zog es im Stillen oft bemühende Vergleiche zwischen der Lage der Engländer und der Franzosen. In Frankreich kämpft die ganze gesunde männliche Bevölkerung bis zum 45. Jahre, entweder in der Feuerlinie direkt oder indirekt in den Fabriken, in den Diensten hinter der Front. Das Blutopfer ist riesig, ebenso riesig sind die Opfer an Gut. Handel und Wandel sind beschränkt, stehen vielfach ganz still. Das Land lebt im Krieg, lebt nur dem Krieg. In England ging zur Armee, wer wollte, unter günstigen Bedingungen. Der Elan der englischen Freiwilligen erregte in Frankreich wohl Bewunderung; aber man war doch nicht blind für den tiefen Unterschied, der zwischen den beiden Ländern herrschte. In England arbeiten alle Fabriken, man exportiert, man verdient dort Geld, mehr vielleicht noch als in Friedenszeiten. England hat nicht nur keine Invasion, sondern es sieht auch nicht das traurige Schicksal zahlreicher Witwen und Waisen, die mit Angst und Sorge in die Zukunft blicken. Da kann der Verstand sich lange sagen, daß es im Interesse der Entente selbst ist, wenn mindestens eines ihrer Glieder Geld verdient, das schließlich allen zugute kommt, kann man lange die Wirkungen der stillen Tätigkeit der englischen Flotte bewundern; man wird darüber doch nicht vergessen können, daß ein Teil den Krieg mit seinem Herzblut ficht, während der andere mehr materielle Güter im Spiele hat.

Es ist rührend, zu sehen, wie sehr viele Franzosen all dies geduldig hinnehmen und mit einem gewissen Fatalismus sagen: England ist nun einmal eine Insel und wir sind keine; es hat die Vorteile seiner Lage und wir die Nachteile unserer Verhältnisse. Andere allerdings sind weniger ergeben und manchmal nicht abgeneigt, in das abgedroschene Liedchen vom perfiden Albion wenigstens pianissimo einzustimmen. Und dann änderte sich mit dem Fortgang des Krieges auch die Lage. Frankreich war zuerst am stärksten bedroht, und England schien nicht bedroht zu sein. Jetzt sieht man wenn nicht die Gewißheit, so doch die Möglichkeit vor Augen, daß man auch der englischen Weltmacht an die Wurzel gehen kann. Sobald die Dinge einmal so weit gediehen waren, hätte man in Frankreich nicht mehr verstanden, wenn England nicht alles daran gesetzt hätte, für die Verteidigung des englischen Imperiums das Nötige zu tun. Wieviel besser sind auch jetzt die Engländer noch dran als die meisten Kontinentalmächte, die in den Krieg verwickelt sind. Hanotaux selbst weist darauf hin, wenn er ausruft: „Die Ledigen! ..... Seit langem haben alle Großmächte, die in dieses große Duell verwickelt sind, diese Linie überschritten. Unsere verheirateten Männer, unsere Familienväter, die älteren und die jüngeren, sind an der Front. Die französische Nation hat keinen Unterschied gemacht: Gleichheit vor der Pflicht, Gleichheit vor der Blutsteuer. Denn es muß gesiegt werden."

Diejenigen, die an einem engen Bündnis zwischen England und Frankreich hängen, werden den ersten Schritt zur Einführung der allgemeinen Dienstpflicht in England schon im Interesse des Bündnisses begrüßen. Die Verdienste in einem solchen Kriege messen sich nicht nur an den positiven Leistungen einer Macht, sondern auch daran, wieviel sie unter dem Krieg zu leiden hat. Die positiven Leistungen können bei der geschäftsmäßigen Abrechnung in Betracht kommen, bei der moralischen Abrechnung, die die Hauptgrundlage für die späteren Sympathien bildet, kommen die persönlichen Opfer an erster Stelle. Auch für das zweite Konto hat England schöne Posten aufzuweisen, hingegen kann man es keinem Franzosen übel nehmen, wenn er der Ansicht ist, es verbleibe für England noch Verschiedenes zu tun, bis sein Konto auf der Höhe des französischen steht.